

DGB vor der großen „Säuberung“? S. 9



Jg. 9 Nr. 162 17.9.79

Arbeiterkampf

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 2,-

Widerstand in Gorleben Weitere Großaktionen geplant

Seit Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht vor genau einer Woche mit Hilfe massiver Polizei- und Bundesgrenzschutzeinsätze bei Gorleben die Vorbereitungsarbeiten zu Tiefbohrungen für das geplante atomare „Endlager“ in Gang gesetzt hat, vergeht kein Tag mehr, an dem nicht in irgendeiner Form aktiver Widerstand gegen die Atom-Betreiber gerade auch im Landkreis (aber auch anderswo) geleistet wird. Kleine Gruppen von AKW-Gegnern leisten (durch kleinere Blockaden, begrenzte Sabotage etc.) hier ebenso wichtigen Widerstand wie die Bürgerinitiativenbewegung insgesamt, die sich derzeit auf internationale Großkundgebungen gegen das Gorlebaner Projekt und das Atomprogramm vorbereiten. Nennenswerte Massenproteste gegen die begonnenen Tiefbohrungen in Gorleben hat es bereits am Wochenende (15./16. September) gegeben. — Siehe Foto rechts und unsere ausführliche Berichterstattung auf den Seiten 6 und 7.



Starker Auftakt gegen Strauß Dregger: Verletzte und Tote im Wahlkampf



Bevor Strauß mit seiner Hetzrede überhaupt beginnen konnte, wurde er in Essen mit „Eiern satt“ eingedeckt. Die ihn umgebende Gang versuchte, ihren Chef mit einem Dach von Regenschirmen abzudecken.

In Essen und Köln-Deutz probte Strauß für den Bundestagswahlkampf 1980. An beiden Orten, vor allem in Essen, bewies sich, daß Strauß als 1980 in NRW und Norddeutschland sehr schwer haben wird. In Essen blieb unter diesen Umständen von Strauß' Absicht, zum Wahlkampf in ein „liberales“ Kostüm zu schlüpfen, nichts mehr übrig: Strauß flüchtete total aus, beschimpfte die Demonstranten als „roten Pöbel“ und tobte über eine „Grauzone der Terroristen, die bei den Jungs der SPD anfängt“. Stellenweise klang sein Geschimpfe wie eine Vorlesung aus Hitlers „Mein Kampf“. Anschließend erklärte Strauß-Freund Dregger: „Wenn das, was in Essen passiert ist, erst der Auftakt war, dann kann ich bei künftigen Wahlveranstaltungen Verletzte und gar Tote nicht ausschließen“ („Bild am Sonntag“, 16.9.).

Unter starkem Druck steht jetzt die SPD-Linke. Sie hatte sich maßgeblich an einer Demonstration in Essen gegen Strauß beteiligt und wird nun von CDU/CSU und Springerpresse für die lautstarken Proteste mit verantwortlich gemacht. Strauß: „Hier zeigt sich in der Linkszone der SPD der nahelose Übergang zu den Kommunisten“ („Welt am Sonntag“, 16.9.). Auch innerparteilich dürfte die SPD-Linke nach Essen unter Beschuß geraten. Der Auftrag ist seitens des Parteivorstands klar umrissen: Mit Protest gegen Strauß linke Stimmen für die SPD einzufangen, gleichzeitig aber diesen Protest „in Grenzen zu halten“. In Essen wurde dieser Auftrag nicht erfüllt. Essen und Köln waren im Gegenteil ein glänzender Auftakt für ein breites, nicht SPD-verpflichtetes Bündnis gegen Strauß, wie es dem SPD-Vorstand ganz und gar nicht in den Kram paßt. Es wird

einiger Anstrengungen bedürfen, um trotz des einseitigen Drucks auf die SPD- und Gewerkschafts-Linke diesen Weg weiter zu gehen.

Im folgenden drucken wir einen Bericht aus Essen.

Strauß — raus aus dem Revier!

Mit dieser Hauptparole bereiteten am 14.9. Antifaschisten, Linke und Sozialdemokraten aus Essen und Umgebung F.J. Strauß einen gebührenden Empfang bei seinem ersten öffentlichen Auftritt im Ruhrgebiet seit seiner Kanzlerkandidatur. (In NRW sind Ende September Kommunalwahlen). Bereits zwei Stunden vor seinem Auftritt sammelten sich über 1.500 Menschen zu einer Gegendemonstration, auf deren Abschlußkundgebung der SPD-Bundestagsabgeordnete Thüsing sprach.

Anschließend zogen wir zum Kundgebungsplatz von Strauß. Dutzende von Mannschaftswagen aus verschiedenen Städten NRWs, ein großes Polizeiaufgebot bewiesen beim ersten Anblick schon die eindeutige Bereitschaft der Polizei, für F.J. Strauß einzutreten und ihn zu schützen.

Auf dem Platz waren dann 5-6.000 Menschen versammelt (davon höchstens ein Drittel Strauß-Fans). Zahlreiche Anti-Strauß-Transparente waren zu sehen: „Wir grüßen Strauß als Vertreter des Finanzkapitals“, „Wir wollen weder das große noch das kleinere Ubel“, „Wir brauchen keinen starken Mann, wir sind selber stark genug“, „Pinochet grüßt Strauß“, „Strauß — Gewerkschaftsfeind Nr. 1“, „Wehret den Anfängen“, „Glaubi Strauß kein Wort“.

Verfassungsschutz in den Betrieben

Was einst als „BSW-Skandal“ bekannt geworden ist — die Bespitzelung und Zusammenarbeit von Verfassungsschutz und Geschäftsleitung in einem Hamburger Großbetrieb — geht inzwischen noch weit über die später aufgedeckten Fälle in Bremen und Nordrhein-Westfalen hinaus: der Verfassungsschutz „ermittelt“, „überprüft“ und „wertet Ergebnisse aus“ in praktisch allen Groß- und Mittelbetrieben der Bundesrepublik!

Die Daten sämtlicher Betriebsratskandidaten und Betriebsräte von Betrieben mit mehr als 1.000 Beschäftigten und/oder „sicherheitsgefährdeten“ Bereichen sowie von Betrieben, in denen „linksextreme“ Aktivitäten registriert worden sind (von wem? — Ausm. AK), wandern in den Geheimdienstcomputer „Nadis“. Als „Mittelmänner“ dienen dabei von den Geschäftsleitungen bestimmte sogenannte Sicherheitsbeauftragte, die „Erkenntnisse“ über die Betroffenen sammeln. Die Spitzel interessieren sich hauptsächlich für die politischen Betätigungen, sammeln aber auch alle möglichen „Informationen“ über das Privatleben der Beschäftigten. Betroffen von diesem „Verfahren“ sind mehrere zehntausend Kolleg(innen). Das genaue Ausmaß ist noch gar nicht abschätzbar. Allein im Bereich der IG Metall sind das 13.686 Kolleg(innen) („Metall“, 12.9.79).

Völlig zu Recht kommentiert die „Metall“: „Nach allem, was nun bekannt geworden ist, wer wollte dafür garantieren, daß der Verfassungsschutz nach den Betriebsräten bald auch die Vertrauensleute oder — warum auch nicht — jeden Arbeitnehmer als möglichen Verfassungsfeind diffamiert und bespitzelt. Wo jede rechtsstaatliche Kontrolle und Bremse fehlt, wäre eine solche Entwicklung allenfalls eine Frage der Zeit, bis die Geheim-Computer soweit ausgebaut sind“ („Metall“, 12.9.).

Fortsetzung Seite 3

Fortsetzung Seite 3

Seveso in Hamburg

Kriegsmaterial für die Dritte Welt?

„Das ist eine riesige Sauererei“, tönte Bausenator Lange über den jüngsten Giftgaskandal im Hamburger Stadtteil Lurup.

Auf dem seit zwei Jahren stillgelegten Fabrikgelände der Firma „Hugo Stolzenberg“ wurden bis jetzt rund 500 Tonnen Kriegsmaterial und chemische Kampfstoffe durch ABC-Einheiten der Munsteraner Bundeswehr sichergestellt, die, so mutmaßt die Staatsanwaltschaft, für den internationalen Waffenhandel illegal verschoben wurden.

Die mit Kampfanzügen ausgerüsteten Soldaten fanden neben 80 t Nebelkugeln, 70 t Mörsermunition, 400 t Zinkschlamm eine Reihe weiterer Chemikalien, die zur Spreng- und Kampfstoffherstellung unerlässlich sind. Kaliumpermanganat, Schwefel, Phosphor, Brom, Zyanid, Arsen, Azeton, Aluminiumpulver, Kaliumchlorid, Glycerin und Stoffe, deren Existenz man unter den Tisch fallen lassen wollte, weil ihre Bezeichnung Emotionen weckt, nämlich Chemische Kampfstoffe, die nach internationaler Übereinkunft nicht produziert werden dürfen.

Das Nervengift „Tabun“ und Chlorwasser als Ausgangsprodukt für „Senfigas“, ein im Ersten Weltkrieg verwendeter Kampfstoff, wurden auf dem Fabrikgelände sichergestellt. Daneben wurden leere (!) Kisten gefun-

den, die elamalt laut Aufschrift Nebelkerzen enthalten haben sollen, die den Staatsanwalt zu obiger Vermutung veranlaßte. Für den Abtransport leistete sich die Senatsbehörde gleich einen weiteren Skandal. Sie hob das Durchfahrverbot des Eibunnels für gefährliche Güter auf!

Der Stein des Anstoßes

Bisher hatten die Behörden die Werksleitung, die Ende der sechziger Jahre Schwefelost für die Bundeswehr in Munster-Lager liefern wollte, — so die Enthüllungen des Journalisten Günter Wallraff —, gedeckt.

Erst als der zwölfjährige Oliver beim Experimentieren mit Chemikalien, die er sich zusammen mit seinen beiden Spielkameraden auf dem Werksgelände verschafft hatte, nach einer Explosion starb, (die anderen beiden wurden schwer verletzt) und die Mutter Strafanzeige stellte, wurde nun die Staatsanwaltschaft aktiv und ermittelt nun wegen „fahrlässiger Tötung“.

Während die Behördenvertreter, Bürgermeisterin Helga Elstner und Stadtrat Peter Rabels in Form eines Untersuchungsausschusses „aktiv“ werden, sprechen die Fakten eine deutliche Sprache.

Als vor zwei Jahren im Werk ein Feuer ausbrach, hatten Feuerweh und Polizei einen Vermerk an die Arbeits- und Sozialbehörde — sie ist für die Überprüfung der Sprengstofffabrikation verantwortlich — gerichtet, daß auf dem Werksgelände Sprengstoff liege („Bild“, 14.9.).

Die Kommission der Bauprüfabteilung, die nach dem Feuer durchs Haus ging und allerlei Auflagen machte, konnte von Munition und gefährlichen Chemikalien „nichts entdecken“ („Hamb. Abendblatt“, 13.9.). Doch damit nicht genug. Im Adressbuch von 1973/74 firmierte das Werk noch als Hersteller von Reizstoffen, Nebelkerzen, Phosphorsulfiden und Phosphorstangen. Die Genehmigung seitens der Behörde war für Phosphor seit 1958 (!) erloschen, nachdem es sechs Jahre auf der Produktionsliste gestanden hatte; die der Nebelkerzen erlosch 1971 (ebenda). Demnach hatte der inzwischen verstorbene Hugo Stolzenberg die Produktion illegal, wie die im Rahmen der NATO betriebene Kampfstoffproduktion im italienischen Seveso, weiterlaufen lassen!

Stolzenberg, eine bekannte Firma für chemische Kampfstoffe

Die 1923 gegründete Firma hatte schon recht früh einen „guten“ Ruf und wurde unter Nazi-Deutschland zu einem der führenden Kampfstoffexperten. In dem Lehrbuch „Schulversuche zur Chemie der Kampfstoffe“ von W. Kinttof aus dem Jahre 1935 wird die Hamburger Firma mehrfach erwähnt.

In dem Buch beschreibt Kinttof unter anderem auch Einsätze mit Stolzenberg-Produkten gegen Eingeborenenstämme in den damaligen Kolonien Spaniens. „Die (Eingeborenen) starben dahin und dachten, es sei eine neue Krankheit, die ihnen der Himmel geschickt hat, und dabei war es mein Kampfstoff aus meiner Fabrik.“

Im Mai 1928 macht die Firma Stolzenberg Schlagzeilen in der Welt- und Presse.

Wallraff schreibt in seinem Buch „13 unerwünschte Reportagen“ dazu: „In ihrem Werk war ein 10-Tonnen-tank mit dem Giftgas Phosgen explodiert. Der Wind trug seinerzeit die Gasschwaden über den dünnbesiedelten Stadtteil Wilhelmsburg; dennoch: zehn Tote, über 300 teilweise schwer Erkrankte. Franzosen und Engländer forderten damals Aufklärung, ob Deutschland mit dieser Firma den Artikel 171 des Versailler Vertrages gebrochen habe [Herstellungs- und Anwendungsverbot von Kriegsmaterial]. Die Menge von 10 Tonnen Kampfstoff ließ auf Kriegszwecke schließen, da der Welt-Jahresbedarf an Phosgen für friedliche Zwecke [Farbenherstellung und Parfümherstellung] insgesamt nur 40 Tonnen betrug, und Stolzenberg mit diesem Produkt bisher im Weltmarkt nie in Erscheinung getreten war. Mit dieser „Panne“ ging die Firma in die Geschichte der Arbeiterbewegung ein: das „Rote Gasfied“ kündigt davon“ (S. 196).

Bei dieser Firma konnte Wallraff 1969 telefonisch im Auftrag des damaligen Leiters der Erprobungsstelle Munster, Dr. Kosack, 70 Kilogramm Stickstofflost bestellen zu einem Preis von fast 2.000 DM pro Kilo. Gleichzeitig ließ er sich eine 1964 ergangene Lieferung von ca. 35 kg Lost an die Bundeswehr aus dem Jahre 1964 bestätigen! Der Prokurist Leuschner stand nachher nicht mehr zu seinen Aussagen, obwohl sie von Wallraffs Anwalt mitstenographiert worden waren. Auch das Ministerium dementierte sofort, sah aber von einer Klage ab!

Wörtlich: „Das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung und andere Dienststellen haben zu keiner Zeit weder von der vorgenannten Firma noch von einer anderen Firma in der Bundesrepublik Lost bezogen.“ (ebenda)

Auch im jüngsten Skandal hatte Oberst Piepgras von der Standortkommandantur Munster nichts eiligeres zu tun, als gegenüber der Presse zu erklären: „Die Bundeswehr hat keine Geschäfte mit der Firma gemacht.“ Jedoch will eine Nachbarin „öfter Bundeswehrlasten und Jeeps gesehen (haben), die Sachen brachten“ („Bild“, 13.9.).

Wallraff konnte die Lügen der Bundeswehr damals konkret widerlegen. So hatte in der Technischen Erprobungsstelle 53 in Munster innerhalb von zwei Jahren 68 (!) Großversuche mit C-Kampfstoffen, u.a. Stickstofflost, Schwefelost und Tabun stattgefunden. Einige Unfälle mit B- und C-Kampfstoffen zeigten, wie kontinuierlich die Bundesregierung an derartigen Projekten arbeitet:

— Munster: 1967 wurden in der Technischen Erprobungsstelle 53 der Bundeswehr in Munster 9 Soldaten und 3 Zivilisten Opfer ehrgeiziger militärischer Pläne. Sie mußten mit Vergiftungserscheinungen ins Lazarett, nachdem Schwefelost in eine viel zu groß gebaute Erprobungshalle strömte (Wallraff, „Unerwünschte...“ S. 193).

— Im Sommer 1967 kamen bei den Behring-Werken in Marburg auf mysteriöse Weise sieben Angestellte ums Leben. Die offiziellen Berichte sprachen von einem aus Uganda eingeschleppten Virus. In Wirklichkeit waren die sieben Menschen durch Arbeiten über bakterielle Toxine, die im Auftrag der Bundeswehr (!) durchgeführt worden waren, ums Leben gekommen (Grümmer, „Herbizide in Vietnam“, DDR, S. 122).

— Ein Unfall in dem „Institut für Aerobiologie“ in der Grafschaft Sauerland macht deutlich, daß seit längerem an der Entwicklung von Kampfstoffen gearbeitet wird. Am 16.2.1969 starb Helens Biss nach siebenjährigem Siechtum völlig gelähmt im Krankenhaus. Sie hatte sich mit dem Kampfstoff Soman vergiftet. Eine spätere Untersuchung zeigte, daß der gesamte Panzerschrank mit Kampfstoffpartikeln verseucht war (Wallraff, ... S. 172).

Im Zuge der Studentenbewegung wurden durch Diebstähle von Aktenunterlagen zahlreiche Forschungsprojekte für die Bundeswehr bekannt, die über das Tarnunternehmen „Frauenhofer-Gesellschaft“ an über 120 Universitätsinstitute vergeben wurden — im Auftrag des Verteidigungsministeriums, versteht sich!

Und am 30. Juni 1965 meldete die französische Zeitung „France Nouvelle“, daß in Westdeutschland die IG-Farben-Giftgasforschungsstelle bereits 1947 unter dem Deckmantel des Pflanzenschutzes und der Insektenbekämpfung wieder chemische Kampfstoffe entwickelten. Neben Schrader, führender Nazi-Wissenschaftler im Dritten Reich, fanden sich im Forschungszentrum Wuppertal-Elberfeld die IG-Farben Direktoren Dr. Cross, Dr. Wirth und Dr. Ambrosius wieder, wobei letzterer Betriebsführer im Konzentrationslager Auschwitz war, wieder (Klaus Sator, „Großkapital im Faschismus“, z.B. IG-Farben“ S. 108).

Schrader z.B. reichte mit anderen Wissenschaftlern noch 1955 einen Patentantrag für V-Kampfstoffe ein.

Auf der anderen Seite läßt die Bundesregierung nichts unversucht, diese Kampfstoffforschung zu verschleiern.

Das Umweltbundesamt sah erst kürzlich keine Anhaltspunkte für die Herstellung von chemischen Kriegswaffen, geht aber davon aus, „daß sie u.U. als ungewollte Nebenprodukte bei der Produktion arverwandter Pestizide auftreten können“ (Nach Fernsehsendung „Gift im Griff“ 15.12.77 zitiert nach „Seveso ist überall“, S.90).

Als die Bundesregierung Anfang 1979 Mitglieder des Abrüstungsausschusses der Vereinten Nationen zwecks Kontrolle des Verbots von chemischen Waffen einlud, kam heraus, daß drei Betriebe Phosphorverbindungen produzieren, die auch bei chemischen Waffen verwendet werden, auf dessen Herstellung die Bundesregierung 1954 verzichtet hat („Frankfurter Neue Presse“, 27.1.1979).

Auch schwiegen die sonst so geschwätzigen bürgerlichen Medien, als ein ehemaliger Direktor der Hoffmann-La Roche erklärte, daß in Seveso Giftgas-Sp 121 hergestellt wurde, das auf Umwegen in die BRD gelangte! Lediglich der „Informationsdienst“ vom 11.9.76 druckte das Telefoninterview der italienischen Wochenzeitung „L'Espresso“ nach.

Der jetzt laufende Skandal sollte für Umweltschützer ein Anlaß sein, nach der drohenden Gefahr durch AKWs, der schon bestehenden Gefahr durch Biologische und Chemische Waffen energisch entgegen zu treten. Im Fall Hugo Stolzenberg ist der Sumpf noch tief.

AKW-Nein-Kommission

Ständige chinesische Provokationen an der vietnamesischen Grenze

Radio Hanoi meldete vor kurzem, daß China zwölf Divisionen und sechs Armeekorps an der Grenze zu Vietnam zusammenzieht. Diese Meldung wird von „westlichen Beobachtern in Hanoi“ bestätigt, die damit rechnen, „daß über 400.000 (!) chinesische Soldaten vor der Grenze zu Vietnam stehen“ („Die Neue“, 8.9.).

Die chinesischen Soldaten seien dabei, Befestigungsanlagen zu bauen und hätten allein innerhalb des letzten Monats „mehr als 100mal in bewaffneten Provokationen vietnamesisches Territorium verletzt“ (Radio Hanoi, nach: „Die Neue“, 8.9.). Weiter ist von Verletzung der vietnamesischen Hoheitsgewässer die Rede und inzwischen hat China wohl verboten, die von Vietnam beanspruchten und von ihnen besetzt gehaltenen Parcel-Inseln zu überfliegen.

Die ständigen Grenzprovokationen sollen offensichtlich Druck auf die vietnamesisch-chinesischen Gespräche ausüben und können jederzeit als Vorwand für eine erneute „Lektion“ dienen.

China hat inzwischen auch die zweite Verhandlungsrunde um die Grenzstreitigkeiten nach insgesamt zehn Sitzungen scheitern lassen, stellt immer neue, blödsinnigere Forderungen, wie den „inhumanen Export von Flüchtlingen“ zu beenden („FR“, 14.8.), statt auf die von der vietnamesischen Seite schon auf der ersten Sitzung vorgelegte 3-Punkte-Lösung einzugehen, die wesentlich die Schaffung einer extraterritorialen Zone an der Grenze fordert und damit den Konflikt beilegen könnte.

Asien/Australien-Kommission



Im Zuge der Studentenbewegung wurden durch Diebstähle von Aktenunterlagen zahlreiche Forschungsprojekte für die Bundeswehr bekannt, die über das Tarnunternehmen „Frauenhofer-Gesellschaft“ an über 120 Universitätsinstitute vergeben wurden — im Auftrag des Verteidigungsministeriums, versteht sich!

Und am 30. Juni 1965 meldete die französische Zeitung „France Nouvelle“, daß in Westdeutschland die IG-Farben-Giftgasforschungsstelle bereits 1947 unter dem Deckmantel des Pflanzenschutzes und der Insektenbekämpfung wieder chemische Kampfstoffe entwickelten. Neben Schrader, führender Nazi-Wissenschaftler im Dritten Reich, fanden sich im Forschungszentrum Wuppertal-Elberfeld die IG-Farben Direktoren Dr. Cross, Dr. Wirth und Dr. Ambrosius wieder, wobei letzterer Betriebsführer im Konzentrationslager Auschwitz war, wieder (Klaus Sator, „Großkapital im Faschismus“, z.B. IG-Farben“ S. 108).

Schrader z.B. reichte mit anderen Wissenschaftlern noch 1955 einen Patentantrag für V-Kampfstoffe ein.

Auf der anderen Seite läßt die Bundesregierung nichts unversucht, diese Kampfstoffforschung zu verschleiern.

Das Umweltbundesamt sah erst kürzlich keine Anhaltspunkte für die Herstellung von chemischen Kriegswaffen, geht aber davon aus, „daß sie u.U. als ungewollte Nebenprodukte bei der Produktion arverwandter Pestizide auftreten können“ (Nach Fernsehsendung „Gift im Griff“ 15.12.77 zitiert nach „Seveso ist überall“, S.90).

Als die Bundesregierung Anfang 1979 Mitglieder des Abrüstungsausschusses der Vereinten Nationen zwecks Kontrolle des Verbots von chemischen Waffen einlud, kam heraus, daß drei Betriebe Phosphorverbindungen produzieren, die auch bei chemischen Waffen verwendet werden, auf dessen Herstellung die Bundesregierung 1954 verzichtet hat („Frankfurter Neue Presse“, 27.1.1979).

Auch schwiegen die sonst so geschwätzigen bürgerlichen Medien, als ein ehemaliger Direktor der Hoffmann-La Roche erklärte, daß in Seveso Giftgas-Sp 121 hergestellt wurde, das auf Umwegen in die BRD gelangte! Lediglich der „Informationsdienst“ vom 11.9.76 druckte das Telefoninterview der italienischen Wochenzeitung „L'Espresso“ nach.

Der jetzt laufende Skandal sollte für Umweltschützer ein Anlaß sein, nach der drohenden Gefahr durch AKWs, der schon bestehenden Gefahr durch Biologische und Chemische Waffen energisch entgegen zu treten. Im Fall Hugo Stolzenberg ist der Sumpf noch tief.



Letzte Meldung:

Wie der NDR am Montagmorgen (17.9.) meldet, mußte der Senat in einem gewissen Umkreis um die Hamburger Giftgas...deponie die Evakuierung der Bevölkerung anordnen. Wie es heißt, werden jetzt stündlich neue und immer größere Mengen von Kampfgasgranaten ausgebuddelt.

Verfassungsschutz in den Betrieben

Die Gesinnungsschafferei in den Betrieben läuft — zumindest offiziell bestätigt — schon seit 16 Jahren, seit 1963. Ab 1975 wurden „in Zusammenarbeit“ mit dem Militärischen Abschirmdienst (MAD) auch die Jugendvertreterwahlen „überprüft“. Der Verfassungsschutz leistet dabei „Amtshilfe“ bei der „Überprüfung erfasster und einberufener Wehrpflichtiger“, das bedeutet auch, daß zwischen diesen beiden Geheimdiensten eine ungehinderte und unkontrollierte Kommunikation besteht.

Die so gewonnenen „Erkenntnisse“ können zum Teil „ganz legal“ an die Kapitalisten gemeldet werden, denn: „Den Landesämtern obliegt auch der Geheim- und Sabotageschutz in der privaten Industrie. Handelt es sich um einen lebenswichtigen Betrieb — dazu zählt im Zweifel schon eine Bäckerei in einem abgelegenen Landstrich — oder um ein verteidigungspolitisch bedeutsames Unternehmen, können nicht die Verfassungsschützer noch Beliehenen Arbeitnehmer vernehmen, sie mit einer förmlichen Sicherheitsüberprüfung überziehen und dann ihre Entdeckung — völlig legal — an die Chefetage melden“ („Spiegel“, 3.9.).

DGB: „Protest gegen den Schnüffelstaat“?

Sicher, die DGB-Führer haben gegen die polizeistatistischen Überwachungsmethoden protestiert. „Entschieden“ wird sich die IG Metall „gegen alle Tendenzen, die diese Grundordnung“ wird sich die IG Metall „gegen alle“ Tendenzen, die diese Grundordnung „einzuschränken drohen, ... zur Wehr setzen“ (so die IGM-Vorsitzenden Loderer und Mayr in einem Brief an den Präsidenten des Verfassungsschutzes).

Aber auch die DGB-Führer haben Dreck am Stecken. „Denn wir den Arbeitgeberverbänden und den Parteien, steckt der Verfassungsschutz seit langem auch den Gewerkschaften, wer von ihren Funktionären in extremistischen Verbänden aktiv ist.“

„Gewerkschaften und Parteien laufen uns doch seit Jahren die Türen ein, um etwas über ihre Leute zu erfahren“ mokiert sich ein hoher Beamter im Innenministerium“ („Spiegel“, 14).

Die Zusammenarbeit von DGB und Verfassungsschutz gegen das Russisch-Tribunal ist von uns ebenso wenig vergessen, wie das VS-Material, das Gewerkschaftssekretäre plötzlich bei ihrer Hatz auf fortschrittliche Kollegen aus der Tauche ziehen. Und ausgerechnet der Gerhard Schmidt (DGB-Vorstandsmitglied), der ein Seminar zwischen Journalisten und Verfassungsschützern organisiert hatte, um das Image des VS aufzupolieren („FR“, 31.1.78) und der sich gegen die Kritik im Ausland an den Berufsverboten und Überwachungsmethoden demagogisch gewandt hatte („FAZ“, 23.6.76), ausgerechnet dieser Mann wurde nun im Auftrage des DGB-Bundesvorstandes zum Oberschnittflüßler Meier (VS-Präsident) geschickt, um zu erkunden, „in welchem Ausmaß der Verfassungsschutz in Fabriken und Kontoren schnüffelt“ („Spiegel“, 3.9.). Als ob Gerhard Schmidt (und mit ihm die gesamte DGB-Spitze?) das nicht schon wüßte?

Tatsache ist jedenfalls — und auch das ist erst jetzt bekannt geworden — daß die Bundesregierung noch unter Innenminister Maihofer im Jahre 1976 einen „Unterrichtserlaß“ beschlossen hat, der das Bundesamt für Verfassungsschutz verpflichtet, die Tarifpartner — also Kapitalisten und Gewerkschaften! — „von verfassungsfeindlichen Aktivitäten in den Betrieben (zu unterrichten), wenn diese eine gewisse Gefährlichkeit erreichen (wann ist das? — Anm. AK)“ („FAZ“, 8.9.). Der Sumpf, der da jetzt hochkommt, ist noch lange nicht trocken gelegt.

Soweit uns bekannt ist, laufen die Proteste gegen die Gesinnungsschnüferei in den Betrieben erst langsam an. Die Mitgliederversammlung und der Vertrauensleutkörper des St. Jürgen Krankenhauses (Bremen) hat den ÖTV-Kreisvorstand Bremen aufgefordert, sich für einen Untersuchungsausschuß einzusetzen und fordert die Vernichtung aller gesammelten Daten und den Rücktritt des Bremer Innenensors Fröhlich (in Bremen wurden mindestens 31 Betriebe überwacht) (aus einer Erklärung vom 19. 7. 79).

Auch die „Alternative Liste Bremen“ hat protestiert und „hofft, daß noch viele kritische Bürger durch weitere Enthaltungen solche Spitzeltätigkeit unterbinden“ (Presseinformation vom 19.7.).

Starker Auftakt gegen Strauß



(L.): Kundgebungs-
ausschnitt in Essen –
die Strauß-Gegner
dominieren



(re.): NRW-Polizei
marschiert
gegen die
Anti-Strauß-
Demonstranten auf

Fortsetzung von Seite 1

Als der Essener OB-Kandidat Königshofen zu sprechen begann, erhob sich ein gellendes Pfeifkonzert; gezielte Eierwürfe während seiner ganzen Rede konnten durch die schwarzen Regenschirme seiner Begleiter abgewehrt werden, bis auf einige Volltreffer. Nach dieser Rede stürmte die Polizei (laut „Rheinische Post“ sogar MEK-Bullen) keilmäßig in die Menge, kontrollierte Taschen, tasierte Leute ab, inszenierte kleinere Prügeleien und schleifte mindestens einen Demonstranten vom Platz. Nach zwanzig Minuten ununterbrochenen Pfeifens und Rufens begann Strauß seine Rede, wurde aber immer wieder durch Parolen unterbrochen, die ihn

Rede, wurde aber immer wieder durch Parolen unterbrochen, die ihn schließlich aus der Fassung brachten. Hier einige Ausschnitte aus der „Rede“ von Strauß:

„Es ist höchste Zeit, daß der rote Terror auch hier in diesem Gebiet gebrochen wird. ... Wir wollen nicht Anarchie kommunistischer Terrorbanden. ... Was sie wollen, ist kommunistische Diktatur. Was sie wollen, das ist der Terror des roten Fiskus. ... Ich weiß, daß Ihr von Euren Auftraggebern zusammengefahren seid aus der ganzen Bundesrepublik. Glaubt mir ja nicht, daß wir nur einen Zoll breit zurückweichen werden! ... Hier wäre es einmal an der Zeit, daß die Sozialdemokraten einen ganz neuen starken Feindgenossen stellen. Hier gibt es die Grauzone linker Terroristen, die beim linken Flügel der SPD anfängt und die bei den Kommunisten sich fortsetzt und die Vertreter dieser Grauzone, die Vertreter des Terrors haben wir hier auf diesem Platz. ... Sie sind Vertreter des Klassenkampfes, sie sind Vertreter marxistischen Terrors, sie sind Vertreter kommunistischer Diktatur, die sie hier angeht sind. ... Ich pflege das zu sagen, was ich denke, und ich pflege, das einzuhalten, was ich sage.“

Das, was Ihr heute veranstaltet, das wird der Anfang vom Ende der linken Mehrheiten in der Bundesrepublik und im Land Nordrhein-westfalen sein“.

Zur Vorbereitung der Anti-Strauß-Aktion:

Als feststehend, daß Strauß nach Essen kommen würde, fand ein Treffen statt, auf dem vertreten waren AStA, DFG/VK, Jusos, SID – Die Falken, SDAJ, Bunte Liste, Türkisches Zentrum, HIE-Schulengruppe, KB, „TAZ“, Antifaschistische Aktion Essen, ESG, „Kabarett K“ (Mülheim), Leute vom „Anachronistischen Zug“, Klarinet, 3. Weltladen, VVN, Bezirkschulervorstellung, DGB-Jugend und viele Unorganisierte. Sehr schnell stellte sich eine allgemeine Bereitschaft zur Zusammenarbeit heraus.

Wir erstellen eine gemeinsame

Plattform, bei der alle Seiten Kompromisse eingingen und die sich ausschließlich gegen Strauß richtet, und nannten uns Anti-Strauß-Komitee Essen. Um dem Unvereinbarkeits-Klinch zu umschiffen, bezeichneten wir uns als Treffen von DGH-Personen. Dennoch mußte der DGH-Jugendsekretär meine Mitarbeit (als Wink von oben?) einstellen. Wirkliche Kontroversen wurden nur ausgefragt an der Frage, ob wir nach unserer Aktion einen Zug zur Strauß-Kumwühlung hin organisieren sollten, oder es jedem selbst überlassen blieb, wohin er geht. Die reichsten Formen kamen dabei aus der DGP-nahen Ecke: von hier wurde argumentiert,

es geht darum, Schwankende nicht zu verschrecken und Strauß-Gegner auch in der CDU zu sich herüberzuziehen.

Die SPD reagierte auf den Strauß-Auftritt mit einer Zeitungsanzeige vom selbigen Tag: Unter einem gemalten Vogel Strauß stand der Satz: „Wir brauchen keinen Strauß. Hier in Essen hat der Hahn das Sagen“ (der rote Hahn ist in Essen das Symbol der SPD). Laut „Bild“ vom 14.9. hatte das Landesbüro der SPD ein Flugblatt zum Strauß-Auftritt formuliert, die Essener SPD wollte es jedoch nicht verteilen.



Prozeß-Welle von Strauß gegen seine Kritiker

Eins ist sicher: Fallen die Stichworte „Affären“ und „Skandale“, so erinnert frau/man sich sofort an F.J. Strauß.

Strauß ist sich völlig darüber im Klaren, daß seine skandalgeschüttelte Person ein wesentlicher Schwachpunkt in der Wahlkampfführung ist. So ist es nicht verwunderlich, daß er schon kurz nach seiner Nominierung zum Kanzlerkandidaten der CDU/CSU darangeht, seine Kritiker mit einem Wust von Prozessen einzudecken.

1) Strauß hat der Münchner SDAJ per einstweiliger Verfügung verboten lassen, den Aufkleber „Kanzler Strauß? Pfui Deiß“ weiter zu verbreiten.

2) Strauß läßt der „KPD/ML“ verbieten zu schreiben: „1. Stoppt Strauß! Verhindert ein neues 33!
2. Franz Josef Strauß sei der Hitler von heute, 3. Stoppt Strauß, oder wollen wir warten, bis wir uns früher oder später wiederfinden. Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschafter, Christen, deutsche und ausländische Arbeiter in den neuen KZs? 4. Wer Strauß wählt, wählt Faschismus und Krieg, 5. Der An-

tragsteller habe gesagt: „Wer mich daran hindern würde, an die Macht zu kommen, den würde ich umbringen“¹⁰. (Zitat nach Flugblatt).

3) Der Bremer SDAJ wurde per einstweiliger Verfügung verboten, weiterhin zu behaupten, Strauß habe gesagt: „Wer mich daran hindern würde, an die Macht zu kommen, den würde ich umbringen“ und „Ich will Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlfühl für das deutsche Volk, wenn es sein muß, mit der Maschinenpistole erreichen“.

4) In einer Berufungsverhandlung wurde Heinz Jacobi (Anti-Strauß-Komitee) zu einer Geldstrafe von DM 1000,- verurteilt, weil er presserechtlich verantwortlich

zeichnete für ein Plakat zu den bayerischen Landtagswahlen 1978, auf dem Strauß als „Totengräber der Demokratie“ und „Führer einer schwarz-braunen Sammlungsbewegung von Ultra-Rechten und Nazis“ bezeichnet worden war.

5) Strauß unterlag in einem Rechtsstreit gegen die Zeitung „Metall“ der IG Metall, die auf der Titelseite der Nr. 14, 18.7.79 ein Zitat aus der Sonstophoren Rede abdruckte: „Und

wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieser Jahrhunderte von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen". Strauß wollte eine Gegenanstellung (eine „Interpretation“) zum Titel in „Metall“ veröffentlicht haben.

In einem Fall ist Strauß allerdings nicht zum Richter gelaufen. Der Bremer Finanzsenator Henning Scherf sagte in einem Interview mit den „Bremer Nachrichten“: „Stellen Sie sich vor, ein Mann wie Carstens, den ich auch nicht mag, an der Spitze des Staates, dann Stücklein als Bundespräsident und schließlich Strauß als Kanzler. Das ist doch wie ein Alptraum. Für mich wäre das so, als ob dieser Staat dann an eine Gang abgetreten ist“. Die „Frankfurter Allgemeine“ lieferte sogleich eifrig für besonders begriffsstutzige Rechte eine Erklärung des Begriffs: „Gang kommt aus dem englischen, und heißt dort Gruppe, Trupp, Rott, aber auch Bande. Im deutschen wird das Wort nur in der Bedeutung ‚Verbrecherbande‘ verwendet. Das einzelne Mitglied einer Gang ist ein Gangster...“.

In einem „Deutschland-Magazin“-Interview deutete Strauß seine zukünftige Strategie an: Den „Verleumdungskampagnen“ will er „mit umfassender sachlicher Information und mit harten Gegenschlägen“ entgegen-treten. „Daß in manchen Medien be-zessene Meinungsfälscher das Feld be-herrschen, ist bekannt. Und daß Parolen, Stöbrichtung und fingierte Dokumente“ dafür häufig aus den Desinformations-Abteilungen kom-munistischer Geheimdienste stam-men, ist hinlänglich bewiesen. Im letzten Bundestagswahlkampf haben sich auch besoldete Fälscher in Bon-ner Dienststellen einschlägig betätigt“.

Die Linke muß mit einer Prozeßwelle im Wahlkampf rechnen. Daß Strauß dabei nicht immer siegen wird, zeigt der Erfolg der „Metall“. Auch in diesem Punkt ist die Solidarität aller Betroffenen notwendig.

Antifa-Kommission
KB Hamburg

Bremen: Schmutzkampagne gegen die „Alternative Liste“

Im letzten AK haben wir über Versuche der Bonner „Grünen“ berichtet, massiv sich in das Bremer Wahlschehen einzumischen und die „Alternative Liste“ zum Rinken auf die erpresserischen Angebote der „Bremer Grünen Liste“ bzw. zur Rücknahme ihrer Kandidatur zu bewegen. Fordernd bei dieser Einmischung war Milan Horacek vom Bonner Büro der „Grünen“. Der AL wurde mit dem Einsatz linker Prominenz von außen gedroht, um ihr das linke Wahlpotential abzugeben. Einige der ins Spiel gebrachten Namen (die Sänger Mossmann und Biermann, Ali Schmeisser vom VDS) wurden mittlerweile zurückgenommen, angeblich soll auch Rudi Dutschke aus dem Spiel sein, wenigstens die BGL in der Presse bekannt gibt, ihre Wahlkampf-Unterstützung reiche „vom früheren CDU-Bundestagsabgeordneten Gruhl bis zum einstigen linken Studentenführer Dutschke“ („Bremer Nachrichten“, 7.9.).

Der Versuch der BGL, nach ihrer Rechtsentwicklung sich doch noch ein wenig links zu profilieren, geht mittlerweile weiter. Interessant ist dabei das Spektrum derjenigen, die bemüht sind, die Kastanien für die BGL aus dem Feuer zu holen: es reicht von sogenannten „unabhängigen Sozialisten“ über die „KPD“ bis hin zu gezielt in die „Tageszeitung“ der letzten Woche platzierten Beiträgen (insgesamt drei an der Zahl), wobei die gehässige Polemik versucht, die AL in einem Atemzug mit dem KB zu nennen, und dabei ganz bewusst auf den Antikommunismus spekuliert. Was die BGL bisher nicht erreichte, die alternative Wahlidee mit dem Schüren Antikommunismus spekuliert. Was die BGL bisher nicht erreichte, die alternative Wahlidee mit dem Schüren

Die „Unabhängigen Sozialisten“ der BGL

Der Wahlkampfauftakt der BGL für die Öffentlichkeit beginnt mit rechten Exponenten der grünen Bewegung: am 10.9. war Herbert Gruhl (GAZ), Bonner Kopf einer bundesweiten Partei unter Ausgrenzung der bunten und alternativen Listen in Bremen; am 18.9. folgt Baldur Springmann von der „Grünen Liste Schleswig-Holstein“, ebenfalls ein ausgesprochener Gegner der grün/bunten Einheit. Diese beiden Redner sind auch einigermaßen repräsentativ für den derzeitigen Stand der Bremer „Grünen“. Am 7.9. gab es eine Wahlkampfveranstaltung ganz besonderer Art. Unter dem Titel „Ist diese ‚Alternative Liste‘ (noch) alternativ“ luden fünf Einzelpersonen, darunter ein ehemaliges Mitglied der AL, zu einer „Informationsveranstaltung“ ein, die sich ganz gezielt an die Bremer Linke richtete (u.a. war der Aufruf hierzu am 7.9. auf Seite 1 (!) der „TAZ“ platziert). Etwa 120 Personen erlebten dann eine Überraschung: sie waren Gast auf einer Wahlkampfveranstaltung für die BGL. Hieß es im Aufruf noch, daß „die Hintergründe dieser ganzen Entwicklung untersucht ... die Konsequenzen beraten werden“ müssen und vieldeutig „einzelne von uns haben hier schon weitergehende Schritte eingeleitet“, so stellte sich heraus, daß zwei der fünf Aufrufers schon vor Abfassung des Flugblatts ihre Kandidatur auf der Liste der BGL erklärt hatten. Über den Weg des einen (Platz 9 der BGL) haben wir im letzten AK berichtet. Der zweite, Rechtsanwalt Axel Adamietz spielt eine besonders zweifelhafte Rolle in der Bremer Wahlentwicklung.

Anfang Juli tauchte er in der Diskussion der „Alternativen Liste“ auf, bei der Kandidatenaufstellung. Ab da bezeichnete er sich als AL-Anhänger. Kurze Zeit später machte er ein Vermittlungsangebot zwischen AL und BGL, für das er sich als Vermittler anbot. Interessant ist nun, daß dieser Vermittler in den Einigungs-vorschlägen der BGL einmal den Platz 5, später sogar Platz 4 der gemeinsamen Kandidatenliste angeboten bekam und von den „Grünen“ immer als Kandidat der AL (von der er nie gewählt worden ist) auftauchte, um so optisch den Eindruck zu erwecken, die „Grünen“ hätten doch zwei Kandidaten der AL unter den ersten fünf genehmigt. Adamietz hat dieses Spiel immer mitgespielt, die AL hat es nicht akzeptiert und ihn dafür kritisiert. In einem Leserbrief an das „Bremer Blatt“ schreibt er jetzt scheinheilig

empört, wie übel ihm insbesondere vom KB mitgespielt werde, der seine „Demontage“ betreibe. „Der Höhepunkt: hinter meinem Namen wurde die Bezeichnung AL verweigert, sondern öffentlich ein „gesetzlich war ausgebürgert, ein Dissident in der AL?“

Nachdem auch Adamietz' Mission für die BGL erfolglos war, setzte eine rasante Entwicklung ein. Er erklomm Platz vier der Kandidatenliste der BGL (ein sicherer Abgeordnetenplatz bei 5 %) und erklärte öffentlich, daß mit der Kandidatur zweier Linke auf der Liste der BGL nun das grüne/alternative Bündnis wenigstens teilweise doch noch zustande gekommen sei. Begründung von Adamietz für seinen Schritt: von der BGL „wurde akzeptiert, daß ich mich politisch der Alternativbewegung verpflichtet fühle, daß ich — nach der Wahl — deren Ansprechpunkt sein würde“ (Leserbrief im „Bremer Blatt“, Sept.). Interessant ist nun, daß Adamietz seinen Schritt damit begründet, daß die AL kein repräsentatives Bündnis sei und jetzt im Salto mortale auf einmal erkläre: daß „die Bremer Grüne Liste ... bereit ist, ein breites Spektrum von Auffassungen zu repräsentieren, was der Vielfalt der Bürgerinitiativen und -bewegungen entspricht, in Gastrednern wie Gruhl einerseits, Dutschke andererseits Ausdruck findet“ (Leserbrief an „Weser-Kurier“, 8.9.79) und dies allein damit begründet, daß er sich zum Ansprechpartner der alternativen Bewegung selbst ernannt hat (eine andere Veränderung gibt es bei der angeblich auch von ihm ehemals kritisierten BGL nicht). Dafür mußte er

andere Veränderung gibt es bei der angeblich auch von ihm ehemals kritisierten BGL nicht). Dafür mußte er heftige Kritik auf der o.g. Veranstaltung einstecken (u.a. wurde der Vorwurf des „linken Feigenblattes“ und der „Juso der Grünen“ für die rechte BGL gemacht).

Mittlerweile aber hat sich herausgestellt, daß Adamietz zum Spitzenwahlkampf der BGL an der Seite von Dinne und Willers aufrückt. Die CDU-Sonntagszeitung „Weserport“, die seit Wochen wohlwollend über die BGL berichtet, registriert mit Genugtuung die „Unterstützung des rhetorisch wie dialektisch gewitzten Rechtsanwalts Axel Adamietz ... der die kommunistisch ausgerichtete und recht aussichtslos kandidierende ‚Alternative Liste‘ verlassen hat“ („Weserport“, 9.9.). Auf der ersten Pressekonferenz nach ihrer endgültigen Kandidatenaufstellung ließ die BGL neben Dinne denn auch Adamietz in die Bütts steigen, der wider besseres Wissen dort behauptete: „Die BGL hat in Sachen Kandidatenaufstellung Zugeständnisse gemacht, doch die AL bestand auf einer unannehmbaren Maximalposition“, was natürlich nicht näher erläutert wurde. Adamietz im bereits BGL-typischen Stil weiter: „Im übrigen repräsentiert nicht die gegenwärtig von Kommunisten majorisierte AL-Liste, sondern die BGL die Bürgerinitiativen und -bewegungen in Bremen“ („Weser-Kurier“, 7.9.), was die AL natürlich auch nie von sich behaupten würde.

In einem Leserbrief versuchte Adamietz sich nun von dieser antikommunistischen Passage reinzuwaschen, hatte er doch noch im „Bremer Blatt“ geschrieben: „Es wurde [von der BGL] akzeptiert, daß kein Wahlkampf nach dem Motto ‚Dort sind die bösen Roten‘ geführt wird“. Hier Adamietz feinsinnige Differenzierung seines Vorwurfs: „Ich bin dagegen, eine Wahlkampfabgrenzung am Thema Antikommunismus vorzunehmen ... Vielmehr handelt es sich allein darum, daß eine einzelne bestimmte Gruppe [der Kommunistische Bund] gegenwärtig eine überrepräsentative und dominierende Rolle spielt“ (Leserbrief an „Weser-Kurier“, 8.9.), oder — wie er auf der Veranstaltung sagte — die Dominanz des KB bestehe u.a. darin, daß einige Nicht-KBler „KBlicher als der KB“ sind, wobei dies nie inhaltlich, sondern allein in blanke Hetze vorgetragen wird.

Adamietz versucht sich nun der Linken in Bremen anzunähern, indem er um den Aufbau eines linken BGL-Unterstützerkreises bemüht ist. Zumindest eines sollte noch zu denken geben. Am 11.9. ging durch die Bremer Presse die Meldung, daß die BGL einen schon seit längerem vorbereiteten Normenkontrollantrag beim Bremer Oberverwaltungsgericht eingereicht hat, mit dem das bisherige Verfahren zur Wahl der Orts- und Stadtteilbeiräte (es gibt keine Direkt-

wahl) in Bremen überprüft werden soll. Rechtsanwalt der BGL: Axel Adamietz. Es gehört nicht viel Kombinationsgabe dazu, festzustellen, daß ein solcher Antrag von einem Rechtsanwalt ausführlich vorbereitet sein muß. Die Zusammenarbeit Adamietz/BGL ist mit Sicherheit älter, als sein angeblicher Wahleinsatz für die AL, der er spektakulär den Rücken zu kehren sich bemüht. Es bleibt der Verdacht, daß hier nicht ehrlich vorgegangen wird.

Otto, „KPD“ und DKP

Am 7.9. meldete sich der „Organisationsbeauftragte des Bundesvorstands der Grünen“, Georg Otto, in der „TAZ“ zu den Bremer Wahlen zu Wort. Otto, erklärter Gegner der grün/bunten Einheit, begründet die einseitige Unterstützung der BGL ausschließlich mit der KB-Teilnahme und zieht dabei noch einmal einen deutlichen Trennungsstrich: „Der KB hat keine eindeutige Stellung zur Wachstumsfrage bezogen, er ist hierarchisch organisiert und strebt eine zentralistische Wirtschaftspolitik an. In wichtigen Punkten stehen also Prinzipien des KB im Widerspruch zur ökologischen, basisdemokratischen, dezentralen Position der Grünen Liste“. Ansonsten werden die alten Lügen und Behauptungen über eine angebliche massenhafte Dominanz des KB (Otto: er will „eine KB-Fraktion auf einer Grünen Liste ins Bremer Rathaus schleusen“) wiederholt, die am besten bisher allerdings die „Rote Fahne“ der „KPD“ verbreitet.

In der „Roten Fahne“ vom 13.9. treibt diese ihr Spiel weiter unter der Überschrift: „Bremen: Unheilige Allianz der KB-Führung und rechten Grünen“. Da best der erstaunte Leser auf einmal, daß die „KPD“ u.a. für die Einheit war, da „eine gemeinsame Liste in Bremen reale Chancen gehabt hätte, die 5-%-Klausel zu überwinden“, obwohl die gleiche „KPD“ u.a. hierfür ständig den KB angreift. Aber wir schreiben ja schon im letzten AK, daß die „KPD“ sich als völlig haltlos erwiesen hat und nur ein Prinzip in Bremen kannte: gegen den KB zu boizen. Auch jetzt kolportiert sie wieder eine Reihe von Falschmeldungen. Das AL-Mitglied, das wegen seiner Unterstützung eines Unvereinbarkeitsbeschlusses für Kandidaten diese verlassen hat (und jetzt für die BGL kandidiert) ist laut „KPD“ aus „Kritik an dem Spaltungskurs des KB zur BGL abgewandert“. Ein Flugblatt der AL zum Antikriegstag (an dessen Erstellung kein KBler beteiligt war) ist „unter KB-Regie erstellt“ worden. An diesem Punkt läßt die „KPD“ allerdings die wahren Absichten ihres „Engagements“ raus. In dem Flugblatt werde „ausschließlich die BRD angegriffen“ (obwohl drinsteht „wir wenden uns gegen weltweite Aufrüstung und Militarisierung“), während die „KPD“ bei der BGL stärkere Chancen sieht, daß die Aufrüstung Ost dort in den Mittelpunkt rückt und damit Ansätze für ihr „antihegemonistisches Bündnis“ erhofft. Daher schreibt die „KPD“: „die Position des KB ... ist nicht links, sondern rechts“. Wir sind gespannt, wann und wie die Bremer „KPD“ die Kurve bekommt, doch noch zur Wahl der BGL aufzurufen. Als Unterstützer betätigt sie sich schon seit einiger Zeit.

Einig ist sich die „KPD“ in der KB-Kritik offensichtlich mit der DKP, die ihre Information anscheinend bei der „Roten Fahne“ abschreibt. In ihrer September-Ausgabe der „Bremer Rundschau“ schreibt sie: „Heute verbirgt sich hinter der Alternativen Liste — abgesehen von 7 bis 3 Feigenblättern — ganz allein der maoistische KB“. Und: „Links bleiben — das kann man nicht durch die Unterstützung der sog. ‚Alternativen Liste‘, weil sie, im Kern maoistisch, perspektivlos dasteht“.

Was tatsächlich links und eine echte Alternative zu den etablierten Parteien ist, bestimmt hierzulande zum Glück nicht die DKP. Mal sehen, was die Wähler dazu sagen — und was dann wiederum die DKP dazu sagt ...

Wahlmischuß
KB/Gruppe Bremen

GAZ-Parteitag „Zusammenarbeit mit Kommunisten ist das Ende“

Der Parteitag der GAZ (vom 8./9.9. mit rund 100 Delegierten und Mitgliedern) hat sich eindeutig und mit großer Mehrheit gegen eine grün/bunte Einigung zu den bevorstehenden Bundestagswahlen ausgesprochen. Damit sind von seiten der GAZ die Weichen für die Gründung einer Partei „Die Grünen“ gestellt (gegründet werden soll am 3. und 4.11. in Offenbach).

Der Parteitag folgte im wesentlichen dem Bundesvorsitzenden Gruhl, der schon in einem vorbereitenden Rundschreiben (Nr. 6, vom 6.8.79) den Kurs bestimmt hatte: Festlegung auf die „ökologischen Zentralprobleme“, daneben gibt es „Hunderter von Randproblemen“, die aber nicht ins Zentrum gerückt werden dürfen, „denn ohne Bewältigung der ökologischen Zentralprobleme gibt es kein Weiterleben, folglich auch keine Randprobleme mehr“. Und für „bunte und ähnliche Gruppen“ gilt: „Soweit sie mit uns die ökologische Basis teilen, werden sie sich anschließen. Die aber auf einer anderen Basis stehen, können uns nicht veranlassen, die wertvolle Zeit verstreichen zu lassen, während die sie uns mit ihren Pamphleten schaden, da sie den Wähler verwirren.“

Um diese Orientierung hatte es schon im Vorfeld des Parteitages Auseinandersetzungen gegeben. Maßgeblich von Mengershausen und Bueb (beide GAZ-Bundesvorstandsmitglieder) wollten die ausschließlich ökologische Orientierung verhindern und eine Zusammenarbeit Grüne/Bunte suchen. Bueb hält in diesem Sinne in einem Schreiben an Gruhl auch das Euro-Wahlprogramm, das die GAZ als Grundsatz-Programm der Grünen Bewegung verwenden will, für völlig unzureichend. „Z.B. muß in einem

Grundsatzprogramm die Frage beantwortet werden, wie wir die verkrusteten Strukturen dieser Gesellschaft überwinden wollen, um unsere ökologischen Ziele überhaupt nur annähernd durchsetzen zu können.“ Deshalb hält er es für nötig, „mit allen Gruppen, Personen und Geistesrichtungen in Verbindung zu treten, die, wie wir, diese Strukturen ablehnen und eine demokratischere und gerechtere Gesellschaft anstreben.“ Der Grundkonsens müsse dabei als „ökologisch, basisdemokratisch, gewaltfrei, sozial“ definiert sein.

Mit dieser Orientierung auf eine Grün/Bunte-Annäherung konnten Bueb, von Mengershausen und einige bayerische Delegierte sich nicht durchsetzen. Bueb wurde nicht einmal Mitglied der Programmkommission der GAZ, die das künftige Programm der Grünen formulieren soll.

Die Programmkommission besteht nun aus Gruhl, Breitsch und Frau Daute.

Die Gegner der Grün/Bunten Einheit hetzten massiv. Sie kamen aus der GAZ Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen (der dortige Vorsitzende erklärte: „Wir müssen darauf drängen, daß diese Leute (Bunte/Alternative — Anm. AK) am 4.11. keine Stimme bekommen“) und natürlich durfte auch Baldur Springmann (Vorstandsmitglied der Grünen Liste Schleswig-Holstein) nicht fehlen. Sein Rat: „Wir müssen es so geschickt machen, daß sie sich von uns abgrenzen müssen“.

Das Ergebnis des GAZ-Parteitages: Mit überwältigender Mehrheit wurde „ein hauptsächlich gegen die Bunten gerichteter Antrag angenommen, daß Bündnisse mit anderen Gruppierungen nicht mehr zugelassen werden sollen“ (TAZ, 10.9.).

„Grüne Liste Kiel“ gegen Einigung

Allen Einheitsbemühungen der Bunten, Alternativen und Grünen zum Trotz ist am 10. September von der Mitgliederversammlung der „Grünen Liste SH, Kreisverband Kiel“ eine Pressemitteilung beschlossen worden, in der es (sinngemäß) heißt:

Die Gründung einer bundesweiten Partei der Grünen sollte vollzogen werden; dieser Partei können [nur] alle ökologischen Gesonnenen beitreten; nicht beitreten dürfen Menschen, die anderen Parteien oder Organisationen angehören; den bunten und alternativen Listen wird nahegelegt, sich aufzulösen (!) und sich den Grünen anzuschließen.“

Auf einem Treffen der Kieler Gruppe der „Liste für Demokratie und Umweltschutz“ „ergänzte“ ein Vorstandsmitglied der GLSH/Kiel: „Die Bundestagswahlen sind u.E. nicht so wichtig, daß eine große Einheit hergestellt werden muß“.

Auf die Strauß-Kandidatur hin angesprochen, war offensichtlich vereinheitlichte Position aller vier anwesenden Mitglieder der GLSH/Kiel: „Wir sind bereit in Kauf zu nehmen, daß Strauß Kanzler wird ... Davon wird die Welt nicht untergehen, wenn Strauß Kanzler ist!“ (Martin Kupfer, Vorstandsmitglied der GLSH/Kiel).

Grüne Alternative Giessen Wahlgemeinschaft für eine menschengerechte Stadt

Im das Treffen der „Grünen“ und die landesweite Mitgliederversammlung der GLH am 28.8.79

In Giessen hat sich zu den hiesigen Kommunalwahlen am 7. Oktober eine Wahlgemeinschaft unter Beteiligung von Mitgliedern der GLH, GAZ, GLU, Aktion Dritter Weg und Unabhängigen gegründet.

Wir sind der Meinung, daß dieser Zusammenschluß in Giessen und weitere in anderen Städten einen Modellcharakter für die kommende Bundestagswahl haben.

Wir appellieren an die Versammelten, die gemeinsamen Beschlüsse der Grünen und Alternativen Gruppen (z.B. in Vlotho) einzuhalten, die Gespräche zum Zweck eines gemeinsamen Vorgehens zur Bundestagswahl voranzutreiben.

Dies ist unserer Meinung nach die einzige Möglichkeit, eine Zersplitterung zu vermeiden, um mit Erfolg an der Bundestagswahl teilnehmen zu können.

Die grundsätzlich gemeinsamen Ziele vorhanden sind, dürfen — trotz bestehender Differenzen — auf keinen Fall Teile der ökologischen und demokratischen Alternativen ausgeschlossen werden.

Diskussionsbereitschaft ist unser oberstes demokratisches Prinzip.

Mitgliederversammlung der G.A.G.
Giessen, 28.8.79

Teilkandidatur in Aachen

Noch in letzter Minute ist es in Aachen zu einer Kandidatur von vier BI-Mitgliedern zum Bezirksparlament Aachen Stadt gekommen. Zwar hatten sich Mitglieder aus BI's und Interessierte bereits vor einem Jahr zum Aufbau einer Bunten Liste zusammengesetzt, waren aber über eine Diskussion, wie eine solche Liste aussehen sollte, nicht hinausgekommen. Monate später rief die Aachener BI-Zeitung „KLENNES“ dazu auf, ein Forum zu den Kommunalwahlen zu bilden. Man einigte sich darauf, die Kritik der BI's an den etablierten Parteien im Wahlkampf öffentlich vorzutragen, selbst wenn keine eigene Kandidatur angestrebt wurde.

Dieses Forum hat inzwischen öffentlich erklärt, es hoffe auf die

Ablösung der CDU als stärkster Partei, es wolle aber deshalb keine Wahlhilfe für die gesamte SPD oder FDP, allerdings für einzelne Kandidaten (insgesamt 4) machen. Die Hauptforderungen des Forums sind: ein ökologisches Energiekonzept, ein Frauenhaus, Beteiligung der BI's an Entscheidungen im Stadtrat und Ausschüssen, 100 Mio. DM für einen Sonderfond gegen Arbeitslosigkeit und für bessere soziale und städtische Lebensbedingungen.

Aus diesem Kreis entschlossen sich dann vier für eine Kandidatur (allerdings nur fürs Bezirksparlament). Aus den Bürgerinitiativen wurde ihnen Unterstützung zugesagt, so konnten die Unterlagen auch rechtzeitig eingereicht werden (nach einem Bericht aus Aachen).

Interview mit Claus Offe

Frage: Was war Deine persönliche Reaktion auf die Kanzlerkandidatur von Strauß?

C.O.: Der Schrecken, der vielen wegen des Bildes äußerster Bedenkenlosigkeit, das man von dieser Person hat, in die Glieder gefahren ist, hat natürlich auch mich betroffen. Beim Überlegen kommt man jedoch darauf, daß diese Kandidatur eine durchaus konsequente und folgerichtige Entwicklung in der BRD widerspiegelt. Die Unionsparteien konnten angesichts der Politik der sozialliberalen Bundesregierungen praktisch gar nichts anderes tun, als genau diese Figur zur Leitfigur ihres Kontrastprogramms zu machen. Allerdings haben sie sich damit auf ein langfristiges Projekt, ein Projekt für mehrere Legislaturperioden eingelassen. Dabei wird es nicht ohne gravierende Veränderungen der Wählerbasis der Unionsparteien und damit des Parteiensystems insgesamt abgehen.

Frage: Siehst Du wesentliche Unterschiede zwischen dem Programm, das von Strauß verkörpert wird und dem Programm der rechts-sozialdemokratischen Schmidt-Regierung?

C.O.: Zweifellos gibt es wesentliche Unterschiede. Ich denke, daß die Analyse, die dem Strauß'schen Programm zugrunde liegt, bei aller Gegensätzlichkeit der Schlußfolgerungen, die ich selbst ziehen würde, durchaus einleuchtende Elemente enthält. Ich würde einen Grundgedanken, den man bei Strauß und etwa dem „Bayerkurier“ findet, folgendermaßen zusammenfassen: Die gegenwärtige Führungsgruppe der Sozialdemokratie ist zwar auf der einen Seite weder willens noch in absehbarer Weise fähig, die Gesellschaft der BRD im Sinne irgendwelcher sozialistischer Zielvorstellungen umzugestalten. Strauß geht zutreffend davon aus, daß das, was die SPD macht, natürlich keineswegs die Transformation einer kapitalistischen Gesellschaft in eine nichtkapitalistische ist. Aber er sieht meiner Meinung nach ebenso zutreffend, daß dieses SPD-Regime durchaus geeignet ist, die Verhältnisse in der BRD durch eine „unverantwortliche“ und „unbedachte“ kapitalistische Modernisierungspolitik zu stabilisieren. Obwohl ihre Politik nicht sozialistisch ist, ist die SPD ein Infektionsherd von Ideen und Programmen, die über den Kapitalismus hinausweisen; dieser Umstand könnte dem nationalen und internationalen Kapital auf die Dauer die Investitionsneigung nehmen und die BRD damit anfällig machen für westeuropäische sozialistische Modelle. Nicht die „Lage“ sei schlecht, diagnostiziert Strauß, aber die „Stimmung“, die von den Sozialliberalen rönt, die „Lage“ sei ungesund, diagnostiziert Strauß, aber die „Stimmung“, die von den Sozialliberalen erzeugt werde, und das könne auf die Dauer nicht ohne Rückwirkungen auf die „Lage“ bleiben — und die Unterminierung des westdeutschen Kapitalismus nicht aus programmatischer Absicht, sondern sozusagen aus Unachtsamkeit. Infolgedessen kommt es Strauß darauf an, diesen Infektionsherd auszusräumen und die schon befallenen Bereiche, insbesondere im „Überbau“, aber auch in den Gewerkschaften, der Sozial- und Finanzpolitik zu sanieren. Daher die zentrale Bedeutung eines sozialisationspolitischen „Roll-back“ — in der Bildungspolitik, der Medienpolitik und der Familienpolitik, sowie einer noch gesteigerten staatlichen Repression. Hinzu kommt die projektierte Bändigung gewerkschaftlicher Gegenmacht. Zusammengefaßt als 1.: Die SPD ist nicht in dem, was sie tut, sondern in dem, was sie zuzulassen erlaubt, gefährlich. Sie leistet systemkritischen Gedankengut und Bewußtseinsprozessen Vorschub. Deshalb muß sie im Interesse der Stabilisierung des westdeutschen Kapitalismus aus den staatlichen Machtpositionen verjagt werden. Das ist die Frontstellung, die ich hier sehe und das ist eine Analyse, was die Funktion der SPD-Regierung angeht, die ich für gar nicht einmal ganz unzutreffend halte.

Frage: Siehst Du trotz dieses drohenden „Roll-backs“ eine Chance für eine alternative Wahlbeteiligung?

C.O.: Man sollte vielleicht zunächst mal versuchen, von einer Reihe von Fehleinschätzungen loszukommen, die es bei uns in der Linken gibt. Die erste Fehleinschätzung trägt die Überschrift „Es ist eh gleich, was bei der Wahl herauskommt. Es ist ein und derselbe Kapitalismus, dem die konkurrierenden Parteiapparate dienen“.

Für Leute, die wie ich im Sozialisations- und Bildungsbereich tätig sind und an der Erhaltung von dessen Freiheitsräumen interessiert sind, liegt es auf der Hand, daß das Unsinn ist. Die zweite Fehleinschätzung ist die:

„Es wird schon nichts passieren“, d.h. Strauß wird sich durch den Ballast von negativen persönlichen Merkmalen und den Ballast der Desintegration der Union schon so desavouieren, daß es hier nicht zu einem Wahlerfolg kommt. Ich halte es heute für überwiegend wahrscheinlich, daß Strauß 1980 keine Chance hat, aber dieses kann sich in der Zeit, die noch vor uns liegt bis zu den Bundestagswahlen, noch ändern. Und die dritte Fehleinschätzung, von der man sich verabschieden sollte ist die, daß Wahlkämpfe unmittelbar Klassenkämpfe sind, d.h., daß es hier um die Konfrontation der Mehrheit der Lohnabhängigen gegen das Großkapital geht. Das ist eine völlig irreführende Vorstellung, insofern ja das Problem für die Linke gerade darin besteht, daß Millionen von Abhängigen — Arbeitnehmer, Angehörigen des alten Mittelstandes und sofort — ein Potential für Strauß darstellen. Wie kommen diese Gruppen und Schichten dazu, von Strauß ansprechbar zu sein? Man muß sich klar machen und erklären, daß und warum den Erfahrungen, Hoffnungen und Befürchtungen von Millionen Menschen in diesem Lande das Programm und die Person Strauß durchaus entspricht. Und diese Leute gehören zum größten Teil in keinerlei Weise zur „herrschenden Klasse“.

Man sollte vielleicht viertens noch den gebannten Blick auf die Person und das Wahldatum dadurch relativieren, daß man sich vor Augen führt, daß Wahlentscheidungen in vielerlei Hinsicht nichts Endgültiges sind — einmal, weil dann die nächsten Wahlen und die Wahlen auf anderen Ebenen stattfinden, dann aber insbesondere deshalb, weil ja in der BRD, wie in anderen Ländern, zunehmend die wichtigen politischen Auseinandersetzungen außerhalb der institutionellen Kanäle, des Wahlsystems, des Parteiensystems, des Parlamentarismus stattfinden. Ich denke, daß Kämpfe in den Medien, in den Kirchen und so fort, eine so wichtige Rolle spielen, daß selbst ein Wahlsieg von Strauß in seiner Bedeutung erst bestimmt wird durch die Widerstandspotentiale, die dann noch vorhanden sind. Das ist natürlich eine riskante Spekulation und soll keineswegs von der Gefährlichkeit eines solchen möglichen Wahlsieges ablenken. Immerhin sieht man am englischen Beispiel, das wir ja auch studieren können, daß ein doch eindrucksvoller Wahlsieg der Regierung Thatcher keineswegs dazu geführt hat, daß die konservativen, reaktionären Kräfte dort freie Hand haben.

Zurück zu dem dritten Problem: wie kommt es eigentlich, daß es auf

Zurück zu dem dritten Problem: wie kommt es eigentlich, daß es auf der rechten populistischen Seite, die Strauß vertritt, ein so brennendes Gemisch von Protestmotiven gibt, welches das Programm von Strauß jedenfalls nicht von vornherein aussichtslos macht. Ich meine, daß das eine Sammlung von Motiven ist, die sich zusammensetzt aus Protesten gegen den Wohlfahrtsstaat, gegen die Bürokratie, gegen die öffentliche Verschuldung, gegen bestimmte Modernisierungs- und Technokratisierungsprozesse. Es wäre jedenfalls völlig falsch, das alles als altes faschistisches Potential zu kennzeichnen, oder als im politischen Modernisierungsprozeß zurückgebliebene „Inseln“. Man geht sicher nicht ganz fehl, wenn man sagt, daß ist zum großen Teil auch ein Echo auf sozialdemokratische Politik. Man hat es hier zu tun mit einem elementaren, unartikulierten und außerordentlich gefährlichen, politisch ambivalenten Widerstand gegen eine einerseits als technokratisch und gewalttätig, andererseits als sinn- und ziellos erfahrene Praxis sozialliberaler Modernisierungspolitik. Beispiele dafür sind die Städtebau- und Verkehrspolitik, der AKW-Bau, die Begünstigung der städtischen Funktions- und Angestellten-Mittelschichten in Bildungs-, Sozial- und Steuerpolitik. Darauf gibt es als Resonanz ein Unbehagen und einen Widerstand, der sich plakativ so zusammenfassen läßt: das alles hat doch nicht nur zu nichts geführt (das sagen die Linken auch), sondern es verursacht außerdem erhebliche Belastungen und Zerstörungen und Verunsicherungen natürlicher und sozialer Lebensbedingungen, an deren Erhaltung uns liegt, deren Verlust wir in dem Maße als gravierend und beeinträchtigend erfahren, in dem die in Aussicht gestellten Reformen sich auch als nichtig und unerheblich und/oder als einseitig vorteilhaft nur für städtische Mittelschichten und Teile der „stabilen“ Industriearbeiterschaft erweisen. Das sind Motive, die zunächst aufkommen bei den klassischen Leidtragenden eines solchen Modernisierungsprozesses, also dem alten Mittelstand, ins-

besondere auch dem landwirtschaftlichen.

Solche Erfahrungen und Gefühle sind wohl dramatisch aufgeladen worden durch die Erfahrung der letzten zehn Jahre und die gescheiterten aber dennoch eben nicht folgenlosen Reformpolitiken, die auf ihrem Rücken sozusagen abgelesen worden sind. Das beschränkt sich jedenfalls längst nicht auf den alten Mittelstand, sondern betrifft ebenso große Teile der Arbeiterklasse einschließlich der Rentner — das Potential derer, die nicht länger willens sind, die Kosten eines nicht als sinnvoll wahrnehmbaren Modernisierungsprozesses weiter noch zu tragen.

Ich habe das deshalb so ausführlich — und gewiß etwas provozierend — dargestellt, weil ich herausarbeiten möchte, daß in seinen gesellschaftlichen Grunderfahrungen dieses Potential durchaus ähnlich ist dem, was wir in bunten Listen und teilweise auch in Grünen Listen repräsentiert finden. Dort allerdings unter oft ganz gegensätzlicher politischer Ausdeutung und Zielsetzung, aber die Motive, die diesem Protest zugrundeliegen, sind nicht ganz von einem anderen Stern, sondern hier gibt es gemeinsame Wurzeln.

Falls das einigermaßen zutrifft, erscheint es ganz abwegig, der SPD und ihrer Wahlkampfstrategie zuzutrauen, daß sie bei allen Anstrengungen in der Lage sein sollte, auch dieses Potential, das ja gerade in negativer Resonanz auf zehn Jahre sozialliberaler Koalition entstanden ist, nun auch noch einzugemeinden und an sich zu binden. Es mögen die Kollegen Negt, Seifert, Moneta mit ihren je eigenen Gesichtspunkten und ihren eigenen Bedenklichkeiten und inneren Schmerzen zu dem Entschluß kommen, daß eben doch nichts anderes hilft, als diesmal, um Strauß zu verhindern, wieder SPD zu wählen — das sei selbstverständlich respektiert. Aber sie überschätzen, wie ich meine, die Reichweite und Überzeugungskraft ihrer Argumente. Das Problem ist, daß nicht einmal die breite Masse auch der linken Träger dieses Protestmotivs so wie sie denken — und handeln — wird. Die SPD, gefangen in dem Dilemma, ob sie wahlkampftaktisch nach „links“ (d.h. zu den grünen und bunten Subkulturen der Großstädte) oder nach „rechts“ (d.h. zum ökologischen und Steuerprotest des alten Mittelstandes) agieren soll, wird keines von beidem zustandebringen; sie ist überdies unfähig zu der Einsicht, daß sie die Anlässe zum Protest auf beiden Seiten selbst mitgesetzt und verstärkt hat. Deshalb müssen wir damit rechnen, daß der größte Teil der „Reformge-

Deshalb müssen wir damit rechnen, daß der größte Teil der „Reformgeschädigten“ und der „Reformenttäuschten“ in diesem Lande sicher auf absehbare Zeit für die SPD verloren sein wird.

Frage: Und Du meinst also, daß eine Grün/Bunte oder wie auch immer geartete Alternative zu den Bundestagswahlen durchaus die Chance hätte, genau in dieses Protestpotential einzuwirken, und möglicherweise tatsächlich also auch aus einem möglichen Strauß-Potential bestimmte Prozente abziehen könnte?

C.O.: Ja, das halte ich nicht für völlig ausgeschlossen. Natürlich würde man darüber noch sehr viel sorgfältiger nachdenken und dann auch verhandeln müssen. Ich halte für ein innenpolitisches Hauptproblem in der BRD, vom Standpunkt einer linken Politik aus gesehen das Folgende:

Es ist notwendig, das über ein ungeheuer breites politisches Spektrum verteilte populistische Protestpotential einzubinden in den politischen Prozeß, und zwar in zweierlei Hinsicht einzubinden: einerseits an der Depolitisierung, Privatisierung und der zynisch werdenden Vereinzelung zu hindern, das heißt also dieses Potential überhaupt noch auf einer politischen Ebene präsent zu halten, und andererseits an der neo-deutsch-nationalen Entdemokratisierung zu hindern. Und genau in diese Richtung weist natürlich die Politik von Strauß. Es kommt darauf an, Strauß und seiner Strategie Teile jenes Protestpotentials streitig zu machen und zu versuchen, sie in eine demokratische Bewegung einzubinden. Dazu ist, wie gesagt, meiner Überzeugung nach die SPD nicht mehr in der Lage, trotz aller grünen Accessoirs und ökologischen Zutaten, die sie sich jetzt ökolog. Das ist eine enorme Aufgabe, aber eine Aufgabe, die man erst dann in Angriff nehmen kann, wenn man sich über die Problemstellung einig ist. Es könnte sogar sein, daß man über diese Problemstellung auch mit bestimmten Teilen der SPD, die sich noch strategische Gedanken machen, einig werden kann. Jedenfalls müßte informierten und nachdenklichen Kräften in der

SPD klar zu machen sein, daß sie den Zugang sowohl zu den linken wie auch zu den mittelständigen Protest-Subkulturen auf absehbare Zeit verloren hat (und daß es zunehmend riskant ist, in dieser Hinsicht auf die Leistungsfähigkeit der FDP zu spekulieren). Und wenn diese Kräfte — wie sie eigentlich müßten — daran interessiert sind, diese beiden Aufgaben, nämlich Verhinderung von Depolitisierung und Privatisierung und Verhinderung von neo-deutsch-nationaler Politisierung, als solche anzuerkennen, dann bleibt eigentlich gar nichts anderes übrig, als sich auf Kräfte zu verlassen und möglicherweise gewisse globale Allianzen einzugehen mit Kräften, die dazu eher in der Lage sind, und die auch eher in der Lage sind, ein Stück aus dem diffusen Brei herauszuschneiden, der andernfalls, wenn nicht 1980 dann 1984 oder noch später, doch zur Basis der Strauß-Politik werden kann.

Frage: Du siehst also eine reelle Chance und auch eine Möglichkeit für Linke, in diese Wahlbewegung, die seit anderthalb Jahren existiert, die aus sehr unterschiedlichen Quellen gespeist wird, einzugreifen. Wo siehst Du die Kompromißgrenze, auf der Deiner Ansicht nach die Buntten, die Neue Linke gegenüber den Grünen bestehen muß?

C.O.: Sicher kann man dieses Potential, das Strauß zur Verfügung steht, nicht einfach umpolen, sondern man kann im günstigsten Falle, aufgrund bestimmter Motivähnlichkeiten zwischen den Buntten und den Strauß folgenden Protestwählern, gewisse Teile herauszuwickeln. Welche Teile nun, das ist die Frage, und bis zu welcher Grenze. Es ist ein Charakteristikum des Rechts-Populismus, zwei Ebenen der politischen Realität der BRD in Frage zu stellen und zu bekämpfen, nämlich erstens die Machtpositionen der Gewerkschaften auf tarifvertraglicher und politischer Ebene, d.h. Einschränkung der Streik- und sonstigen Arbeitskämpfmöglichkeiten; außerdem die Rückkehrung der sozial-politischen Erfolge. Die zweite Hauptfront ist die Einschränkung der demokratischen Freiheitsrechte, gerade im Zusammenhang mit dem, was man nicht ganz unzutreffend Öko-Faschismus genannt hat, kommt ja — übrigens sekundiert durch Positionen wie denen des stalinistischen Ökologie-Denkens Harich — das Motiv zur Geltung, daß es angesichts des weltweiten Notstandes — Mangels an Ressourcen einerseits, Belastung der Öko-Systeme mit den Ausscheidungen der industriellen Produktionen andererseits — erforderlich sei, eine ganze Reihe von Grundrechten abzuschaffen oder jedenfalls gravierend einzuschränken und den Regierungen freie Hand zu lassen. Spätestens an diesem Punkt wird es notwendig sein, Allianzen aufzukündigen. Es wird weiterhin nicht möglich sein, Allianzen aufzukündigen. Es wird weiterhin nicht möglich sein, eine wahlpolitische Alternative auch nur in Umrissen zu zeichnen, bei der man sich zwingt und von vornherein festlegt, alle gesellschaftlichen Probleme — von der Steuerpolitik bis zur Agrarpolitik, von der Verteidigungspolitik bis zur Familienpolitik — allein unter ökologischen Gesichtspunkten zu sehen. Das ist schlechterdings nicht möglich, das ist eine Verengung der Perspektive, die nur auf äußerst gewalttätige Ideologienbildung hinauslaufen kann, wie man am Beispiel Gruhl sieht. Die Katastrophenstimmung, die er verbreitet, ist sozusagen der Nebel, hinter dem sich allerlei massiv anti-demokratische Strömung vorbereitet, und auch hier wird es notwendig sein, sehr achtsam zu sein.

Auf der anderen Seite: was ist das positive integrierende Programm eines bunten Bündnisses oder eines grün/bunten Bündnisses, das in der Lage wäre, hier eine hinreichende Attraktivität auf dieses Protestpotential auszuüben? Eine Antwort auf diese Frage kann heute von niemandem gegeben werden. Das theoretische und politische Hauptproblem liegt darin, daß wir es heute mit einer „multifrontalen“ Struktur der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung zu tun haben. Mit multifrontal meine ich, daß von einem bunten Bündnis durchaus verschiedene gesellschaftliche Strukturen und Machtverhältnisse gleichzeitig angegriffen werden müssen: zunächst das Groß-Kapital in seinem Verhältnis zur Arbeitskraft, zur äußeren Natur und auf dem Weltmarkt, also in internationalen Bereichen im Nord-Süd-Konflikt, was schon drei sehr stark auseinanderweisende Aspekte sind; dann das „Patriarchat“ und die an ihm hängenden sexistischen Strukturen der Arbeitsteilung und Sozialisation; und schließlich ein weiteres tragendes Element unserer Sozialstruktur — die Bürokratie. Bürokratie, Technologie, Kapital und Patriarchat sind die vier wichtigsten Fronten, an denen die Bunte Bewegung kämpft. Eine verein-

heitlichende Theorie, die jedermann sinnfällig machen könnte — und nicht nur irgendwelche esoterische Aufsätze darüber schreiben könnte —, daß diese Phänomene doch im Grunde nur Zweige vom selben Stamm sind, die gibt es einfach heute nicht. Wir müssen uns deshalb damit zufrieden geben, daß eine vereinheitlichende Theorie, wie sie etwa die 2. und 3. Internationale hatten (mit Moskau-Zentriertheit usw.), heute nicht zur Verfügung steht. Infolgedessen ist das Ideal eines geschlossenen Weltbildes, einer Partei, die auf alle Fragen eine Antwort aus einem Guß weiß, heute obsolet (veraltet, Aum, AK). Die Antwort auf die Frage, bis wohin kann ein solches Bündnis möglicherweise reichen, ist nur negativ zu geben. Sie kann nicht dorthin reichen, wo erreichte Erfolge der liberal-bürgerlichen Tradition einerseits und der Arbeiterbewegung andererseits rückgängig gemacht und in Frage gestellt haben sollen, aber eine positive Antwort ist hier schwer zu geben.

Frage: Du siehst also auch durchaus eine gewisse Verpflichtung für die Kräfte der Neuen Linken in dieser entstehenden Wahlbewegung und Alternativ- oder Protestbewegung mitzuwirken, um eben einer möglicherweise „Gürtel-enger-schnallen“-Theoretisierung dieser gesamten Gruppierung zu verhindern. Wie erklärst Du Dir das auffallend abstinente Verhalten von großen und wichtigen Teilen der SB, sieht man mal von Ausnahmen wie Alexander Schubart ab?

C.O.: Diese Abstinenz hat zwei Gründe grundsätzlicher Art und einen eher zufälliger Art. Zufällig ist der, daß die Diskussion einfach noch nicht weit genug fortgeschritten ist. Man muß sehen, daß die Brisanz des Themas Strauß erst unmittelbar vor der Sommerpause aufgekommen ist, und es laufen die Diskussionen hierüber, die sicher auch im SB wie in allen anderen Organisationen intensiv weitergehen werden, gegenwärtig erst an. Dann gibt es aber zwei eher grundsätzliche Argumente, die ein gewisses Hindernis für das Gedeihen und Wachsen der Diskussion, insbesondere auch der Diskussion in Richtung auf eine Unterstützung Grün/Bunter Bündnisse sind; erstens ist die eben erwähnte Einsicht, daß wir es heute eben mit einer multifrontalen Struktur des Kampfes zu tun haben, nicht überall willkommen — sie stellt ja einen gewissen Bruch mit den Selbstverständlichkeiten der herkömmlichen linken Bewegung dar. Zweitens ist die Diskussion dadurch behindert, daß zum jetzigen Zeitpunkt natürlich nicht abgesehen werden kann, mit welchen Erfolgschancen man welche wahlpolitische Empfehlung und darauf hinauslaufende organisatorische Aktivitäten unterstützen kann. Dieses wird sich zeigen im Laufe der Landtagswahlen des nächsten Jahres und der Kommunalwahlen hier in Bielefeld, so daß auch hier gilt, was das etwas alberne amerikanische Sprichwort ausdrückt: „Nichts ist erfolgreicher als der Erfolg“. Ein positives Abschneiden der Grün/Bunten Bündnisse in Bielefeld, in Dortmund, in Münster, in Köln und eine aussichtsreiche Fortführung dieser Bewegung in dem bevorstehenden nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf würde sicher ganz entscheidend die Diskussion präjudizieren. Alle diejenigen, die sich bisher dazu geäußert haben, haben sozusagen Hintertüren und Alternativen offengelassen. Die Eventualitäten werden natürlich zur Hauptalternative, wenn entsprechende Erfolge eintreten. Man muß das zum großen Teil abhängig machen von der Entwicklung; ich würde auch heute nicht in der Lage sein — verantwortlicher Weise kann das niemand sein — einfach zu sagen: also auf jeden Fall alle Kräfte für ein Grün/Buntes Bündnis zur Bundestagswahl. Ich würde nur sagen, daß die Argumente, die dagegen bisher vorgebracht worden sind, und die dann doch hinauslaufen auf ein zähneknirschendes SPD-Wählen, insofern wenig überzeugend und stichhaltig sind, weil man absehen kann, daß die SPD nicht mehr über die Bindungskraft verfügt, dieses Verhalten mehr als ein paar führenden sozialistischen Intellektuellen nahezu legen. Die Masse der linken Szene und erst recht die Masse der frustrierten rechts-populistischen „Reformopfer“ wird sich an diese Empfehlung mit Sicherheit nicht halten. Es kommt eben darauf an, ob man in diese Lücke, in diesem Vakuum etwas aufbauen kann. Ich denke, daß es nicht ganz aussichtslos wäre, für einen solchen Versuch eine minimale Kooperation oder jedenfalls auch im Handeln befolgte Einsicht einige Kräfte innerhalb der SPD zu erwarten.

Die Reihe von Interviews und Diskussionsbeiträgen wird im nächsten ARBEITERKAMPF fortgesetzt.



Nachrichten vom Widerstand

Widerstand in Gorleben

Noch die ganze Nacht zum Samstag (15.9.) herrschte hektische Betriebsamkeit im Landkreis. BGS- und Bullenkonvois brausten durch die Straßen, alle Baufahrzeuge wurden in Sicherheit gebracht. Am Sonnabend morgen war dann auf den Straßen kein Polizei-Fahrzeug mehr zu sehen. Bereits am Dienstag war der Aufruf der Hamburger BBU erschienen, der alle aufrief, am Samstag in den Landkreis zu kommen, viele weitere norddeutsche BIs hatten ebenfalls mobilisiert. Die BI-Lüchow-Dannenberg rief die AKW-Gegner dazu auf, am Wochenende „auf dem Bauplatz ihren Widerstand zu zeigen“ („faz“, 14.9.). In einer halbseitigen Anzeige in der „Elbe-Jetzt-Zeitung“ riefen die „Gorleben-Trecker“ zur gemeinsamen Aktion mit auswärtigen AKW-Gegnern auf, auch der BBU entschloß sich zur Unterstützung der Aktion.

Im Laufe des Vormittags sammelten sich dann 6-7000 WAA-Gegner, darunter zahlreiche Einheimische in Gedelitz nahe der geplanten ersten Tiefbohrstelle. Als dann gegen 14 h ein Zug von über 100 Traktoren durch die Demonstranten an die Spitze des Zuges fuhr, kam eine Stimmung auf, wie man sie vom Gorleben-Treck in Hannover her kannte. „Wenn wir diesen Zug hier am Montag gehabt hätten, dann wäre hier im Landkreis nichts passiert“, meinte

einer der Einheimischen. Ein kilometerlanger Zug bewegte sich durch die Felder und den Wald in Richtung Bohrstelle. Über den Lautsprecherwagen konnten die Demonstranten den Rundfunk-Kommentar verfolgen, der meinte, die Demonstration mache einen sehr friedlichen Eindruck, obwohl der Ausgang noch ungewiß sei. Man müsse Verständnis für die „jungen Leute“ haben, die sich durch die Ereignisse der letzten Woche und das Verhalten der Polizei provoziert fühlten.

An der Bohrstelle strömten die Demonstranten auf die am Vortage planierte Fläche. Inmitten dieser Fläche war auf einer inzwischen asphaltierten Ringstraße eine Wagenburg des BGS aufgebaut. Zusätzlich waren 6 Masten mit Scheinwerfern und Lautsprechern obendrauf und einige „hochsitzeartige“ Holzgestelle aufgebaut worden. Am Rande eines 2 Meter tiefen und mehrere Meter breiten Grabens standen sich BGS in voller Montur und Demonstranten gegenüber.

Auf der Kundgebung schilderten Einheimische sehr eindrucksvoll ihre direkten Erfahrungen der letzten Woche (siehe nebenstehend die Rede von Lilo Wolny von der BI Lüchow-Dannenberg). Es war u.a. die Rede vom „Terrorismus im Staatsdienst“, von „gewalttätigen Robotern hinter Uniformen“, keiner dieser Ordnungs-

hüter, die hier für den Atomstaat eingesetzt würden, könne mehr „stolz auf seine Uniform“ sein. Die Einschüchterung der allgegenwärtigen Polizeimacht im Landkreis wurde geschildert.

Während der Kundgebung hatte sich ein größerer Teil der Demonstranten auf den Innenhof des Platzes geschoben. Es wurde versucht, einen der Masten mit einem langen Seil zu Boden zu ziehen. Als ein Demonstrant versuchte, das Seil höher am Mast zu befestigen, sah er sich plötzlich von BGS umringt. Erst nach einer kleinen Rangelei, bei der auch etwas Sand flog, kam er wieder frei. Kurz darauf fiel dann ohne großes Aufheben ein anderer der 6 Masten. Obwohl dies nur am Rande des Geschehens lief, brach die BI-Verantwortliche dann hastig die Kundgebung ab, nachdem über Bullenfunk bekannt geworden war, daß 1000 Bullen Verstärkung im Anmarsch waren. Walter Moßmann beendete die Kundgebung mit einem Lied.

Nach einer vollkommen „faulen“ Schieberei mit den BGS-Keiten auf dem Platz zogen die Demonstranten wieder zurück nach Gedelitz.

Zum Abschluß riefen BI-Sprecher Mombaur und Vertreter der Auswärtigen zu weiteren Aktionen auf. Trotz der „gemischten Gefühle“, die angesichts des Zwischenfalls alle Demonstranten überkam, war diese



Aktion eindeutig der Höhepunkt der bisherigen Aktivitäten nach Beginn der Tiefbohrungen. Zum ersten Male waren wieder größere Teile der Bevölkerung des Landkreises mobilisiert worden. Schon diese kurzfristige Mobilisierung machte deutlich, wie breit

der Widerstand gegen die WAA in Gorleben ist, so daß diese Aktion erst der Auftakt größerer gemeinsamer Aktionen der Landbevölkerung und der AKW-Gegner im ganzen Bundesgebiet nach dem Beginn der Tiefbohrungen war.

Auch wer tiefbohrt, wird Widerstand ernten



Der Ablauf der ersten Woche nach Bohrbeginn

Montag, 10.9.: Schon am Sonntag Nachmittag um 3 Uhr hatten sich ca. 200 Atomgegner an der Stelle versammelt, an der die erste Tiefbohrung niedergebracht werden soll. In zwei Zügen waren sie von Gorleben nach Gedelitz marschiert, um ein Picknick zu machen, zu dem die „Gorleben-Frauen“ eingeladen hatten. Dieser Bohrplatz „Gorleben 1003“ befindet sich ebenso wie „Gorleben 1002“ und „1004“ in Besitz der DWK (letzterer auf freiem Feld).

Die für die Zufahrtswege zuständigen Gemeinden Trebel und Gartow haben jedoch Widerspruch gegen die Benutzung eingelegt, so daß nur die im Wald befindliche Stelle in Frage kommt.

Nach einer Diskussion über eine Platzbesetzung begannen die Atomgegner mit der Errichtung einer kleinen Hütte als Freundschaftshaus nach Wyhler Vorbild. In der Nacht herrschte gute Stimmung, sowie Einverständnis darüber, daß keine Gegenwehr mit physischer Gewalt gemacht werden sollte. Dann rückten gegen ca. 6 Uhr 500 - 1000 BGS, Bullen und Holzfüller mit Wasserwerfern und Bulldozern an. Eine 50 mal 15 Meter breite Schneise wurde in den Fichtenwald geschlagen. Dabei wurde das Gelände immer wieder von AKW-Gegnern durch Sitzstreiks blockiert, die immer wieder fortgeschleift wurden.

Nach Polizeibericht begannen um 8.10 Uhr einige Leute auf die bis zu fünf Meter hohen Bäume zu klettern. Insgesamt 17 Frauen und Männer hockten in den Wipfeln und sangen:

„Auf einem Baum ein Kuckuck saß“.

Da die Waldarbeiter sich weigerten, diese Bäume zu fällen, wurden zunächst die „unbesetzten“ gefällt. Gegen 11 Uhr begannen die Bullen, zunächst drei Bäume mit Menschen drauf einfach umzuwerfen. Dabei zog sich ein Mann eine Gehirnerschütterung zu. Als Protest laut wurde, wurden die Bäume nur angesägt und mit Seilwinden langsam zu Boden gelassen. Dabei wurden Personalien festgestellt und fotografiert. Gegen Mittag war der Platz geräumt.

Die Firmen, die den Wald abholzen, sind auch bekannt: Sägewerk Mayer, Bergen, 05051/8310, und G. Hilmer, Hermannsburg, 05052/2138. Nachmittags war erst rund ein Zehntel der vorgesehenen Fläche abgeholzt. Nach dem Abholzen soll eine Bohranlage von 60 Tonnen Gewicht mit einem 35 Meter hohen Klappmast errichtet werden, die dann rund um die Uhr zwei Monate lang bohrt.

Schweinsche, „erstaunlicherweise“ fast wörtlich übereinstimmende Kommentare zu der Aktion von „Heute“, ZDF, 10.9., 20 Uhr, „Bild“ vom 11.9., „Hamburger Abendblatt“ vom 11.9.: Die Umweltschützer hätten immerhin eins erreicht, daß nämlich vier Hektar statt einem abgeholzt werden müssen, aus Sicherheitsgründen. „Bild“: „Schützt die Natur vor solchen Umweltschützern“. „HA“: „Mephisto kehrt. Ein Teil von jener Kraft, die stets das Gute will und oft das Böse schafft...“.

Am Abend fand eine sehr erfolgreiche Demo durch Lüchow statt. Die 3-400 Demonstranten hatten gefällte Bäume und Äste von der Bohrstelle mitgebracht, die vor dem Kreislag, der den Tiefbohrungen zugestimmt hatte, unter der Parole: „Heute Bäume morgen wir“ abgelegt wurden.

Auf einer kurzen Kundgebung auf dem Marktplatz bekräftigte der Pressesprecher der BI-Lüchow-Dannenberg, J.Janning, noch einmal die Forderung: „Wir wollen kein integriertes Entsorgungszentrum in Gorleben noch an anderer Stelle“ und rief die WAA-Gegner zum bundesweiten Widerstand auf.

Dienstag, 11.9. Morgens um halb sechs wurden die ersten Sperrungen auf den Zufahrtsstraßen in Trebel, Gorleben und Gedelitz errichtet. Mit quergestellten Autos, Traktoren und Baumstämmen waren die Straßen dicht. Der erste Blockadeerfolg konnte dann in Gedelitz verbucht werden. Sieben Laster beladen mit Hochofenschlacke zur Befestigung des Untergrundes der Bohrstelle, Kies und Baumaschinen mußten ohne BGS-Begleitung anhalten. In Minutenschnelle war die Luft aus den Reifen raus, einige Bremsleitungen „defekt“ und reichlich Erde und Zucker in den Tanks. Für die Fahrer des Konvois gab es einen Kasten Bier.

Ein Beifahrer eines Tiefladers gab später bei der Polizei eine Horrorgeschichte zum besten. Als er einige WAA-Gegner beim Zerschneiden weiterer Bremsleitungen hindern wollte, sei ein Stilleit plötzlich nicht mehr auf die Reifen, sondern auf ihn gerichtet gewesen. Und von „sechs kräftigen Kernkraftgegnern umringt, vom Täter die Waffe in die Rippen gedrückt“ soll ihm gedroht worden sein: „Wenn du reibst wirst, werden wir es auch“ („FAZ“, 12.9.). Diese Story diente offenbar ausgezeichnet zur Aufhetzung der Bullen und des BGS, die kurze Zeit später „Rache“ nahmen. Der BBU hat in einer ausführlichen Stellungnahme diese Übergriffe geschildert: „Im Gegensatz zu den offiziellen Meldungen, wonach in Gorleben alles friedlich verlaufen sei, erreichte der Polizeieinsatz am Dienstag einen ersten Höhepunkt an Brutalität und Willkür. Über Polizeifunk war der Einsatzzeitung freie Hand gegeben worden. Nachdem die Demonstranten die Straßensperren in Gedelitz bereits 30 Minuten verlassen hatten, erschien die Polizei, überfallartig und ohne jeden Versuch einer Begründung wurden an der Straßensperre unbeteiligte PKWs aus Richtung Gorleben angehalten. Mit den Worten „der Spaß ist vorbei“, jetzt ist es aus mit euch“ und „ich hau dir eine rein“, wir räumen endgültig mit euch auf“, wurden die Insassen aus den Autos gerissen, wurde auf sie eingeknüttelt.“

Einige Personen und Autos wurden in den Graben geworfen. Ein Reifen wurde zerstochen, ein Autofenster eingetreten, die Autoschlüssel ins Feld geworfen und Kabel unter dem Armaturenbrett herausgerissen. Es wurde versucht, ein Auto mithilfe eines Baukastens umzukippen. Ein Autoinsasse wurde, obwohl er wehrlos im Graben lag, mit dem Gummiknüppel so verletzt, daß er ärztlich behandelt werden mußte. Er wird Strafantrag stellen. All das

Geschilderte fand unter Führung von Polizeikoffizieren statt. Mit dem Einsatz hat die Polizei und der Bundesgrenzschutz die Auseinandersetzungen um die Tiefbohrungen in ebenentlicher Weise verschärft.“

Die Gegenanstellung der Polizei dazu kann einen wahrhaft vor Mitleid rühren: „KKW-Gegner versuchen unmittelbar hinter der Ortschaft Gedelitz ... eine weitere Straßensperre zu errichten. Drei ihrer sechs Fahrzeuge hatten sie bereits quer zur Fahrbahn der Kreisstraße gestellt. Die anderen Kraftwagen wurden noch rangiert. Die mehrfache Aufforderung der inzwischen eingetroffenen 15 Polizeibeamten, das strafbare Tun zu unterlassen, wurde mit üblen Beschimpfungen und Bespucken der Schutzleute quittiert. Schnelles polizeiliches Handeln war notwendig, weil aus dem Sommercamp Verstärkung für die Störer zu erwarten war. Ein Zursichtschleichen der Fahrzeuge und der Versuch, leichtere Fahrzeuge wegzutragen, wurde durch ständiges Treten, Schlagen und Spucken vereitelt. Deshalb wurden einige der Kernkraftgegner aus ihren Fahrzeugen herausgerissen und die leeren PKW zur Seite gelenkt. Die etwa 15-20 Störer wurden ebenfalls zum Fahrbahnrand gedrückt, um anrollenden Lastwagen ein Passieren zu ermöglichen.“

Wenig später kam es zu einem weiteren Übergriff, offenbar von MEKern, die sich aus einem weißen Mercedes heraus eine bekannte BI-Aktivistin griffen. Als diese wie am Spieß schrie, wurde es ihnen anscheinend zu brenzlich und sie ließen von ihr ab. Nach dieser ersten erfolgreichen Blockade fuhren ab sofort alle Transporte mit massivem Polizeischutz. So wurden bald darauf 3 Kiestransporter mit folgender städtischer Bewachung gesichtet: 2 BGS-Mannschaftswagen, 2 Polizeibüßis, 2 Streifenwagen und ein ziviler Bullenwagen!

Mittwoch, 12.9.: Um sechs Uhr morgens wurde in Dannenberg eine Straßensperre mit Parkbänken und Blumenkübeln errichtet. Die Stimmung war ausgezeichnet. Da die Sperre mitten auf dem Marktplatz stand, waren alsbald zahlreiche Schaulustige anwesend. Schulkinder schwänzten die Schule, die Leute hingen in Massen in den Fenstern. Von Anfang an wurde ein in der Nacht erstelltes Flugblatt an die Bevölkerung verteilt, das über die Aktion aufklärte.

Kurze Zeit später kamen auch Tieflader an, die mit Kies und Stacheldraht beladen waren. Einige Bullen tauchten auf, die anfangs aber noch recht freundlich waren. Schließlich rückte eine Hundertschaft an, um sich daranzumachen, die 50 auf der Straße sitzenden WAA-Gegner abzuräumen.

Nach dreimaliger Aufforderung, sich aufzulösen, wurde abgeräumt. Teilweise wurden die Leute einfach weggeschleift, teilweise wurde mit Schlagstöcken und Fußtritten vorgegangen. Da viele versuchten, sich wie-

der hinzusetzen, wurde ein „Bullenring“ gebildet, aus dem nur diejenigen wieder herauskamen, die sich auswiesen. Die Laster fuhren dann unter massivem Polizeiaufgebot in Richtung Bohrstelle weiter.

Ebenfalls Mittwoch wurde bekannt, daß der Hühner SPD-Ratsherr H. Fennelau aus Protest gegen die WAA-Pläne der Bundesregierung sein Mandat niedergelegt und aus der SPD ausgetreten ist. In seiner Erklärung heißt es: „Aufgrund der Vorkommnisse um die hier im Raum Gorleben entstehenden Atomanlagen, die von den kommunalen Behörden und Gremien gar nicht zur Kenntnis genommen werden, und vor allem die Haltung eines großen Teils der Bevölkerung zu dieser Frage einfach ignoriert wird, sehe ich mich außerstande, mein Mandat als Ratsherr der Gemeinde weiterhin aufrechtzuerhalten und lege es hiermit nieder.“

Mittlerweile kam es auch zu zahlreichen Repressionen gegenüber der örtlichen Bevölkerung. Über dem Gelände von Bauer Wiese, auf dem gerade eines der Sommercamps stattfindet, kreierten BGS-Hubschrauber derart tief, daß ihm die Köpfe durchgingen. Aus dem Ort Güstritz wurde bekannt, daß unter Androhung von 5000 DM Strafe die Leute aufgefordert wurden, ihre Gorleben-Plakate von den Scheunen und Hauswänden zu nehmen. Der BGS wollte auf dem Gelände des Bauern Wiese einen Mast errichten, da er als Material für Straßensperren hätte dienen können. Erst der herbeigerufene Ortspolizist konnte den BGS vertreiben.

Donnerstag, 13.9.: Am frühen Morgen wurde wieder eine Blockade in Dannenberg versucht. 100-150 WAA-Gegner setzten sich auf die Straße und konnten auch zwei Schwerlastwagen eine halbe Stunde lang aufhalten. Dann rückte eine Hundertschaft Bullen an und räumte die Blockade ab.

Freitag, 14.9.: Bei verschiedenen Blockaden in der Gegend von Dannenberg nach der dritten Aufforderung durch die Bullen selbst die Straße, um den brutalen Knüttelanschlägen der Vortage zu entgehen. In Lüchow entblödete sich ein Bulle nicht, dann mit „deutschem Gruß“ weiterzufahren.

In Wustrow raste ein Lastwagen-Konvoi in Begleitschutz von 8 Bullenwagen derart durch die Straßen, daß die Laster über die Bordsteine sprangen und am Ortsausgang anhalten mußten, weil sie die Kurve nicht gekniet hatten. Aus den Autos spritzten Bullen Chemical Mace. Sofort wurde der Zug von Demonstranten blockiert. Nach Aufforderung durch den Bullenfunk sprangen die Bullen sofort aus dem Wagen, um zu räumen.

Kurz darauf kam es dann noch zum Zusammenstoß mit einem Landwirtschaftlichen Fahrzeug. Das alles wohl gemerkt, obwohl die Lastwagen leer gewesen waren.

„Was ist denn bloß aus uns geworden“

Lilo Wollnys Rede auf dem Bohrplatz ...

„Als wir vor einer Woche mit unseren Kindern und unserem Picknickkorb hier auf den Platz spaziert sind, stand da noch ein schöner grüner Wald. Und obgleich wir wußten, daß er nicht mehr lange stehen würde, fehlte es uns an Phantasie, uns vorzustellen, daß sich daran irgendetwas ändern könnte. Heute brauchen wir uns nur umzusehen, um es ganz genau zu wissen. Ich bin sehr froh, daß heute Bauern und auch Bürger sich zu uns gesellt haben, die wir am Montag vermissen. Wären sie wie wir dabei gewesen, dann hätten sie erlebt, wie hier nicht nur die Säge angesetzt wurde zum Kahlschlag an unseren Bäumen und unserer Heimat, sondern auch zum Kahlschlag an Menschenwürde und Demokratie.“

Nicht wir wollen diesem Staat an die Wurzel, dieser Staat zerstört sich selbst, wenn er weiterhin die Interessen seiner Bürger einseitig für die Interessen des Kapitals verrät.

Wir bejahen die demokratische Ordnung, so wie sie im Grundgesetz versprochen ist. Aber wir können keine demokratische Ordnung in der Art erkennen, wie Polizei und BGS gegen uns vorgehen. Was ist denn bloß schon jetzt aus uns geworden? Da sitzen bledere Hausfrauen beisammen und beraten die Vorbereitung des Picknicks und darüber, wie sie sich verhalten, falls sie verhaftet werden sollten. Stellt euch das bitte

mal richtig vor! Wir beraten allen Ernstes über unsere Verhaftung, mit der gleichen Selbstverständlichkeit, als wenn wir Kochrezepte austauschen. Wenn mir das jemand vor ein paar Jahren gesagt hätte, dann hätte ich ihn schallend ausgelacht.

Oder am Montag, als ich versuchte, mit einer Stange Erfrischungen zu den Leuten in den Bäumen hinaufzucrechen und mir so ein zwanzigjähriges Bürschchen mit den Worten: „Ole, scher dich nach Hause“, mit der Hand ins Gesicht schlug, da mußte ich meinen Mann festhalten, damit er ihm nicht an den Kragen ging, weil hinter ihm zwei lachende Burschen mit ihren Spritzpistolen nur darauf warteten, daß er die Beherrschung verlore. In jedem anderen Fall wäre ich tödlich beleidigt gewesen, wenn er mich nicht verteidigt hätte. Es kostete ihn so viel Überwindung, daß ich ihn weinend zum Wagen bringen mußte.

Oberhaupt habe ich noch nie so viele Frauen und Männer weinen sehen, wie am Montag. Und dann fährt man auf dem Rückweg durch Dörfer, in denen die Leute auf der Terasse sitzen und Kaffee trinken, als sei hier überhaupt nichts los. Was ist nur los mit diesen Leuten? Ich weiß, es ist schwer, den Schritt heraus zu tun aus der hellen gemütlichen Welt, aber die gibt es doch überhaupt nicht mehr! Die kann es

für uns hier nicht mehr geben!

Früher als wir haben dies alles anscheinend unsere jungen Freunde erkannt. Sie wollen doch nicht mehr, als ein lebenswertes Leben. Ein Leben in Freiheit. Genau das gleiche, was wir wollen für unsere Kinder und Enkel.

Ich weiß, manche stoßen sich an

ihrem Äußeren, aber wie anders sollen sie es denn zeigen, daß sie es Ernst meinen mit Konsumverzicht und einfachem Leben. Ich bin seit zwei Jahren ständig mit diesen „Chaos“-Zusammen. Glaubt mir, wenn ich euch sage, mir ist noch keiner begegnet, der scharf wäre auf eine Schlacht mit der Staatsgewalt. Sie ha-

ben ebensoviel Angst, wie wir. Nur, sie haben eine ganze lange Zukunft vor sich, die sie verteidigen wollen.

Ich bitte euch alle: geht aufeinander zu und lernt euch besser kennen. Gemeinsam sind wir stark. Dann können wir sagen: Auch wenn die Bäume sterben, Gorleben wird leben.“



Für eine Großaktion in Gorleben!

Am kommenden Wochenende wird die Bundeskonferenz der westdeutschen AKW-Gegner insbesondere zu entscheiden haben, ob, wie geplant, eine Großaktion in Gorleben stattfinden soll.

Auf der vergangenen Bundeskonferenz war beschlossen worden, bei Beginn der Tiefbohrungen eine Großaktion in Gorleben unmittelbar vorzubereiten. Die für den 14.10. in Bonn geplante Großaktion sollte im Fall von Tiefbohrungen verschoben werden.

Da sich für Bonn ein breites Bündnis gebildet hat, wie es bislang noch nicht dagewesen ist und auch international dafür mobilisiert werden soll, gibt es starke Kräfte, die – entgegen dem Göttinger Beschluß – an dem Datum für die Bonner Demonstration festhalten wollen. Darunter sind auch linke Kräfte, die eine Verschlebung nicht mehr für realistisch halten und die den Druck bestimmter Kreise des Bündnisses bzw. um die Einheit in der Bewegung fürchten. Zu Recht meinen wir, denn im Bonner Bündnis sind auch politische Kreise vertreten, die bislang auf keinen Fall bereit waren, sich an einer Aktion am Bauplatzgelände zu beteiligen, wenn Auseinandersetzungen mit der Polizei nicht auszuschließen sind. Das trifft vor allem für die DKP zu, die lediglich bei der Spaltung für Itzehoe vorneweg marschierte und dann auch in Hannover zumindest vertreten war. Das trifft z.B. auch zu für den Bundesvorstand der Jusos, der zwar immer wieder seine Unterstützung für die BI-Bewegung verkündet hat, allerdings immer wieder gerne Vorschriften für solche Aktionen machen möchte. Witzigerweise befindet sich diesmal auch die sonst gern verbalradikale „KPD“ im Bündnis derjenigen, die den Beschluß für die Gorleben-Großaktion haben fallen lassen.

Natürlich treten auch wir weiterhin für eine Großdemonstration in Bonn ein; nicht umsonst gehörten

wir zu denjenigen, die sich für die Aktion eingesetzt hatten. Allerdings plädieren wir dafür, wie vereinbart, auch eine Großaktion in Gorleben durchzuführen.

Selbstverständlich wollen wir das Bündnis auch mit denjenigen Kräften, die nicht bereit sind, vor Ort mitzudemonstrieren, sei es aus anderen politischen Erwägungen, sei es, weil sie die Gefahr der Konfrontation mit der Polizei von vornherein für zu hoch halten.

Allerdings sind wir der Meinung, daß angesichts des Beginns der Tiefbohrungen vor allem die örtliche Bevölkerung, die schon längst in großer Mehrheit ihre Ablehnung der Atomanlagen bekundet hat, und die unter ständigem Druck und Einschüchterung der Polizei und BGS steht, der dringenden direkten Unterstützung aller AKW-Gegner bedarf. Wir sollten die Befürworter der Bonner Demonstration daher auch fragen, wie sie gedenken, aktiv den Widerstand vor Ort zu unterstützen. Es dürfte kein Zufall sein, daß der Großteil der exponierten Bonn-Befürworter sich dazu noch nicht geäußert hat.

Wir sind nach wie vor der Meinung, daß eine gemeinsame Großaktion mit den örtlichen WAA-Gegnern und der gesamten Bewegung der BRD wesentlich dazu beitragen könnte, dem Klima der Einschüchterung und der Ausbreitung des Atomstaats im Landkreis einen Stoß zu versetzen. Gerade der gemeinsame Widerstand aller AKW-Gegner gegen die WAA war es, der Albrecht ein erstes Zugeständnis abgerungen hat (verbaler Verzicht auf die WAA), das mithilfe der Tiefbohrungen und dem Baubeginn in Gorleben wieder zunichte gemacht werden soll. Wir sollten alles tun, um auch die BI Lüchow-Dannenberg, die bisher immer noch zögert, zum Aufruf für eine solche Großaktion zu ermuntern.

Anti-AKW-Kommission

Gorleben Aktionen in verschiedenen Städten

Odenburg. Es fand eine Demonstration statt, an der sich ca. 100 Leute beteiligten. Angekündigt war als Abschluß die Besetzung des Schienenstranges der Strecke Odenburg-Bremen. Dadurch war die Bundesbahn in der Lage, die Strecke zu sichern, so daß in dieser Zeit kein Zugverkehr stattfand. Zehn Minuten vor dem angekündigten Ende der Besetzung, nach 50 Minuten, wurden die Demonstranten durch Bahnpolizei unter Einsatz von Chemical Mace und Handen auseinandergetrieben. 30 Atomgegner wurden festgenommen und erkenntungsdiemlich behandelt. Ein AKW-Gegner liegt mit einem Handelshub im Krankenhaus.

Bremen. In Bremen führten 500 Leute eine Fahrraddemo durch. Auf dem Bremer Marktplatz entfernten sie einen Teil des Pflasters, um dafür Bäume einzupflanzen.

Hannover. Am Mittwoch zogen Mitglieder verschiedener hannoveraner bis in den Stadtwald. Hier begannen sie mit den Vorbereitungen für die Einrichtungen einer Tiefbohrstelle „Gorleben-Süd“. Selbstverständlich mußten dazu 4 ha Stadtwald eingezäunt und Teile der Zufahrtsstraße abgesperrt werden. Diese Aktion erregte einiges Aufsehen bei Passanten und Autofahrern. Später folgte noch eine spontane Demo durch die Fußgängerzone der Innenstadt.

Münster. 150 Teilnehmer einer Demonstration pflanzten in der Innenstadt einen Baum. Leider wurde dieser später wieder entfernt.

Bonn. Aus Protest gegen die Tiefbohrungen versuchten 35 AKW-Gegner die Remigiuskirche zu besetzen. Der Pfarrer fühlte sich jedoch übergraben, weil man ihn nicht gefragt hatte. Die durch einen Spitzel geholte Polizei schickte er zwar wieder weg, stellte aber das Ultimatum, die Kirche bis 19 Uhr zu verlassen. Die Mehrheit der Besetzer entschied sich für Räumung der Kirche. Fünf von ihnen blieben nach der Räumung jedoch da. Sie wurden von der Polizei in der Kirche festgenommen und zum Präsidium gebracht. Dort wurden sie drei Stunden festgehalten und erkenntungsdiemlich behandelt. Non droht ihnen ein Verfahren wegen „Hausfriedensbruchs, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz und Widerstand gegen die Staatsgewalt“.

Westberlin. Am Samstag demonstrier-

ten ca. 4.500 Leute gegen den Beginn der Tiefbohrungen. Im Demozug wurde ein „Plutonium-Lindwurm“ mitgetragen. Vor dem Cafe Krantzler in der Innenstadt erfolgte eine Katastrophen-Alarmübung. Eine Sirene ertönte und über Lautsprecher wurden Verhaltensregeln aus dem Katastrophenschutzplan verlesen, denen die Demonstranten Folge leisteten. Für die einkaufenden Passanten sicherlich ein schöner Ansehungsmerkmal. Für den Sonntag Morgen ist eine Einordnung im Streiknewall vereinbart worden.

Trieb. Einige AKW-Gegner besetzten nach Bekanntwerden des Bohrbeginns das Römische Gebäude Porta Nigra. Hamburg. Bereits am Mittwoch demonstrierten rund 2000 AKW-Gegner durch die Innenstadt. Aufgerufen hatten die Bunte Liste und die BUU.



Barsebäcks-Marsch



Am 8.9. fand zum 4. Mal der Barsebäcksmarsch statt, die im Herbst stattfindende nationale Großdemonstration der nordischen Atomkraftgegner von und zum AKW Barsebäck in Südschweden, an der Küste des Öresundes, gerade gegenüber von Kopenhagen.

In diesem Jahr hatte der veranstaltende Miljöförbund sich für eine Route vom AKW in die nächstliegende größere Stadt Lund entschieden – auch um zu verdeutlichen, welchen Weg eine radioaktive Wolke nehmen könnte und welche Orte unmittelbar betroffen sein werden.

Die seit dem Frühjahr für eine Volksabstimmung arbeitende Volkskampagne gegen Atomkraft war an der Vorbereitung der Demonstration ebenfalls beteiligt. In dieser Volkskampagne sind neben zahlreichen Gruppen (u.a. der Miljöförbund) und Einzelpersonen auch zwei Reichstagsparteien (Centern und VPK) vertreten. Diesen ist es im Zuge der jetzt am Wochenende stattfindenden Wahlen zum schwedischen Parlament offenbar gelungen, die inhaltliche Richtung der Volkskampagne zu ver-

ändern. Das heißt, daß nur noch auf die im März stattfindende Volksabstimmung hin orientiert werden soll, daß die führenden Positionen von Parteimitgliedern oder Anhängern übernommen wurden und daß als Nein-Alternative sich eine Forderung nach Abwicklungsplänen im Zeitraum von 10 Jahren durchsetzen konnte. Folgerichtig wurde die „Volkskampagne gegen Atomkraft“ dann auch in „Volkskampagne Nein zur Kernkraft“ umbenannt.

In diesem Sinn sollen auch die Demonstration, Haupttransparente und Parolen beeinflusst werden. Dies war ein Grund für die dänische OOA, zum diesjährigen Barsebäcksmarsch nicht zu mobilisieren. Im Demonstrationzug, der in zehn Einzelzüge aufgliedert war, dominierten allerdings die Parolen und Transparente eindeutig, die einen sofortigen Stop von Barsebäck forderten.

Viel Phantasie hatten die Teilnehmer auf die Herstellung ihrer Transparente verwendet, dort gab es z.B. eine ganze Reihe von schönen Stoff-Kollagen und Stüchbildern mit Parolen. Am Rande der Demonstra-

tion spielten immer wieder Musikgruppen nordische Spielmusiklieder, eine sehr angenehme Aufmunterung, denn schließlich war die zu bewältigende Strecke 25 km lang – und der Marsch dauerte von 9 Uhr morgens bis ca. 19 Uhr (Pflaster gab es auch zu kaufen!).

Obwohl nach der Sommerpause nur ein Monat für die Mobilisierung Zeit gewesen war, sind die Teilnehmerzahlen beachtlich. Die Polizei und ausnahmslos die schwedische Presse sprach von 11.000 Teilnehmern, Radio, Fernsehen und die Demonstrationsleitung sprachen von 15.000 bis 19.000.

Kilometerweit war an diesem Tag zu hören: VAD SKA VÄCK? – BARSEBÄCK! (Was soll weg?) VAD SKA IN? – SOL OCH VIND! (Was wollen wir? Sonne und Wind!) und vor allem:

WIR WERDEN NICHT LOCKER LASSEN KEINE ÖRE FÜR DAS ATOMKAPITAL, STOPPA BARSEBÄCK NU! Skandinavienkommission



SPD-Parteitag und Atomenergie:

Während Willy Brandt in preiswürdigen Schaukämpfen mit Graf Lambsdorff den unentschiedenen Liberalen in Sachen Atomenergie spielt („beide Seiten haben Gewichtiges vorzubringen“, so W.B. auf dem Nürnberger AIA-Kongress), um der SPD das Image einer offen und frei diskutierenden Partei zu geben, wird intern mit harten Bandagen gekämpft und an den Weichen für den Parteitag gestellt.

Eine besondere Aufgabe dabei hatte in den letzten Wochen die Ehmke-Kommission, ein Gremium aus 14 Mitgliedern, in dem außer Ehmke, Hauff und einigen anderen Pro-Atom Scharfmachern die Atomkritiker Eppler, Ueberhorst und Schäfer vertreten sind, sozusagen als profilierte „Repräsentanten“ der sozialdemokratischen AKW-Gegner. Der Auftrag dieser Kommission lautet offiziell, bis zum Oktober einen kompromißfähigen Leitartikel für den SPD-Parteitag zu formulieren. Daß es allerdings nicht um einen wirklichen Kompromiß geht, zeigen schon Aussprüche und Vorgehen des Kommissionsvorsitzenden Ehmke: „Die Grundlage von Hamburg ist unverändert meine Position. (...) Wenn man, wie ich, noch vor vor zum Ergebnis kommt, man kann in den nächsten 20 Jahren nicht völlig auf Kernenergie verzichten, auch wenn man's gerne will, dann stehen wir vor der Notwendigkeit, Zwischenlager zu errichten“ (aus dem Ehmke-Interview im „Spiegel“, 13.8.). Das bedeutet also, daß der Parteitagbeschuß von 1977 in der Entsorgungsfrage noch weiter aufgeweicht werden soll, um den Weg für einen forcierten Ausbau der AKWs freizubekommen.

Außerdem landete Ehmke einen Zwischenbericht der Kommission in die Presse, der von ihm alleine erstellt war und selbst die gebremste Atomkritik von Eppler und Co. unter den Tisch fallen ließ. Scharfe Proteste von Jusos und Eppler konnten auch nicht mehr verhindern, daß Ehmke mit diesem Schachzug in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt hatte, als hätten die AKW-Gegner in der SPD schon ausgespielt.

Die Weichen werden gestellt

AKW-Gegner unter Beschuß

Mit solchen und anderen Mafia-Methoden wird schon seit geraumer Zeit versucht, das Terrain der AKW-Gegner in der SPD einzunengen. Hatten diese in den Wochen nach Harrisburg zwar einen erheblichen Auftrieb bekommen, kündigte sich schon bald der harte Gegenkurs an. Knapp einen Monat nach der Katastrophe in Pennsylvania hieß es in einem „FAZ“-Kommentar: „Aber die Konfrontation (in der SPD) in der Frage der Kernenergie, die jetzt heraufzieht, wird wohl alles bisherige übertreffen (...) Er (Schmidt) hat geschwiegen, zu oft geschwiegen, weil er die Stimmung in seiner Partei kannte (...) Jetzt aber steuert alles auf eine Kraftprobe zu. Der Kanzler wird daran gemessen werden, wie er sie besteht.“ („FAZ“, 28.4.).

— Der Schock von Harrisburg saß noch allen in den Gliedern — da hielt Helmut Schmidt schon auf der europäischen Nuklear-Konferenz „Forum 79“ eine flammende Rede für die Atomenergie. Rief das auch scharfe Proteste des Juso-Bundesvorstands hervor, faßte der Spiegel am 18.6. zusammen: „Zehn Wochen nach Harrisburg haben sich die Befürworter der Kernenergie zum Gegenstoß formiert (...) Mit einer Politik des Alles oder Nichts will Helmut Schmidt die Koalition auf ein Ja zur Kernenergie festlegen. Die Widersacher sollen mit Rücktrittsdrohungen auf Kanzlerlinie gebracht werden.“

Die Fronten werden eröffnet

Vor dem Hintergrund der sogenannten „Ölkrise“, durch die gezielt die Existenzängste der Bevölkerung geschürt wurde, fiel es der SPD-Führung besonders leicht, auf jede, wenn auch noch so zaghafte, Anti-Atom-Position einzuknüpfeln. Wie systematisch das betrieben wurde, sollen zwei Beispiele zeigen:

— Am 15. Juli stimmte der Landesparteitag der SPD/Baden-Württemberg mehrheitlich für die Eppler-Thesen, die u.a. einen vierjährigen Baustopp vorsehen. Am Tag danach

erklärte bereits der Sprecher der IG Bergbau und Energie, Horst Niggemeier (Beiratsmitglied des Energiekonzerns VEW, stellv. Aufsichtsratsvorsitzender der Bayerischen Braunkohle AG, Mitglied des SPD-Landesvorstandes NRW, Oberbürgermeister in Datteln, Mitglied des WDR-Rundfunkrates und außerdem bekannt für seine guten Beziehungen zum Verfassungsschutz): „Es muß vermutet werden, daß Erhard Eppler mit seinen Thesen unter den Gewerkschaften nicht allzuviel Freunde gewinnen kann“ („Welt“, 17.7.). Die Zeitung der IG Bergbau, „Einheit“ (Chefredakteur: Horst Niggemeier) veröffentlichte dazu eine „Analyse“ des Essener SPD-MdB Reuschbach, in der den Eppler-Thesen widersprochen wird. Am selben Wochenende meldete sich auch DGB-Chef Vetter zu Wort: „Wir kommen um mehrere Dinge willen an der Kernkraft nicht vorbei“ („Welt“, 17.7.).

— Am 18. Juli versickerte der Juso-Bundesvorstand eine Materialmappe an alle Juso-Bezirke, in der neben anderen Anti-Atom-Materialien der Aufruf zur Bonn-Demo am 14. Oktober und ein Text für eine Unterschriften-Sammlung (für Baustopp und Stilllegung aller AKWs) enthalten war. Bis zum Bundesparteitag soll damit speziell unter Parteimitgliedern gesammelt werden. Mit diesen Materialien bezweckt der Juso-Vorstand — lobenswerterweise — eine systematische Vorbereitung des Parteitags. Offenbar sollen die Beschlüsse diesmal nicht nur den Mausechelen in der SPD-Führung überlassen bleiben, sondern es soll eine möglichst breite Mobilisierung der Parteibasis erreicht werden.

Schon einen Tag später übertraf sich die Pro-Atom-Mafia in der SPD-Spitze gegenseitig: Der SPD-Vorstand protestierte scharf gegen den Demonstrationsaufruf und Niggemeier holte zum Gegenstoß aus: „Jede verweigerte Unterschrift zur Juso-Aktion ist eine Stärkung der Position des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Helmut Schmidt für die kommenden Wahlkampfausinandersetzungen mit Franz Josef Strauß“ („Welt“, 20.7.).

Diesem Boykottaufruf fügte er noch hinzu, eine Forderung der Jusos nach Stilllegung aller AKWs führe die SPD „zwangsläufig“ in eine „unerträgliche Konfliktsituation zu den gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern“ („Passauer Neue Presse“, 20.7.).

Die „organisierten Arbeitnehmer“ in Niggemeiers Umgebung schienen das auch plötzlich zu spüren, denn kurz darauf hagelte es von dieser Seite öffentliche Erklärungen: der DGB-Kreisvorsitzende („...die geradezu abenteuerliche Anti-Kernenergie-Unterschriften-Aktion der Jungsozialisten...“), die SPD-Betriebsgruppe Vestische Straßenbahnen („...erklären wir, daß sich der Unterbezirksvorstand umgehend gegen diese Absichten zur Wehr setzt... Wir werden unsere parteipolitischen Freunde in der Betriebsgruppe auffordern, keine Unterschriften zu leisten...“) und die ÖTV-Kreisverwaltung („...Wir müssen gewerkschaftlicherseits größte Bedenken anmelden, wenn sich die SPD auf den von den Jungsozialisten geforderten energiepolitischen Kurs festlegen lassen würde“ (nach „TAZ“, 10.9.).

Während so jede Vorbereitung der AKW-Gegner in der SPD für den Parteitag als „parteiwidrig“ diffamiert und abgewürgt werden soll, setzt die Gegenseite alle Mittel ein, um ihre Position durchzusetzen und das „Roll back“ bis zum Dezember zu schaffen:

• Am 14. August veröffentlichte Forschungsminister Hauff eine „Deutsche Risikostudie“, in der die Risiken der Atomtechnologie dermaßen verharmlost werden, daß weder KWU noch CDU/CSU umhin konnten, ihre einhellige Begeisterung auszudrücken.

• „Zufällig“ am selben Tag trat ein bisher unbekanntes Mitglied der nordrhein-westfälischen Niggemeier-Mafia auf die Bühne: Ulrich Steger, SPD-MdB, meint, daß in der Bundesrepublik bis zum Jahre 2010 mindestens 30 (in Worten: dreißig!) AKWs vom Biblis-Typ (1.300 MW) gebaut werden müßten, d.h. konkret: jedes Jahr ein neues AKW. Nach seinen „Berech-

nungen“ follen diese AKWs dann gerade den angeblich bestehenden „Energie-Restbedarf“. Mit dieser Begründung bewegt sich Steger sogar im Rahmen der Hamburger SPD-Parteitagbeschlüsse von 1977 — weshalb es ihm auch reichen würde, im Dezember diesen Beschuß zu erneuern.

• Geschickt „getimt“ wurde auch die Veröffentlichung des Strahlenbelastungs-Berichts über das Jahr 1977 (!). Offenbar für einen günstigen Zeitpunkt aufgehoben, enthält er natürlich nur „beruhigende“ Informationen. Diese ganze, offenbar wohl durchdachte und systematisch entwickelte Pro-Atom-Strategie der SPD-Führung bezieht auch offensichtlich den SPD-„Grünen“ Eppler wieder mit ein. Eppler hatte vor dem letzten SPD-Parteitag lauthals Atomverzichtsapellen verkündet, um dann Arm in Arm mit Helmut Schmidt den Pro-Atom-Beschluß auf dem Parteitag durchzudrücken. Auch jetzt hat Eppler bereits erklärt, daß er selbstverständlich den Antrag seiner Landespartei (auf ein vierjähriges Moratorium) s i c h t beim Bundesparteitag einbringen wolle.

Prompt wurde inzwischen Epplers rechte Hand, Huonker, als zukünftiger Kanzleramtsminister Helmut Schmidts vorgestellt. Schon jetzt liegt fest — Parteidiskussionen in der SPD hin oder her, daß die Bundesregierung den Bau neuer AKWs durchziehen wird. In der Presse (s. „FAZ“, 31.8.79) war bereits zu lesen, daß die Ministerpräsidenten der Länder zusammen mit der Bundesregierung bereits Ende September den Bau neuer AKWs verkünden wollen. Die geplanten Trocken- und Zwischenlager und die Lieferung abgebrannter Elemente nach Frankreich würden schon für die Entsorgung des Atomabfalls ausreichen.

Doch der Widerstand der AKW-Gegner bis in die Reihen der SPD hinein könnte den Atompropheten erneut wieder einen Strich durch die Rechnung machen.

KB/Gruppe Nürnberg

SPD Schleswig-Holstein:

Mehrheit für Stilllegung von AKWs?

Der schleswig-holsteinische Landesverband scheint in der Kernenergiefrage gespalten. Im Rahmen der Vorbereitung des Landesparteitags Anfang Oktober kam es im Landesvorstand sowie auf mehreren Kreisparteitagen zu Kampfabstimmungen. Damit spielt sich der Konflikt in diesem Landesverband, der gerade in der Kernenergiefrage als der oppositionelle Verband der Bundespartei gilt, erstmalig nicht zwischen den offenen AKW-Befürwortern der DGB-Mafia um Hans Schwalbach und dem „linken“ Landesvorstand ab, sondern zwischen dem Landesvorsitzenden Jansen und dem Fraktionsführer Matthiesen. Jansens Konzeption, die erstmalig auf dem ASF-Landeskongress am 1.9. vorgetragen wurde, fand anschließend auf der Landesvorstandssitzung eine Mehrheit (7 : 4). Die Vorstandsmehrheit fordert die schrittweise Stilllegung sämtlicher AKWs und den Verzicht auf den Bau weiterer Kernkraftwerke; im einzelnen:

1. Der Bau neuer Kernkraftwerke ist vom Bedarf her überflüssig, mit der ungeklärten Entsorgungsfrage ohnehin nicht verantwortbar und vom wachsenden Risiko her nicht akzeptabel. Auf die Errichtung weiterer Kernkraftwerke wird deshalb verzichtet.

2. Nukleartechnische Anlagen werden nicht exportiert. Die Entwicklung, Förderung und Nutzung umweltverträglicher Energietechniken schafft nicht nur durch die erhöhte Binnennachfrage neue Arbeitsplätze, sondern sichert sie auch unter Exportgesichtspunkten.

3. Für alle in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke ist eine Stilllegungsplanung vorzulegen, die nach dem politisch gewollten Verzicht auf den Zubau neuer Kernkraftwerke auch den schrittweisen Verzicht auf den Betrieb vorhandener Kernkraftwerke ermöglicht. Der schrittweise Übergang ist erforderlich, um dem Gesichtspunkt der ständigen Versorgungssicherheit gerecht zu werden. Dabei muß der Sicherheitsfrage höchste Bedeutung beigemessen werden.

4. Die Kapazität der Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente ergibt sich aus dem Umfang der für eine Übergangszeit noch betriebenen Kernkraftwerke. Darüber hinaus dürfen keine Zwischenlager errichtet werden.

5. Für die frühestens in zehn Jahren mögliche Entscheidung über die Reali-

sierung eines bestimmten Entsorgungskonzepts sind durch intensive Forschungs- und Entwicklungsarbeiten alternative Konzepte zu entwickeln, die eine Wiederaufarbeitungstechnik erbringen... Eine funktionierende Entsorgung wird — wenn überhaupt — nicht vor dem Jahr 2000 zur Verfügung stehen.

6. Aufgrund dieser Entsorgungslage können in Bau befindliche Kernkraftwerke keine Betriebsgenehmigung erhalten.

7. Der Schnelle Brüter in Kalkar darf nach heutigen Erkenntnissen auch zu Forschungszwecken nicht in Betrieb genommen werden...

Bezogen auf Schleswig-Holstein wird gefordert:

a) Das geplante Kernkraftwerk Brokdorf wird nicht gebaut.

b) Das Kernkraftwerk Brunsbüttel darf im Rahmen der Auslaufplanung nur dann wieder in Betrieb genommen werden, wenn eine weitere Gefährdung der Umwelt durch Störfälle bzw. durch Immissionen ausgeschlossen werden kann.

c) Das in Bau befindliche Kernkraftwerk Krümmel erhält keine Betriebsgenehmigung, weil eine sicherheitstechnisch unbedenkliche und praktikable Lösung für die Entsorgung nicht gewährleistet ist.

Vor dem Landesvorstandsbeschuß hatte Jansen bereits scharf gegen die Verdrummungskampagnen von AKW-Betreibern und Politikern Stellung bezogen, in diesem Zusammenhang aber auch die Möglichkeit einer Volksabstimmung verworfen: „Im Klartext: der vorsichtigsten und manipuliertesten Studie über die Unfallrisiken bei Kernkraftwerken mit 14.000 Sofort-Toten und 300.000 Folge-Toten.“

Oh für oder gegen Kernkraft, gestorben wird gemeinsam! Mehrheitsentscheidungen gegen das Leben einzelner Menschen aber sieht unsere Verfassung nicht vor. Ich weiß, daß ich mit dieser Argumentation auch Volksabstimmungen über die Kernkraft ad absurdum führe. Zumindest heute und hier. Heute, weil das immer verniedlichte Restrisiko bei der Kernspaltung eben immer noch das totale Risiko einer nuklearen Katastrophe beinhaltet und hier, weil ungleicher und unsachlicher als zum Beispiel in Österreich oder Schweden in der Bundesrepublik Meinung zum Thema

Kernkraft gemacht wird. Eine Woche nach Harrisburg sähe das Ergebnis einer Volksabstimmung anders aus als eine Woche nach einer saftigen Ölpreiserhöhung... Ich bekenne offen: Ich hätte Angst vor einer Volksabstimmung über die Kernkraft in der Bundesrepublik. Nicht, weil unsere Argumente so schlecht wären, sondern weil der Propaganda-Feldzug für die Kernenergie in dem Maße an Wucht und Primitivität zugenommen hat, in dem die Anwendbarkeit der Kernenergie zweifelhafter denn je geworden ist. Energieunternehmen, BILD-Zeitung, CDU-Politiker und manchmal auch Sozialliberale malen ein Schreckensgemälde in Öl vom friedlichen Deutschen, der ohne Eis-schrank und Auto in den 90er Jahren sein fernsehloses Dasein fristet, weil ein paar ökologische Traumtänzer die Stromversorgung der Bundesrepublik wegemonstriert haben“ (Rede auf dem Kreisparteitag Schleswig-Flensburg, 1.9.79).

Matthiesen und der Bundestagsabgeordnete Ueberhorst forderten demgegenüber, die „Option Kernenergie offenzuhalten“ („Kieler Nachrichten“, 4.9.). Matthiesen gab außerdem vor, „daß bei den energiepolitischen Zielsetzungen des Landesverbandes zwar durchaus Einigkeit bestehe. Meinungsunterschiede gebe es allerdings darüber, wie das Ziel eines schrittweisen Ausstiegs aus der Kernenergie vollzogen werden könne“. Der Mehrheitsbeschuß des Landesvorstands wurde „zur Folge haben, daß wir in den nächsten Jahren selbst bei einer geringen Zuwachssteigerung im Energieverbrauch in konkrete Schwierigkeiten in der Energieversorgung kommen...“ Unter Hinweis auf die angeblich drohende Energieverknappung in Schleswig-Holstein forderte er: „Unter diesen Gesichtspunkten kann es landespolitisch keine verantwortliche Position geben, die in Bezug auf Krümmel nicht mindestens neben den sicherheitspolitischen Bedenken gegen die Inbetriebnahme auch die versorgungspolitische Notwendigkeit des in Krümmel zu erzeugenden Stroms für Schleswig-Holstein betont... In der vom Landesvorstand beschlossenen Fassung bedeute der Antrag die Preisgabe der energiepolitischen Regierungsfähigkeit“ („Flensburger Tageblatt“, 5.9.). Matthiesen kündigte an, noch vor dem Landesparteitag eine Veränderung des Be-

schlusses herbeiführen zu wollen.

Der von der Landesvorstandsmehrheit vorgelegte Antrag geht über die Beschlüsse der letzten Landesparteitags hinaus. So wurde auf dem Landesparteitag im Dezember letzten Jahres noch ein Antrag, der die Verweigerung der Betriebsgenehmigung für Krümmel forderte, mit großer Mehrheit, u.a. durch die Fürsprache Jansens, abgelehnt. Eine Ablehnung des Schnellen Brütlers war erst beschlossen worden, nachdem die Bundestagsabstimmung bereits gelaufen war. Der jetzt gefaßte Vorstandsbeschuß knüpft aber an einer Resolution an, die vor den Landtagswahlen im April von den Jusos und 11 Landtagskandidaten vorgelegt wurde. In dieser Resolution wurde verlangt, daß eine mögliche SPD-Landesregierung die Forderung nach Stilllegung aller AKWs unterstützt, auf Schleswig-Holstein bezogen, garantiert, daß das AKW Brok-

Kirchenscheffs an Rhein und Ruhr

Fürchtet euch nicht! Kernkraft? — Ja bitte!

„Die Kernenergie muß in den kommenden Jahren weiterhin stetig zur Elektrizitätserzeugung genutzt werden. Sie muß forciert weiter dahin entwickelt werden, daß sie auch zur Herstellung von Kraftstoffen und Gas aus Kohle herangezogen werden kann.“ So können seit dem 13.9. Christen in der Denkschrift der Rhein-Ruhr-Stiftung lesen. Verfasser dieser Schrift sind nicht etwa die KWU oder das RWE, sondern man lese und staune: Präses Karl Immer, Chef der Evangelischen Landeskirche im Rheinland und Bischof Franz Hengstbach, Chef der Katholischen Kirche im Ruhrgebiet — besonders berührt durch seine Angriffe und Machenschaften gegen die „Theologie der Befreiung“. Nie hat der Klerus es bisher deutlicher gesagt: „Es ist unsere Legitimation, daß wir Männer der Kirchen uns nicht nur um die Menschen im Glauben, sondern auch um die Technik kümmern“. Das heißt auf gut deutsch: Wenn's den Kapitalisten an den Kragen geht? Scheiß was auf Glauben!

Mit welch schmutzigen, ekelhaften Begründungen diese beiden Kirchenfürsten aufwarten, zeigt sich z.B.

dorf nicht gebaut, Krümmel nicht in Betrieb genommen und das AKW Brunsbüttel endgültig abgeschaltet wird.

Für den nächsten Landesparteitag deuten sich ausgesprochen scharfe Kampfabstimmungen an. In den Kreisen Segeberg, Stormarn und Dithmarschen wurde der Beschuß der Vorstandsmehrheit angenommen, z.T. aber mit ausgesprochen knappen Mehrheiten. Der Kreisparteitag Nordfriesland übernahm demgegenüber die Matthiesen-Konzeption, „daß die Option sowohl auf einen Verzicht auf Kernenergie als auch auf ihre Nutzung offengehalten wird“ („Husumer Nachrichten“, 3.9.). Auch wenn sich die DGB-Führer in der aktuellen Auseinandersetzung bemerkenswert zurückhalten, kann sich Matthiesen doch der Unterstützung durch den Atomfisz gewiß sein.

daran, daß Bischof Hengstbach, Hauptwiderracher der fortschrittlichen lateinamerikanischen Kirchen, seine Option für Atomkraft mit „Rücknahme auf die Dritte Welt“ begründet. Es ist mehr als eine Zumutung, wenn Präses Immer erklärt: „Angst kann durch Information abgebaut werden, dieses haben wir uns vorgenommen. Jetzt ist die Zeit reif, daß der einzelne Flaggge zeigt muß, — nicht nur die Männer der Kirche.“ Genau hierzu rufen wir alle christlichen AKW-Gegner auf. Es geht nicht an, daß die Kirchenfürsten sich ungestraft über „ihre“ Christen und Gemeindeglieder hinwegsetzen und Lebensbedrohung nicht nur dulden, sondern auch noch ausdrücklich befürworten. Wir fordern daher alle fortschrittlichen Christen auf, gerade angesichts der in Kürze stattfindenden Großdemonstration gegen die WAA-Gorleben und das Atomprogramm dieses widerliche Machwerk der „Kirchenfürsten“ nicht unwidersprochen stehen zu lassen und es gerade jetzt erst recht zum Anlaß zu nehmen, noch stärker als bisher den Widerstand gegen die Atommafia zu organisieren.

Kirchenkommission

Betrieb und Gewerkschaft



DGB-Bundesjugendsekretär gefeuert Beginnt jetzt die große Säuberung?

„Der Spiegel“ wußte schon vorher Bescheid. Ein DGB-Sprecher hätte ihm berichtet, daß der Bundesjugendsekretär des DGB, Heinz Hawreluk, als „U-Boot der Stamokaps“ entlassen werden soll. Kurze Zeit später bewahrheitete sich dies: am 12.9. beschloß der geschäftsführende Bundesvorstand des DGB unter Leitung seines Vorsitzenden, Vetter, Hawreluk von seinem Posten zu entlassen und ihm eine andere Tätigkeit beim DGB zuzuweisen. Als offizielle Begründung wurde allein „Loyalität und Vertrauensbruch“ gegenüber dem DGB-Oberjugendlichen, dem 63-jährigen Karl Schwab (Schwab ist zuständiges DGB-Vorstandsmitglied für Jugendarbeit), genannt.

Der Hintergrund: „Kommunistische Unterwanderung“

Die Entlassung Hawreluks findet eindeutig vor dem Hintergrund der seit langem laufenden Auseinandersetzung um eine angeblich „kommunistische Unterwanderung“ vor allem der Gewerkschaftsjugend statt. Der Vorwurf an Hawreluks Adresse, Stamokap-Anhänger zu sein, meint eindeutig, die Arbeit von Mitgliedern der DKP/SDAJ in der Gewerkschaftsjugendarbeit zu unterstützen. Und das ist kurz die Vorgeschichte, über die wir im AK ausführlich berichtet haben:

Karl Schwab registrierte auf der DGB-Bundesjugendkonferenz im November 1977 massiven Einfluß von DKP/SDAJ und schlug Alarm.

Es setzte eine stille Phase von Umbildungen in der zentralen Anleitung der DGB-Jugendarbeit ein. In diesem Zusammenhang wurde im Frühjahr 1978 Heinz Hawreluk zum DGB-Bundesjugendsekretär ernannt, mit dem ausdrücklichen Ziel, den DKP/SDAJ-Einfluß zu stoppen. Hawreluk war bis 1977 stellvertretender Bundesvorsitzender der Jusos und Anhänger nicht etwa der Stamokaps, sondern der „Reformsozialisten“.

Es folgte Ende 1978 eine vom DGB-Organ „Quelle“ eingeleitete Kampagne gegen das Buch Marburger (DKP-näher) Autoren zur „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“, das auf diesem Wege aus der Bildungsarbeit des DGB verbannt werden soll.

Im Frühjahr 1979 erschien von Autoren der DGB-Bundesjugendschule in Oberursel herausgegeben das „Oberurseler Papier“ zur Unterwanderung von DKP/SDAJ, eine neue Welle antikommunistischer Diskussionsbeiträge im DGB und der bürgerlichen Presse begann.

Hawreluk hatte öffentlich das Vorgehen der Oberurseler kritisiert (siehe AK 156) und mit dazu beigetragen, daß im Bundesjugendausschuß des DGB mehrheitlich eine Nichtbefassung des Papiers beschlossen wurde.

Der DGB-Bundvorsitzende ergriff für die Oberurseler Partei und entzog dem Jugendausschuß und damit auch Hawreluk die Einflußnahme auf die Bundesjugendschule, die jetzt Karl Schwab direkt unterstand. Schwab beauftragte den Leiter der Schule, Hinrich Oetjen (einer der Hauptverfasser des „Oberurseler Papiers“) in Abstimmung mit ihm das Bildungskonzept der Schule zu entwickeln. Den endgültigen Ausschlag für das aktuelle Vorgehen der DGB-Führung gaben die Ereignisse um den Antikriegstag.

DGB-Jugendbroschüre verboten

Unter Hawreluks Leitung wurde von der DGB-Jugend eine Broschüre zum Antikriegstag vorbereitet, die der DGB-Bundvorsitzende kurz vor ihrer Drucklegung verbot. Die dargebotenen Beiträge entsprachen nicht der Geschichtsauffassung des DGB, die Auswahl der Autoren sei zu einseitig links. Immerhin sind von dieser Verbotsmaßnahme so namhafte Gewerkschaftler wie Kurt Georgi

(Vorsitzender der Gewerkschaft Holz und Kunststoff), Georg Benz (IGM-Vorstand) und Werner Haak (Vorstand Holz und Kunststoff) sowie Jakob Moneta (bis 1978 Chefredakteur der Zeitung „metall“) betroffen – alle als Gewerkschaftslinks bekannt. Interessant ist dabei, daß die DGB-Führer offensichtlich bei ihren Maßnahmen Konflikte mit linken Gewerkschaftsvorständen ohne weiteres in Kauf nehmen. Hawreluk wurde als Gesamtverantwortlicher zur Verantwortung gezogen.

Das Verbot der Broschüre wurde unter anderem damit begründet, daß die wiedergegebenen Geschichtsauffassungen erst auf dem Historiker-Kongreß des DGB im Oktober vereinheitlicht werden sollen, obwohl dieser Zeitraum im Oktober gar nicht behandelt wird. Der zitierte Historiker-Kongreß des DGB ist eine Antwort auf die Diskussion um das Geschichtsbuch der Marburger Autoren Frank Deppe u.a. zur Gewerkschaftsentwicklung. Auf dem Kongreß soll das Gewerkschaftsgeschichtsbild der Sozialdemokratie festgeschrieben werden. DGB-Chef Vetter dazu: „Die Gewerkschaften sind für mein Verständnis von Natur aus reformistisch“, es gelte, das „Defizit“ an Geschichtswissen abzubauen, da „das Wissen um die Bedeutung der eigenen Vergangenheit bei uns in dem Maße zurückgegangen ist, in dem die Gewerkschaften Anerkennung in Staat und Gesellschaft“ erlangten (Gewerkschaftliche Monatshefte, 4/79). Die administrative Verbotsmaßnahme des DGB-Vorstands gegen die Jugendbroschüre zeigt, wie stark die Reglementierung auf diesem Sektor bereits geht, das sollten all jene sich hinter die Ohren schreiben, die in der jetzigen Diskussion um die DKP-Politik Ansätze für eine Neuorientierung der DGB-Jugendarbeit zu entdecken glauben.

Die Dortmunder Ereignisse

Vor 16.000 Zuhörern hielt DGB-Chef Vetter am 1.9. die Hauptrede des DGB zum Antikriegstag. Dabei wurde er wiederholt von Pfiffen unterbrochen. Insbesondere folgende Passagen weckten den Unmut vieler Zuhörer: „Es wird manchmal leichtfertig mit Begriffen umgegangen heutzutage. Jeder, der den Nationalsozialismus mit seinem Terror miterlebt hat, wird bestätigen: Wer Strauß einen Faschisten nennt, macht es sich zu leicht, liegt falsch. Ihr pfeift, aber ich sage dennoch: Man verurteilt es, die wirklichen Gefahren zu bekämpfen, wenn man sich falsche Vorgetrost“ (aus: „Welt der Arbeit“, 13.9.). Die WdA hat die gesamte Rede, angeblich auf vielfachen Wunsch, abgedruckt, da Vetter „von Choboten und Maoisten bei einigen Ausführungen gestört wurde“.

Inbesondere diese Passage zeigt die gefährliche Entwicklung in der DGB-Spitze auf: ganz offensichtlich war sie ein Tribut an den reaktionären Druck von Strauß und der CSU auf den DGB. Zusätzlich verpflichtet sich die DGB-Führung offensichtlich, durch Säuberungen von Linken der CSU-Hetze von der kommunistischen Unterwanderung nachzukommen.

Im weiteren erntete Vetter Pfeifkonzerte, als er feststellte, daß der Überfall der Nazis auf Polen „nicht zuletzt durch den Hitler-Stalin-Pakt erst ermöglicht“ wurde und als er feststellte: „Der braune Sumpf muß ebenso trockengelegt werden, wie die sich links gebildende Gewaltstrategie“.

Für die „Welt der Arbeit“ war klar: wer nicht hören wolle, „daß es einen Pakt zwischen Hitler und Stalin gegeben hat“ der gefährde „mit dieser Intoleranz die Einheit der Gewerkschaftsbewegung, die aus der Niederlage Deutschlands geboren wurde“. Und weiter: „Die Einheitsgewerkschaft muß von denen verteidigt werden, die sie tragen und sie darf nicht durch lautstarke Anhänger der Filiale aus Moskau diskreditiert werden“ (WdA, 6.9.). Unverhohlene Unvereinbarkeitsdrohungen also gegen die

„Filiale Moskaus“ die DKP.

Hawreluk als DGB-Jugendsekretär wurde anschließend von Vetter für die Vorgänge verantwortlich gemacht „da er gegen die Störversuche nichts unternommen habe, obwohl das DGB-Vorstandsmitglied Schwab vorher auf die Gefahr, die Veranstaltung könne der Gewerkschaftsjugend entgleiten, aufmerksam gemacht habe“ (FAZ, 14.9.). Die FAZ ist über DGB-Führungsinterne so gut informiert, daß sie wissen will, daß „linke Funktionäre versucht haben (sollen), den historischen Hinweis auf den Geheimpakt zwischen Hitler und Stalin ... als ‚Antisowjetismus‘ aus dem Redemanuskript von Vetter hinwegzumanipulieren“ (14.9.).

Fünf Tage nach der Vetter-Rede wurde Hawreluk beurlaubt, weitere sechs Tage später entlassen. Beginn jetzt die Säuberung im DGB? Die FAZ registrierte mit Genugtuung: „Der Bundesvorstand des DGB scheint mit seinem Beschluß ... demonstrieren zu wollen, daß er die kommunistische Unterwanderung in der Gewerkschaftsjugend nicht länger hinnehmen will“.

DGB-Führer: Unternehmens-Mannern

Gegen die Änderungskündigung Hawreluks hat der Betriebsrat beim DGB-Bundvorsitzenden protestiert und die Maßnahme als „nichtig“ bezeichnet. Grund: der Betriebsrat ist nicht – wie es das Betriebsverfassungsgesetz vorschreibt – vorher gehört worden. Zusätzlich stellt er fest, daß die Maßnahme durch die bekanntgewordenen Fakten „nicht abgedeckt“ sei. Darum dürfte es dem DGB-Vorstand wohl auch kaum gegangen sein. Handelt es sich doch eindeutig um eine politisch motivierte Maßnahme, da ist in bester Unternehmermanier jedes Mittel recht. Ähnlich versuchte sich erst kürzlich der Vorstand der IG Chemie eines ungeliebten Verwaltungsstellen-sekretärs zu entledigen.

Nach Meldungen der „Frankfurter Rundschau“ (15.9.) hat der DGB-Vorstand mittlerweile auch Maßnahmen gegen den Betriebsrat ergriffen. Eine Mitarbeiterin der DGB-Pressestelle, Mitglied des Betriebsrats, wurde mit sofortiger Wirkung beurlaubt, weil sie den Protest des Betriebsrats gegen Hawreluks Entlassung über den DGB-Fernschreiber an die Nachrichtenagenturen weitergab, ohne daß dies von einem Vorstandsmitglied genehmigt sei.

Bisher schwache Proteste

Die Proteste gegen die Unterdrückungsmaßnahmen des DGB-Vorstands sind bisher sehr schwach. Offensichtlich wirkt hier auch in der Linken die jahrelange von oben eingeübte Disziplin, wonach es sich bei solchen Vorgängen um „innerverbandliche Streitereien“ handele, die nicht „auf dem offenen Markt“ ausgetragen werden. Allein die Mitautoren der verbotenen Antikriegsbroschüre, Jakob Moneta und der Westberliner Politikwissenschaftler Prof. Albrecht, haben öffentlich scharfen Protest angemeldet. IGM-Vorstandsmitglied und Mitautor Georg Benz erklärte auf einer Veranstaltung in Frankfurt: „Das Nichterscheinen wurde bedauerlicherweise zu einer politischen Frage hochstilisiert. Und das ist es in keiner Weise. Die Broschüre wird eine interne Frage im DGB sein“ („FR“, 3.9.).

Auch auf die Entlassung Hawreluks gibt es erste Stellungnahmen: Der IG Metall-Vorsitzende Loderer erklärte, daß „man sachliche und politische Meinungsverschiedenheiten“ nicht „als kommunistische Unterwanderung darstellen und Personen politisch niederknüppeln solle“ (FR, 15.9.). Loderers Stellungnahme ist wohl eher eine Rechtfertigung, hat doch der Vorstand der IGM sein Mitglied Hawreluk vor 1 1/2 Jahren zum Bundesjugendsekretär vorgeschlagen.

– Ilse Landesdelegiertenversammlung

lung der Deutschen „Journalisten-Union“ in der IG Druck Hessen schreibt in einem Protesttelegramm an den DGB-Vorstand: „Als Gewerkschafter und als Journalisten erwarten wir von unserem Bundesvorstand den Schutz der Meinungsfreiheit und der freien Diskussion. Darum darf der Kollege Hawreluk nicht gemäßregelt werden“ („Neue“, 15.9.).

Der Pressesprecher der Gewerkschaft HBV, Christian Goetz, „bedauerte“ die Amtsenthebung. Den Konflikt der Gewerkschaftsjugend mit dem DGB-Vorstand sieht er darin begründet, „daß die Gewerkschaftsjugend den Kurs ihrer Gesamtorganisation mittragen sollte, der darin bestehe, für die Koalition in Bonn seit 1969 für viele Fragen ‚Flankenschutz‘ zu bilden“ („Neue“, 15.9.).

Der Bundesjugendausschuß – in ihm sind Jugendsekretäre der Einzelgewerkschaften vertreten – befaßte sich auf einer zweitägigen Sitzung mit den Ereignissen. Die Entlassung wurde „zur Kenntnis genommen“. Der BJA protestierte gegen den „Rufmord“ gegen Hawreluk. Er versicherte, daß dieser nach wie vor das Vertrauen des BJA genieße. Die FR berichtete am 15.9., daß der anwesende Karl Schwab eine Abstimmung um die Teilnahme von Hawreluk an der Sitzung verhinderte, indem er ihre sofortige Aufhebung androhte.

Innengewerkschaftliche Demokratie 1979 ...

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Herbert Wehner – Kronzeuge der Springer-Presse

Die Springer-Presse stimmt mal wieder voll in die Hetze der kommunistischen Unterwanderung des DGB ein. Als Kronzeugen zitiert sie Herbert Wehner. Der hatte auf dem Kongreß der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AFA) vor dem „Mißbrauch“ der Gewerkschaften durch die Kommunisten gewarnt. Wehner warnte davor, daß die Gewerkschaften als „Podium für eine antisozialdemokratische Politik“ benutzt würden, die SPD-AFA müsse in den Betrieben dafür sorgen, daß „die enge politische Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Gewerkschaften“ erhalten bleibe („Welt“, 10.9.). Auf dem AFA-Kongreß wurde eine scharfe Abgrenzung zur DKP beschlossen.

Springers BILD wußte am nächsten Tag genau Bescheid: „Kommunisten im Betrieb – Was Herbert Wehner um seinen Schlaf bringt“ (11.9.) heißt es da und unter voller Nennung der Namen von Funktionären, die der DKP angehören, wird die IG Druck und Papier aufs Korn genommen. Die „Welt“ zieht einen Tag später nach, in gleicher Manier werden Funktionäre aufgezählt, die angeblich die Gewerkschaft HBV kommunistisch dominieren. Und mit zieht die CDU/CSU Bundestagsfraktion, die in einer Anfrage an die Bundesregierung 28 Beispiele von

„Unterwanderung“ aufführt und wissen will, was die Bundesregierung (!) getan hat, „um eine Unterwanderung der Gewerkschaften durch moskau-treue Kommunisten zu verhindern“ („Welt“, 12.9.).



Herbert Wehner auf der AFA-Konferenz: Warnung vor den Kommunisten im DGB

Neue Jugendarbeit mit solchen Leuten?

Die Verteidiger der Kritik des „Oberurseler Papiers“ an der DKP-Gewerkschaftsarbeit verweisen darauf, daß es ja schließlich stimme, daß die DKP rigide jede gewerkschaftliche Basisaktivität unterdrückt, wo sie die Macht dazu hat. Andererseits, und das ist u.E. das Entscheidende, sind sie sich häufig genug nicht zu schade, sich hinter Maßnahmen des DGB-Apparats zu stellen, die auf Unterdrückung solcher angegriffenen Positionen zielen.

In solcher Weise hat sich auch Manfred Wilke, vielen vielleicht noch bekannt aus den Tagen des Hamburger „Jour Fix“ Anfang der siebziger Jahre, zu Hawreluks Entlassung zu Wort gemeldet. Wilke hat bereits Ende letzten Jahres eindeutig für die DGB-Führung Partei ergriffen, als er in völliger Verdrehung der Tatsachen den Marburger Geschichtsbuch-Autoren Deppe, Füllberth und Harrer vorwarf, sie würden andere Meinungen unterdrücken. Dies brachte er in einem zusammen mit dem SPD-Vorstandsmitglied Peter von Oertzen und Prof. Fritz Vilmar verfaßten offenen Brief zum Ausdruck.

In seiner neuesten Stellungnahme gegenüber der TAZ vom 14.9. stellt Wilke fest, daß es für seine Person keine Solidarität mit Hawreluk ge-

ben könne. „Hawreluk wird als Bauer geopfert in einem Spiel, bei dem es nicht um alternative Gewerkschaftspolitik, sondern um die Infiltration des Gewerkschaftsapparats geht“. In der Tat, um alternative Gewerkschaftspolitik geht es nicht – nur, will Wilke allen Ernstes behaupten, daß die Säuberung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, die Funktionalisierung der Oberurseler Kritik von Hinrich Oetjen durch den DGB-Vorstand, daß all dies etwas mit „alternativer“ Gewerkschaftspolitik zu tun hat? Als völlig unhaltbar und unsolidarisch erweist er sich, wenn er feststellt: „Nach einmal: Solidarität mit jedem DKP-Betrieblin, jedem SDAJler, der für seine offenen vertratene politische Überzeugung gemäßregelt wird oder dem Berufsverbot droht, keine Solidarität mit den Menschenverweirern in den Apparaten von DKP, SEW und denen, die ihnen ihre Politik aus Überzeugung oder Opportunismus besorgen. Ihnen geht es um alles mögliche, nur nicht um eine alternative gewerkschaftliche Jugendpolitik“.

Auch hier stellt sich Wilke, der seine Position als betont „undogmatisch“ verstanden wissen will, eindeutig auf die Seite des DGB-Apparats, der sicher seine Freude daran haben wird.

Georg Leber

— Ein Noske der Gewerkschaftsbewegung

Über die Kommunistensäuberung in der IG Bau Steine Erden

Ein denkwürdiges Dokument wird auf der Frankfurter Buchmesse vorgestellt werden. Georg Leber, vor wenigen Tagen zum Bundestagsvizepräsidenten gewählt, seit 1957 Bundestagsabgeordneter der SPD, bringt ein Buch auf den Markt: „Vom Frieden“ soll es heißen, 36 DM kosten und im rechten, CSU-nahen Seewald-Verlag in Stuttgart erscheinen. Ein Kapitel dieses Buches ist dem Thema „Kampf der Gewerkschaften gegen die Kommunisten“ gewidmet. Der großbürgerlichen Zeitung „Frankfurter Allgemeine“ erschien es so wichtig, daß sie dieses Kapitel vorabdruckte, „weil es zeigt, daß die Gewerkschaftsbewegung eine Krise überstehen kann, wenn ihre Führung die sogenannte Basis richtig einschätzt und ihrem Urteil vertraut“ (FAZ, 22.8.79). Wenn bürgerliche Journalisten feststellen, das Buch beweise, daß „der DGB schon vor 25 Jahren die gleichen Probleme mit den Kommunisten hatte, wie heute“ (Weser-Kurier, 11.9.79), dann ist der aktuelle Bezug zu innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen durchaus richtig angegeben und es kommt nicht von ungefähr, daß den Erinnerungen des Antikommunisten Leber so viel Bedeutung beigemessen wird.

Die neue Welle antikommunistischer Ausrichtung im DGB, die Vorbereitung einer Säuberung des DGB auch von DKP-Anhängern (nach den Unvereinbarkeitsbeschlüssen gegen die „K-Gruppen“) – erste Maßnahmen sind bereits ergriffen – läßt es auch uns für ratsam erscheinen, auf die Erfahrungen mit der antikommunistischen Säuberungswelle in den Gewerkschaften in der Zeit um das Jahr 1956 – dem Jahr des KPD-Verbots – zurückzugreifen. Georg Leber, und „seine“ Gewerkschaft, die IG Bau Steine Erden, haben wohl neben der IG Bergbau diese Säuberung am rabiatesten durchgezogen.

Georg Leber – „ein Gewerkschaftsboß vom Typ der anglo-amerikanischen Gewerkschaftsbewegung“

1951 in die SPD eingetreten, rückte Leber 1953 zum Redakteur der Zeitung „Grundstein“ der IG Bau Steine Erden (IG BSE) auf. 1955 wurde er stellvertretender Vorsitzender dieser Gewerkschaft, deren Vorsitz er nach ihrer Säuberung von den Kommunisten 1957 übernahm. Er war der jüngste unter den damaligen Vorsitzenden einer DGB-Gewerkschaft. Vorbild war für ihn offensichtlich die amerikanische Gewerkschaftsbewegung, zu der er enge Kontakte unterhielt. Der Historiker Theo Pirker beschreibt Leber folgendermaßen: „Mit Georg Leber trat der Typ des Gewerkschaftsboßes in der Arena der Gewerkschaften auf.“

„Mit Georg Leber trat der Typ des Gewerkschaftsboßes in der Arena der gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen auf, wie ihn die angloamerikanische Gewerkschaftsbewegung so häufig hervorgebracht hat“ (4). Und der Gewerkschafter Werner Haak schreibt: „Oft genug hinübergerollt, haben die Leute um Georg Leber allerhand in Amerika gelernt. Noch im vorigen Jahr war z. B. Leber drüben, um die Beziehungen der Sozialpartner untereinander sowie ihre Stellung zur Regierung zu studieren“ (2).

Bürgerliche Geschichtsschreiber erwähnen denn auch lobend das Wirken des Gewerkschaftsführers Leber: „Nach der Ausschaltung der kommunistischen Opposition war der Weg frei für eine partnerschaftliche Politik mit den Arbeitgeberverbänden“ (3). Und das sind die wichtigsten Stationen dieser Sozialpartnerschaft:

— Auf dem Gewerkschaftstag der IG BSE 1957 wurde die Forderung nach „Sozialisierung der Bauwirtschaft und der Bauindustrie“ aus dem Programm gestrichen (4).

— Auf dem Gewerkschaftstag 1959 wurde von der IG BSE als erster Gewerkschaft ein weitgehender Unvereinbarkeitsbeschuß aufgenommen, nach dem aus der Gewerkschaft ausgeschlossen wird, wer „gegen Anordnungen oder Beschlüsse der zuständigen gewerkschaftlichen Organe sowie der Organe des DGB verstößt“, wer „einer gegnerischen Organisation angehört oder für diese wirkt“ und – ein Novum – wer „gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung verstößt“ (5).

— 1961 – ebenfalls ein Novum in der Gewerkschaftsgeschichte – erhielt die IG BSE quasi einen Unternehmerrorden verliehen, indem ihr in einer Protokollnotiz zum Tarifvertrag (Augsburger Abkommen) bestätigt wurde: „Die Arbeitgeber des Bauhauptgewerbes erkennen die Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden als Ordnungselement an“ (6).

— Ebenfalls 1961 wurde bekannt, daß Leber Befürworter einer Notstandsgesetzgebung sei, „wenn dadurch die freiheitlich-demokratische Grundordnung des Staates und der Gewerkschaften nicht angetastet werden“ (7). Auf dem 6. DGB-Kongreß 1962 trat Leber für eine Mitwirkung der Gewerkschaften an einer „demokratischen Notstandsverfassung“ ein (8).

— In der gewerkschaftlichen Tarifpolitik machte sich die IG BSE unter Lebers Führung seit 1964 einen Namen, indem sie tarifvertragliche Vereinbarungen einer „Vermögensbindung in Arbeitnehmerhand“ forderte. Leber: „Das wollen wir, weil wir eine

freie Gesellschaft wollen, in der neben Freiheit das Eigentum eine tragende Säule unserer Lebensart ist, die von allen Bürgern deshalb, weil sie besitzen, mitgetragen werden kann“ (9).

Der Weg dieses Gewerkschaftsführers als bewußt handelnder Agent in der Arbeiterbewegung ging konsequent weiter: 1966 Eintritt in die große Koalition von SPD und CDU als Verkehrsminister, danach, als Nachfolger von Helmut Schmidt Verteidigungsminister.

DGB und KPD-Verbot

Das nachstehend geschilderte Vorgehen des sozialdemokratischen Führers der IG BSE steht in engem Zusammenhang mit dem von der Adenauer-

zum Adenauer-Verbotsantrag gegen die KPD 1955.

In diese Zeit fällt die Vorbereitung der Zerschlagung der kommunistisch beeinflussten Verbände der IG Bau Steine Erden durch Georg Leber. Das Vorgehen belegt, daß der zentrale Gewerkschaftsapparat parallel zur Verschärfung der staatlichen Repression die Endemokratisierung und Repression in den Gewerkschaften betreibt.

Ausgehend von der Sorge um die Bedeutung der Bauwirtschaft für die Restauration des Kapitalismus in der Bundesrepublik, entwickelte Leber einen Schlachtplan zur Zerschlagung des kommunistischen Einflusses in der Bauergewerkschaft. Hauptschlachtfeld wird der Bezirk Nordrhein, mit 49.000 Mitgliedern einer der mitgliederstärksten (11). Der Plan wird wohl vorbereitet, der Anlaß sorgfältig gewählt. Eine Absprache mit dem DGB-Bundesvorstand, seinen Mitgliedern Walter Freitag, Georg Reuter, Matthias Föcher, Willi Richter und Albin Karl, folgt. Übereinstimmend stellen die sozialdemokratischen DGB-Oberen fest, daß „die Kräfte stark waren, die von den kommunistisch beherrschten Vorständen der Bauergewerkschaft schon hinein in andere Gewerkschaften wirkten und dort Boden gewannen“ (12). „Wir kamen im Dezember 1955 von Düsseldorf (Sitz des DGB-Bundesvorstands) zurück und hatten volle Einigkeit für unser Vorhaben mit den führenden Männern des deutschen Gewerkschaftsbundes erreicht“ (13).

und den IG Metall-Vorsitzenden Otto Brenner zu einer „politischen Unterredung“. Nur wenige Tage später veröffentlichte der DGB-Bundesvorstand eine Erklärung zu dem Verbot: „Das Bundesverfassungsgericht hat am 17. August 1956 gestützt auf Artikel 21 des Grundgesetzes die KPD verboten ... Die Kommunistische Partei hat nach Auffassung des Bundesvorstandes das Verbot bewußt provoziert, nachdem sie bei den zurückliegenden Wahlen nur noch rund zwei Prozent aller Wahlstimmen auf sich vereinen konnte.“

Die Kommunistische Partei hat seit 1945 nichts getan, um für die Arbeiter, Angestellten, Beamten, die Angehörigen der freien Berufe und die Rentempfänger sozial-fortschrittliche Verhältnisse zu schaffen, sondern hat in undemokratischer und in destruktiver Weise in den Betrieben, den Verwaltungen und im öffentlichen Leben gearbeitet. In ihrem Herrschaftsbereich in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands duldet die KPD weder freiheitliche, noch demokratische Organisationen, noch gestattet sie eine Betätigung in freiheitlich-demokratischem Sinne. Damit hat sie das moralische Recht verwirkt, sich auf demokratische Grundsätze zu berufen“ (15).

Leber und Co. gehen in ihren Veröffentlichungen nicht so weit, ihre mit Sicherheit vorhandenen direkten Auftraggeber etwa in CIA oder Verfassungsschutz oder anderen staatlichen Stellen zu benennen. Es gehört allerdings nicht viel Phantasie dazu, sich dies aus dem nachstehend geschilderten Vorgehen zu denken.

Der Putsch in der IG BSE

Der Putsch in der IG BSE

„Bezirksvorstand und Bezirksleitung der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden im Bezirk Nordrhein werden mit Wirkung vom 16. Januar 1956 aufgelöst. Desgleichen werden mit diesem Zeitpunkt die Verwaltungsstellen Düsseldorf, Duisburg, Duisburg-Hamborn, Mülheim, Essen, Wuppertal, Niederberg, Moers und Mönchengladbach aufgelöst. In den Auflösungsbereichen sind alle Vorstände, Jugend- und Fachgruppen einbezogen. Das Dienstverhältnis aller Angestellten der Gewerkschaften in den aufgelösten Verwaltungsstellen ist mit Wirkung von diesem Zeitpunkt zu kündigen ...“ (16).

Mit diesem Beschluß löste der Beirat und Hauptvorstand der Gewerkschaft den Bezirk Nordrhein am 16. Januar 1956 auf. 16 Gewerkschaftsfunktionäre, Mitglieder der KPD, wurden entlassen und ausgeschlossen. Die Vorbereitungen hierzu wurden geheimgehalten; die beiden KPD-Mitglieder im Beirat der IG BSE wurden zu der Vorstandssitzung am 14./15.1.56, auf der der Beschluß gefaßt wurde, nicht eingeladen.

Um eine derartig weitreichende Maßnahme mit der Satzung in Einklang zu bringen, erklärte der Beirat der IG BSE den Bestand der Gewerkschaft für den Bezirk Nordrhein für gefährdet und meinte damit konkret, daß die Unabhängigkeit der Gewerkschaft gefährdet sei, da sich kommunistische Gewerkschaftsfunktionäre „als Gehilfe und ausführende Organe der Kommunistischen Partei mißbrauchen lassen“ – ohne das natürlich begründen zu können. Im Gegenteil – die Führungsgruppen des DGB waren parteipolitisch fast ausnahmslos mit der SPD verbunden, die alles taten, um Kommunisten aus allen hauptamtlichen Funktionen herauszudrängen, was bereits bis zum Beginn der 50er Jahre bis auf wenige Ausnahmen gelungen war.

War die BSE unterwandert?

Leber erinnert sich: „Die Verwaltungsstellen unserer Gewerkschaft waren in vielen Städten unterwandert. Viele Vorstände zeigten sich in der Mehrheit aus Kommunisten zusammen und dementsprechend waren auch Kommunisten als Geschäftsführer eingesetzt worden. Von Mainz bis zur holländischen Grenze waren im Rheinland zwei Drittel der Verwaltungsstellen fest in der Hand von Kommunisten. Uns war klar, daß sich hier etwas entwickelte, das in seiner

Wirkung nicht nur auf die eigene Gewerkschaft beschränkt bleiben mußte und das ähnlich, wie in einigen anderen europäischen Ländern, weiter Terrain gewinnen konnte. Für Kommunisten ist Gewerkschaftsarbeit nicht einfach Arbeit für die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der arbeitenden Menschen. Gewerkschaftsarbeit war und ist für sie ein wichtiger Teil ihrer politischen Arbeit und dieser zugeordnet.“

Mit der absurden Konstruktion, daß Kommunisten nicht etwa die Interessen der Werktätigen vertreten, sondern nur taktisch vorgehen, um letztlich einen totalitären Staat aufzubauen zu können, legitimiert Leber jedes Mittel im Kampf gegen Kommunisten.

Was Leber unter „unterwandern“ versteht, wird einige Seiten weiter deutlich: „Natürlich war die Mehrheit der Bauarbeiter auch in diesen Städten nicht kommunistisch, aber sie folgten ihren Funktionären, die sie gewaltvoll hatten. Diese kommunistischen Funktionäre gaben sich als die entschiedensten und radikalsten Vertreter der Arbeiterinteressen aus“ (Hervorhebung von uns). „Die Gewerkschaft war nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von unten herauf gewachsen. ... An vielen Orten, vor allem in vielen großen Städten waren die Kommunisten ganz am Anfang aktiv mit zur Stelle. Sie packten an, und in der Atmosphäre unmittelbar nach Kriegsende traten die Differenzen und die Vorbehalte der sozialdemokratischen und christdemokratischen orientierten Arbeitnehmer ihnen gegenüber zurück. ... Man hatte zum Teil auch in den gleichen Gefängnissen gesessen. Dazu kam, daß eine

Teil auch in den gleichen Gefängnissen gesessen. Dazu kam, daß eine junge Generation herangewachsen war, die noch keine Erfahrung mit Kommunisten gemacht hatte. ... Die erste Sorge nach den Zusammenschlüssen galt der gerade gefundenen Einheit. Sie mußte gestärkt werden, das war eine der Lehren von früher.“

Auf dem Höhepunkt des „Kalten Krieges“ galt Lebers Sorge nicht etwa der Remilitarisierung, dem Wiederaufleben neonazistischer Tendenzen oder der Einschränkung der Demokratie durch die Adenauer-Regierung (z.B. „Blitzgesetz“, Berufsverbote etc.), sondern der Zerschlagung jeder Zusammenarbeit von kommunistischen, sozialdemokratischen und christlichen Arbeitern, so wie sich der DGB selbst als „Speerspitze“ in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus begriff.

Leber beklagt so auch, daß die Bauarbeiter „so gut wie keine Notiz“ vom 17. Juni 1953 genommen hatten, an dessen Ereignissen „ihre eigenen Arbeitskollegen in Ost-Berlin so sehr verflochten waren“.

Die Tatsachen sind selbst nach der Darstellung von Leber: Mitglieder einer legalen Partei vertreten am entschiedensten die Arbeiterinteressen und werden deshalb von vielen Kollegen als ihre Vertreter in die Gewerkschaftsorgane gewählt – ein ganz demokratischer Vorgang. Den Sozialdemokraten paßt das nicht, sie kämpfen nicht etwa selbst um Mehrheiten, sondern erklären einen Bezirk für „unterwandert“ und lösen ihn in einer Nacht- und Nebelaktion auf – mit Rückendeckung und in Absprache mit ihren Partei„genossen“ im DGB-Vorstand und in den Einzelgewerkschaften, denen Lebers Putschplan eine sinnvolle Ergänzung der überall praktizierten individuellen Ausschlusspolitik von kommunistischen Gewerkschaftlern erschien.

„Dem Vorstand des DGB lagen Beweise darüber vor, wie stark die Kräfte waren, die von den kommunistisch beherrschten Vorständen der Bauergewerkschaft schon hinein in andere Gewerkschaften wirkten und dort am Boden gewannen. Die Kollegen an der Spitze des DGB sprachen sich übereinstimmend für ein Vorgehen aus, durch das ausgeschlossen wurde, daß die Kommunisten in den deutschen Gewerkschaften einmal so viel Fuß fassen könnten, daß sie diese Organisation für ihre politischen Zwecke zu mißbrauchen in der Lage sein würden.“ ... „Im Rheinland war der Herd – die Metastasen im Lande aber wucherten schon.“

Fortsetzung nächste Seite



Georg Leber und sein Lehrmeister:

„Von rechts nach links: Georg Leber, Jay Lovestone von der Auslandsabteilung der AFL-CIO und George Meany, Präsident der AFL-CIO kurz nach seiner Rede auf dem Gewerkschaftstag. Darin hatte er die deutsche Gewerkschaftsbewegung volle Unterstützung der AFL-CIO im Kampfe für ein freies vereintes Deutschland versichert und die Sowjet-Regierung aufgefordert, Wiedergutmachung an die vielen Polen, Juden, Balten, Russen, Ukrainer zu gewähren, die Opfer der stalinistischen Schreckensherrschaft geworden sind.“ Bildunterschrift aus der Broschüre: „Unser Weg“ Referat vor dem 8. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG BSE, Juni 1963).

Regierung betriebenen KPD-Verbot. Nach der Politik der Reverse bis 1953, über die eine Reihe Gewerkschaften von KPD-Funktionären gesäubert wurden, folgte seit 1955 sozusagen die „Endlösung der Kommunistenfrage“ auch im DGB.

1955 wurde der linke Sozialdemokrat und Leiter des wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB, Viktor Agartz, vom DGB-Bundesvorstand beurlaubt. Agartz galt als theoretischer Kopf des „gewerkschaftlichen Radikalismus“. Auf die Drohung mit Spaltung des DGB durch die CDU-Gewerkschafter ließ die DGB-Führung ihn fallen. 1957 wurde Agartz wegen seiner Kontakte zum FDGB der DDR („hochverräterische Beziehungen“) verhaftet (Jahre später wurde er übrigens freigesprochen) – (10). Eine neue antikommunistische Welle war in Gang gesetzt, parallel

Als nächstes wurde Kontakt aufgenommen zu Gerhard Horschling, KPD-Mitglied im nordrheinischen Vorstand der IG BSE. Horschling wurde unter Druck gesetzt, sich von der KPD-Gewerkschaftspolitik öffentlich zu distanzieren (Anfang 1956 wurde er aus der KPD ausgeschlossen), um so zusätzlich die Gefahr der „kommunistischen Bedrohung“ darzustellen. Der Parteiausschuß von Horschling, von dem Leber sagt „wir hatten ihn aufgenommen“ (14), war das Signal zum Losschlagen.

Die volle Einbeziehung des DGB-Bundesvorstands in Lebers Putschplan findet ihre Entsprechung in der Duldung und Befürwortung des KPD-Verbots durch die DGB-Führung. Am 16. August 1956, einen Tag vor dem Verbot der KPD, empfing Bundeskanzler Adenauer demonstrativ den DGB-Vorsitzenden Walter Freitag

Fortsetzung von Seite 10

Im Notfall auch ohne die „engen Regeln der Demokratie“

Leber selbst legte Hand bei dem Putsch an: „Am Morgen des 16. Januar 1956 mußten die gefaßten Beschlüsse durchgeführt werden. Die Beauftragten des Hauptvorstandes waren morgens bei Arbeitsbeginn in allen Büros. Ich begab mich mit drei Mitgliedern des Hauptvorstandes in das Büro der Bezirksleitung in Düsseldorf und übernahm nach der Auflösung der Büros von dort aus die zentrale Leitung der nun folgenden Operation. Unsere Vorbereitungen waren vertraulich geblieben. Wenn das nicht der Fall gewesen wäre, hätten wir wohl vor jedem Gewerkschaftshaus mit Demonstrationen zu rechnen gehabt, die uns den Weg in die Büros versperrt hätten.“

Nach der Besetzung der Büros und der Amtsenthebung der Funktionäre wurden der DGB und die Einzelgewerkschaften informiert, die noch am gleichen Vormittag per Telegramm gratulierten. „Herzlichen Glückwunsch zum entschlossenen Vorgehen – in voller Solidarität – Vorstand der IG Metall – Otto Brenner“

In einer Pressekonferenz am gleichen Tag rechtfertigte Leber sein „ungewöhnliches Vorgehen“, das er als von der Satzung legitimierte „Attacke“ bezeichnet. Die Journalisten stellten alle fast die gleichen Fragen: „Wir würden die demokratischen Regeln über Bord werfen, eine Zusammensetzung Mehrheit habe sich über eine starke Minderheit hinweggesetzt und sie in einer Art gewerkschaftlichem Staatsstreich an die Luft gesetzt.“

Doch in Sachen Demokratie ist Leber „Pragmatiker“: „Mit den Möglichkeiten demokratischer Regeln war gegen die von ihrer Partei geführten Kommunisten nicht mehr zu kommen. Waren wir in dieser Situation verpflichtet, uns an die üblichen demokratischen Regeln zu halten? ... So gehen Demokraten in der Auseinandersetzung mit Radikalen und Demagogen unter, wenn sie sich an solche engen Regeln festgebunden fühlen, während die anderen jedes Mittel eines politischen Freistilkampfes einsetzen, das ihnen Erfolg gegen die Demokraten verspricht.“

Nach Lebers Demokratieverständnis ist also in diesem freiesten Staat auf deutschem Boden im Kampf gegen Kommunisten jedes Mittel recht, die „engen Regeln“ der Demokratie werden eben mal kurz vergessen, schließlich geht es ja um die Demokratie, die angeblich durch Kommunisten bedroht war.

„Wir mußten in der offenen Konfrontation mit den Kommunisten fertig werden, in der Auseinandersetzung mit ihnen wachsen und ihnen zeigen, daß wir die Mehrheit waren und uns nicht von einer Minderheit beherrschen ließen. Das schafft der Freiheit Fundamente.“

Lebers Putsch 1956 war ein entscheidender Schritt gegen die Unabhängigkeit der Gewerkschaften und für die Isolierung der Kommunisten, parallel zur Vorbereitung des KPD-Verbots wenige Monate später. Damit in unmittelbarem Zusammenhang stand die Remilitarisierung der BRD.

So ist es nur konsequent, wenn sich die Bourgeoisie bei Leber für seine taktkräftige Hilfe mit einem Kriegsmünsterposten bedankt hat.

Kommission Betrieb/Gewerkschaft und ein Genosse der Wohnungskommission

Anmerkungen:

1. Theo Pirker, „Die blinde Macht“ Teil 2 Seite 306
2. Werner Haak, „Georg Leber – der Mann Brandt im OGB“ in WISO 19. 1979
3. Karl Gustav Werner, „Organisation und Politik der Gewerkschaften in der Bauwirtschaft“ zitiert in „Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1973“ Seite 99
4. Müller-Jentsch, „IG Bau-Steine-Erden Juniorpartner der Bauindustrie“ (in „Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch“ 1973, S. 89)
5. zitiert bei Haak, s. Anm. 2
6. Müller-Jentsch, s. Anm. 4
7. Werner Haak, „Giftschwaden um den 1. Mai“, zitiert aus „Industrie-kurier, 13.4.81 laut WISO, 9/81“
8. Deppa u.a., „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ S. 406
9. ebenda S. 378
10. Nach Theo Pirker „Die blinde Macht“ S. 82, 154
11. Aus „Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1977“ S. 163
12. Georg Leber „Vom Frieden“ aus „FAZ“ 22.8.79
13. ebenda
14. ebenda
15. Aus Theo Pirker S. 189 ff
16. dieses und alle weiteren Zitate aus „FAZ“ 22.8.79

Protestdemonstration der AEG-Kollegen

Die Proteste der AEG-Belegschaften gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze hatten am 30.8. rund 1.000

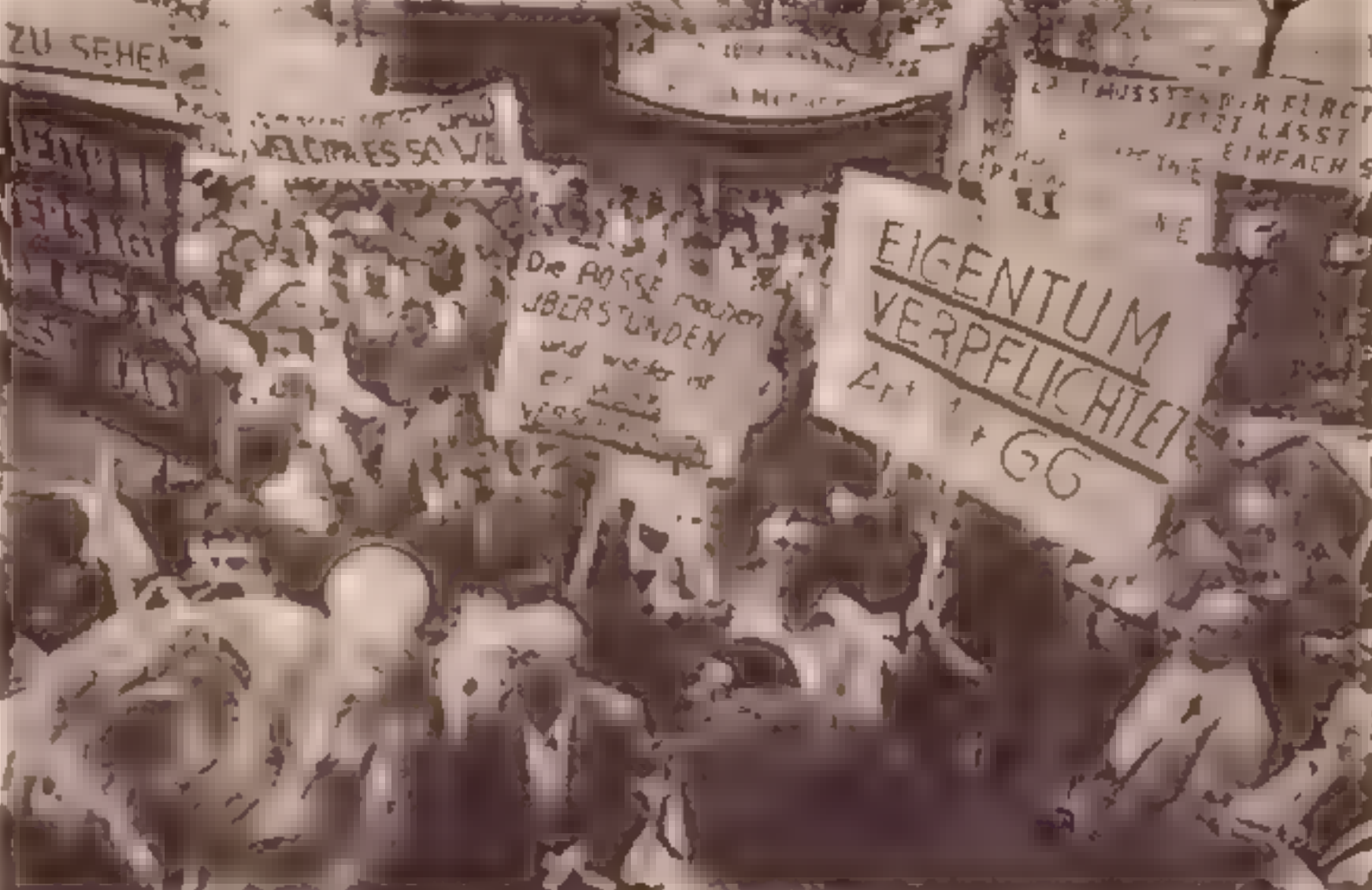
Kollegen/innen nach Frankfurt geführt. Dort, vor der Konzernzentrale, forderten sie lautstark den Rücktritt

des Konzernchefs Cipa mit Parolen wie „Die Bosse machen Überstunden – und wieder ist ein Werk verschwunden!“

den!“ Eine Delegation übergab dem Vorstand eine Kiste mit über 32.000 Unterschriften, die die Solidarität der Essener mit der Kanis-Belegschaft dokumentieren. Kurt Herb, IGM-Bezirksleiter von Essen, sandte starke Worte gegen den Konzern: „Die Arbeitnehmer haben ein Recht auf Arbeit, auch bei der AEG“ forderte er, und „warnte“ den „AEG-Vorstand, sich ausschließlich nach Bilanzen und Profiten zu orientieren“. Vertreter von Kanis-Nürnberg, die vor kurzem die Zurücknahme von über 120 Entlassungen durchsetzen, bekundeten ihren Bestand ebenso wie der Betriebsrat der Hauptverwaltung in Frankfurt, in der auch ein 5-prozentiger Belegschaftszuwachs ansteht. Insgesamt sollen, nach dem Willen von Dr. Cipa & Co., rund 15.000 Kollegen/innen, die jetzt mit einem Bein auf der Straße stehen, das andere auch noch nachziehen „dürfen“, ... und zwar innerhalb der kommenden Monate (siehe auch u.a. AK 159) Befehl daher für die Erkenntnisse der Nürnberger, daß „nur solidarisches und geschlossenes Handeln Erfolge ermöglicht“.

Bleibt nachzutragen, daß sich natürlich auch die Bunte/Alternative Liste Essen in einem Schreiben mit der Kanis-Belegschaft solidarisierte und die Erhaltung aller Arbeitsplätze (außer dem des Diktators Cipa) forderte!

Metallkommission



Erneuter Anschlag

wie erst heute bekannt wurde hat in der vergangenen Woche ein Industrie-unternehmen ein Industrie-unternehmen fünfhundertachtzig Arbeitsplätze in ein billiglöhndland entführt

bei dem mit äußerster Kälte & Brutalität durchgeführten Anschlag flogen fünfhundertundachtzig Frauen & Männer glatt auf die Straße trotz der sofort verhängten Nachrichtensperre war zu erfahren daß ein kleinerer Krisenstab jetzt mit den Kidnappern über einen Sozialplan verhandelt

Kammerich-Brackwerde: Streik gegen Stilllegungspläne

In Bielefeld-Brackwerde plant der Mannesmann-Konzern die Stilllegung des Werkes kammerich mit 450 Arbeitsplätzen. Die Achsbrückenfertigung soll dann offenbar nach Dinslaken bei Duisburg verlagert werden, weil die Mannesmann-Kapitalisten dafür einige Millionen an Subventionen aus dem „Rohrleitungsprogramm“ zur Schaffung von Arbeitsplätzen bekommen. Mit diesen Steuergeldern wird dann die Produktion modernisiert und statt 450 Kollegen werden in Dinslaken nur noch 260 beschäftigt. Nachdem diese Pläne bekannt wurden und außerdem noch mit Zustimmung der Betriebsratsmehrheit ein Dreischicht-Betrieb eingeführt werden sollte, traten die Kollegen zunächst in einen Überstundenboykott. Als die Forderungen nach Offenlegung der Pläne und kein Dreischicht-Betrieb nicht erfüllt wurden, traten die Kollegen am Freitag spontan und gegen den Willen der IGM-Ortsverwaltung in den Streik.

Am Montag wurde auf einer außerordentlichen Belegschaftsversammlung beschlossen, den Streik fortzusetzen, nachdem der Werksvorstand erklärt hatte, über die Zukunft des Werkes könne er erst in vier Monaten Auskunft geben.

Bis zum Mittwochsachmittag verweigerten die Kollegen die Arbeitsaufnahme, blieben dabei aber am Arbeitsplatz.

Am Mittwoch versuchte dann die IGM-Ortsverwaltung, den Streik zu beenden. Betriebsratsvorsitzender Zornhagen, der 1 Bevollmächtigte aus Bielefeld Vogelsang und der IGM-Bezirksleiter aus Münster Kolks legten einen Sechspunkte-Plan vor, mit dem die Belegschaft alles in die Hand der IGM legen sollte und auf eigene Aktivitäten verzichtet.

Punkt Eins daraus lautet: „Die Ortsverwaltung der IG Metall wird den Versuch machen, die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der Mannesmann Röhrenwerke AG zu überzeugen, daß aus sozialen sowie betriebswirtschaftlichen Gründen die Arbeitsplätze erhalten bleiben müssen.“

Und Punkt Fünf hieß: „Die Belegschaft nimmt die Arbeit wieder auf.“ Dieser Plan wurde zwar von der großen Mehrheit der abstimmenden Kollegen abgelehnt (172 dagegen, 98 dafür), aber es kam dadurch zu einer Spaltung der Kollegenschaft. Die für den Antrag gestimmt hatten, nahmen die Arbeit wieder auf. Für die, die weiterstreiken wollten, blieb dadurch nichts anderes übrig, als auch wieder die Arbeit aufzunehmen.

Am gleichen Tag noch nutzte die Geschäftsleitung die Situation und entließ den oppositionellen „RGO“-Betriebsrat Norbert Wedeke. Die IGM-Betriebsräte stimmten der Entlassung zu.

Morgenpost

Kurz vor dem Ende

Derzeit widersprechen sich die Aussagen innerhalb der bürgerlichen Presse erheblich, wenn es um das Weiterbestehen der Hamburger Morgenpost geht. Letztes Flaggschiff sozialdemokratischer Medienpolitik heißt es: „Die Zeitung sollte auf jeden Fall weitergeführt werden.“

Auf jeden Fall sicher ist, daß die Druckerei, deren einziger Auftrag noch die Erstellung der Morgenpost, endgültig geschlossen wird. Um die dazu ca. 240 arbeitslosen Drucker und Setzer bemühen sich jetzt schon einige große Hamburger Druckereikapitalisten, z.B. Springer und Broschek. Da nicht nur in der Hamburger Druckindustrie hunderte von Facharbeitern fehlen, haben sich diese Firmen schon mit Auer-Druck in Verbindung gesetzt. Bekanntlich ist das Gebäude, in dem die „Morgenpost“ erstellt wird, schon vor Monaten verkauft worden, ein Sozialplan ist auch schon seit Anfang des Jahres fertig usw. Also das Ende der Druckerei ist damit absolut sicher.

Das Gerangel um die Zeitung.

Es geht bei den derzeitigen Verhandlungen eigentlich nur noch um den Bestand der Zeitung „Hamburger Morgenpost“ bzw. der Bremer Ausgabe. Nach Aussagen der SPD als alleiniger Eigentümer der Zeitung, versucht sie immer noch, einen Käufer für ihre Zeitung zu finden, wobei „auch Verhandlungen mit dem A. Springer-Verlag, der nach Einstellung der Morgenpost das Monopol bei den

Hamburger Tageszeitungen hätte, ergebnislos verliefen, nachdem Springer eine Mehrheitsbeteiligung gefordert hatte“ („FR“ 29.8.79), um auch inhaltlich zum Zuge zu kommen. Aber da hatte selbst die SPD schon längst die Zeitung aufgegeben.

Am 1.9.79 hat aber auch diese Verhandlung haben zu keinem Ergebnis geführt. Mitteil mußten die Betriebsräte der Druckerei und der Zeitung registrieren, da „nach SPD-Schatzmeister Halstenberg weigerte die Betriebsräte an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen, aus Angst, das Rettungsprojekt zu früh an die Öffentlichkeit gelangen könnten“ („HB“, 30.8.79). Zwar hat der Aufsichtsrat seine Entscheidung über die endgültige Schließung der Zeitung noch mal vertagt, weil die Druck-Mitglieder im Aufsichtsrat, der politisch besetzt ist, der Schließung widersprochen haben. Aber die Entscheidung unter dem nun ernannten Schlichter Hessebach von der gewerkschaftsigen „Bank für Gemeinwirtschaft“ dürfte nur aufgeschoben sein, auch wenn Bundeskanzler Schmidt und ähnliche Parteigrößen in der SPD sich jetzt für das Weiterbestehen der „Morgenpost“ aussprechen. Auch die seit kurzem entwickelte Kampagne, mittels Leserbriefen der betroffenen Leser etwas zu ändern, dürfte an der Schließung der „Hamburger Morgenpost“ nichts ändern.

Daß der Aufsichtsrat nun den Bremer Honorar-Professor I. Hauchler beauftragt hat, „ein neues Konzept für SPD Medien zu erstellen“ („HB“, 30.8.79), dürfte kein Trost für die arbeitslosen Kollegen und die Leser der Zeitung sein.

Betriebszelle Broschek KB/Gruppe Hamburg

IMPRESSUM

ARBEITERKAMPF

Herausgeber, Druck und Verlag: Verlag J. Reents, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50, Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20. Redaktion Hamburg 43 53 46; V.i.S.d.P. H. Eckhoff/Verlagsanschrift, Abonnementspreis jährlich DM 55,- im Abdruck, sonst PSchA Hamburg, 240595-203. Einzelpreis DM 2,-, erscheint 14-tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Auflage dieser Ausgabe

Einen Teil dieser Auflage ist Prospektmaterial beigelegt

HBV-Westberlin: Fristlose Kündigung engagierter Gewerkschafter

Nach den letzten drei Kündigungen von Gewerkschaftern anlässlich der Warnstreiks im Westberliner Einzelhandel, ist es nun erneut zu Maßnahmen wegen Gewerkschaftstätigkeit gekommen.

Vorausgegangen war das unver-schämte Kreditverhalten der Berliner Commerzbank gegenüber der Tageszeitung „die Neue“. Dazu in der „Neuen“, vom 11. und 25.7. „Die Commerzbank behält das Geld aus Einzugsmachtungen unserer Leser, rund 32.000 DM, zunächst auf einem Sperrkonto (entgegen aller banküblichen Gepflogenheiten) mit der Ausrede, daß solche Einzugsmachtungen nach 6 Wochen ja widerrufen werden könnten. Gleichzeitig weigert sie sich, einen Scheck über 15.000 DM zu kreditieren. Damit tut die Commerzbank kund, daß sie uns keinerlei Kredit zu gewähren beabsichtigt.“

Daß eine Großbank mit dem Sperren von Abo-Geldern und Krediten einer linken Tageszeitung das tägliche Erscheinen bewußt schwierig, wenn nicht gar unmöglich macht, ist auch der HBV Betriebsgruppe der Commerzbank klargewesen. In ihrer Einladung an die Zeitung schreiben sie: „Wenn wir gemeinsam gegen diese Willkürmaßnahme vorgehen wollen, ihr als Kunden und wir als gewerkschaftlich organisierte Bankangestellte, benötigen wir mehr Information, als in den genannten Artikeln gegeben werden konnte.“

Am 27.7. erschien dieser Brief auszugswise in der „Neuen“.

Das war für die Bankkapitalisten der willkommene Anlaß, zwei engagierte Gewerkschafter, den Sprecher der Betriebsgruppe Lothar Blazekewitz (der gleichzeitig Betriebsrat und Mitglied der Bundesarifkommission Banken ist), sowie den stellvertretenden Betriebsgruppensprecher Klaus Thiede, fristlos zu entlassen. Der mehrheitlich von DAG-Mitgliedern gestellte Betriebsrat stimmte einen Tag später, am 10.8. den Kündigungen zu.

Als Entlassungsgrund wird die „öffentliche Kritik an einer Kreditentscheidung der Bank“ und der „Aufruf zum Kampf gegen die eigene Bank“ genannt. Besonders demagogisch ist die ständige Erwähnung der Verletzung des Bankge-

heimnisses gegenüber der Presse und den Angestellten, was in keinem sachlichen Zusammenhang zu dem Fall steht den beiden Kollegen aber die Möglichkeit nochmals eine Arbeit im Bankbereich zu bekommen, verbaut.

„Hintergrund für die ausgesprochenen Kündigungen ist nach Ansicht der... HBV jedoch der seit einiger Zeit zu beobachtende Versuch, gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb zu verhindern. So hat die Bank versucht, die selbstverständliche Benutzung von „Schwarzen Brettern“ zu unterbinden. Auch die Stellungnahmen der HBV-Betriebsgruppe im Namen eines Großteils der Belegschaft gegen

die Verlängerung der Schalteröffnungszeiten wurden durch unsachliche, zum Teil diffamierende Vorstandsentscheidungen beantwortet“ (aus einem HBV Flugblatt an die West-Berliner Tagespresse). Ebenso im Zusammenhang mit den Kündigungen ist die Bekanntmachung der Ergebnisse von Rationalisierungsstudien, durch die im gesamten Commerzbankbereich (BRD und West-Berlin) 3.600 Arbeitsplätze bedroht sind, zu sehen.

Die Gewerkschaft HBV steht also hinter den Kollegen, wenn es sich auch nicht verkaufen konnte, anfanglich den Schritt der beiden an die Öffentlichkeit zu mißbilligen.

Bisher wurden zwei Flugblätter mit einer Unterschriftenaktion herausgegeben, eine Pressekonferenz abgehalten und Kündigungsschutzklagen beim Arbeitsgericht erhoben (Prozess-termin voraussichtlich Okt./Nov. '79). Eine Bekanntmachung des Falles über West-Berlin hinaus kommt langsam in Gang.

Die Reaktion auf die Unterschriften-sammlung ist bisher eher dünn ausgefallen, dafür kumieren aber anonyme Solidaritätserklärungen, was bei dem Grad der Einschüchterung im Angestelltenbereich auch verständlich erscheint.

Solidaritätsadressen der folgenden Form sollten geschickt werden an:

Gewerkschaft HBV, LB Berlin
— Fachgruppe Banken
Keststr.
1000 Berlin 30

1 3

E r k l ä r u n g : Ich bin der Auffassung, daß die ausgesprochenen Kündigungen keinesfalls gerechtfertigt sind und spreche mich für eine Rücknahme der Kündigung aus.

Unterschrift:

Kämpf, Größe
eine Sympathisantin aus Westberlin

IG Chemie: Entmachtung im Hauptvorstand?

Lapidar vermeldete die „Umschau“ (Zeitung für die Funktionäre der IG Chemie) in ihrer Juli/August-Ausgabe, daß der Hauptvorstand der IG Chemie zwei organisatorische/personelle Veränderungen beschlossen hat.

— Der Personalausschuß des geschäftsführenden Hauptvorstandes besteht jetzt aus Karl Haenschel, Heinz Voßhenrich und Egon Schäfer. Statt Egon Schäfer war bisher Paul Plumeyer Mitglied.

— Zuständig für die Auswahl, den Einsatz und die Betreuung der Sekretäre zur Ausbildung ist die Hauptabteilung 1 (Gesamtleitung-Wirtschaft), die dem IG Chemie-Vorsitzenden Haenschel untersteht. Bisher war dafür die Hauptabteilung 3 (Organisations-Vertrauensleute) unter der Leitung von Paul Plumeyer zuständig.

Da es in der „Umschau“ keine weitere Meldung gibt, die ausweist, daß Paul Plumeyer andere Aufgaben

übertragen bekommen hat, können wir nur schließen, daß Plumeyer aus wichtigen Ämtern abgesetzt wurde.

Wir möchten daran erinnern: Vor rund einem halben Jahr plante der Hauptvorstand eine von den Mitgliedern der IG Chemie weitgehend geheim gehaltene Satzungsänderung zur Ernennung von Vertrauensleuten. Als dies öffentlich wurde, gab es einen Proteststurm in großen Teilen der Organisation, der in der Forderung gipfelte: Haenschel muß gehen! Paul Plumeyer, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes, schrieb für die Mitgliederzeitung „Gewerkschafts-post“ einen Leserbrief, in dem er auch ebenfalls kritisch zur geplanten Satzungsänderung äußerte. Der Abdruck dieses Leserbriefes wurde ihm von der Chefredaktion verweigert — wohl ein einmaliger Vorgang bei der Behandlung eines Vorstandsmitgliedes!

Haenschel mußte damals leider (noch) nicht gehen — es scheint so, daß jetzt er einen seiner damaligen Kritiker entmachtet.

(Die Berichterstattung über die Satzungsänderung findet sich in den „Arbeiterkämpfen“ März - Juni '79 wie der)

Vertrauensleutewahl in Großbetrieben die Ausnahme?

Die IG Chemie-Verwaltungsstelle Leverkusen hat ein Beispiel dafür geliefert, was mit der Satzungsänderung zur Ernennung von Vertrauensleuten für ein Mißbrauch getrieben werden kann. Im großen Werk von Bayer und bei AGFA-Gevaert wurden die Vertrauensleute vom Verwaltungsstellen-vorstand ernannt, statt gewählt. Begründung: Da die Wahl im Betrieb nicht möglich sei (nach neuerer reaktionärer Arbeitsrechtsprechung!), und eine „ordnungsgemäße Wahl außerhalb des Betriebes unzumutbare organisatorische Schwierigkeiten“ bereite, habe man sich zu diesem Schritt entschlossen.

Damit ist das „Ausnahmerecht“ in der Satzung sehr schnell großzügig ausgelegt worden, zudem noch in einem der führenden Großbetriebe (dessen IG Chemie-vertreter sich für die Satzungsänderung stark gemacht hatten). Das läßt nichts Gutes erwarten für die anstehenden Vertrauensleute-wahlen in den nächsten Wochen. Die Entdemokratisierung der IG Chemie schreitet voran.

Chemiekommision



IG - Chemie - Werbung für Vertrauensleute-wahlen: Wählen in Großbetrieben die Ausnahme?

Kurzmeldungen Kurzmeldungen Kurzmeldungen

Arbeitsgericht verbietet Solidaritätsstreiks

Nachdem, wie im letzten Arbeiterkampf berichtet, die Finanzämter auch Lohnsteuer für Streikunterstützung erheben, kommt jetzt ein neuer Hammer: Das Arbeitsgericht Hagen erklärte Solidaritätsstreiks während des Arbeitskampfes in der Stahlindustrie im vergangenen Jahr für rechtswidrig. Zugleich wird der IG Metall für die Zukunft verboten, mit ähnlichen Aktionen Metallarbeiter zu Demonstrationstreiks gegen die Aus-sperrung aufzufordern.

Bereits am 12. Dezember, dem Tag der Solidaritätsstreiks, hatte das Arbeitsgericht Hagen auf Antrag der Kapitalisten eine einstweilige Verfügung gegen die Aktionen erlassen. Diese Verfügung ging damals der IG Metall allerdings erst nach der abgeschlossenen Aktion zu. In der jetzigen Begründung des Gerichts heißt es u.a.: „Die Solidaritätsaktionen werden um keine Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen geführt. Mit dem Streik für ein Verbot der Aussperrung fordernde die Beklagte dem Kläger eine unmögliche Leistung ab. Die Aussperrung ist ein unverzichtbares Arbeitskampfmittel des Arbeitgebers“ („Handelsblatt“, 3.9.79).

Weiter meinte das Gericht, daß der Streik auch dann rechtswidrig gewesen wäre, wenn er der Unterstützung der Forderungen der streikenden Stahlarbeiter gedient hätte. Begründet wird das damit, daß der Streikgegner in Hagen der Verband der Metallindustrie NRW, nicht etwa Mitglied der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) sei, und daher die Metallunternehmer also auch nicht auf den Stahlverband hätten einwirken können.

Die IG Metall will gegen dieses Urteil in die Berufung gehen.

DAG-Betriebsräte bei Springer zur DruPa übertreten

Ziemlich unerwartet für alle Beschäftigten beim Springer-Konzern in Ham-

burg traten sechs Betriebsräte, die teilweise schon über 20 Jahre in der DAG organisiert waren, zur DruPa über. Ein für die DAG ziemlich grosser Aderlaß, da sie nun nur noch mit drei Betriebsräten im Gremium vertreten ist und die DruPa-Mitglieder jetzt die Mehrheit haben. Ihren Übertritt erklärten die Betriebsräte in einem Schreiben, das im ganzen Betrieb verteilt wurde. Dort schreiben sie unter anderem: „Obwohl Hamburg der größte und vielfältigste Presseplatz der Bundesrepublik ist, hat es die DAG nicht für erforderlich gehalten, die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Es ist schlicht absurd, daß der für uns zuständige Betriebsratssekretär neben den Angestellten der vielen Großverlage auch noch der Luftthema und anderer Groß- und Mittelbetriebe verschiedener Branchen zu vertreten hat.“

Demnach Terminverletzungen der DAG-Sekretäre erwirkten ebenso die Arbeit der DAG-Betriebsgruppe. Soweit nur einige Zitate aus der Erklärung der Ex-DAGler, wobei zu sagen ist, daß nicht alle übergewechselt Betriebsräte zu den fortschrittlichen gehören; dennoch kann die Schwächung der rechten DAG-Position im Betriebsrat nur begrüßt werden.

Betriebsrat Brosebeck
KB/Gruppe Hamburg

Fristlose Kündigung eines Betriebsrates bei Hartmann und Braun

Am 25. Oktober findet vor der 10. Kammer des Frankfurter Arbeitsgerichts der Kündigungsschutzprozeß von Wolfgang Becker, IG Metall-Betriebsratsmitglied bei Hartmann und Braun, Frankfurt statt. Wie bereits in AK 159 ausführlich berichtet, hatte Becker einen Tag vor Beginn seines Sommerurlaubs die fristlose Kündigung erhalten. Kündigungsgrund: Es habe u.a. seine „Arbeit nach dem Vermerk in der Anwesenheitszeit-

karte erst um 7.11 Uhr aufgenommen“, ohne sich beim „Vorgesetzten zu entschuldigen“. Außerdem habe er es „vor der Durchführung von Betriebsratsaufgaben als nicht freigestelltes Betriebsratsmitglied unterlassen... sich beim Vorgesetzten abzumelden“. Die Betriebsratsmehrheit hatte mit 5 gegen 7 Stimmen die Kündigung befürwortet. Dafür waren die rechte Mehrheitsliste der IGM, die drei CDA-Vertreter, dagegen die IGM-Minderheitsliste (SPD Betriebsgruppe), der auch Becker angehört und die oppositionelle Liste. Beckers Antrag, in einem Beschlußverfahren festzustellen, daß die Zustimmungserklärung des Betriebsrates zum Zustimmungserlangen des Kapitalisten auf seine fristlose Kündigung rechtswirksam sei, wurde vom Arbeitsgericht abgewiesen. Die Betriebsrats-Mehrheit wurde in diesem Beschlußverfahren auf Kosten der Firma von Rechtsanwalt Hans Grundstein vertreten, der schon meine Erfahrungen mit fristlos gekündigten Betriebsräten sammelte. Er vertrat Anfang Juli schon die Kapitalisten der Adler-Werke, die das oppositionelle Betriebsratsmitglied Franco Valdes aus dem Betrieb feuern wollten. Da die IG Metall-Verwaltungsstelle die Übernahme der Kosten des verlorenen Beschlußverfahrens ablehnte, muß Becker diese selber tragen. Allein die fristlose Kündigung bedeutet für ihn schon einen finanziellen Verlust von rund 3.800 DM, denn mit seinem Rauschmiß hat er mit Zustimmung der Betriebsratsmehrheit seinen Anspruch auf tariflich vereinbarten Urlaub und Urlaubsgeld verloren.

In einer Presseerklärung der SPD-Betriebsgruppe zum Rauschmiß Beckers heißt es, es müsse „deutlich gesagt werden, daß solche Maßnahmen Ausfluß der fertiggeschriebenen und praktizierten sogenannten Sozialpartnerschaft sind“. Man verurteile deshalb das „Verhalten der CDA Betriebsratsmitglieder und ihrer Freunde (gemeint sind wohl die rechten SPD-Betriebsratsmitglieder), da sie der Entlassung zustimmten“.

Gewerkschaften

sagen sie!

Jetzt wollen sie uns wieder hinterm Licht führen und sie sagen wir können uns doch arrangieren! Nachschlag ist ein schlechtes Wort, sagen sie und dann jagen sie uns fort!

Sie wollen uns zeigen wie man/frau das macht, Verträge seien zum Einhalten gemacht!

So sprechen nicht etwa nur Strauß und Schmidt nein Vetter und Loderer ziehen da kräftig mit!

Nur schön ruhig bleiben und ja keine Scheu, sagen sie bei dem blässchen Inflation lohnt sich doch kein Radau! Und die da von Nachschlag reden, brechen doch nur ihr Wort, das ist doch alles nur Kommunistendreck!

Und sie sagen die müssen aber nun endgültig weg! Bei solch chronischen Quertreibern kann unser Arrangement mit Strauß und Schmidt ja nur scheitern! Die bringen den Kram ja ganz durchwandern, sagen sie, dabei passen wir doch so gut zueinander!

Wir wollen es uns doch mit den Unternehmern nicht versauen, wir, sagen sie, wollen wir denn alle in die Röhre schauen? Strauß ist in diesem Land der kommende Mann, sagen sie, also fangt nur nicht zu demonstrieren an! Ein kleiner Skandal hier, ein kleiner dort, ist doch alles nicht so schlimm, denken sie bei einem Gespräch biegen wir, wir, wegen sie zu sagen, das alles wieder hin!

Und die Blüten die dann immer noch nach Nachschlag und Demokratie schreien, die kriegen wir dann auch noch klein! Es wäre doch gelacht, bei unserer Spitze, wenn wir uns nicht vom Leib halten könnten, die Kommunisten, die Jusos, die Judoas, ... egal, sagen sie, wer immer es auch sei und wenn die ganze Arbeiterschaft dies alles bringt uns nicht aus dem Takt!

An der Spitze, jawohl, und nur hier, sagen sie, verteidigen wir die Demokratie!

Genossen, was sollen sie noch sagen, damit ihr endlich erwacht! Zeigt ihnen was die Basis daraus macht! Wir, wir wollen kein leeres Geschwätz und keine Hierarchie, wir wollen die wahre Demokratie!

Stefan ein Arbeiter aus Gießen

Frauenarbeitslosigkeit: Als letzte geheuert - als erste gefeuert

„Frauen sind immer noch im Nachteil“; SPD: „Die Frauen werden am Arbeitsplatz benachteiligt“; Bahr: „Ständiger Verfassungsverstoß“; „Frauen der Unionsparteien fordern Gleichberechtigung der Frauen im Betrieb“; A. Huber, Familienministerin: „Nicht an den Kachelofen zurück“; „Recht auf Arbeit nach erarbeiteter Qualifikation“; „CDU will Männerberufe für Frauen öffnen“; „Mädchen erfolgreich in Männerberufen“ — so und ähnlich lauten die Schlagzeilen von „Welt“, „Handelsblatt“ und „Süddeutsche Zeitung“ — in den letzten Monaten.

Hast drängt sich der Eindruck auf, als gehe es den Herrschenden um die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frauen in der Berufsausbildung, um Lohngleichheit und das Recht auf einen Arbeitsplatz. Der Schein trügt: mehr denn je werden Frauen diskriminiert, weil sie Frauen sind. Erst vor wenigen Wochen wurde einer Kollegin aus der Firma Möck-Tübingen gekündigt, weil „... die Arbeit als Mechanikerin ... für ein Mädchen doch zu schwer ist“ (Metall, 15.8.). „Eine Frau als Ständesbeamtin hat eben nicht genug Würde“ befand in einem weiteren „Fall“ die Schleswig-Holsteinische Verwaltungsbehörde („FR“, 5.9.79). Eine Frau, die in Bayern in die Datenverarbeitung einer Rentenversicherungsanstalt versetzt werden wollte, mußte von ihrem Vorgesetzten hören, „... es geht dort keine Frauen und werde sie auch nicht geben — dies hängt mit der moralischen Sicherheit während der Schichtdienst zusammen“ („FR“, 5.9.79). In einem westfälischen Pfarramt wurde verordnet, „in den Anstellungsverträgen für Erzieherinnen eine Bestimmung zu verankern, wonach bei Verheiratung gekündigt werde“ („FR“, 5.9.79). Eine Kollegin berichtet in der „Welt der Arbeit“ (10.5.79): „Ich hatte mich einmal bei der Stadt beworben. Von der Ausbildung und der Tätigkeit her hätten die mich auch wohl genommen. Aber dann wurde ich gefragt, ob ich verheiratet, Kinder zu kriegen. Ich sei ja nun eigentlich in dem Alter und wäre an jemandem interessiert, der langfristig bleibt. Später erfuhr ich dann, daß man einen männlichen Bewerber genommen hatte.“

Diese Liste könnten wir beliebig weiterführen. Die Diskriminierung der Frauen durch die Kapitalisten hat ungleiche Ausmaße besonders in den letzten Jahren angenommen. Die Folgen sind psychische und physische Verelendung, Resignation und Isolation. Der Spießrutenlauf vieler arbeitsuchender Frauen endet heute nicht selten mit Selbstmord oder Schurdaftigkeiten. „Sie ist so, als ginge sie nach wie vor zur Arbeit. Frühmorgens holte sie sich ein paar Brötchen, um tagsüber nicht gehen zu werden. Sie verließ sogar die Wasserleitung der Toilette, damit die Nachbarn nicht merken sollten, daß sie zu Hause sei. Den erwachsenen Kindern verheimlichte die Frau ebenfalls die „Schande der Arbeitslosigkeit““ („UZ“, 3.7.79).

Durch das neue Arbeitsförderungs-gesetz sind arbeitslose Frauen, die Kinder haben, wiederum diejenigen, die um ihr Arbeitslosengeld bangen müssen. Frauen, die nicht nachweisen können, wo sie ihre Kinder während ihrer Abwesenheit lassen, kann das Arbeitslosengeld bzw. der Anspruch auf einen Arbeitsplatz verweigert werden. Millionen von Frauen, die jahrelang Steuern und Sozialversicherung gezahlt haben, müssen sich immer noch sagen lassen, „... Frauen seien eher geneigt als Männer, in die „Stille Reserve“ abzuwandern“ (Bundesanstalt für Arbeit WW 77).

Wir wollen im weiteren einen Überblick geben über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit der Frauen, die besondere Betroffenheit der Mädchen und älteren Frauen sowie die politisch-ideologische Kampagne der Bourgeoisie, die Frau an „Heim und Herd“ zurück zu bringen.

Darüber hinaus wollen wir die von sozialdemokratischer Seite gestartete sogenannte Gleichberechtigungskampagne („unser Ziel-Benachteiligung zu überwinden“, ASF (MW Nr. 31) mit der Realität konfrontieren. Teilzeitarbeit und Lohnungleichheit stehen heute hoch im Kurs bei der sozialdemokratischen Regierung Schröder. Sogar eine Gesetzesinitiative zur Gleichberechtigung der arbeitenden Frauen soll dem-

nächst verabschiedet werden.

Außerdem wollen wir versuchen, einen Einblick in die stattfindenden Kämpfe von gewerkschaftlich organisierten Kolleginnen zu geben, die wohl mehr als je zuvor in der BRD der Diskriminierung in Ausbildung und am Arbeitsplatz, der ungleichen Entlohnung sowie der Arbeitslosigkeit den Kampf ansagen. Wir möchten in diesem Zusammenhang nochmals an den Artikel der AUF „Mädchen in Männerberufen“ erinnern (AK 148).

Frauenarbeitslosigkeit und deren Ausmaße

Über die Hälfte der westdeutschen Bevölkerung (52 %) sind Frauen. Fast jede dritte Frau ist berufstätig und jede zweite ist eine Arbeitslose. 37 % aller Erwerbstätigen sind Frauen, 60 % von ihnen sind verheiratet und haben Kinder. Seit 70 Jahren hat sich die Quote (37 %) der berufstätigen Frauen nicht verändert, ebenso ist es bei den Männern: 1972 betrug die Erwerbsquote noch 60,6 % und 1977 57,1 %.

Bei den Frauen lag sie 1982 bei 24,3 %, bis 1979 ist sie auf 37 % gestiegen, dies entspricht auch der heutigen Zahl. Zum Vergleich ist interessant, daß die westeuropäischen Länder gleichlaufende Entwicklungen zeigen, während beispielsweise der Anteil der erwerbstätigen Frauen in der DDR schon 1972 bei 49 % lag. „Er steigt weiter. Die spezifische Frauenarbeitslosenquote, allerdings bezogen auf die Frauen im erwerbstätigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren liegt dort bei 86%.“ Vergleichsweise in der BRD im Jahre 1975 bei 48,2 % (H. Daubler-Gmelin, Frauenarbeitslosigkeit, ebenso die Zahlen). Demnach tauschen die 48 %, denn danach müßten jede zweite Frau arbeiten. Diese Zahl ergibt sich aus den statistischen Erhebungen, die nicht berücksichtigen, daß die kontinuierliche Erwerbstätigkeit der Frauen vor allem bei Nichtverheirateten zu verzeichnen ist. Die Fluktuation bei den erwerbstätigen Frauen reicht sehr weit. „89,6 % der Frauen sind irgend wann in ihrem Leben einmal oder sogar mehrmals länger oder kürzer Zeit erwerbstätig“ (H. Daubler-Gmelin).

Logischerweise ergibt sich dieser ständige Wechsel aus der Tatsache, daß die Frauen Kinder bekommen und häufig mehrere Jahre aus dem Berufsleben ausscheiden und erst, wenn die Kinder groß sind, wieder arbeiten gehen.

Der Anteil der Berufstätigkeit der ledigen Frauen liegt im Durchschnitt bei 57,6 %, der der verheirateten Frauen bei 39,1 %.

Die allgemeine Entwicklung der Arbeitslosigkeit lag in den letzten Monaten bei 4,8 %, dies entspricht etwa 1 040 000 Männer und Frauen.

Der Anteil der arbeitslosen Frauen liegt statistisch schon sehr hoch von 1 Mill. Arbeitslosen sind ca. 52 % Frauen, rechnet man noch die Teilzeitarbeitslosen hinzu, erhöht sich die Zahl um nochmal 200 000 Frauen. Arbeitslos, aber nicht statistisch erfaßt, sind Mädchen, die von der Schule abgehen und keinen Ausbildungsplatz erhalten haben. Arbeitslos, aber nicht statistisch erfaßt, sind die Hausfrauen, die wieder arbeiten wollen, aber keine Arbeit finden und sich nicht beim Arbeitsamt melden. Arbeitslos sind die Frauen, die den Anspruch auf Arbeitslosengeld und später Arbeitslosen beihilfe verlieren weil die Ehemänner erwerbstätig sind oder der Verdienst so hoch liegt, daß sie ihre Frauen „unterhalten“ können. Die Dunkelziffer der nicht statistisch erfaßten arbeitslosen Frauen liegt sehr hoch: „von der Bundesanstalt für Arbeit wird geschätzt, daß diese Arbeitsmarktreserve Anfang 1976 eine Größenordnung bis zu 500 000 zusätzlicher Arbeitssuchenden betragen haben könnte“ (H. Daubler-Gmelin, Frauenarbeitslosigkeit). Herta Daubler-Gmelin selbst kommt bei ihren Untersuchungen auf 60 %, wenn man/frau alle tatsächlichen arbeitslosen Frauen einbezieht.

Die Frauenarbeitslosigkeit stieg besonders in den letzten Jahren an: „Die hohe Arbeitslosenquote ist ebenso neu wie die Tatsache, daß sie mit 6,1 % (Dezember 1978) bzw. 6,3 % (Februar 1977) erheblich über der der Männer liegt (4,0 bzw. 4,7). Zwischen 1969 und 1970 lag die Arbeitslosenquote (rein

statistisch versteht sich, Anm. d. Kommission) der Frauen mit der der Männer gleich, sogar noch niedriger als ihrem Anteil an der Zahl der Beschäftigten entsprochen hätte. Diese Entwicklung war auch während der Rezessionsjahre 1966 auf 1967 zu beobachten. Erst 1970 trat eine Wendung“ (H. Daubler-Gmelin, Frauenarbeitslosigkeit).

Ein Aspekt sollte nicht verloren gehen: arbeitslose Frauen, die nicht registriert sind, verlieren Rechte und Ansprüche — so das Recht auf Vermittlung eines Arbeitsplatzes auf Beratung, Umschulung oder berufliche Förderung sowie Einarbeitungshilfen durch das Arbeitsamt. „Sie verzichten zumeist aus Unkenntnis schließlich auch auf Teile ihrer Altersrente: denn Zeiten der nachgewiesenen Arbeitslosigkeit werden als Ausfallzeiten angerechnet und wirken sich im Alter rentenmindernd aus“ (H. Daubler-Gmelin).

„Hilfen auch in Anspruch nehmen“

„Sie können kochen und stricken, sie kennen sich aus in Haus und Haushalt. Doch einmal auf den Tisch zu lauern, trauen sie sich nicht. An Sicherheit und Selbstvertrauen, Durchsetzungsvermögen und Durchhaltkraft mangelt es arbeitslosen jungen Mädchen ganz besonders“ („Zeit“, 19.7.79). Wie sollte es auch anders sein: arbeitslose Frauen und Mädchen wollen ja gar nicht arbeiten, nicht lernen.

Dies soll nicht zuletzt auch eine Umfrage des Bundesinstituts belegen: „60 % der Jungen, aber nur 38 % der Mädchen (sehen) den Beruf als ausschlaggebenden Faktor für ihr künftiges Wohlergehen an. Mehr als 31 % der Mädchen hielten den beruflichen Erfolg eines künftigen Ehemanns für wichtiger als ihren eigenen“ („FAZ“, 21.5.79). Sie (die Mädchen) wollen „arbeiten ohne viel nachzudenken, anderen helfen, die Erwerbstätigkeit in Heimat wieder aufleben“ („FAZ“, 13.5.79).

Und natürlich fehlt den Mädchen und Frauen die „Lebenslust“ und der „Mut“, in die sogenannten Männerberufe zu gehen, die ja so zahlreich angeboten werden. „Denn noch immer streben 54 % aller Mädchen in nur vier Berufe: Verkäuferin, Friseurin, Arzthelferin, Bürohilfin. Damit lassen sie über 400 andere Möglichkeiten außer Betracht“ („Zeit“, 19.7.79).

Dieser kaum glaubliche Zynismus wird in derselben Zeitung mit einem Leserbrief-Zitat aus einer „überregionalen Zeitung“ auf die Spitze getrieben. „Wenn auch nur jede zehnte Frau in derselben Zeitung mit einem Leserbrief-Zitat aus einer „überregionalen Zeitung“ auf die Spitze getrieben. „Wenn auch nur jede zehnte berufstätige Frau erkennen würde, daß es schöner und wertvoller ist, ganz für das Glück einer lieben Familie dazusein, als in herzlosen Fabriken, Kaufhäusern oder Büros emporzuparieren, nervös und verheißt zu werden, dann wären Millionen Arbeitsplätze frei.“

Teilzeitarbeit keine Lösung gegen Frauenarbeitslosigkeit

„Bis zu einem Viertel aller erwerbstätigen Frauen, aber weniger als ein Prozent aller erwerbstätigen Männer und in der Teilzeitarbeit beschäftigt“ (H. Daubler-Gmelin). Gegenwärtig gibt es ca. 200 000 teilzeitarbeitslose Frauen. Da in der Bundesregierung vertretenen Parteien wollen der hohen Frauenarbeitslosigkeit mit mehr Teilzeitarbeitsplätzen begegnen.

Die Vorstellungen der Parteien gehen vor allem in die Richtung, Vollzeitarbeitsplätze aufzuteilen. Die SPD hat im letzten Jahr eine Werbeproschüre mit derartigen Empfehlungen in 100.000 Auflage an die Unternehmer verschickt. Die CDU knüpft besonders an die Rolle der Familie an, um den Frauen, die vollbeschäftigt arbeiten, die Teilzeitarbeit schmackhaft zu machen. Die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände erklärte: „die Umwandlung von Vollzeitarbeitsplätzen in Teilzeitarbeitsplätze für ein untaugliches Instrument“ („FR“, 24.11.78).

Der DGB hat die „Ausregung“ der SPD in sein Forderungsprogramm „Zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung“ (Broschüre), „Auswertung von Teilzeitarbeit“, übernommen. Allerdings mit der Einschränkung: „sicherzustellen, daß nicht lediglich ein Vollzeit- in einen Teilzeitarbeitsplatz umgewandelt wird, sondern



zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten für an Teilzeit interessierte Arbeitssuchende geboten werden“ („Vorschläge des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung“).

In den letzten Monaten haben die gewerkschaftlich organisierten Frauen das Konzept „Mehr Teilzeitarbeit“ zunehmend abgelehnt. Eine Vorreiterrolle haben hier die Frauen der IG-Metall gespielt, die auf ihrer 10. Frauentagung im Juni dieses Jahres eine Ablehnung der Teilzeitarbeit sogar abgelehnt haben. Ursächlich geschäftlich überaus Vorantreiberin der IG-Metall, führte in ihrem Referat auf der Frauentagung aus: „Die Gewerkschaften könnten weder einer Ausweitung von Teilzeitarbeitsplätzen auf Kosten der Vollzeitarbeitsplätze zustimmen noch einer Teilzeitarbeit, die auf eine „Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich“ hinausläuft.“

Nicht nur würde der Effekt einer Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich sein, sondern die Unternehmerseite könnte die Ware Arbeitskraft auch besser ausbeuten: „Erfahrungsgemäß wird in den ersten vier Stunden konzentrierter und schneller gearbeitet als in den zweiten vier Stunden eines Arbeitstages. Teilzeitarbeit steigert die Arbeitsintensität und damit die Produktivität zum Nachteil für die Vollbeschäftigten, aber auch zum Nachteil der Teilzeitarbeiter selbst, denn die zwangsläufige größere Leistungsintensität wird mit dem geringen Lohn nicht entgütet“ („Neue“, 6.9.79).

Diese Position hatten wir für fortschrittlich und unterstützenswert.

Es hat Ende letzten Jahres in verschiedenen Bundesgebieten Aufrufe von den Einzelgewerkschaften zu Demonstrationen gegen die Frauenarbeitslosigkeit gegeben. Die tatsächliche Mobilisierung und Aufklärungsarbeit wurde aber nur sehr halbherzig durchgeführt. Immerhin hat jetzt die ÖTV eine Umfrage begonnen, um das Ausmaß der Diskriminierung der Frauen im öffentlichen Dienst zu untersuchen und mit den Ergebnissen Aufklärungsarbeit zu betreiben. Einen ganz anderen Einblick über die Aktivitäten der DGB-Gewerkschafter und ihrer Local-Brancher wollen wir in einem der nächsten AKs geben.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kino einmal anders Kino für Kollegen

Westdeutschlands Filmemacher veranstalten ihr diesjähriges Filmfest '79 in Hamburg vom 18. bis 23. September. Innerhalb dieser Filmtage wird es auch eine ganze Reihe von Filmen geben, die sich mit Fragen des gewerkschaftlichen Kampfes befassen. Dazu einer der mitveranstaltenden Filmemacher Thomas Mischelich in einem Gespräch mit dem „Kurier“ Zeitung des Ortsvereins Hamburg der DruPa „Gewerkschafter und die Filmemacher stellten insgesamt fest, daß viele Themen, wie z.B. Schichtarbeit, Berufskrankheiten, Gesundheitssystem, Rationalisierung im Büro — um nur einige zu nennen — nicht adäquat in Dokumentarfilmen bearbeitet worden sind.“ Denn nach Ansicht des Filmemachers ist der Dokumentarfilm „... ein Stück gefälschte Wirklichkeit, ... die sich po-

litisch mit dieser Wirklichkeit auseinandersetzt. Filmfestivals stellen den Dokumentarfilm meist abgetrennt vom Publikum, für das die Filme gemacht worden sind in den Raum. Sie berauben ihn an einer Teils seiner Kraft.“ So gibt es eine ganze Reihe von Filmen, die sich jeder Gewerkschafter ansehen sollte.

Die Auswahl der Filme „übernehmen“ gewerkschaftliche Vertrauensleute aus verschiedenen Betrieben während des Filmfestes werden die einzelnen Vorführungen und Diskussionen zu den Filmen von den Vertrauensleuten „mit Unterstützung von Filmemachern vorbereitet und getragen“.

Unser Tip: unbedingt hingehen

Betriebszelle Brosech
KB/Gruppe Hamburg

Betriebszelle Brosech
KB/Gruppe Hamburg

FILMFEST 79

IN HAMBURG
DAS FILMFEST DER FILMMACHER
18. - 23. SEPT. 79

Kino - für - Kollegen Filme aus der Arbeitswelt

Metropolis Kino (ehemals Plankentheater) Donnerst., Donnerstagabend 19.30 Uhr Eintritt DM 2,50 im Vorverkauf DM 5,- an der Abendkasse im Rahmen des Hamburger

des Filmfestes führen Vertrauensleute von ihnen selbst ausgewählte Filme vor und diskutieren sie anschließend mit dem Publikum, den betroffenen Kollegen und dem Filmemacher.

Karten sind im Vorverkauf für DM 2,50 in den Betriebs- bzw. Betriebszelle „Nach Feierabend“ im Gewerkschaftshaus oder an der Abendkasse für DM 5,- erhältlich.

Dienstag, 18.9.79

IG Metall Vertrauensleute Pa. Stoll zeigen den Film: „Was auch die Hälfte von Eine Bergschicht und Der Gewerkschaft im Kampf gegen die Folgen neuer Technologien.“

Mittwoch, 19.9.79

Gewerkschaft Handel, Bäcker, Verrechnungen, Betriebsrat und Vertrauensleute zeigen den Film: „Die Aufnahmegeräte Aufzug vom Facharbeiter zum Lagermann.“

Donnerstag, 20.9.79

IG Metall Vertrauensleute von Blohm und Voigt zeigen die Filme: „Wahl und Wachstum Tag und Nacht.“ Die Filme dokumentieren den Kampf der VFW Fokker-Betriebschaften gegen die Folgen der Rationalisierung und Betriebsabschließung.

Freitag, 21.9.79

Aktive Frauen aus verschiedenen Gewerkschaften zeigen den Film: „Sing, Irin, sing!“ Der Film schildert die Konflikte von Frauen, die eine Umschulung durchmachen, mit ihren männlichen Kollegen und Ehemännern.

Freitag, 21.9.79

IG Druck und Papier Vertrauensleute und Betriebsrat der Verlage Springer, Gruner + Jahr und Bauer führen den Film vor: „Unser Count heißt Solidarität.“ Der Film schildert den Kampf der Belegschaft von West Kurier und Bremer Nachrichten gegen die Willkür des Verlegers Meyer. Anlaß für den Streik war die Anrechnung einer Tarifsteigerung auf die ausbeuterischen Zulagen. Bei der Vorführung werden Kollegen und der Kollege Peter Kleinert, von der Video-Gruppe Köln, die den Film gedreht hat, anwesend sein.

Wieder aus der Diskussion: Verslechterung des Arbeitsförderungsgesetzes

Anfang Juni verabschiedete der Bundestag einmütig die 5. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz (AFG), die für Arbeitslose entscheidende Verschlechterungen beinhaltet. Hatte es vor der Verabschiedung, besonders unter den Bedingungen der Verabschiedung vorweggenommenen Rat, erließ 230 der Bundesanstalt für Arbeit, einige Lücken, die gegenüber dem ursprünglichen Regierungsentwurf Verbesserungen gegenüber

hisherige berufliche Tätigkeit und die beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten des Arbeitslosen seine familiären und sonstigen persönlichen Verhältnisse die Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes sowie die Dauer der Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen. Immerhin sagt dieser Willkürparagraf ja auch aus, daß einem Arbeitslosen der so in der Gesetzzeit arbeitslos ist, ein höherer Arbeitslohn zugesprochen werden kann.

Alle diese hier genannten Bestimmungen finden sich auch schon in den Regelungen der Bundesagentur für Arbeit. Im Grunde genommen wird die Forderung der IGB durch den Bundestag bestätigt.

Nicht hinnehmbar sind die Verschärfungen des Arbeitsförderungsrechts zu Paragraph 114 des AFG, da es auf eine einseitige Anpassung der Arbeitslosen und ihrer Interessen an sich verschlechternde Arbeitsbedingungen an die vorwiegend von den Arbeitgebern gestellten Bedingungen der Zahl, Qualität und regionalen Verteilung von Arbeitsplätzen gerichtet sind. Anstatt diese unumkehrbaren Tendenzen zu stoppen und umzukehren (FK 230). Die Änderung des § 103 wurde dann als „einseitige Verschärfung“, die in bestimmten Punkten grundsätzlicher Änderungen und Ergänzungen bedürftig gekennzeichnet war die damalige Stellungnahme auch schon recht. Es ist also doch zu fragen, aufgrund welcher Änderungen des Ehrenberg-Entwurfs, das was damals „nicht hinnehmbar“ war heute hingenommen wird.

Im § 103 hat es sich jetzt verabschiedet. Gesetz gegenüber dem Ehrenberg-Entwurf nur zwei Änderungen gegeben. Dem Satz, der die Zumutbarkeit definiert, wurde hinzugefügt: „Zu berücksichtigen ist ferner, daß Umstände, die einem befristeten Arbeitslosen, bei der Weiterentwicklung der Arbeitslosen, die in bestimmten Punkten grundsätzlicher Änderungen und Ergänzungen bedürftig gekennzeichnet war die damalige Stellungnahme auch schon recht. Es ist also doch zu fragen, aufgrund welcher Änderungen des Ehrenberg-Entwurfs, das was damals „nicht hinnehmbar“ war heute hingenommen wird.

„Näheres bestimmt die Bundesagentur für Arbeit.“ Was von dort zu erwarten ist, hat die Bundesanstalt mit ihrem „Runderlaß“ 230/79 schon deutlich gemacht. Bemerkenswert ist auch, wie IGB-Funktionäre im Bundestag das Gesetz gerechtfertigt haben. So reist erst die SPD-Abgeordnete und IGB-Funktionäre, dann Ministerpräsident Schmidt, die Bestimmung, daß für Arbeitslose, die eine Beschäftigung als Arbeiter zumutbar wird, mit den Worten: „Ich verstehe nicht, daß in der Diskussion hierüber ein Wechsel zur Arbeitslosenversicherung immer als Abqualifizierung angesehen wurde. Dies ist eine negative Bewertung der Arbeitslosigkeit schlecht hin, dagegen setzte ich mich entschieden zur Wehr.“ (Das Parlament 27.6.79). Wahrhaftig eine engagierte Kampferin für das Ansehen der Ar-

beiterklasse. Und zu der Bestimmung, daß Frauen, die eine Teilzeitarbeit haben, aus der Arbeitslosenversicherung herausfallen, wenn sie eine zumutbare Vollzeitarbeit annehmen, sagte sie: „Ich habe keinen Zweifel daran, daß ich langfristig diese Lösung (ab es sich um eine Teilzeitarbeit zu vernichten, Anm. AK) durchgesetzt wird. Landeskongress vertritt auch während der 2. Bundestagssitzung gesetzlich festgelegt wird.“

Der IGB-Funktionär, der die Verabschiedung des Gesetzes, die Zustimmung zu der Gesetzesänderung dazu beitrug, daß auch die IGB der Arbeitslosen gegenüber, Arbeitslose werden zur Aufnahme unzumutbarer Arbeitsverhältnisse gezwungen. Haben wir einen Zusammenhang zwischen der IGB und der Lage der Arbeitslosen verschlechtert, die in der IGB 230/79 festgelegt wurde. Die IGB 230/79 verlangt, daß wegen Ablehnung einer angestrebten Arbeitsstelle, die in der zweiten Hälfte des Jahres 1978, 1979, 1980, 1981, 1982, 1983, 1984, 1985, 1986, 1987, 1988, 1989, 1990, 1991, 1992, 1993, 1994, 1995, 1996, 1997, 1998, 1999, 2000, 2001, 2002, 2003, 2004, 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021, 2022, 2023, 2024, 2025, 2026, 2027, 2028, 2029, 2030, 2031, 2032, 2033, 2034, 2035, 2036, 2037, 2038, 2039, 2040, 2041, 2042, 2043, 2044, 2045, 2046, 2047, 2048, 2049, 2050, 2051, 2052, 2053, 2054, 2055, 2056, 2057, 2058, 2059, 2060, 2061, 2062, 2063, 2064, 2065, 2066, 2067, 2068, 2069, 2070, 2071, 2072, 2073, 2074, 2075, 2076, 2077, 2078, 2079, 2080, 2081, 2082, 2083, 2084, 2085, 2086, 2087, 2088, 2089, 2090, 2091, 2092, 2093, 2094, 2095, 2096, 2097, 2098, 2099, 2100, 2101, 2102, 2103, 2104, 2105, 2106, 2107, 2108, 2109, 2110, 2111, 2112, 2113, 2114, 2115, 2116, 2117, 2118, 2119, 2120, 2121, 2122, 2123, 2124, 2125, 2126, 2127, 2128, 2129, 2130, 2131, 2132, 2133, 2134, 2135, 2136, 2137, 2138, 2139, 2140, 2141, 2142, 2143, 2144, 2145, 2146, 2147, 2148, 2149, 2150, 2151, 2152, 2153, 2154, 2155, 2156, 2157, 2158, 2159, 2160, 2161, 2162, 2163, 2164, 2165, 2166, 2167, 2168, 2169, 2170, 2171, 2172, 2173, 2174, 2175, 2176, 2177, 2178, 2179, 2180, 2181, 2182, 2183, 2184, 2185, 2186, 2187, 2188, 2189, 2190, 2191, 2192, 2193, 2194, 2195, 2196, 2197, 2198, 2199, 2200, 2201, 2202, 2203, 2204, 2205, 2206, 2207, 2208, 2209, 2210, 2211, 2212, 2213, 2214, 2215, 2216, 2217, 2218, 2219, 2220, 2221, 2222, 2223, 2224, 2225, 2226, 2227, 2228, 2229, 2230, 2231, 2232, 2233, 2234, 2235, 2236, 2237, 2238, 2239, 2240, 2241, 2242, 2243, 2244, 2245, 2246, 2247, 2248, 2249, 2250, 2251, 2252, 2253, 2254, 2255, 2256, 2257, 2258, 2259, 2260, 2261, 2262, 2263, 2264, 2265, 2266, 2267, 2268, 2269, 2270, 2271, 2272, 2273, 2274, 2275, 2276, 2277, 2278, 2279, 2280, 2281, 2282, 2283, 2284, 2285, 2286, 2287, 2288, 2289, 2290, 2291, 2292, 2293, 2294, 2295, 2296, 2297, 2298, 2299, 2300, 2301, 2302, 2303, 2304, 2305, 2306, 2307, 2308, 2309, 2310, 2311, 2312, 2313, 2314, 2315, 2316, 2317, 2318, 2319, 2320, 2321, 2322, 2323, 2324, 2325, 2326, 2327, 2328, 2329, 2330, 2331, 2332, 2333, 2334, 2335, 2336, 2337, 2338, 2339, 2340, 2341, 2342, 2343, 2344, 2345, 2346, 2347, 2348, 2349, 2350, 2351, 2352, 2353, 2354, 2355, 2356, 2357, 2358, 2359, 2360, 2361, 2362, 2363, 2364, 2365, 2366, 2367, 2368, 2369, 2370, 2371, 2372, 2373, 2374, 2375, 2376, 2377, 2378, 2379, 2380, 2381, 2382, 2383, 2384, 2385, 2386, 2387, 2388, 2389, 2390, 2391, 2392, 2393, 2394, 2395, 2396, 2397, 2398, 2399, 2400, 2401, 2402, 2403, 2404, 2405, 2406, 2407, 2408, 2409, 2410, 2411, 2412, 2413, 2414, 2415, 2416, 2417, 2418, 2419, 2420, 2421, 2422, 2423, 2424, 2425, 2426, 2427, 2428, 2429, 2430, 2431, 2432, 2433, 2434, 2435, 2436, 2437, 2438, 2439, 2440, 2441, 2442, 2443, 2444, 2445, 2446, 2447, 2448, 2449, 2450, 2451, 2452, 2453, 2454, 2455, 2456, 2457, 2458, 2459, 2460, 2461, 2462, 2463, 2464, 2465, 2466, 2467, 2468, 2469, 2470, 2471, 2472, 2473, 2474, 2475, 2476, 2477, 2478, 2479, 2480, 2481, 2482, 2483, 2484, 2485, 2486, 2487, 2488, 2489, 2490, 2491, 2492, 2493, 2494, 2495, 2496, 2497, 2498, 2499, 2500, 2501, 2502, 2503, 2504, 2505, 2506, 2507, 2508, 2509, 2510, 2511, 2512, 2513, 2514, 2515, 2516, 2517, 2518, 2519, 2520, 2521, 2522, 2523, 2524, 2525, 2526, 2527, 2528, 2529, 2530, 2531, 2532, 2533, 2534, 2535, 2536, 2537, 2538, 2539, 2540, 2541, 2542, 2543, 2544, 2545, 2546, 2547, 2548, 2549, 2550, 2551, 2552, 2553, 2554, 2555, 2556, 2557, 2558, 2559, 2560, 2561, 2562, 2563, 2564, 2565, 2566, 2567, 2568, 2569, 2570, 2571, 2572, 2573, 2574, 2575, 2576, 2577, 2578, 2579, 2580, 2581, 2582, 2583, 2584, 2585, 2586, 2587, 2588, 2589, 2590, 2591, 2592, 2593, 2594, 2595, 2596, 2597, 2598, 2599, 2600, 2601, 2602, 2603, 2604, 2605, 2606, 2607, 2608, 2609, 2610, 2611, 2612, 2613, 2614, 2615, 2616, 2617, 2618, 2619, 2620, 2621, 2622, 2623, 2624, 2625, 2626, 2627, 2628, 2629, 2630, 2631, 2632, 2633, 2634, 2635, 2636, 2637, 2638, 2639, 2640, 2641, 2642, 2643, 2644, 2645, 2646, 2647, 2648, 2649, 2650, 2651, 2652, 2653, 2654, 2655, 2656, 2657, 2658, 2659, 2660, 2661, 2662, 2663, 2664, 2665, 2666, 2667, 2668, 2669, 2670, 2671, 2672, 2673, 2674, 2675, 2676, 2677, 2678, 2679, 2680, 2681, 2682, 2683, 2684, 2685, 2686, 2687, 2688, 2689, 2690, 2691, 2692, 2693, 2694, 2695, 2696, 2697, 2698, 2699, 2700, 2701, 2702, 2703, 2704, 2705, 2706, 2707, 2708, 2709, 2710, 2711, 2712, 2713, 2714, 2715, 2716, 2717, 2718, 2719, 2720, 2721, 2722, 2723, 2724, 2725, 2726, 2727, 2728, 2729, 2730, 2731, 2732, 2733, 2734, 2735, 2736, 2737, 2738, 2739, 2740, 2741, 2742, 2743, 2744, 2745, 2746, 2747, 2748, 2749, 2750, 2751, 2752, 2753, 2754, 2755, 2756, 2757, 2758, 2759, 2760, 2761, 2762, 2763, 2764, 2765, 2766, 2767, 2768, 2769, 2770, 2771, 2772, 2773, 2774, 2775, 2776, 2777, 2778, 2779, 2780, 2781, 2782, 2783, 2784, 2785, 2786, 2787, 2788, 2789, 2790, 2791, 2792, 2793, 2794, 2795, 2796, 2797, 2798, 2799, 2800, 2801, 2802, 2803, 2804, 2805, 2806, 2807, 2808, 2809, 2810, 2811, 2812, 2813, 2814, 2815, 2816, 2817, 2818, 2819, 2820, 2821, 2822, 2823, 2824, 2825, 2826, 2827, 2828, 2829, 2830, 2831, 2832, 2833, 2834, 2835, 2836, 2837, 2838, 2839, 2840, 2841, 2842, 2843, 2844, 2845, 2846, 2847, 2848, 2849, 2850, 2851, 2852, 2853, 2854, 2855, 2856, 2857, 2858, 2859, 2860, 2861, 2862, 2863, 2864, 2865, 2866, 2867, 2868, 2869, 2870, 2871, 2872, 2873, 2874, 2875, 2876, 2877, 2878, 2879, 2880, 2881, 2882, 2883, 2884, 2885, 2886, 2887, 2888, 2889, 2890, 2891, 2892, 2893, 2894, 2895, 2896, 2897, 2898, 2899, 2900, 2901, 2902, 2903, 2904, 2905, 2906, 2907, 2908, 2909, 2910, 2911, 2912, 2913, 2914, 2915, 2916, 2917, 2918, 2919, 2920, 2921, 2922, 2923, 2924, 2925, 2926, 2927, 2928, 2929, 2930, 2931, 2932, 2933, 2934, 2935, 2936, 2937, 2938, 2939, 2940, 2941, 2942, 2943, 2944, 2945, 2946, 2947, 2948, 2949, 2950, 2951, 2952, 2953, 2954, 2955, 2956, 2957, 2958, 2959, 2960, 2961, 2962, 2963, 2964, 2965, 2966, 2967, 2968, 2969, 2970, 2971, 2972, 2973, 2974, 2975, 2976, 2977, 2978, 2979, 2980, 2981, 2982, 2983, 2984, 2985, 2986, 2987, 2988, 2989, 2990, 2991, 2992, 2993, 2994, 2995, 2996, 2997, 2998, 2999, 3000, 3001, 3002, 3003, 3004, 3005, 3006, 3007, 3008, 3009, 3010, 3011, 3012, 3013, 3014, 3015, 3016, 3017, 3018, 3019, 3020, 3021, 3022, 3023, 3024, 3025, 3026, 3027, 3028, 3029, 3030, 3031, 3032, 3033, 3034, 3035, 3036, 3037, 3038, 3039, 3040, 3041, 3042, 3043, 3044, 3045, 3046, 3047, 3048, 3049, 3050, 3051, 3052, 3053, 3054, 3055, 3056, 3057, 3058, 3059, 3060, 3061, 3062, 3063, 3064, 3065, 3066, 3067, 3068, 3069, 3070, 3071, 3072, 3073, 3074, 3075, 3076, 3077, 3078, 3079, 3080, 3081, 3082, 3083, 3084, 3085, 3086, 3087, 3088, 3089, 3090, 3091, 3092, 3093, 3094, 3095, 3096, 3097, 3098, 3099, 3100, 3101, 3102, 3103, 3104, 3105, 3106, 3107, 3108, 3109, 3110, 3111, 3112, 3113, 3114, 3115, 3116, 3117, 3118, 3119, 3120, 3121, 3122, 3123, 3124, 3125, 3126, 3127, 3128, 3129, 3130, 3131, 3132, 3133, 3134, 3135, 3136, 3137, 3138, 3139, 3140, 3141, 3142, 3143, 3144, 3145, 3146, 3147, 3148, 3149, 3150, 3151, 3152, 3153, 3154, 3155, 3156, 3157, 3158, 3159, 3160, 3161, 3162, 3163, 3164, 3165, 3166, 3167, 3168, 3169, 3170, 3171, 3172, 3173, 3174, 3175, 3176, 3177, 3178, 3179, 3180, 3181, 3182, 3183, 3184, 3185, 3186, 3187, 3188, 3189, 3190, 3191, 3192, 3193, 3194, 3195, 3196, 3197, 3198, 3199, 3200, 3201, 3202, 3203, 3204, 3205, 3206, 3207, 3208, 3209, 3210, 3211, 3212, 3213, 3214, 3215, 3216, 3217, 3218, 3219, 3220, 3221, 3222, 3223, 3224, 3225, 3226, 3227, 3228, 3229, 3230, 3231, 3232, 3233, 3234, 3235, 3236, 3237, 3238, 3239, 3240, 3241, 3242, 3243, 3244, 3245, 3246, 3247, 3248, 3249, 3250, 3251, 3252, 3253, 3254, 3255, 3256, 3257, 3258, 3259, 3260, 3261, 3262, 3263, 3264, 3265, 3266, 3267, 3268, 3269, 3270, 3271, 3272, 3273, 3274, 3275, 3276, 3277, 3278, 3279, 3280, 3281, 3282, 3283, 3284, 3285, 3286, 3287, 3288, 3289, 3290, 3291, 3292, 3293, 3294, 3295, 3296, 3297, 3298, 3299, 3300, 3301, 3302, 3303, 3304, 3305, 3306, 3307, 3308, 3309, 3310, 3311, 3312, 3313, 3314, 3315, 3316, 3317, 3318, 3319, 3320, 3321, 3322, 3323, 3324, 3325, 3326, 3327, 3328, 3329, 3330, 3331, 3332, 3333, 3334, 3335, 3336, 3337, 3338, 3339, 3340, 3341, 3342, 3343, 3344, 3345, 3346, 3347, 3348, 3349, 3350, 3351, 3352, 3353, 3354, 3355, 3356, 3357, 3358, 3359, 3360, 3361, 3362, 3363, 3364, 3365, 3366, 3367, 3368, 3369, 3370, 3371, 3372, 3373, 3374, 3375, 3376, 3377, 3378, 3379, 3380, 3381, 3382, 3383, 3384, 3385, 3386, 3387, 3388, 3389, 3390, 3391, 3392, 3393, 3394, 3395, 3396, 3397, 3398, 3399, 3400, 3401, 3402, 3403, 3404, 3405, 3406, 3407, 3408, 3409, 3410, 3411, 3412, 3413, 3414, 3415, 3416, 3417, 3418, 3419, 3420, 3421, 3422, 3423, 3424, 3425, 3426, 3427, 3428, 3429, 3430, 3431, 3432, 3433, 3434, 3435, 3436, 3437, 3438, 3439, 3440, 3441, 3442, 3443, 3444, 3445, 3446, 3447, 3448, 3449, 3450, 3451, 3452, 3453, 3454, 3455, 3456, 3457, 3458, 3459, 3460, 3461, 3462, 3463, 3464, 3465, 3466, 3467, 3468, 3469, 3470, 3471, 3472, 3473, 3474, 3475, 3476, 3477, 3478, 3479, 3480, 3481, 3482, 3483, 3484, 3485, 3486, 3487, 3488, 3489, 3490, 3491, 3492, 3493, 3494, 3495, 3496, 3497, 3498, 3499, 3500, 3501, 3502, 3503, 3504, 3505, 3506, 3507, 3508, 3509, 3510, 3511, 3512, 3513, 3514, 3515, 3516, 3517, 3518, 3519, 3520, 3521, 3522, 3523, 3524, 3525, 3526, 3527, 3528, 3529, 3530, 3531, 3532, 3533, 3534, 3535, 3536, 3537, 3538, 3539, 3540, 3541, 3542, 3543, 3544, 3545, 3546, 3547, 3548, 3549, 3550, 3551, 3552, 3553, 3554, 3555, 3556, 3557, 3558, 3559, 3560, 3561, 3562, 3563, 3564, 3565, 3566, 3567, 3568, 3569, 3570, 3571, 3572, 3573, 3574, 3575, 3576, 3577, 3578, 3579, 3580, 3581, 3582, 3583, 3584, 3585, 3586, 3587, 3588, 3589, 3590, 3591, 3592, 3593, 3594, 3595, 3596, 3597, 3598, 3599, 3600, 3601, 3602, 3603, 3604, 3605, 3606, 3607, 3608, 3609, 3610, 3611, 3612, 3613, 3614, 3615, 3616, 3617, 3618, 3619, 3620, 3621, 3622, 3623, 3624, 3625, 3626, 3627, 3628, 3629, 3630, 3631, 3632, 3633, 3634, 3635, 3636, 3637, 3638, 3639, 3640, 3641, 3642, 3643, 3644, 3645, 3646, 3647, 3648, 3649, 3650, 3651, 3652, 3653, 3654, 3655, 3656, 3657, 3658, 3659, 3660, 3661, 3662, 3663, 3664, 3665, 3666, 3667, 3668, 3669, 3670, 3671, 3672, 3673, 3674, 3675, 3676, 3677, 3678, 3679, 3680, 3681, 3682, 3683, 3684, 3685, 3686, 3687, 3688, 3689, 3690, 3691, 3692, 3693, 3694, 3695, 3696, 3697, 3698, 3699, 3700, 3701, 3702, 3703, 3704, 3705, 3706, 3707, 3708, 3709, 3710, 3711, 3712, 3713, 3714, 3715, 3716, 3717, 3718, 3719, 3720, 3721, 3722, 3723, 3724, 3725, 3726, 3727, 3728, 3729, 3730, 3731, 3732, 3733, 3734, 3735, 3736, 3737, 3738, 3739, 3740, 3741, 3742, 3743, 3744, 3745, 3746, 3747, 3748, 3749, 3750, 3751, 3752, 3753, 3754, 3755, 3756, 3757, 3758, 3759, 3760, 3761, 3762, 3763, 3764, 3765, 3766, 3767, 3768, 3769, 3770, 3771, 3772, 3773, 3774, 3775, 3776, 3777, 3778, 3779, 3780, 3781, 3782, 3783, 3784, 3785, 3786, 3787, 3788, 3789, 3790, 3791, 3792, 3793, 3794, 3795, 3796, 3797, 3798, 3799, 3800, 3801, 3802, 3803, 3804, 3805, 3806, 3807, 3808, 3809, 3810, 3811,

„Heißer Herbst“ in der GEW?

In einigen GEW-Landesverbänden werden z. Zt. Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung einer Arbeitszeitverkürzung für Lehrer vorbereitet. Nachfolgend ein kurzer Überblick.

Hamburg: Schon im Juli beschloß die Vertrauensleute-Versammlung, daß noch in diesem Jahr eine zweistündige Arbeitsniederlegung durchgeführt werden solle. Anfang November werden die Vertrauensleute endgültig darüber befinden. Für den 11. Oktober sind Personalversammlungen angesetzt, die die GEW mit einer Demonstration abschließen will.

Hessen: 7000 hessische Lehrer demonstrierten am 29. 6. in Wiesbaden für eine Arbeitszeitverkürzung. Die Kollegen forderten Kampfmaßnahmen und der Landesvorstand kündigte zweistündige Arbeitsniederlegungen an. Der Kultusminister reagierte mit einem ausführlichen Brief an alle hessischen Lehrer, in dem diese vor der Beteiligung an Streiks oder streikähnlichen Maßnahmen (z. B. die Weigerung, Noten zu geben) gewarnt und disziplinarische Verfolgungen angekündigt werden. Der Versuch, den Darmstädter Regierungspräsidenten, diese Briefe von den Lehrern gegenzeichnen zu lassen, konnte zurückgewiesen werden. GEW-Landesvorsitzender Harnischfeger sah in den Briefen den Versuch, die Lehrer einzuschüchtern „und sie zu obrigkeitshörigen Staatsdienern zu machen, die alles zu akzeptieren hätten, was man ihnen vorgesetzt“ („FR“).

23.8.). Am 12.9. fand jetzt eine landesweite Schulleiterversammlung statt, die einen Überblick über die Kampfbereitschaft der Kollegen geben sollte. Über die Durchführung von Streiks wird der hessische Hauptaufschub entscheiden.

Niederrhein: Schon im Mai hatte die Landesvertreterversammlung an den Landesvorstand die Aufforderung geschickt, er solle Vorbereitungen für eine eintägige Arbeitsniederlegung im Frühjahr 1980 treffen. Außerdem soll er dazu aufrufen, daß zum 1.8.0 keine Zeugnisse geschrieben werden und die Kollegen den Zeugnis-Konferenzen fernbleiben.

Im Juli forderte dann der Landesvorstand die Bezirksverbände auf, daß sie an je mindestens einem Standort die Voraussetzungen für eine zweistündige Arbeitsniederlegung im Herbst schaffen sollten. Über die Durchführung dieser Kampfmaßnahmen wird der Vorstand entscheiden.

Bremen: Am 25. September findet eine Landesvertreterversammlung statt, auf der die nach der zweistündigen Arbeitsniederlegung Anfang Juli entstandene Lage beraten werden soll. Der Senat hatte am Streik beteiligte Kollegen schriftlich gewarnt und Gehaltsabzüge vorgenommen. Gegen Schulleiter, die die Namen der streikenden Kollegen nicht weitergegeben hatten und gegen Kollegen, die ihre Stundenpläne so umgestellt hatten, daß sie nicht am

Streik beteiligten konnten, wurden Disziplinarverfahren eingeleitet. Aber auch die innergewerkschaftliche Situation wird auf der LVV zu beraten sein. Landesvorsitzender Stelljes hatte im Vorstand nicht nur gegen den Streik gestimmt, sondern auch nach seiner Abstimmungsniederlage erklärt, daß er nicht gewillt sei, den Streik nach außen zu vertreten und hatte sich in seine Privatwohnung zurückgezogen. Jetzt begibt der LVV eine Rücktrittsfordernung vor.

Ein weiterer Antrag formuliert, daß im Frühjahr gestreikt werden solle. Zur Vorbereitung soll die für den 25.10. angesetzte Personalversammlung auf den ganzen Vormittag ausgedehnt werden und ein gemeinsamer Wandertag der Bremischen Lehrer (und natürlich der Schüler) in die Innenstadt organisiert werden.

Westberlin: Hier sind die Vorbereitungen für einen Arbeitskampf zur Arbeitszeitverkürzung noch nicht weit gediehen. Dies liegt zum einen an der ablehnenden Haltung eines Teils der Linken, die der am 20.9. stattfindenden LVV auch einen entsprechenden Antrag vorgelegt haben.

Dem entgegen steht ein Antrag, der jetzt eine Diskussion über Kampfmaßnahmen und die Erstellung eines Überblicks über die Kampfbereitschaft fordert. Eine weitere LVV im Oktober soll nach diesen Vorstellungen dann einen Streikbeschluss fassen.

Lehrergruppe, K.B./Gruppe Hamburg

Ist die Arbeitszeit-Kampagne ein Manöver der GEW-Führung?

Auch nachdem die Bremer Lehrer mit ihrer Demonstration während der Unterrichtszeit einen ersten Schritt zur Durchsetzung einer kürzeren Arbeitszeit gemacht haben, stößt die Arbeitszeit-Kampagne der GEW gerade bei fortschrittlichen Lehrern nicht nur auf Zustimmung. Um das häufig anzutreffende Desinteresse aufzubrechen, ist eine Auseinandersetzung mit den vorgebrachten kritischen Argumenten notwendig. Hauptsächlich gegen die Arbeitszeit-Kampagne vorgebrachte Argumente sind, daß eine Durchsetzung der GEW-Forderung („Eine Stunde weniger für alle“) den einzelnen Lehrer praktisch nicht entlaste und daß so von den GEW-Forderungen nach einer grundsätzlichen Veränderung der Institution Schule abgelenkt werde. Weiter wird kritisiert, daß hier von oben eine Kampagne verordnet würde, der keine demokratische Beschlussfassung an der Basis vorangegangen sei.

„Eine Stunde weniger ist mir piepschmurgall“

Zu diesem prägnanten Schluß kommt der Gewerkschafter Helmut Burgwinkel in einem Beitrag der „päd. extra“ 8/79. Die Begründungen sind widersprüchlich. Zum einen meint er, daß bei einer faktischen 52-Stunden-Woche eine solche Reduzierung „per saldo fast gar nichts“ bringe, zum anderen lehnt er auch die Forderung der 40-Stunden-Woche für Lehrer (die ja das langfristige Ziel

der Arbeitszeit-Kampagne zu begehen, wäre den überlasteten Kollegen gegenüber zynisch. Allerdings ist darauf zu achten, daß sich die GEW jetzt nicht auf die Arbeitszeitfrage beschränkt und vor allem in der Öffentlichkeitsarbeit nicht nur die Auswirkungen der Schulmisere auf die Lehrer, sondern vor allem auch auf die Schüler kritisiert.

„Ein verordneter Arbeitskampf schwächt die GEW“

Das von Peter Noll geprägte Wort vom „verordneten Arbeitskampf“ geht darauf zurück, daß der Hauptvorstand seinen Beschluß, zur Durchsetzung der Arbeitszeitverkürzung Kampfmaßnahmen durchzuführen, im März ohne vorherige Diskussion an der Basis der erkrankten Mitgliedschaft präsentierte. Reicht die Entlastung dieser demokratischen Vorgangs aber schon zum Nachweis der „mangelnden Ernsthaftigkeit des HV“ aus? Wir schlugen damals vor, den HV beim Wort zu nehmen, da es der Tradition der GEW-Bund-Politik entspricht, mit Kampfmaßnahmen lediglich argumentativ zu pokern, sie aber nie einzusetzen“ (AK 150, S.22). Teile der Linken schlugen einen anderen Weg ein. Sie kritisierten die vom HV vorgeschlagenen kleinen Kampfmaßnahmen (keine Zeugnisse schreiben etc.) als unzureichend und späterhin, inzwischen hat die Funktionskonferenz der GEW vorgeschlagen, „von der Möglichkeit entscheidender Protestmaß-

nahmen verschiedener Protestmaßnahmen einschließlich kurzfristiger Arbeitsniederlegungen Gebrauch zu machen“ (F&W 8/79, S. 9). Nun argumentiert Peter Noll so, daß es in Westberlin aufgrund der 1974 verabschiedeten Urabstimmung an Einmütigkeit mangelte, daß „sich ein konsequenter Kampf gegen die Mehrarbeit“ zu führen sei, aus dem sich dann „Hinweise ergeben für die Erfolgsaussichten bei einem dann zu führenden Kampf zur Erreichung einer verringerten Pflichtstundenzahl für alle Lehrer“.

Eine derartige Politik würde dazu führen, daß die vollzogene Rückführung der kampfstarken GEW West-

berlin in die Bundesorganisation der Linken in den anderen Landesverbänden nicht unterstützt. „daß wir in Berlin der Gefahr zu erliegen drohen, alle Aktionen in der GEW-Bund als Aktionen des Vorstandes abzulehnen und nicht mehr zu unterstützen, inwieweit diese Aktionen Resultat von Forderungen und Aktionen der Basis in anderen Landesverbänden sind“ (Boris Fahbusch in einer Eingangsrede an Noll in der „BLZ“ 9/79, S.25). Es ist bedauerlich, daß die Verweigerungshaltung der Linken sozialdemokratischen Kräften die Möglichkeit gibt, sich als die eigentlichen konsequenten Kämpfer für die Interessen der Kollegen zu profilieren.



Sollte Frister etwa heute einem Streik nicht mehr skeptisch gegenüberstehen?

berlin in die Bundesorganisation der Linken in den anderen Landesverbänden nicht unterstützt. „daß wir in Berlin der Gefahr zu erliegen drohen, alle Aktionen in der GEW-Bund als Aktionen des Vorstandes abzulehnen und nicht mehr zu unterstützen, inwieweit diese Aktionen Resultat von Forderungen und Aktionen der Basis in anderen Landesverbänden sind“ (Boris Fahbusch in einer Eingangsrede an Noll in der „BLZ“ 9/79, S.25). Es ist bedauerlich, daß die Verweigerungshaltung der Linken sozialdemokratischen Kräften die Möglichkeit gibt, sich als die eigentlichen konsequenten Kämpfer für die Interessen der Kollegen zu profilieren.

Ein Hamburger Lehrergenosse

Frauen in Schule und GEW

Beim folgenden Beitrag einer Genossin aus Hannover haben wir den Anfang gestrichen, der sich auf die vor mehreren Monaten im AK geführte Diskussion um die „Lehrerflucht“ bezieht. Wir veröffentlichen den zweiten Teil, der sich auf die Lage der Frauen an der Schule bezieht und damit ein Beitrag zu dem Artikel „Frauenarbeit in der Hamburger GEW“ (AK 158).

Einher mit der Debatte um Reformen ging ja auch das Entstehen einer neuen Frauenbewegung gegen den § 218 und nach deren Niedergang die weitere Diskussion verschiedener Aspekte und Möglichkeiten von Frauenemanzipation. Das hat zur Folge, daß fortschrittliche Lehrerinnen auch in der Regel einen frauenemanzipatorischen Anspruch haben, der natürlich vor der Schule nicht abgegeben wird. Da sich in der Schule auch immer die gesellschaftliche Realität widerspiegelt, ist es nur logisch, daß auch die ideologische Kampagne gegen die Frauen (Heim, Herd, Sexismus) vor der Schule nicht haltmacht. Also sind fortschrittliche Lehrerinnen neben dem Druck, dem alle fortschrittlichen Kollegen ausgesetzt sind, auch der gesellschaftlichen Frauenfeindlichkeit, die sich immer massiver äußert (oder bis ich nur sensibler dafür), ausgesetzt.

Für mich war es Kampf, die Anrede „Frau“ durchzusetzen, obwohl ich nicht verheiratet bin und keine Kinder habe. Weiter war es Kampf sein, wenn ich mich entschueße, ein Kind zu haben, ohne zu heiraten. Da ich weder das „Weibchen“ noch die „mütterliche Stränge“ sein will, werde ich von den Kollegen beäugt und von den Schülern nicht angenommen. Es ist immer noch etwas anderes, wenn ein junger Lehrer mit breitem Kreuz und sportlich die Klasse betritt, als wenn ich, die junge Lehrerin, das tue. Ich muß mir überhaupt erstmal Ruhe erkämpfen, ihm wird sie quasi als Vorrecht gewährt, ob er sie dann weiter aufrecht erhalten kann, ist Frage seines Umgangs mit den Schülern/innen. Klar ist mir, woher das kommt. Schüler/innen erleben Frauen und Mütter, die zwar oft größeres Vertrauen erhalten, aber insgesamt die geringer bewertete Position haben, die Väter haben das letzte Wort, sie strafen Selbst, wo die Mütter berufen sind, haben sie die Aufgabe des Haushalts. Jungen, die ich unterrichte, fühlen sich stolz, kein Beit machen zu können. Frauen dürfen überhaupt nicht verachtet, aber wissenschaftlich behandelt werden, sie werden geschlagen und vergewaltigt.

Die Jungen haben zwar Unterricht im Kochen und Nähen, wovon sie sich mehr oder weniger drücken, das verändert aber erstmal überhaupt nichts an ihrer Haltung gegenüber Frauen.

Auch der Versuch über Unterrichtsinhalte das Problem anzupacken, mündet allzu oft in dem Ergebnis, daß das in den Lernzielen angestrebte Verhalten in genaue Gegenteil verkehrt wird (z.B. Antifaschistischer Unterricht – Judenwitze, Frauen – sexistische Sprüche, wie „Da kommt ja die alte Fotzel!“ gegenüber Lehrerinnen und Schülerinnen). Werden Mädchen gefördert, indem sie zuerst zu Gefallen werden, wird mir Ungerechtigkeit vorgeworfen, trotz meiner Erklärungen.

Die Kollegen bestehen überigend aus Frauen, die Führung hat in der Regel „der Rektor“. Ist es zufällig einmal eine Frau, wird auch sie von den Kollegen nicht angenommen. In der Regel empfinden die Kolleginnen Männer im Kollegium als auflockernd.

Neben der Schulkritiklichkeit erfüllt die fortschrittliche Lehrerin andere Ungleichheiten. Beamtin sind in der Regel wegen einer Beihilfe-Leistung vom Dienstherren im Krankheitsfall privat versichert, das das bürgerliche, als die gesetzliche Krankenversicherung. Hier zahlen Frauen einen höheren Beitrag als Männer, begründet mit häufigerer Krankheit, verursacht durch „Schwangerschaft“ und „Frauenleiden“. Private Versicherungen bezahlen beim Schwangerschaftsabbruch nicht die soziale Indikation. Schließt eine Referendarin während der Schwangerschaft vor Eintritt des Mutterchaftsurlaubes ihre Ausbildung ab, wird sie aufgrund des befristeten Ausstellungsverhältnisses wie alle anderen entlassen und genießt keinen Mutterschutz. (Diese Ungleichheiten sind sicherlich auch in anderen befristeten Ausstellungsverhältnissen noch anzutreffen). Da sie als Schwangere nicht dem Arbeitsmarkt genehm ist, erhält sie keinen Pfennig Arbeitslohn und muß entweder von Sozialhilfe oder auf Kosten ihrer Eltern oder ihres Mannes leben. Das Schlimmste an all diesen Erfahrungen ist der immer wieder neue Versuch, solchen Lösungsmöglichkeiten zu räumen und auf dem Bauch zu landen.

Raus aus der Isolation!

Die Kolleginnen sind in der Mehrzahl verheiratet mit Kindern und versuchen den Beruf als Halbtags- z. B. betrachten d.h. Interesse an Gesprä-

chen über Unterricht und Situation in der Schule und selten, weil die häuslichen Verpflichtungen warten.

Bei fortschrittlichen, ledigen Kolleginnen und mir zeichnet sich dann folgende Tendenz ab: Die Realität „Schule“ verdrängen, die Selbstbestätigung und Befriedigung in anderen Bereichen zu suchen (z.B. in Weiterbildung etc.) und hier muß ich viel Zeit zu investieren oder die Flucht aus der Schule, z.B. nach Griechenland. Bloß – der Widerspruch ist dadurch nicht gelöst. Im Lehrerzentrum werden Arbeitsgruppen eingerichtet, fallen auseinander, aufgrund unterschiedlicher Ansprüche gemeinsame Unterrichtsplanung, Diskussion von Schwierigkeiten, Profilieren als Crack, der alles ganz toll schafft, oder Laberhaufen. Der Vorschlag, eine Frauengruppe zu gründen, stößt auf Unverständnis, „wir sitzen alle in einem Boot“ ist die Devise: wenn eine Frauengruppe gebildet werde, bestehe die Gefahr der Spaltung, des Zerfalls etc.

Der Vorschlag eines Genossen, Projektunterricht zu machen, die Bedürfnisse der Schüler/innen zum Ausgang zu nehmen, ist zwar toll, aber unrealistisch, wenn Schüler/innen Strengere fordern, selber zur Herstellung von Disziplin die herkömmlichen Mittel vorschlagen (Strafarbeit, Tadel, Brief nach Hause) und ihre Bedürfnisse sich auf Gammeln, Musikhören, Fernsehen und Schnuckeln beschränken. Mir dann zu überlegen, den Unterricht hauptsächlich mit Musik und Filmen zu gestalten und zur Belohnung vielleicht noch Bonbons zu verteilen, löst das Problem auch nicht, ist eher eine Verkaufsstrategie.

In der GEW sieht's an dieser Frage absolut mau aus, selbst die von mir genannten Ungleichheiten stoßen auf Unverständnis bei den Kollegen, die sich hier natürlich auch wieder vornehmlich in den Vorständen tummeln. Kolleginnen trauen sich das nicht zu oder orientieren anders.

Ich bin der festen Überzeugung, daß bei anwendender mit Frauengruppen im Lehrerbereich aufzubauen sowohl zum Erfahrungsaustausch, zur Unterrichtsplanung als auch zum gewerkschaftlichen Kampf. Wenden wir unsere täglichen Erfahrungen nicht mehr gegen uns selbst, sondern gegen die Emissionen jeglicher Couleur!

Ich wäre froh, einige Überlegungen und Erfahrungen von anderen Lehrerinnen hierzu kennenzulernen.

Eine Lehrerin an der Hauptschule

Die Moralisten der Nation sägen an der Indikation – Frauen wehrt euch!

Zum Zustandekommen der Demonstration für ein Schwangerschaftskonfliktzentrum in Essen

In den letzten 2 Monaten gehörte es zum Standard-Repertoire eines jeden Politikers, besorgt zu sein „über die dramatisch angestiegene Zahl der Abtreibungen“. Anhand eines Zahlenvergleichs von 1977 (54.309 Abbrüche) zu 1978 (73.548 Abbrüche) erscheint diese Aufregung erst mal „erklärlich“. Vor der „Reform“ des § 218 wurden jährlich ca. 20.000 Abtreibungen registriert. Also noch ein viel dramatischerer Anstieg? Wohl kaum! Nach einer Untersuchung des Bundesfamilienministeriums von 1975 lassen in der BRD jährlich 250.000 bis 350.000 Frauen eine ungewollte Schwangerschaft abbrechen. Eine Schätzung von „Infratest“ ermittelt ähnliche Ergebnisse, indem sie auf 8 Lebendgeburten mit 3 Abtreibungen rechnet. Wenn man sich von diesen Zahlen ausgeht, wird klar, daß die Zahl der registrierten Abtreibungen 1978 z.B. höchstens ein Drittel der Gesamtzahl ausmacht. Wenn noch die ca. 90.000 aus dem Ausland gemeldeten Abbrüche dazu kommen müssen wir davon ausgehen, daß jedes Jahr 100.000 bis 150.000 Frauen in die Illegalität getrieben werden! Illegalität bedeutet für alle Frauen Erniedrigung, hohe Beratungskosten für das teure ärztliche Gewissen, Kücheltuch bei der Entlassung, und die Gefahr bleibender Gesundheitsschäden! Dazu die ständige Angst vor Entdeckung und einem nachfolgenden Gerichtsprozeß!

Diese Zahlen machen aber auch deutlich, daß nicht die Zahl der Abtreibungen absolut gestiegen ist, sondern nur, daß in einem etwas größeren Umfang Frauen bereit waren, den Hürdenlauf durch die Instanzen zu wagen.

Diese Zahlen machen aber auch deutlich, daß die Unterversorgung mit Möglichkeiten für einen legalen Schwangerschaftsabbruch in der BRD ein Massenproblem erzeugt, und zwar in der Größenordnung einer mittleren nur mit Frauen bewohnten Kleinstadt! Das ist auch der Beweis, daß Paragraphen nicht die Zahl der Abbrüche verringern, sondern nur Auswirkungen haben auf die Höhe der Dunkelziffer.

Die Situation in NRW

Ein typisches Beispiel ist dafür auch Nordrhein-Westfalen (NRW). Dort muß von einer festen Zahl von

60.000 Abtreibungen im Jahr ausgegangen werden, gegenüber 10.017 registrierten Abtreibungen 1977 und 18.019 Abtreibungen 1978 (das ist die Schätzzahl allein für Düsseldorf).

Nur 6 von 15 kreisfreien Städten des Regierungsbezirks Niederrhein gibt es Möglichkeiten, einen legalen Abbruch vornehmen zu lassen. Von den insgesamt 30 Einrichtungen in ganz NRW befinden sich allein 17 in Düsseldorf. So ist es natürlich nur zu einsprechend, daß die Zahl der gemeldeten Abbrüche in Düsseldorf am höchsten ist (siehe dazu Statistik im Kasten).

Auch in der Indikationsstellung ist Düsseldorf Spitzenreiter für die soziale Indikation mit 78%, wohingegen in der Stadt Oberhausen, in der 1977 nur 13 Abtreibungen registriert wurden, davon 10 soziale nach der sozialen Indikation. Um diesen Unterschied „auszugleichen“, bestehen nach Aussagen von Kennern des Landesministeriums für Arbeit (Minister: Farthmann) Pläne, den liberalen Beratungsteilen in Düsseldorf im nächsten Jahr zumindest finanzielle Schwengelen zu machen. Die relativ hohe Zahl der Abbrüche in Düsseldorf ergibt sich aus der Unterversorgung der umliegenden Städte und besonders des Ruhrgebiets.

Aufgrund dieser Situation beschloß die Arbeiterwohlfahrt/Niederrhein (AWO/NR), in Essen ein „Institut für Schwangerschaftskonflikte“ zu eröffnen. Das Institut soll folgende Aufgaben übernehmen:

1) Vorherge, darunter fällt ein umfassendes Angebot über Verhütungs-

mittel und Sexualaufklärung, psychosoziale Begleitung der Schwangerschaft bis zu direkten Hilfen für Eltern und Kind.

2) Schwangerschaftskonfliktberatung mit Vermittlung einer sicheren Adresse für die Indikationsstellung und den Abbruch. Außerdem ist für bestimmte Fälle auch die Möglichkeit zum ambulanten Abbruch im Institut mit der Abzugsmethode geplant.

3) Öffentlichkeitsarbeit: u.a. zum Abbau von Vorurteilen in der Bevölkerung, aber auch zur Weiter- und Ausbildung von Ärzten in der Abzugsmethode und anderen Fragen.

Die Arbeiterwohlfahrt schreibt selbst: „Die Einstellung der Frau zu einem Kind hängt immer sehr stark von ihrer gesellschaftlichen und persönlichen Situation ab. (...) Das alles muß bei den Überlegungen für Lösungsmöglichkeiten miteinbezogen werden. Die Arbeiterwohlfahrt tritt nach wie vor für das Recht der Frau ein, frei darüber zu entscheiden, ob sie ein Kind austragen will oder nicht.“ – („Hilfe für Frauen“, Seite 10, Broschüre der AWO/NR)

Die Pläne für das „Schwangerschaftskonfliktzentrum“

Diese Aussagen ließ Frau erst mal hoffen, daß die AWO ihr Institut bald eröffnen kann, zumal das vorgesehene breite Spektrum an Verhütungs- und Sexualaufklärung dazu beitragen kann, ungewollte Schwangerschaften von vornherein zu verhindern. Auch in dieser Frage stellt sich die AWO wieder eindeutig auf die Seite der Frauen, indem sie die alleinige Verantwortung der Frauen für die Verhütung eindeutig ablehnt.

Seit Mitte 1978 wurde das Projekt in der Öffentlichkeit diskutiert. Die SPD/NRW gab praktisch in allen Parteigruppen Unterstützungsbefehle für das Institut. Bei einer Unterschriftensammlung sprachen sich u.a. J. Rau, D. Posner und Inge Dörsch (alle drei sind Mitglieder der NRW-Landesregierung) und Annemarie Renger für die Eröffnung des Instituts aus. Die CDU/NRW ließ ihren gesundheitspolitischen Sprecher Schlottmann (Herne) die Landesregierung warnen, einer Einrichtung, „die einen perfekten Anti-Schwangerschafts- und Abtreibungs-Service unter einem Dach“ plane, mit finanziellen Mitteln zu unterstützen. Stattdessen forderte er nach dem Beispiel der Stadt Münster und

anderer westfälischer Städte die Einrichtung von Sozialfonds, „um Leben erhalten zu können“ („MZ“, 21.7.78).

Bei einer Umfrage der AWO in neun Städten des Bezirks Niederrhein sprachen sich von 5.400 Befragten 25% (1.080) für die geplante Einrichtung aus (WAZ, 17.6.78).

Dann konzentrierte sich die AWO auf die Konkretisierung des Projekts mit der finanziellen Absicherung durch Bund, Land und Gemeinde. Zumindest einer Förderung aus Bundesmitteln dürfte nichts entgegenstehen, da Gesundheitsministerin Antje Huber letztes Jahr verlauten ließ, daß Zentren, in denen neben Schwangerschaftsabbrüchen und Sterilisationen ebenso Eingriffe zur Ermöglichung einer Schwangerschaft vorgesehen sind, finanzielle Unterstützung von ihrem Ministerium erwarten können („Rheinische Post“, 22.8.78).

Das Projekt der AWO kam erneut in die Diskussion, als im April 1979 4.000 Katholiken einen Schweigemarsch in der Essener Innenstadt gegen die Diskussion, als im April 1979 4.000 Katholiken einen Schweigemarsch in der Essener Innenstadt gegen die AWO-Klinik durchführten. Sofort meldete sich Dr. Gögens (CDU-Essen) zu Wort. Seine Fraktion sei der Auffassung, daß finanzielle Mittel zur unmittelbaren Behebung der Not schwangerer Frauen besser eingesetzt wären, als zum Bau von Instituten, für die kein Bedarf bestehe („WAZ“, 11.4.79).

Die Frauen werden aktiv...

Große Teile der NRW-Frauenbewegung begannen daraufhin mit der Vorbereitung einer gemeinsamen Aktion zur Unterstützung der AWO und ihrer Pläne für das „Konfliktzentrum“ (siehe dazu AK 161). In einer regelmäßig tagenden Vorbereitungsgruppe trafen sich Frauen aus Frauenzentren, Frauenkollaboraten, DFL, den Buntten Listen und der KB.

...und der SPD-Vorstand

Parallel dazu liefen Verhandlungen mit dem Juno-Bundevorstand und der ASF/Niederrhein. Vom Vorstand der SPD/Niederrhein wurde ein prinzipielles Verbot für alle SPD-Arbeitsgemeinschaften ausgesprochen, sich als Verband an der Demonstration zu beteiligen.

Unverdorren wurden dann auch noch die Falken/Niederrhein und auch der DGB-Bezirk Niederrhein mit politischem Druck in die „Allianz der Stillhalter“ gepreßt. Nach Aussagen des DGB-Vorsitzenden von Oberhausen hat auch der DGB-Vorstand Niederrhein beschlossen, nicht an der Aktion teilzunehmen. Die Begründung ist uns leider nicht bekannt.

Dieser Fälsch von Stillhalterkommission ist der beste Beweis dafür, daß Parteibeschlüsse der SPD zur Unterstützung der AWO-Klinik und die Forderung nach Modell-Kliniken der Gewerkschaften allemal leeres Gerede bleiben, da Diskussion und Mobilisierung der Masse selbst von diesen nicht möglich wird.

Die Reaktionen werden offensiver

Ende August fand eine familienpolitische Fachkonferenz des Diözesanrats Essen (Katholiken) statt an der auch Ministerialrat Conrad (im Huber-Ministerium) teilnahm. Nachdem von den Katholiken Pro Familia als mehr und mehr am Rande der Legalität arbeitend diffamiert worden war, versprach der Herr Ministerialrat sowohl eine Überprüfung des Konzepts der Pro Familia-Klinik in Bremen als auch ihrer Beratungsstellen mit den notwendigen (?) Konsequenzen! Herr Conrad konnte die Katholiken gleich noch in einem weiteren Punkt beruhigen: „Eine Förderung der geplanten AWO-Institute ist noch ungeklärt, da die Konzeption mit dem Modell von „Pro Familia“ Bremen vergleichbar sei“ („NRZ“, 28.8.79).

Aber auch bei der Landesregierung änderte sich einiges. Aus dem Umfeld des Farthmann-Ministeriums wurde bekannt, daß man schon länger nicht mehr bereit sei, zu dem Wort zu stehen, daß das Land NRW 1,5 Millionen von den Kosten des AWO-Instituts übernehmen würde. Angeblich sei es diskriminierend für Frauen, beim Betreten des Instituts gesehen zu werden! Außerdem wolle man erst einmal abwarten, wie sich das mit der Pro Familia-Klinik in Bremen entwickelt (Im Klartext heißt das nichts anderes als abzuwarten, inwieweit es gelingt, Pro Familia zu kriminalisieren und zu legalisieren).

Ansonsten besteht auch noch der diffuse „Plan“, die Einrichtung der AWO-Klinik an der Frage des Hauses scheitern zu lassen, obwohl von Seiten der Stadt Essen der AWO ein schriftliches Angebot für die Anmietung eines ehemaligen Hotels vorliegt, das den Anforderungen des Instituts entsprechen würde.

In dieser Situation meldet sich Horst Radtke (Geschäftsführer der AWO-Essen, Mitglied im Bezirksverband und im Vorstand der AWO/Niederrhein und Inhaber diverser Posten bei der SPD) bei einer Frau aus der Vorbereitungsgruppe für die §-218-Aktion.

Er versuchte, die Frau zu bewegen, sich für einen Aktionstermin nach dem Kommunalwahlkampf einzusetzen. Die Verhandlungen um die Gel-



ÄRZTINNEN UND ÄRZTE UNTERSTÜTZEN DIE EINRICHTUNG EINES ZENTRUMS FÜR

ÄRZTINNEN UND ÄRZTE UNTERSTÜTZEN DIE EINRICHTUNG EINES ZENTRUMS FÜR SCHWANGERSCHAFTSKONFLIKTBERATUNG DER ARBEITERWOHLFAHRT IN ESSEN 1

Seit einiger Zeit gibt es Bestrebungen, die Errichtung eines Schwangerschaftskonfliktzentrums in Essen zu verhindern. Schwangerschaftskonfliktzentren, wie von der Arbeiterwohlfahrt (AWO) geplant, bieten die Möglichkeit, Schwangerschaftsabbrüche ambulant unter einem Dach zu organisieren. Sie bedeuten einen Fortschritt auf dem Weg zu einer menschenwürdigen, verantwortungsvollen Familienplanung.

Wir kennen aus eigener beruflicher Praxis die zum Teil unlöslichen Schwierigkeiten von Frauen in unserem Land, die ungewollt schwanger geworden sind.

Wir wehren uns mit diesem Aufruf besonders gegen die Angriffe, die von klerikalkonservativer und ständestaatlicher Seite gegen die Praxis des derzeitigen § 218 geführt werden. So verglich z.B. Dr. Holzgartner, CDU-Funktionär und Vorstandsmitglied der bayrischen Ärztekammer, den legalen Schwangerschaftsabbruch mit den Massenmorden der Nazis in Auschwitz. „Die Nationalsozialisten haben die Juden getötet, und die internationalen Sozialisten töten ungeborenes Leben. Das, was in unserem Volke geschieht, ist exakt der Weg zurück nach Auschwitz.“ Dr. Karsten Völmur, Präsident der Bundesärztekammer, wollte sogar bestreiten, daß es in einem so reichen Staat wie der BRD eine Notwendigkeit zum Schwangerschaftsabbruch aus sozialer Notlage geben könne.

Wir sehen unsere Positionen zum Abtreibungsparagraphen 218 nicht durch die inhumanen Äußerungen des Präsidenten der Bundesärztekammer vertreten und distanzieren uns von diesen und ähnlichen Versuchen, eine notwendige und sinnvolle Entwicklung zu hemmen.

Zur Unterstützung dieser Forderung findet am 22. 9. 79 in Essen um 11 Uhr am Kennedyplatz (Nähe Hauptbahnhof) eine Demonstration statt.

Spendenkonto zur Unterstützung einer Veröffentlichung des Aufrufs in der WAZ: E. Daub, Deutsche Bank Essen, Kto.-Nr. 65 30 331

Weiterer Unterstützerkreis: Gertraud Herborn, Ärztin, Duisburg; Hajo Bombolt, Arzt, Essen; Angelika Hemeck, Ärztin, Essen; Ernst Schürte, Krankenschwester, Essen; Rudolf Kasparek, Arzt, Essen; Elisabeth Schöbe, Dipl.-Psychologin, Recklinghausen.

Christel Westheimer, Sozialarbeiterin, Essen; Wolfram Stör, Arzt, Essen; Fritz Steinberg, Stud. med., Essen; Birgit Kremesköter, Krankenschwester Bochum; Michael Lefknecht, Arzt, Duisburg; Jochen Voß, Stud. med., Wanne-Eickel; Christa Nickel, Ärztin, Wanne-Eickel; Ulrike Schink, Ärztin, Duisburg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Dieser Aufruf soll als Anzeige am 19. 9. 79 in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung in den Städten Essen, Mülheim, Oberhausen, Duisburg, Gelsenkirchen, Bochum und Herne erscheinen. Kosten: ca. 7500,- DM.

Wir bitten Sie mit Eurer Unterschrift zuzustimmen, daß der Aufruf auch in Eurem Namen veröffentlicht werden kann. Wir wollen eine Anzeige jedoch erst dann aufgeben, wenn mindestens 100 Ärztinnen und Ärzte unterschreiben, um die (Spenden)Kosten für den/die Einzel(n) möglichst niedrig zu halten.

Kontakt: Thomas Schätzler
Westenfelder Straße 8
4630 Bochum 6
Tel. (0 23 27) 8 97 98

Spendenkonto E. Daub
Deutsche Bank Essen
Konto-Nr. 65 30 331

Leserbriefe zu „Männergruppen – Nein Danke“ (AK 161)

Liebe An., Bl., Ba.,
euren Brief an die AG Frauen „Wehret den Anfängen“, abgedruckt in AK 161, habe ich einerseits als Warnung vor verstanden, daß Männer, die in sogenannten Männergruppen (auch) mitmachen, von ihrer heutigen gesellschaftlichen Rolle her dazu neigen können, sich gegen seitig in ihren chauvinistischen, unterdrückenden Verhaltensweisen zu bestätigen. Das fand ich gut und hätte es begrüßt, wenn ihr dies an Beispiele verdeutlicht hätte!

Nicht verstanden habe ich, warum ihr deshalb den allgemeinen Schluß „Männergruppen – Nein Danke Wehret den Anfängen“ gezogen habt. Ihr bezeichnet euch selbst als kommunistische Frauen, als die ihr das Bündnis mit Männern nur aus taktischen Gründen eingeht, um den Hauptwiderstand (gesellschaftliche Produktion – private Aneignung) zu lösen. Erst wenn dieser Schritt vollzogen ist, ist die besondere Unterdrückung der Frau letztlich zu beseitigen.

So allgemein finde ich das richtig falsch wird's, wo ihr konkretisiert was es für euch heißt, taktisch an die Männer heranzugehen.

Erstmal schert ihr alle Männer über einen Kamm „Mann“ = Chauvi = Softi = Schwuler = Mecker = was weiß ich wie = „Mann“? Einzige Bedingung an diesen „Mann“: es soll ein Mann der Arbeiterklasse sein. „Um den Kapitalismus abzuschaffen, müssen wir das Bündnis mit den Männern der Arbeiterklasse eingehen“. Diese Männer können den eigentlichen Kampf der Frauen aber niemals unterstützen, „denn er richtet sich gegen ihre elementaren Bedürfnisse und ihre Persönlichkeitsstruktur. Männer haben gelernt, ihre ‚Persönlichkeit‘ in erster Linie über männliche Normen und Werte und die daraus folgenden Verhaltensweisen zu definieren“.

Liebe drei Frauen, ich bin Student und einer der „Unorganisierten“ aus der Technik. Ich bin 26 und habe in den letzten 6 - 7 Jahren eine ganze Menge von Erfahrungen gemacht, was es heißt, mir selber die heute gängigen gesellschaftlichen männlichen Normen und Werte bewußt zu machen, mir selber die entsprechenden Normen und Werte bewußt zu machen, mir selber die entsprechenden Bedürfnisse und Gefühle in mir klarzumachen und einzugestehen. Erst so konnte ich nach und nach mein Verhalten Frauen und auch Männern gegenüber überdenken und Schritt für Schritt verändern.

Ich lehne so ab, die heutigen gesellschaftlichen Normen, und habe für mich den Anspruch (und als ich in verschiedenen Auseinandersetzungen feststellen konnte, daß der nicht nur im Kopf drin ist, habe ich mich unheimlich gefreut), meine Identität als Mann Stück für Stück zu erfahren und zu erarbeiten. Und zwar im gemeinsamen Kampf für eine bessere Gesellschaft, in der Auseinandersetzung mit Menschen, wie z.B. dieser Brief an euch oder Diskussionen über Ansprüche an Beziehungen, wo es direkter um meine Bedürfnisse und Gefühle geht.

Ich meine, es ist unterstützenswert, wenn im AK z.B. ein Aufruf zur Gründung einer Männergruppe abgedruckt wird, wo Männer sich treffen können, um die Sterilitätsdebatte nicht nur abstrakt, sondern konkret für sich führen können. Sich selber mehr erfahren - wie nicht's aus mit dem Wunsch nach „dem eigenen Kind“, mag ich ihn mir nur nicht eingestehen, ist er tatsächlich nicht da, wie denken da andere Männer? Ist es nicht an der Zeit, daß wir Männer uns endlich und viel öffentlicher als bisher Gedanken machen, was wir selber in Sachen Verhütung machen können? Daß wir sexistisches Gedankengut, daß jeder von uns im Kopf hat, angreifen was bleibt von dem Gefühl, mit einer Frau geburst zu haben, übrig, wenn ich mir überlege, was ich tatsächlich dabei empfunden habe, oder was ich nur empfunden habe, weil ich meinte, so empfinden zu müssen, wie es mir die heutigen männlichen Normen unterjubeln? (Meist ist das ja viel subtiler als in diesem krassen Beispiel!)

Ich finde es gut, daß es schwule

Männer gibt, die sich öffentlich zu ihrem Schwulsein bekennen, die mir die Möglichkeit geben, mich als „erstmal-Hetero“ zu hinterfragen, um mir selber überhaupt schwule Gefühle eingestehen zu können. Ich finde es für mich wichtig, sowas wie eine eigene Sexualität zu entwickeln!

Und ich will euch verdammt noch mal nicht brauchen für meine männliche Regeneration oder als Ruhepolster!

Ihr wollt es mir abprechen, mich mit anderen Männern in gewissem organisatorischen Rahmen über diese Fragen auseinanderzusetzen - das macht mich traurig.

Ist es doch sehr wichtig, an allen Fronten die Konturen der „neuen Gesellschaft“, für die wir kämpfen wollen, klarer zu kriegen. Das muß keineswegs im Sumpf des Utopismus enden, geht es doch darum, das utopistische Ziel „Sozialismus“ mit konkreten Inhalten zu füllen.

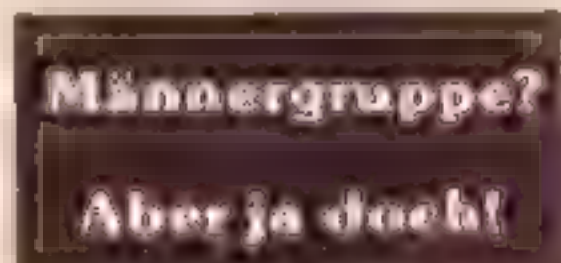
Ihr aber wollt mich einschücheln im Suchen nach diesen Inhalten. Du deine Rolle als Mann, so wie du sie von dieser Gesellschaft aufgedrückt gekriegt hast, beseitige mit uns zusammen den Hauptwiderstand, danach werden wir uns im Geschlechterkampf bekriegen.

Mit der Rolle, die ihr mir hier gebt, bin ich nicht einverstanden! Geschlechterkampf ist auch heute ein Kampf um Inhalte. Ihr aber zieht daraus, daß Männer dazu neigen, sich in ihren männlichen Verhaltensweisen gegenseitig zu bestärken (was gesellschaftlich betrachtet durchaus richtig ist), den formalen, allgemeinen Schluß: „Männergruppen – Nein Danke Wehret den Anfängen“. Wobei die Frage der Inhalte dieser Männergruppen endgültig unter den Tisch fällt!

Ich meine, ihr propagiert einen Geschlechterkampf, der auch falsche Fronten aufbaut, dadurch, daß ihr alle Männer letztlich in einen Topf schmeißt.

Sollte das in der Tat eure Absicht gewesen sein, sehe ich für mich keinen Sinn in einer Zusammenarbeit mit euch.

Reinhard, Foto Technik



Seit ca. Juni mache ich mit sechs Genossen, Sympathisanten bzw. Ausgetretenen zusammen eine Männergruppe. Erste Anregung war dazu die Diskussion über Sterilisation von Männern, die im Chemie-Bereich damals geführt wurde. Hierzu wurde damals eine „Männer-Vollversammlung“ einberufen, zu der auch Norbert Ney, der Autor des Buches „Sterilisation des Mannes – das geringste Übel“ kam. Leider war diese Vollversammlung sehr schlecht besucht.

Ein Genosse hatte sich schon etwas länger theoretisch mit der Rolle des Mannes und der kapitalistischen „Männergesellschaft“ auseinandergesetzt, bei uns anderen Mitgliedern der Gruppe waren jedoch kaum klare Vorstellungen vorhanden, was wir in und mit der Männergruppe wollten.

Wir haben auf unserem ersten Treffen gleich festgestellt, daß wir alle sehr isoliert sind. Fast alle haben wir die Erfahrung gemacht, daß neben einer festen Beziehung zu einer Frau und Beziehungen, die sich durch den Job oder die politische Arbeit ergeben, kaum etwas läuft. Für mich selbst gilt z.B., daß ich Diskussionen über Probleme mit meiner Freundin fast ausschließlich mit Frauen geführt habe. Konkurrenzgefühle und die Ablehnung einer gefühlseligen Kumparei haben jeden intensiveren Kontakt zu Männern erschwert bzw. ganz verhindert. Das habe ich als einen idiotischen Zustand empfunden.

Was seitdem auf allen vier der bisherigen Sitzungen unserer Gruppe überdeutlich wurde, ist, daß es uns sehr schwer fällt, uns aufeinander „einzulassen“, persönlich engagiert über unsere jeweiligen Probleme zu

diskutieren, auch mal übereinander „herzufallen“ usw. Mann liebt es es was abstrakt und unpersönlich. Mann berührt Mann auch nicht, zeigt sich nicht offen als verletzlich usw. Ich würde diese Gruppe schon dann für einen Erfolg halten, wenn wir diese Sperren überwinden könnten. Am Schlimmsten wirkt sich das gesellschaftliche Verbot aus, unsere latente (verborgene) Homosexualität rauszulassen.

Aus diesen Gründen ergibt sich in unserer Männergruppe ein ganz anderes Bild als ich es mir für eine Frauengruppe vorstelle. Kein befreites „endlich sind wir unter uns“, keine spontanen Proteste gegen unsere gemeinsamen Unterdrücker usw. - aber auch keine heimlichen Schlachtpläne zur Wiedererrichtung der unumschränkten Männerherrschaft. Es wird vorläufig von uns auch keine Manifeste, Erklärungen etc. geben. Wir befinden uns auf einem für uns „unbekannten Gebiet“ und wollen uns die Freiheit lassen, Erfahrungen mit uns zu machen und diese selbst kritisch zu verarbeiten. Ich befürchte auch, daß allzu schnell statt einer lebendig diskutierenden Gruppe ein abgehobenes theoretisierendes Klüngel entstehen könnte, was „typisch Mann“ wäre!



Hl., KB Hamburg

Da wir kein konspirativ (heimlich) arbeitender Zirkel sind diskutieren wir auch gerne mit Frau. Keinesfalls akzeptieren wir jedoch, auf eure Warnung und Anklage hin große Rechtfertigungsdebatten zu führen. Wir begreifen Mann zu sein nicht als Erbsünde.

An eurem Brief stört mich am meisten, Genossen, daß ihr generell die Fähigkeit auch des fortschrittlichen oder linken Mannes zu einer selbständigen selbstkritischen Haltung seiner Rolle als Mann gegenüber verneint. Ihr behauptet sogar, Männer könnten „diesen unseren Kampf gegen die Interessen der Männer“ niemals unterstützen! In bezug auf Frauen wie 4 218, Frauen zum Bund gewerkschaftliche Fragen usw., ist diese Behauptung offensichtlich unannehmlich. Auch im Kampf gegen das kapitalistische Leistungsprinzip und Konkurrenzsystem haben wir durchaus eigene Interessen einzubringen. Im Kampf gegen die Sexualunterdrückung wollen wir euren Führungsanspruch jedoch nicht leugnen. Unsere „eigene Liquidierung“ als Unterdrücker - wie ihr euch ausdrückt - ist aber auch unsere eigene Befreiung, das Ideal von Beziehungen und Sexualität ohne Zwang und Beherrschung eines Menschen durch den anderen gilt auch für uns Männer. Gestaltet uns also bitte, daß wir dazu auch ein Wort mitreden.

Ihr solltet auch mal erklären, was ihr das mit dem „taktischen Verhältnis“ zu den „Männern der Arbeiterklasse“ (!) im Klassenkampf meint. Das ist doch hoffentlich nicht wörtlich gemeint!

Wenn ihr glaubt, daß die verschärften Widersprüche „zwangsläufig“ eine Solidarisierung der Männer „vor allem in Männergruppen“ zur Folge habe, dann täuscht ihr euch. Zum einen gibt es für diese Rolle der Männergruppen keine Beweise, solltet ihr welche haben, dann bitten wir sehr darum, uns das zugänglich zu machen. Außerdem wäre dieser

„Umweg“ zur Durchsetzung männlicher Beherrschungsinteressen auch unsinnig. Schließlich kann man sich ja nach wie vor in den meisten oder allen gesellschaftlichen Bereichen auf seine Macht stützen, braucht also für die Unterdrückung der Frauen keine kunstvoll getarnten „Sonderkommandos“, „Geheimorganisationen“ etc. Auch wenn wir uns nicht als 5. Kolonne der Frauenbewegung sehen, solltet ihr wenigstens mal einen Gedanken daran verschweigen, ob das Hinterfragen und Kritisieren typisch kapitalistisch-männlichen Verhaltens von einer Männergruppe aus für euch nicht eine Unterstützung sein kann.

(Übrigens, gilt eure Ablehnung von Männergruppen auch für Schwulen-Gruppen oder nur für Heteros? Wenn nicht, sehe ich, daß wir noch eine eventuelle Chance haben, „davonzukommen“ - wir haben uns ja in unserer Männergruppe auch das Ziel gesetzt, unsere homosexuellen Gefühle offenzulegen.)

P.S. Als Einstieg in die Problematik der Männergruppen können folgende Bücher nützlich sein: „Männergruppen“ Edition Querschnitt, Volker Elis P. „M. Manifest des freien Mannes“ „Versucht“ Krisenliteratur! Kritisch lesen!

Hi, KB Hamburg

Wir erscheint der Artikel der Genossen An., Ba. und Bi. im AK 161 S. 27 ziemlich unzureichend als Begründung gegen Männergruppen (MG). Ich bin darüber hinaus der Ansicht, daß die Ansätze einiger MG begrüßens- und diskutierenswert sind und auf keinen Fall im jetzigen Stadium bekämpft oder gar unseren Genossen verboten werden sollten. Zuerst will ich auf den Artikel eingehen.

Ihr haltet die Motivation der Männer für „begrüßenswert“, wollt aber einer „Organisierung (...) scharf entgegenzutreten“. Ihr begründet dies, indem ihr drei einmal Aufgaben der Frauenbewegung (FB) nennt (Wehren gegen die Unterdrückung durch die Männer), die auf Männer natürlich nicht zutreffen. Dabei fehlt mir aber ein Aspekt der FB nämlich der der Selbsterfahrung, dazu gehört auch das Analysieren und Ändern der Frauenrolle bei uns, der ganzen psychischen Struktur, die uns mitgegeben wurde (Abhängigkeit von Beziehungen, Passivität, wenig Selbstvertrauen). Wir wehren uns ja einerseits gegen die äußere Unterdrückung, andererseits aber auch gegen die Sachen in uns, die uns an unserer Emanzipation hindern, wo wir uns unterdrücken lassen.

Von einer bestimmten Rolle, die unter anderem auch an einer echten Emanzipation hindert, sind auch die Männer eingeregelt (immer durchhalten, nicht heulen, hartsein ... - ich war froh, als mein Freund das erste Mal richtig geheult hat). Männer haben Privilegien zu verlieren, ja, aber was haben sie denn wirklich davon, wenn sie z.B. ihr Selbstbewußtsein auf Konkurrenz, ihr Überlegenheitsgefühl auf der Unterlegenheit der Frauen aufbauen? Haben sie nicht auch einiges gewonnen gekriegt? Haben Männer bei der Veränderung ihrer Rolle nicht auch etwas (mehr 'Menschsein') zu gewonnen?

Wenn diese Männer was geheckt haben, (und das passiert eh' nur in Kreisen, wo die Frauen Einfluß gewonnen haben; MG bilden sich

oft als Reaktion auf Frauen, die kämpfen, - nicht um auszuweichen, sondern um selbst etwas an sich zu arbeiten) dann haben auch sie Gründe, diese Rolle umzukrempeln.

Ihr schreibt: „Diese unseren Kampf können Männer niemals unterstützen, denn er richtet sich gegen ihre elementaren Bedürfnisse und ihre Persönlichkeitsstruktur... Es heißt, männliche Erkenntnisse der Arbeiterinnenbewegung auf den Kopf zu stellen, wollten die Unterdrücker den Unterdrückten anbieten, ihnen bei der eigenen Liquidierung behilflich zu sein“. Tut mir leid, das ist mir zu platt! Die Persönlichkeitsstruktur hat viele frauenfeindliche und menschenfeindliche Züge, ja, aber die elementaren Bedürfnisse sind m.M. nach andere. Auch Männer können sich z.B. nach zärtlicher Sexualität, Offenheit u.ä. sehnen, ansatz den angelernten Ruck-Zuck-Bums als größtes Glück zu empfinden und ja kein Gefühl zeigen. Es geht eben nicht um Liquidierung, im Gegenteil, sie sollen viel lebendiger werden. Ich zieh mich nicht an diesem Ausdruck hoch, wie ihr viel leicht schon befürchtet, sondern ich frag mich einfach, was soll dieser Ausdruck?

Und weil, obwohl z.B. im KB irgendwo (?) der Anspruch existiert, auch Verhaltensweisen u.ä. zu kritisieren, in der täglichen politischen Arbeit meinst noch wenig Platz für das Aufarbeiten solcher Dinge bleibt, und weil man/n auch über gewisse Phasen ruhig einen Schub in dieser Richtung nötig hat, deshalb finde ich das Interesse, sich zu diesem Zweck, der Selbsterfahrung mit anderen Männern zusammenzusetzen, berechtigt. Warum sollen nicht auch Männer sich zusammen was klarmachen, anstatt daß wir ihnen immer alles erklären sollen und jedem einzeln, denn wir sind ja doch immer wieder mit ihnen konfrontiert. Wenn Männer ihre spezifische Struktur und wie diese dem System mitzuarbeiten und Veränderungen praktizieren wollen, dann nützt uns das doch!

2. Ansonsten sehe ich einen ziemlichlichen Unterschied zwischen Frauen- und Männergruppen. Eine Männergruppen-Bewegung wird nie das Ausmaß der Frauenbewegung annehmen. Erstens einfach, weil nur ein sehr geringer Teil von Männern bereit ist, ihre Rolle infragezustellen und sehr geringer Teil von Männern bereit ist, ihre Rolle infragezustellen und dies so wichtig zu nehmen, um in einer MG diesen Prozeß zu intensivieren.

Zum zweiten, weil MG und FG verschiedene Aufgaben haben. Wir Frauen müssen langfristig und vor allem den Kampf gegen die äußeren Zwänge führen (Berufliche und sonstige Diskriminierung, Erziehung usw.), unser Kampf wird noch mindestens Jahrzehnte dauern, wir müssen uns ständig und langfristig organisieren und viele verschiedene Aufgaben neben der Selbsterfahrung und persönlichen Unterstützung anpacken.

Nach wie vor sind wir die doppelte Unterdrückten. MG dagegen arbeiten an einem Teilbereich der allgemeinen Unterdrückung bzw. an dem Part, den sie dabei spielen sollen. Die Aufgaben von MG sehe ich viel beschränkter, vorübergehender angelegt (ich kann mir nicht vorstellen, daß ein Mann sein Leben lang in einer MG arbeiten wird, wohl sehe ich das aber bei Frauen). Auch „Männerzentren“ u.ä., Demos wie von uns kann ich mir nicht vorstellen, denn ihre Problematik reicht sich immer wieder schnell in die allgemeine Unterdrückung ein.

3. Im übrigen wissen wir eigentlich kaum, wohin die Ansätze von MG überhaupt zielen. Es gibt nur wenige MG, und die meisten sind schon wieder zerbrockelt. Ich möchte aber nicht ein Engagement von vornherein verurteilen, von dem ich kaum etwas weiß, nur Spekulationen habe. Wo wird denn sichtbar, daß MG 'zwangsläufig' eine Solidarisierung 'gegen die Frauen' darstellen? Ich bezweifle nicht, daß es zu Strömungen kommen kann, wo Männer sich dann selbstmitleidig hinstellen, sich ihrer Rolle ausgeliefert fühlen und sagen sie seien genauso unterdrückt, oder sie könnten sich nicht so schnell ändern, wie Frauen das wollten. Aber ich geh nicht davon aus, daß die ganzen MG in dieser Haltung münden werden und womöglich dann gegen die Frauen zu Feinde gezogen wird. Außerdem können wir, wenn solche Standpunkte aufkommen, ja auch ein

Fortsetzung von Seite 18

paar Worte dazu sagen ... Die Gefahr für uns und unsere Arbeit, die Nach- wie-vor-Unterdrückung und das Un- verständnis uns gegenüber geht doch viel mehr von solchen Männern aus, die nie auf die Idee kämen, in eine MG zu gehen (siehe unsere Ausein- anderetzungen im KB jetzt!).

Und was soll daran schlimm sein, wenn die Männer in den MG sich nun erzählen, sie seien ja trotz allem gar nicht so übel? Was meint ihr damit? Ich halte allerdings nicht viel davon, wenn wir jetzt unserer- seits als Pendebschlag uns überheb- lich hinstellen und nur von den „coolen Typen“, die uns jeden Tag anätzen usw., reden und die Männer als statisch als ewige Frauen- feinde betrachten. Es geht darum, sie da anzugreifen, wo sie in ihrer Rolle uns unterdrücken, das an ihnen anzu- greifen, was die an Unterdrückung drau- ßen haben, aber nicht darum, sie als Menschen, die oft armäeligen, die sich hinter den Mackern verbergen, fertigzumachen und uns pauschal als „die Typen“ runterzumachen. Auch Männer sind fähig, Lernprozesse zu machen, v.a. in unsern Kreisen. Wenn wir unser Kampf auf der anderen Seite nur in Einschüchterung (was oft auch erstmal nötig ist, ok) und Ver- achtung niederschlägt, haben wir nicht viel gewonnen. Ich hab die Er- fahrung gemacht, daß in dem Fall (und das hängt auch von unserer jewei- ligen Stärke ab, oft müssen wir einfach zurückklagen!), wo wir aus einer gestärkten Position heraus die Sachen solidarisch mit Männern diskutieren können und eine Bereitschaft bei ihnen da ist (die ist allerdings oft nicht da und mit den anderen sollten wir auch anders umgehen!), einiges an Einsichten und Veränderung zu errei- chen ist!

Und zwar nur, wenn solche Ge- spräche zu mehreren geführt werden, kollektiv und öffentlich.

4. Noch ein Beispiel. Ich war ein- einhalb Jahre in einer Frauengruppe, die sich in unserm Bekanntenkreis ge- bildet hatte. Wir haben mehr viele Be- ziehungsprobleme gewälzt und die meisten Frauen sind dadurch sichts- lich gestärkt und bewußter gewor- den. Es gab auch mit Mühe und Not Anätze, mal gemeinsam mit ein- zelnen Männern zu reden, v.a. mein damaliger Freund von sich aus in Beziehungsdiskussionen einmischte — mit positivem Einfluß. Aber im allge- meinen hat sich alles unter den Frauen abgespielt, es gab auch immer wieder Differenzen zwischen mir und ihm, weil ich wollte, daß er sich mehr mit den Frauen auseinandersetzt. Die Probleme von Frauen werden von ihm nicht immer. Meinungen ein- bringt. Frauenfreundlichkeit an- greift!

Einmal Abends kam ein Pärchen dieses Kreises auf eine Fete, sie offensichtlich traurig, er aber über- spielend. Ein Beziehungskontext Wur- sprachen unsre Freundin natürlich an, was denn los sei, aber das spielte

an, was denn los sei, aber das spielte sich alles im Nebenzimmer ab. Da hatten wir die Nase voll, uns immer gegenseitig aufzuspiegeln und dann schön mitzuspielen. Wir brach- ten den Konflikt ein und forderten Stellungnahmen von den Männern dazu. Das Tabu der persönlichen intimen Probleme, die höchstens noch in der FG (oft mißtrauisch be- lügt) besprochen werden, war ge- brochen. Die von uns angezettelte Diskussion verlief ziemlich gut und im Anschluß daran wollten die Män- ner sich auch mal treffen, um die Isolation, in der bisher die Kon- flikte ausgetragen worden waren, aufzuheben und sich diese Diskussion nicht länger nur aufzwingen zu lassen, sondern selbst weiterzuführen.

Es kam auf diesem Treffen auch einiges an Schrott zum Vorschein, wo wir vorher gar nicht rangek- ommen waren, und das ist gut und nicht schlecht gewesen.

Doch dann kam alles anders. Sie trafen sich nur 2 mal, danach ging alles weiter wie vorher. Die Lust, in Club zu gehen, zu Hause oder im Bett — frau kennt das ja — blieb wieder auf den Frauen allein hängen, die Männer taten nicht Besonderes von sich aus.

Das Private ist noch lang nicht öffentlich! Und als die FG auch eine Weile nicht tagte, waren bei mehre- ren von uns Resignation und Rück- schritte in Bezug auf das Selbst- bewußtsein und die Wahrhaftigkeit zu verzeichnen.

Wenn die MG damals weiterge- arbeitet hätte, bin ich sicher, daß einige Probleme, die einzelne Frauen unheimlich mitgenommen haben, schneller und klarer, — weiß öffent- licher — hätten ausgetragen werden können! Die MG wäre ein Fort- schritt gewesen. Allein, sie kam nicht zustande.

As, KB Dortmund



Kinder



Kurzmeldungen

„Sorgerecht“ diskriminiert Kinder geschiedener Eltern

So manchen fortschrittliche Eltern, die, bisher verheiratet, sich scheiden lassen wollten, haben in den letzten Jahren versucht, vom Familiengericht gemeinsames Sorgerecht für ihre Kin- der zu bekommen. Denn manchmal traut man/frau sich zu, trotz Schei- dung gemeinsam das Sorgerecht aus- üben zu können.

Der Hintergrund dafür ist, daß es sich — entgegen weitverbreiteter Auf- fassung unter Linken — beim Sorge- recht nicht nur um ein Stück Papier handelt. Ohne Sorgerecht z.B. kann man sein Kind nicht losbekommen, wenn es mal schwarzgefahren ist oder ähnliches, wenn man bei Behörden nichts ausrichten usw. Ein Kind mit nur einem sorgeberechtigten Elternteil landet erst einmal beim Jugendamt, wenn diesem Elternteil etwas zustößt. Es ist also auch durchaus im Interesse des Kindes, soweit möglich, auch nach einer Scheidung von zwei vernünftigen Elternteilen in „Sorge“ genommen zu werden.

Lange Zeit haben sich die Gerichte diesem Ansinnen gegenüber taub ge- stellt, weil das bisher geltende Recht die Erteilung des Sorgerechts an einem Elternteil zum Regelfall machte. 1970 haben sich ein Gericht in Mannheim und jetzt im Juli das Han- seatische Oberlandesgericht in Ham- burg darüber in Einzelfällen hinweg- gesetzt.

Aus dem letztgenannten Urteil, das von einem höheren Gericht stammt, werden allerdings nur noch Eltern Vorteile ziehen können (wenn über- haupt), die bis zum Ende des Jahres geschieden werden. Von da an gilt ein geändertes BGB, das ausdrücklich die Übertragung des Sorgerechts an ein Elternteil vorsieht. Begründet wird das u.a. damit, daß sonst Eltern um schnell geschieden zu werden, sich ge- meinsam mit dem Jugendamt abstim- men und das Sorgerecht auf einen der Elternteile übertragen. Das ist aber nicht im Interesse des Kindes, sondern die, die meinen, diese Aufgabe noch koordi- niert und gut zu zweit wahrnehmen zu können. Da geht den Familien- politikern natürlich der Hut hoch, weil das Ideal der Familie als bester „Brutstätte“ fürs Kind angekratzt wird.

Ähnlich und noch düsterer sieht es für Eltern aus, die gar nicht erst bei- raten. Das Sorgerecht bekommt aus- schließlich die Mutter, für den Vater gibt es nur die Möglichkeit, das Kind für „ehelich“ zu erklären. Womit dann die Mutter das Sorgerecht ver- liert. Es sei denn beide heiraten.

Der alltägliche Kampf gegen die „Kinderkriminalität“

Nicht nur die bessere Justiz (s. AK 161), auch die Polizei zeigt besonde- ren Eifer, wenn es darum geht, Ju- gendliche in den Knast zu bringen. Ein Fall aus dem Alltag: Ein 15-jäh- riger wurde festgenommen, weil er ein- zwei Tage vorher als gestohlen gemel-

detes Moped fuhr und bei Annähe- rung eines Streifenwagens „Fluchtbewegungen machte“ (Polizeisprecher Kraus). Der Junge kann wahrscheinlich von Glück sprechen, daß er bei diesen „Fluchtbewegungen“ nicht auch noch in seine Brusttasche faßte.

Der Behauptung des Jungen, er habe das Moped in einer Kiesgrube gefunden und es jetzt zurückbringen wollen, wurde kein Glauben ge- schenkt, denn der 15-jährige war schon „einschlägig“ in Erscheinung getre- ten: Vor einem Jahr hatte er schon einmal ein Moped gefunden und zur Polizei geschleppt, was ihm eine An- zeige einbrachte, ansonsten soll er mehrmals unerlaubt auf fremden Mo- peds gefahren sein. Strafrechtlich hat- te all das aber keine Konsequenzen gehabt.

Der so „einschlägig“ Bekannte wurde nach Hause geschleppt — zur Hausdurchsuchung. Beschlagnahmt wurde eine Würgewaffe, die als Zim- merschmuck an der Wand hing und nach Meinung eines beteiligten Polizis- ten, „eine Mordwaffe, die unter Be- stimmung des Waffengesetzes fällt“ darstellte.

Darmit mit „Induzien“, die auf einen „kriminellen Charakter“ des Jungen schließen lassen, ausgerüstet, wurde er erst einmal wieder auf die zuständige Wache und dann in eine Haftzelle des Frankfurter Polizeiprä- diums verschleppt. Mutter und Bruder erhielten keine Auskunft über seinen Verbleib. Erst am nächsten Tag, in- zwischen hatte der Junge bei einer weiteren Vernehmung seine Darstel- lung aufrecht erhalten, wurde er wie- der freigelassen.

Mutterschaftsurlaub — auch für Männer?

Schätzungen weichen hier, denn Hans-Joachim Lauth, Sprecher des Bundes-Verbands der Frauen, glaubt, daß am 1. Juli 1979 in Kraft tretendes Gesetz eröffnet Müttern die Möglichkeit, nach Ablauf der Schutzfrist (zwei Monate nach der Geburt) vier Monate Urlaub zu nehmen, in denen sie sich — so heißt es in den schönen Glanzdruckbrochüren des Familienministeriums — „über die bisherige Mutterschutzfrist hinaus weiter erholen kann und sie von der Doppelbelastung durch ihre Pflichten als Arbeitnehmerin und Mutter wenig- stens in der besonders wichtigen ersten Lebensphase ihres Kindes entlastet wird“.

Über diese Möglichkeit sind viele (werdende) Mütter froh, auch wenn die Bundesregierung das Gesetz sicherlich nicht in einem seltenen Anfall von Humanität erdacht hat, ihr ging es darum, Frauen mit dem Bonbon, vier Monate „frei“ mit ihrem Baby verbringen zu können, einen längeren „Abschied vom Berufsleben“ schmackhaft zu machen, Krippenplätze einzusparen und die Geburtenrate mit solcherlei „materi- ellem Anreiz“ (vergl. dazu AK 151 und 154) hochzutreiben.

Während der vier Monate Mutter- schaftsurlaub muß der alte Arbeits- platz freigehalten werden, 750 DM

werden gezahlt (von der Krankenkas- se) und die Sozial- und Krankenver- sicherung läuft weiter.

Das Gesetz beschränkt diesen Ur- laub auf Mütter. Deshalb klagt jetzt ein Vater, der sich mit seiner Freundin geeinigt hat, daß es besser ist, wenn er den Mutterschaftsurlaub nimmt. Ein- mal, weil sie wesentlich besser ver- dient als er. Zum anderen, weil sie durch Schwangerschaft, Geburt und Stillen meint, „eine Art Vorsprung vor dem Vater“ zu haben. Sehr positiv aufgenommen wird diese Klage, über die eventuell, wenn überhaupt, erst in Jahren verhandelt wird, u.a. von „Emma“, die neben einem Artikel wesentliche Teile der Begründung der Verfassungsbeschwerde abdruckt (September 79).

Im wesentlichen kann man unserer Meinung nach dieser Klage Erfolg wünschen, auch wenn dieser Wunsch bei realistischer Betrachtung des Ver- fassungsgerichtes sehr viel Aussicht hat, fromm zu bleiben. Einschrän- kend oder ergänzend scheinen uns folgende Punkte wichtig.

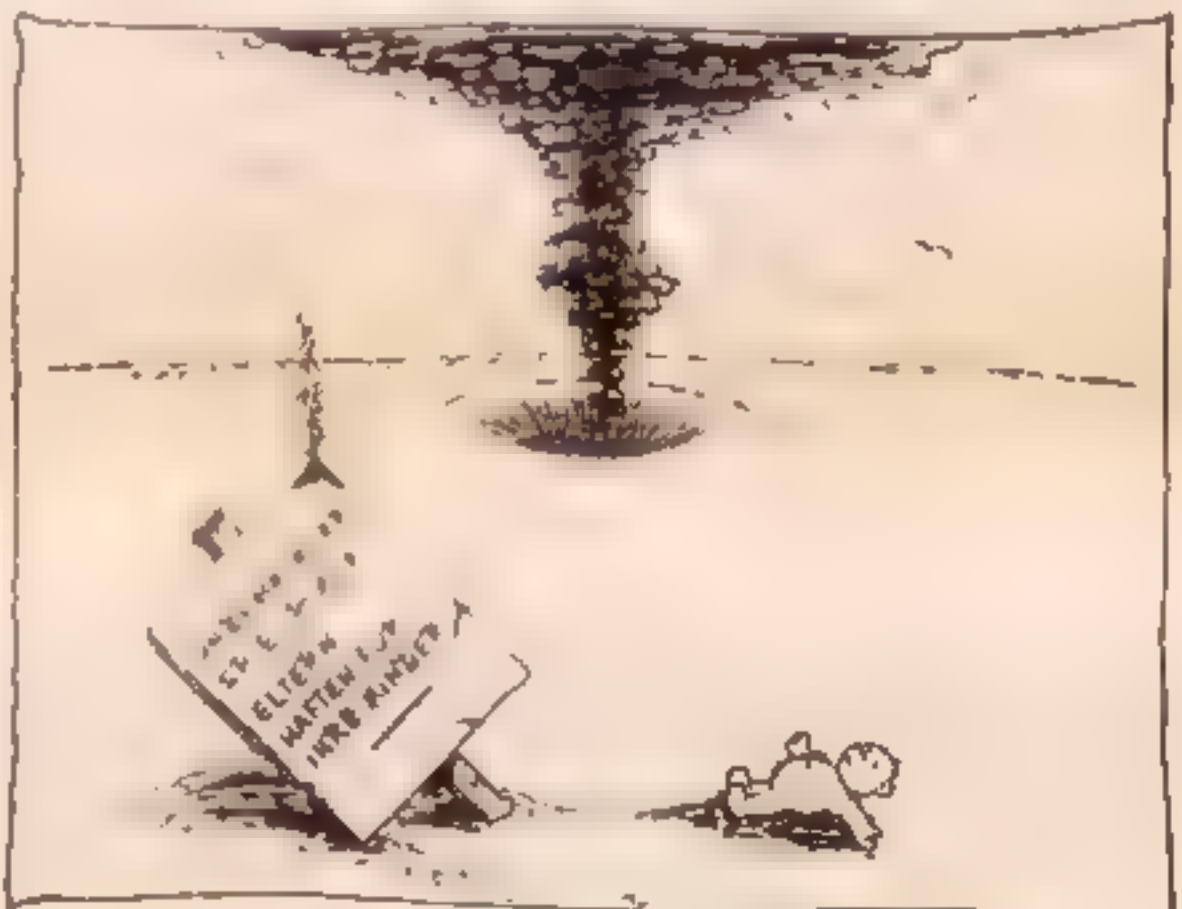
Das bestehende Gesetz verknüpft in seiner Begründung die Erholung der Mutter über die bisherige Schutz- frist hinaus mit der Betreuung des Kindes. Weil die Mutter es noch nicht

schaftsurlaub“ nimmt. Die Bundesre- gierung soll damit beim Wort genom- men werden. „Da liest man in den schönen Broschüren vom Familienmi- nisterium, daß in der Ehe alles ‚part- nerschaftlich‘ geregelt werden soll, und dann wird diese Partnerschaft- lichkeit vom Gesetz verhindert!“ („Emma“, 9/79). Wir meinen, daß nach Austragen und Geburt eines Kin- des die Mutter entscheiden sollte, ob sie selbst sich hauptsächlich um die Be- treuung kümmern will oder der Va- ter. Aber da wird uns das Verfas- sungsgericht bestimmt nicht zustim- men.

Zum Kotzen!

Am 6. September explodierte im Kel- ler eines Hamburger Wohnhauses eine Mischung, die drei Kinder beim Experi- mentieren mit einem Chemiebauka- sten hergestellt hatten. Ein achtjähri- ger Junge starb, seine beiden Freunde wurden schwer verletzt.

Für die bürgerliche Presse sind sol- che Unglücksfälle eigentlich immer Anlaß, die eine oder andere Geschie- che aus dem Familienalbum der Familie als rührende Geschichte aufgemacht



voll erholt ist, kann sie sich ja gleich mit ums Kind kümmern. Aus kapital- istischer Logik ist das durchaus ein- leuchtend, eine vernünftige Begrün- dung dafür gibt es entsprechend nicht. Wenn die Mutter sich erholen muß, ist das eine Sache — nämlich ihre Be- treuung des Kindes ist etwas ganz anderes. Was die erste Sache, den Schutz der Mutter, angeht, sind die zwei Monate nach der Geburt — wie schon hundertmal bewiesen — zu kurz. Nicht umsonst hält die BRD bei Müttern und Säuglingssterblichkeit traurige Rekorde unter den kapitalis- tischen Staaten. Was die zweite Sa- che, die Betreuung der Kinder an- geht, gibt es eben kaum Einrichtungen, in denen man Säuglinge tagsüber mit gutem Gewissen unterbringen kann, so daß die Betreuung durch ein Elternteil (schlimmer Großeltern u.a.) zur Notwendigkeit wird. Wenn diese gesetzlich gegeben ist, sollten wir na- türlich, wie in allen Fragen der Kin- dererziehung, darauf bestehen, daß das sowohl Mann als auch Frau ma- chen können und müssen. D.h. wir sind für die Verlängerung der Schutz- fristen für Mütter und für die Mög- lichkeit der Freistellung eines Eltern- teils für eine gewisse Zeit nach der Geburt, bei der die SPD/FDP-Rege- rung mit ihren vier Monaten ja eh reichlich knausig war.

Insofern würden wir auch der Ver- fassungsbeschwerde etwas widerspre- chen, wenn behauptet wird, die Mut- ter sei nach Ablauf der geltenden Schutzfrist „in biologischer/gesund- heitlicher Hinsicht wieder in einer Si- tuation voll vor der Schwangerschaft und auch voll arbeitsfähig“.

Der zweite Punkt, den wir nicht so ganz teilen, ist die Erklärung, Mutter und Vater sollen gemeinsam entschei- den, wer denn nun den „Mutter-

zu verkaufen. Nicht so in diesem Fall. Denn der Vater des getöteten Jungen war „Terrorist“. „Zwei Sprengstoff- verbrechen und vier Banküberfälle ka- men auf das Konto der Bande, der er angehörte. Auch der Verletzte ... ist sein Kind“ („Bild am Sonntag“, 9.9.). Und bei einem „Terroristen“ als Vater wird das Unglück schnell „für die politische Polizei der Han- sestadt immer interessanter“. Freut sich „Bild am Sonntag“ „Jetzt prüft die Staatsanwaltschaft, ob die Ver- leter vielleicht noch Reste von Spreng- stoffen in seinem Keller, in dem die Kinder experimentierten“. Um den Rufmord perfekt zu machen, wird selbstverständlich der volle Name der Familie abgedruckt.

Die Polizei ist übrigens inzwischen bei ihren Ermittlungen auf das Gelän- de einer ehemaligen Fabrik gestoßen, auf dem nach ersten Meldungen über 80 Tonnen hochexplosiver Sprengstof- fe, Munition und giftiger Chemikalien lagern. Auf die Spur kam man „durch Befragung der beiden überlebenden Jungen“. Ein direkter Zusammenhang zwischen dem Unfall und dem ge- lagerten Sprengstoff sei freilich bis jetzt noch nicht erwiesen“ („Welt“, 13.9.). Na ja, hier hat man mit einem „In- dustrieunfall“ zu tun und nicht mit einem Terroristen, da kann man nicht so „vorschnell“ verdächtigen. Inzwi- schen konzentriert sich allerdings der Verdacht immer mehr auf dieses La- ger: Bis zum 14.9. waren dort schon über 500 Tonnen Munition, Spreng- stoff und Gift gefunden worden, ge- nug, um mehrere Hamburger Städt- teile in die Luft zu jagen. Kinder und Jugendliche hatten sich davon schon einiges besorgt. Zeit genug war ja. Das Zeug lagert dort seit 1945.

Kinderkommission

Das KINDERHAUS in der Heinrichstraße 113 ist eine von Eltern aufgebauete und ge- tragene Kinderkulturstätte mit alternativen Erziehungsansätzen, die die Frau und den Mann als Erziehungspartner in der Er- ziehung des Kindes sieht. Seit über 7 Jahren ist das Kinderhaus ein wichtiger Bestandteil der Lebenswelt der Kinder in Hamburg.

Die 27 Greifler und Autoren dieses Sam- melbandes und der Verlag haben aus Soli- darity mit dem Kinderhaus sei ihr Honorar verzichtet um diese Broschüre als Initiative finanziell und moralisch zu unterstützen.

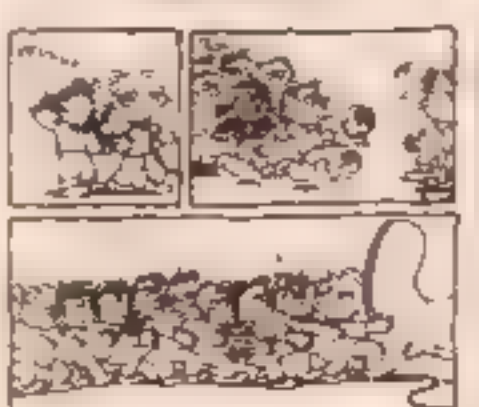
Das KINDERHAUS-BUCH, Geschichten, Lieder, Bilder, Comics für Kinder von 6-12 Jahren, 128 Seiten, 14,4 x 20,8 cm, DM 10,-

ISBN 3-921-335-09-8

Herausgegeben von KINDERHAUS in der Heinrichstraße 113, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/43 38 49. Veröffentlicht in Zusammenarbeit mit dem Verlag. Blumstraße 113, 2000 Hamburg 20 Oktober 1977

Auf der Gegenüberseite 79: Auftragsauftrag mit einem Alternativen Preis der Arbeitsgemeinschaft Arbeitsgemeinschaft AGAV

DAS Kinderhaus BUCH



Ausgabe: 1000 Exemplare. Jedes Exemplar ist ein Geschenk von 1-2 Jahren von einem Kind. Die Kinder haben das Buch mit ihren eigenen Zeichnungen und Geschichten gestaltet. Die Kinder haben das Buch mit ihren eigenen Zeichnungen und Geschichten gestaltet.



Lesben • Schwule

Christa Mewes — eine deutsche Anita Bryant!

Daß Christa Mewes mit ihrer reaktionären Pädagogik weithin Interesse findet (ihre Bücher erreichten bisher eine Auflage von 2 Millionen!) und deutliche Unterstützung von Seiten reaktionärer bis faschistischer Kreise findet, wurde schon in AK 129 sehr gut dokumentiert. Doch auch wir Schwulen bekamen kürzlich unseren Anteil an ihrer Sichtweise mit.

Im Leitartikel des „Rheinischen Merkur“ (3.8.79), einer von der Katholischen Bischofskonferenz mitfinanzierten Zeitung, beschäftigte sich die „Hausfrau und Mutter“ aus Uel-



Buchautorin Christa Mewes (2 Mio. Aufl.) sieht durch die Schwulen die „gesunde Substanz aller“ gefährdet

zen mit dem Problem, wie angesichts immer offener auftretender Homosexueller „die Volkserziehung“ wieder mehr „Anspruch auf Gehör“ erhal-

ten könne. Scheinmüßig fragt sie in der Überschrift: „Homosexualität als Vorbild?“ und setzt dann lang und breit auseinander, warum „unsere Kinder“ wieder mehr „geschützt“ werden müssen.

Anita Bryant trat mit der ebenso scheinheilig benannten „Save Our Children Inc.“ (Rettet unsere Kinder) an die amerikanische Öffentlichkeit, um die Schwulen wieder zurück ins Ghetto zu treiben (ausführlich beschrieben in der Brochure „10 Jahre Stonewall — 10 Jahre Schwulen- und Lesbenbewegung“ der AG Schwule). In den USA treten die Schwulen heute allerdings um ein vieles massiver und massenhafter auf als bei uns.

Trotzdem hetzt Christa Mewes nach dem Motto „den Anfängen wehren!“ kräftig drauflos. Anlaß war eine Demonstration von etwa 1.500 Schwulen und Lesben anläßlich des „Homohubi“-Treffens in Frankfurt. Da schreibt sie von „bedrückenden Eindruck“, den der Fernsehbericht über die Demo vermittelt habe. „Wie entsetzlich elend sehen die ins Bild gerückten aus — wie krank!“

„Die Bürger schweigen verwerflich, viele spüren... einen nicht definierbaren Widerstand. Sie haben das dumpfe Gefühl, daß ihr Widerstreben nicht nur einfach ewiggestrig ist, sondern das nicht näher artikulierbare Gespür für eine Gefahr, für ein sich ausbreitendes Nicht-In-Ordnung-Sein — eine Abwehr, die gar nicht dem Einzelnen gilt, sondern sich auf die Gefährdung der seelisch gesunden

Substanz aller bezieht.“ Diesen Satz sollte man/frau ruhig noch einmal lesen — die Ungeheuerlichkeit allein der Wortwahl ist atemberaubend!

Dies sind allerdings keine Ausreißer, nein, es geht in eben dieser Art weiter. So hat das Streben nach der „Schöpfungsordnung“ (= Heterosexualität) „mehr Gesundheit“, „mehr Zukunft zur Folge“. Sonst drohe „Verfall und Untergang“ des deutschen „Volkes“. Deshalb müsse durch entsprechende Erziehung dafür gesorgt werden, „daß es in der jungen Generation mehr gerade Gewachsen gibt“. Da kommt selbst der „Vorwärts“ nicht umhin, ihr vorzuwerfen, derartige Wörter hätten „Ende der zwanziger Jahre eine Aufforderung zum Eintritt in die ASDAP nach sich gezogen“ (D.8.79).

Aber belästigt nicht nur in Worten offenbar Christa Mewes ihre rechte Gesinnung. Der Inhalt entspricht exakt faschistischer Argumentation: es gibt eine natürliche Norm, wer sie verletzt, gefährdet die Gesundheit und Zukunft des Volkes, vor allem die bei uns vorhandene „seelisch gesunde Substanz“. Da die Volkmeinung gesund ist, muß krank sein, wer die Norm nicht erfüllt.

Ansatzpunkt — wegen des großen Erfolges nun auch in diesem Theater —: die Verführung zur Homosexualität. Da Homosexualität „im jungen Erwachsenenalter durch ein entsprechendes Erlebnis zur manifesten Weichenstellung gebracht“ werde, müsse vor allem erreicht werden, daß

es zu solchen Erlebnissen gar nicht erst kommt. Und wodurch? Erraten zurück ins Ghetto! Mehr noch: die Homosexuellen sollen in ihr Programm aufnehmen, „mitzuhelfen, daß Jugendliche nicht zur Homosexualität verführt werden“!

Wie sagte doch Anita Bryant: „Wenn man den Homosexuellen erlaubt, an die Öffentlichkeit zu



Was sich beim Papst (hier Paul H. R. 8.) angeblich schwul, in inniger Umarmung unter dem Fimmel abspielt, ist uns egal. Nur daß uns die Kirche mit ihrer sexfeindlichen Moral bedroht, ist von Übel. Wie Paul spricht auch Christa von einer „Schöpfungsordnung“. Nicht der Schwule ist pervers, sondern die Pfaffen/innen, die ihm was wollen.

kommen entmutigt dies die Jugend“ (1. New York Post, 25.2.77). Oder: „Es gibt kein Menschenrecht, unsere Kinder zu verführen“ (Anzeige der „Save Our Children Inc.“)

Hier wie dort, derselbe an herkömmliche Vorurteile ansetzende Quatsch mit brauner Soße. Nur haben wir es nicht mit einer munder intelligenten Werbenschauspielerin zu tun, sondern mit einer gelehrten Psychotherapeuten, die für ihre reaktionären Unterstüßer pseudowissenschaftliche Argumente für ein moralisches und pädagogisches Roll-Back liefert. Nicht umsonst verlieh ihr die Herderhücherei eine Goldmedaille, Springer gratulierte und läßt sie öfters neben dem Erzkonzern Prof. Hofstätter psychologische Ratschläge unter Volk bringen, und die „Deutschland-Stiftung“, CSU-eigen und gerichtlich bestätigt „von Alt- und Neufaschisten durchsetzt“ („DVZ“, 26.8.79), verlieh ihr den sogenannten „Adenauerpreis“.

Wir haben in der Brochure „10 Jahre Stonewall...“ dargelegt, daß die Kampagne der Anita Bryant Teil einer Strategie der Rechten ist, über Fragen der Moral, der Gleichberechtigung von Minderheiten oder der Frauen einen politischen Rechtsruck abzustützen und gegebenenfalls zu forcieren. Bei uns ist der politische Rechtsruck schon Realität und bei einem Kanzler Strauß ist die weitere Entwicklung klar abzusehen. Hier beginnt jetzt aber der Kampf an der ganzen Front, die Reform des § 218 wird zunehmend angegriffen, es wird vom Aussterben der Deutschen gefaselt und Christa Mewes bläht zum Malai auf die Schwulen.

Wenn sich zunehmend Schwule in „Anti-Strauß-Initiativen“ zusammenschließen, sollte Christa Mewes die ihr gebührende Aufmerksamkeit finden. Ihr Schoß ist fruchtbar noch! AG Schwule

P.S. Wir fordern speziell unsere schwulen bzw. lesbischen Leser auf, zum aufkeimenden antischwulen Roll-Back in Leserbriefen Stellung zu beziehen.

glücklicher fühlen und England würde

glücklicher fühlen und England würde ein besserer Ort für ihre Bemühungen sein.“ Seine Meinung über Mary: „Sie ist nett und sehr lieb, aber sie kann sehr dumm sein.“

Mary Whitehouse zog sich daraufhin aus der ganzen Angelegenheit zurück. Sie sei nicht darauf vorbereitet, mit dem Bischof zu argumentieren, meinte sie (Aus „Gay News“, Nr. 171) AG Lesben

Gottesdienst

Im Rahmen der „Gay-Pride-Week“ fand in England ein schwuler Gottesdienst statt. Ca. 200 Leute aus neun Ländern kamen, unter anderen Pastor Joseph Douce aus Paris. Pastor Jones Clinton hielt die Predigt und ein Vertreter der NIGRA aus Belfast leitete die Gebete. Die schwule Gemeinde drückte ihre Freude über diesen ungewöhnlichen Gottesdienst auch dadurch aus, daß sie die Kirche mit vielen „Gay-Pride-Week“-Luftballons schmückten. Ein ähnliches Ereignis wird für den 16. Dezember in der gleichen Kirche geplant (aus „Gay News“ Nr. 172) AG Lesben

Whitehouse

Der 66-jährige Dr. Stockwood, seit 20 Jahren Bischof, hatte in seinem Rundbrief an seine Diözese geschrieben, daß Homosexuelle, genau wie Heterosexuelle, zu einer „reinen und glorreichen Beziehung“ fähig sind. Außerdem schrieb er, daß „solche Beziehungen notwendig sein können, um ein ausgefülltes Leben und wahres Glück zu erreichen“. Derartiges rief natürlich sofort Mary Whitehouse auf den Plan. Sie schrieb flugs einen bösen Brief an den Bischof, in dem sie ihn u.a. fragte, ob er „die Praktiken ständiger Masturbation und Sodomie, die unter einigen Homosexuellen üblich sind, unterstützt, ob er von der Kirche erwartet, das gleiche zu tun und ob er meint, daß diese Praktiken der Wille Gottes sind“.

Der Bischof erwiderte, sie solle doch ihre Sex-Besessenheit aufgeben und lieber ein wenig Sozialarbeit leisten. Es gäbe doch zum Beispiel so viele arbeitslose Jugendliche. „Wenn Mrs. Whitehouse ihnen helfen könnte, würde sie sich bestimmt

Sieg in den USA!

Die Sache hatte begonnen, Aufsehen zu erregen, als der Engländer Carl Hill sich am Flughafen von San Francisco nicht zurück nach England schickte. Er war mit seinem Freund gekommen, um am „Gay-Pride-Day“ teilzunehmen, da erlebte er bei der Einwanderung eine unangenehme Überraschung. Die Einwanderungsbehörde wollte ihn nicht ins Land lassen, da durch seine „Gay-Pride“-Plakette klar sei, daß er schwul ist. Carl kehrte aber nicht resigniert um, wie die meisten vor ihm, die auf dieses Hindernis gestoßen waren, sondern er bestand auf Einwanderung. Die Gesetzgeber, daß in einem solchen Fall eine Kommission des „Öffentlichen Gesundheitsdienstes“ eingesetzt wird, um den Aufmäpfeln zu untersuchen. Bei Schwulen besteht diese Kommission aber aus Psychologen und Psychiatern! Ein schwuler Anwalt nahm sich der Sache an, mit dem Ergebnis, daß sich die zuständige Kommission für nicht kompetent hielt, eine Diagnose zu stellen. Homosexualität ist in den USA vor kurzem aus dem Katalog der Krankheiten gestrichen worden. Wie also etwas diagnostizieren, das gar keine Krankheit ist? Die Kommission meinte, das würde das glei-

che bedeuten wie „Ampel“ Krankheit herauszufinden.

Carls Fall hatte internationale Solidarität hervorgerufen. Die IGA schaltete sich sehr effektiv ein, Aktionen in Europa, Australien und Neu Seeland fanden statt. Als Carl einen Protestbrief mit 1000 Unterschriften bei der amerikanischen Botschaft übergab, wußte er noch nicht, daß die Schlacht wenige Stunden vorher gewonnen worden war! Die Einwanderungsbehörde lenkte ein.

Aber die Freude war nur kurz. Einwanderungsbeamte hielten kurz darauf ein schwules mexikanisches Paar auf und wollten es mit dem nächsten Flugzeug zurückschicken. Ein amerikanischer Freund, der gekommen war, um es abzuholen, rief sofort den Anwalt an, der schon Carl unterstützt hatte. Auf die Verantwortung des Anwalts durften die beiden dann doch einreisen. Ein Hearing sollte am 14. August stattfinden. Wieder wurde internationaler Protest laut. In England wurden dem amerikanischen Botschafter ein Protestbrief, der von vielen Prominenten und unbekannten Schwulen unterzeichnet war, und ein persönlicher Protest von Carl übergeben, der inzwischen nach England zurückge-

kommen war, gleich nachdem er seinen Fall gewonnen hatte.

Kurz vor dem Hearing machte die Einwanderungsbehörde einen Rückzieher. Sie verzichtete auf das Hearing und ließ eine Anweisung an alle Einwanderungsstellen ergehen, künftig nicht mehr das Gesetz mit Zwang durchzusetzen. Der Konkrete soll sich jetzt um die Aufklärung der konfuse Rechtslage kümmern. Die schwulen Aktivisten begrüßen das, sie erwarten, daß dieses diskriminierende Gesetz endlich aus den Gesetzbüchern verschwinden wird.

Bis vor zwei Monaten war unbekannt gewesen, wie oft derartige Ereignisse an den Grenzen stattfanden. Jetzt wird deutlich, daß es wesentlich häufiger war, als die meisten vermutet hatten. Bis jetzt waren alle immer kampflös wieder umgekehrt. Die IGA hat dazu aufgerufen, solche Fälle auch in anderen Ländern zu untersuchen und die Gesetze zu überprüfen. Es liegen schon Berge von Material vor. Aufgrund dessen soll dann auch in anderen Ländern der Kampf in diese Richtung aufgenommen werden. (aus „Gay News“, Nr. 173)

AG Lesben

Heterosexualität ist heilbar!

Die amerikanischen Zeitungen überschlagen sich anläßlich der Ergebnisse einer Untersuchung, die das bekannte Forscherehepaar Masters und Johnson in ihrem kürzlich erschienenen Bestseller „Gibt es eine Rettung für Heterosexuelle?“ einer staunenden Öffentlichkeit präsentieren.

Sensationellste Erkenntnis: Es ist möglich, Heterosexuelle umzupolen! Von 54 Männern und 13 Frauen, die die das Paar zwischen 1968 und 1977 behandelte, wurde nur jede/r dritte rückfällig. Insgesamt wird die Mißerfolgsrate nach Ansicht von Masters keinesfalls die 45 %-Marke überstei-

Ausgangspunkt dieser Heilungen war die Erkenntnis vorheriger Untersuchungen: 88 schwuler-lesbischer Paare und 57 Heteropaare hinsichtlich

nach ihrer Sexualität. Dabei zeigte sich, daß homosexuelle Sexualakte weitaus kommunikationsfreudiger, einfühlsamer und phantasievoller waren als die der Heterosexuellen, bei denen sich der Sex unter großem Schweigen abspielte, mechanisch und im Akkordverfahren. Um in Zukunft möglichst vielen Menschen die positiven homosexuellen Liebesmöglichkeiten zu erschließen, begannen sie in aller Stille mit ihren Umpolungsbehandlungen.

Diese Therapie kann aber nur bei Heteros mit einer hohen Motivation durchgeführt werden. Bei den Klienten handelte es sich deshalb vor allem um solche, die extrem unter ihrer heterosexuellen Veranlagung litten. Manche Fragen bleiben vorerst noch offen. So ist eine prinzipielle Aussage über die Umpolmöglichkeit auf

der Basis von nur 67 Patienten schwerlich möglich.

Ein Genosse aus Hamburg

Anmerkung der bearbeitenden AG Schwule. Der Genosse berichtet zwar wahrheitsgemäß von den Untersuchungen über homo- und heterosexuelle Sexualität, begeht aber zwei wichtige Fehler: erstens heißt das Forscherehepaar Masters und Johnson und zweitens haben sie Homosexuelle und Lesben zu Heterosexuellen umgepolt, was zwar der Logik ihrer vorherigen Untersuchung entgegensteht, aber Masters und Johnson sind schließlich selbst hetero.

Wir hoffen, mit unserer Richtigstellung dem Genossen trotzdem nicht den Mut zu weiteren Beiträgen genommen zu haben!

Abonniert den

ARBEITERKAMPF!

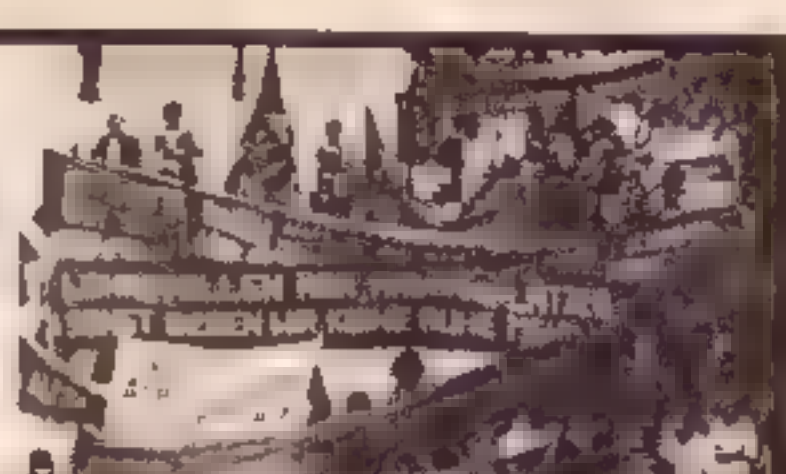
Diese einzigartige linke Zeitung mit ständigen Schwulen /Lesbenseiten erscheint 14-täglich und kostet im Abo

27,50 DM halbjährlich
55,- DM jährlich

Bestellungen an
J Peents Verlag
Lärchenstr.75
2000 Hamburg 50



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Gesamtschulstreit in Hamburg-Altona:

„Gesamtschule soll bleiben, wir lassen uns nicht vertreiben“



Der Aufruf der Reaktion zur Verteidigung ihrer Privilegien

Nach einem Urteil des Oberverwaltungsgerichts muß die sogeben erst neu eingerichtete Gesamtschule Altona wieder geschlossen werden, die vier dort eingerichteten Gesamtschulklassen haben das Gebäude unverzüglich zu verlassen. Das von einem rechtlichen Gymnasiallehrer erstellte Urteil ist bei den betroffenen 118 Kindern, den Eltern und den Befürwortern der Gesamtschule auf große Empörung gestoßen und bringt die halbherzige Gesamtschulpolitik der SPD erheblich unter Druck. Einhellige Meinung von Kindern und Eltern: wir bleiben hier!

„OVG – NEE!“

„OVG – NEE!“

Durch eine Änderung des Schulgesetzes wurde Ende 1977 das sog. „Elternrecht“ eingeführt, d.h. daß die Eltern nach der vierten Klasse darüber bestimmen, welche Schulform (Hauptschule, Realschule, Orientierungstufe, Gesamtschule) ihre Kinder besuchen sollen. Bei einer Befragung der betreffenden Eltern entschieden sich 21% für die Gesamtschule, woraufhin 13 neue Gesamtschulen eingerichtet werden mußten. Dies geschah durch die Umwandlung bestehender Schulen des dreigliedrigen Schulwesens in Gesamtschulen. Eine dieser umzuwandeln Schulen war das Gymnasium Neu-Altona, wo zum Schuljahresbeginn vier Gesamtschulklassen aber keine Gymnasialklassen mehr eingerichtet wurden. So soll hier allmählich das Gymnasium auslaufen. Gegen diese vom Elternwillen getragene Entwicklung ging ein Elternteil eines Gymnasialkindes vor Gericht. Um bis zur Klärung des Rechtsstreites den Unterricht für die angemeldeten Gesamtschul Kinder zu gewährleisten, ordnete die Schulbehörde eine „sofortige Vollziehung“ des Gesamtschulprojekts an. Diese wurde jetzt vom Oberverwaltungsgericht in einer nicht anfechtbaren Entscheidung aufgehoben. Bis zum in einigen Jahren anstehenden Hauptverfahren sei die Gesamtschule zu stoppen.

In der Urteilsbegründung bedient sich das Gericht eines kaum zu überbietenden kinderfeindlichen Zynismus. Dort heißt es: „Der bei einem solchen Prozeßbeginn während der Prozeßdauer eingetretene Zeitverlust ist von untergeordneter Bedeutung.“ Die Einrichtung der Gesamtschulklassen sei „gegenwärtig weder im öffentlichen Interesse noch im überwiegenden Interesse eines Beteiligten.“ Während die Interessen der 118 auf

die Straße gesetzten Kinder vom Gericht schlichtweg ignoriert werden, wird das politische Interesse des Elternrechts dessen Kind am Besuch des Gymnasiums in gar nicht zu vernachlässigender Weise gewahrt. Der Antragsteller, ein Gymnasiallehrer, hat sich für die ausschließlich gehaltene Unterhaltung der 118 Schüler für den Besuch einer Gesamtschule gemeldet haben (...) und infolge der aufschubenden Wirkung der Anfechtungsklage während der Prozeßdauer in dem Gymnasium als Gesamtschüler nicht unterrichtet werden können, wiegt ebenfalls nicht schwerer als das Interesse der Antragsteller.“

Daß es sich hier um ein von Gesamtschulgegnern erstelltes politisches Urteil handelt, wird vollends deutlich, wenn vom Gericht auch die anderen neu eingerichteten Gesamtschulen, wenn vom Gericht auch die anderen neu eingerichteten Gesamtschulen in Frage gestellt werden

„Die Antragseignerin indes hat zu spätlich zu den bereits bestehenden acht Gesamtschulen zum Beginn des Schuljahres 13 neue errichtet, so daß sich möglicherweise eine Zahl ergibt, die das für eine Erprobung notwendige und zutreffende Maß überschreitet. Hinzu kommt, daß die Antragseignerin für die Errichtung neuer Gesamtschulen Gebäude bestehender Regelschulen in Anspruch nimmt. Bei diesem Vorgehen der Verwaltung drängt sich der Eindruck auf, daß die Gesamtschulen nach den Plänen der Antragseignerin nach und nach bestehende Regelschulen herkömmlicher Art verdrängen sollen. Ob dies noch mit dem Versuchscharakter der Errichtung von Gesamtschulen zu vereinbaren ist, muß im Hauptverfahren geklärt werden.“

Das Urteil hat für die betroffenen Schüler weitreichende Folgen: 118 Gesamtschüler im Alter von zehn bis zwölf Jahren müssen nach zweiseitigem Unterricht in ihrer Gesamtschule diese Gebäude verlassen und sich somit erneut an eine neue Umgebung gewöhnen. Sie werden dabei erhebliche längere Fahrzeiten in Kauf nehmen müssen, während in Altona Räume leerstehen. Da einige Lehrer sowohl im Gymnasium als auch in Gesamtschule unterrichten, wird eine räumliche Trennung dazu führen, daß sich der Schüler auch an 21 neue Lehrer werden gewöhnen müssen.

Kinderfeinde als „Retter der Schule“

Die Eltern, die hinter der jetzt positiv beschundenen Klage stecken, sind auf dem Privilegien des Gymnasiums bedachte Kräfte, deren kinderfeindlich-

keit jetzt offensichtlich wird. Einer der Beteiligten ist Mitinitiator der Initiative „Elternrecht für alle“. In dem Fugenhaut hatte es unter der Parole der Gesamtschule „Gesamtschule heute – unsere Zukunft“ eine Kundgebung gegeben, zu der eine Anzahl Gesamtschuldemonstration im Januar aufgerufen. Mit von der Partie war damals die „Hamburger Gemeinschaft Rettet die Schule“, die so tat, als würde sie von den Interessen der Eltern aus argumentieren, wenn sie zur Ablehnung der Gesamtschule aufruft. „Niemand weiß, wo sich künftige Orientierungstufen und neue Gesamtschulwege befinden werden, welche Schulwege und welche organisatorischen Schwierigkeiten also auf die Kinder und auf die Schulen zukommen.“ Mit der jetzt erfolgten Klage ist deutlich geworden, daß es genau diese rechten Eltern sind, die den Kindern organisatorische Schwierigkeiten und lange Schulwege aufbürden, nur um die Gesamtschule, in der sie „ein Instrument zur Durchsetzung gesellschaftspolitischer Veränderungen“ sehen, zu verhindern.

SPD vor den Scherben der eigenen Politik

Die SPD hat an der jetzt entstandenen Lage ein gerütteltes Maß an Mitverantwortung zu tragen.

Führte sie noch 1974 den Bürgerhaushaltskampf unter der Parole „Gesamtschule muß Regelschule werden“, so schob sie mit der 1977 erfolgten Einführung des „Elternrechts“ den Eltern den Schwarzen Peter bei der Durchsetzung von weiteren Gesamtschulen zu. Nur die Tatsache, daß sich die SPD bisher gewest hatte, die Gesamtschule als Regelschule zu verankern, ermöglichte jetzt das Urteil des Oberverwaltungsgerichts. Da ein ähnliches Urteil an jeder anderen neu eingerichteten Gesamtschule auch gefällt werden könnte, sah sich die SPD unter dem Druck von rechts jetzt zum Handeln gezwungen. SPD-Fraktionsgeschäftsführer Busse erklärte ganz offen: „Es ist nicht unser Ziel, die Gesamtschule zur Regelschule zu machen. Durch das Oberverwaltungsgerichts Urteil aber werden wir möglicherweise dazu gezwungen.“ (HA, 12.9.79)

Am 12.9. brachte dann die SPD-Fraktion in der Bürgerschaft einen Gesetzentwurf ein, in dem die Gesamtschulen den Charakter von Regelschulen erhalten und damit den

Das geht alle Eltern an!

Liebe Eltern!
Das Hamburger Schulwesen steht an einer entscheidenden Wende: Neue Schulformen sind aus dem Boden gestampft wor-

den, viele bewährte Schulen sind in ihrer Existenz bedroht. Deshalb haben die Elternvertreterinnen eine große Bedeutung. Nehmen Sie an der Wahl teil!

Fragen Sie die Kandidaten:

- 1) Treten Sie für die Erhaltung unserer Schule ein, in die unsere Kinder gehen!
- 2) Treten Sie dafür ein, daß unsere Schule freigehalten wird von jeglicher rechts- oder links-extremistischer Beeinflussung!
- 3) Treten Sie dafür ein, daß alle Schulen personell und finanziell so gut ausgestattet werden wie die Schulversuche!

Geben Sie Ihre Stimme nur Kandidaten Ihres Vertrauens! Sie können aber auch selbst als Klassenelternvertreter und/oder für den Elternrat kandidieren, wenn Sie sich persönlich aktiv für diese Ziele einsetzen wollen.

Auch für den Elternrat sind alle Eltern einer Schule wahlbar. Daher müssen auch alle Eltern über den Wahltermin für den Elternrat unterrichtet werden. Lassen Sie sich auch über aktuelle Schulfragen informieren, über Klassenfrequenzen, Lehrerausweisungen, Stundenausfälle usw.

Hamburger Gemeinschaft

„Rettet die Schule!“

Großschulstraße 10b, 2100 Hamburg 90
„Die Welt“, 7.9.79

Solidarität mit Schülern und Eltern der GS Altona

Gegen den gerichtlich verordneten Raumbau der Altonaer Gesamtschule aus ihrer Schule sind inzwischen viele Solidaritätsadressen eingegangen. Solidarisch mit den Altonaer Gesamtschülern sind u.a.

- über 2/3 der Gymnasiallehrer des Gymnasiums Altona, die eine gute Zusammenarbeit mit der neu eingerichteten Gesamtschule feststellen
- ca. 200 Gymnasialschüler der Schule (so viele Unterschriften wurden innerhalb von zwei Tagen gesammelt)
- die Schülerzeitung „Stechmücke“ der Schule, die eine Sonderausgabe für die Gesamtschule herausbrachte
- die Gesamtschul-Initiative Blankenese, die fast 3000 DM für Prozeßkosten gesammelt hat
- Initiative der Gesamtschule Farmsen-Berne
- Elternversammlung der Gesamtschule Meerweinstraße
- Kollegium der Gesamtschule Max-Bräuer-Straße
- GFW-Betriebsgruppe der Gesamtschule Stellschöpp
- Bunte Liste/Wehr Euck
- SPD-Bürgerschaftsfraktion
- Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule (GGG)
- Referendarausschuß
- Kinderhaus

Solidaritätsadressen können geschickt werden an die Eltern der Gesamtschule Altona, Billrothstr. 33, 2 Hamburg 5).

einen Offenen Brief an Senator Grottel, in dem sie ankündigten, daß sie sich „mit aller Entschiedenheit“ dafür einsetzen, daß alle unsere Kinder an der Gesamtschule Altona, in ihrem jetzigen Gebäude, unterrichtet werden.

Am 13.9. fand dann ein Elternabend der Gesamtschul Eltern statt, der zu einer Demonstration der Entschlossenheit von Eltern und Schülern wurde. Die Kinder hatten massenhaft Transparente und Plakate gemacht („Gesamtschule soll bleiben, wir lassen uns nicht vertreiben“, „OVG NEE!“, „Gesamtschule soll Regelschule werden“, „Gesamtschule heute – wir bleiben in Altona“), einen kurzen spontanen Demonstrationsumzug um den Block durchgeführt und beteiligten sich rego und ohne Angst vor dem anwesenden Senator

Schulen des dreigliedrigen Schulwesens gleichgestellt werden. Außerdem erweitert das Gesetz die Rechte des Senats, die Schulstruktur zu verändern, eine Änderung, die sich durch aus auch gegen die Interessen von Eltern und Schülern richten kann. „Die Errichtung, Schließung, Zusammenlegung, Teilung und Verlegung von Schulen sowie die Frage, ob und wo Eingangsklassen für die verschiedenen Schulformen eingerichtet werden, regelt der Senat durch Rechtsverordnung.“ Dieses Gesetz kann frühestens am 3. Oktober verabschiedet werden.

„Wir bleiben in Altona“

Empört reagierten die betroffenen Schüler und Eltern auf das Urteil des Oberverwaltungsgerichts. In kürzester Zeit unterschrieben 107 Eltern

Grolle und Schultat Neckel an der Diskussion, Grolles Vorschlag, die Kinder bis zur Verabschiedung der Gesetzesänderung mit Schulbussen in eine leestehende entfernte Schule zu transportieren, stieß auf lautiackon Protest Auch das als Bonbon gedachte Angebot, bis dahin eine Klassenreise auf Staatskosten durchzuführen, fand keine Zustimmung Mißtraulich fragten die Eltern „Wer garantiert uns denn, daß das so schnell durchgepeitschte Gesetz dann wirklich keine neuen juristischen Probleme aufwirft und nicht aus dem Provokatorium für drei Wochen eine Geflohenheit für Monate oder gar Jahre wird?“

Unter dem Beifall der übrigen Eltern erklärte ein Vater „Ich bin nicht bereit, mein Kind auf eine andere Schule zu schicken, es wird hier vor diese Schule gehen und werden. Ich habe die feste Absicht, mich strafbar zu machen.“

Grolle bekundete für den Protest der Eltern sein Verständnis und erklärte, daß er den Eltern keine Strafbefehle ins Haus schicken werde, was von den Eltern positiv vermerkt wurde

Die Auseinandersetzung hat ihren Höhepunkt noch nicht erreicht. Wenn in der kommenden Woche die Kinder die Schule räumen sollen, wird dies sicherlich nicht ohne Proteste verlaufen. Die CDU kündigte inzwischen gegen die Gesetzesänderungen einen „Schulkampf bisher nicht gekannten Ausmaßes“ an. Im dieser Kampagne der Reaktion zu begegnen, dürfte eine kämpferische Schüler- und Elternbewegung für Gesamtschulen der beste Garant sein. Auf den Eiertanz der SPD darf man gespannt sein.

Ein Hamburger Lehrergenosse

„Dem Gesamtschultheater endlich ein Ende bereiten“

Die Versuche der CDU/CSU, die Einrichtung weiterer Gesamtschulen auch in SPD-Bundesländern zu verhindern und bestehende Gesamtschulen auszuhöhlen und schließlich zu liquidieren, nehmen konkretere Formen an. Neben Erpressungsmanövern mit der Nichtanerkennung von in SPD-Bundesländern erlangten Abschlüssen werden unter grotesker Verdrehung der Tatsachen angeblich „wissenschaftliche“ Untersuchungen aus dem Hut gezaubert, aus denen die 'Überlegenheit' des dreigliedrigen Schulsystems hergeleitet wird

„Wissenschaft“ à la CDU/CSU

Die Einrichtung von Gesamtschulen wurde 1969 mit der Auflage verbunden, daß die Versuche von einer wissenschaftlichen Kontrolle begleitet sein müßten. Es entwickelte sich das aufwendigste sozialwissenschaftliche Forschungsvorhaben der BRD. Untersuchungen, die an verschiedenen Aspekten die Überlegenheit der Gesamtschule gegenüber dem herkömmlichen Schulwesen nachweisen, sind Legion. Mehrere 100 Millionen DM wurden dafür ausgegeben. Seit 1977 versucht sich die Bund-Länder-Kommission einen Überblick über diese Untersuchungen zu verschaffen. Im kommenden Jahr soll ihr umfangreicher Auswertungsbereich vorliegen. Für die Entscheidung, ob das Schulwesen zugunsten der Gesamtschule umgestaltet wird, wiegen alle diese Berichte nicht mehr als ein Schwanenflaum. Denn jene Bund-Länder-Kommission, die nächsten

Jahr ihr dickleibiges Werk vorlegt, trifft vorher Festlegungen, die die Vergleichbarkeit der Gesamtschule mit Hauptschule, Realschule und Gymnasium bezüglich Mindestschuldauer, Fächer- und Stundenrahmen, Zielsetzungen und Abschlusanforderungen sowie Regelungen für Versetzungen und Übergänge festlegen. Dies ist das Ergebnis der Verhandlungen über den Bildungsgesamtplan, denen die SPD-regierten Länder zugestimmt haben (vgl. AK 158 S. 12).

Für die Gesamtschulen bedeutet dies, daß sie zu Differenzierungsmaßnahmen gezwungen werden, die dem dreigliedrigen Schulsystem entsprechen, daß der Arbeitslehre-Unterricht abgebaut wird, daß Möglichkeiten zur Wahl von Unterrichtsfächern drastisch eingeschränkt werden. Faktisch wäre dies der Tod der integrierten Gesamtschule, ohne daß diesen Änderungen irgendwelche wissenschaftlichen Untersuchungen zugrunde liegen. Hatte die CDU/CSU die Einrichtung weiterer Gesamtschulen jahrelang mit dem Argument blockiert, man müsse erst die Ergebnisse der laufenden Untersuchungen abwarten, so wird jetzt ohne Kenntnisnahme dieser Untersuchungen unter der Gesamtschulentwicklung der Schlussstrich gezogen. Dies alles hindert die CDU/CSU nicht daran, in der Öffentlichkeit den Anschein zu erwecken, als würde ihre ablehnende Haltung gegenüber der Gesamtschule durch wissenschaftliche Untersuchungen bestätigt. Mit großen Schlagzeilen in den Zeitungen wurde im Juni in Nordrhein-Westfalen eine Untersuchung präsentiert, nach der die Schulleistungen an Gesamtschulen um 30 % niedriger lägen als im herkömmlichen Schulwesen. Daß der Autor dieser Studie Prof. Fend diese Behauptung als unrichtig bezeichnete, fand natürlich keine großen Schlagzeilen, und es hinderte den CDU-Politiker Koppier

nicht daran, zu fordern, daß „die Regierung diesem Gesamtschultheater jetzt endlich ein Ende bereiten müsse“ (FAZ, 12.8.79).

„Die besten Studienanfänger kommen aus den unionsregierten Ländern“, meldete die FAZ am 30.8. in ihrer Hauptschlagzeile. Die dieser Meldung zugrunde liegende Untersuchung wurde wenige Tage später vom Bildungsausschuss als „mangelhaft“ bezeichnet. Zum einen sei sie nicht repräsentativ, zum anderen berücksichtige sie nicht, daß die SPD-regierten Länder einen erheblich höheren Anteil von Jugendlichen zum Abitur führe.

Auf ähnlich wackeligen Füßen steht auch eine 1977 in Bayern erstellte voluminöse Untersuchung über „Schulversuche mit Gesamtschulen in Bayern“, die keine wesentlichen Vorteile von Gesamtschulen erkennen läßt. Der fragwürdige wissenschaftliche Ansatz dieser Untersuchung wurde inzwischen von anderen Wissenschaftlern nachgewiesen (z.B. in den „Gesamtschulinformationen“ 4/78 des Pädagogischen Zentrums Berlin und in der „Neuen Deutschen Schule“ 2/79). Wie in Bayern „Untersuchungen“ betrieben werden, machte Kumpfer deutlich, als er erklärte: „er halte es für unwahrscheinlich, daß die noch bis 1981 laufenden Schulversuche Ergebnisse bringen könnten, durch die sich die Haltung der CSU-Regierung ändern würde“ (Welt, 26.6.79). „Unwahrscheinlich“ ist dabei noch vorsichtig ausgedrückt, denn es ist schon längst beschlossene Sache, daß „Bayern nach 1981 die Schulversuche mit der Gesamtschule auslaufen läßt“ (Welt, 30.6.79).

Erpressungsmanöver

Im AK 158 schrieben wir, daß die SPD mit ihrer Zustimmung zum Bildungsgesamtplan die Gesamtschulentwicklung in die Hände der

CDU gelegt hat. Die CDU-Länder können jede beliebige Anforderung an die Gesamtschule stellen, die SPD muß ihr zustimmen, weil sonst der Knüttel der Nichtanerkennung der Abschlüsse aus dem Sack gezogen wird. Einen Vorgesmack dieser Politik hat jetzt Westberlin bekommen. Die bayerische und schleswig-holsteinische Landesregierung haben beschlossen, die Abschlüsse der neuen westberliner Oberstufenzentren in ihren Bundesländern nicht anzuerkennen. Diese Oberstufenzentren sollen einen Beitrag zur Integration beruflicher und allgemeiner Bildung leisten, die Abolierung des Berufsgrundbildungsjahres wird an die gymnasiale Oberstufe gekoppelt, wobei besonderes Gewicht auf berufsbezogene technisch-naturwissenschaftliche Fächer gelegt wird. Das geht der CDU wohl ans humanistische Gymnasium. Eine Einigung ist aber schon in Sicht. „Schulsenator Rasch möge seine politische Gangart des unerprobten Schulreformmodells zügeln, heißt es.

Er möge sein Modell nicht als neue Regelchulart anmelden, sondern als – zu prüfenden – Schulversuch“ (FAZ, 31.8.79). Und prompt „zügelte“ Rasch sein Modell. Noch vor Beginn des Projekts wurden 4600 Schülerplätze aus dem Programm gestrichen! Westberliner Schulpolitik – made in Bayern! Ein erfolgreiches Erpressungsmanöver zieht weitere nach sich. Und die SPD/FDP Kultusminister, die sich hier so bereitwillig erpressen lassen, müssen sich sagen lassen, daß sie den CDU/CSU Angriffen durchwegs etwas entgegensetzen könnten: ein engagiertes Eintreten für die Gesamtschule. Davon sind diese Herren jedoch weiter denn je entfernt.

Ein Hamburger Lehrergenosse

Kurzmeldung

Warnung vor dem Lehrerstudium

Es ist mittlerweile üblich geworden, daß die Kultusminister die Bekanntgabe von Einstellungszahlen mit Warnungen vor dem Lehrerstudium verbinden, um so arbeitslosen Lehrern die Schuld an ihrer Situation in die Schuhe zu schieben. Man habe sie ja vor diesem Studiengang gewarnt. Die rheinland-pfälzische Kultusministerin Laurien machte dies mal wieder am 23.8., wobei sie auch darauf hinwies, „daß es erstmals in Rheinland-Pfalz keine Klasse mehr gäbe, die mehr als 40 Schüler hat“ (FAZ, 25.8.). Sie traf auf ein unerwartetes Echo. Zuerst meldete sich ein ihr untergeordneter Kunsterzieher, der eine Gymnasialklasse mit 41 Schülern unterrichtete und in zwei anderen Klassen 40 Schüler betreut (FAZ, 6.9.79). Dann erklärte auch noch ein Vertreter der Bundesanstalt für Arbeit, daß es eine alte Regel sei, „daß in einer prognostizierten Umgebung ein einzelner häufig eine kluge Entscheidung trifft, wenn er stets genau das tut, wovon alle abrat“ (Welt, 10.9.79) und belegte dies damit, daß die Zahl der Lehrerstudierenden viel stärker als gewünscht geschrumpft sei. Aber Frau Laurien blieb unbeirrt: „Ich erwarte von den Studenten mehr Umstellungsbereitschaft“ (Welt, 11.9.), erklärte sie im Zwischen. Da mag man studieren was man will. Irgendwelche Warnungen hat man sicher nicht beachtet.

Aktion große Klasse

Mit dem Pölkknick zieht eine neue Gefahr am bildungspolitischen Horizont auf: „Die zu kleine Klasse, in der das einzelne Kind sich nicht mehr in der Masse verstecken kann und so einen steigenden Schulstress erlebt“ (FAZ, 25.8.). Der CDU-Kultusministerin Laurien gebührt der Verdienst, darauf hingewiesen zu haben. Da mag SPD-Kultusminister Gugensohn nicht zurückstehen: „Sorgen Sie dafür, daß kleinere Klassen nicht zu einem größeren Streß für die Schüler führen“, appellierte er an die Lehrer. Denn: „Ich war ja auch mal Schüler. Wie war das denn früher in den großen Klassen? Wir haben oft genug den breiten Rücken des Vordermannes benutzt, um einmal etwas anderes zu machen als aufzupassen“ (HA, 10.9.). Bisher gehörte die Forderung nach Senkung der Klassenfrequenzen zum bildungspolitischen ABC der Politiker. Es war nur nicht machbar. Es ist schon seltsam anzusehen, wie sich mit Veränderungen im Bildungs-

wesen auch die pädagogischen Erkenntnisse weiterentwickeln

Übernehmen Kommunisten die Schulbehörde?

Hamburg. Der „Bild-Zeitung“ (5.9.) ist zu verdanken, daß ein unglaublicher Skandal an die Öffentlichkeit kam: „Klammheimlich haben Hamburgs Kommunisten Senator Grolles Schulbehörde blockiert – für sie die erste Etappe auf dem Weg zur Machtübernahme.“ An den 500 Hamburger Schulen geht nichts mehr ohne die Kommunisten [...] Läßt der Senat demnächst auch die Schulpolitik bestimmen?

Hintergrund: Gegen Vernetzungen von Lehrern, Anordnungen von Mehrarbeit und unsoziale Arbeitsverträge hatten die Personalräte, in denen sich auch DKP-Mitglieder befinden, Widerspruch eingelegt. Nach dem unheimlichen Personalvertretungsgesetz kann die Behörde aber trotzdem (als „vorläufige Regelung“) derartige Anordnungen durchsetzen. So kann „Bild“ seine Leser auch gleich wieder beruhigen: „Große konnte gerade noch das Schlimmste verhindern.“

Doch die Ruhe trägt? Wie der ARBEITERKAMPF aus gut unterrichteter Quelle erfahren hat, planen Hamburgs Kommunisten jetzt eine Leserbrief-Kampagne gegen die Bild-Zeitung, mit der sie die Redaktionsschreibstube lahmlegen wollen – als erste Etappe auf dem Weg zur Machtübernahme bei der Springer-Presse.

Neue Polizeifachhochschule

Eine neue Polizeifachhochschule wird sich ab Mitte Oktober in den Räumen einer ehemaligen Hildesheimer Sonderschule einmischen – allen Protesten v.a. seitens der Eltern der Sonderschüler zum Trotz.

Die Schule wird den gesamten Nachwuchs für die „mittlere Führungsebene der Polizeivollzugsdienstes“ ausbilden. Ihr Leiter soll Hans-Joachim Juretzky werden, bekannt geworden als einer der Einsatzleiter gegen die Demonstration in Grohnde am 19.3.77.

Die Hildesheimer Initiativgruppe „Wir wollen sie nicht“ weist darauf hin, daß der Polizei-Abteilungs-Studentenrat nun ab Herbst im Gesamt-ASTA der Fachhochschulen Hildesheim vertreten sein wird. „Die Werkzeuge der Durch- und Ausführung des niedersächsischen Hochschulgesetzes in den eigenen Reihen!“

VS-Geheimfond: Jetzt fließt das Geld ganz offiziell

Der Geheimfond des Verfassungsschutzes, aus dem seit 1951 Aktivitäten einiger politischer Gruppen finanziert werden, ist vom Haushaltsausschuß des Bundestages zum offiziellen Haushaltstitel des Bundesinnenministeriums erklärt worden.

Im Januar dieses Jahres war bekannt geworden, daß parteigehörende Stiftungen der Christliche Gewerkschaftsbund, verschiedene konfessionelle Gruppen sowie der Ring Christlich Demokratischer Studenten, der Sozialliberale Hochschulverband und der Liberale Hochschulverband Gelder aus einem geheimen Fond des Verfassungsschutzes erhalten hatten. Auch die Jusos haben auf einem Umweg über die Friedrich-Ebert-Stiftung – Unterstützung aus diesem Etat bekommen (s. AK 145, S. 2).

Ändern wird sich durch die Entscheidung des Haushaltsausschusses nichts, nur ein bißchen legaler ist die Angelegenheit geworden.

Der Umfang des Etats bleibt derselbe: zwei Millionen. Nach wie vor werden offiziell nur einzelne (überprüfbare) Vorhaben finanziert. Die politischen Bedingungen wurden etwas ausführlicher gestaltet.

Wer einen Antrag auf Unterstüt-

zung stellt, muß „nach Selbstverständnis und Verhalten die Gewähr für eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit und eine zweckentsprechende und wirtschaftliche Verwendung der Mittel bieten“. Und weiter: „Eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit setzt die uneingeschränkte Befolgung der freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes und ein engagiertes Eintreten dafür voraus.“ Insbesondere sollen die Projekte auf die „Forderungen extremistischer Kräfte zu aktuellen gesellschaftspolitischen Sachfragen“ eingehen. Genannt werden z.B. Themen wie Mitbestimmung, Umweltschutz, AKW's und Eurokommunismus.

Der Teilnehmerkreis muß sich zu 70 % aus Studenten, Schülern, Auszubildenden, Ausbildungskräften, Arbeitnehmern und Handwerkern, Arbeitslosen, ausländischen Arbeitnehmern oder Journalisten zusammensetzen. Mit anderen Worten: alle sollen in diese „Aufklärungs“-Veranstaltungen einbezogen werden, mit Ausnahme der Bourgeoisie, die bekanntlich eh keinen allzu großen Hang zum „Extremismus“ zeigt.

Landesschulamt [CDU] verbietet der Stadt Kiel [SPD] Umfrage zur Gesamtschule

Mitte August hat das Landesschulamt der schleswig-holsteinischen Landesregierung (CDU) der Stadt Kiel untersagt, eine Fragebogenaktion zum Thema Gesamtschule durchzuführen. Geplant war die Befragung von Eltern, Dritt- und Viertklässler, um einen vermehrten Bedarf an Gesamtschulplätzen nachzuweisen. Eine ganz solide Angelegenheit – sollte man meinen. Nicht so das CDU-Landesschulamt, seine Ablehnung begründete das Landesschulamt so: „Nach den Debatten in der Ratsversammlung ... wird mit der Befragung eindeutig das Ziel verfolgt, eine Änderung der durch das Schulgesetz festgelegten Schulstruktur zu erzwingen. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts überschreitet die Landeshauptstadt damit den Rahmen ihres Selbstverwaltungsrechts.“

Wie man mit einer Fragebogenaktion eine Änderung des Schulgesetzes erzwingen kann – auf diese Frage muß das Landesschulamt natürlich eine Antwort schuldig bleiben, derart unlogisch ist diese Aussage. Der Kern des Verbots liegt denn auch vielmehr darin, zu verhindern, daß die Stadt Kiel „ein Argument (!) in die Hand bekomme, das

ihre Forderung nach Einführung der Gesamtschule als eine gesetzliche Regelschulform unterstützt“ (nach „Kiel-Nachrichten“, 11.8.).

Weiter heißt es in der Verbotserklärung: „In die Befragung wolle die Stadt Kiel ... die Gesamtschule im gesetzlichen Sinn als „Schulart“ einbeziehen. Die Gesamtschule werde sogar an erster Stelle im Fragebogen vor den gesetzlichen gegliederten Schularten genannt. Der Landrat habe indessen der Gesamtschule nicht den Status einer Regelschule gegeben. Laut Schulgesetz handelt es sich in Schleswig-Holstein bei Gesamtschulen um Versuchsschulen. Es sei nicht Aufgabe der Stadt Kiel, zusätzliche Plätze für gar nicht vom Land geplante Versuchsschulen vorzuhalten. Aufgabe des Schulträgers sei es vielmehr, die erforderlichen Plätze im Regelschulwesen vorzuhalten“ (nach „KN“, 11.8.).

Letztgesagte Äußerung ist geradezu die Krone der Provokation: Wer die Situation in Schleswig-Holstein kennt, weiß, daß seit Jahren insbesondere von Elternverbänden, Schülern, der GEW u.v.a. immer wieder mehr und mehr eine Klassenreform gefordert werden (für die Regelschulen), ohne daß sich bis heute etwas daran geändert hat, daß Schles-

interessanterweise fallen die Jungsozialisten (nach Darstellung der „FR“) gemäß den beschlossenen „Richtlinien“ nicht unter die Förderungswürdigkeit. Sollten sie etwa nach Meinung des Haushaltsausschusses nicht die Gewähr für ein Engagement im Sinne der fdGO bieten oder hat man dort einfach Angst, durch eine derartige öffentliche Unterstützung ihre Anziehungskraft auf „Abtrünnige“ zu vermindern?

Jetzt kommt die Stunde der Wahrheit! Bei Bekanntwerden der Zahlungen aus diesem Fond hatten, bis auf den RCDs, der es für selbstverständlich hält, vom VS gesponsert zu werden, alle anderen Organisationen ein wildes Selbstverteidigungsgeschrei erhoben. Angeblich halte niemand etwas gewußt! (Obwohl erklärtermaßen das Geld persönlich übergeben wurde.) Jetzt sind die damaligen Versprechungen zu prüfen. An der Grundlage für die Vergabe der Gelder hat sich nichts geändert, Voraussetzung ist weiterhin die durch den VS bestätigte „Verfassungstreue“. Da gibt es nur einen Weg, so eindeutig als Bestechungsgelder ausgezeichnete Zuwendungen müssen abgelehnt werden!

SSB/Hamburg

wig-Holstein das Bundesland mit den größten Klassen und der größten Sitzbleiberquote ist! Wer die Begründung genau studiert, wird ebenso erkennen, daß mit der heutigen Tatsache, daß Gesamtschulen in Schleswig-Holstein eben „Versuchsmodelle“ sind, das Verbot der Fragebogenaktion begründet wird. Damit kann solchen Fragebogenaktionen durchaus noch eine Regel vorgeschoben werden, denn am Status der „Versuchsschule“ wird sich im CDU-regierten Schleswig-Holstein gewiß nichts ändern.

Weitere Gründe für das Verbot Laut Schulgesetz sei es dem Kultusminister vorbehalten, statistische Erhebungen „schulbezogener Tatsachen“ durchzuführen und: „die von Arel gewünschte Befragung sei auch überflüssig.“

Anzumerken bleibt noch: Während die Auseinandersetzungen um die Gesamtschule den zurückliegenden Landtagswahlkampf prägten (insbesondere die SPD und ihre Anhängerschaft die Verbetrommel für die Gesamtschule rührten), bleibt ein entsprechender Protest gegen diese Verbots Willkür der CDU-Regierung bislang aus.



Erfolg in Sicht

— will Stadt Kamen

den „Harting-Hof“ verbieten?

„Stadt will JN Zentrum verbieten“, mit dieser Meldung zu dem berühmten JN-Landeszentrum von NRW, „Gut Barenbräcker“, dem Zentrum der „Harting-Bande“, erschien die Kaminer Lokalpresse („WAZ“) am Morgen des 31.8.79. Just passend. Dieser Tag stand in Kamen im Zeichen antifaschistischer Aktivitäten, die der DGB Kreisverband initiiert hatte und die die Unterstützung durch ein breites Spektrum politischer Kräfte fanden (IGBE, GEW, ASP, Jusos, Falken, Kirchen, Landeskongress Antifa - AKA NRW, SdA). Der DGB hatte den Kampf gegen den Neonazismus zum Schwerpunkt der diesjährigen örtlichen Aktivitäten zum Antikriegstag erklärt.

Der „WAZ“-Meldung zufolge soll die Schließung von „Gut Barenbräcker“ nach Vorstellungen des Stadtdirektors Bönker aus baurechtlichen

Gründen erfolgen. Ein entsprechendes Verfahren sei von der „zuständigen Behörde“ in Übereinstimmung mit dem Oberkreisdirektor eingeleitet worden. Harting müsse nun binnen einer bestimmten Frist Stellung nehmen, andernfalls drohe ihm ein Ordnungsverfahren.

Die Fakten (Installation sanitärer Anlagen auf dem Hof um), auf die sich die Behörden jetzt stützen, sind allerdings nicht neu. Sie wurden den „Stadtvätern“ bereits vor ca. 1 1/4 Jahr von Antifaschisten vorgelegt. Damals wurden sie mit der Behauptung, es handle sich lediglich um Ausbau- und Umbauarbeiten landwirtschaftlicher Art, vom Tisch gelegt.

Ein Wandel läßt sich seit der Demonstration für die Schließung des „Harting-Hofes“ am 12.5.79 erkennen, die von der „Landeskongress antifaschistischer Arbeitskreise“ gerade angesichts behördlicher Untätigkeit initiiert worden war.

Die Antifaschisten und die demokratische Öffentlichkeit werden wachsam bleiben müssen. Der Druck auf die örtlichen Behörden darf nicht nachlassen, sondern muß verstärkt werden, damit es wirklich zur Schließung kommt. Die IGBE-Ortsgruppen Kamen, Bergkamen und Weddinghofen wollen nach eigenen Angaben 10.000 bis 15.000 Unterschriften (WAZ, 19) für die Forderungen nach Schließung von „Gut Barenbräcker“ und Verbot der NPD im Raum Kamen sammeln.

Einer der ersten Unterzeichner war Erich Fried, der sich anlässlich des antifaschistischen Aktionstages in Kamen aufhielt.

Interessante Ausführungen machte auf dem Aktionstag Kulturminister Gurgensohn, der als Hauptredner engagiert worden war. Gurgensohn mahnte alle Demokraten, acht zu geben, daß sie auf dem rechten Auge nicht blind würden, wie es manchmal die Richter seien, durch deren Urteile die Vorstellung geistere, „daß in unserer Demokratie nicht Unrecht sein darf“ war „in Faschismuszzeiten

Urteile die Vorstellung geistere, „daß in unserer Demokratie nicht Unrecht sein darf“, was in Faschismuszzeiten Recht war“ (WAZ, 19). Es sei bedauerlich, daß viele Verbrechen unter dem NS-Regime ungesühnt blieben und immer noch alte Nazis frei unter uns lebten. Auch in der Behandlung der neuen Nazis zeige man Langmut. So hätten die Behörden das „Gut Barenbräcker“ weiterhin schon längst geschlossen, wenn es sich dabei nicht um ein JN-Ausbildungslager, sondern um ein KBW-Zentrum handelte würde (nach WAZ, 39).

Gurgensohn forderte die Einstellung der anstehenden Prozesse gegen Antifaschisten aus dem Raum Unna/Kamen, Tomaten und Ewer, die am 4. November 78 den Neonazis entgegenfielen, dürfen kein gerichtliches Nachspiel haben (WAZ, 39.). Dieses juristische Nachspiel müßte in den nächsten Wochen an. Am 4.11. war es bei Kundgebungen der „Harting-Bande“ in Kamen und Unna zu schweren Ausschreitungen von Polizei und Neonazis gekommen. Nicht gegen Nazis und Polizei, sondern gegen die Antifaschisten geht nun die Justiz mit tatkräftiger Unterstützung der Polizei in breiter Front vor.

Antifa-Kommission NRW

„Antiterrorismus“-Propaganda

Einen Zwischenbericht über das Programm des Arbeitsstabes „Öffentlichkeitsarbeit gegen Terrorismus“ legte das Bundesinnenministerium in seiner Informationschrift „Innere Sicherheit“ (13.8.79) vor.

Nachdem die Länder Saarland und Bayern die Unterzeichnung eines gemeinsamen Bund-Länder-Finanzierungsabkommens abgelehnt hatten, hat der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages am 16. Mai 1979 Mittel in Höhe von 2,6 Mio DM für die jetzt vom Bund allein finanzierten Projekte bewilligt.

Eine wissenschaftliche Arbeitsgruppe arbeitet an vier größeren Projekten:

1. Lebensläufe von Terroristen,
2. Gruppenbildung und -prozesse bei Terroristen und deren Organisationsformen,
3. Gesellschaftliche Bedingungen für Terrorismus,
4. Wie rechtfertigen Terroristen ihre Aktionen, auf welche Theorien bezieht sich ihre Ideologie?

Antifa-Kommission Hamburg

Urteile im Bückeburger Nazi-Prozeß

Die wahre Freude will nicht aufkommen

Nach 3 Monaten Verhandlung verurteilte das Oberlandesgericht Celle am 13.9. das Urteil im Prozeß gegen 6 Nazi-Banden: 4 - 11 Jahre gegen Michael Kühnen, Lothar Schulte, Lutz Wegener, Klaus-Dieter Puls, Uwe Rohwer und Manfred Börm.

Das Gericht sah folgendes für bewiesen an:

Im November 77 gründete Schulte und Wegener eine „terroristische Vereinigung“, deren Ziel Geld- und Waffenbeschaffungsaktionen zum Aufbau einer „Untergrundarmee“ waren. Am 22.11.77 überfielen die beiden die ehemalige Kaserne des suspendierten Unteroffiziers Schulte in Wentorf und erbeuteten ein G3-Gewehr. Zehn Tage später schlugen sie in Köln einen Gaststättenbesitzer nieder, flüchteten dann aber. Am nächsten Tag drangen sie in das Haus eines Kölner Geschäftsmannes ein und nahmen Waffen, Geld und Gegenstände im Wert von 60.000 DM mit. Der nächste Überfall richtete sich gegen ein Munitionsdepot der Bundeswehr in Reinbek, wo sie 1000 Schuß Munition raubten. Gemeinsam mit Rohwer und Puls folgte am 19.12.77 der Überfall auf eine Hamburger Sparkasse Beute: 66.000 DM. Den Schluß dieser Serie von Einbrüchen und Überfällen bildete der Überfall auf das NATO-Gelände Bergen-Hohne am 19.2.78, bei dem auch Börm beteiligt war. Hier klauten sie 4 MPis.

Wegen „Bildung einer terroristischen Vereinigung“ und bewaffneten Raubes erhielten Schulte 11 Jahre, Rohwer und Puls je 9 Jahre Kasi und Wegener 8 Jahre Jugendstrafe. Ihm wurden „Entwicklungsdefizite“ zugestanden. Börm wurde nur der Mitgliedschaft in einer „kriminellen Vereinigung“ für schuldig befunden. Er bekam 7 Jahre Kasi. Der Hauptangeklagte Michael Kühnen wurde von dem Vorwurf der Mitgliedschaft oder gar der Rädelführerschaft in der Bande freigesprochen. Zwar habe er an einigen Vorbesprechungen teilgenommen, hinterher auch die Angeklagten gelobt für ihre Taten, er habe aber weder „angestiftet“ noch sich „beteiligt“. Nur weil noch drei wei-

tere Verfahren wegen Volksverhetzung, Verbreitung und Verwendung von NS-Kennzeichen und NS-Propagandamittel in diesem Prozeß verhandelt worden waren, bekam Kühnen 4 Jahre Kasi. (Die einzelnen Strafen hätten zusammen 10 Jahre ausge-macht).

Die Strafen gegen die Nazis (mit Ausnahme Kühnens) sind für alle Prozeßbeobachter überraschend hoch ausgefallen - gemessen auch an der Müde, mit der der Vorsitzende Richter Morsching um Verlauf des Prozesses die freche Nazi-Propaganda duldet, dem Auslandsführer der NSDAP, Garry (Rex) Lauck eigenes freies Geleit verschaffte, damit er seine Kumpane entlasten könne usw. Letztlich dokumentiert sich in der relativen Schärfe der Urteile wohl die besondere Bedeutung, die der westdeutsche Staatsschutz diesem Prozeß beimaß. Es ist eindeutig ein Propaganda-Urteil, mit dem vor der demokratischen Öffentlichkeit im In- und Ausland dokumentiert werden soll, daß der § 129a nicht nur gegen „links“, sondern auch gegen „rechts“ angewendet werde. Vor diesem Hintergrund muß man/raus klar machen, daß Kühnen im Hauptanklagepunkt freigesprochen wurde.

Treffender Kommentar der Frankfurter Rundschau: „Haben etwa nur die Büttel der Nazi-Regimes einer terroristischen Vereinigung angehört, nicht aber ihr Führer, Adolf Hitler?“ (14.9.). Erschrecken muß auch die Tatsache, daß auch alle Angeklagten, insbesondere Kühnen, völlig offen zur NSDAP bekennen dürfen, ohne dafür sofort ein Verfahren zu bekommen. Westberlin hat kürzlich gezeigt, daß es möglich ist, gegen die verbotene NSDAP strafrechtlich vorzugehen (z. AK 161).

Es wird zu beobachten sein, ob aber das jetzige propagandistische Urteil hinaus in dem mit Sicherheit zu erwartenden Berufungsverfahren nicht versucht wird, die Strafen wieder zu reduzieren, in der Hoffnung, daß das öffentliche Interesse dann abgeklaut ist. Es wird zu beobachten sein, ob die Nazis ihre Strafe tatsächlich annehmen müssen.

Der Prozeß hat wieder einmal deutlich gemacht, wie aus den Rei-

hen der „legalen“ rechtsradikalen Organisationen solche Banden herauswachsen: Kühnen machte seine Lehrjahre bei der NPD durch, auch Puls kommt aus diesem Umkreis. Wegener war seinen JN-„Kameraden“ für den „SA-Sturm“, Rohwer fungierte neben seiner Tätigkeit als „Gauleiter der Wikingjugend“ auch als Kreisvorsitzender der NPD Schleswig. Erst nach seiner Verhaftung schloß ihn die NPD heuchelnd, still und leise aus.

Die NPD aber ist laut Urteil des Mannheimer Verwaltungsgerichts „verfassungskonform“!

Auch die „Wikingjugend“ braucht sich kaum Beschränkungen aufzuerlegen. „Ganz legal“ werden hier Kinder und Jugendliche von langjährigen Nazi-Kadern verhetzt und gedrillt. Die verurteilte „terroristische Vereinigung“ war Teil der regulären WJ-Ausbildungsgruppen. Und die im Prozeß immer wieder erwähnte „Wehrsportgruppe Hoffmann“ betreibt nach wie vor „legal“ die paramilitärische Ausbildung von Kindern und Jugendlichen.

Durch das Urteil von Bückeburg, wie auch kürzlich durch das Westberliner Urteil darf sich die demokratisch-antifaschistische Öffentlichkeit im Gegensatz zu seiner Intention nicht beruhigen lassen. Im Gegenteil: Der Prozeß hat erneut deutlich gemacht, daß eine Trockenlegung des Nazi-Sumpfes nur unter öffentlichem Druck geschehen kann. Und es gibt noch viel Trockenzulegen!

Antifa-Kommission Hamburg

JN-Landeskongreß in Bückeburg

Es ist wohl kein Zufall, daß sich die Jungnazis der NPD ausgerechnet Bückeburg ausgesucht haben, um dort am 16.9. ihren Landeskongreß abzuhalten. Einige von ihnen waren sflrige Gäste beim Prozeß gegen ihre Gesinnungsfreunde Kühnen & Co. Auf ihrem Programm stehen weiterhin Vortragsaktionen vor Schulen, eine Kundgebung in Hameln und ein Fackelmarsch in Kinteln. Von einem Verbot ist bisher nichts bekannt.

Fünf Fälle von Selbstjustiz: Von der Polizei gelernt!

Fünf Menschen starben in den vergangenen Wochen als Opfer einer brutalen Selbstjustiz.

In Heilbronn wollten zwei Lehrlinge ihren Rauch im Wochenendhaus des SPD-Stadtrates und ÖTV-Funktionärs Willi Söhner ausschäfen. Über diesen „Einbruch“ von Gärtnern des Gartenbauamtes telefonisch benachrichtigt, ergriff Söhner sein Kleinkalibergewehr und fuhr zum „Tatort“. Dort waren die beiden Jugendlichen gerade aus dem Rückfenster des Hauses wieder herausgeklettert und versuchten den Gartenzaun zu überwinden. Mit gezielten Schüssen wurde Andy (19 Jahre alt) von Söhner tödlich getroffen.

- Im 30 km entfernten Kupferzell erschoss ein Fuhrunternehmer einen Jugendlichen, der sich an seinem Mercedes 280 S zu schaffen gemacht hatte.

- In Kassel wurde ein Einbrecher durch einen Hobby-Jäger tödlich verletzt.

- Im niederrheinischen Kerken führte sich ein Weberinnhaber „bedroht“ als auch ein Unbekannter an seiner Haustür zu schaffen machte. „Ganz ungezielt“ gab er zwei „Warnschüsse“ ab. Der eine Schuß war tödlich.

- Weil in Hamburg-Barmbek fünf Jugendliche nachts durch die Straßen randalierten und dabei auch einiges zu Bruch ging, wollte der Tabakhändler für Ruhe sorgen, indem er auf die Jugendlichen Schüsse abgab. Andreas (16) wurde direkt in die Brust getroffen und starb.

Diese Ereignisse sind erschreckend genug - Stellungnahmen der Beteiligten und Kommentare in Leserbriefen örtlicher Zeitungen geben jedoch zu der Sorge Anlaß, daß es sich nicht nur um zufällige Vorgänge handelt. So rechtfertigte der Kasseler Todesschütze seine Tat damit, daß je-

der, der „auf Einbruchtour geht, mit so etwas rechnen muß“. Leser der „Heilbronner Stimme“ meinten, es gelöre „zur Bürgerpflicht, sich hinreichend zu bewaffnen“ und „wir Schrebergärtner haben immer einen Prügel zur Hand - manchmal ist es dann ein Schießprügel“. Der Todesschuß sei nichts anderes als ein „Unstinkt der Abwehr“ - so ein anderer Leserbrief.

Diese „Bürgerwehr-Mentalität“ muß wohl vor dem Hintergrund der recht lockeren Schieß-Sitten der westdeutschen Polizei gesehen werden. Daß die „Heimwehr“ zum Töten bei Taten der Bevölkerung



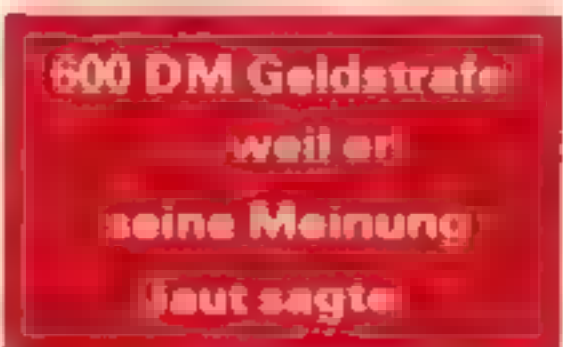
immer weiter sinkt, neht auch der ehemalige Hamburger Justizsenator und jetzige Direktor des Kriminalwissenschaftlichen Instituts der Uni Köln, U. Klug, „Die Todesschuß-Ergebnisse für bayerische Polizisten, zu weichen vorschnelles „Feuer-Frei“ auf Terroristen und das weit ausgedehnte Notwehrrecht des Bürgers zum Schutze des Eigentums begünstigt eine Entwicklung, in der sozial-ethische Grenzen immer weniger Beachtung finden“. Eine beachtenswerte Äußerung aus beruflichem Mund!

Antifa-Kommission KB/Gr Hamburg



Wie die hannoversche Linke erst nachträglich erfuhr, fand am 19. eine NPD Kundgebung statt. Anwelder war der NPD-Landesverband Niedersachsen. Die örtliche Presse und auch die Nazi Presse hatte sich darüber ausgesprochen. Trotzdem, so berichtete ein Augenzeuger, sammelten sich spontan ca. 300 Passanten, die mit Buhrufen, Krach und Tomaten verhinderten, daß die NPD ihre Propaganda verbreiten konnte. Wie selbstverständlich war Polizei präsent. Sie verhaftete einen Antifaschisten, der angeblich für einen Tomaten-volltreffer an einem Polizisten verantwortlich sein soll.

Antifa - KB/Hannover



Bei einer NPD-Versammlung in Darmstadt am 3. Oktober 78 organisierten 400 Antifaschisten eine Gegenkundgebung. Wolfgang Gruber forderte dabei über das Megaphon „Nazis raus aus dieser Stadt“. Stellvertretend wurde er wegen „Störung einer Versammlung“ angezeigt. In zweiter Instanz bestätigte jetzt das Landgericht, daß er 600 DM Strafe zu bezahlen habe. Ein „Widerstandsrecht“ gegen die Neonazis gebe es nicht („FR“, 13.9.79).

Ausländer – das neue Feindbild?

Wiesbaden Seit Mai ist ein Forschungsinstitut einer nicht genannten westdeutschen Universität dabei, im Auftrag des BKA die „Entstehungsbedingungen und Verteidigungsprozesse“ der Kriminalität junger Ausländer zu untersuchen. Zielgruppe ist die zweite Generation der „Gastarbeiter“, Befragt werden sollen 100 Angehörige der größten Volksgruppen – Türken, Italiener und Jugoslawen.

Ausländische wissenschaftliche Mitarbeiter sollen sich, wie es die Auftraggeber vom BKA erläutern, ein Bild über das Leben der ausländischen Jugendlichen machen, über ihre Familien, über ihre Erfahrungen in Schule und Arbeit, sowie im Umgang mit der Polizei (!), über ihr Zusammenleben mit Gleichaltrigen und individuelle Besonderheiten.

Die Untersuchung, die für Herbst nächsten Jahres erwartet wird, soll „für die polizeiliche Verbrechensbekämpfung und für kriminal- und sozialpolitische Entscheidungen genutzt werden.“

„Anregungen für die Fortbildung von Polizeibeamten sollen ebenfalls davon ausgehen. Die Anleitung der Beamten für den ersten Kontakt mit ausländischen Jugendlichen sei „wesentlich verbesserungsfähig“, so ein BKA-Experte.

Denn gerade die Behandlung der „Gastarbeiterkinder“ als Außenseiter könne nach Aussagen der Wiesbadener Forschungsgruppe den Schritt in die Kriminalität begünstigen.

Die Untersuchung solle also die Ausländer nicht diskriminieren, allerdings wolle das BKA rechtzeitig vorbeugen, um z.B. zu wissen, warum

Daß Ulrich es mit der „Chancenlosigkeit“ nicht allzu ernst nimmt, gibt er wenig später unumwunden zu: „Es geht nur um einige wenige Stellen, da die Betroffenen ja die gleichen Voraussetzungen erfüllen müssen wie deutsche Bewerber auch, also gute Deutschkenntnisse und Realschulabschluß bzw. zehnte Klasse Hauptschule.“

Und so beschränkt sich die wirkliche Begründung für diese „Ausländerpolizei“ auf die „notwendige intensive Kontaktaufnahme“ mit den Ausländern. Die türkischen Polizisten sollen schwerpunktmäßig da eingesetzt werden, wo viele Türken leben, „da sie ein größeres Verständnis für die Probleme ihrer Mitbewohner haben.“ Die Kontakte zu ausländischen Bevölkerungsgruppen sollen verbessert werden. Wir haben ja jetzt kaum einen Polizisten, der türkisch spricht.“

Auf die Frage, wo diese Polizei eingesetzt werden soll, versucht Ulrich allen bösen Vermutungen zu begegnen: „Es soll keine Ghetto-polizei werden, die nur in Kreuzberg Dienst tut, das wäre ja fatal!“

„Proteste“ von rechts

Gegen die Pläne der Westberliner Polizeiführung wurde eine Protestkampagne ganz besonderer Art inszeniert, die lautesten Stimmen in diesem Chorus der Polizeigewerkschaft, Springer, CDU/CSU. Es sei „mit dem Grundgesetz unvereinbar“, wenn „türkische Arbeitnehmer in den Exekutivdienst der Polizei eingestellt werden. Die Ordnung in unserem Land können nur von deutschen Fachkräften

Schwarzer August für Kölner Polizei

Viermal mußte sich im August Kölner Polizisten wegen des Vorwurfs der Körperverletzung im Amt vor Gericht verantworten. Das Ergebnis dieser vier Verfahren wirft ein bezeichnendes Licht auf die Praxis der Polizei im Umgang mit der Bevölkerung.

1. Fall: Angeklagt waren zwei Polizisten wegen eines Vorfalls bei der Ratha Kirmes 1977. Dort hatte sich nach Darstellung dreier Zeugen folgendes abgespielt: In Rath hatten sich zwei Kirmesbesucher geprügelt, die Polizei war gerufen worden. Nachdem die Polizisten die Adressen der Streitenden aufgenommen hatten, begannen sie, die Straße von den Umstehenden zu räumen. Ein 28-jähriger Autoschlosser fühlte sich bei dieser „Amthandlung“ von einem Polizisten unverschämte zurückgetrieben. Er fragte den Polizisten, ob er sich mit der Uniform besonders stark vornehme. Antwort (so der Zeuge): „Du bist mir ’ne Nummer zu klein.“ Etwa später ging der Zeuge zum Streifenwagen, um, wie er sagte, von dem darin sitzenden Beamten den Namen zu erfragen. Einer der Beamten sei dann ausgestiegen, habe ihn in den Schwitzkasten genommen und mehrfach mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Nach seiner Festnahme sei er dann auf der Wache auch noch geprügelt worden. Die Darstellung der Polizisten war natürlich ganz anders. Der Zeuge habe sich Streifenwagen gesetzt. „Zieh das ungewissen Kriminallenschen mit du Pöbel“, lautete dann seine erste Äußerung. „Ich habe ihn durch Hand auflegen abgeführt.“ Und zum Vorwurf, er habe geschrien und getreten meinte der Polizeibeamte Reiner B. nur: „Ich habe auf der Polizeischule kleine Tricks“ gelernt. In seinem Plädoyer meinte der Staatsanwalt, dass die Beamten hätten die Eskalation vermeiden können, in anderen Fällen werde anders für Ruhe gesorgt, hier aber sei sicher geschlagen worden. Aber die Aussagen der Zeugen waren zum Teil widersprüchlich, so daß auch hier der Verlauf nicht eindeutig nachgewiesen werden konnte. Die Polizisten wurden freigesprochen. „Im Zweifel für die Angeklagten!“

zur Demonstration gegen den Besuch des brasilianischen Präsidenten Geisel in Köln am 9.3.78. Damals waren sieben willkürlich gegriffene Demonstrant(innen) festgenommen und auf dem Pränkum am Waldmarkt mißhandelt worden. Sie waren von verschiedenen Polizisten getreten und geschlagen worden, und zu guter Letzt war ihnen der Inhalt eines Jauchebrotens ins Gesicht geschmiert worden. Der angeklagte Reiner B. hatte damals einen Festgenommenen und eine Festgenommene geschlagen bzw. getreten. Deshalb war er am 23. April 1979 wegen Körperverletzung im Amt zu 2000 DM Geldstrafe verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatte er Berufung eingelegt – und wurde am 23. August in zweiter Instanz erneut verurteilt.

3. Fall: Am 26. August feierten ca. 15 Mitglieder eines Motorradclubs ein wenig am Römerpark (Südstadt). Dabei lief ein Cassette-Recorder, und ein Kasten Bier fied auch regen Zuspruch einiger Anwohner. War das wohl zu laut, so rufen um 23.30 Uhr eine Funkstreife. Die kam auch und forderte die Feiern auf, sich leise zu verhalten. Zwei Stunden später wurde die Streife wieder gerufen, und diesmal nahmen die Polizisten 4 Männer fest. Die vier warfen den Polizisten nun vor, sie bei der Festnahme mit Faustschlägen und Fußtritten mißhandelt zu haben und diese „Behandlung“ auch auf dem Pränkum am Waldmarkt fortgesetzt zu haben. Es sagte, dass der Festgenommene auch er selbst mit dem Kasten den Magen getrieben und von hinten auf den Kopf geschlagen worden. Der betreffende Polizist sah das ganz anders: „Ich habe ihn durch Hand auflegen abgeführt.“ Und zum Vorwurf, er habe geschrien und getreten meinte der Polizeibeamte Reiner B. nur: „Ich habe auf der Polizeischule kleine Tricks“ gelernt. In seinem Plädoyer meinte der Staatsanwalt, dass die Beamten hätten die Eskalation vermeiden können, in anderen Fällen werde anders für Ruhe gesorgt, hier aber sei sicher geschlagen worden. Aber die Aussagen der Zeugen waren zum Teil widersprüchlich, so daß auch hier der Verlauf nicht eindeutig nachgewiesen werden konnte. Die Polizisten wurden freigesprochen. „Im Zweifel für die Angeklagten!“

4. Fall: Tags darauf, am 30. August, standen zwei der vier Polizisten vom Vortag wieder im Gerichtssaal vor Richter Busch.

Geschehen war folgendes: Am 29. August 78 gegen 23 Uhr heben Reiner Sch. und ein Kollege am Rudolphplatz falsch geparkte Autos abschleppen. Ein Autofahrer merkte das rechtzeitig, stieg in sein Auto und fuhr davon. Die beiden Polizisten verfolgten ihn, hielten ihn an und verlangten 40 DM Bußgeld. Außerdem sollte der Fahrer sein Auto zurückfahren und die Kosten für das verhandelte Abschleppen bezahlen. Er weigerte sich, um die streitenden Parteien bildete sich eine Menschenmenge. Zwei zufällig vorbeikommende Rechtsanwälte rieten dem Fahrer, nicht sofort zu bezahlen. Das verstand Reiner Sch. als „Störung einer Amthandlung“. Der Anwalt wurde nun erstmalig in den Streifenwagen getreten („Festnahme“). Ein anderer Passant protestierte gegen diese Behandlung und fragte nach Name und Nummer des Polizisten. Er erhielt durch einen Schlag mit dem Gummiknüppel eine Platzwunde am Kopf und wurde auch festgenommen. Insgesamt wurden vier Personen festgenommen. Reiner Sch. h. Jazu. Er habe auf der Polizeischule – nein, diesmal nicht „kleine Tricks“ – „ein bisschen Psychologie gelernt, und das war... die richtige Maßnahme, um die aufgeregte Menge einzuschüchtern.“

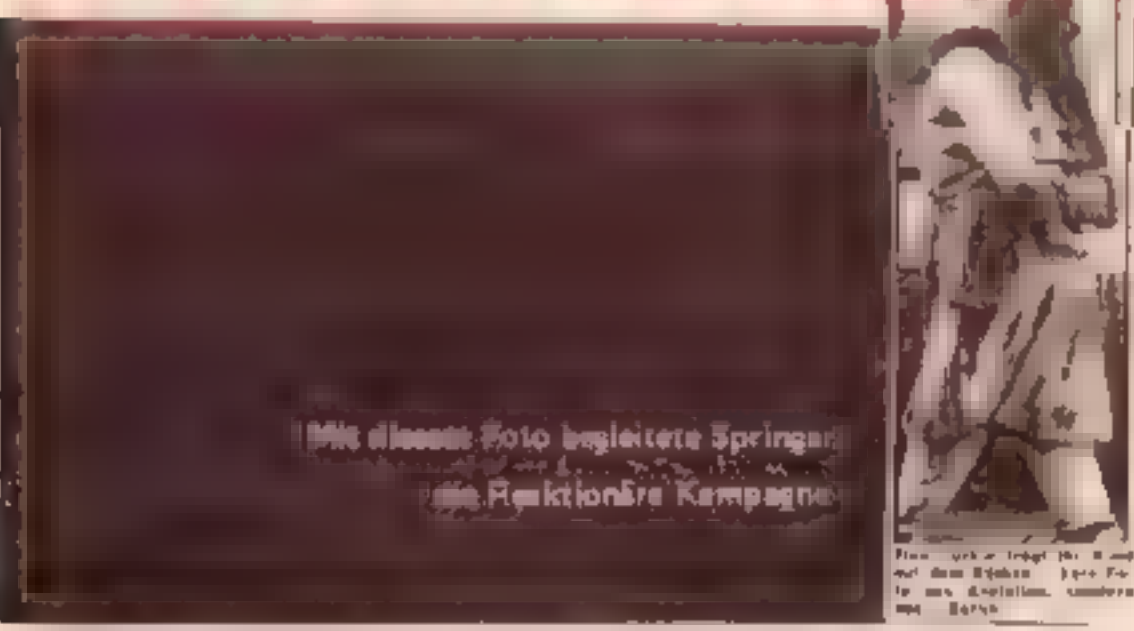
Der lernerfahrene Polizist wurde wegen Körperverletzung im Amt zu 2700 DM Geldstrafe verurteilt.

An den 4 Fällen ist teilweise eine gewisse Gleichförmigkeit auffällig: Polizisten stehen gleich mehrfach vor Gericht, wenn Freispruch erfolgt dann meist aus „Mangel an Beweisen“, immer wieder wird der Waldmarkt als Schauplatz von Übergriffen erwähnt. Mensch könnte daraus Schlüsse ziehen. Irgendwas daß Polizisten erst dann verfolgt werden, wenn sie sich über erwischt lassen, daß es für Polizisten klüger ist, Betrunkene zu verprügeln, daß im Polizeipräsidium blutige Festgenommene verprügelt und mißhandelt werden als ihnen gehandelt wird. Aber das ist schon ein Teil menschlichen Wesens. (FAZ, 30/79)

Antifa-Kommission NRW

Aufregung in Berlin

Darf ein Türke Polizist sein?



Mit diesem Foto begleitete Springer die Funktionäre Kampagne

manche ausländische Jugendliche „sich zu kriminellen Jugendbanden zusammenschließen.“ So befürchten die BKAler angeblich, daß solche Gruppen der Ausgangspunkt zu organisiertem Verbrechen seien – etwa nach dem Muster der Mafia. Eine entsprechende Entwicklung wie in den USA oder Italien mit der Mafia sei allerdings eine „ferne Zukunftsmöglichkeit“, die Wirklichkeit werden könne, „wenn die Entwicklung total schiefläuft.“ Sind dies die Vorbereitungen für ein neues polizeiliches Feindbild?

Spezielle KOBs für Ausländer?

Westberlin: Einen Tag nachdem die Presse über das BKA-Forschungsprojekt berichtet hatte, wurden am 24.7. Pläne des Westberliner Innensenators Ulrich bekannt, die wohl die gleiche Tendenz haben: nämlich die ausländischen Bürger in der BRD noch schärfer aufs Korn zu nehmen.

Daneben sollen im kommenden Jahr auch türkische Bewerber in den Polizeidienst eingestellt werden können (bzw. in den gesamten öffentlichen Dienst), sofern sie die gleichen schulischen Voraussetzungen erfüllen wie die westdeutschen Bewerber. Ulrich will damit angeblich ausländischen Kindern Chancen gleichheit verschaffen und begründet den Plan entsprechend: „Es besteht die Gefahr, daß besonders die jungen türkischen Gastarbeiter in ihren Ghettos bleiben und zum Zündstoff werden. Wenn ein Gastarbeiterkind gute Leistungen bringt, soll es auch Polizist werden dürfen.“

aufrechterhalten werden.“ Den Westberlinern sei nicht zuzumuten, bei der Ausführung öffentlicher Gewalt durch ausländische Vollzugsbeamte „bedient“ zu werden, so die Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund (PDB).

Deutlicher noch wurde Springer, der innenpolitische Sprecher der CDU: Unter dem Schlagwort Integration der Ausländer wolle Ulrich „ein Stück unserer Souveränität“ aufgeben. Hoheitliche Gewalt dürfe nicht in die Hand von Ausländern gelegt werden, da sonst „keine nationale Identität“ verloren gehe! Es sei eine Perversion, bei diesem Projekt von Integration zu sprechen. Nun würden nationale Gegensätze (z.B. zwischen Türken und Griechen in Westberlin) auch noch bewahrt.

Diese Art von „Protesten“ wendet sich – wie sollte es auch anders sein – mit keinem Wort etwa gegen die Absicht einer speziellen Ausländerpolizei in Form von „KOBs“ für die ghettotierten Ausländerbezirke u.a.m. Vielmehr nutzt sie die Gelegenheit ausschließlich zur Verstärkung der widerwärtigen rassistischen Hetze, die u.a. erst die ideologische Grundlage für eine solche Ausländerpolizei abgibt. Über die Modalitäten dieser neuen Polizeiparole werden sich Ulrich und seine rechten „Kritiker“ sicher einig werden.

Unsere Forderung kann demgegenüber nur sein: Schluß mit rassistischer Diffamierung der Ausländer in der BRD! Kein KOB in Ausländerghettos und auch nicht anderswo!

Antifa-Kommission KB/Gr. Hamburg

Der Zoll – ein vierter Schnüffeldienst

Was dem Verfassungsschutz recht ist, darf dem Zoll nur billig sein und so hat er sich ganz in den Dienst der Verfassung gestellt und übernommen, eingehende Briefpost zu öffnen und „anzukucken“. Gelant wird das ganze Unternehmen mit dem Hinweis, man würde dadurch Heroinmugglern auf die Spur kommen, die ihr Gift zunehmend in Briefen versenden würden. Die Kontrolle beschränkt sich jedoch nicht darauf. So kann bei dem „Anlesen“ jeweils auch die Gesinnung des Schreibers festgelegt und diese Information an andere „rechtsschützende“ Institutionen weitergeleitet werden. Doch eine „Unterrichtung anderer Dienststellen über den Inhalt geöffneter Briefe“, so der Zoll, erfolge „in der Regel nicht.“ („Spiegel“, 30/79)

Praktisch ist der Zoll schon dem Computerverbund des BKA angeschlossen. Über das Zolldatensystem (ZKI) hat das BKA verfügt bei der Über Daten aus der Rauchpistole im PDS-Computer, der Datei „Heroin Fernost“ und im Zentralen Personen-Index (ZPI). Ein Kreis von immerhin ca. 80.000 Menschen. Es ist bezeichnend, mit welcher Gelassenheit dieser Rechtsbruch als völlig korrekt hingestellt wird: „Von Seiten der Bundesregierung wurde auch darauf hingewiesen, daß der Zoll bei Sendungen aus dem Ausland neben der Warenkontrolle auch die Aufgabe übertragen bekommen habe, verfassungsfremde Propaganda zu beschlagnahmen.“ („FAZ“, 24.7.79)

Diese Institutionalisierung des Zolles als Instanz, die Verfassungsschutzaufgaben wahrnimmt, wird alljährlich. Schlimmer noch, jeder der einmal mit dem Gesetz in Konflikt geriet, kann wohl bald damit rechnen, daß seine Privatpost überprüft wird: „Wenn man weiß, welche Empfänger eines Briefes bereits einmal polizeilich in Betrachtung geraten sind“, meint ein Zöllner, „kann man natürlich ganz gezielt vorgehen und es vielen gesetztreuen Leuten ersparen, daß ihre Post geöffnet wird.“ („Spiegel“, 30/79) Ein Denken, wie es einem Polizeistaat geziemt!

Antifa-Kommission KB/Gr. Hamburg

Polizeifibel lehrt „gesundes Volksempfinden“

Offensichtlich für einen Großteil der Länderpolizeien und des BGS war eine 140 Seiten starke „psychologische Fibel“ in Gebrauch. Der Autor, Klaus Schwarz, klassifiziert darin verschiedenste Bevölkerungsstufen auf seine spezielle Polizei-Art. In der Schrift „Anleitung für den Umgang mit dem Mitbürger – und mit sich selbst“ sind in dem Kapitel „Außenreiter der Gesellschaft“ Schizophrenie, Epileptiker und kirnverletzte Kneppel eingereiht. Aber auch Bunde und Taubstumme werden aufgezählt und in der gleichen Rubrik Drogensüchtige und „Verwahrloste“. Schizophrenie kann man z.B. am Schwere daran erkennen, daß sie im Anfangstadium „penetrant und unerbittlich gegenüber Behörden und Firmen“ sind.

Zu den „Geistig Zurückgebliebenen“ schreibt Klaus Schwarz, sie „entstammen häufig verwahrlosten Familien“, dazu zählt er Prostituierte, Alkoholiker und Sexualverbrecher.

Auch Taubstumme seien „häufig geistig beschränkte Menschen.“ „Verwahrloste“ sind bei Schwarz „all die Menschen, deren Verhaltensweisen und Handlungen gegen die geschriebenen und ungeschriebenen Sittengesetze der Gesellschaft wiederholt verstoßen.“ Außerdem hätten sie folgende Charakterzüge: „Mangelndes Ehrgefühl, Ungehemmtheit der Lüste und Tnebe, Aggressivität, chronische Faulheit, Ichbezogenheit, mangelndes Schuldgefühl.“ Über „Psychopathen“ erfahren die Beamten folgendes: „Ihr Versagen oder Fehlverhalten bewirkt, daß auch die Gesellschaft darunter leidet. Sie sind labil, schwach gegen ihre Triebe, scheitern immer über das Ziel hinaus und neigen zu Extremen, zum Übertriebenen.“

Kurz gesagt: Wer „aufwässrig“ ist bei Behörden, sich nicht alles gefallen läßt, ist schizophrene, wer zum „Extremen, zum Übertriebenen“ neigt, ist ein Psychopath – Gehörten die nicht schon zum „Lebensunwerten Leben“ in der Zeit aus der der Verfasser schöpft??

Das Bundesinnenministerium reagiert empört, davon, daß die Fibel tatsächlich aus dem Verkehr gezogen wurde, ist uns nichts bekannt.

Antifa-Kommission, KB/Gr. Hamburg

Klassenjustiz



Kronzeugen-Deal im Kronzeugen-Deal im Müller/Newerla-Prozeß

Auf Antrag der Verteidiger von Arndt Müller und Armin Newerla wurde am 5. September Bundesanwalt Lampe als Zeuge vernommen. Oberstaatsanwalt Lampe von der Bundesanwaltschaft hat zusammen mit seinem „Kollegen“ Krüger eine Unmenge Gespräche mit Speitel und Dellwo geführt, deren Ergebnisse in einem etwas mysteriösen Fernschreiben vom BKA ans LKA Baden-Württemberg festgehalten sind. Dieses Fernschreiben besteht aus Aktennotizen, die von niemand unterzeichnet sind und auch kein Datum haben, aus dem man schließen könnte, wann die Gespräche geführt wurden. Merkwürdigerweise taucht dieses Fernschreiben in den Akten vom Prozeß gegen Dorit Brücher auf (die zusammen mit Mitarbeitern der Stuttgarter Fantasia-Druckerei angeklagt ist wegen Öffentlichkeitsarbeit über Haftbedingungen), wo es eigentlich überhaupt nichts zu suchen hat (s. Artikel in diesem AK). Im Müller/Newerla-Prozeß dagegen versucht Rehmann, dieses Dokument geheim zu halten.

Gleich zu Beginn des Prozeßtages hat die Bundesanwaltschaft demonstriert, daß sogar der anständigste Bürger es heutzutage dem Rechtsstaat nicht mehr recht(s) genug machen kann, jedenfalls nicht im Stammheimer Einzeckgebäude. Die BAW beantragte Ordnungstrafe in Höhe von 250 DM für jemanden, der jedesmal aufstand, wenn die Richter den Saal betraten (normalerweise gibts Ordnungsstrafe fürs Sitzenbleiben). Begründung: Aus den Geschichten der umstehenden Zuschauer könne man entnehmen, daß in diesem Fall das Aufstehen dem Spott und der Verächtlichmachung des Gerichts diene.

Die Verteidigung hielt dann Bundesanwalt Lampe verschiedene Aussagen aus den Aktennotizen vor und wollte wissen, ob ihm diese Aussagen bekannt seien (Speitel belastet da eine Menge Leute, u.a. auch seine Frau Angelika, sagt aber z.B. auch über sich selber aus, daß er Anfang 76 in den Jemen reisen wollte – da geht man ja wohl zur Schießausbildung?). Im Gegensatz zu seiner Zeugenvernehmung vor der Sommerpause verweigerte Lampe diesmal auf fast alle Fragen die Auskunft, mit der Begründung, dafür habe er keine Aussagegenehmigung. Er gab nur an, sich mit Speitel über „einige gemeinsame Bekannte“, „unterhalten“ zu haben. Als dann aber am Ende die Bundesanwaltschaft ein paar Fragen stellte, die eindeutig nichts mit dem Prozeß zu tun hatten, gab Lampe bereitwillig Auskunft und meinte auf die Frage der Verteidigung, wie sich das denn mit seiner Aussagegenehmigung verträgt: „Das mag sein, daß ich zu diesem Punkt keine Aussagegenehmigung hatte“ (es ging bei diesem Punkt darum, Dorit Brücher zu belasten). „Ich nehme aber die Beantwortung auf meine Kappe“. Und Richter Foth meinte: „Ich bin doch froh, wenn der Zeuge

was sagt. Interessant war eh das Zusammenspiel zwischen Lampe, BAW und Gericht. Lampe verweist auf seine „beschränkte Aussagegenehmigung“ (er hat sich da auch mal versprochen und sagte „beschränkte Aussageverweigerung“), die Bundesanwaltschaft greift das dann sofort auf und meint, die Verteidigung müsse erst eine Erweiterung der Aussagegenehmigung bei Rehmann beantragen, dann zieht auch das Gericht zurück zur „Beratung“, kommt zurück, und Foth erklärt, er könne den Zeugen ja schließlich zu nichts zwingen... Und das fast nach jeder Frage.

Bei seiner ersten Vernehmung im Juli hatte Lampe allerdings die Vermutung bestätigt, daß er mit Speitel und Dellwo ausgehandelt hat, daß die BAW von schweren Anklagen absteht, falls die Kronzeugen bereit sind, Müller u. Newerla zu beschuldigen wegen Waffenmuggels in den Stammheimer Knaast.

Bei der Fahndung nach den Schleyer Entführern mitzubearbeiten

die in Jugoslawien festgehaltenen Brigitte Mohnhaupt, Siegfried Hofmann, Peter Boock und Rolf Wagner zu beschuldigen, um deren Auslieferung in der BRD zu erreichen.

Für diese Gegenleistung wurde davon abgesehen, Speitel und Dellwo anzuklagen wegen ihrer Verwicklungen in die Aktion in der Stockholmer Botschaft und das Ponto-Attentat. Speitel war offensichtlich an der Beschaffung von Waffen für die Stockholmer Aktion beteiligt, und Lampe hat auch zugegeben, daß er sich mit Speitel „über die Waffen für Stockholm unterhalten habe“ (SZ, 11.7.79), wobei Speitel erklärt habe, „anfangs seien ein oder zwei Waffen da gewesen, später dann drei oder vier“. Bezüglich Hans-Joachim Dellwo steht fest, daß er sich ein paar Stunden (!) vor dem Ponto-Attentat zusammen mit Susanne Albrecht, Peter Boock, Brigitte Mohnhaupt und anderen in einer konspirativen Wohnung in Frankfurt getroffen hat. Lampe sieht merkwürdigerweise darin „keine Anhaltspunkte“ für eine Beteiligung oder Beihilfe, und hat da den Dellwo auch gar nicht genauer gefragt, weil er „insofern keinen Verdacht gehabt“ hat. Dafür gibt Lampe aber zu, daß Dellwo nach seiner Entlassung Geld bekommen hat, und daß er Dellwo geraten hat, seinen Verteidigern nichts von seiner Aussage gegenüber der Bundesanwaltschaft zu erzählen.

Nach diesem Deal wird die Anklage gegen Arndt Müller und Armin Newerla endgültig zur Farce, und die Anwälte haben deshalb im Sommer auch Haftentlassungsantrag gestellt.

Am Dienstag, 18.9., 9 Uhr, wird Bundesanwalt Krüger als Zeuge vernommen.

Eine Genossin aus Baden-Württemberg.

Prozeßbeginn gegen die Fantasia-Drucker

Am 19.9.79 begann im Stammheimer „Mehrzweckgebäude“ der Prozeß gegen 3 Leute der Fantasia-Druckerei: Doris Braune, Barbara Meyer-Schlage und Herbert Schlage – in des Ermittlungsverfahren sinbezogen.

Im Mai 1978 waren Doris Braune und Dorit Brücher nach einer Hausdurchsuchung der Fantasia-Druckerei auf Antrag der Bundesanwaltschaft festgenommen worden. Birgit Rauth wurde im Januar 79 am Grenzübergang Heimsiedt festgenommen. Sie sollen „Kameradengruppen für die RAF übernommen haben, um den Kontakt zu im Untergrund lebenden Mitgliedern aufrechtzuerhalten“ (ID 235). Am 17.8.79 erfolgte der nächste Schlag der Bundesanwaltschaft. Die Druckmaschinen der Fantasia-Druckerei wurden mit der Begründung beschlagnahmt, daß „diese Schriften druckt und verbreitet, mit denen (sic) die terroristische Vereinigung RAF unterstützt und für diese... (wurdt)“ Um den Coup perfekt zu machen.

wurden jetzt auch die Gesellschafter der Fantasia-Druckerei Barbara Meyer-Schlage und Herbert Schlage – in des Ermittlungsverfahren sinbezogen.

Im jetzt begonnenen Prozeß wird gegen die fünf Angeklagten schweres Geschütz aufgeföhrt. Die Anklage lautet auf Vergehen nach § 129a (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung), § 88a (Verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten) und 90a (Verunglimpfung des Staates). In einem Anfang September erscheinenden Aufruf heißt es u.a. „Wir fordern weiterhin das Recht, über die Standpunkte der politischen Gefangenen und ihre Erklärungen zu diskutieren. Information zur Situation der Gefangenen und den Reaktionen des Staates (Todeschuß) müssen weiterhin gedruckt und verbreitet werden können. Deshalb fordern wir: Die sofortige Einstellung des Prozeßes! Die Freilassung von Doris, Dorit und Birgit!“ Begleitet wird diese Einschränkung unserer Rechte durch eine massive

Behinderung der Verteidigung in politischen Prozessen. Das zeigt sich auch hier: Neben den vom Gericht bestellten Zwangsanwälten haben die fünf Angeklagten nur jeweils einen vom Gericht benannten Vertrauensanwalt. Die Verpflichtung der Zwangsanwälte macht es dem Gericht möglich, die Verhandlungstermine so festzulegen, daß einer der Vertrauensanwälte beim Prozeß nicht regelmäßig anwesend sein kann. Unsere Minimalforderung lautet deshalb: Sofortige Entpflichtung der Zwangsanwälte, an deren Stelle die Verpflichtung der zwei Vertrauensanwälte der Angeklagten... Es können Telegramme oder Protestschriften an die Richterlin geschickt werden: Oberlandesgericht, 7 Stuttgart, Urbanstr. 18, Richterlin Schlüter. Der Prozeß findet vor dem 6. Strafsenat des Stuttgarter OLG statt. Weitere Termine: 20., 24., 26.9.; 3., 8., 11., 15., 18., 22. und 25.10.79, jeweils um 9 Uhr.

IKAH, Hamburg

Urteil im Düsseldorf „Parolen-Prozeß“

Angefangen hatte es damit, daß im August 77 im Stadtgebiet von Düsseldorf Parolen an öffentlichen Gebäuden u.a. aufgetragen, die den Hungerstreik der politischen Gefangenen unterstützten. Wenige Stunden – nachdem die Parolen ordnungsgemäß von der Kripo abgeklippt waren – wurden drei Leute, die gerade von einer Geburtstagsparty kamen, von einem Zivilfahndungskommando kontrolliert und festgenommen, mit der Begründung, in ihrem Auto seien Spraydosen gefunden worden. Angeklagt wurden sie wegen „Werbung für eine terroristische Vereinigung“ (§ 129a) und Verunglimpfung von Verfassungsorganen (§ 90b).

Der Prozeß hat folgendes zutage gefördert:

Das Sachverständigen-Gutachten des Landes- und Bundeskriminalamts ergab, daß es unmöglich zu beweisen ist, daß mit den gefundenen Sprühdosen die Parolen gesprüht wurden. Ebenso ist die umtriebige hat nach der Festnahme durchgeführte mikroskopische Untersuchung der Kleidung keine belastenden Ergebnisse gebracht.

Mit den Politrefugeen verhielt es sich so wie in fast allen politischen Prozessen in jüngster Zeit. Entweder große Erinnerungslücken, Leugnen der Verantwortlichkeit – oder diejenigen, die was wissen, haben vor Verhandlungsbegins noch mal schnell in ihren Festnahmebericht geschaut, den Kollegen anrufen, etc. Auch Widersprüchliches wurde erzählt. Dieses Verhalten hat den Richter Arndt besonders entnervt, ihn aber nicht davon abgehalten, Aussagen von Polizisten anders zu bewerten als die von Entlastungszeugen der Angeklagten.

Das Gericht lehnt es ab, drei Entlastungszeugen zu vernommen und ihnen damit zu glauben, daß die Angeklagten zum fraglichen Zeitpunkt Geburtstag gefeiert haben. Begründung: „Es besteht ein entfernter Verdacht, daß die Zeugen den Angeklagten bereits vor der Hauptvernehmung eine unwahre Aussage zugesagt haben“. Dieser „entfernte Verdacht“ wird zunächst damit begründet, daß die Zeugen mit den Angeklagten „seit einiger Zeit bekannt und – wenn auch mit unterschiedlicher Intensität – befreundet“ seien. Da dies dem Gericht zur Begründung zu dünn vorkam, folgte ein dicker Nachschlag. Den Zeugen wird vorgeworfen, sie hätten ihr „möglicherweise verfahrensentscheidendes Wissen“ nicht den Ermittlungsbehörden mitgeteilt, sondern „sich vielmehr damit begnügt, den Angeklagten ihre Aussagebereitschaft im Prozeß zu versichern und im übrigen sich ganz der Prozeßstrategie der Angeklagten unterworfen“. Nach dieser Gerichtslogik ist nur ein „guter“ Zeuge, der unmittelbar nach dem Geschehen zur Polizei rennt und alles erzählt, was er weiß!

Juristisch gesehen ist im Prozeß also keineswegs der Beweis für das Parolenvergehen erbracht. Bleibt festzuhalten, daß hier mal wieder bei einem vergleichsweise harmlosen Anlaß mit dem Hammer der §§ 129a und 90a geschwungen wurde. Ende August wurde das Urteil gefällt.

Zwei der Angeklagten wurden freigesprochen, einer verurteilt zu 10 Monaten Knaast ohne Bewährung. 9 Monate für die „Werbung für eine terroristische Vereinigung“, 2 Monate (zusammengedogen zu 10) für die Beleidigung des Oberlandesrichters Wagner im Prozeß gegen Johannes Roos, in dem er „Heil Hitler, Herr Freudler“ rief (ID 197).

Informationen nach einem Pro-

zeßbericht der Prozeßgruppe, c/o BidaBuz-Buchladen, Konkordiastr. 81, 4 Düsseldorf-Bilk, die in Kürze was zur Einschätzung des Prozesses veröffentlichen will. Die Prozeßkosten werden auf 30.000 DM geschätzt. Spenden auf das Konto der Stadtparkkame Düsseldorf, M. Weller, 634 045 314, BLZ 300 501 10.

IKAH, Hamburg



Maßnahmen gegen Untersuchungshäftlinge

Jetzt gehören auch die Lateinamerika-Nachrichten zur subversiven Literatur, die nicht an Untersuchungshäftlinge ausgehändigt werden kann. So erging es Klaus Viehmann, der wegen des Verdachts auf Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung in Moabit in Untersuchungshaft einsatz. Das „Blatt“ Nr. 140 und die „Lateinamerika-Nachrichten“ Nr. 73 wurden nicht an ihn weitergegeben, zum einen, weil es unmöglich sei, diese „Druckerzeugnisse“ wegen ihres großen Umfangs zu kontrollieren. Diese Kontrolle fand aber doch statt. In der Begründung für die Nichtweitergabe heißt es:

„In dem Druckerzeugnis „Lateinamerika-Nachrichten 73“ wird behauptet, deutsche Politiker (Anm. es handelte sich konkret um Strauß) verteidigten und lobten die fortgesetzte und systematische Verletzung der Menschenrechte durch ausländische Regimes (es ging um Chilo, Anm.) und seien mit deren Exponenten befreundet.“ Solche Äußerungen seien geeignet, den Angeklagten „gegen jegliche staatliche Autorität und damit auch gegen die das besonders Gewaltverhältnis (!) in den Vollzugsanstalten repräsentierenden Vollzugsbeamten aufzuwiegen und so die Ordnung in der Anstalt zu gefährden.“ Da es nicht schwerfällt, den Wahrheitsgehalt der beanstandeten Aussagen (Verbindung deutscher Politiker zu Diktatoren) zu beweisen, wurde die Sache gleichzeitig mit dem zu großen und unkontrollierbaren Umfang der „Druckerzeugnisse“ abgesichert. Damit kann man Häftlingen tatsächlich allen Lesestoff vorenthalten und die Zeitungen der 3 Welt Solidaritätsgruppen in die Nähe des Terrorismus rücken.

Lateinamerikakommision

Keine Gefängnisstrafe für Thomas Luczak!

Solidaritätskomitee
„Keine Gefängnisstrafe für
Thomas Luczak“
c/o Edith Müller
Geschwister-Schollstr. 6
46 Dortmund 1

31.08.79

Sehr geehrte Damen und Herren!

Mehrere Wochen sind vergangen, seit wir Sie aufgefordert haben, sich dafür einzusetzen, daß Thomas Luczak seine 17-monatige Gefängnisstrafe nicht antreten muß. Die Solidaritätsbekundungen, die uns hauptsächlich aus Dortmund, aber auch aus vielen anderen Städten und sogar aus dem Ausland erreichten, haben uns sehr ermuntert und unsere Arbeit, aber auch Thomas Luczak persönlich, bestärkt. Es ist immer wieder gut, zu sehen, daß reaktionäre Maßnahmen unserer Justiz nicht ohne Protest und Widerstand über die Bühne gehen, selbst wenn es noch nicht gelingt, sie grundsätzlich zu verhindern.

Das Amtsgericht Dortmund (Richter Ralmer) hat zunächst einmal entschieden, die 9 Monate ohne Bewährung auszusprechen. Gegen diesen Bescheid wurde Beschwerde eingelegt, und es ist damit zu rechnen, daß nun das Landgericht in ca. 2 Wochen endgültig darüber entscheidet, ob diese 9 Monate mit oder ohne Bewährung verhängt werden.

Eine Entscheidung bezüglich der 8

Monate Gefängnis mit/ohne Bewährung (Vietnam) wird noch für längere Zeit ausstehen, da zur Zeit der BGH überprüft, ob das Kölner oder das Dortmunder Gericht dafür zuständig ist.

In der letzten Woche jedoch hat sich die Lage von Herrn Luczak erheblich zugespitzt. Am vergangenen Mittwoch erschienen - ohne vorherige Ankündigung - 3 Kriminalbeamte im Büro der KPD in Dortmund mit einem Haftbefehl gegen Herrn Luczak und wollten ihn sofort festnehmen. Staatsanwalt Feldmann besteht darauf, die 2 Monate ohne Bewährung, die Herr Luczak für das Malen einer Parole erhalten hatte, nun endlich zu vollstrecken. Dies ist deshalb eine besondere Frechheit, weil die Staatsanwaltschaft eine schriftliche Vereinbarung mit der Verteidigung geschlossen hatte, nichts hinsichtlich der 2-monatigen Strafe zu unternehmen, solange der Gesamtrafenbildungsprozeß - der diese Strafe mit einschließt - noch nicht abgeschlossen ist. Außerdem muß man berücksichtigen, daß es einen erheblichen Einfluß auf die Entscheidung des Landgerichtes nehmen würde, wenn Herr Luczak jetzt im Gefängnis wäre. Denn welcher Richter entscheidet dann noch auf 9 Monate mit Bewährung, wenn der Betreffende bereits für 2 Monate im Gefängnis sitzt. All dies scheint die Staatsanwaltschaft jedoch nicht zu

berühren. Es war ein reiner Zufall, daß die Pläne von Herrn Feldmann nicht Wirklichkeit wurden, denn Herr Luczak war nicht im Büro anzutreffen.

Gegen das Vorgehen der Staatsanwaltschaft wurde Dienstaufsichtsbeschwerden eingelegt. Dieses Mittel ist jedoch relativ wirkungslos, da die Staatsanwaltschaft rein formal das „Recht“ hat, die 2-monatige Strafe zu vollstrecken.

Angesichts dieser Situation wenden wir uns erneut an Sie mit der Bitte, entsprechend Ihren Möglichkeiten diesen Fall bekanntzumachen. In unserer Solidaritätsarbeit haben wir immer wieder erfahren, daß viele Menschen sich nicht vorstellen können, daß so hohe Gefängnisstrafen für politische Meinungen und Aktivitäten in unserem Land ausgesprochen werden. Deshalb halten wir es für sehr wichtig, diesen Fall - wo es geht - bekannt zu machen. Wir sind sicher, daß Sie in dieser Hinsicht die ein oder andere Gelegenheit wahrnehmen können.

In der Hoffnung auf Ihre Unterstützung verbleiben wir mit solidarischem Grüßen

Solidaritätskomitee
„Keine Gefängnisstrafe für
Thomas Luczak“
c/o Edith Müller

Knastblatt Nr. 17 beschlagnahmt

Während die Zuschauer der Frankfurter Ausstellung sich an den auf der Bühne stattfindenden Skandalen des Jahres des Über-Bullenbergriffs und Terroristenheute schießen und hörbar erfreuen, wurde ich hinten am Ausgang mit einem Knastblatt Nr. 17 beschlagnahmt (das Knastblatt erscheint alle 14 Tage und ist eine Sammlung von ungefähr 50 Kurzberichten über Knast, politische Prozesse und Bullenterror, auf zwei Seiten zusammengefaßt).

Die anfängliche Begründung, von wegen illegalen Vertriebs von Flugblättern, erschien den Bullen zunächst als lächerliche Verleumdung. Die Bullen, die in wilden Verteilungen des Flugblattes mitgenommen wurden, sahen wenig lächerlich. Fortan hieß die Anklage: Verleiden von illegalen Flugblättern, genauer: Verleiden von Beleidigungsmaterial (auf welche Beleidigungsmaterial sie sich jedoch im konkreten bezogen, darauf wollten sie sich nicht festlegen).

Nach langer Wertzeit (in der mir die Polizeibroschüre, wie sie meinen zur Weiterbildung, gereicht wurde) kam dann ein junger dynamischer Typ zur Tür hereingeschossen, begrüßte mich mit Händschlag und mit Namen, so, als wenn wir uns schon irre lange kennen würden. Wie nicht schwer zu erraten war, kam er vom Tempelhofer Damm, Staatschutz. Dieses „Vertrauensverhältnis“ wurde

schon sehr genau mit mir diskutiert. Ich habe keine Aussage gemacht und es hat nichts unterbrochen. Ich habe keine Aussage gemacht und es hat nichts unterbrochen. Ich habe keine Aussage gemacht und es hat nichts unterbrochen.

Da angeblich „Gefahr im Verzuge“ bestünde (auf meine mehrmals gestellte Frage, da wo Gefahr bestünde, müßte es doch einen Gefährdeten geben und wer denn dies nun sei, erhielt ich keine Antwort oder nur unverständliche Antworten wie z.B. „Wir wissen auch mit kleinen Beamten, aber hier haben wir eine studierte Leiste, die sich damit auskennen würden“), das klingt fast wie ein Ostfriesenwitz, ist aber leider die traurige Wahrheit: ordnete man eine Hausdurchsuchung an, wo weitere 250 Flugblätter aus meinem Regal „sicher“ gestellt wurden.

Ein Buße fand noch ein Knastblatt in meinem Bett (das war vielleicht ein Bild für die Götter, als der Buße auf meinem wackligen Hochbett stand und triumphierend ein Flugblatt hochhielt). Durch diesen „Erfolg“ offensichtlich ungestört, durchforstete er auch noch mein Klo (diesmal „leider“ ohne Erfolg).

Mir schwebt an sich vor, die Bu-

ten auf Anklagenbasis zu verurteilen. Ich habe keine Aussage gemacht und es hat nichts unterbrochen.

den Verurteilung zu verurteilen. Ich habe keine Aussage gemacht und es hat nichts unterbrochen. Ich habe keine Aussage gemacht und es hat nichts unterbrochen.

Ich habe keine Aussage gemacht und es hat nichts unterbrochen. Ich habe keine Aussage gemacht und es hat nichts unterbrochen. Ich habe keine Aussage gemacht und es hat nichts unterbrochen.

Ralf Axel Simon,
Friedrichstr. 23
1000 Berlin 10

Briefe an den Genossen, Bestellungen des „Knastblattes“ usw. an obige Adresse.

IKAH/Hamburg

Urteil von der Schnüffelfront

Seit 1968 hatte die Frankfurter Polizei eine erkennungsdienstliche Akte über Ralf S. angelegt, in der u.a. Unterlagen über Ermittlungsverfahren wegen „verfassungsförderlicher Einwirkung auf die Bundeswehr“, Beteiligung an einer Demonstration zum Tod Ulrike Meinhof und eines angeblichen „Anschlags auf einen Polizeibeamten“ enthalten sind. Alle Verfahren sind ergebnislos eingestellt worden, doch die Polizei führte die Akte weiter, was Ralf S. veranlaßte, gegen die Polizei zu klagen. Vor dem Verwaltungsgericht begründete Regierungsbetrüger Werner

die Weiterführung der Akte damit, daß Ralf S. „bei extremistischen Organisationen dabei“ sei, „mit weiteren Straftaten sei zu rechnen“. Wie so „w e i t e r e Straftaten“ fragt man sich, wo doch die Ermittlungsverfahren sich als gescheitert herausstellten? Das Gericht urteilte auf Vernichtung der Akte. „Man müsse eine Interessenabwägung vornehmen, die hier zugunsten des Klägers ausfalle. Man habe die Akten durchgesehen und dabei festgestellt, daß S. objektiv nicht in Verbindung zu extremistischen Gruppen zu bringen sei.“ Bleibt die Frage, was das Ge-

nicht unter „Verbindung“ verstehen wurde, vielleicht den Besuch einer „extremistischen“ Veranstaltung oder die beweisbar erschnüffelte Teilnahme an einer „extremistischen“ Demo u.ä.? Die Urteilsbegründung schließt sich wahrlich nicht gegen die Schnüffelpolitik der Polizei. So meinte auch der Anwalt von Ralf S. „Bevor die jetzigen Unterlagen vernichtet werden, wird die Polizei sicherlich eine Kopie zum Aufbewahren machen.“ (Zitat aus „FR“, 24.8.79)

IKAH Hamburg

„Metall“ gewinnt gegen Türkes

Das Frankfurter Oberlandesgericht entschied kürzlich, daß die IGM-Zeitung „Metall“ den türkischen MHP-Vorsitzenden weiterhin einen Faschisten nennen darf. Zitate aus der Urteilsbegründung: „Zu Unrecht macht der Kläger (Türke - Anm. IKAH), geltend, mit dem Wort „Faschist“ werde ebenso wie mit der Bezeichnung Dieb, Ehebrecher, Mörder usw. eine Tatsache zum Ausdruck gebracht. ... Darum handelt es sich hier jedoch nicht, da die Bezeich-

nung „Faschist“ hier ersichtlich nicht als Schimpfwort, sondern mehr mit beschreibendem Charakter verwendet wird. Gleichwohl handelt es sich nicht um die Wiedergabe einer Tatsache im Gegensatz zu den zuvor genannten Bezeichnungen knüpft das Wort „Faschist“ hier nicht an die Zugehörigkeit zu einer entsprechenden Partei an, die dieses Wort in ihrer Parteizeichnung führt oder für sich in Anspruch nimmt. ... Der Kläger als Vorsitzender der MHP weist diese Be-

zeichnung gerade von sich. Es kann sich deshalb bei der Bezeichnung „Faschist“ nur um eine Bewertung handeln, bei der der Antragsteller aufgrund seiner Äußerungen und Absichten, seiner politischen Ziele und Verhaltensweisen als „Faschist“ eingestuft wird.“ (Metall, 15.8.1979). Nun wissen wir alle, wann und warum wir einen Faschisten „Faschist“ nennen dürfen, gel!

IKAH Hamburg

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 439 59 02

Sozialistischer Studentenrat
Büro
Schillerstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon: 44 98 14

Schleswig-Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 086245 A
230 Flensburg

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2084 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
vor Pflanz

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagerkarte 086245 A
234 Kappeln

Kiel
M. Lankau
Postlagerkarte 08 88 93 A
2300 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Freitag von 18 bis 19 Uhr
und jeden Samstag von 10 bis 12 Uhr
Holtenauerstraße zwischen „Kieker
Nachrichten“ und Buchladen „Monte-
mus“

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Rheinland-Pfalz

Biedfeld
G. Wilmmer
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents Vertriebsbüro
Buddstr. 9
48 Bielefeld
Mittwoch von 18 bis 20 Uhr

Bochum
Postlagerkarte A 068 011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstr./Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr
Uhr/Mensa

Postlagerkarte 080 180 A
41 Duisburg

Jeden So 11-13 Uhr Kettwiger Str.
Nähe Kurienplatz
Den AK gibt's außerdem in Buchh.
H. Heine, Viehofer Pl. 8 und
Buchladen Bundeschul, Tagelstr. 38
Kamen
Jeden Samstag 10 bis 12 Uhr
Mittwoch von 16.30 bis 18 Uhr

Münchenglück II
Postlagerkarte A 0887 45
4050 Münchenglück
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 bis 13 Uhr im Rhynd
(F. Rhynd)

Köln
Dienstags
Büchertisch-Pachhochschule für
Sozialarbeit
Mittwoch Büchertisch - Uni

Darmstadt
Edwin Hermann
Am Fischmarkt 5/7
61 Darmstadt

Frankfurt

J. Reents Vertriebsbüro
L. Reents
Kaufhofstraße 11
6000 Frankfurt 60

Kassel
F. Rohn
Postfach 10 31 43
3600 Kassel

Harzen/Wilderröte

Freitag
schriftlich über Buchladen des PKD
c/o Kommunistischer Bund
Waldstr. 15

Holteberg
AK Leekrodt jeden Montag und
Büchertisch jeden Mittwoch (Altstadt/
Mensa) Kontakt über Postlagerkarte
080 845 B
AK-Verkauf dienstags 12-14 Uhr
Mensa Triplicon

Karlsruhe
Held Zorn
Humboldtstr. 13
76 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Mannheim
„Der Andere Buchladen“
co. KB-Sympathisanten
M 2,6
6800 Mannheim 1

Bayern

München
Verkauf jeden Dienstag
Büchertisch 11-13 Uhr
Gesamthochschule

Landshut
A. Fierback
Postfach 2413,
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend
10-12 Uhr
Altstadt vorm Oberpaul

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg
Verkauf mittwochs nach
AK-Erschienen, Ate Mensa

Westberlin
J. Reents Vertriebsbüro
Eisenbahnstr. 4
1 Westberlin 36

Spanien / Portugal

Euskadi im Kampf für seine politischen Flüchtlinge

Gegen die Verfolgung der baskischen politischen Flüchtlinge im französischen Teil des Baskenlandes (Nord-Euskadi) durch die französischen Behörden führt die baskische Linke seit Monaten einen Kampf. Im Februar '79 hatte die französische Regierung den baskischen Flüchtlingen den Asylstatus entzogen (parallel zur Verabschiedung der Verfassung im spanischen Parlament) und diese seitdem mit allen erdenklichen Schikanen und Repressionen verfolgt. Eine ganze Reihe von Flüchtlingen sind direkt an die spanische Polizei ausgeliefert worden, zig andere wurden zu „Zwangsaufenthalten“ in die Pyrenäen verbannt, faschistische Kommandos konnten ohne Angst vor Verfolgung ehemalige oder auch derzeitige ETA-Mitglieder abknallen. Der Parlamentsabgeordnete von Herri Batasuna (radikaler ETA-Flügel), Leta mendia, befürchtet, daß mit dem Inkrafttreten des baskischen Autonomiestatuts die französische Regierung die baskischen Flüchtlinge „in massiver Form, lastragenweise“ an die spanische Polizei ausliefern wird (El País, 30.8.), da sie ja nun angeblich nicht mehr politisch verfolgt werden. Die spanische Linke hat bisher in verschiedener Weise den Protest gegen diese Maßnahmen organisiert und ihrer Forderung nach Wieder Zuerkennung des Asylstatus Ausdruck gegeben, durch Demonstrationen, Abschließungen, Hungerstreiks sowie durch zahlreiche Bombenanschläge gegen französische Einrichtungen. Die Proteste haben sich in letzter Zeit weiter verstärkt, nachdem die Übergriffe der französischen Polizei immer unverhältnißvoller wurden, was zuletzt 39 Familienangehörige baskischer Flüchtlinge in Bayonne verhaftet und 8 Stunden lang verhört worden. In den Kirchen der Grenzorte Hendaya und Irun haben sich Hungerstreiks entwickelt. Auf den baskischen Webseiten La Amorelieta

Freunde, die ihm zu Hilfe kommen wollten, wurden mit Gummigeschossen abgehalten. Der Student starb auf dem Weg ins Krankenhaus!

Stundenlang tobte daraufhin der ungleiche Kampf in den Straßen San Sebastians. Demonstranten errichteten Straßensperren und riefen immer wieder „Mörder-Polizei“, „ETA - Töte sie“.

Auch in Vitoria und Bilbao griff die nationale Polizei scharf ein und prügelte jeden Demonstrationenwerber zusammen.

Diese blutigen Ereignisse in Euskadi, die entfesselte Brutalität der Knüttelgardien sowie die Radikalisierung, die davon wieder auf die Menschen im Baskenland ausging, paßt den bürgerlichen Parteien überhaupt nicht ins Konzept. Am 15. Oktober soll die Volksabstimmung über das im spanischen Parlament beschlossene baskische Autonomiestatut stattfinden. Allerdings tragen Ereignisse wie diese natürlich dazu bei, daß mehr Menschen zu der Meinung kommen, daß alle Rechte dieses Statuts



So... (Demonstrationen in Euskadi nach dem Tod von Iratxe Oquendo)



„Reite“ des Straßenkampfes in Renteria nach dem Tod von Iratxe Oquendo. Autobusse hatten als Straßensperren und Schutz vor den Bullen gedient.

Für den folgenden Tag riefen die revolutionären Organisationen (Herri Batasuna, LKI, MC-OIC, PTE-ORT) zum Generalstreik in Euskadi auf. In letzter Minute schloß sich der nationalkonservative PNV dem Aufruf an. Der Generalstreik wurde massiv befolgt. In Guipuzcoa streikten fast alle Arbeiter, Bume und Taxis stellten ihre Fahrten ein, die Läden hatten geschlossen. Auch in den anderen Provinzen (mit Ausnahme von Alava) wurde gestreikt und es kam in allen größeren Städten zu Straßenschlachten mit der Polizei. Die Arbeiter von Radio Nacional de España beschloßen nach einer Streikversammlung, den ganzen Tag über nichts zu senden außer Nachrichten über den Verlauf des Generalstreiks! Die reformistischen Gewerkschaften UGT und Comisiones Obreras hingegen machten ihren ganzen Einfluß geltend, um in einigen Betrieben Vizcayas die Arbeiter vom Streik abzuhalten.

Das Begräbnis des ermordeten Studenten Iratxe Oquendo in San Sebastian wurde zu einer Demonstration von 10.000 Menschen. Nach der Beisetzung lösten die Bullen die Demonstration wieder mit brutaler Gewalt auf. Dabei wurde ein 16-jähriger durch einen Bauchschuß lebensgefährlich verletzt!

nichts nutzen, solange die nationale Polizei weiter knüttelt, schießt und tötet. Eine klare Regelung bezüglich des Abzugs der nationalen Polizei und anderer Truppen aus Euskadi ist tödlich. Eine klare Regelung bezüglich des Abzugs der nationalen Polizei und anderer Truppen aus Euskadi ist im Autonomiestatut nicht enthalten.

Deshalb hat der PNV auch so dringlich die Regierung aufgefordert bis zum Inkrafttreten des Statuts wenigstens eine gemischte Kommission aus baskischen Parteien und den Organen der Zentralgewalt zu bilden, die für die „öffentliche Ordnung“ sorgt, damit solche an schlimme Franco-Zeiten erinnernde Einsätze der Polizei nicht mehr vorkommen, jedenfalls nicht bis zum 15. Oktober. Am 9. September konnte in San Sebastian eine Demonstration für die baskischen Flüchtlinge von ca. 8000 Menschen stattfinden, zu der die revolutionäre Linke aufgerufen hatte, bei der die Bullen nicht eingriffen.

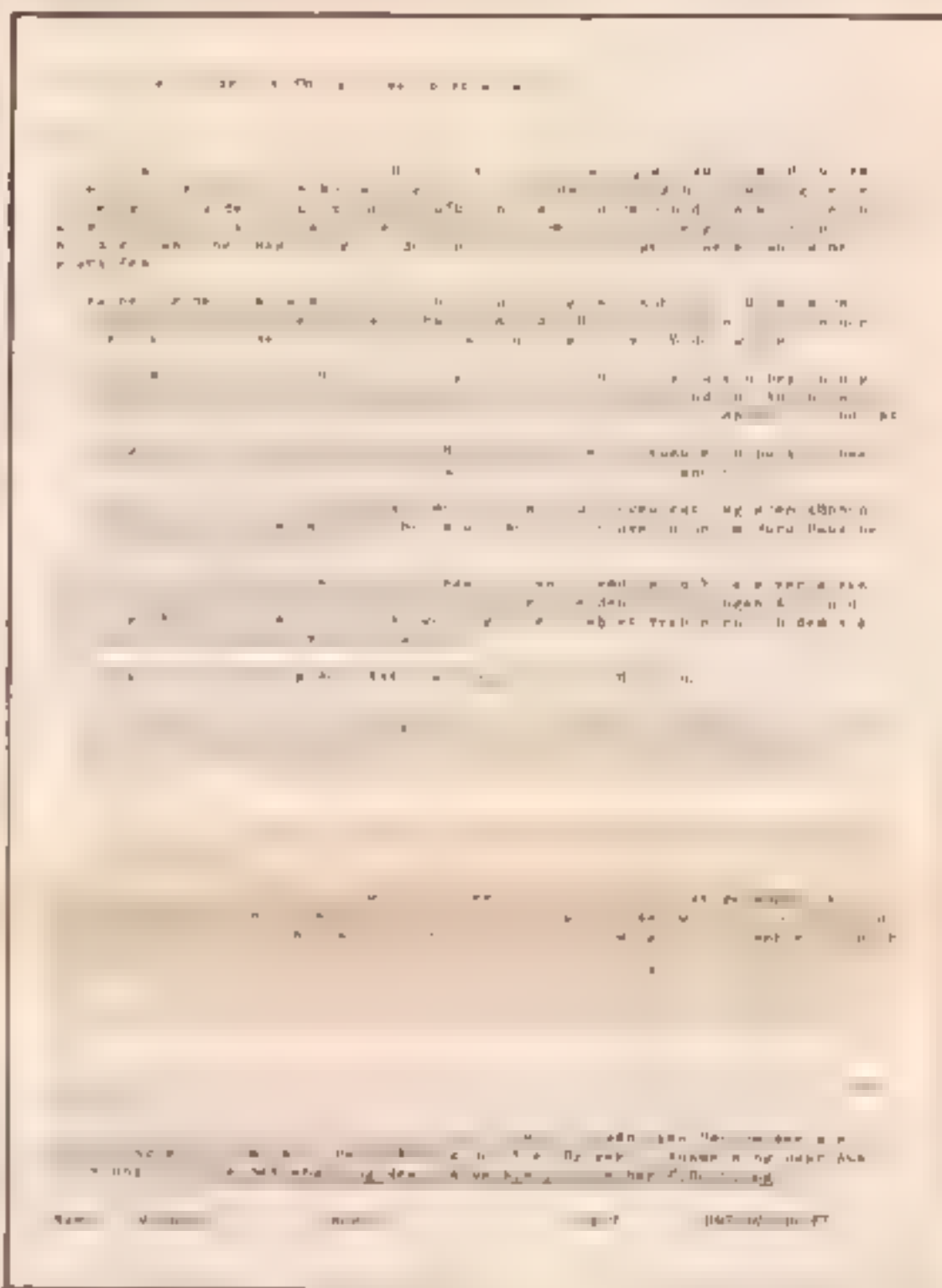
Die Organisationen der revolutionären Linken haben die Fortsetzung ihres Kampfes für die baskischen Flüchtlinge in Frankreich angekündigt und die „demagogische Haltung“ der Parteien, die für das Autonomiestatut eintreten, verurteilt (El País, 5.9.)

Spanien-Kommission

Politisches Asylrecht für alle verfolgten Basken!

AUFRUF

Mit folgendem Text werden von verschiedenen Komitees für die baskischen Flüchtlinge und die Wiederherstellung ihrer politischen Rechte in Frankreich Unterschriften gesammelt.



Chilenischer Außenminister in Madrid

Nach einer kurzen Visite beim englischen Außenminister Lord Carrington war die erste Station des chilenischen Außenministers bei seiner Rundreise durch westeuropäische Länder ein offizieller Aufenthalt in Madrid, bei dem Gespräche mit Ministerpräsident Suarez, Außenminister Oreja und dem spanischen Wirtschaftsminister von ihm geführt wurden. Den Vertreter des chilenischen Terror-Regimes Cubillos, interessiert besonders, in welchem Umfang Spanien bereit ist, seine wirtschaftlichen Beziehungen zu Chile zu intensivieren, Cubillos lobte die Staaten Frankreich und BRD (!) - die erst als nächste achtem Gebiet die Rolle spielen würden, die eigentlich Spanien zukomme „weil sie eine weniger rigide Politik

auf ideologischem Gebiet“ verfolgen (El País, 5.9.79). In Spanien würden die Unternehmer so zurückhaltend sein, weil sie Angst vor den politischen Reaktionen im eigenen Land haben.

Gegen die Anwesenheit des Vertreters des chilenischen Mörder-Regimes haben PSOE, PCE und alle Organisationen der revolutionären Linken Spaniens protestiert.

Chilenische politische Flüchtlinge und Mitglieder der revolutionären linken Organisationen führten einen 48-stündigen Hungerstreik aus Protest gegen den Besuch Cubillos durch. Während der Pressekonzferenz Cubillos demonstrierten 500 Menschen vor dem Gebäude und riefen: „Pinochet - Mörder“ und „Die Verschwendung, wo sind sie?“

Spanien-Kommission

Portugal vor den Wahlen

In der ersten Dezemberhälfte ist es soweit: in Portugal soll ein neues Parlament gewählt werden. Bei diesen vor der Tür stehenden Wahlen handelt es sich jedoch nicht einfach um Neuwahlen, wie ureföhrlicher Weise in den Medien immer wieder behauptet wird, darunter versteht man nämlich gemeinlich Wahlen, die eine neue Legislaturperiode einleiten. Genau dies trifft aber für die portugiesischen Wahlen im Dezember nicht zu.

Die portugiesische Verfassung vom April 1976 bestimmt in ihrem Artikel 174, daß die Legislaturperiode vier Jahre dauert und daß bei zwischenzeitlicher Auflösung des Parlamentes

das darauf neugewählte Parlament die erste Legislaturperiode zu Ende zu führen habe. Man spricht deshalb in Portugal von „eleições intercalares“, d.h. „zwischenbeschobenen Neuwahlen“. In jedem Falle muß im Oktober 1980 wieder gewählt werden, da dann die erste Legislaturperiode abläuft. - An diesem Sachverhalt läßt sich zur Zeit nichts ändern, da die portugiesische Verfassung festlegt, daß Verfassungsänderungen erst in der zweiten Legislaturperiode vorgenommen werden dürfen (Art. 286).

Damit findet ein Prozeß der Diskreditierung der parlamentarischen Institutionen einen vorläufigen Ab-

schluß - ein Prozeß, der sich seit der Aufnahme von CDS-Ministern in eine von Soares geführte PS-Regierung Anfang 1978 von Monat zu Monat zuspitzte.

Ansatzpunkt dieser von Staatspräsident António Ramalho angeführten Kampagne war die Tatsache, daß die PS von Mário Soares im Parlament keine Politik der linken Aktionsfront mit der PCP zur gemeinsamen Verteidigung der Errungenschaften des 25. April 1974 betreiben wollte. Die von PCP-Chef Cunhal immer wieder beschworene „linke Mehrheit“ im Parlament wurde vielmehr durch die PS-Fraktion fortlaufend sabotiert

und konnte daher politisch nicht zum Tragen kommen. Die inner- und außerparlamentarische Rechte verstärkte gleichzeitig ihre Angriffe auf die Agrarreform und die unter Arbeiter selbstverwaltung oder staatliche Kontrolle gestellten Betriebe, wobei sie keine Gelegenheit ausließ, der Soares-Partei Kommunisten-Freundlichkeit zu unterschreiben (Zur Entwicklung bis zur Einsetzung von Nobre da Costa als Regierungschef durch Staatspräsident Eanes siehe im einzelnen AK 138, S. 33).

Eanes machte sich diese Situation in verschiedener Hinsicht zunutze. Da durch die Haltung der PS in der Koalitionsfrage keine von der Linken gemeinsam getragene Regierung zustande kommen konnte, ebensowenig wie aufgrund der Mehrheitsverhältnisse eine rechte Regierung das Parla-

ment hätte passieren können, benutzte Eanes seine ihm in der Verfassung zugestanden Rechte als Staatspräsident, um dem Parlament nachteiliger drei Regierungen von seinen Gnad aufzuzwingen. Diese parlamentarisch nicht abgesicherten Regierungen, die angeblich nur „geschäftsführend“ wirken sollten, griffen massiv in das politische Geschehen ein, indem sie zum Beispiel auf dem Gebiet der Agrarreform eine brutale Enteignungswelle gegen Kooperativen und kollektive Produktionseinheiten im Alentejo in Gang setzten (s. dazu AK 154, S. 40). Am Rande sei hier erwähnt, daß die seit kurzem im Amt befindliche III. Regierung Eanes unter der Ministerpräsidentin Maria de Lurdes Pintasilgo diese Politik unge-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 29

brochen fortgesetzt. Hatte die Ministerpräsidentin anfangs noch verkündet, die Politik des Agrarministeriums müsse möglicherweise überdacht werden — indem z. B. endlich mal an die gesetzlich vorgesehenen, immer noch ausstehenden Enteignungen von privatem Landbesitz gegangen würde — so tönt es heute aus dem Munde des Agrarministers Joaquim Lourenço ganz anders: Die Behauptung, daß die gegenwärtige Regierung die Landrückgabe an Private im Akentejo gestoppt habe, sei pure Spekulation. Man werde im Gegenteil die Gesetze genau erfüllen. Im Augenblick seien jedoch alle von der vorhergehenden Regierung Mota Pinto geplanten Reprivatisierungen getätigt, für weitere seien noch die notwendigen juristischen Formalitäten zu regeln („Diário Popular“ v. 11.9.79).

Die Zielsetzung der Bourgeoisie, wie aus der Politik von Staatspräsident Eanes und seiner drei Regierungen ablesbar ist, läßt sich in Kürze folgendermaßen zusammenfassen:

1. Aushöhlung der verfassungsmäßigen Funktion des Parlaments durch großzügigste Interpretation der Rechte und Pflichten des Staatspräsidenten. Damit soll einer Verfassungsrevision, die für die zweite Legislaturperiode ansteht, im Sinne einer stark präsidentiellen Demokratie, wie in den USA oder in Frankreich, vorgearbeitet werden.

2. Dies wird flankiert durch die Unglaubwürdigmachung des gegenwärtigen Parteiensystems. Der Staatspräsident hat in den letzten eineinhalb Jahren nichts unversucht gelassen, um die (Parlamentarischen) Parteien der Unfähigkeit zu zeihen, das Wohl des Landes zu vertreten. Er rief den Eindruck hervor, als habe er persönlich sich nur deshalb in die Parlamentsangelegenheiten eingemischt, weil die Parteien nicht in der Lage waren, aktionsfähige Regierungen zu bilden. Damit wird das Parteiensystem als erstlinig noch klassenmäßig bestimmtes in Frage gestellt, und der Tendenz nach auf ein BRD-artiges System von „Volksparteien“ orientiert, wo prinzipiell jede Partei mit jeder koalitionsfähig, die politische Kontinuität also weitgehend unabhängig von Wahlergebnissen ist.

3. Im gleichen Zuge läßt die Bourgeoisie die Gelegenheit nicht ungenutzt verstreichen, noch in dieser Legislaturperiode einige ihrer Hauptziele zu erreichen bzw. wenigstens in Angriff zu nehmen, wobei für sie die augenblickliche Krise und Schwäche der Linken besonders günstig ist. Hier sind insbesondere zu erwähnen: die Agrarreform, die selbstverwalteten und verstaatlichten Betriebe und die Neueinbindung Portugals in das imperialistische System. Für letzteres seien die Kreditabkommen mit dem Internationalen Währungsfonds und einzelnen imperialistischen Ländern genannt, sowie die verstärkte militärische Kooperation Portugals im Rahmen genannt, sowie die verstärkte militärische Kooperation Portugals im Rahmen der NATO (Aufstellung einer NATO-Brigade, Erneuerung des Abkommens über den Stützpunkt Beja der BRD-Luftwaffe). —

Für den kommenden Wahlkampf schälen sich folgende Verhaltensweisen und Koalitionen heraus:

Die Rechte hat es darauf angelegt, die an ihrer sozialen Basis aufgebrochenen Unzufriedenheiten mittels einer breiten Wahlkoalition aufzufangen, die von PSD (Sá Carneiro) über PPM (Monarchisten) bis zur CDS (Schwesterpartei der CSU) reicht. Dieses Wahlbündnis, auf dessen Listen auch „unabhängige“ Rechte kandidieren können, nennt sich ausgerechnet „Demokratische Allianz“.

Die PS wird allen zur Wahl antreten, wobei ihre Wahlkampfstrategie augenblicklich noch nicht deutlich ist. Sie wird es relativ schwer haben, sich als Links zu verkaufen, da die Bevölkerung gut drei Jahre lang in den Genuß einer „sozialistischen“ Politik à la Soares und deren Folgen gekommen ist. Möglicherweise wird die PS ihre Stimmenverluste nach links ganz oder teilweise ausgleichen können. In jedem Fall ist bei der PS die größte Wahlerwartung zu erwarten.

Die PCP verhält sich „maßvoll“ gegenüber der Regierung Puntasilgo und dem Staatspräsidenten Eanes. Sie geht davon aus, daß ihr Potential weitgehend erhalten geblieben ist und mangels einer linken Alternative kaum mit Stimmenverlusten nach links zu rechnen ist (wie bei den Präsidentschaftswahlen 1976, als ein erheblicher Teil der PCP-Wählerschaft dem Pöder-Popular-Kandidaten Otelo die Stimme gab und nicht dem PCP-Kandidaten Pato). Ob in diesem letzten Punkt die PCP sich nicht möglicherweise irrt, hängt davon ab, ob die revolutionäre Linke um Otelo eine gemeinsame Wahlplattform auf die Beine zu stellen in der Lage ist.

Portugal-Kommission

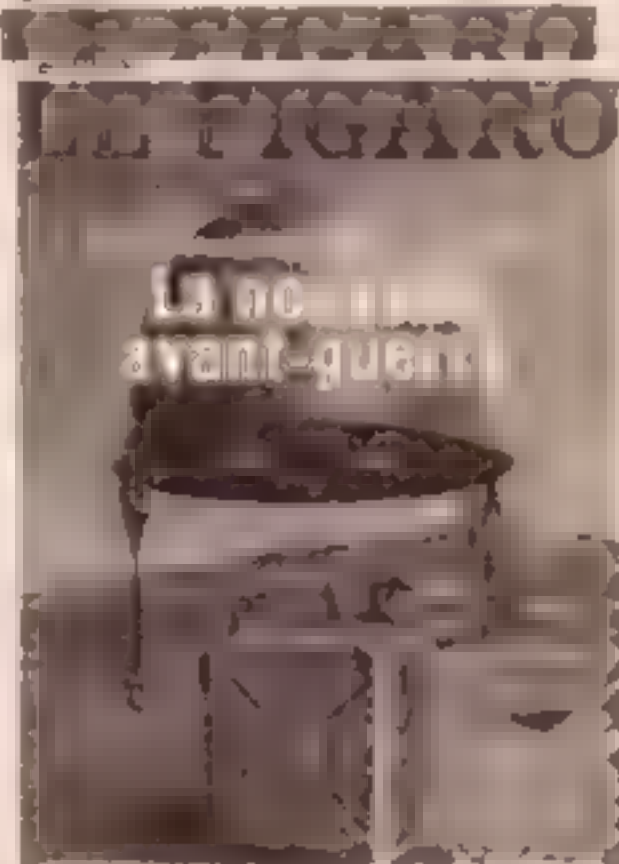
Frankreich

Neofaschisten in der Massenpresse

„In diesem verdrießlichen Sommer kommt uns das Ungeheuer von Loch Ness politisch-literarisch“, schrieb Ende Juli die Zeitung „Le Matin“ in einem Kommentar zum heiß diskutierten Thema der „Neuen Rechten“. Die lebenswerte Nessel aus dem schottischen Loch hat bekanntlich die vorteilhafte Eigenschaft, am Ende von Sauregurkenzeiten wieder zu verschwinden. Das „politisch-literarische Phänomen“ der „Neuen Rechten“ ist hingegen von Fleisch und Blut. Es bezeichnet nichts geringeres als den Vormarsch neofaschistischer Kräfte auf der politisch-kulturellen Bühne Frankreichs.

„Neue Rechte“ ist eine mißverständliche und auch verharmlosende Bezeichnung. Die Personen, Organisationen und Zeitschriften, die mit dieser Bezeichnung in der öffentlichen Diskussion belegt werden, können auf eine lange faschistische Tradition zurückblicken. Neu ist nur ihr gewachsener Einfluß, ihr Eindringen in den Bereich der Massenmedien und auch einige organisatorische Formen, in denen sie auftreten. Es handelt sich bei der Kerngruppe der „Neuen Rechten“ um führende Mitglieder der faschistischen Organisation „Europe action“ (Aktion Europa), die inzwischen in die Chefredaktion und die Redaktionsstuben des „Figaro Magazine“ eingezogen sind. Das „Figaro Magazine“ ist die Wochenbeilage der reaktionären Tageszeitung „Le Figaro“. Es präsentiert sich als Verschriftung zwischen einer politischen Wochenzeitschrift und einem wissenschaftlich-kulturellen Magazin, gespickt mit allerlei Unterhaltung für sein bürgerliches Publikum. Es wird wöchentlich von 1,8 Millionen Franzosen und Französinen gelesen.

„Figaro“ und „Figaro Magazine“ sind die „Kopfbilder“ der Zeitungsgruppe des französischen Großverlegers R. Hersant, Hersant und seine Presse spielen in Frankreich eine ähnliche Rolle und haben ein ähnliches Gewicht wie in der BRD Springer und seine Zeitungen. Hersant gehört heute zweifellos zu den mächtigsten Figuren der französischen Großbourgeoisie.



FIGARO MAGAZINE, 1,8 Millionen Leser wöchentlich, mindestens 9 Neofaschisten in der Redaktion. Titelgeschichte dieser Ausgabe: Die neue Vorkriegszeit. Inhalt: Propagierung des Kampfes um Robstoffe.

März 79

Wenn dieser französische Pressezar seine Kopfbilder für faschistische Redakteure öffnet, so ist nicht nur in Frankreich Aufmerksamkeit geboten. Eine Stärkung faschistischer Kräfte in Frankreich hat auch unmittelbare Konsequenzen für die Entwicklung faschistischer Kräfte bei uns und in anderen Ländern Westeuropas.

Zudem passen sich die strategischen Zielvorstellungen der französischen Neofaschisten sehr direkt in die imperialistischen Pläne der westdeutschen Großbourgeoisie ein. So wünscht sich der Vordenker der französischen Neofaschisten, Alain de Benoist, ein „europäisches Großreich“, das vom Atlantik bis zum Ural, vom Mittelmeer bis zum Nordkap reicht. Für ihn ist die „Wiedervereinigung des deutschen Volkes“ unausweich-

lich, ebenso der Zusammenschluß eines neuen „Großdeutschlands“ mit Frankreich. Beide Staaten zusammen könnten dann ihre Herrschaft über Europa errichten (nach „Spiegel“, 13.8.79). Benoist ist politischer Hauptredakteur beim „Figaro Magazine“, wo er in seinen Berichten und Kommentaren allerdings noch nichts davon weiß, wie bei den aufgeführten Beispielen aus der faschistischen Zeitung „elemente“.



Louis Pauwels (links) und Alain de Benoist, alias Robert de Merte, alias Fabrice Laroche. Von Aktion Europa in die Chefredaktion des „Figaro Magazine“.

Chefredakteur des Magazins ist Louis Pauwels. Auch er hat eine langjährige Karriere in den verschiedensten Diskussionsclubs und Zirkeln der extremen Rechten in Frankreich hinter sich. Pauwels nannte z.B. in der Zeit der französischen Holocaust-Diskussion im „Figaro Magazine“ das KZ Buchenwald vergleichsweise harmlos, wenn er an die Bombardierung Dresdens denken würde. Neben Pauwels und Benoist finden sich im „Figaro Magazine“ auch andere rechte Kräfte. Unter der Patronage des Grece

Schaltzentrale Grece

Sie hängen alle mit einem politischen Club zusammen, der als rechte Gegenreaktion gegen die Massenkämpfe des Jahres 1968 von Aktivisten von „Aktion Europa“ und der faschistischen Studentenzeitung „Cahiers universitaires“ gegründet wurde. Der politische Club nennt sich Grece. Das ist einmal die Abkürzung für „Studien- und Forschungsgruppe für die europäische Zivilisation“. Grece heißt auf französisch aber auch Griechenland, und soll in dieser Bedeutung die Verbindung des Clubs mit „abendländischen“ Traditionen bezeichnen und wurde sicher auch nicht zufällig nach der damaligen Errichtung des Obrieten-Regimes in Griechenland (April 1967) so benannt.

Die erste nationale Zusammenkunft des Clubs fand noch im Jahre 1968 in Nizza statt. Teilnehmer und Schutzherr des Treffens war kein geringerer als der damalige Bürgermeister von Nizza, Jacques Médéric. Médéric ist in Frankreich als extremer Rassist bekannt. Er gehört zu den Führungsfiguren der französischen Bourgeoisie in Südfrankreich und sitzt heute noch als Abgeordneter im nationalen Parlament.

In den folgenden Jahren breitete sich Grece über ganz Frankreich aus. Sein Schwerpunkt sind Universitätsstädte, wo er unter reaktionären Intellektuellen und Studenten seinen Einfluß zu verbreitern sucht. Mit Arbeitslagungen, Vorträgen und Seminaren, für die er auch rechtserlaubte unabhängige Schriftsteller und Wissenschaftler einspannt, versucht er, Anhänger zu gewinnen. Mitglied kann man im Grece aber nur nach einem strengen Aufnahmeamt werden, bei dem ein Mitglied eine Bürgerschaft für den Kandidaten überneh-

men muß (alle Angaben nach „Le Matin“, 25.7.79). Heute zählt der Grece nach eigenen Angaben 1 500 Mitglieder. Der „Spiegel“ nennt sogar die Zahl 5 000. Neben den Mitgliedern gibt es noch einen Fördererkreis, der sich „Club der 1000“ nennt. Mit Förderersitzen zwischen 150 und 200 Francs monatlich soll hier die publizistischen Aktivitäten des Grece mitfinanziert werden.

Der Grece gibt selbst allein drei Zeitschriften heraus. Sie nennen sich „Études et Recherches“ (Studien und Forschungen), „Éléments pour une civilisation européenne“ (Elemente für eine europäische Zivilisation), die erst kürzlich ein ganzes Heft dem deutschen Germanentum widmete, und als Hauptorgan die Zeitschrift „Nouvelle École“ (Neue Schule) mit einer Auflage von 10 000 Exemplaren. Mitgetragen wird „Nouvelle École“ von einem illustren „In-

tervention“ (Intervention). Heute zählt der Grece nach eigenen Angaben 1 500 Mitglieder. Der „Spiegel“ nennt sogar die Zahl 5 000. Neben den Mitgliedern gibt es noch einen Fördererkreis, der sich „Club der 1000“ nennt. Mit Förderersitzen zwischen 150 und 200 Francs monatlich soll hier die publizistischen Aktivitäten des Grece mitfinanziert werden.

Der Grece gibt selbst allein drei Zeitschriften heraus. Sie nennen sich „Études et Recherches“ (Studien und Forschungen), „Éléments pour une civilisation européenne“ (Elemente für eine europäische Zivilisation), die erst kürzlich ein ganzes Heft dem deutschen Germanentum widmete, und als Hauptorgan die Zeitschrift „Nouvelle École“ (Neue Schule) mit einer Auflage von 10 000 Exemplaren. Mitgetragen wird „Nouvelle École“ von einem illustren „In-

tervention“ (Intervention). Heute zählt der Grece nach eigenen Angaben 1 500 Mitglieder. Der „Spiegel“ nennt sogar die Zahl 5 000. Neben den Mitgliedern gibt es noch einen Fördererkreis, der sich „Club der 1000“ nennt. Mit Förderersitzen zwischen 150 und 200 Francs monatlich soll hier die publizistischen Aktivitäten des Grece mitfinanziert werden.

Die französischen Neofaschisten verkaufen diese „Theorien“ als unwiderlegbare Fundamente einer rationalen Gesellschaftskonzeption. Vor allem auf dem Weg der Verbreitung dieser Anschauungen erhoffen sie sich eine politische Kumburveränderung in Frankreich, die den Boden für die konkret politischen Forderungen der Neofaschisten schafft.

Die seriösen Reaktionäre vom Uhrenclub

Mit sehr viel weniger Mitgliedern, aber einem gediegenen Maß an politischem Einfluß wartet ein zweiter Club auf, der eine Schlüsselrolle in der rechten und extrem rechten Szene spielt. Es ist der Club d'Horloge (Uhrenclub) mit nicht einmal 120 Mitgliedern. Dafür gehören fast alle seine Mitglieder zum Regierungsausschuss. Drei Viertel von ihnen sind leitende Beamte in den verschiedenen Ministerien. Der derzeitige Clubpräsident ist z.B. Kabinettschef des Generalsekretärs der Gaullistenpartei RPR. Zwar will man mit dem Grece direkt nichts zu tun haben. Die ideologische Verwandtschaft wird aber freimütig zugegeben. So meint Clubpräsident Biot dazu: „Es ist wahr, daß wir ein Buch verfaßt haben, das ‚Politik der Lebens‘ heißt, und das gerade so wie bei Alain de Benoist biologisch Gegebenheiten und politische Analysen miteinander zu vermählen versucht“ („Le Matin“, 25.7.79).

Hersant will Neonazis behalten

Hersant will Neonazis behalten

Erst nachdem die Grece-Leute ins „Figaro Magazine“ einzogen, wurde die Bedeutung neofaschistischer Kreise zum öffentlichen Thema.

Es gibt noch wenig weitergehende Untersuchungen über die Präsenz faschistischer Kräfte in anderen gesellschaftlichen Bereichen, staatlichen Institutionen, Parteien, Verbänden etc. Dies hängt auch damit zusammen, daß die Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus in Frankreich sich auf die „traditionellen“ faschistischen Sekten und ihr politisches Auftreten konzentrierte. Das Vordringen der Neofaschisten im politisch-kulturellen Bereich wurde erst jetzt breiter bekannt. Nachdem die Querverbindungen zwischen „Figaro Magazine“ und Grece bekannt geworden waren, reagierten Redakteure des „Figaro“ mit einer Erklärung. Anlaßlich des vierzigsten Jahrestages des Beginns des zweiten Weltkrieges veröffentlichte der Chefredakteur des „Figaro“ einen Kommentar, in dem er sich gegen den Mißbrauch der Genetik zur Klassifikation in „Übermenschen und Untermenschen“ wandte. Zur politischen Linie des „Figaro“ hieß es: „In dieser Zeitung werden wir auch weiter Positionen, die als rechts bezeichnet werden, verteidigen, aber nur bis zu einer bestimmten Grenze, der Grenze, die Liberalismus und Diktatur voneinander scheidet“ („Nouvel Observateur“, Nr. 773). „Zwei Tage lang war der ‚Figaro‘ ein wahrer Irrgarten von Gerüchten und Mutmaßungen“, schrieb dazu der PS-nahe „Nouvel Observateur“. „Wer zieht wem das Fell über die Ohren? Nach Auskunft des ‚Observateur‘ hat Verleger Hersant entschieden. Pauwels, Benoist und ihre Gennungsfreunde bleiben. „Neue Rechte! Dann wird man über uns reden“, soll er gesagt haben. Um „Public relation“ dürfte es diesem Großkapitalisten dabei aber wohl nicht nur gehen.

Ein ZRK-Genosse, Göttingen



afrika

Zimbabwe Bombardieren, Verhandeln, Bombardieren, Verhandeln...

Gelegentlich müsse auch ein Buschhof zu „notwendigen Unbarmherzigkeiten“ bereit sein. So umschreibt der rhodesische Ministerpräsident Muzorewa die Eskalation des Terrors gegen das zimbabwische Volk, seine Befreiungsbewegung und die Frontstaaten. Vier Tage dauerte der jüngste offene Krieg mit dem rhodesische Truppen mit Unterstützung von Jagdbombern Mosambik überzogen.

Sie drangen 320 km tief nördlich der Hauptstadt Maputo, und töteten über 300 zimbabwische Flüchtlinge, Guerilleros und Mosambikaner. Neben der Zerstörung von 16 militärischen Anlagen der ZANU und der Frelimo galten die Angriffe v.a. zivilen Objekten: Wohnhäuser, Schulen, Krankenhäuser, Brücken, Ölfelder, Bahn- und Straßenverbindungen, Telefon- und Elektrozentralen wurden zerstört. Gegen einen solchen Krieg und die Guerillakämpfer der ZANU und die unter den schwierigsten materiellen Bedingungen nur im langsamen Aufbau begriffene Armee Mosambiks weitgehend machtlos. Es konnten nur einige Hubchrauben der Invasion eingeschleust werden. Zwei Tage nach diesem Krieg begann am 10.9. in London die sogenannte „Alparisienkonferenz“ zur „Lösung der zimbabwischen Frage“. An diesem Tage wurde noch ein Angriff geflogen auf den mosambikanischen Ort Mabalena, wobei 40 Insassen einer Haftanstalt getötet wurden.

(TAZ 7.9.9)
Mit dieser Provokation hat die „gemischtrassige“ Version des rhodesischen Siedlerregimes klargestellt, daß es ihr auf der Konferenz nicht um die Herbeiführung des Friedens in Zimbabwe geht. Durch ein Geplänkel um allerlei Verfassungsfragen soll den imperialistischen Staaten der Vorwand für eine Anerkennung Zimbabwes geliefert werden und gleichzeitig soll jedes Zugeständnis an die Befreiungsbewegung ausgeschlossen werden.

Der Vorsitz der Konferenz hat der britische Außenminister Lord Carrington inne. Er betonte, daß es auch bei dem Treffen um eine „Verfassungskonferenz“ handle und daß alle Parteien auf dieser Grundlage ihre Beteiligung erklärt hätten. Das betrifft auch den Unritten im Bunde, die Patriotic Front, vertreten durch ihre Führer Nkomo und Mugabe. Nachdem ZANUSek. treter Tsekere noch im August tönte, daß man „mit Vertretern wie Muzorewa auf keinen Fall an einen Tisch sitzen würde“, hat die PF die Einladung von der ZANU abgelehnt. „Hier werden die Lösungen abgelehnt, die unsere Rolle in dem Prozeß der Entkolonialisierung ignorieren“ („FAZ“, 28.8.) und auch auf den von den Imperialisten erbetenen einseitigen Waffenstillstand ging die PF nicht ein. Außerdem erklärte sie, einzig mit der britische Seite verhandeln zu wollen.

Das ganze Ausmaß der Kompromisse, die die PF trotz aller diplomatischen und kriegerischen Provokationen der Gegenseite einzugehen bereit ist, um die Mugabe unmittelbar vor Beginn der Konferenz:

– Nicht mehr von einer bedingungslosen Machtübergabe an die PF war die Rede, sondern von der Bitte an Großbritannien, eine Übergangsregierung einzusetzen, in der die PF eine tragende Rolle habe und auch der Vertreter Großbritanniens und der Muzorewa-Regierung angehören sollten.

– Nicht mehr von der Auflösung der rhodesischen Armee und deren Ersetzung durch die Guerillaarmee der PF ist die Rede, sondern von einer neu zu schaffenden rhodesischen Armee, deren Kern die Guerilla-Streitkräfte seien sollen. „Erwünschte Elemente der anderen Seite“ würden in der neuen Armee akzeptiert („SZ“, 31.9.).

Solcherlei Zugeständnisse wider sprechen den bisherigen Äußerungen der PF v.a. der ZANU. Für die ZANU ist die Zerschlagung der rhodesischen Armee ein Bedingungslos. Eine neue Armee, die aus der ZANU besteht, ist nicht abzuwehren. In der weiteren Verlauf der Konferenz wird zu sehen sein, ob die PF diese Bedingungen akzeptiert. (Afrika-Kommission)

ungen bestätigt, daß es ein schwerer politischer Rückschlag der zimbabwischen Befreiungsbewegung erspart bleibt. (Afrika-Kommission)

Zaire Kurzmeldungen

Neue Massaker in Shaba

Wie die zairische Oppositionsgruppe „Freie Kräfte des Kongo“ (ELC) in Brüssel mitteilte, haben zairische Truppen unter Angehörigen der Luba-Stammes in der durch Volksaufstände bekannten Provinz Shaba ein Blutbad angerichtet. Die Zahl der Umgebrachten ist nicht bekannt geworden. Anlaß waren friedliche Demonstrationen gegen das von Präsident Mobutu verhängte Verbot der Ausübung traditioneller Stammesbräuche, wie z.B. das Entrichten von Gaben an den Stammeshauptling („FAZ“, 11.8.).

Französisch-zairische Manöver

Der durch verschiedene imperialistische Mächte betriebenen Wiederaufbau der zairischen Armee scheint eine neue Stufe erreicht zu haben. Während der Aufstände in der zairischen Provinz Shaba 1977 und 1978 stellte sie ihren totalen Mangel an Ausbildung, Beherrschung der Ausrüstung und v.a. Disziplin unter Beweis. Nur die Intervention von Truppen aus Frankreich, Belgien und einigen westafrikanischen Ländern konnte das Terrorregime Mobutus retten. Inzwischen haben Togo, Senegal, Marokko und die Elfenbeinküste begonnen, ihre Besatzungstruppen aus Zaire abzuziehen. Gleichzeitig werden 300 französische Soldaten nach Shaba eingeflogen, um zunächst mit der zairischen Armee gemeinsame Manöver durchzuführen, besser gesagt, um deren Zuverlässigkeit zu testen. Die Dauer ihres Aufenthalts wird von französischer Seite als „relativ beschränkt“ angegeben („Le Monde“, 17.8.).

Mobutu „privat“ in der BRD

„Aber wirklich privat ist im Leben eines Staatmannes auch eines afrikanischen nur wenig“ („FAZ“, 30.8.). Welche „öffentlichen“ Themen Mobutu, der inzwischen gute Chancen auf den Besucherrekord in Bonn hat, u.a. mit seinem Kollegen Carstens am 29.8. besprach, verrät die bürgerliche Presse leider nicht, außer, daß es sich um bilaterale Fragen handelte. Die wichtigste bilaterale Frage dürfte natürlich das Projekt Otrag gewesen sein, das nach dem spektakulären Theater mit der scheinbaren Vertragskündigung im April unter etwas weniger Anteilnahme der internationalen Öffentlichkeit ungestört in Südzaire weiter geduldet (siehe AK 153).

Afrika-Kommission

Neues von Rhodie Neues von Rhodie

Die Hoffnungen von Antirassisten in aller Welt, daß der ehemalige Staatssekretär im südafrikanischen Informationsministerium, Eschel Rhodie, mit seinen Enthüllungen mehr Licht in die enge Zusammenarbeit zwischen den Mächtigen der weißen Welt und den südafrikanischen Faschisten bringen würde, haben neue Nahrung erhalten.

Wir erinnern uns: Rhodie war 1971-77 der Chef eines Schmiedefonds des südafrikanischen Informationsministeriums, der dazu eingesetzt wurde, weltweit Politiker und Institutionen dem Rassenregime freundlich zu stimmen und sie zu entsprechenden Äußerungen zu veranlassen. Inzwischen wurde bekannt, daß der Fond 80 Mill. Dollar schwer war und 160 Projekte betreut wurden (von denen rund 30 im Frühjahr dieses Jahres bekannt wurden, s. AK 151, 152).

Als der Skandal aufblitzte, wurde Rhodie der Unterschlagung angeklagt und floh nach Europa. Im Juli wurde er in Frankreich gefaßt und im August nach Südafrika ausgehört. Er hat angekündigt, daß er in dem Prozeß, der auf ihn wartet, endgültig swappen werde. Nur zu!

Kürzlich sind schon einige Neuigkeiten über die Praktiken des südafrikanischen Informationsministeriums in den USA an das Licht der Öffentlichkeit gelangt.

– So wird vermutet, daß südafrikanisches Geld die Wahlniederlage der kalifornischen Senatoren Dunlop be-

förderte, der als Vorsitzender des Senatsuntersuchungsausschusses für Investitionsprioritäten als Gegner von Investitionen in Südafrika bekannt war.

Ziel besonderer Anstrengungen des Informationsministeriums war der kalifornische Gouverneur Brown, der als Präsidentenwahlkandidat im Gespräch gewesen ist. Der Einfluß auf ihn und seine Umgebung sollte, im Fall seines Wahlsieges, Südafrika einen noch direkteren Einfluß auf die US-Regierung verschaffen („News“, 5.9.).

Afrika-Kommission

Militärische Erfolge der SWAPO

Wie der Präsident der namibischen Befreiungsbewegung SWAPO, Sam Nujamo, mitteilte, führte die SWAPO in den vergangenen Monaten u.a. Angriffe auf fünf größere Basen der südafrikanischen Besatzer durch. Dabei seien 482 gegnerische Soldaten gefallen und vier Flugzeuge und ein Hubchrauber zerstört worden. Nach der jüngsten Sitzung des ZK der SWAPO wurde eine weitere Intensivierung des Befreiungskampfes angekündigt („News“, 31.8./9.).

Afrika-Kommission

Muzorewas Auftakt zu den „Friedensverhandlungen“:

Rhodesische Truppen greifen Mosambik an!

Ein Tag vor seinem Abreise zur „Friedens- und Verständigungskonferenz“ in London inszenierte Rhodies Regierungschef und „Verteidigungsminister“ Muzorewa den bisherigen Höhepunkt seiner Provokationsstrategie gegen die Patriotic Front (PF) und die die PF unterstützenden Frontstaaten. Am 5. Sept. drangen rhodesische Streitkräfte in Mosambik ein. Die Bodentruppen wurden von Hubchraubern und Mirage-Kampfflugzeugen (aus der RSA) unterstützt, die Überfälle bis zu 300 km ins Landesinnere hinein durchführten. Neben angeblichen Lagern der PF, wobei es sich meist um wehrlose Flüchtlinge handelt, wurden (erstmals) ausdrücklich auch Angriffe auf die mosambikanische Armee (FPLM) und auf „zivile“ Ziele durchgeführt. Die Kommandos der Rassenarmee brannten mosambikanische Dörfer nieder, zerstörten Brücken und unterbrachen Bahn- und Straßenverbindungen sowie Telefon- und Elektrizitätsleitungen. Nach einem Kommando aus Salisbury wurden „300 Feinde“ getötet, 14 militärische Anlagen und Versorgungsbasen der PF und FPLM zerstört, außerdem sollen umfangreiche Vorräte und Wirtschaftskomplexe vernichtet und „große

Mengen Waffen und Dokumente“ zerstört worden sein. Nach einer erstmaligen des mosambikanischen Verteidigungsministeriums „wählte die rassistische Armee als Ziele ihrer Angriffe vorwiegend ökonomisch wichtige und bevölkerte Gebiete“ (nach „IHT“, 7.9.). Die volle vier Tage andauernde Invasion wird von Muzorewa als „Präventivschlag“ bezeichnet und ist einer der schwersten Angriffe auf einen Nachbarstaat seit Bestehen des rhodesischen Rassenstaats überhaupt – sowohl von der Dauer und der Reichweite des Überfalls, als auch von dem ausdrücklich erklärten Willen her, mosambikanische Truppenverbände und zivile Ziele anzugreifen.

Der Überfall ist Teil von Muzorewas Strategie der „Vorbereitung“ der „Verfassungskonferenz“, die am 10.9. in London mit Vertretern der PF beginnt. In den vergangenen Wochen waren Botswana und Sambia Opfer von gezielten militärischen Überfällen der Rassenarmee (siehe AK 161). Muzorewa – inzwischen in London angekommen – gratulierte von dort aus seinen Truppen zu ihrem „mit Tapferkeit ausgeführten erfolgreichen Einsatz“ („ER“, 10.9.). (Afrika-Kommission)



Erschossene in Nhazonyi (Mosambik), Opfer der rhodesischen Massaker an wehrloser Zivilbevölkerung (1978)

Tschad: Regierung der „nationalen Versöhnung“ gebildet

Vom 18.-25. August fand in Lagos (Nigeria) der nunmehr vierte Versuch statt, den kriegerischen Konflikt im Tschad zumindest für einen gewissen Zeitraum zu befrieden.

Die Konferenz, die unter dem Stichwort „Nationale Aussöhnung“ lief, fand diesmal unter Beteiligung aller relevanten militärischen und politischen Kräfte des Tschads (Frolinat, FAN, Vulkan-Armee, Weststreitkräfte FAO) statt. Anwesend waren auch die Außenminister Nigerias, Lybiens, Sudans, Kameruns, Elfenbeinküste, Benins, Nigers, Senegals und des Zentralafrikanischen Kaiserreichs. Als Ergebnis der Konferenz wurde von allen Teilnehmern ein Abkommen unterzeichnet, das folgende Punkte beinhaltet:

Als 11 Parteien, die an dem seit 13 Jahren andauernden Bürgerkrieg beteiligt sind, sprechen sich für die Rückführung der Demokratie innerhalb von 18 Monaten aus. In diesem Zeitraum sollen auch freie Wahlen

durchgeführt werden. – Neuer Staatspräsident des Tschad wird Goukoni, Vizepräsident wird der ehemalige Polizeichef und Führer der Südarmerie, Oberst Kamouge. – Weiterhin wurde ein sofortiger Waffenstillstand beschlossen sowie die Auflösung der Streitkräfte und der politischen und militärischen Abteilungen.

Die Hauptstadt N'Djamena soll vollständig entmilitarisiert werden und alle Truppen haben sich bis auf eine Entfernung von 100 km von der Hauptstadt zurückzuziehen. Das Abkommen sieht ferner die Bildung einer „Neutralen“ Streitmacht aus Ländern vor, die keine gemeinsame Grenze mit dem Tschad haben. Diese Streitmacht soll einer unabhängigen Aufsichtskommission unter Leitung des Generalsekretärs der OAU unterstellt sein.

Darüberhinaus sollen alle Kriegs- und politischen Gefangenen bis spätestens 15 Tage nach Bildung der

Übergangsregierung unverzüglich freigelassen werden. (AFP, 21.8., lt. MD 23.8., Le Monde, 23.8.).

Voraussetzung für die Bildung einer neutralen Streitmacht ist laut Abkommen der Abzug der französischen Truppen. Mehrere Pressemitteilungen zufolge gibt es Anzeichen dafür, daß die Franzosen den Abzug ihrer Soldaten eingeleitet haben (Radio Lagos, 30.8., lt. MD, 31.8.).

Direkt im Anschluß an die Konferenz bedankte Goukoni sich überschneidend bei den nigerianischen Gastgeberinnen für deren Vermittlungsbemühungen und forderte alle im Exil lebenden Bürger des Tschad auf, am Wiederaufbau des Landes mitzuwirken („FAZ“, 22.8.79). Im Gegensatz zu Goukoni, der sich jedoch bemühte, die Illusion einer neu gewonnenen Einheit aufrechtzuerhalten, machte der frischgeklärte Vizepräsident, Oberst Kamouge, derartige Schaumslügereien von Anfang an nicht mit. So ließ er über den

Südfunk des Landes bekannt geben, daß die Verbände der Südarmerie ihre Entwarnung zu der sie nach dem Abkommen von Lagos verpflichtet wären – verweigern.

Stattdessen wird eine Auflösung der Nordarmeen (FAN, Frolinat) bzw. deren Integration in Kamouges Streitkräfte gefordert („SZ“, 7.9.).

Kamouge und seine Verbündeten haben auch bereits die Verteilung der Ministerposten in der Übergangsregierung beklagt, die ganz offensichtlich zu ihren Ungunsten verlaufen ist („SZ“, 5.9.).

Insgesamt ist die 4. Tschad-Konferenz als erneuter Versuch der Imperialisten und ihrer afrikanischen Verbündeten einzuschätzen, eine weitere militärische Eskalation des Konflikts zu vermeiden bzw. durch die Bildung einer Vereinigten Frolinat der radikalen Elemente zu integrieren und als politisch relevanten Faktor auszuhalten. Auch die Bildung einer Übergangsregierung unter Einbeziehung aller politischen Kräfte sowie

Goukonis Parole vom forcierten wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes kennzeichnen den Versuch, über eine künstlich konstruierte Einheit vor allem die reaktionären Kräfte zu stärken. Wie brüchig eine derartige Einheit ist, hat der Vertrag der Bourgeoisie im Süden des Tschad, Kamouge, bereits klar gemacht.

Der Truppenabzug der Franzosen, sollte er sich bestätigen, berührt natürlich nicht die französische Vormachtstellung auf anderen – vor allem wirtschaftlichen – Sektoren – im Tschad. Trotzdem ist dieser Schritt ein möglicher Hinweis darauf, daß der französische Imperialismus es für klüger hält, künftig lieber im Hintergrund zu agieren und die sogenannte „Druckarbeit“ von seinen schwarzafrikanischen Verbündeten besorgen zu lassen.

Mit Gewißheit läßt sich aber jetzt schon die Prognose wagen, daß auch dieser Versuch der Konfliktlösung zum Scheitern verurteilt ist.

Afrika-Kommission



lateinamerika

Lambsdorf und Dregger auf Lateinamerikareise

Zwei westdeutsche Reisetrippen waren im August in Lateinamerika unterwegs. Wirtschaftsminister Graf Lambsdorf besuchte in regierungs-offizieller Mission Mexiko, Kolumbien, Venezuela, Brasilien und Argentinien, um in erster Linie Energie- und Rohstofffragen zu verhandeln. Fast gleichzeitig besuchte CDU-Rechtsaußen Dregger das Lieblingsland Chile, wo er Strauß' Loblied auf die Junta fortsetzte. Anschließend fuhr er nach Brasilien und Venezuela.

Erdöl- und Atomgeschäfte der BRD

Ein wesentliches Interesse der BRD in den Beziehungen zu Mexiko besteht darin, Anteile am mexikanischen Erdöl zu erhalten. Dies ist, wie Lambsdorf betonte, nicht kurzfristig zu realisieren, aber eingeplant. Bereits im April war der Chef der staatlichen Erdölgesellschaft Pemex in der BRD, ein weiterer Besuch ist für dieses Jahr vorgesehen, und Ergebnisse dieser Bemühungen zeichnen sich ab. Darüber hinaus spielt Mexiko eine wichtige Rolle als Vermittler zwischen den erdölproduzierenden Staaten und den Industrieländern. Mexiko, das auf Druck der USA nicht zur OPEC gehört, macht sich für einen Dialog zwischen Produzenten und Konsumenten stark. In dieser Rolle sollte Mexiko von BRD Seite bestärkt werden. Lambsdorf lobte die mexikanische Regierung, weil sie sich nicht „in die Reihe der Vorreiter weiterer Ölpreiserhöhungen einreihen“ („SZ“, 11.8.79). Einig war man sich in den Bemühungen um die Schaffung eines „Weltforums über Öl und zur Erörterung von Energiefragen“, wobei das Ziel der Bundesregierung eine „Atempause von fünf bis zehn Jahren in der Preispolitik der Erdölländer“ ist — so Lambsdorf in Mexiko („SZ“, 10.8.79).

Über die Gesprächsergebnisse in Kolumbien und Venezuela wurde

Kolumbien und Venezuela wurde nicht viel bekannt. Interessant ist aber, daß Venezuela zwar einer der wichtigsten lateinamerikanischen Handelspartner der BRD ist (1978 absorbierte Venezuela 19 % des Gesamtexports der BRD nach Lateinamerika), aber nur sehr geringe private Direktinvestitionen in Venezuela angelegt sind (1,2 %). Hauptgrund ist, daß Venezuela — berechtigterweise — als Investitionsdomäne der USA gilt, in der kaum noch Spielraum für andere Investoren bleibt („Welt“, 19.3.79). Lambsdorf hat jetzt bei seinem Besuch zugesichert, daß er sich für stärkere Investitionsaufkommen aus der BRD einsetzen werde.

Hauptgegenstand der Gespräche in Brasilien war natürlich das deutsch-brasilianische Atomabkommen, dessen Realisierung schon heute um drei Jahre verzögert ist. Dieser zeitliche Rückstand entstand durch technische Schwierigkeiten (die AKWs Angriffs des Reis I und II sind buchstäblich auf Sand gebaut worden und müssen jetzt durch Betonpfeiler abgesichert werden) und auch durch die wachsende Opposition gegen das Atomabkommen in Brasilien. Es sah sich kaum noch totschweigen, daß Brasiliens Energiebedarf bis zum Jahre 2000 nicht so hoch ist, daß damit das Mammutprogramm von acht AKWs zu rechtfertigen wäre. Die zahlreichen anderen Energiequellen, vor allem Wasserkraft, sind in Brasilien unerschöpflich und die sowieso schlechte Zahlungsbilanz Brasiliens ist zeitweise auch in der BRD Zweifel aufkommen, ob Brasilien den Vertrag überhaupt finanziell tragen kann — zumal sich die Kosten ständig erhöhen (die ursprüngliche Summe von 8 Mrd. DM kann man inzwischen verdoppeln). Die Herstellung von 1 Kilowatt Atomstrom kostet schon heute in Brasilien 1 700 Dollar und kann sich auf 2 000 Dollar steigern, während für 1 Kilowatt Strom aus einem Wasserkraftwerk nur 1 000 Dollar aufgewendet werden müssen („FAZ“, 23.7.79).

Brasilianische Stellen betonen zwar immer wieder, daß sie den Vertrag vollständig einhalten werden, geben aber mögliche Verzögerungen zu („Monitor-Dienst“, 22.5.79). Lambsdorf bestand während seines Aufenthaltes in Brasilien darauf, daß das Abkommen über acht Reaktoren plus Lieferung der Technologie und Aufbereitungsanlage eine Einheit bilde und nur in dieser Gesamtheit Sinn habe („NZZ“, 25.8.79).

Anschließend holte er dann in Argentinien neue Aufträge für die westdeutsche Atomindustrie her ein. Es wurde die Beteiligung der KWU am Bau von Atucha II so gut wie ausgehandelt. Es gibt „gute Chancen trotz internationaler Konkurrenz, den Auftrag zu bekommen“. Offensichtlich wurden auch weitergehende Pläne verhandelt. Jedenfalls demonteerte Lambsdorf, daß ein Vertrag, vergleichbar mit dem deutsch-brasilianischen Atomabkommen, „kurz vor der Unterzeichnung stehe“. Daß so etwas im Gespräch war, wurde nicht dementiert.

In Argentinien hielt Lambsdorf es dann auch für angebracht, den Demokraten herauszukehren, indem er „mit der gebotenen Zurückhaltung, aber doch bestimmt nach dem Schicksal von 15 im Lande verschwundenen Deutschen gefragt“ habe („SZ“, 29.8.79). (Zum Schicksal westdeutscher Staatsbürger in Argentinien und der Gleichgültigkeit der BRD-Behörden vergl. z.B. AK 107).

Und Dregger ...

Mit solchen Lappalien wie Lambsdorfs Anfrage in Argentinien gab sich Dregger natürlich nicht ab. Er setzte vielmehr völlig unverhüllt die von Strauß begonnene Freundschaft zum chilenischen Regime fort. Er bekräftigte die Freundschaft zu Pinochet mit den bekannten Leutenhütern. Allende habe das Land ins „Chaos“ gestürzt,

habe das Land ins „Chaos“ gestürzt, was hat es nach dem Umsturz Menschenrechtsverletzungen gegeben, aber jetzt habe sich die Lage „wesentlich gebessert“ und die ökonomischen Erfolge der Regierung seien „beeindruckend“. „Schließlich würde die Rückkehr zu einem demokratischen Regierungssystem dem hohen Bildungsstand und der politischen Tradition des chilenischen Volkes entsprechen. Daß in diesen beiden Teilbeständen wurzelnde Kapital, daß es in vielen anderen Ländern so nicht gibt, sollte nicht unbeachtet bleiben. Zum Zeitpunkt des Übergangs (zu einer Demokratie im Sinne von Strauß, Dregger, Pinochet, Anm. AK) möchte ich zu überlegen geben, daß es zu Frustrationen, zu falschen Frontstellungen, zu falschen Bündnissen führen könnte, wenn der Übergang von der jetzigen autoritären zur künftigen demokratischen Ordnung zu spät eingeleitet würde...“ („FR“, 22.8.79). Man würde es begrüßen, wenn sich möglichst bald wieder politische Parteien (natürlich keine marxistischen) frei betätigen könnten. Ganz in diesem Sinne ist auch Dreggers Bemühen in Brasilien zur Bildung einer konservativen Partei beizutragen. In Gesprächen mit brasilianischen Politikern wurden die Möglichkeiten zur Gründung einer Zentrums-Partei geprüft („TAZ“, 27.8.79). Dies ergänzt die Versuche der europäischen Sozialdemokraten und der Sozialistischen Internationale, die sich schon seit längerem um Einfluß auf lateinamerikanische Parteien bemühen. Damit soll ein Parteiengefüge herausgebildet und stabilisiert werden, das in der Lage ist, die geplanten repressiven Demokratien mit zu tragen und zu legitimieren. Dreggers Auftritt in Chile zeigt erneut, wie sich „unser“ Kanzlerkandidat und seine politischen Freunde die ideale Demokratie vorstellen.

Lateinamerika-Kommission

Chile zum 11. September Trotz Repressionswelle starker Widerstand



José Venturelli

Der sich weiter entwickelnde Widerstand der Massen und neue Terrormaßnahmen der Junta kennzeichnen die Situation in Chile.

Ein Mitglied der Sozialistischen Partei, Daniel Acuna, wurde auf offener Straße erschossen (1A/7.9.79), der MIR-Genosse Frederico Alvarez wurde verhaftet und zu Tode geurteilt. Alvarez starb am 21.8.79. Neu an diesem Fall war, daß die Tatsache der Folter nicht geleugnet werden konnte und auch in Chile durch einige Zeitungen ging („FR“, 24.8.79). Bereits im Juni ist der Bericht des „Mercurio“, demgemäß sich eine „Terroristin“ beim Bombenlegen versehentlich selbst in die Luft gesprengt habe („Mercurio“, 30.5.79). Tatsächlich arbeitete diese Genossin halblegal in der Vereinigung der Angehörigen von verschwundenen politischen Gefangenen, und es ist wegen ihrer halböffentlichen Arbeit völlig unwahrscheinlich, daß sie sich an Aktionen bewaffneter Propaganda beteiligt habe. Vielmehr liegt der Verdacht nahe, daß hier die DINA-CNI einen „Unfall“ inszeniert hat. Der Generalsekretär des MIR, Pascal Allende, der sich nach offiziellen Erklärungen seit Anfang des Jahres in Chile befindet, entging am 4. August nur knapp einem Anschlag der DINA-CNI. Die Version der juntatreuen Presse war, Pascal Allende sei nur ins Land gekommen, um den von Spaltung und Auflösung bedrohten MIR wieder auf Vordermann zu bringen. Um dies zu verlegen und dagegen auf die Geschlossenheit des MIR hinzuweisen, schickte die politische Kommission des MIR eine Erklärung an alle Zeitungen, die wir hier im folgenden wiedergeben möchten.

„Herr Direktor

Ich werde mich heute im Auftrag des Innenministers der politischen Kommission des MIR an Sie. Zweck dieses Briefes ist es, Ihnen offiziell mitzuteilen, daß der Generalsekretär unserer Partei, Andrés Pascal

Allende, sich im Lande befindet, um an der Seite der Arbeiterklasse und des Volkes den Kampf gegen die Diktatur anzuführen. Die politische Kommission möchte Sie über die Wahrheit des Gefechtes von Arrayan informieren, wo es unserem Generalsekretär gelang, einem gigantischen Gürtel von Polizeistreikkräften zu entweichen, dank der Unterstützung unserer Kämpfer und des Großmutes der Arbeiter und des organisierten Widerstandes in dieser Zone. Unsere Überlegenheit drückt sich nicht in der Menge der Waffen aus, sondern in der Entscheidung zu kämpfen und in erster Linie durch die immense Unterstützung, die wir dabei von unserem freihetlichen Volk erhalten.

Um Sie über die Wahrheit der Angelegenheiten zu informieren, fügt Ihnen die Politische Kommission eine Erklärung bei, mit der die mutmaßlichen Divergenzen und angeblichen inneren Kämpfe innerhalb der Leitung des MIR widerlegt werden, die nichts weiter als fieberhafte Erfindungen der korrupten CNI und einiger Kommunikationsmittel sind, die sich selbstherrlich zur seriösen Presse unseres Landes erklären. Wie wir schon bei anderen Gelegenheiten andeuteten, werden diejenigen, die lügen und die Wahrheit über den Kampf der Partei und des Widerstandes verdrehen und der Geschichte gerichtet und von den Volkskräften bestraft werden.

P.S.: Wir fügen Ihnen eine eigenhändig signierte Fotografie des berühmten Fingerabdrucks des linken Daumens und den Größen unseres Generalsekretärs bei. Beigefügt war eine Erklärung über die Einzelheiten des Polizeiberichts vom 4. August auf Pascal Allende, in der der MIR vor allem die Schwächen der „Sicherheitsgruppen“ der Gorillas offenhart.

Wichtig ist, daß es der Junta trotz ihrer Repressionskampagne nicht gelingt, die Widerstandskräfte erneut einzuschüchtern und zu lähmen. Bittere Proteste entwickelten sich vor allem

gegen das neue Arbeitsgesetz (Plan laboral, vergl. AK 159). Alle Gewerkschaften, auch die von der Junta anerkannten, lehnen dieses Gesetz einstimmig ab.

Zur Zeit läuft eine neue Hungerstreikaktion von Angehörigen der Verschwundenen. Am 4. September trafen in der dänischen Botschaft in Santiago 15 Jugendliche in den Hungerstreik. Sie forderten die Herausgabe der Leichen von 15 Angehörigen, die im Massengrab von Lonquén gefunden worden sind, (das durch die Besuche eines DINA-Agenten bekannt wurde). Die Bauerngewerkschaft von Ranquil hat einen Marsch nach Lonquén geplant („TAZ“, 7.9.79). Die Junta hat inzwischen trotz dieser Aktionen ihre Untersuchungen über die Schuldigen von Lonquén eingestellt. Zu einer Demonstration kam es Anfang September in Santiago, als mehrere hundert Personen eine Kundgebung abhielten und u.a. freie Wahlen und die Wiederherstellung der Demokratie forderten („SZ“, 7.9.79). Bei dieser Aktion wurden 110 Demonstranten verhaftet.

Die westdeutsche Reaktion dagegen sieht die Lage der Menschenrechte wesentlich gebessert (Dregger). „Wenn es in Chile noch politische Gefangene geben sollte, dann ist ihre Zahl ganz sicher geringer als in der DDR oder den anderen kommunistischen Ländern“ („SZ“, 6.9.79). Dazu paßt, daß am 17. September der chilenische Außenminister, Cubillos, in Bonn empfangen werden soll. Dagegen gab es bereits einige Proteste. „Sie verschaffen damit“ schreibt die ESG an Genscher, „dem Vertreter eines Regimes, dessen Menschenrechtsverletzungen international bekannt sind, eine Anerkennung, die jenen Demokraten beschämen muß“ („FR“, 8.9.79). Genscher wird aufgefordert, Cubillos nicht zu empfangen. Dieser Forderung sollten sich möglichst viele Gruppen anschließen.

Lateinamerika-Kommission

Noch einmal zur Diskussion über die Nicaragua-Solidarität

Wir haben zwei kurze Stellungnahmen zu dem „Nicaragua-Streit“ im Metallbereich erhalten. Auf einer Schulung war dort mehrfach vertreten worden, daß man die Regierung und nicht die FSLN unterstützen müsse, um eine Polarisierung des Bündnisses zwischen Linken und bürgerlichen Kräften zu verhindern und die bürgerlichen Kräfte nicht in die Arme des Imperialismus zu treiben (vergl. AK 160). Die beiden Stellungnahmen sehen eine — bzw. die wesentliche Ursache für das Aufkommen dieser Position in einer un-differenzierten und zu euphonischen Berichterstattung des AK. Ein Genosse aus Harburg schreibt: „Ich denke, der ideologische Fehler entspringt der etwas undifferenzierten Jubelbericht erstattung des AK, der hier mehr Wert auf revolutionären Sieg im Volkskrieg legt, als auf exakte und kritische Auseinandersetzung mit der Revolution und den möglichen Entwicklungen ... wenn der AK undifferenziert berichtet, worum sollte sich das nicht auf seine Leser auswirken?“

Wir meinen, daß hier zwei Ebenen durchzudenkengeraten. Die eine Seite betrifft die Tatsache, daß die Guerrilla-Bewegung und das Volk in Nicaragua einen revolutionären Umsturz erkämpft haben, daß die erfolgreichen Kämpfe in Nicaragua Ausdruck für den revolutionären Aufschwung in Lateinamerika, dem Kontinent der jahrelangen Friedhofsruhe sind, daß der US-amerikanischen Diplomatie und ihrer kanonenbootpolitik eine empfindliche Schlappe beigebracht wurde und daß die Auswirkungen dieses Erfolgs auf andere lateinamerikanische Länder und ihre revolutionären Organisationen sich bereits abzeichnen. Dies allerdings ist gehöriger An-

laß zum Jubeln, und wir sehen es eher als ein Zeichen der Krise und der „Abgeschliffenheit“ innerhalb der Linken, daß nicht viel mehr gejubelt wurde.

Was die zweite Seite betrifft, die Chance, in der nicaraguanischen Revolution Elemente einer sozialistischen Gesellschaft zu verankern, die politischen Widerstände der bürgerlichen Kräfte, das konkrete Vorgehen der FSLN in dieser Frage und der Stand der politisch-ideologischen Auseinandersetzungen zwischen den drei Tendenzen der FSLN — darüber können wir aufgrund der geringen vorliegenden Informationen nur ansatzweise und sehr vorsichtig berichten (vergl. z.B. AK 139, 141, 159). Wir wollen diese Zurückhaltung auch nicht aufgeben, solange die FSLN angesichts der dringenden Aufgaben in Nicaragua Schwierigkeiten hat, schnelle und umfassende Informationswege aufzubauen und solange sie erklärmaßen die ideologischen Differenzen zwischen den verschiedenen Strömungen zurückstellt und den Aspekt der Einheit besonders hervorhebt, um die aktuellen Probleme, z.T. Überlebensfragen für die Massen, zu bewältigen. Das Spekulieren über mögliche Wege zum Sozialismus und Maßnahmen der FSLN ohne vernünftiger Informationsgrundlage kann unserer Meinung nach nur zu einer besserwissenschaftlichen Berichterstattung mit erhöhten Zeitgefehlern führen.

Eine andere Sache ist es, wenn mit der Forderung nach „differenzierter Berichterstattung“ eine schärfere Kritik an dem Regierungsbündnis und seiner Politik gemeint ist.

Wir sind dabei der Auffassung, daß die Regierung sich tatsächlich

bisher überraschend konsequent in der Verwirklichung ihres antisozialistischen und auch antiimperialistischen Programms zeigt. Erinnert sei daran, daß alle Hilfe (aus den USA) abgelehnt wird, wenn sie an Bedingungen geknüpft ist, an die Beibehaltung und weitere Organisation der Volksmilizen, an die Tatsache, daß die FSLN das Kommando über die bewaffneten Truppen faktisch nicht aus der Hand gegeben hat, an den Aufbau von kommunalen Massenorganisationen oder auch an einem Innenminister Tomas Borge (immerhin Repräsentant des jahrelangen bewaffneten Widerstandes und einer marxistisch-leninistischen Strömung der FSLN).

Dies ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die linken Kräfte in Nicaragua zur Zeit politisch dominierenden Einfluß ausüben. Davon wird die weitere Entwicklung des revolutionären Prozesses abhängen. Unsere Unterstützung der linken, revolutionären Kräfte (und nicht des gesamten Bündnisses einschließlich der bürgerlichen Kräfte) ist damit eine Selbstverständlichkeit (F.K.).

Humanitäre Hilfe aus der BRD immer noch miserabel

Inzwischen sind fünf Transportflugzeuge mit Hilfsgütern aus der BRD nach Nicaragua geflogen. Sämtliche Leistungen aus der BRD samt Rotem Kreuz und Caritas-Verband belaufen sich damit (nach Angaben des Auswärtigen Amtes) auf ganze 2,1 Mio. DM. Im August hatte die Bundesregierung 20 Mio. „Soforthilfe“ für

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 32

Nicaragua zugesagt. Wo bleiben die restlichen 18 Mio. DM? Am 10.9. ist eine Delegation zu politischen Gesprächen nach Nicaragua gereist. Soll hier erstmal geprüft werden, in wessen Hände man die Hilfe übergeben will? Ein reichlicher Aufwand, der da für die Kleckersumme von 20 Mio. betrie- ben wird.

Die Jusos wollen Ernesto Cardenal, den neuen Kultusminister Nicaraguas, im nächsten Jahr für den Friedenspreis des deutschen Buchhandels vorschlagen. Gleichzeitig forderten sie den Boykott aller Diktaturen in Mittel- und Südamerika und appellierten an die SPD, offizielle Kontakte zur FSLN aufzunehmen. Wie schon zuvor die Junge Union (!) betonte der Vorsitzende der Jusos, daß die FSLN in „ihrem Bemühen unterstützt werden müsse, in Nicaragua eine pluralistische Gesellschaft aufzubauen“ („SZ“, 7.9.79).

Lateinamerika-Kommission



In 17 verschiedenen Städten Chiles trafen die Angehörigen der verschwundenen politischen Gefangenen in Hungerstreik, sie wurden von über 400 Hungerstreikenden in 24 Ländern Europas und Lateinamerikas unterstützt. Hauptforderungen waren:

- Die Ablehnung der Amnestie, mit deren Hilfe die Mörder und Folterter der DINA-CNI-Geheimdienste vor jeglicher Strafe geschützt werden;
- Die Herausgabe der Leichen, der jeglicher Strafe geschützt werden;
- Die Herausgabe der Leichen, der im Bergwerk von Lonquén aufgefundenen Genossen und die Bestrafung der Verantwortlichen.

Nach zehn Tagen wurden die meisten Hungerstreiks am 13.9. beendet, nachdem die Diktatur die Herausgabe der ermordeten Genossen von Lonquén und ein öffentliches Begräbnis für sie zugestanden hat. In Hamburg wurde der Hungerstreik bis zum 15.9. weitergeführt und mit einer Veranstaltung beendet, um noch einmal eindringlich gegen den Besuch des chilenischen Außenministers Cubillos in Bonn zu protestieren. Unterstützt wurden die Hungerstreiks in der BRD von fast allen Gruppierungen der chilenischen Linken (einschließlich der UP-Parteien) und auch dem Gewerkschaftsverband CUT. Folgende Erklärung wurde auf der Hamburger Gorbekendemonstration am 12.9. verlesen und angenommen:

Chile-Resolution:

Selt dem 3. September befinden sich in Chile mehrere 100 Personen — Angehörige der etwa 2.500 verschwundenen Gefangenen — in einem unbesetzten Hungerstreik. Sie fordern von der Militärdiktatur erneut Auskunft über das Schicksal ihrer Angehörigen, deren Inhaftierung und Verschleppung bis heute von der Junta geleugnet wird. Darüber hinaus fordern sie die Bestrafung der dafür verantwortlichen DINA-Agenten.

Gleichzeitig zu den Hungerstreiks in Chile finden im Ausland zahlreiche Hungerstreiks zur Unterstützung dieser Aktionen statt, so z.B. in der Bundesrepublik in Bonn, Hannover, Frankfurt, Kiel, Bremen, und auch hier in Hamburg im Martin-Luther-King-Haus in der Grindelallee.

Die hier im Ausland laufenden Hungerstreiks sind gleichzeitig ein Protest gegen den Besuch des chilenischen Außenministers, Hernan Cubillos, der am 17. September zu offiziellen Gesprächen u.a. mit Bundesaußenminister Genscher in Bonn eintreffen wird. Diese Reise des Ministers durch verschiedene europäische Staaten — wie Spanien, Frankreich, Bundesrepublik — dient der politischen Aufwertung des Pinochet-Regimes und einer „Normalisierung der freundschaftlichen Beziehungen bei der Regierung“.

Die Teilnehmer dieser Gorbekendemonstration erklären sich mit den zur Zeit stattfindenden Hungerstreiks in Chile und hier im Ausland solidarisch und protestierten ebenfalls gegen den Besuch Cubillos in Bonn.

Hamburg, den 12. September 1979

Gesinnungsurteil in Japan gefällt

Kundgebung am 21.8.79 in Tokio gegen die Terrorurteile gegen die Genossen Hoshino und Arakawa. Die Demonstranten bekundeten ihren Willen, bis zur Freilassung der Genossen weiterzukämpfen.

Anfang des Jahres forderte die Staatsanwaltschaft die Todesstrafe für den Anti-Kriegsdemonstranten Fumio Hoshino. Jetzt, am 21.8., wurde er zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Für Hiroya Arakawa wurden damals 20 Jahre Haft gefordert, das Urteil lautet nun auf 13 Jahre. Gegen den dritten Genossen Yukio Okumiyama, wurde lebenslängliche Haft gefordert. Da er aus Krankheitsgründen nicht vor Gericht erscheinen konnte, wurde die Urteilsverhandlung auf den 22.10. verlegt.

Wie wir bereits im AK 155 berichtet hatten, hatten sich die Genossen Hoshino und Okumiyama am 14.11.71 an einer Anti-Kriegsdemonstration (Okinawa-Kampf) beteiligt, wobei ein Bulle ums Leben kam. Allerdings konnte in den 8 Jahren seit

„Verteidigungsweißbuch“ und „5. Verteidigungsplan“

„Verteidigungsweißbuch“ und „5. Verteidigungsplan“

Japan intensiviert Kriegsrüstung

Das am 24. 7. veröffentlichte neue „Verteidigungsweißbuch“ der japanischen Regierung ruft zu beschleunigten und verstärkten Rüstungsanstrengungen auf. Begründet wird dies mit dem angeblich enormen Ausbau der sowjetischen Militärmacht im Fernen Osten, konkret u.a. mit der Benutzung vietnamesischer Häfen und anderer Einrichtungen. Da nunmehr das militärische Gleichgewicht zwischen den USA und der Sowjetunion in Gefahr geraten sei und gleichzeitig die „grundlegende Verteidigungskraft“ Japans schwächer geworden sei, müsse man jetzt „sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht“ die eigene Verteidigungskraft überprüfen.

Diese Aussagen sind inzwischen im 5. „Verteidigungsplan“, der als internes Arbeitspapier vorliegt, konkretisiert. Danach sind für die Fiskaljahre 1980-1985 Ausgaben in Höhe von umgerechnet rund 23-24 Mrd. DM jährlich vorgesehen. Dies würde gegenüber dem 4. Verteidigungsplan eine Erhöhung um über 50% (!) bedeuten. Die Bodentruppen sollen um 12 Divisionen zuzüglich einer Panzerdivision und zweier gemischter Divisionen, die Gesamtlösung der Marine auf 264 000 t und die Luftwaffe um 340 Kampfflugzeuge (auf 1240) erhöht werden. Vor allem sollen neue Waffensysteme für alle drei Gattungen der sog. Selbstverteidigungskräfte angeschafft werden. („Asahi Shimbun“, 25.7.79 und „Asahi Evening News“, 18.7.79).

Ferner legte das japanische Verteidigungsministerium den Verteidigungshaushalt für das Fiskaljahr 1980 vor, der Ausgaben in Höhe von rund 20 Mrd. DM bzw. fast 10 % mehr als im Vorjahr vorsieht. Zu den neuen Waffensystemen gehören auch die ersten im Inland produzierten Luft-Boden-Raketen. Außerdem soll die Insel Iwojima im Pazifik, die während des 2. Weltkrieges ein Hauptstützpunkt des japanischen Imperialismus und Hauptbatteriefeld war jetzt zu einem Militär-„Übungsplatz“ aus- bzw. aufgebaut werden („Yomi press“, 29.8.79).

Einen Tag nach der Veröffentlichung des „Verteidigungsweißbuches“ stattete Ganri Yamashita als erster japanischer Verteidigungsminister einen offiziellen Besuch bei seinem südkoreanischen Kabinettskollegen No Jae Hyun in Seoul ab. Aus einer Erklärung No's geht hervor, daß Südkorea sich auf eine „Invasion aus

Nordkorea“ vorbereite. Yamashita und No vereinbarten unter anderem den Austausch von Verteidigungsexperten zwischen den beiden Ländern („Asahi Evening News“, 26.7.79). Erwünscht wird auch von südkoreanischer Seite die stärkere Einbeziehung Japans in das militärische Dreiecksverhältnis Südkorea-USA-Japan. Hierbei seien zwar — was Japans militärische Stärke angeht — momentan Grenzen gesetzt, doch als „industrielle Supermacht könne Japan auch eine Hauptrolle bei der Förderung der Verteidigungsindustrie spielen und damit auch seine benachbarten Verbündeten unterstützen“ („Asahi Evening News“, 30.7.79).

Anschließend trat der japanische Verteidigungsminister eine Reise in die USA an. Sein Kollege Brown bestärkte Japans Rüstungsanstrengungen und versprach, die Luftbrücke nach Japan, Südkorea und sonstigen Teilen Asiens, sowie die Kampfkraft ihrer Truppen zu verstärken („Yomi press“, 17.8.79). Dieses Versprechen wurde gleich am 18.8.79 eingelöst, als die US-Streitkräfte mit 26 Kriegsschiffen, 280 Kampfflugzeugen und 40 000 Mann die bisher größte Landeübung auf der japanischen Insel Okinawa trotz heftigster Proteste der Bevölkerung für einen Zeitraum von zwei Wochen begannen.

Diese „Übungen für den Ernstfall“ werden im Sinne der gemeinsamen Richtlinien für die militärische Verteidigungsarbeit zwischen den USA und Japan (vgl. AK 149) durchgeführt.

Das US-Manöver ist jedoch kein Verteidigungsplan, wie vorgegeben wird, sondern eindeutig eine Generalprobe für einen Angriffskrieg. So erklärte der Oberkommandant der US-Marine, Hayward: „Will man die Seefahrtwege des Pazifik verteidigen, so benötigt man eine riesige Streitmacht. Die US-Marine geht prinzipiell davon aus, statt in die Verteidigung auf den Angriff überzugehen und die sowjetischen Seestreitkräfte in die Defensive zu treiben“ („Zenshin“, Nr. 949). Aus dieser Sicht sind somit auch die Landeübungen auf Okinawa zu verstehen, bei denen die Angriffsmanöver vom offenen Meer her gegen vermeintliche Guerilla-Einheiten durchgeführt werden, um die vom Feind besetzten Gebiete und die eigenen umzingelten Truppen zu befreien (so die Beschreibung der Landeübungen, ebenda).

Von den japanischen Selbstvertei-



Richter Ishimaru („Zenshin“, Nr. 949).

Die linke japanische Gruppe Chukaku, zu der die drei angeklagten Genossen zählen, kommt zu der Einschätzung: Das Urteil ist „durch und durch ein Gesinnungsurteil. Unter dem Vorwand, über das Vergangene zu urteilen, urteilt man über das Gegenwärtige“. Es ist eine Methode, die nicht mehr der Bestrafung Gericht würdig ist, die das Strafgesetz über Schritte und Terrorurteile gegen das politische Verbrechen der unabänderlichen Ansichten verhängt“ („Zenshin“, Nr. 949).

Es ist erst ein Todesurteil, abgelehnt worden. Hierzu beigetragen hatten auch fast 120 000 Unterschriften aus der Bevölkerung, die veröff-

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

wurden.

Weitere Anträge auf Todesstrafe gegen politische Häftlinge sind schon gestellt. Und am 3.9. wurde lebenslängliche Haft gegen einen politisch Angeklagten, Takaya Shiom, wegen Beteiligung an einer „Waffenübung“ im Jahre 1969 und wegen einer Flugzeugentführung im Jahre 1970 gefordert. Eine Frau vom Tokioter Rechts-Hilfe-Zentrum, Kyoon Renraku Centre, schrieb uns hierzu: „In letzter Zeit häufen sich die extrem harten Strafanträge sowie Urteile. Es ist so als ob wir in einen wirklichen Kriegszustand hineingeraten sind, wo es der kämpfenden Bevölkerung gegenüber der Staatsgewalt letztlich um Töten oder Gefört werden geht.“

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission

Asien-Australien-Kommission



Leserbrief:
Betrifft: „Solidarität mit den Indochina-Flüchtlingen“

Liebe Genossen,

Ich halte die Verwendung der Parole „Solidarität mit den Indochina-Flüchtlingen“ für sehr bedenklich. Es hat sich durch den häufigen Gebrauch (meinetwegen auch Mißbrauch) dieser Parole durch die Reaktionäre nun einmal eine Situation entwickelt, in der diese Parole automatisch einen Vorwurf gegen Hanoi anklingen läßt, was auch nicht dadurch aus der Welt geschaffen wird, daß man im Text die Sache klarstellt.

Selbstverständlich muß alles getan werden, um diese Flüchtlinge vor dem Ertrinken oder Verhungern zu retten. Das gebietet die Humanität.

Und unter diesem humanitären Gesichtspunkt – daneben gibt es noch den politischen, nämlich Vietnam zu helfen, das nicht gerechtfertigte Image des barbarischen Sündenbocks loszuwerden – ist es richtig, die Schweinereien der sog. ASEAN Staaten massiv anzuprangern: z.B. physisch gewaltsames In-Meer-Zurücktreiben ankommender Flüchtlinge, Gewöhnung der prästierenden Landstreicher etc.

Aber „Solidarität“ heißt ja mehr, nämlich daß man sich mit dem Verhalten, den Vorstellungen etc. dessen, mit dem man sich solidarisiert, voll oder will – hier also der Indochina-Flüchtlinge –, irgendwie identifizieren kann.

Und dazu besteht m.E. kein Anlaß, die „Flucht“ dieser Leute ist in den allermeisten Fällen keine gerechtfertigte Reaktion auf rassistische Diskriminierung, politische Unterdrückung, ökonomische Ausbeutung o.ä., sondern resultiert zum einen aus der Angst, als ethnische (chinesische) Minderheit bei weiteren Auseinandersetzungen zwischen China und Vietnam quasi zwischen die Fronten zu geraten, und zum anderen aus der Unlust am mühsamen und dazu noch kollektivistischen

Leben aus der Unlust am mühsamen und dazu noch kollektivistischen „Aufbau“ – (besser: Kriegsfolgenbewältigungs-prozeß) teilzunehmen. Beide Motive sind zwar verständlich, aber nicht unbedingt als „gerechtfertigt“ anzusehen. Im Gegenteil, in vielen Fällen dürften auch ausgesprochen fragwürdige Motive mitgespielt haben.

Nehmen wir nur einmal das groß herausgestellte Beispiel des geflüchteten Goldschmieds im letzten ZEIT-Magazin: Er gibt als Fluchtgrund u.a. an, daß seine Kinder sonst zu Kommunisten erzogen worden wären. Dies zu vermeiden, nahm er sie mit und setzte ihr Leben aufs Spiel. Das ist schon eine unangenehm zynische Einstellung.

Natürlich ist dieser Goldschmied wie alle Indochina-Flüchtlinge im Grunde auch ein Opfer des Imper-

alismus, aber so ein Opfer war letztendlich – um ein extremes Beispiel zu nehmen – auch der abgeschossene US-Bomberpilot, und trotzdem waren wir mit dem nicht „solidarisch“.

Deshalb müssen wir m. E. sagen: Hilfe für die Vietnam-Flüchtlinge – selbstverständlich, und nicht zu knapp, aber unsere Solidarität gehört dem vietnamesischen Volk!

Weil aber unsere Solidarität dem vietnamesischen und kampuchesischen Volk, den Flüchtlingen aus Zimbabwe und Namibia gehört, sollten wir jetzt, wo alle Welt nur noch auf die Vietnam-Flüchtlinge schaut, deren Not (man denke nur an die sich ankündigende Hungerkatastrophe in Kampuchea!) und deren Unterstützungswürdigkeit propagieren. Denn wenn wir das nicht tun, macht es niemand.

Insofern halte ich es nicht für richtig, daß auch noch wir unsere geringen Kräfte dafür verwenden, für die Vietnam-Flüchtlinge zu den „erbärmlichen 700 Mio. DM“ (Originalton AK) noch mehr Unterstützung zu fordern, so richtig das „an sich“ auch ist.

Vielmehr müssen wir die laufende Diskussion um die Vietnam-Flüchtlinge in dem Sinn aufgreifen, daß wir das eklatante Mißverhältnis zwischen der Hilfe für die Vietnam-Flüchtlinge einerseits und der Hilfe für „normale“ Flüchtlinge (Namibia, Zimbabwe, West Sahara, Libanon) bzw. für die „normalen“ kriegsgeschädigten Bevölkerungen (ganz Indochina, Nicaragua) andererseits kritisieren. (Wobei klar gesagt werden muß, daß wir nicht etwa von der Hilfe der Vietnam-Flüchtlinge was abzwacken sehen wollen, sondern daß wir im Gegenteil zu allzulebhaft eine ganz erhebliche Erhöhung der skandalös niedrigen Hilfe für die „normalen“ Flüchtlinge etc. fordern)

Im Übrigen wäre es hervorragend, wenn der AK in Absprache

Im Übrigen wäre es hervorragend, wenn der AK in Absprache mit – möglichst vielen – anderen linken Publikationen des In- und Auslands einen gemeinsamen Aufruf/Appell bringen würde, der beibehalten würde, sich von der gegenwärtig laufenden Anti-Vietnam-Kampagne nicht desorientieren oder einschüchtern zu lassen, sondern mit Vietnam – durchaus kritische Solidarität zu üben.

Dieser Aufruf sollte bereits bei der Erstveröffentlichung von einigen prominenten Leuten unterzeichnet sein.

Eine solche Sache zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu initiieren, dürfte nicht gerade einfach sein, wäre aber m.E. politisch ganz wichtig und längst überfällig.

Mit freundlichen Grüßen
Hans-Joachim Beidelberg

Pakistanische Atombombe? Internationaler Atompoker der Imperialisten

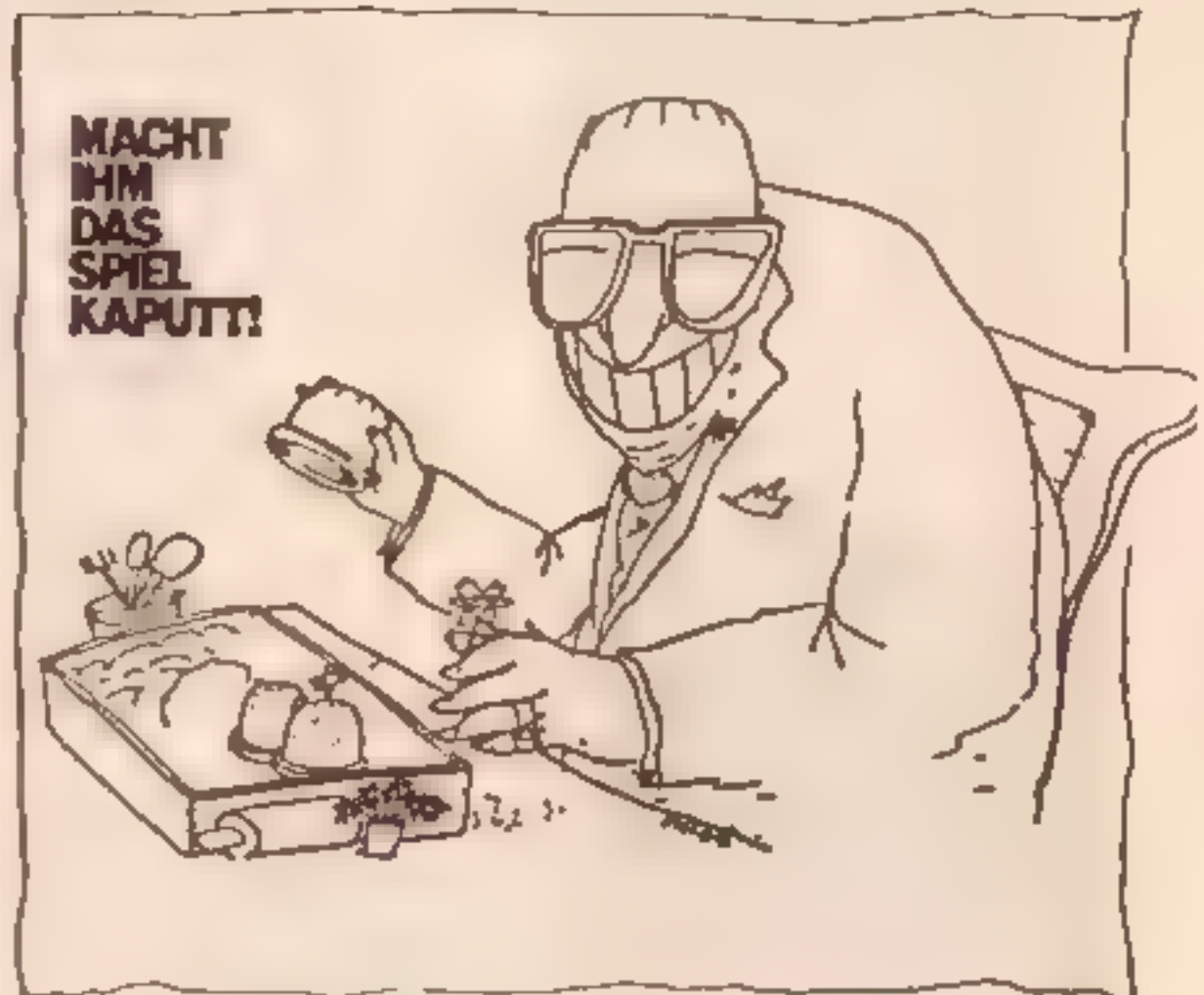
Noch rechtzeitig haben es der CIA und der israelische Geheimdienst entlarvt: Im Oktober schon wurde Pakistan seine erste Atombombe zünden. Als Antwort planten die USA ein Kommando-Unternehmen auf die Atomanlagen in Pakistan, auch die international bekannten israelischen Überfallkommandos bereiten sich vor. Offiziell sperren die USA 40 Mio. DM Wirtschaftshilfe. Doch hiermit nicht genug der Agentenschichten. Schon bald hieß es, Pakistan habe die Atomanlagen durch Boden-Luft-Raketen geschützt. Gleichzeitig hieß es beruhigend, Pakistans Regierung habe inzwischen den Atomversuch verschoben weil sonst Monsunregen zu größeren Verunreinigungen geführt hätten. Auch die Geldgeber der Bombe wurden „entlarvt“: Ghaddafi und der Irak sollten das Geld für diese „islamische Atombombe“ geben, Anfat hatte das ganze Geschäft vermittelt. Kurz vorher war auch schon der französische Botschafter auf einem Agententrip überfallen worden. Er wollte die geheimen Anlagen in Kahuta (Pakistan) besichtigen, hinter denen eine Anreicherungsanlage vermutet wird. Doch soweit kam es nicht, die pakistanische Geheimpolizei verprügelte ihn, wobei er einen Zahn verlor und sein Sekretär einen Schädelbruch erlitt. Die Pakistanische Regierung erklärte „Ihr Bedauern“ und bot Hilfe an.

Dank des Ex-Gesandtschaftssekretärs aus Pakistan, der in die USA übergelaufen war, kam dann noch mehr ans Tageslicht, die US-Regierung protestierte bei der schweizerischen Regierung, daß zwei Firmen des Landes entsprechende Anlagenteile geliefert hätten. Als Chef der Pakistanischen Anreicherungsanlage wurde ein ehemaliger Mitarbeiter der Urenco namens Abdel Quader Khan genannt. Dieser hätte die technischen Unterlagen mitgehen lassen, nach denen er sich nun die Anlagen in Europa für eine eigene Anreicherungsanlage nach dem Muster der deutsch/holländisch/englischen Ultrazentrifuge zusammenkaufe. „erteilte Bestellungen für die erforderlichen Einzelteile und Materialien – von Schweizer Spezialwerkstoffen bis zu britischen Elektronikbauteilen für die Zentrifugen – gut gelangt als Aufträge von Textilfabrikanten und anderen staatlichen und privaten Firmen. Das alles geschah höchst geschickt unter Einschaltung internationaler Strohmannen, Kommunistensagenten und Scheinfirmen. Als man schließlich nach wurde und begann, das Puzzle spiel zusammenzusetzen, war es be-

Scheinfirmen. Als man schließlich nach wurde und begann, das Puzzle spiel zusammenzusetzen, war es be-

Man ist der Trübsal nahe, wenn man so was liest da hat doch orientalisches Schützengraben! offensichtlich den tragen bürokratischen Kontrollapparat der Atomweltmacht BRD ausgedrückt, so daß selbst eine höchstgeheime hochkomplizierte riesige Atomanlage in die Hände der Pakistaner gelangen konnte, obwohl diese Anlage ansonsten 30 Jahre Forschung- und Entwicklungsarbeit im Milliarden-Umfang erfordert. „Bestürzt“ erkundigte sich die BRD-Regierung bei ihrem holländischen Partner (wo der Pakistaner angestellt war), wo diese Anlage denn nun „in die falschen Hände“ geraten konnte („FR“, 9.7.).

Doch damit wird auch der Sinn der Agentengeschichten in der Presse klar: Es soll lediglich verschleiert werden, daß die europäischen Imperialisten Pakistan diese Anlage zugeschanzt hatten, um ihren Machtinfluß dort insgesamt zu erhöhen. Bestürzung deshalb auch dann, als der Konkurrent USA die Sache (ebenfalls umrankt mit Agentenstories) ins Licht brachte, weil er dieses Geschäft gern durchkreuzt hätte. Solche Geschichten sind im internationalen Atomgeschäft Alltag geworden: Ganz parallel war der BRD-Imperialismus vollkommen „übertrachtet“ und „bestürzt“, als plötzlich die südafrikanischen Rassen der Weltöffentlichkeit bekanntgaben, sie seien im Besitz einer Anreicherungsanlage. Schon bald wurde klar, daß die Anlage nicht nur nach in der BRD entwickelter Technologie funktionierte, sondern Südafrikas Atomforscher auch die Anlagen und das Know-how aus der BRD bezogen hatten, wobei diese Schiebung höchste Regierungsstellen vorgegeben und abgetarnt hatten um sich den schwarzafrikanischen Ländern als „Unlücks-Raben“ präsentieren zu können. Wir wollen hier die Hintergründe des Atompokers zwischen den Imperialisten um Pa-



kistan ein wenig aufhellen.

Atomarer Poker der Imperialisten um Pakistan

Seit 1972 besitzt Pakistan einen Atomreaktor (137 MW), ein weiteres ist seit 1973 (für 500 MW) im Bau. Das Geschäft hatte Kanada gemacht. Seit 1976 ist das Geschäft ins Stokken geraten, weil Kanada schärfere Kontrollmöglichkeiten über die Pakistanischen Anlagen fordert. Der betriebene Reaktor kann jährlich mehr als 100 kg Plutonium liefern („FR“, 9.7.) und es ist „eine unveränderliche Tatsache, daß bei aller friedlichen Kernkraftnutzung Plutonium anfällt, das schon ohne eine Wiederaufbereitung notfalls ein Bombenrohstoff sein kann“, gab die „Frankfurter Allgemeine“ (vom 16.8.79) offenherzig zu. 3 kg Plutonium reichen für eine Atombombe des Hiroshima-Typs, das nukleare Explosionsmaterial für die Bombe von Nagasaki stammte beispielsweise aus einem simplen Forschungsreaktor. Allerdings läßt sich der Brennstoff in einem AKW von den Atomgroßmächten noch relativ einfach kontrollieren: einmal im Jahr werden die nuklearen Brennstäbe ausgewechselt und in der Regel dann wieder von den Großmächten selbst in Empfang genommen. Sehr scharfe Auflagen machen

Regel dann wieder von den Großmächten selbst in Empfang genommen. Sehr scharfe Auflagen machen vor allem die US-Imperialisten (und ebenso Kanada) zur Voraussetzung für die Lieferung von Atomanlagen.

Die USA-Imperialisten machten sich dabei ihre bislang bestehende Monopolstellung für Anreicherungsanlagen zunutze. Dieses Monopol wurde inzwischen von den Europäern durchbrochen, obwohl sie noch immer die entscheidenden Lieferungen für angereichertes Nuklearmaterial aus den USA beziehen müssen.

Die strengen Auflagen der USA machen sich die europäischen Konkurrenten (die BRD und Frankreich) umgekehrt aber auch zunutze, um auf dem internationalen Atommarkt vorzudringen. 1976 hatte Frankreich mit Pakistan die Lieferung einer WAA vereinbart. Daraufhin sperren die USA und Kanada ihre Lieferung an die EG, Frankreich legte das Geschäft mit Pakistan erst einmal auf Eis. Hintergrund ist, daß „in einer Wiederaufbereitungsanlage die Abzweigung von waffenfähigem Plutonium nur eine Sache von Tagen ist“, wie die „FAZ“ ebenfalls freimütig zugab (ebenda). D.h. eine tatsächlich funktionierende Riesen WAA in Gorleben könnte dann innerhalb von Tagen statt neuem Brennstoff für AKWs plötzlich Atombomben liefern, und zwar hundert pro Monat. Bei Anreicherungsanlagen ist die Ausbeute (für Atomwaffen) etwas geringer.

Doch selbst bei solchen Geheimgeschichten verlangen auch die europäischen Imperialisten schärfste Kontrollen bzw. Einschränkungen, damit ohne ihr Zutun eine solche Anlage möglichst nicht einen Tag laufen kann. So klagte dann lauthals die „FAZ“, daß die US-Kontrollforderungen das große Atomgeschäft „weitgehend einschränken“ würden, wo die meisten Länder der 3 Welt doch nach Atomenergie „sehnen“, und ohnehin gehört „zur wirklichen Atom macht weniger die Bombengeheimnisse (Amerik. AK eine Atombombe

zu bauen ist oh einfach, wenn man nur die Verfügung über den nuklearen Explosionsstoff besitzt) als viel mehr der Aufbau einer großen Atomindustrie („FAZ“, 18.8.79). So befürchtet die BRD, daß allzu große Atomwaffen-Begierden (vor allem öffentliche Atomversuche) ihrer „kleinen Potenzen“ (ebenda) ihrem Märchen von der „friedlichen Nutzung“ der Atomenergie einen Knacks verpassen könnte. Leider könne man eben durch die Bombe „in der Stufe der Weltangst eine Stufe höher“ steigen, bedauert die „FAZ“ (vom 16.8.79). So hatet die gleiche Zeitung gegen die „verrückten Araber“, die durch eine Atombombe „vor Entsetzen ins Delirium, auch ins politische“ abgleiten würden („FAZ“, 16.8.79). Man denke bei diesen Worten nur einmal an F.J. Strauß! Der Hintergrund dabei ist allerdings der Atompoker zwischen Indien und Pakistan, die gegenseitig Gebietsansprüche stellen. 1974 hatte Indien als erstes Land der 3 Welt eine eigene (angeblich „friedliche“) Atombombe gezündet. Die Anlagen und den nuklearen Explosionsstoff hatten Kanada bzw. die USA-Imperialisten geliefert, die sich sonst so gern als Atomübermänner präsentieren. Daraufhin setzten die USA international verschärfte Kontrollen durch.

Schon zwei Jahre später konnte Indien sein Atomprogramm weiter ausbauen. Die USA international verschärfte Kontrollen durch.

Schon zwei Jahre später konnte Indien weiter US-Lieferungen in Empfang nehmen. Indien hatte erklärt, es werde „zukünftig auf alle Kernwaffenversuche, auch für friedliche Zwecke, verzichten“ („FAZ“, 26.7.77). Indien, das auch an einem „potentiellen Trägersystem für atomare Gefechtsköpfe“ („IdT“, 6/75) arbeitet, konnte so munter sein „friedliches Atomprogramm“ aufbauen und 1977 nach längeren Kontrollverhandlungen mit den USA seine zweite WAA in Betrieb nehmen. Gegenüber Pakistan ist Indien mit 10.000 in der Atomindustrie Beschäftigten, 5 Forschungs- und 4 kommerziellen AKWs und 2 WAA's geradezu ein atomarer „Riese“. Pakistan inzwischen hingerichteter Regierungschef Bhutto hatte nach der Indischen Atomexplosion angekündigt, er werde der Atomrüstung Indiens „nicht tatenlos zusehen können, sondern gleichfalls Atombomben bauen müssen, und sollte unser Volk Gras dabei essen“ („FAZ“, 28.2.76). Gleichzeitig wurde der Bau von 20 AKWs bis zum Jahre 2000 in Pakistan angekündigt.

Heute versichert die pakistanische Regierung „beinahe jeden Tag aufs neue: „Nein, wir bauen keine Atombombe“ („FAZ“, 16.8.79). Das kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß das herrschende Kastei in diesem Land alles daran setzen, um den Finger an den Knopf zu bekommen. Prompt meldete sich auf der anderen Seite jetzt Indien zu Wort: „Die Bombe ist gegen uns gerichtet“ erklärte der indische Ministerpräsident, man denke jetzt (nach ?) an den „Bau eigener Atombomben“ („IdT“, 15.8.79). Kenner der Materie befreit durchblicken, daß Indien natürlich auch gern eine Anreicherungsanlage besitzen würde, denn derzeit ist es bei angereichertem Uran vollständig auf Lieferungen der US-Imperialisten angewiesen.

AKW-Nem-Kommission

„Gegen diejenigen, die Gefühle der Humanität für ihre politischen Ziele mißbrauchen!“

Eine Gruppe französischer Intellektueller, darunter die Künstlerin Juliette Greco, die Schriftsteller Louis Aragon und Regis Debray und der Publizist Wilfried Burchett, haben in einem Aufruf ihre Verpflichtung geäußert: „unsere Stimme gegen diejenigen zu erheben, die die Gefühle der Humanität unseres Volkes für ihre politischen Ziele mißbrauchen wollen. Es sind dieselben, die jene Kriege geführt, gerechtfertigt oder zugelassen haben, die allein verantwortlich sind für die außerordentlich schwierige Situation, der sich Vietnam heute bei seinem Aufbau gegenüber sieht“.

Sie fordern den französischen Staatspräsidenten und die Regierung Frankreichs auf, sich für „die nötige Unterstützung“ der Länder Südostasiens einzusetzen, „in denen sich zur Zeit die Auswanderer aus Indochina befinden.“ Der Plan des UN-Hochkommissariats für Flüchtlingsfragen, dem die Sozialistische Republik Vietnam zugestimmt hat, müsse „sofort in die Tat umgesetzt“ werden. Die USA müssen ihre vertraglich zugesicherten Reparationen bezahlen und schließlich wird gefordert, „daß Radio und Fernsehen unseres Landes die vollständige Information liefern auf die die französischen Bürger ein Recht haben“ (zitiert nach „So wer den Flüchtlinge gemacht“). Broschüre der Freundschaftsgesellschaft BRD-Vietnam, hrsg. im Juli 1979)

Der Zeitschrift der radikaldemokratischen Intelligenz der Republik von Weimar, der „Weltbühne“ von Siegfried Jacobsohn, Kurt Tucholsky und Carl von Ossietzky, ihren selbständigen, selbstgewählten politischen Platz zu bekommen, das haben ihr seit dem Erscheinen des ersten Heftes die meisten politischen Lager nicht zubilligen mögen. Die Konservativen – die Faschisten lassen wir aus Gründen politischer Hygiene heute mal beiseite – schalteten die „Weltbühne“ der Propagierung eines „Kulturbolschewismus“, manchem Sozialdemokraten stand die „Weltbühne“ der Sowjetunion gegenüber zu sozialistisch, manchem Kommunisten wiederum war's zu kritisch, wo nicht gar schon konterrevolutionär.

In diese Tradition stellt sich im 29. Jahr der Geburt der Bundesrepublik der Athenäum-Verlag, der im letzten Jahr einen vollständigen Facsimile-Druck der „Weltbühne“ herausbrachte – ein unzweifelhaft ebenso mutiges wie verdienstvolles verlegerisches Unternehmen. Ausgerechnet dieser Verlag fühlt sich jedoch gemäßigt, den vom deutschen Herbst noch geängstigten bundesdeutschen Leser in seinem Verlagsprospekt vorab zu beruhigen: „Die Weltbühne“ war eben kein kommunistisches Kampfblatt – das haben nur ihre Gegner immer wieder gesagt und geschrieben – denn: „Immer wieder versuchten die Autoren der politischen Artikel den Deutschen Selbstbewußtsein zu geben, Selbstbewußtsein, Demokraten zu sein, sich zu wehren gegen die Extremisten von rechts und links, gegen die Übergriffe des Kommunismus bolschewistischer Prägung wie gegen den Faschismus ...“. Es sei der eigenen Fantasie überlassen sich vorzustellen, mit welcher beißendem Spott Kurt Tucholsky etwa über diese „Reinwaschung“, über das Gemischel von Rechts und Links, von Rechts gleich Links, hereingebrochen wäre ...

Und weiter heißt es in diesem unseligen Prospekt: „Die Weltbühne“ rückte das Bild einer Rosa Luxemburg als einer leidenschaftlichen Kämpferin für soziale Gerechtigkeit ohne Anwendung von Gewalt zurecht. Die Lektüre dieser Artikel kann manches Fehlurteil, das sich jetzt über die Geschichte des Terrorismus in Deutschland und die Links gebildet hat, korrigieren. Sie würdigte den bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner und rückte ab von der chaotischen Räterepublik ...“ – ernsthaft abzurücken ist gegenüber derlei „zurecht“ und „ab“-Gerücks hiervon: endlich die „Weltbühne“ und ihre Autoren nicht in irgendwelche, der nur-eigenen politischen Richtung oder einem ominösen Zeitgeist genehme Schubkästen einzusortieren! Die Autoren der „Weltbühne“ waren freie, wenn auch nicht freischwebende Geister, waren unabhängige Demokraten, waren durchaus und eingestanden „schwenkend“, saßen – wie es Tucholsky schrieb – „zwischen zwei Stühlen“. Punktum!

Gegenüber den vielfachen Versuchen, die „Weltbühne“ für diese oder jene Seite zu vereinnahmen hat der Aufsatz von Martin van Amerongen, den wir aus der „Vrij Nederland“ (26.11.78) übernommen haben, den unbedingten Vorteil, die „Weltbühne“ in den einzig legitimen und erklärenden Rahmen zu stellen, der ihr angemessen ist: Er konfrontiert die Wirklichkeit der Republik von Weimar, ihr politisches und kulturelles Leben, ihren politischen und kulturellen Untergang, mit dem Wirken der „Weltbühne“ in eben dieser Republik von Weimar. Und er schreibt diese Geschichte, wo angemessen, fort zur Republik von Bonn.

Vor dem nun folgenden Lesevergnügen bleibt uns nur noch, Martin van Amerongen für die Genehmigung zur Veröffentlichung seines Aufsatzes im „Arbeiterkampf“ zu danken! (Die Übertragung aus dem Niederländischen ist vom Verfasser autorisiert.)

Martin van Amerongen:

„Ich werde langsam großwahnsinnig, wenn ich wieder lese, wie ich Deutschland zugrunde gerichtet habe“

Zur Neuauflage der „Weltbühne“

Von 1918 bis 1933 erschien in Deutschland unter der Redaktion von Siegfried Jacobsohn, Kurt Tucholsky und Carl von Ossietzky eine Wochenzeitschrift, die bis zum heutigen Tage die deutschen Gemüter stark bewegt. „Die Weltbühne“ (1). Der Athenäum Verlag hat die zehn Jahrgänge dieser Zeitschrift neu herausgegeben.

Es gibt keinen mehr, der es weiß. Dr. Josef Goebbels, Hitlers Buchverbreiter im außerordentlichen Dienst hat einst selbst einige vorsichtige Schritte in die Welt der schönen Literatur gesetzt. Das betreffende Buch heißt *Michael, ein deutsches Schicksal* und es handelt sich um ein Werk von einem Studenten, der sehr gegen Franzosen und Intellektuelle ist, ganz zu schweigen von französischen Intellektuellen. „Deutschland fecht für die Arbeit Frankreich fecht für das Geld. Das Arbeit hat verloren, das Geld hat gewonnen“, heißt Michael – deutlich das Alter ego des Künstlers. Seine blochmasigen Studenten betrachtet er mit Besorgnis: „Der Intellekt ist eine Gefahr für die Bildung des Charakters. Kerle erziehen, das sollte Aufgabe der hohen Schulen sein“ (2). Selbst fühlt er sich unwiderstehlich von der Kaserne angezogen: „Soldat sein! Auf Weiche stehen! Man muß immer Soldat sein, Soldat im Dienst der Revolution des Volkes!“ (3).

Am 27. Januar 1931 wurde das Buch in der *Weltbühne* rezensiert, der farnosen Wochenzeitschrift von Kurt Tucholsky und Carl von Ossietzky. Es war die Rede von einem wichtigen Buch, wenn auch nicht an erster Stelle aufgrund der literarischen Qualitäten des Geschriebenen. „Es ist tatsächlich die erste, aber gleich vollkommene Manifestation dessen, was die Braunhemden 'den deutschen Geist und die deutsche Seele' nennen“, konstatierte der Kritiker. „Der Fall Goebbels läge sehr einfach, wenn wir heute in einem gesunden Lande lebten. Dann würde sich nämlich für die gigantischen Platteaus dieser großenwahninnig gewordenen Hysteriker lediglich die ärztliche Wissenschaft interessieren. Aber wie die Dinge heute liegen, ist der Verfasser, ehemaliger Student in Heidelberg und jetziger Reichspropagandaleiter der N.S.D.A.P., eine politische Realität.“ (4) Diese Betrachtung hat zweifellos den blauen Haß genährt, den Goebbels gegen die „Asphaltliteraten“ hegte, die die Kolumnen der *Weltbühne* zu füllen pflegten. Goebbels brach den Stab über sie während einer kleinen Feier in seinem Hause am Sylvesterabend 1932. „Im kommenden Frühjahr sind wir an der Macht“, sagte er voraus. „Und dann werde ich die verfluchten Intellektuellen, die Kerr, die Tucholsky, die von Ossietzky und die Mehring höchstpersönlich aufknüpfen.“

Ein Teil dieser Voraussage bewahrheitete sich kaum vier Wochen später. Am 30. Januar 1933 wurde Hitler zum Reichskanzler ernannt. Und wenig später knusterten und prasselten die ersten Scherhaufen unter den vaterländischen Gesängen der SA- und SS-Korps und unter den Beschwörungsformeln der Repräsen-

tanzen der nationalsozialistischen Studentenbewegung.

„Gegen Klassenkampf und Materialismus hat Volksgemeinschaft und deutsche Lebenshaltung ...“ – diese Worte der Parole des Schöpfers von *Michael* sind heute noch aktuell.

Gegen die Kulturkritik der *Weltbühne* hat Goebbels in *Michael* die Antwort gegeben: „Der Intellekt ist eine Gefahr für die Bildung des Charakters. Kerle erziehen, das sollte Aufgabe der hohen Schulen sein“ (2). Selbst fühlt er sich unwiderstehlich von der Kaserne angezogen: „Soldat sein! Auf Weiche stehen! Man muß immer Soldat sein, Soldat im Dienst der Revolution des Volkes!“ (3).

Gegen die Verherrlichung der Arbeit und die Verhöhnung der Intellektuellen hat Goebbels in *Michael* die Antwort gegeben: „Der Intellekt ist eine Gefahr für die Bildung des Charakters. Kerle erziehen, das sollte Aufgabe der hohen Schulen sein“ (2). Selbst fühlt er sich unwiderstehlich von der Kaserne angezogen: „Soldat sein! Auf Weiche stehen! Man muß immer Soldat sein, Soldat im Dienst der Revolution des Volkes!“ (3).

Gegen die Verherrlichung der Arbeit und die Verhöhnung der Intellektuellen hat Goebbels in *Michael* die Antwort gegeben: „Der Intellekt ist eine Gefahr für die Bildung des Charakters. Kerle erziehen, das sollte Aufgabe der hohen Schulen sein“ (2). Selbst fühlt er sich unwiderstehlich von der Kaserne angezogen: „Soldat sein! Auf Weiche stehen! Man muß immer Soldat sein, Soldat im Dienst der Revolution des Volkes!“ (3).

Die *Weltbühne* war eine Zeitschrift der Intelligenz in den Jahren der Republik von Weimar, im Februar 1919 offiziell in diesem Ort konstituiert, nachdem Kaiser Wilhelm II von seinem Thron gestürzt war. Leider vernachlässigte die junge Republik, gleichermaßen mit dem eigenen Besen die Gefilde ihrer Feinde zu kehren: die monarchistischen Generäle, die reaktionäre nichterliche Macht und das anti-republikanische Beamtenkorps. Es ruhte so von Anfang an kein Segen auf diesem Experiment mit der parlamentarischen Demokratie.

Kulturbolschewiken

Zwar war die Republik von Weimar gekennzeichnet von einer in der deutschen Geschichte exemplarischen kulturellen Blüte. Dies war in nicht unwesentlichem Maße den Juden unter den Intellektuellen und Künstlern zu danken, denen endlich, nach dem Fall des Kaiserreichs, der Luxus vergönnt schien, sich wie kreative und kritische Staatsbürger verhalten zu dürfen. Sie schweiften verückt durch den Zaubergarten von Kunst, Kultur und Wissenschaft. Sie operierten am Rand der Politik. Sie waren unter den linken Intellektuellen zweifellos eine Zahl und Einsatz überrepräsentiert mit ihrem rührenden Streben nach der Schönheit und Besseren Welt. Darum wurde, speziell für sie, von Generalen, Richtern und Beamten, der Begriff Kulturbolschewiken eingeführt.

Von Ossietzky: „Wenn der Kapellmeister Klempers die Tempel anders nimmt als der Kollege Furtwängler, wenn ein Maler in eine Abendröte einen Farblion bringt, den man in Hinterpommeren selbst am hellen Tage nicht wahrnehmen kann, wenn man für Geburtenregelung ist, wenn man ein Haus mit Rachen Dach baut, so bedeutet das ebenso Kulturbolschewismus wie die Darstellung eines Kaiserschnitts im Film. Kulturbolschewismus betreibt der Schauspieler Chaplin, und wenn der Physiker Einstein behauptet, daß das Prinzip der konstanten Lichtgeschwindigkeit nur dort geltend gemacht werden kann, wo keine Gravitation vorhanden ist, so ist das Kulturbolsche-

wismus und eine Herabsetzung der menschlichen Werte.“ (5) Die Kulturbolschewisten ist der Begriff, den die Hitler-Mafia Kulturkritikern aus dem Reich der Hand ortho-idee Welt und gegen ein unheimliches was das unsterbliche Verlangen irgendeines Verrückten, der sich selbst als Goethe schreit, das geistige Leben der großen Großmutter zu zerstören (6).

Handelt es die Atmosphäre der Republik von Weimar trefflicher charakterisiert. Auf der Bühne befand sich die intellektuelle und kulturelle Elite, die aus Berlin plötzlich Europas künstlerische Hauptstadt gemacht hatte. In den Kulissen lauerte jedoch die permanente Konterrevolution.

Die Antikommunisten, die die Kulturkritikern aus dem Reich der Hand ortho-idee Welt und gegen ein unheimliches was das unsterbliche Verlangen irgendeines Verrückten, der sich selbst als Goethe schreit, das geistige Leben der großen Großmutter zu zerstören (6).

Die Antikommunisten, die die Kulturkritikern aus dem Reich der Hand ortho-idee Welt und gegen ein unheimliches was das unsterbliche Verlangen irgendeines Verrückten, der sich selbst als Goethe schreit, das geistige Leben der großen Großmutter zu zerstören (6).

Die Antikommunisten, die die Kulturkritikern aus dem Reich der Hand ortho-idee Welt und gegen ein unheimliches was das unsterbliche Verlangen irgendeines Verrückten, der sich selbst als Goethe schreit, das geistige Leben der großen Großmutter zu zerstören (6).



Siegfried Jacobsohn

Die Ereignisse in den fünfzehn Jahren, die der Republik von Weimar gegeben waren, wurden in der *Weltbühne* in solch einer glänzenden, sprachgewandten Prosa beschrieben und kommentiert, wie sie seitdem auf deutschem Boden nicht mehr geschaffen worden ist. Ein schlechter Standpunkt, ja, der drängte sogar gelegentlich in die Kolumnen der *Weltbühne* durch. Aber eine schlechte Formulierung, nein, so etwas war undenkbar in diesem kleinen, unansehnlichen Blättchen mit seinem matten Untergang.

„Gut geschrieben ist gut gedacht“ (7) pflegte Tucholsky zu sagen.

Das Programm des Blattes war, kurz zusammengefasst: 1. Soziale Gerechtigkeit, 2. Friede durch internationale Entwertung, 3. ein militä-

re zu verteidigen. Es kann ruhig sein, wenn in China und Marokko die Gewehre losgehen. Es ist von der Qual der Wehrpflicht befreit, gemessen an den militärpolitischen Sorgen der anderen und die seinen für die Katz. Die Sieger werden ihrer Eroberungen nicht froh, ihr Budget kommt durch Rüstungsaufwendungen aus der Balance, und in den jungen Staaten balgen sich die Nationalitäten. Deutschland ist wieder angesehen und thronet im Rat der Großen, ohne deren Belästigungen zu leiden“ (8).

Ferngerichte

Einen solchen Standpunkt einzunehmen forderte eine ziemliche Zivilcourage, allem schon weil die Republik von Weimar versetzt war von Fern-

gerichten, paramilitärischen Mordkommandos, die die Eigentümer von „Landesverboten“ zu ihrer Spezialität gemacht hatten. Eben solchen Mordkommandos wurde die *Weltbühne* in der Arbeiterkammer, wo das heutige Handwerk dieser Feindesgeißel vor die Öffentlichkeit gebracht wurde. Das Verbot der *Weltbühne* verursachte große Beunruhigung, wenn auch nicht in den linken Palästen, wo die Herren Richter viel Verständnis aufzubringen wußten für die Aktivitäten ihrer Amateure (9).

Es war nachfolgend, wie es recht Tucholsky hatte, als er jahrelang die deutschen Richter attackierte als korrupte, parteische, arbeitfeindliche Handlanger der schwächsten Reaktion. Die 314 politischen Morde, die in einem Zeitraum von acht Jahren von Rechtsextremisten verübt worden waren, wurden dabei mit 31 Jahren plus 1 Monat Gefängnis bestraft, wobei einmal die Ermordung festlag. Die drei zehn politischen Morde, die in der selben Zeit von radikalen Elementen der Linken verübt wurden, führten zu acht Todesurteilen und 176 Jahren-plus-monat Haft. Die Kommunisten, die 1919 im Freistaat Bayern die Räterepublik proklamierten, bekamen insgesamt 519 Jahre-plus-monat. Die Offiziere und Mannschaften, die ein Jahr später, unter Führung von Generalleutnant Dietrich Kapp den Versuch eines Staatsstreichs unternahmen, gingen dagegen alle frei aus.

Und als die *Weltbühne* 1929 enthielt, daß der Minister der Reichswehr, geradewegs entgegen den Bestimmungen des Vertrages von Versailles, im Begriff war, eine illegale Luftmacht auf die Beine zu stellen, wurden nicht die betroffenen Offiziere vor den Richter gefordert, sondern Carl von Ossietzky, der Mann, unter dessen Verantwortlichkeit der Artikel publiziert worden war.

Der pazifistische Publizist kommentierte das Urteil mit souveräner Gelassenheit. „Anderthalb Jahre Freiheitsstrafe? Es ist nicht so schlimm, denn es ist mit der Freiheit in Deutschland nicht weit her. Mächtig verblasen die Unterschiede zwischen Eingesperrten und Nichteingesperrten. Jeder Publizist, der in bewegter Zeit seinem Gewissen folgt, weiß, daß er gefährdet ist.“ (9)

Totengräber

Im Januar 1933 wurde die Freiheit offiziell abgeschafft, die *Weltbühne* verboten und die zwei wichtigsten Redakteure des Blattes, Tucholsky und von Ossietzky wurden das Dritte Reich nicht überleben. Ihre jeweiligen Witwen befinden sich jedoch noch immer unter uns. Mary Tucholsky ließ sich nach dem Krieg in der Bundesrepublik nieder und hat dort wesentlich dazu beigetragen, daß fast jeder Schnipsel bedruckten Papiers von ihrem Mann in seinen *Gesammelten Werken* (10) untergebracht wurde, bis auf einige Brief- und Tagebuchfragmente, die allzu sehr nach den chebrecherischen Betten rochen, die der Künstler vielfach aufzusuchen pflegte. Maud von Ossietzky bevorzugte ein Domizil in

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 35

der Deutschen Demokratischen Republik, und auch sie hat sich um die künstlerische Nachlassenschaft ihres Mannes gesorgt, was zu ein paar ordentlich zusammengestellten Sammelbänden führte, worin jedoch allem die Aufnahme verwehrt wurde, was auch nur ein wenig zur Kritik am Kommunismus, der Sowjetunion oder Väterchen Stalin neigt. Man sollte diese Weiber!

Es waren namentlich die DDR-Buchhalter, die bisher jeden Versuch, einen Faksimile-Druck der *Weltbühne* herzustellen, geschickt zu torpedieren verstanden. Sicher, so meinten die deutsch-demokratischen Kulturtheoretiker, Tucholsky und von Ossietzky sind natürlich fortschrittliche Männer gewesen, aber ihre Kritik an der Sowjetunion stempelte sie letzten Endes doch zu "bürgerlich-kontemplativen Schriftstellern."

Ein Faksimile-Druck der *Weltbühne* blieb dem Publikum also vorenthalten unter Verweis auf die Autorensrechte der Witwe Ossietzky.

Bis dann vor zwei Jahren aufkam, daß die Autorenrechte in Wirklichkeit zu dreiviertel in den Händen von Peter Jacobsohn waren, dem Sohn des ersten Herausgebers des Blattes. Dies zwang die DDR-Kulturverwaltung ein weiteres Mal an den Verhandlungstisch. Jetzt kapitulierten sie. Sie sollten für den westdeutschen Athenäum-Verlag die fünfzehn kompletten Jahrgänge fotografieren, komplette Ausgaben und höchst selten seit Goebbels pyromantischen Umtrieben. Im Tausch bekamen sie die Autorenrechte für die *Neue Weltbühne*, den in der Prager Emigration verfertigten stalinistischen Bastard des Blattes. Und so präsentierte der Athenäum Verlag auf der Frankfurter Buchmesse 1978 mit einem Stolz das erste Exemplar des Reprints, Umfang 27.000 Seiten. Kosten dreihundert Mark. Garantierter Lesegenuß dreißig Jahre. Eine Schatzkammer voller Kommentare, Kritiken, Glossen, Gedichte und Betrachtungen, verfaßt von der *Crème* der reichsten Periode der deutschen Geschichte.

Der erste, der der Neuauflage der *Weltbühne* eine umfassendere Betrachtung gewidmet hat, ist Rudolf Augstein, Herausgeber von *Der Spiegel*. Man traut seinen Augen nicht: „Zu den Totengräbern der Weimarer Republik, da hilft kein Verzug, muß auch die *Weltbühne* gerechnet werden... Es war eine Totzünde, die Regierung Hermann Müller zu verhöhn... Blind waren nicht Hermann Müller und Rudolf Hilferding, blind waren ihre linken Gegner. Wußte Ossietzky nicht, daß es zu dieser Regierung keine Alternative gab?" (11)

Es gibt schon Jahrelang die umstrittene Theorie von den linken Intellektuellen, die das Ende der Republik von Weimar mit ihrer zu negativen Haltung eingeläutet haben sollte. Die Intellektuellen, die das Ende der Republik von Weimar mit ihrer zu negativen Haltung eingeläutet haben sollten, namentlich gegenüber den 1919 zum ersten Mal in die Regierungsverantwortung gerufenen Sozialdemokraten. Auch heute noch, Anno 1978, im sozial-liberalen Westdeutschland von Helmut Schmidt stößt Kritik am Staat und seinen Institutionen auf die alten, sauertröpfischen und vorurteilsbefangenen Männer vom Typ *Golo Mann* und *Herbert Wehner*, die mit erhobenem Finger an die „provokierende Unverschämtheit und Unverantwortlichkeit“ erinnern, mit der „bindungslose linke Literaten“ das Vertrauen in die junge Republik von Weimar untergraben haben sollen.

Nun bekommen die linken Intellektuellen und Literaten schon jahrhundertlang die Schuld an allem: an der Französischen Revolution, der Oktoberrevolution und der Prager Frühling wie dem Prager Winter, der Sitzenverweigerung, Haschgebrauch, der Verschmutzung der Wasseroberfläche und dem stark gestiegenen Preis von Willem II Fantastics. Augstein selbst — nota bene — vor einigen Jahren wie von Ossietzky, von der verletzten Obrigkeit des „Landesverrats“ bezichtigt, nahm bis vor kurzem in Diskussionen dieser Art einen besonnenen, liberalen Standpunkt ein. Es ist um so rätselhafter, was ihn jetzt plötzlich im Lager der Intellektuellenfresser hat landen lassen.

Oder hat er nur seine Freunde der Hamburger Bohème — auf deren Cocktaillparties viel gesellschaftskritisches abgelassen wird — schockieren wollen?

Was auch immer die Beweggründe gewesen sein mögen, das journalistische Resultat ist blanke publizistische Brudermord. Kann, wo ist dem Bruder Augstein, wo ist dem Gefühl für Proportionen? *Der Spiegel* hat eine Auflage von 900.000. Die *Weltbühne* hat die 15.000 nie überschritten. Der



„Prolet Noske! Die junge Revolution ist tot!“ (Zeichnung von George Grosz)

Spiegel, aus den Fugen berstend vor Wohlstand und sechzig mal größer als sein nassweiser Kollege aus Weimar, hat nicht verhindern können, daß die Bundesrepublik in wenigen Jahren das Gesicht des Texas von Europa bekommen hat. Und dann sollte ein kleines, bescheidenes Blatt wie die *Weltbühne*, operierend in einem postrevolutionären, präfaschistischen Deutschland, die Republik von Weimar hätte retten können?

Negativ

Der Liquidator der Republik von Weimar heißt *Adolf Hitler*. Die Totengräber dieser Republik sind also, wie man es auch dreht und wendet, die Leute, die Hitler in den Sattel gehoben haben. Da war *Heinrich Brüning*, Reichskanzler von 1930 bis 1932, der Mann, der in seinen Denkschriften schamlos zugegeben hat, daß es von Anfang an seine Zielsetzung gewesen ist, die parlamentarische Demokratie für alle Zeit durch einen autokratischen Klassenstaat nach

weimarinischen Modell zu ersetzen (12). Da war des weiteren Reichskanzler *Franz von Papen*, Statenträger zwischen Brüning und Hitler, von Papen, der die sozialdemokratische Regierung von Preußen absetzte, weil diese einer „fortschrittlichen Bewegung“ wie der NSDAP in derselben negativen Weise entgegen trat wie der KPD, die doch „die Vernichtung unserer Kultur“ beabsichtigte. Der Prozeß der Desintegration der parlamentarischen Demokratie verlief mit der unverhohlenen Zustimmung des geistigen Mittelstandes in Lande, der schon jahrelang für Volkstum und Kulturerbe eiferte, in dem Volk alle Rechte genommen waren und das kulturelle Erbe auf den Scheiterhaufen landete.

Es ist also deutlich, woran die Republik von Weimar zugrunde gegangen ist: An dem Umstand, daß in der Republik, außerhalb der Redaktion der *Weltbühne*, fast kein Republikaner zu finden war.

„Die Republik von Weimar“, sagt der Politologe *Ivan Deak*, „wurde von der deutschen Bourgeoisie in Zusammenarbeit mit den bürgerlichen politischen Parteien vernichtet, die von 1919 an fortwährend nach einer autoritären Lösung gerufen haben. Die Mitarbeiter der *Weltbühne* waren zweifellos fehlbar, eingebildet, oft genackert, aber sie verhielten sich niemals destruktiv. Im Gegenteil, sie waren Idealisten reinsten Blutes, sie träumten von einer sozialistischen Gesellschaft, die mit einem demokratischen Instrumentarium gekostet wird. Dies war und ist noch immer überall eine intellektuelle Utopie“ (13). Tucholsky führte schon 1919 aus, warum man sich im Hause der *Weltbühne* stets so negativ darzustellen pflegte: „Wir wollen kämpfen mit Haß aus Liebe. Und damit wir in der Welt geachtet werden, müssen wir zunächst zu Haus gründlich rein machen. Beschnutzen wir unser eigenes Nest? Aber einen Augensall kann man nicht beschnutzen, und es ist widerwärtig, sich auf das zerfallene Dach einer alten Scheune zu stellen und da oben die Nationalhymne ertönen zu lassen... Negativ? Blut und Elend und zertretenes Menschentum — es soll wenigstens nicht umsonst gewesen sein...“ (14).

Und von Ossietzky sagte seinerseits über den vermeintlichen Negrismus seines Wochenblattes: „Ich möchte keine Unklarheit lassen: wir denken gar nicht daran, den Leuten ihre Parteien vererben zu wollen, aber was wir wünschen, ist, daß sie besser funktionieren sollen. Daß sie ihren Begabungen den rechten Platz geben, das werdende nicht niederdrücken, als Regierung halten, was sie als Opposition versprochen“ (15).

Nein, die *Weltbühne* hatte tatsächlich keine Alternative zur Regierung Ebert, zur Regierung Müller oder der Regierung Brüning. Hingegen hatte sie ein alternatives Programm. Ihre Alternative zur Korruption war keine Korruption, ihre Alternative zu Lügen waren keine Lügen, ihre Alternative zur Diktatur war die Demokratie und ihre Alternative zum Krieg war Friede.

Bonzen

Die Autoren der *Weltbühne* wirkten wie Scharfmacher, waren in Wirklichkeit jedoch ebenso kritisch wie *Der Spiegel* und gerecht. In *Der Spiegel* steht: „...derlich es ist, wenn die *Weltbühne* dem *Hennessy* 1 und vertritt die deutsche Sozialdemokratie“ (16) über emporgelakelte „Bonzen“ in Partei und Gewerkschaft. Aber als einer dieser „Bonzen“, der sozialdemokratische Innenminister von Preußen, zum Rücktritt gezwungen wurde wegen einer außerehelichen Beziehung, was es Tucholsky, der den unglücklichen Regierungsmann in Schutz nahm: „Es ist mir ein Herzensbedürfnis, zu einem Sozialdemokraten zu stehen, dessen Politik wir hier, besonders in der letzten Zeit, nicht gutgeheißen haben... Aber sein Sturz ist ein Skandal — der Skandal des muffigsten deutschen Spießertums.“ (17).

Und als die sozialdemokratischen Presseorgane sich ihrerseits allerley ranzige Scherze erlaubten über die homosexuelle Neigung von *Ernst Röhm*, Hitlers SA-Chef, nahm Tucholsky den Betroffenen (jedenfalls in diesem Punkt) in Schutz: „Zunächst soll man seinen Gegner nicht im Bett aufsuchen.“

Das einzige, was erlaubt wäre, ist auf jene Auslassungen der Nazis hinzuweisen, in denen sie sich mit den „orientalischen Lasten“ der Nachkriegszeit befassen, als seien Homosexualität, Trübsinn und ähnliches von den Russen erfunden worden, die es in das edle, unverdorrene, reine deutsche Volk eingeschleppt haben. Sagt ein Nazi so etwas, dann, aber nur dann, darf man sagen: Ihr habt in eurer Bewegung Homosexualität, die sich zu ihrer Veranlagung bekennen, sie sind sogar noch stolz darauf — also haltet den Mund.

Im übrigen aber ist das Empfindungsleben Röhm's uns genauso gleichgültig wie der Patriotismus Hitler's (18).

In den Augen der konservativen Kräfte in der Republik von Weimar waren die Mitarbeiter der *Weltbühne* natürlich reine Kommunisten und als solche die natürlichen Handlanger der gottlosen russischen Barbaren, die doch auch schon ersten Fürsten die Krone vom Haupte gestohlen hatten. In Wirklichkeit wurde der Weg der jungen Sowjetunion von der *Weltbühne* mit angemessener Nuanciertheit betrachtet. Als der erste Zauner der Oktoberrevolution verfiel, als das Echo von Majakowskis Versen ertönte und der Panzerkreuzer Potemkin wieder ruhig am Kai dümpelte, war den meisten linken Intellektuellen bereits deutlich geworden,

daß die Sowjetunion nicht die sozialistische Alternative war, worauf sie gehofft hatten. „Der Klassenkampf ist notwendig“, schrieb Tucholsky: „Aber das Paradies auf Erden das wird er uns nicht bringen.“

Er bedachte einen imaginären KPD-Funktionär, der ihm sagte: „Schade, daß Sie nicht in der Partei sind — dann könnte man Sie jetzt ausschließen“ (19).

Von Ossietzky ließ seinerseits wissen, wie er über die Art dachte, mit der in Moskau mit Andersdenkenden umgesprungen wurde: „Der Opposition fehlen alle Mittel, die Macht an sich zu reißen, ihr Einfluß reicht nicht weit, ihr Gefolge ist zahlenmäßig gering. Was sie verlangt, ist nicht mehr als das Recht zu kritisieren, ist das freie Wort“ (20).

„Aber ist es gerechtfertigt Rußland mit dem Maßstab des Westens zu messen?“ fragte jemand.

„Gewiß hat Rußland sein Eigenartliches und Unbegreifliches, wie jedes andre Land auch“, antwortete von Ossietzky. „Aber niemand kann mir einreden, daß Rußland ein eigener Kosmos sei, mit eignen Sonnen und Sternen, von andern Wesen bewohnt, infolgedessen mit andern Lust- und Schmerzgefühlen“ (21).

Esprit

Die „Schande von Versailles“ hatte die deutschen Reaktionen fremdenfeindlicher gemacht als je zuvor. Man trank Tee aus Tassen, worauf der Spruch *Gott strafe England!* in vergoldeten Lettern gepinselt war. An der Fassade von manchem Café hing die Tafel: „Franzosen und Belgier werden nicht bedient“. Namentlich Frankreich war es, das als Quell allen Übels angesehen wurde — mit seinem Paris voller Huren, Juden, Revolutionären und in Bananenschalen gehüllte Negerlazzareten. Paris, die Hauptstadt aller Feinde der weißen Rasse, die Stadt, wo die Revolution von 1789 ausgebrochen war, die Stadt, die eine so wesentliche Rolle gespielt hatte bei den bürgerlichen Revolutionen von 1830 und 1848, die Stadt, wo — Schrecken aller Schrecken — die Kommune von 1871 getobt hatte.

Die linken Intellektuellen in Deutschland dagegen haben mit einer fast schwärmerisch anmutenden Verehrung zu Frankreich auf. Im eigenen Land, wo *Geist* und *Macht* traditions halber einander ausgeschlossen waren, — überall Aufstrebende gewesen. In Frankreich dagegen waren oft auch

... linke Monarchen schon mit der Aufklärung durchdrungen mit Ideen von Maimon wie *Rousseau*, *Kant* und *Diderot*. Auch Tucholsky, der 1924 nach Frankreich ausgewichen war und von dort die Ereignisse in seinem unglücklichen Vaterland kommentierte, war sehr angetan von seinen Gastgebern. „Sogar die Reaktionäre haben *Esprit*“, sagte er. In *Esprit* liegt, wie man weiß, in der *Esprit* koketterie mit Kultur und Intellekt viel schöner Schein. „Der französische Intellektualismus schaut oft nicht tiefer als der herkömmliche, oft nicht tiefer als der herkömmliche. Sogar die Reaktionäre haben *Esprit*“, sagte er. In *Esprit* liegt, wie man weiß, in der *Esprit* koketterie mit Kultur und Intellekt viel schöner Schein. „Der französische Intellektualismus schaut oft nicht tiefer als der herkömmliche, oft nicht tiefer als der herkömmliche Wiener Charme“, sagt *Walter Laqueur* (22).

Und wie der *Wiener Charme* kein Modernis war für die intensive Teilnahme bei der Lösung der Judenfrage (23), war der französische *Esprit* plötzlich kein Faktor mehr, als 1933 ein Strom verfolgter deutscher Intellektueller in Frankreich um Asyl ersuchte. Sie wurden dort mit derselben schroffen Ablehnung empfangen wie anderswo auf der Welt und bekamen in der Folge ausführliche Gelegenheit, in den Internierungslagern von *Gurs* und *Vernet* ihre Auffassung von der französischen Geistigkeit zu überdenken.

Heinrich Mann, der mehr von Politik verstand als sein literarliebender Bruder, sah schon recht bald, was die Nazis an den Juden und Intellektuellen (ganz zu schweigen von den jüdischen Intellektuellen) so haßten. Es war, sagte er, das Prinzip Verstand.

Der Begriff *intellektuell* wurde erst mehr als in den letzten Jahren vor der Jahrhundertwende in negativem Sinne in den Debatten um den französischen Hauptmann *Dreyfus* lanciert. Der Streit wurde schließlich zum Vortriebe von „les intellectuels“ *Zola* und *Clemenceau* geschichtet. Das Prinzip Verstand triumphtierte auf Kosten der Monarchisten und Faschisten. Die deutschen Linken verfolgten diesen Prozeß mit Neid und Bewunderung. In ihrem Land, so wußten sie aus Erfahrung, war das Wort „intellektuell“ ein rein negativer Begriff und sollte es bis auf den heutigen Tag auch bleiben. Der Intellektuelle, so analysierte die Biologie des „Dritten Reiches“, ist *kalt*, denn er ist *brutlos*, also ist er *krank*, denn er ist dadurch *entwurzt*, daß er auf dem *Asphalt* der großen Stadt vegetiert.

Daher das Prädikat *Asphaltliteraten*, wie man es nach dem Macht-

Fortsetzung nächste Seite



Kurt Tucholsky zweijährig

Zur Diskussion um den „Hitler-Stalin-Pakt“

Am 1. September 1939 begann mit dem Angriff der Nazi-Armee auf Polen der 2. Weltkrieg. Eine Woche vorher, am 23. August, war die Weltöffentlichkeit und die internationale kommunistische Bewegung durch den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen Deutschland und der Sowjetunion verblüfft worden. Der 30. Jahrestag dieser Ereignisse gab für viele linke Organisationen Anlaß, sich zu diesem Pakt aus ihrer Sicht zu äußern. Mit diesem Artikel soll ein knapper Überblick über diese Diskussion und ein Diskussionsanreiz für den KB gegeben werden.

„Eroberungen im Osten“ war das erklärte Hauptziel der Nazi schon vor ihrem Regierungsantritt 1933, zusammen mit der „Vernichtung des Bolschewismus“. Die Sowjetunion sah sich daher seit 1933 als Hauptangriffsziel Deutschlands und entwickelte eine Gegenstrategie, die eine Koalition mit Deutschlands imperialistischen Konkurrenten (vor allem Großbritannien und Frankreich) anstrebte. Zur Unterstützung dieser Strategie entwickelte die Kommintern zum einen die Volksfront-Politik (antifaschistische Bündnisse mit der Bourgeoisie in den imperialistischen Ländern) und zum anderen die Theorie von den „nichtaggressiven“ imperialistischen Ländern. Dieser Theorie zufolge teilten sich die imperialistischen Länder in aggressive (Deutschland, Italien, Japan) und nichtaggressive (England, Frankreich). Das sowjetische Bemühen um ein „kollektives Sicherheitsystem“ gegen Deutschland schloß jedoch Stattdessen betrieben Großbritannien und Frankreich gegenüber Deutschland eine Politik der „Zugeständnisse“: 1933 wurde die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland hingenommen, 1936 der Einzug der Nazi-Armee in das entmilitarisierte Rheinland (beides war gegen die Bestimmungen des Versailler Abkommens von 1919); März 1938 Duldung der Annexion Österreichs; September 1938 „Münchener Konferenz“, die Nazi-Armee besetzt mit Zustimmung Großbritanniens und Frankreichs Teile der Tschechoslowakei; März 1939 Besetzung des gesamten Westteils der Tschechoslowakei, einschließlich Prag, durch die Nazi-Armee; Annexion als „Protektorat“ Böhmen und Mähren. Mit der Tschechoslowakei hatte vor allem Frankreich einen wichtigen Verbündeten seiner Politik zur „Eindämmung“ Deutschlands gegeben.

Die Politik der „Zugeständnisse“ seitens Großbritanniens und Frankreichs beruhte u.a. auf der relativen militärischen Überlegenheit, die Deutschland zu dieser Zeit erreicht hatte, und auf den Überlegungen imperialistischer Politiker, Deutschland in eine gemeinsame Strategie gegen die Sowjetunion einzubinden. Ein zentrales Problem war dabei Polen. Polen war einerseits notwendigerweise Durchgangslinie und Hinterland für einen Angriff auf die Sowjetunion. Andererseits war Polen der zweite wichtige Bündnispartner (neben der Tschechoslowakei) der französischen „Eindämmungspolitik“ gegen Deutschland. Voraussetzung einer gemeinsamen Strategie der europäischen Imperialisten gegen die Sowjetunion wäre also eine „Verständigung“ zwischen Deutschland und Polen gewesen. Mit einem deutsch-polnischen Nichtangriffspakt schien 1934 hierfür ein Zeichen gesetzt worden zu sein. Mehr und mehr zeigte sich jedoch, daß Deutschland gegenüber Polen einen ausgesprochen aggressiven Kurs verfolgte.

Im August 1939 war der deutsche Aufmarsch gegen Polen abgeschlossen. Im Falle eines deutschen Angriffs auf Polen waren Frankreich und Großbritannien durch Verträge zu militärischem Beistand verpflichtet. Allerdings befürchtete die sowjetische Führung, daß Frankreich und Großbritannien nicht bereit sein würden, eine Front gegen Deutschland zu eröffnen. Daß diese Befürchtung völlig berechtigt war, zeigte sich daran, daß Großbritannien und Frankreich zwar am 3. September 1939 Deutschland zum Krieg erklärten, aber keine Anstalten machten, den Krieg tatsächlich zu eröffnen – das geschah erst im Mai 1940 durch den deutschen Angriff auf Frankreich.

Die sowjetische Befürchtung war zudem, daß die Nazi-Armee nach einer Niederlage Polens sofort zum Angriff auf die Sowjetunion übergehen könnte, und daß die Sowjetunion einen solchen Krieg isoliert würde führen müssen, während Großbritannien und Frankreich im Westen „abwarten“ würden. Die sowjetische Führung war selbstverständlich brennend

deran interessiert, eine solche Konstellation zu verhindern.

Den Nazis andererseits ging es darum, einen Zwei-Fronten-Krieg zu vermeiden. Ein Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion sollte ihnen eine Atempause verschaffen, um ohne das Risiko eines sowjetischen Eingreifens nach der Niederlage Polens im Westen entweder doch noch zu einer „Verständigung“ mit Großbritannien zu kommen oder andernfalls in einem „Blitzkrieg“ Frankreich niederzukämpfen und eventuell Großbritannien anzugreifen. Erst dann, mit einer „geklärten“ Lage an der westlichen Front, sollte der Angriff auf die Sowjetunion folgen.

So kam es zu dem deutsch-sowjetischen Pakt, der außer der Zusage der Nicht-Aggression auch eine Abmachung über beiderseitige „Interessensphären“ enthielt. Die Sowjetunion bekam u.a. das östliche Polen (das daraufhin von der sowjetischen Armee am 17. September 1939 besetzt wurde) sowie die Staaten des Baltikums (Litauen, Lettland, Estland) als „Interessensphäre“ zugesprochen. Im Falle Polens handelte es sich dabei allerdings lediglich um Gebiete, die Polen 1920 durch einen Raubkrieg gegen die Sowjetunion (die damals durch den Bürgerkrieg entscheidend geschwächt war) an sich gerissen hatte.

Die sowjetische Argumentation hebt bei diesem Pakt hervor, daß zum einen dadurch dringende notwendige Zeit gewonnen worden sei für die sowjetischen Verteidigungsvorbereitungen, und daß zum anderen die Sowjetunion eine vorgeschobene, günstige Front erreicht habe. Was den Zeitgewinn angeht, so betrug er nicht einmal zwei Jahre bis zum deutschen Angriff im Juni 1941. Zu vermuten ist allerdings, daß die sowjetische Führung beim Pakt-Abschluß 1939 die Länge des Zeitgewinns überschätzt hatte. Auch der „Geländegewinn“ durch die Annexion Ostpolens und der baltischen Staaten war 1939 von der sowjetischen Führung gewiß bedeutend eingeschätzt worden – tatsächlich überantrieben die Nazi-Armee diese Gebiete im Sommer 1941 innerhalb von ein paar Tagen.

Im folgenden sollen die Positionen in der Linken zu dem deutsch-sowjetischen Pakt vom 1939 kurz dargestellt werden.

DKP

DKP

Die DKP hat in der „LZ“ vom 10.8.79 ihren Chefideologen Steigerwald auf einer vollen Seite zu Wort kommen lassen. Steigerwald nennt den Pakt „eine Atempause, die zur Niederlage des Faschismus beitrug“. „Dank der sowjetischen Taktik“ sei schließlich die Bildung der Anti-Hitler-Koalition erreicht worden, „und zu den Fundamenten, auf denen diese Front errichtet werden konnte, gehört gerade auch der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt“. Er „erleichterte den schließlich Sieg über Hitler“.

Weiter schreibt Steigerwald: „Stalin ist gewiß wegen vieler Dinge schärf zu kritisieren, aber der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt ist nicht kritikwürdig“. Auch die mit dem Pakt verbundenen Annexionen seien gerechtfertigt gewesen. Steigerwald weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß in den baltischen Staaten bereits 1917 „sehr rasch“ eine „starke Sowjetmacht“ entstanden sei, diese sei jedoch im Sommer 1919 unter wesentlicher Beteiligung rechtsradikaler deutscher „Freikorps“ zerschlagen worden. „Nun, 1939 wurden die Grenzen der Sowjetunion im Ostseeraum wieder dorthin gerückt, wo sie vor dem imperialistisch-opportunistischen Gaunerstich vom 1918/19 verlaufen waren“.

Kritik an dem Pakt oder an seinen Begleitumständen enthält der Artikel nicht.

KPD/ML

Die KPD/ML würdigte den Pakt in ihrem „Roten Morgen“ vom 24.8.79: „Der Verlauf des zweiten Weltkriegs hat den Abschluß des Nichtangriffspaktes mit den Nazis als einen voll auf gerechtfertigt. Der Vertrag stellte nicht nur den einzigen Ausweg dar, den der bedrohte sozialistische Staat im Jahre 1939 einschlagen mußte. Er legte gleichzeitig die wesentliche Grundlage für die spätere antifaschistische Offensive, für das Zustandekommen der Anti-Hitler-Koalition, für die Zerschlagung des japanischen, italienischen und vor allem des deutschen Faschismus“.

In dem Artikel des „Roten Morgen“ werden auch die Annexionen durch die Sowjetunion gerechtfertigt.

„diese hätten es erlaubt, „einen Teil Osteuropas zunächst dem faschistischen Zugriff zu entziehen und die sowjetische Verteidigungslinie mehrere hundert Kilometer nach Westen zu verlegen“.

KABD

Auch der KABD verteidigt den Pakt vollständig. Die „Rote Fahne“ des KABD (8.9.79) hat es sich allerdings extrem einfach gemacht, indem sie lediglich eine Zeitungsworte Text aus einer sowjetischen Propagandaschrift von 1948 zu diesem Thema nachdruckte. In diesem Text wird der Pakt selbstverständlich als „ein wichtiger und weiser Schritt der sowjetischen Außenpolitik“ gewürdigt und nebenbei sogar der sowjetische Angriff auf Finnland (Winter 1939/40) und die Annexion finnischer Gebiete gerechtfertigt.

MLD

Die trotzkistische GIM hebt in ihrer Zeitung „was tun“ vom 6.9.79 die „demoralisierende Wirkung und die „verheerenden Auswirkungen“ des Pakts auf die internationale Arbeiterbewegung, insbesondere die kommunistischen Parteien, hervor. Es sei zu „Massenaustritten“ gekommen, „viele KPD-Mitglieder“ hätten in den Nazi-Gefängnissen wegen des Pakts Selbstmord begangen... (Da die GIM im genannten Artikel auf Belegstellen für solche Geschichten verzichtet, bleiben diese zweifelhaft).

Immerhin scheint die GIM zuzugeben, daß in der konkreten Situation der Pakt für die Sowjetunion der „einzige Ausweg“ gewesen sein könnte. „Es gibt Situationen, wo es zweifellos legitim ist, mit jedem Verbrechen zu verhandeln, um seine eigene Verteidigung vorzubereiten. Aber es war verheerend gleichzeitig mit dem Nichtangriffspakt auch im politischen Kampf gegenüber dem faschistischen Abwärtsschritt“. Diese Einschränkung ist gewiß berechtigt, nur hat sie mit der Kritik an dem Vertrag als wirklichem erst einmal wenig zu tun.

Nach Meinung der GIM hatte es zu diesem Pakt eine Alternative gegeben, nämlich eine Politik, die sich auf die „Kampfkraft der internationalen Arbeiterbewegung“ stützen mußte. Da jedoch kaum zu bestreiten ist, daß die Kampfkraft der internationalen Arbeiterbewegung allein zum damaligen Zeitpunkt keineswegs ausreichte, um „die Existenz der Sowjetunion zu garantieren“, bleibt die Alternative der GIM offen. Obwohl sie indirekt den Pakt als „Verrat der sowjetischen Bürokratie an der internationalen Arbeiterbewegung“ darzustellen versucht, richtet sich genau bescheiden die Kritik des „was tun“-Artikels nicht gegen den Pakt, sondern gegen dessen Begleitumstände, d.h. eine nach Meinung der GIM damit verbundene opportunistische Politik gegenüber dem Nazismus.

Vaterlandsverteidiger

Zu einer sehr weitgehenden Kritik an dem Nichtangriffspakt kommt die „KPD“ in ihrer „Roten Fahne“ vom 23.8.79: „Faktisch beschleunigte der Pakt den Ausbruch des Krieges. Er nahm die Drohung des Zweifrontenkrieges, den Nazi-Deutschland sich damals noch nicht leisten konnte, von Hitler und gab ihm damit freie Hand gegen Polen“. Der Zeitgewinn durch den Pakt sei in erster Linie Deutschland zugute gekommen.

Scharf und unterschiedlos verurteilt die „KPD“ auch die mit dem Pakt verbundenen sowjetischen Annexionen.

Weiter kritisiert die „KPD“, „daß der Pakt zur Leitlinie der Politik der Kommunisten in anderen Ländern wurde“ – konkret: daß diese nicht zur Vaterlandsverteidigung gegen die Nazis bereit waren.

Zusammenfassend meint die „KPD“: „Der Pakt zeigte eine Entwicklung der sowjetischen Politik, die nur als „nationalistische Entartung“ beurteilt werden kann“. Und kommt sodann „zur Sache“: „Wenn man den Hitler-Stalin-Pakt richtig kritisiert, muß man die chinesische Militärführung gegen Vietnam befürworten“.

Die MLD schreibt in ihrer Zeitung „die achtziger Jahre“ (28.8.79), der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt habe ein „Abgehen vom Kampf gegen den Hauptfeind“ bedeutet. Die Sowjetunion habe mit diesem Vertrag ihre „Politik der kollektiven Sicherheit“ (d.h. das Bemühen um ein Bündnis mit Großbritan-

nien und Frankreich) aufgegeben. Das Risiko eines imperialistischen Blocks gegen die Sowjetunion habe damals gar nicht real bestanden, da Hitler gerade in England den „Hauptfeind“ und den „Erzfeind einer deutschen Weltherrschaft“ gesehen habe. Zwar habe die Sowjetunion durch den Vertrag etwas Zeit gewonnen, aber „ein Zeitgewinn rechtfertigt keine strategische Neuorientierung“. Außerdem sei Deutschland durch den Pakt entscheidend gestärkt worden. Es wäre, so behauptet jedenfalls die MLD, für Deutschland gar nicht möglich gewesen, 1939 gleich die Sowjetunion anzugreifen, denn die Nazis hätten „die Eroberung des Westens... als materielle Basis“ gebraucht, „um überhaupt den Krieg nach Osten ausdehnen zu können“. Der Krieg im Westen aber sei den Nazis durch den Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion erleichtert worden.

Die MLD will bei ihrer Kritik am „Hitler-Stalin-Pakt“ selbstverständlich auf konkrete, aktuelle Schlussfolgerungen für den „antihegemonistischen Kampf“ gegen die Sowjetunion hinaus, bei dem es ebenfalls unbeirrbar den „Hauptfeind“ (=Sowjetunion) im Auge zu behalten gelte. Ein besonderer Abschnitt im Artikel der „achtziger Jahre“ gilt deshalb der Frage nach dem Charakter des 2. Weltkriegs. Die Vaterlandsverteidiger gehen davon aus, daß der 2. Weltkrieg schon von Beginn an (und nicht erst seit dem Angriff auf die Sowjetunion 1941) im wesentlichen einen antiimperialistischen Charakter gehabt habe. Sie kritisieren daher die kommunistischen Parteien, insbesondere die KP Frankreichs, die zunächst nicht bereit waren, an der Seite ihrer eigenen Bourgeoisie „das Vaterland zu verteidigen“. (Zu einer ähnlichen Kritik scheint derzeit übrigens die PCF selbst zu gelangen.)

Der Kurzwahl der Vaterlandsverteidiger in der Beurteilung der Politik der Sowjetunion und der kommunistischen Parteien 1939/40 ist interessant. Früher beriefen sich diese Gruppen gerade auf die Politik Stalins, um ihrer „antihegemonistischen“ Politik ein historisches Prestige zu geben. Daß das nicht ganz hinreicht, scheinen die Vaterlandsverteidiger nun gemerkt zu haben.

Einige Überlegungen

Die Sowjetunion mußte im August 1939 eine Situation vermeiden, in der sie isoliert einem Angriff Deutschlands gegenübergestanden hätte. Insofern bieten weder die Vaterlandsverteidiger noch die Trotzkisten eine glaubwürdige Alternative zu dem Nichtangriffspakt an. Im Rückblick betrachtet bestand der Hauptwert dieses Paktes nicht einmal in erster Linie in dem schmalen Zeitgewinn, sondern gerade darin, daß Deutschland nun zuerst Frankreich angriff und damit letzten Endes den Kriegseintritt Großbritanniens (und später auch der USA) herbeiführte. Das machte alle denkbaren Konstellationen einer Isolation der Sowjetunion, eines späteren Ein-Fronten-Krieges gegen die Sowjetunion, eines „Beiseitehens“ Großbritanniens ziemlich unmöglich.

Verfehlt wäre es auch, der sowjetischen Führung vorzuwerfen, daß sie mit dem Pakt Ostpolen einkassiert. In diesem Fall handelte es sich um Gebiete, die der jungen Sowjetmacht durch einen Raubkrieg abgenommen worden waren und die von nichtpolnischen Völkern (Weißrussen, Ukrainern) bewohnt werden. Die Alternative hätte damals (1939) nur in der Besetzung ganz Polens durch die Nazis bestehen können.

Andererseits verhält es sich mit der Annexion von Litauen, Lettland und Estland 1940. Zwar war es richtig, diese Gebiete als sowjetische „Einflußzone“ garantieren zu lassen und damit zunächst eine Annexion dieser Staaten durch die Nazis auszuschließen. Diese Staaten aber im nächsten Schritt innerhalb weniger Monate zu annektieren, bedeutete eine Maßnahme des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Bemerkenswert ist, daß die DKP/Steigerwald diese Annexion ausdrücklich verteidigt.

Nicht einmal von Steigerwald verteidigt, sondern von diesem einfach verschwiegen wird der sowjetische Angriff auf Finnland im Winter 1939/40. Dieser Krieg diente erklärtermaßen dem Ziel, Finnland große Gebiete zu entreißen, um die sowjetischen Verteidigungslinien (insbesondere um Leningrad) weiter nach vorn zu verschieben. Für einen solchen Eroberungskrieg gibt es selbstverständlich

vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus aus keine Rechtfertigung.

Als Begleiterscheinung des Nichtangriffspaktes ist festzustellen, daß die sowjetische Führung ihre Kursänderung mit Überhebungen verband. So wurden Theorien entwickelt, daß es nun nicht mehr Großbritannien und Frankreich (die ehem. „nicht-aggressiven“ imperialistischen Staaten), sondern Deutschland war, das am Frieden interessiert sei. Es wurde ein diplomatischer Aufwand entfesselt, der fast schon den Begriff „Freundschaftsvertrag“ angemessen erscheinen ließ. Es gab – ein besonders schändliches Kapitel – die Auslieferung deutscher Antifaschisten, die in der Sowjetunion Zuflucht gesucht hatten, an die Nazis. Frühzeitige Warnungen vor dem bevorstehenden Angriff 1941 wurden als Provokationspropaganda der britischen Geheimdienste abgetan.

Nach dem Beginn des deutschen Angriffs im Sommer 1941 erfolgte eine entsprechende Kursänderung der Sowjetunion und der kommunistischen Parteien, ebenfalls wieder mit Überhebungen. So wurde nun die Theorie vom „Wolfrundenlager“ entwickelt, dem die imperialistischen Staaten wie Frankreich, Großbritannien und USA zugeordnet wurden. Die französische KP erklärte plötzlich die Gaulle zum „Führer der französischen Nation“ und gab alle selbständigen Ziele der französischen Arbeiterbewegung preis. Ähnlich verfuhr die italienische KP Gerardo als Geschenk an die nun mit der Sowjetunion verbündeten Imperialisten wurde 1943 die Kommintern aufgelöst.

Für die Vaterlandsverteidiger aus dem ML-Lager ist die Anti-Hitler-Koalition das historische Beispiel für die von ihnen propagierte „antihegemonistische Einheitsfront“ gegen die Sowjetunion. Indem die heutige Sowjetunion schicht mit dem damaligen Deutschland gleichgesetzt wird, wird der „Zusammenschluß“ mit den imperialistischen Staaten (BRD, USA, Frankreich, Großbritannien etc.) gefordert.

Abgesehen davon, daß die Gleichsetzung Nazi-Deutschlands mit der Sowjetunion sachlich kram falsch und politisch zynisch ist, wird von den Vaterlandsverteidigern ein weiterer wesentlicher Unterschied „übersehen“: Die imperialistischen Mächte Großbritannien und Frankreich (als Hauptkonkurrenten Deutschlands) besaßen 1939 riesige Kolonialgebiete, die die Sowjetunion nicht hatte.

Hauptkonkurrenten Deutschlands) besaßen 1939 riesige Kolonialgebiete und hatten daher an einem imperialistischen Umverteilungskrieg gegen Deutschland kaum Interesse. Die Gesellschaftsordnung Nazi-Deutschlands war eindeutig kapitalistisch, eine Unterwerfung Deutschlands selbst stand nicht mehr auf der Tagesordnung (Frankreich hatte solche Pläne in den 20er Jahren verfolgt, war damit aber in Widerspruch zum britischen Imperialismus geraten). Heute hingegen haben fast alle Staaten der Dritten Welt eine relative Unabhängigkeit vom Imperialismus erreicht. Jedes „Eindämmen der sozialimperialistischen Expansion“ in der Dritten Welt, wie es vor allem von China und seiner „Fünften Kolonne“ propagiert wird, dient gleichzeitig der Stabilisierung des imperialistischen Einflusses bzw. in Einzelfällen einem imperialistischen Roll Back. Während Nazi-Deutschland 1939 kaum eine Einflußsphäre besaß, um die es seitens der anderen Imperialisten zu streiten lohnte, geht es heute bei der Ausrüstung gegen die Sowjetunion um die „Rückeroberung“ Mittel- und Osteuropas für den Imperialismus. Und es geht nicht zuletzt um die Zerschlagung der derzeitigen Gesellschaftsordnung in der Sowjetunion (und den anderen RGW-Staaten) und um ihre vollständige Einbeziehung in das kapitalistische Weltssystem.

Insofern kann man auch streiten, ob beispielsweise die französische KP 1940 im Recht war, den Krieg als rein imperialistischen anzusehen und eine Politik des „revolutionären Defätismus“ (Verweigerung der Vaterlandsverteidigung) zu vertreten. Kein Zweifel aber kann heute unter Kommunisten bestehen, daß unter den aktuellen Bedingungen die Politik der Vaterlandsverteidigung Zuarbeit für die Raubkriege Vorbereitungen des „eigenen“ Imperialismus darstellt. Eine Koexistenz mit solchen Vorstellungen, gar ein Kokettieren mit ihnen (wie es große Teile der Ex-KBW-Komitees für Demokratie und Sozialismus“ betreiben) ist für die kommunistische Bewegung unmöglich.

Kl., Hamburg

Weiter am Rande des Abgrunds

Wie im AK 161 bereits berichtet, befindet sich der KB derzeit in der schlimmsten Krise seit seinem Bestehen. Begonnen hatte es mit den Artikeln von Ha. und Kl. (Göttingen) im AK 156 (25.6.). Eine Minderheit im LG und in der ZRK (die ZRK leitet die Arbeit außerhalb Hamburgs an) befürwortete „mehr oder weniger“ einzelne Aspekte der Artikel von Ha. und Kl. Die Genossinnen wurden daraufhin aufgefordert, ihre Positionen so schnell wie möglich diskutierbar zu machen – nötigenfalls, wenn ein Artikel so schnell nicht zu schaffen wäre, erst einmal in internen Positionspapieren. Statt dessen veröffentlichten LG- und ZRK-Minderheiten in ihrer Funktion als „Leitung des Zentrums“ (das „Zentrum“ ist eine regelmäßige „Anleiterrunde“ zahlreicher Bereiche, Bezirke etc. der Hamburger Ortsgruppe) im AK 160 (20.8.) ein Artikel-Paket von vierzehn Seiten zu den Themen „Utopismus/Entsolidarisierung“ und „Grazuonen des Feminismus im KB“.

Zwei Tage nach Erscheinen des AK 160 am 22.8. gab die Zentrums-Leitung (ZL) ohne Diskussion im LG und in der ZRK eine Erklärung ab. Gegen sie lautete eine organisierte Hetzkampagne: die LG-Mehrheit wollte eine „bestellte Leserbriefkampagne“ gegen die Artikel der ZL organisieren, die Auffassungen der ZL sollten „niedergedrückt“ werden. Die Erklärung der ZL wappelte in der Drohung, kollektiv aus dem KB auszutreten (was zu dieser Zeit von der ZL nicht rechtlich befürwortet wurde) oder eine Fraktion im KB zu bilden, falls „diese unheimlichen Methoden nicht abgelehnt werden“.

Nach einer Aussprache im LG am 27.8. nahm die ZL am folgenden Tag ihre Spaltungsdrohung zunächst zurück, rechtfertigte sie aber gleichzeitig als eine notwendige „Notmaßnahme“, zu der sie wegen der gegen sie „organisierten Hetzkampagne“ gezwungen gewesen sei.

Am 29. fand in eine Hamburger Arbeiter-Delegierten-Versammlung statt. Die ZL tagte ebenfalls.

Am 29. fand in eine Hamburger Arbeiter-Delegierten-Versammlung statt. Die ZL tagte ebenfalls. Am 29. fand in eine Hamburger Arbeiter-Delegierten-Versammlung statt. Die ZL tagte ebenfalls.

In der mehrstündigen Diskussion am 29. wurden Beiträge zum Vorgehen der ZL und zu inhaltlichen Aussagen der verschiedenen vorliegenden Artikel stark miteinander vermengt. Am Ende wurde über einen vom LG (Mehrheit) formulierten Text abgestimmt. „Mit ihrem Versuch, durch Verweigerung und Spaltungsdrohung einen gerade erst begonnenen Meinungstreif in ihrem Sinne zu reglementieren, haben LG-Minderheit und „Zentrums“-Leitung nicht nur elementare Prinzipien einer kommunistischen Organisation verletzt, sondern die Einheit und letztlich sogar die Existenz des KB leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Hierfür gibt es keine Rechtfertigung.“

Da die Rücknahme der „Verweigerung- und Spaltungsdrohung ohne jeden Ansatz von Selbstkritik“ erfolgte, sondern stattdessen weiterhin von einer gegen sie gerichteten organisierten „Kampagne“ gesprochen und die Drohung in diesem Zusammenhang ausdrücklich als „Notbremse“ gerechtfertigt wird, stellt sich die Frage, wieweit die Rücknahme der Drohung allein taktisch begründet ist. Wir fordern daher die Genossinnen der LG-Minderheit und der „Zentrums“-Leitung auf, über eine Selbstkritik nachzudenken. Wir verurteilen das „Kampagne“-Geräusch als demagogische Unterstellung. Dieser Text wurde mit 77 zu 27 Stimmen bei 12 Enthaltungen angenommen. Derselbe Text wurde auf einer bundesweiten KB-Delegierten-Konferenz (DK) am 9.9. mit 3/4-Mehrheit angenommen.

Fraktion oder Spaltung?

Seit den „tollen Tagen“ hat die ZL-Gruppe ihr Vorgehen in einer Weise intensiviert, die derzeit nur noch die Frage offen läßt, ob man sich mit einer Fraktion begnügen wird oder ob man direkt auf Spaltung setzt.

Wie schon aus den genannten Abstimmungsergebnissen der Hamburger Arbeiter-Delegierten-Versammlung vom 5.9. und von der DK vom 9.9. hervorgeht, ist die Anhänger-schaft der ZL-Gruppe erheblich. Tatsächlich ist sie wohl sogar noch größer als diese Abstimmungsergebnisse es ausdrücken, da die ZL durch ihre Spaltungsdrohung eine Reihe von Genossinnen verprellt hat, die an sich mit dem Artikel-Paket der ZL stark sympathisieren. Eine Abspaltung der ZL-Gruppe, die auch 1/5 des LG und knapp 1/3 der ZRK einschließt, würde den KB mit Sicherheit noch weiter schwächen als dies durch die „Krise“ ohnehin schon der Fall ist. Allerdings wären die Folgen für den KB ebenso schädlich, wenn die ZL-Gruppe ihre bisherige Linie der Fraktions-macherei und Polarisierung innerhalb der Organisation weiter trübt.

Inzwischen hat die ZL das LG (Mehrheit) über das Stattfinden zweier, wie sie es nennt, „Diskussionsrunden“, informiert, wozu gezielt Genossinnen eingeladen wurden, „die mit den Positionen der ZL ganz oder im wesentlichen übereinstimmen“. Dem LG (Mehrheit) wurden von der ZL die Teilnehmer-Listen dieser „Diskussionsrunden“ übergeben. Da diese Treffen aber nicht organisationsintern „öffentlich“ sind und da die LG-Mehrheit erst nachträglich über das Stattfinden dieser „Diskussionsrunden“ informiert wurde (und dabei nicht teilnehmen konnte) scheint es uns richtiger, vom Beginn einer Fraktionsbildung zu sprechen. Auf dem ersten dieser Treffen herrschte laut Mitteilung der ZL an das LG (Mehrheit) „Übereinstimmung“, „daß die hier versammelten Genossinnen in Abhängigkeit vom weiteren Verlauf der aktuellen Auseinandersetzung über die Bildung einer Fraktion nachdenken würden“. Zugleich wurde allerdings übereinstimmend bekundet (ebenso), „daß dies weder ein Geheimtreffen noch die Gründung einer Fraktion sein soll“.

An dieser ersten „Diskussionsrunde“ nahmen 11 Genossinnen teil.

An dieser ersten „Diskussionsrunde“ nahmen 11 Genossinnen teil. Am 29. beteiligten sich bei der Diskussion 11 Genossinnen. Die Teilnehmer-Liste zeigt deutlich die bisherigen Schwerpunkte der sich formierenden ZL-Fraktion: 8 Teilnehmer aus Hamburg-Eimsbüttel, 6 aus dem Chemie-Bereich Hamburg, 6 aus Göttingen, 5 aus Schleswig-Holstein, 3 von der AG Schwule, 3 aus Hamburg-Bergedorf.

Der Teilnehmerkreis der zweiten „Diskussionsrunde“ am 29. war ungefähr gleich groß. Allerdings fehlten diesmal die ZL-Geführten von auswärts, dafür waren erstmals 11 mehrere Genossinnen aus dem ÖTV-Bereich und aus Wedel beteiligt. Während die Polarisierung derzeit sehr scharf, teilweise offen aggressiv ist, sind die politischen Grundlagen dieses sich abzeichnenden Bruchs nur schwer zu identifizieren. Bequeme Schemata (hier die aller MLer die uns jede Freude am Leben nehmen wollen – dort die Schläffies und Sumpfer) haben überhaupt nicht geholfen. So finden sich beispielsweise bei der Mehrheit auch zahlreiche Frauen wieder, die in der letzten Monaten sehr engagiert gegen „feministische“ und „abschläff“-Tendenzen in unserer Frauenarbeit engagiert sind (im Gegenteil engagierten sich für die ZL-Fraktion 11 auch Frauen, die noch vor kurzer Zeit für eine „autonome Organisation“ (im Sinne der MC-Debatte) eintraten). Es findet sich bei der ZL-Anhängerschaft geschlossen die AG Schwule wieder, die gewiß nicht für Rigidität, Ausklammerung des „Persönlichen“ oder das „Ziehen schärferer Konturen“ gegenüber „kleinbürgerlichen Fehlströmungen“ verschrien ist.

Festzustellen ist, was leider nicht für die politische Reife des KB spricht: insofern von uns auch selbst kritisch zu bedenken ist –, daß die Polarisierung derzeit stark entlang persönlicher Bekanntschaften und Arbeitszusammenhänge abläuft. Insbesondere was die Formierung der ZL-Fraktion angeht. Erst nach ihrem mißglückten Vorstoß mit der Spaltungsdrohung vom 22.8. hat die ZL-Gruppe, dann aber gleich in rasendem Tempo, damit begonnen, sich eine Rechtfertigungs-ideologie für die von ihr provozierte Polarisierung zu schaffen. Indem ein maßloses Zerrbild von der Politik und den Absichten der LG-Mehrheit aufgebaut wird, schafft sich die ZL-Gruppe ein Feind-

bild nach Maß, als dessen „Jemini-sches“ Widerpart sie nun zu erscheinen versucht.

In der Geisterbahn

Betrachten wir die wesentlichen Vorwürfe, die heute von der ZL-Fraktion gegen die LG-Mehrheit vorgebracht werden. Wir beschränken uns dabei bewußt auf Stellungnahmen führender Vertreter dieser Gruppe in Artikeln oder auf offiziellen Versammlungen. Die zentralen Vorwürfe lauten:

Die Mehrheit wolle die Krise nur „verwalten“.

Die Mehrheit schüre Angst vor der leninistischen Organisation.

Die Mehrheit schüre Angst vor der ideologischen Auseinandersetzung.

Die Mehrheit propagiere den Verzicht auf ideologische Auseinandersetzung.

Die Mehrheit sei der Meinung, daß ideologische Auseinandersetzungen im KB am besten durch unsere Bündnispartnerin schaden können.

Die Mehrheit behaupte, daß man sich nicht mit dem Feminismus auseinandersetzen dürfe, da man sonst den Chauvinismus stärke.

Alles das, wohlgeachtet, wurde innerhalb von ein paar Tagen plötzlich entdeckt. Und eine Entdeckung wird immer folikuhner als die vorige. Da es für diesen Lufzug keine Tatsachenbeweise gibt, werden die entsprechenden Vorwürfe gegen die LG-Mehrheit mit nackter Gewalt in beliebiger Zitate hinein „interpretiert“. Ohne die Illusion, gleich alle derzeit Schwebenden auf den 8. Jan der Wirklichkeit zurückholen zu können, wollen wir hier auf einige der angesprochenen Themen näher eingehen, nämlich die Frage der leninistischen Organisation und des „Zweckbündnisses“, die Frage der ideologischen Auseinandersetzung, die Frage des Hineinstümpfens in fremde Bereiche, ideologische Auseinandersetzung und Bündnispolitik.

Die Frage des Zweckbündnisses.

Die Frage des Zweckbündnisses.

Die Frage des Zweckbündnisses.

Die Frage des Zweckbündnisses.

Die Frage des Zweckbündnisses.

Die Frage des Zweckbündnisses.

Die Frage des Zweckbündnisses.

Die Frage des Zweckbündnisses.

Die Frage des Zweckbündnisses.

Die Frage des Zweckbündnisses.

Die Frage des Zweckbündnisses.

Die Frage des Zweckbündnisses.

Die Frage des Zweckbündnisses.

Die Frage des Zweckbündnisses.

Die Frage des Zweckbündnisses.

Die Frage des Zweckbündnisses.

Die Frage des Zweckbündnisses.

Die Frage des Zweckbündnisses.

Die Frage des Zweckbündnisses.

Die Frage des Zweckbündnisses.

Die Frage des Zweckbündnisses.

Die Frage des Zweckbündnisses.

Die Frage des Zweckbündnisses.

Die Frage des Zweckbündnisses.

Es hat „in der guten alten Zeit“ des KB beispielsweise Fälle gegeben, wo leitende Kader Genossinnen geschlagen haben und diese sich geschämt haben, das überhaupt mit anderen zu sprechen. Es hat Fälle gegeben, wo schwule Genossen jahrelang ihre „Identität“ versteckt gehalten haben. Es hat in der „guten alten Zeit“ Horror-Diskussionen mit Genossinnen gegeben, weil diese ein Kind machen wollten.

Trotz anderslautender Marchen der ZL-Gruppe sind wir jedoch nicht der Meinung, daß die „Entsolidarisierung“ auf den zu starken „Zweckbündnis“-Charakter des KB zurückzuführen sei. Vielmehr meinen wir und auch darin sind wir grundsätzlich mit der ZL einer Meinung – daß der „Zweckbündnis“-Aspekt im KB total unterentwickelt ist, ebenso wie der Aspekt der „Kampf-gemeinschaft“ und der „Keimform der neuen Gesellschaft“. „Zweckbündnis“ heißt für uns: Absage an alle romantischen Politik-Vorstellungen Absage an das Mißverständnis der politischen Arbeit als Hobby, optimaler Einsatz unserer Kräfte mit dem realen Ergebnis als zentralem Kriterium, Absage an die blinde Vergeudung von Kräften, Absage an das Sichbegnügen mit dem Pfusch, Absage an die Verhöhnung des Marxismus-Leninismus.

Unter den hier angesprochenen Gesichtspunkten, die selbstverständlich nicht mehr als einige Stichworte beinhalten, betrachten wir die Betonung der ZL-Gruppe auf den „Zweckbündnis“-Aspekt als Höchstmaß. Sie haben es in der Tat, ganz und gar zu Recht, mit sich gebracht, den KB in eine statische Polarisierung zu stürzen, die sich in der Realität noch nicht einmal auf labile politische Widersprüche grundsätzlicherer Natur beziehen kann, sie haben einen Kurs eingeschlagen, der entweder zu ihrer eigenen Abspaltung oder aber zum Abbruch zahlreicher Genossinnen vom KB führen muß. Sie haben einen Rieseneffekt an Nebenwider-

ständen zahlreicher Genossinnen vom KB führen muß. Sie haben einen Rieseneffekt an Nebenwider-

ständen zahlreicher Genossinnen vom KB führen muß. Sie haben einen Rieseneffekt an Nebenwider-

ständen zahlreicher Genossinnen vom KB führen muß. Sie haben einen Rieseneffekt an Nebenwider-

ständen zahlreicher Genossinnen vom KB führen muß. Sie haben einen Rieseneffekt an Nebenwider-

ständen zahlreicher Genossinnen vom KB führen muß. Sie haben einen Rieseneffekt an Nebenwider-

ständen zahlreicher Genossinnen vom KB führen muß. Sie haben einen Rieseneffekt an Nebenwider-

ständen zahlreicher Genossinnen vom KB führen muß. Sie haben einen Rieseneffekt an Nebenwider-

ständen zahlreicher Genossinnen vom KB führen muß. Sie haben einen Rieseneffekt an Nebenwider-

ständen zahlreicher Genossinnen vom KB führen muß. Sie haben einen Rieseneffekt an Nebenwider-

ständen zahlreicher Genossinnen vom KB führen muß. Sie haben einen Rieseneffekt an Nebenwider-

ständen zahlreicher Genossinnen vom KB führen muß. Sie haben einen Rieseneffekt an Nebenwider-

ständen zahlreicher Genossinnen vom KB führen muß. Sie haben einen Rieseneffekt an Nebenwider-

ständen zahlreicher Genossinnen vom KB führen muß. Sie haben einen Rieseneffekt an Nebenwider-

ständen zahlreicher Genossinnen vom KB führen muß. Sie haben einen Rieseneffekt an Nebenwider-

ständen zahlreicher Genossinnen vom KB führen muß. Sie haben einen Rieseneffekt an Nebenwider-

ständen zahlreicher Genossinnen vom KB führen muß. Sie haben einen Rieseneffekt an Nebenwider-

ständen zahlreicher Genossinnen vom KB führen muß. Sie haben einen Rieseneffekt an Nebenwider-

ständen zahlreicher Genossinnen vom KB führen muß. Sie haben einen Rieseneffekt an Nebenwider-

ständen zahlreicher Genossinnen vom KB führen muß. Sie haben einen Rieseneffekt an Nebenwider-

ständen zahlreicher Genossinnen vom KB führen muß. Sie haben einen Rieseneffekt an Nebenwider-

ständen zahlreicher Genossinnen vom KB führen muß. Sie haben einen Rieseneffekt an Nebenwider-

ständen zahlreicher Genossinnen vom KB führen muß. Sie haben einen Rieseneffekt an Nebenwider-

ständen zahlreicher Genossinnen vom KB führen muß. Sie haben einen Rieseneffekt an Nebenwider-

beit, also eigentlich die Festlegung der „Richtlinien“ unserer Politik, angeht, so behaupte ich, daß wir in dieser Hinsicht heute sogar ärmer dran sind als in den Anfängen unserer Organisation: Eine Anzahl von Genossen, auf die sich diese Arbeit früher stützen konnte, ersticken heute dort in praktischen Anleitungsbedürfnissen, daß sie kaum noch dazu kommen, z.B. mal einen grundlegenden Artikel für den AK zu schreiben.“

Auf dieser Grundlage kann bis heute der Streitpunkt überhaupt nicht sein, ob im KB die ideologische Auseinandersetzung geführt werden soll, sondern wie zu erreichen ist, daß die ideologische Auseinandersetzung geführt werden kann, und zwar selbstverständlich möglichst „breit“. Wir halten in diesem Sinne das Vorgehen der ZL-Gruppe für untauglich, unzuverlässig. Das ist und nichts anderes ist heute die Meinungsverschiedenheit. Wenn auch die ZL es anscheinend schon total aus ihrem Bewußtsein verdrängt hat: Ausgangspunkt des Streits war speziell die Polemik von Kl., Göttingen, im AK 156, daß „persönliche“ Artikel im KB nicht zu suchen hätten, oder daß es zumindest die Pflicht der AK-Redaktion wäre, solche Beiträge entsprechend zu „kommentieren“. In diesem ganz konkreten Zusammenhang ist von uns darauf hingewiesen worden, daß nach aller bisherigen Erfahrung ein solches Vorgehen nicht zur Hebung der ideologischen Auseinandersetzung führen würde. In diesem konkreten Zusammenhang fiel von uns auch das Stichwort „Fotokommentieren“. Ein derartiges Vorgehen, wie teilweise (!) auch von der ZL-Gruppe vertreten, würde das Kommentieren im KB zementieren, statt schrittweise davon loszukommen. Es schadet der ideologischen Auseinandersetzung bzw. deren Entfaltung, wenn man sich, wie die ZL für ihren „Grazuonen“-Artikel – in seine Protokolle und teilweise halbprivate Positionen-Entwürfe zusammenhält, um sich dann in nächstem Einsatz die „unantastbarsten Stellen“ herauszupicken und diese selbstbehaltend zu halten, konkreten

langem Einsatz die „unantastbarsten Stellen“ herauszupicken und diese außerhalb aller realen, konkreten Zusammenhänge dem Leser als Himmelsstempel zu präsentieren. Tatsächlich setzt sich die ZL in ihrem „Grazuonen“-Artikel (AK 160), entgegen ihrem eigenen Anspruch, keineswegs mit „feministischen Positionen“ im KB auseinander, sondern zählt diese bestenfalls auf. Ausser in der „eigentlichen“ hingewiesen wurde, bedürfen, sich mit den konkreten Umständen zu beschäftigen, die in den verlinkten Zitat-Stücken kaum kenntlich werden. Beispielsweise: Welche Vorgänge im SSB haben dazu geführt, daß einige Genossinnen zur Überlegung einer „autonomen Organisation“ kamen? Welche Vorgänge in Braunschweig haben zu den Widersprüchen bei der Unterstützung einer schwangeren Genossin geführt? Man kann die „Grazuonen des Feminismus“ nicht begreifen, wenn man dabei den Zusammenhang mit dem SSB ausklammert, ebenso wie man z.B. die Geschichte des Zionismus begreifen kann, wenn man dabei den Antisemitismus ausklammert.

Wir haben im AK 161, S. 37, bereits darauf hingewiesen, daß unserer Meinung nach der Schlüssel des Problems nach wie vor in der Hebung unserer Qualität liegt (Schulung, Einbeziehung von weit mehr Genossinnen in die politisch-theoretische Arbeit), nicht aber in Rufen nach „schärferen Konturen“, „ideologische Schärfe“ o.h.n.e. Qualität produziert geradezu die Erscheinungen, die jetzt bei der ZL-Fraktion zu beobachten sind.

Die ZL macht auf dem Gebiet der ideologischen Auseinandersetzung unserer Meinung nach noch einen weiteren Fehler: Sie orientiert ihre eigene Arbeit nicht an den Schwerepunkten unserer Politik, sondern verstrickt sich immer tiefer in wenig fruchtbare Scharmützel auf Nebenschauplätzen, die zudem – es selbstverständlich Reaktionen folgen – in einer sehr engen Situation der gesellschaftlichen Entwicklung (es sei nur an die Bundestagswahlen 1980 erinnert) den KB von seinen Hauptaufgaben wegorientieren. Es sei daran erinnert, daß die „Arbeitsgruppe des Zentrums“ ursprünglich gebildet wurde, um sich mit der „Kritik-Fraktion“ auseinanderzusetzen. Resultat waren zwei Artikel der „Arbeitsgruppe des Zentrums“ im

Fortsetzung nächste Seite

AK 156. Nach dieser ersten Runde stieg die ZL aus und überließ die Fortführung der Auseinandersetzung anderen, um sich arbeitsintensiv in ihr „Grauzonen“-Unternehmen hineinzuknien. Wir glauben nicht, daß Einsatz und Ergebnis dabei in vernünftiger Relation stehen. Wir haben daher der ZL dringend geraten, sich mehr auf wesentliche Fragen, z.B. der leninistischen Organisation zu konzentrieren. Wir haben der ZL außerdem vorgeschlagen, für den AK 163 einen gemeinsamen Artikel zu schreiben, dessen Zweck es vor allem sein soll, die verschiedenen Meinungsverschiedenheiten herauszuarbeiten. Das wurde von der ZL als „verfrüht“ abgelehnt.

Die Frage des Hineinstülpens in fremde Bereiche

In „Gegen die Buchgläubigkeit“ schrieb Mao Tse-Tung: „WER EINE SACHE NICHT STUDIERT HAT, HAT KEIN RECHT MITZUREDEN. Hast du in irgendeiner Frage keine Untersuchung vorgenommen, dann verberst du das Recht, darüber mitzureden. Ist das nicht zu barbarisch? Nein, keineswegs! Hast du nämlich den augenblicklichen Stand der Frage und ihre Geschichte nicht geprüft, dann weißt du nicht, worum es sich handelt, wirst du folglich, wenn du dich zu dieser Frage äußerst, unvermeidlich in den Tag hineinschwätzen. Bekanntlich läßt man mit bloßer Faser keine Fragen. Warum sollte es denn ungeeignet sein, wenn dir in diesem Fall das Mitspracherecht entzogen wird?“

Glaubt man der ZL-Fraktion, so vertritt Mao hier die „Fehlströmung“ der Ressort-Borniertheit. Seitens der ZL-Fraktion wird nämlich nicht bloß das Recht, sondern geradezu die Pflicht zum „Eingreifen“ in fremde Bereiche propagiert. „Fehlströmungen“ in bestimmten Bereichen, so wird behauptet, müßten in Sache der ganzen Organisation sein. Nun ist gerade die Frauenpolitik im KB traditionell ein Opfer dieser Art von „gutgemeintem Interesse“. Womöglich noch unter Berufung auf die Parole: „die Frauenpolitik muß zur Sache der ganzen Organisation werden“, fühlen sich viele veranlaßt, sich ohne ausreichende Sachkenntnis einzumischen. Von diesen Einmischungen ist häufig ein Druck ausgegangen, der sektiererische Fehler in der Frauenpolitik entweder direkt veranlaßt oder zumindest gefördert hat. Gerade die Frauen sind und waren einem besonderen Rechtfertigungsdruck

und negativ für das Klima im KB. Die Alternative bestünde darin, jeweils sofort seine Kritik zu Papier zu bringen, sich damit an die Kommission zu wenden und auf dieser Ebene die Auseinandersetzung zu führen. Sind die Widersprüche auf dieser Ebene nicht zu klären, so kann man sich dann immer noch über eine öffentliche Auseinandersetzung im AK verständigen.

Die Äußerungen, mit denen sich in letzter Zeit Genossinnen drastisch gegen überhebliche Einmischungsversuche gewendet haben (Terror: „Wir gehen unseren Weg allein!“), verstehen wir genau in diesem konkreten Zusammenhang und nicht etwa als generelles „Verbot“ männlicher Einmischung. Beispielsweise war ein Genosse der LG-Minderheit jährelang ein gern gehörter Ratgeber der zentralen AG Frauen, auch mit kritischen Beiträgen. In dieser Zeit hat er sich allerdings nicht an Unternehmungen wie dem „Grauzonen“-Artikel beteiligt.

Über den notwendigen Zusammenhang von „Einmischung“ und Bemühen um Sachkenntnis (plus solidarischem und bescheidenem Vorgehen) redet die ZL-Fraktion derzeit gerne hinweg. Die Frauenpolitik des KB wird quasi als Tummelplatz für jedermann hingestellt, obwohl erfahrungsgemäß gerade dieser Bereich besonders anfällig gegen das Auftreten von Elefanten im Porzellan-Laden ist.

Die Frage der ideologischen Auseinandersetzung nach außen

Im AK 161, S.37, schreiben wir: „Ebenso könnte es für die Politik des KB gegenüber demokratischen, antifaschistischen, feministischen, liberalen usw. Strömungen und Gruppierungen katastrophale Folgen haben, wenn die Parole von den ‚schärfsten Konturen‘ losgelöst von ihrer konkreten Machbarkeit aufgestellt wird. Es geht ja nicht darum – da wird uns die ‚Zentrums‘-Leitung gewiß zustimmen – sich jetzt um jeden Preis irgendwelche grobschlächtigen Abgrenzungen gegen alles und jedes innerhalb und außerhalb des KB zusammenzustampfen, sondern es geht darum, sich möglichst wissenschaftlich und gründlich mit den verschiedenen Erscheinungen und Prozessen in der Linken und in den fortschrittlichen Bewegungen auseinanderzusetzen.“

Im weiteren wird dann darauf eingegangen, daß derzeit das zentrale Problem hierbei im Mangel an verfügbaren Kräften liegt.

nicht nur bei mangel an verfügbaren Kräften liegt

Die ZL-Gruppe nun machte einen ganz erstaunlichen Gebrauch von diesem Teil unseres Artikels. Auf der Hamburger Anleiter/Delegierten-Versammlung am 5.9. zitierte eine Genossin der ZL-Gruppe lediglich den ersten Satz dieses Teils und begann dann ins Blaue hinein zu phantasieren. Damit sei wohl gemeint, daß die LG-Mehrheit von einer Verschärfung der ideologischen Auseinandersetzung im KB schädliche Rückwirkungen auf unsere Bündnispolitik befürchte. Außerdem sei wohl gemeint, daß die LG-Mehrheit aus Rücksicht auf unsere Bündnispolitik auch die Auseinandersetzung nach außen abschwächen wolle. Von einem Vertreter der LG-Mehrheit wurde daraufhin auf den tatsächlichen Sinn und Zusammenhang des zitierten Satzes hingewiesen, der sich aus dem Artikel eindeutig ergibt. Die Geschichte hätte damit beendet sein müssen und durfte dann gar nicht mehr von uns öffentlich erwähnt werden – wenn nicht trotzdem von der ZL-Fraktion unverdrossen die unsinnige „Interpretation“ des einen Satzes weiter verbreitet werden würde. Angesichts von solcher Beharrlichkeit, uns in die liberalistische Ecke zu interpretieren, sind wir tatsächlich ratlos.

Die erwähnte Genossin der ZL-Gruppe selbst hat inzwischen einen Artikel geschrieben, in dem sie ihre damalige „Interpretation“ nicht mehr aufrechterhält, sondern richtig vom Sinn unserer Aussage ausgeht. Sie zweifelt diese aber an. Wenn damit „angedeutet“ werden soll, daß diese Auseinandersetzung mit den verschiedenen Erscheinungen und Prozessen in der Linken („schärfste Konturen“) eben deshalb nicht machbar sei, weil wir dies wegen der fehlenden Qualifikationen nicht schaffen können, dann halte ich das für falsch. Hier wird doch bewußt tiefgeschwepelt! Wie war es denn möglich, daß die AG Frauen vor 3 oder 2 Jahren ich kann das im einzelnen nicht nachsehen, weil ich nicht in Hamburg bin! Ihre hervorragenden Artikel zur „Schwarzen Botin“, zum „Kleinen Unterschied“ oder zu „Häutungen“ geschrieben hat?“ Ähnlich wird die Frage ja auch von

der ZL gestellt, um ein Nachgeben der zentralen AG Frauen gegenüber dem Feminismus zu konstruieren. Die Beantwortung dieser Frage ist gut geeignet, das Dilemma der ideologischen Arbeit im KB zu veranschaulichen. In der guten alten Zeit, von der hier die Rede ist, arbeitete eine Genossin des LG (heute Mehrheit) fest in der AG Frauen mit, derzeit hingegen wegen anderer Belastungen nur am Rande. Außerdem arbeiteten zwei Genossinnen des LG mit der AG Frauen zusammen, der eine fest (heute Mehrheit), der andere gelegentlich beratend (heute Minderheit) – beide haben seit langem nicht mehr in die Frauenpolitik des KB eingegriffen, ebenfalls wegen anderer Belastungen. Hierzu kommt noch, daß die zentrale AG Frauen einer starken Fluktuation durch Abwanderung von Genossinnen in andere Bereiche ausgesetzt war. Da dies der ZL bekannt sein mußte, halten wir die Berufung auf die „gute alte Zeit“ für reichlich unserios. Unsere ideologische Schwäche, genommen um den Aufgaben, ist ernsthaft nicht zu bestreiten. Dem Wegbröckeln des KB in der „Krise“ und das Hinrukkommen praktischer Aufgaben in der Massenarbeit (Anti-AKW-Bewegung, Alternative Listen) haben das Dilemma forciert. Es ist beispielsweise bekannt, daß viele Kommissionen des KB in ersten Personal Schwierigkeiten stecken (über die Kommissionsarbeit erscheint ein Gesamtüberblick im nächsten AK). Es ist bekannt, daß unser Beitrag zur Auseinandersetzung mit den diversen

Formen und neuen Erscheinungen des Sozialdemokratismus ebenso wie zu alternativen Theorien nahezu gleich Null ist. Es ist bekannt, daß die Kongress-Diskussion (Antifa-Resolution, RGW-Resolution, Statuten-Diskussion) kaum „läuft“. Eben deshalb setzen wir nicht auf das Schüren von Augenblicks-Stimmungen und Strohfeuer, sondern auf eine zwangsläufig langfristige Hebung unserer Qualität für die ideologische Auseinandersetzung. Wir meinen, daß diese ideologische Auseinandersetzung sich vor allem auf die Schwerpunkte unserer Arbeit konzentrieren sollte und die liegen sicher nicht in Polemiken um den „Rubinroten Dschungel“.

Zurück auf den Teppich!

Die ZL-Fraktion ist auf ihrem Wege, sich ein opportunistisch-liberalistisches Feindbild von der LG-Mehrheit zu schaffen – schon recht weit gegangen. Dieser Weg kann nur im Phantastischen Surrealistische führen. Da wir andererseits derzeit keine Grundidee haben, die ZL-Fraktion tatsächlich sektiererischer Vorstellungen und Absichten zu verdächtigen (obwohl solche Tendenzen bei manchen noch vorhanden sind), fordern wir dringend auf, den Konflikt nicht noch weiter zu eskalieren, sondern gemeinsam die real vorhandenen Widersprüche festzustellen und über diese – und nicht über Phantasie-reisen – zu streiten.

LG (Mehrheit = 80 %)



Richtigstellung

In AK 161 hat sich in unserem Artikel „Entsolidarisierung und Verantwortung in der Chefetage“ (S.45) ein „teuflicher“ Druckfehler eingeschlichen. In der dritten Spalte, 2. Absatz muß es richtig heißen: „... daß sublimen Formen von Frauenunterdrückung nach wie vor breit im KB existieren (Entsolidarisierung)“, sollte dieses

Problem auch suededgedacht und in Sachen Feminismus mitbedacht werden“ (nicht „mitgemacht“).

Wir bitten um Abdruck, da dieser Punkt u.a. schon auf der letzten DK von einem ZL-Genossen „dankbar“ kritisiert worden ist.

Ma., KB Gruppe Flensburg

59

„Leserbriefe“

Die Artikel der „Zentrums“-Leitung im AK 160 haben die vorausgesagte „Flut von Leserbriefen“ ausgelöst. Bis zum AK 161 (3.9.) waren es bereits 39 „Leserbriefe“ bzw. Artikel. Davon sprachen sich 13 im Wesentlichen für die Artikel aus, 26 dagegen. Bis zum 16.9. sind weitere 20 „Leserbriefe“ eingetroffen, so daß sich die Gesamtzahl auf 59 erhöht hat. Von den neuen 20 „Leserbriefen“ richten sich 13 gegen die Artikel der ZL, 5 sprechen sich für die Artikel bzw. in deren Sinn aus, 2 „Leserbriefe“ bringen spezielle Standpunkte.

Hier die Übersicht im Einzelnen:

KONTRA: G. (Emsbüttel), S. (Westberlin), W. (Lübeck), C. (Technik), 3 Gen. aus der Foto-technik, 6 Gen. aus der Verlagszelle, Hei. (Antifa-Kommision Hamburg und BO Allona), P. (Hamburg), ein Mitglied der „Kritik-Fraktion“ (Hamburg-Bergerdorf), Ma. (Norderstedt), Pl. (Antifa-Kommision Hamburg), A. und B. (Münster), Be. und Bo. (Hamburg-Hamburg).

PRO: Mehrere Flensburger Genossinnen, C. (AG Frauen), U. (Landesleitung Schleswig-Holstein), Ho. (Emsbüttel), Ti. (Chemiekomitee Hamburg).

1. aus Hannover spricht sich im Wesentlichen für die Artikel der ZL aus, lehnt aber den „Grauzonen“-Artikel ab. P. aus Bochum beachtet sich in erster Linie über den Umgang des LG, speziell von Kt., mit „Kritikern“ (unter Hinweis auf die Polemik gegen die „Kritik-Fraktion“).

Auf Safari durch den Rubinroten Dschungel

Das für diesen AK angekündigte gemeinsame Arbeitsprojekt von Genossinnen der AG Frauen und des LG (Mehrheit) über den „Kritikliteratur“-Artikel der ZL (AK 160) hat sich verzögert, da die beteiligten Genossen selbstverständlich die betreffenden Bücher vorher lesen müßen. Im nächsten AK soll es dann soweit sein.

Männer gesucht!

„Wacht auf, Verdammte dieser Erde!“ Mit den Artikeln der Zentrumsleitung im AK 160 ist ein wichtiges Signal gesetzt worden, um den KB auf den Weg des Leninismus zurückzuführen. Mit gleichgesinnten Genossen möchte ich deshalb eine AG Männer aufbauen, um zu dieser Entwicklung einen positiven Beitrag zu leisten.

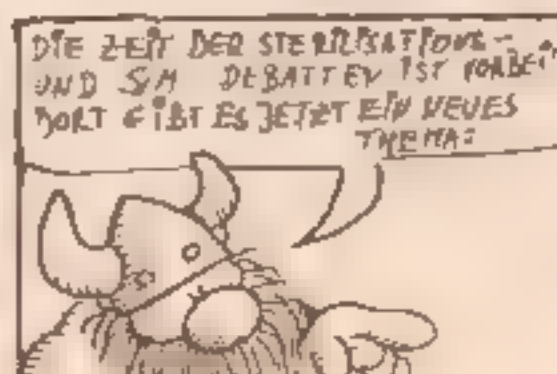
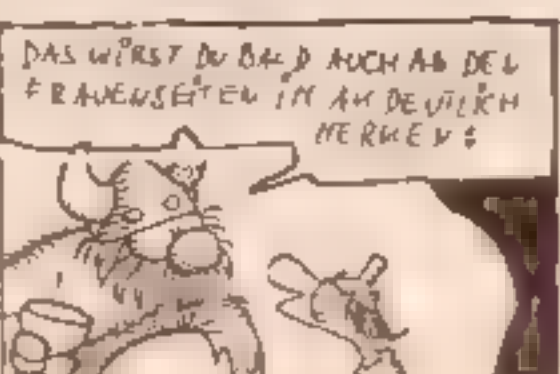
Ich verstehe diesen Aufruf als Ausdruck meiner Selbstkritik und einer beabsichtigten Wiedergutmachung: Schließlich sind nicht zuletzt wir dafür verantwortlich, daß viele Genossinnen in den letzten Jahren weit über das Ziel hinausgeschossen sind. Unsere Aufgabe wäre es gewesen, hier schon viel früher deutlich gegenzupowern. Dabei geht es mir selbstverständlich nicht um ein „Roll Back“ des „Chauvinismus“. Ganz im Gegenteil, der Kampf für die Emanzipation der Genossinnen gehört selbstverständlich zu meinem unverzichtbaren Rüstzeug. Nur glaube ich, daß wir mit unserer bisherigen Zurückhaltung in Sachen Frauenpolitik gerade den Genossinnen einen ganz schlechten Dienst erwiesen haben.

Gerade die wirklich revolutionären Genossinnen warten im Grunde doch auf unsere Hinweise, die selbstverständlich nicht anders als zutiefst solidarisches zu verstehen sind. Daß ich von Frauenpolitik gar keine Ahnung habe, ist mir dabei selbstverständlich bewußt – aber entbindet mich das von meiner besonderen Verantwortung? Im Gegenteil, möchte ich heute behaupten! Die Genossinnen haben von uns zu Recht gefordert, die Frauenpolitik zur Aufgabe der gesamten Organisation zu machen, und wir haben kein Recht, uns hinter unserer Inkompetenz zu verschansen.

Eine zentrale Voraussetzung scheint mir dabei die Wiederherstellung des männlichen Selbstbewußtseins und die Wiederfindung der männlichen Identität zu sein. Im Rahmen einer AG Männer möchte ich deshalb (selbst)kritisch wiederaufzurollen, in denen in den letzten Jahren Genossen ungerechtfertigt dem Vorwurf des „Chauvinismus“ ausgesetzt waren. In den letzten Jahren ist doch ein inflationärer Gebrauch dieses Wortes eingerissen, ebenso wie von Worten

wie „Krittel“, „Ratte“, „Schwanzflicker“ usw. Dabei ist doch deutlich zu beobachten, daß dank unserer gewachsenen Sensibilität die offene Frauenunterdrückung im KB fast völlig verschwunden ist. Im Gegenteil. Mehr und mehr ist heute im KB die Unterdrückung des Mannes durch unerträgliche Verbalinjuren, Spottlieder, Karikaturen usw. zur Hauptseite dieses Widerspruchs im Volke geworden. Hier organisiert gegenzupowern liegt meiner Meinung nach gerade auch im wohlverstandenen Interesse unserer ehrlichen Genossinnen, die unserer ideologischen Hilfe bedürfen, um sich aus den Grauzonen des Feminismus zu lösen. Mehrere Genossinnen, die zum Teil seit 1975 in der Frauenpolitik aktiv sind, haben uns dies ausdrücklich bestätigt. Eingewilligt mit der von mir geplanten Männergruppe eng zusammenarbeiten. Frauen und Männer gemeinsam sind stark!

Wer in der AG Männer mitarbeiten will, erreicht mich über die AK-Redaktion. Stichwort: „Wiedergutmachung“.



Zwei Wege der Krisenbewältigung

In ihren Artikeln „Krise, Utopismus und Entsolidarisierung“ und „Angst ist ein schlechter Ratgeber“ sowie den innerorganisatorischen Erklärungen hat die „Zentrumsleitung“ unmissverständlich zu verstehen gegeben, daß sie den bisherigen Weg der Krisendiskussion verlassen will. Der LG-Mehrheit wird vorgeworfen, sie „verwalte“ die Krise nur und lasse unter der Parole „Macht das Private Öffentlich“ die „Aufweichung“ der Organisation zu. Sie selbst schlagen dagegen – kurz zusammengefaßt – vor: Herbeiführung „schärferer Konturen“, Bekämpfung und Zurückdrängung der „Entsolidarisierung“ als einer wesentlichen Erscheinungsform der Krise, sowie „Verschärfung des ideologischen Kampfes“ gegen verschiedene kleinbürgerliche Erscheinungsformen wie den Utopismus, Ultrademokratismus, Liberalismus und Feminismus. In der Erklärung der LG-Mehrheit in AK 161 ist schon dargelegt worden, daß es sich hierbei um den voluntaristischen Ansatz handelt, an bestimmten Erscheinungsformen herumzudoktern, ohne den Kern der Krise auch nur anzusprechen. Interessant ist in diesem Zusammenhang vielleicht, daß die Mitglieder der ZL heute nicht mehr von einem Weg u.s.w. der Krise sprechen, sondern lediglich versprechen, „die Organisation durch die Krise zu führen“. Damit haben sie wie es scheint, schon den Anspruch auf einen grundsätzlichen Lernprozeß der Organisation beim Weg durch die Krise aufgegeben. Wenn also überhaupt von „Verwaltung“ der Krise gesprochen werden soll, wäre es für diesen Weg weit angebracht.

Um den jetzt eingeschlagenen Weg „theoretisch“ begründen zu können, müssen die Genossinnen der „Zentrumsleitung“ wesentliche Erkenntnisse der bisherigen Krisendiskussion verweigern. Dies geht ihnen nicht allein so, sondern ist ein Ausdruck der Ungeduld, die die jetzt strahlende Krisendiskussion mit sich gebracht hat. Gerade deshalb ist es jedoch außerordentlich wichtig, sich dies auch heute wieder in Erinnerung zu rufen.

Nicht die Utopie, sondern der Mangel an Utopie ist unser Problem

Nicht die Utopie, sondern der Mangel an Utopie ist unser Problem

In ihrem Artikel beschneidet die „Zentrumsleitung“ dem KB ein „beängstigendes Anwachsen utopistischer Vorstellungen“. Gemeint ist hierbei einmal die Abkürzung des revolutionären Prozesses, zum anderen die von vielen Genossinnen aufgeworfene Frage nach der Veränderung des Menschen innerhalb des revolutionären Prozesses und der Beziehungen innerhalb einer kommunistischen Organisation eben die Frage nach der kommunistischen Organisation als „Kern der neuen Gesellschaft“.

Für die ZL nimmt dies, wie gesagt, „beängstigende Formen“ an, woraus sie dann so weitreichende Schlüsse zieht, daß bei einem Nachgehen gegenüber dieser Forderung der KB als revolutionäre kommunistische Organisation auf dem Spiel stehe.

Bei genauerer Sicht der Dinge stellt sich jedoch heraus, daß mit dem „Utopismus“ ein absoluter Pappkarton aufgelegt worden ist. Utopie ist der „Glaube“ und die Hoffnung an die grundsätzliche Veränderung der Gesellschaft, für Kommunisten speziell der „Glaube“ an die klassenlose Gesellschaft, für jeden „normalen“ Menschen der Traum von einer „menschlichen Gesellschaft“. Die Wege zur Verwirklichung können dabei ganz verschiedene sein, in der Regel zeichnen sich Utopisten heute jedoch durch Reformismus aus, da sie den Weg ohne (gewaltsame) Revolution propagieren.

Im KB kann gegenwärtig jedoch von solcherart utopistischen Überzeugungen kaum die Rede sein.

Wie schon oftmals in Beiträgen zur Krisen-debatte ausgeführt, ist ein wesentliches Kennzeichen der gegenwärtigen Situation, daß der anrüchliche Enthusiasmus der Linken einer allmählichen Ernüchterung und Resignation gewichen ist. Waren es anfangs die Gedanken an einen schnellen Erfolg im Kampf gegen das kapitalistische System, die die Linke beherrschten, sind es heute vor allem die Zweifel, ob es überhaupt möglich ist, diesen Kampf erfolgreich zu beenden.

Verdrückterweise dominierten gerade in einer Zeit der ständigen Rechtsentwicklung die übersteigerten Hoffnungen das Feld. Auch wenn der KB diesen Illusionen immer ent-

gegengetreten ist, so spiegeln doch viele Beiträge zur Krise wider, daß diese Gedanken auch bei uns Fuß gefaßt hatten. Heute hat sich dieses Verhalten gerade ins Gegenteil verkehrt. Selbst sichtbare Erfolge der demokratischen (und auch der kommunistischen) Bewegung (z.B. Anti-AKW Bewegung, bunte/alternative Listen, antifaschistischer Kampf) vermögen es nicht mehr, dieser resignativen Stimmung Einhalt zu gebieten. Heute stehen wir vor der Situation, daß – wie Teile der Linken, insbesondere der radikalen und revolutionären, den „Glauben“ an ein Stoppen der Faschisierung verloren haben und sich in dieser „kalten BRD“ einrichten oder an Emigration denken.

Hinzu kommen die konkreten Erfahrungen mit dem realen Sozialismus, sowohl in der UdSSR als auch in der VR China, die grundsätzliche Zweifel in den Sozialismus als „menschlichere“ Gesellschaftsform aufkommen lassen. Während die Krise der kommunistischen Bewegung Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre durch die Entwicklung der VR China durchbrochen werden konnte, gerade weil die KP Chinas mit der Kulturrevolution einen konkreten Weg aufgezeigt hat, wie der scheinbar zwangsläufige Entwicklungsprozeß zum Revisionismus umgekehrt werden kann, steht die Linke jetzt auch vor dem Scheitern dieses Versuchs.

Als letzter Aspekt sei hier die besondere Ausgangslage der westdeutschen Linken genannt. In der Neuen Linken hatten sich weitreichende Vorstellungen entwickelt, die konkreten politischen Bedingungen hier und heute zu anderen Zeiten stellen die Beispiele des Anglizismus die sprechende Sprache. Die neuen Formen und Inhalte der Kindererziehung, neue Formen des Zusammenlebens usw. Einer der wichtigsten Ansätze in dieser Richtung war die Frauenbewegung. Auch in der Geschichte des KB hat das Beispiel der Frauenbewegung in dieser Hinsicht einen klaren Nachschuß gebracht. Was bis dahin der Persönlichkeitsbereich der Genossinnen weitgehend tabu, stellen jetzt vor allem die Frauen Anforderungen nach weitgehenden Veränderungen der bisherigen Verhaltensweisen. Wesentliches Merkmal all dieser Überlegungen – bei allem Idealismus –

ist die Frauenanforderungen nach weitgehenden Veränderungen der bisherigen Verhaltensweisen. Wesentliches Merkmal all dieser Überlegungen – bei allem Idealismus – ist die Frauenanforderungen nach weitgehenden Veränderungen der bisherigen Verhaltensweisen. Wesentliches Merkmal all dieser Überlegungen – bei allem Idealismus –

Ein wesentlicher Aspekt in dieser Richtung scheint mir auch das Aufkommen des Neochauvinismus zu sein. Hatten die linken Männer anfangs den Emanzipationsbestrebungen noch „wohlwollend“ zugehört, weil sie zunächst mit den eigenen allgemeinen Hoffnungen übereinstimmten, so zeichnen sie heute ein Bild, das sich als „böser Wille“ bei sich plötzlich eingeschlichen hatte, sondern hauptsächlich an der Entpolarisierung, die die Rückkehr zu alten Verhältnissen herbeigeführt hat.

Als dies spricht eben nicht dafür, daß es innerhalb des KB „beängstigende“ utopische Vorstellungen gibt. Vielmehr haben wir es mit manieren resignativen Strömungen zu tun. Das schwierigste Problem hierbei ist, daß den Mitgliedern des KB weitgehend die Überzeugung in die Veränderung der Gesellschaft aller Ebenen des gesellschaftlichen Lebens abhandeln gekommen ist. Insofern ist es auch blanke Unnütze, von einer pervergen Paarung Utopismus und Verweigerung zu sprechen. Die Verweigerung der politischen Aufgaben ist gerade ein Ausdruck der mangelnden Vorstellungen von möglichen Veränderungen und nicht das Setzen auf zu hoch gesteckte Erwartungen.

Wir müssen an die Grundlagen gehen

Rückblickend müssen wir feststellen, daß für eine große Anzahl von Genossinnen die vergangenen Jahre nach dem Prinzip Hoffnung abgelaufen sind. Ihre Politik ist in einem erschreckenden Maße vom tagesspolitischen Geschehen diktiert worden, während der Blick für die Grundlagen kommunistischer Politik verstellt wurde. Während auf der einen Seite

enorme Anstrengungen unternommen wurden, die laufenden Kampagnen zu organisieren, ist bis heute vielen Genoss(inn)en das ABC kommunistischer Denk- und Arbeitsweisen unbekannt. Schon in einem der ersten Krisenbeiträge („Soweit ist es mit uns gekommen“) ist darauf hingewiesen worden, daß zu uns viele Genoss(inn)en gestoßen sind, die zwar mit den politischen Aussagen des KB zu den tagesspolitischen Aufgaben übereinstimmen, jedoch von einer Vereinheitlichung auf kommunistischer Grundlage weit entfernt sind. Es ist weiterhin auf den engen Zusammenhang zwischen der mangelnden Überzeugung in unsere kommunistische Politik und den weitverbreiteten resignativen Strömungen hingewiesen worden.

Eine wesentliche Erkenntnis der bisherigen Krisen-debatte ist, daß es die objektiven Bedingungen sind, die die Krise ausgelöst haben und die auf alle Genoss(inn)en als Teil dieser Gesellschaft wirken.

Insofern sind diese objektiven Bedingungen auch Ursache der Krise. Da wir an diesen objektiven Bedingungen nichts ändern können, liegt es allein in unserer Macht, die Auswirkungen dieser Kräfte zu verändern. Das entscheidende Moment ist hierfür das „bewußte Element“, d.h. die Hebung des Bewußtseins aller Mitglieder der Organisation über die Gesamtsituation der gesellschaftlichen Prozesse, der Notwendigkeit des Sozialismus, der unbedingten Möglichkeit von Veränderungen aller gesellschaftlichen Verhältnisse. Gerade dieses Moment hat die Entwicklung als ein von den Kommunisten abgeworfenes Vorurteil der Arbeiterbewegung. Die spontane Arbeiterbewegung hat sich sowohl dem objektiven als auch dem bewußten Element nicht stellen können. Nur und nur durch ein gemeinsames Bewußtsein ist es möglich, mehr diesem Aufwand zu widmen und die objektiven Bedingungen zu verändern. Gerade weil wir diesen Mangel an Bewußtsein und Überzeugung als zentralen Aspekt der Organisation erkannt hatten, haben die wesentlichen Forderungen der Verwirklichung der Organisation sein, die die objektiven Bedingungen zu verändern.

Die ZL greift in diesem Moment die Frage nach der Verwirklichung der Organisation auf. Sie stellt die Frage, wie wir die objektiven Bedingungen zu verändern können. Sie stellt die Frage, wie wir die objektiven Bedingungen zu verändern können. Sie stellt die Frage, wie wir die objektiven Bedingungen zu verändern können.

Die ZL greift in diesem Moment die Frage nach der Verwirklichung der Organisation auf. Sie stellt die Frage, wie wir die objektiven Bedingungen zu verändern können. Sie stellt die Frage, wie wir die objektiven Bedingungen zu verändern können. Sie stellt die Frage, wie wir die objektiven Bedingungen zu verändern können.

Die ZL greift in diesem Moment die Frage nach der Verwirklichung der Organisation auf. Sie stellt die Frage, wie wir die objektiven Bedingungen zu verändern können. Sie stellt die Frage, wie wir die objektiven Bedingungen zu verändern können. Sie stellt die Frage, wie wir die objektiven Bedingungen zu verändern können. Sie stellt die Frage, wie wir die objektiven Bedingungen zu verändern können.

Die ZL greift in diesem Moment die Frage nach der Verwirklichung der Organisation auf. Sie stellt die Frage, wie wir die objektiven Bedingungen zu verändern können. Sie stellt die Frage, wie wir die objektiven Bedingungen zu verändern können. Sie stellt die Frage, wie wir die objektiven Bedingungen zu verändern können. Sie stellt die Frage, wie wir die objektiven Bedingungen zu verändern können.

Der Utopismus im Persönlichen und wie müssen wir mit ihm umgehen?

Neben dem allgemeinen Utopismus (Abkürzung des Wegs zu den Fernzielen) greift die „Zentrumsleitung“ vor allem die Forderungen aus der Organisation nach Veränderungen im sog. Persönlichkeitsbereich an. Besonderer Dorn im Auge ist ihnen dabei wiederum die Parole „Macht das Private Öffentlich“.

Sie zitieren hierbei Genoss(inn)en, die die Frage aufwerfen, wie wir jemals den Sozialismus erreichen/aufbauen können, wenn wir nicht „hier und heute“ Veränderungen im eigenen Verhalten herbeiführen. Als Beispiele für utopistische Vorstellungen bringen sie die Forderung nach 53% Frauen in anleitenden Gremien, die Aufhebung von Kopf- und Handarbeit, das rotierende Anleiterprinzip (als Ausdruck der allseitigen Qualifikation der Genoss(inn)en).

Zu all diesen Forderungen sagen sie selbst, daß dagegen „im Prinzip“ nichts Sinnvolles einzuwenden ist, um dann jedoch zu der Schlussfolgerung zu kommen: „Allerdings können diese Forderungen 'jetzt und sofort' und 'hier und heute' im Rahmen des KB nicht eingelöst werden, ohne daß wir unseren Charakter als

revolutionäre kommunistische Organisation aufgeben würden.“ Dies und die Orientierung auf das „Machbare“ ist die einzige Antwort, die sie den Genoss(inn)en zu geben vermögen. An keiner Stelle findet man einen Hinweis darauf, wie diese utopischen Forderungen konkret anzugehen sind, was davon heute „machbar“ ist, welche Veränderungen sich die ZL selbst vorstellen kann. Wenn diese Linke für den KB verhandelt werden würde, hieße dies, ihn zum Stillstand zu verurteilen.

Mit der Beschränkung der eigenen Vorstellungen auf das „Machbare“ ist innerhalb der revolutionären Bewegung enorm viel Schindluder getrieben worden. Krasses Beispiel hierfür ist der Gang der Sozialdemokratie, die unter dieser Parole zum Verteidiger des kapitalistischen Systems geworden ist. In der jüngeren kommunistischen Bewegung sind unter dieser Parole weitgehend die Antworten auf die Fragenfrage, die Behandlung des persönlichen und privaten Bereichs als politische Probleme verweigert worden.

Nun stehen wir jedoch heute mehr als jemals in der Geschichte vor dem Problem, daß alle Hoffnungen der Menschen auf den Sozialismus als „menschliches Gesellschaftssystem“ betrogen worden sind. Berücksichtigt man fragen uns natürlich diejenigen, die mit uns gemeinsam gegen das kapitalistische System kämpfen, welche Vorstellungen wir vom Sozialismus haben und wie diese sich „hier und heute“ in unserer Politik ausdrücken. Man kann an diesen Menschen gar nicht vorbeigehen, daß sie sich dabei in einem Unwissen befinden. Die Hauptwidersprüche, die abspelen lassen, da heute nur die Erfahrungen dagegen sprechen, daß diese Versprechungen eingehalten werden. Innerhalb der Organisation sind diese Fragen nämlich gerade dann verstärkt aufgetreten, als die Überzeugungen der Mitglieder der KB sich nachgelassen hat. Hier einen Weg zu gehen, der die Antworten verweigert und die Genoss(inn)en auf das „Machbare“ zu verdrängen, würde unsere Überzeugungslosigkeit als kommunistische Organisation zerstören.

In der Geschichte des KB haben wir diese Fragen grundsätzlich anders als die ZL. Als erste kommunistische Organisation haben wir die Fragen gestellt und auch beantwortet.

Die ZL greift in diesem Moment die Frage nach der Verwirklichung der Organisation auf. Sie stellt die Frage, wie wir die objektiven Bedingungen zu verändern können. Sie stellt die Frage, wie wir die objektiven Bedingungen zu verändern können. Sie stellt die Frage, wie wir die objektiven Bedingungen zu verändern können. Sie stellt die Frage, wie wir die objektiven Bedingungen zu verändern können.

Die ZL greift in diesem Moment die Frage nach der Verwirklichung der Organisation auf. Sie stellt die Frage, wie wir die objektiven Bedingungen zu verändern können. Sie stellt die Frage, wie wir die objektiven Bedingungen zu verändern können. Sie stellt die Frage, wie wir die objektiven Bedingungen zu verändern können. Sie stellt die Frage, wie wir die objektiven Bedingungen zu verändern können.

Die ZL greift in diesem Moment die Frage nach der Verwirklichung der Organisation auf. Sie stellt die Frage, wie wir die objektiven Bedingungen zu verändern können. Sie stellt die Frage, wie wir die objektiven Bedingungen zu verändern können. Sie stellt die Frage, wie wir die objektiven Bedingungen zu verändern können. Sie stellt die Frage, wie wir die objektiven Bedingungen zu verändern können.

Die ZL greift in diesem Moment die Frage nach der Verwirklichung der Organisation auf. Sie stellt die Frage, wie wir die objektiven Bedingungen zu verändern können. Sie stellt die Frage, wie wir die objektiven Bedingungen zu verändern können. Sie stellt die Frage, wie wir die objektiven Bedingungen zu verändern können. Sie stellt die Frage, wie wir die objektiven Bedingungen zu verändern können.

Die ZL greift in diesem Moment die Frage nach der Verwirklichung der Organisation auf. Sie stellt die Frage, wie wir die objektiven Bedingungen zu verändern können. Sie stellt die Frage, wie wir die objektiven Bedingungen zu verändern können. Sie stellt die Frage, wie wir die objektiven Bedingungen zu verändern können. Sie stellt die Frage, wie wir die objektiven Bedingungen zu verändern können.

Die ZL greift in diesem Moment die Frage nach der Verwirklichung der Organisation auf. Sie stellt die Frage, wie wir die objektiven Bedingungen zu verändern können. Sie stellt die Frage, wie wir die objektiven Bedingungen zu verändern können. Sie stellt die Frage, wie wir die objektiven Bedingungen zu verändern können. Sie stellt die Frage, wie wir die objektiven Bedingungen zu verändern können.

auch die in der Krisendiskussion aufgetretenen Fragen nach dem Verhalten im Persönlichkeits- und Privatbereich und den Verhältnissen in der Organisation aufgreifen.

Abkehr vom Klassenkampf und ideologischer Kampf

Die ZL beschreibt als wesentliche Erscheinungsformen der Krise den Utopismus, die Entsolidarisierung, die Tendenz vieler Genoss(inn)en, die politische Arbeit nur noch nach dem persönlichen „Wohlbefinden“ zu beurteilen. Damit hat sie zweifelslos Recht, insgesamt konstatiert sie „übersteigerte Anforderungen“ an die Organisation, die von denen nicht eingelöst werden können. Wenn man sich jedoch die Krisenbeiträge genauer ansieht, kann man schon feststellen, daß dies weniger auf die Anforderungen selbst zutrifft (nach sozialen Beziehungen usw.) sondern sich fast ausschließlich darauf beschränkt, daß diese Anforderungen an die Organisation per se gestellt werden. Hier zeigt sich das gleiche Nörgelertum und die gleiche Kommentierung wie auch in anderen politischen Fragen. Es werden solidarische Beziehungen, Veränderung des Menschen usw. verlangt. Für das jeweilige Nichtbestehen wird fast generell „die“ Organisation verantwortlich gemacht, ohne daß konkrete Anforderungen und Wege aufgezeigt werden, ohne den eigenen Anteil deutlich zu machen. Wenn solche Genoss(inn)en den KB verlassen, liegt das weniger an den zu hohen Ansprüchen, sondern vielmehr an der Erwartungshaltung, von anderen (eben von der Organisation) die gebrauchten Aufgaben serviert zu bekommen. So bleibt die Forderung nach Veränderung auf der gleichen Ebene wie die Anforderung, von der Organisation und von der Leistung „qualifiziert“ zu werden. Diese Haltung ist tatsächlich eine konkrete Gefahr für die Organisation, weil die gestellten Erwartungen so niemals erfüllt werden können, der Stundebuch jedoch in der Organisation gesucht wird.

Gegen diese Erwartungshaltung anzukämpfen, muß eine Form des ideologischen Kampfes in der Organisation sein. In dieser Auseinandersetzung müssen wir vorankommen, daß keine Veränderung ohne Angabe von konkreten Schritten und ohne Kampf möglich ist.

Eine weitere schädliche Strömung ist, die Veränderung des Persönlichkeits- und Privatbereichs und der Verhältnisse in der Organisation unabhängig vom Klassenkampf zu sehen. Die mangelnde Überzeugung von gesellschaftlichen Veränderungen läßt dabei vielfach die Vorstellung aufkommen, es müsse vor allem an der Veränderung der Organisation und des Menschen gearbeitet werden. Konkret ist auch dies ein Ausdruck der resignativen Tendenzen, denn an Stelle der gesellschaftlichen Veränderungen soll sich mit Veränderungen „im Kleinen“ begnügt werden.

Grundsätzlich läuft dies jedoch auf die sozialdemokratische Ideologie hinaus, die Gesellschaft über die Veränderung, Umgestaltung der Menschen zu ändern. Zu jeder Zeit haben die Kommunisten dagegen die grundsätzliche marxistische Erkenntnis gesetzt, daß das Sein das Bewußtsein bestimmt und nicht umgekehrt.

D.h. jede Veränderung in diesem System ist relativ, kann im Moment schon in ihr Gegenteil umkippen, weil die Wirklichkeit der kapitalistischen Gesellschaft immer wieder zerstörend einwirkt. In diesem Sinne ist es unmöglich, im Kapitalismus „sozialistische Menschentypen“ zu erzeugen, ist es unmöglich, durch Schaffung „sozialistischer Gemeinschaften“ den Kapitalismus zu stürzen.

Diese Erkenntnis muß dazu führen, alle Veränderungen des Bewußtseins der Menschen unter dem Aspekt der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu sehen. Krass gesagt der KB ist kein Sammelbecken für Menschen, die in erster Linie ihre persönliche Emanzipation im Auge haben, sondern eine Organisation, in der sich Menschen vereinen, die mit der eigenen Emanzipation von dieser Gesellschaft die kollektive Befreiung betreiben wollen.

Andererseits ist jedoch keine kommunistische Organisation ohne die individuelle Emanzipation ihrer Mitglieder von der herrschenden bürgerlichen Ideologie denkbar. Die kommunistische Organisation muß gerade diejenigen vereinen, die sich weitgehend von den bürgerlichen

Vorstellungen befreien können, um bei wu in den Klassenkampf einzugreifen zu können.

In dieser Richtung wird m.E. der Schwerpunkt der ideologischen Überzeugungsarbeit zu legen sein. Diese ideologische Auseinandersetzung kann jedoch nur dann stattfinden, wenn wir alle Aspekte der Entwicklung der Mitglieder des KB einbeziehen und wenn wir gerade den Bereich der Persönlichkeit mit einbeziehen, da hier die bürgerlichen Erscheinungen am krassen zum Ausdruck kommen.

Voraussetzung für eine solche Diskussion ist jedoch zweierlei: 1. Daß über diese Probleme frei diskutiert werden kann, d.h. daß wir auch alles "Unrat", der mit Sicherheit hochgeschwemmt werden wird, akzeptieren müssen. 2. Daß sich alle Beteiligten einer offenen Diskussion stellen. Wenn die Forderung nach stärkerer Einbeziehung des Persönlichen gestellt wird, muß auch die Bereitschaft bestehen, Kritik einzustecken und das eigene Verhalten zu ändern.

Ohne entsprechende Vorkehrungen muß jede Kampagne gegen die Entsolidarisierung im Rahmen Sektorentum enden. Wenn die ZL den gleichen Genoss(innen), denen sie heute pauschal bürgerliches Verhalten vorwirft, revolutionäre Disziplin und Moral einpauken will, ohne die Hauptprobleme des KB anzusprechen, kann es nur zu einer Umstülpung der jetzigen Verhältnisse kommen. Statt Liberalismus und Ultrademokratismus würde es dann blinden Gehorsam geben, statt Überbottung des Persönlichen wiederum die weitgehende Tabuisierung. Auch ohne der ZL vorzuwerfen, diesen Weg bewußt zu gehen, wissen natürlich auch sie, daß dies eine durchaus

typische andere Erscheinungsform einer Organisation ist, in der es an Überzeugung über die Ziele mangelt.

Die Krise läßt sich nicht verleugnen

Die einjährige Krise veranlaßt eine Reihe von Genoss(innen), die Überlegungen vor allem in die Richtung zu lenken, wie wenigstens die Erscheinungsformen zu beheben sind. Die ZL bietet sich in diesem Sinne dem vermeintlich harten Kern an. Es ist jedoch nur die Kehrseite der anderen Auffassung, die den frustigen Klassenkampf aufgeben möchte, um im KB solidarische Beziehungen zu pflegen. Jedoch, die Krise läßt sich nicht einfach leugnen. In beiden Fällen kann es nur kurzfristige Befriedigung geben.

Für uns sollte dies der Anlaß sein, endlich an die Behebung der eigenen Mängel heranzugehen, wie dies schon in den Artikeln „So wert ist es mit uns gekommen“ und „Zwischenbilanz“ beschrieben worden ist. Konkret heißt dies:

1. Verstärkung der theoretischen Arbeit, vor allem zu den Aspekten, die die objektiven Ursachen für die Krise bilden.
2. Verstärkung der Schulungsarbeit, vor allem zum grundsätzlichen Verständnis des Marxismus und der kommunistischen Bewegung.
3. Entfaltung einer Debatte um die Fragen des Persönlichen, der Emanzipation und dem Verhältnis zur kommunistischen Organisation.
4. Aufstellen von sinnvollen Arbeitsplänen und politischen Schwerpunkten für die Teile des KB und für die gesamte Organisation.

he., Mitglied des LG

Anmerkungen zu „Krise, Utopismus, Entsolidarisierung“

1. „Roter Faden“

a) Die ZL will nach der Diskussion der objektiven Faktoren der Krise jetzt die subjektive Seite behandeln. Es fällt auf, daß zwischen dem, was wir in der Krisen-debatte als objektive Faktoren benannt haben (und was inzwischen gewissermaßen „Allgemeingut“ sein sollte), und den von der ZL benannten subjektiven Seiten (Utopismus, Entsolidarisierung) kaum ein Zusammenhang hergestellt wird. Genau gesagt wird ein solcher Zusammenhang lediglich hergestellt zwischen „Ausbleiben rascher gesellschaftspolitischer Veränderungen“ und „Hilfswendung zu Versuchen individueller Selbst-Emanzipation“ (S.36). Ansonsten werden die innerorganisatorischen Auswirkungen der Krise fast völlig ausgelassen. Der Stand und Perspektiven der (heutigen) Massenbewegungen sowie den Aufgaben und Problemen, die sich für unsere Genossen darin stellen (allenfalls wird noch angedeutet, daß die feministische Frauenbewegung Druck auf die Genossinnen in der Frauenarbeit ausübt). Dies birgt die Gefahr einer relativ abgehobenen „inneren Krisenbewältigung“ quasi als theoretischer Kraftakt in sich. Überspitzt formuliert Abschottung der Organisation gegen „böse“ äußere Einflüsse, Rekonstruktion des ML in unseren eigenen Reihen. Die Krise scheint also doch im Gegensatz zu dem, was bisher als vermeintlich galt, weitgehend unabhängig von den

schon im Wesentlichen erfolglos ausprobiert. Auch Schulungen und Versuche, das Niveau in der Organisation anzuheben, sind schon als Medizin verabreicht worden. So wichtig diese „Therapien“ sind, sollten wir eben auch die grundsätzliche Berechtigung der o.g. Forderungen - gewissermaßen nach handfesten Beweisen für die Glaubwürdigkeit des KB anerkennen, auch wenn diese Forderungen im einzelnen möglicherweise überzogen sein können. Sicher noch lange Zeit wird der KB und besonders sein Inneres argwöhnisch beäugt werden, ob sich schon die ersten Anzeichen der „bürokratischen Entartung“ zeigen. Sage einer, er selbst wäre frei davon.

c) Die Entschütterung (mehr oder weniger bewußt) der revolutionären Prinzipien und Ideale hat innerhalb des KB ein immer stärkeres Umkreisen bürgerlichen Verhaltens zur Folge. Je mehr der „Kampf um Gleichberechtigung, Solidarität, kollektive Emanzipation“ für unerreicht, in einzelnen Fällen gar für „hohle Phrasen“ gehalten werden, desto mehr vertraut man auf den eigenen Ellenbogen, die individuelle Durchsetzung von Interessen. Es gilt dann das „Recht des Stärkeren“. Das ist die Grundlage der Entsolidarisierung.

d) In dieser Situation den Hauptstoß gegen den Utopismus zu führen, wäre grad falsch. Dies wird zwar auch von der ZL nicht empfohlen. Verbal heißt es: Hauptstoß gegen die Entsolidarisierung, gegen die gegen-

gen' unter Beweis zu stellen. Ganz im Gegensatz zu den „Zentrums“-Genossen sind wir der Ansicht, daß dies nicht ohne „Anleihen“ bei der bürgerlichen Wissenschaft oder bei kleinbürgerlichen Kräften und Strömungen laufen kann. Die ZL-Genossen sind ja schon geschockt, wenn etwa Frauen feministische Untersuchungen (Darstellung von Beziehungen z.B. bei A. Schwarzer oder A. Meulenbelt) für nutzlos halten. Die Klassiker waren da viel schamloser. Lenin pflegte bei seinen Analysen oft auf bürgerliche Theoretiker zurückzugreifen. Marx trieb es noch viel ärger. Er begann seine philosophische Fundierung mit einer „Anleihe“ bei Hegel, den er lediglich „auf die Füße stellte“.

Man wird wohl auch eine ziemliche „Anleihe“ bei bürgerlichen Leuten machen müssen, wenn man das Problem des „real existierenden Sozialismus“ theoretisch aufarbeiten will. Auch die kluge Maus sitzt nicht vor der Falle und denkt: Dieser Speck reizt mich überhaupt nicht, der würde mir auf keinen Fall schmecken. Sondern der kluge Maus läuft natürlich das Wasser im Mund zusammen! Wenn die zusätzlich zur Klugheit auch noch intelligent ist, kann sie's durchaus schaffen, den Speck aus der Falle zu holen, ohne daß die Feder zuschnappt. Es soll ja Mäuse geben, die dabei sogar einer gewisse Routine entwickelt haben...

f) Man ahnt schon das Argument, das uns hier entgegengeschleudert

das uns hier entgegengeschleudert werden wird: „Gegen Anleihen haben wir auch nichts; uns kommt's drauf an, auf die Beine zu stellen“, und das unterbleibt zunehmend im AK! Nun wird also von der ZL Genossen „auf die Beine gestellt“. Buchbeurteilungen werden „gerade-gesüßt“, feministische Entgegnungen bekämpft. Dies hat mit einer theoretischen Verarbeitung wenig zu tun. Die Genossen vergessen leider, daß es eine fertige kommunistische Frauenpolitik nicht gibt, sondern daß wir erst seit relativ kurzer Zeit dabei sind, uns Positionen zu erarbeiten. Eine solche Suche hat immer etwas mit Tanten, Schwämmen, Unsicherheiten, Experimentieren usw. zu tun. Dadurch, daß die ZL-Genossen einzelne Ausnahmeseitungen gewaltig hochheben, andererseits aber ihr „auf die Beine stellen“ im Wesentlichen darin besteht, (unange-mäß) nach Clara-Zetkin-Schulungen zu rufen, treffen und diffundieren sie - gewollt oder ungewollt - den Pro- zess der Erarbeitung einer kommunistischen Frauenpolitik in s e - s a m t. Das, was sie völlig zu Unrecht „gegen“ die AG Frauen ins Feld führen, ist ja nicht's anderes als das ABC unserer Frauen-politik (Hauptwiderspruch-Nebenwiderspruch). Es stand am Anfang unserer Arbeit und ist nach wie vor unbestritten. Dies kommt einem so vor, wie wenn ein Kind, das in der Mathematik bei der Mengentheorie Schwierigkeiten hat, vom Vater (der selbst von Mengenlehre nichts versteht) damit bestraft wird, daß keine Einmal- eins aufzuzahlen. Für das Erlernen der Mathematik ist diese Therapie tödlich. In Wirklichkeit ist nämlich das „Kind“ dem „Vater“ weit voraus, und das flößt diesem Angst ein (ein ganz gängiges Beispiel, das jeder Mathematiklehrer bestätigen kann). Nicht allein in der Frauenpolitik, sondern in einer ganzen Reihe von Bereichen haben wir es heute mit einer Fülle schwerwiegender Fragen zu tun, auf die wir keine fertige Antwort besitzen. Dies war bisher auch der vereinheitlichte Punkt unserer Krisen-debatte. Die Methode, mit der die ZL-Genossen an unsere Frauenarbeit herangehen, ließe sich also auf eine Menge weiterer Problem-bereiche anwenden (von den Genossen wird selbst angedeutet, daß es sich das tatsächlich vorgenommen haben). Die „Antworten“, die auf diese Weise gegeben werden, dürften im Wesentlichen in einer probierlichen „Aufrischung“ der Klassiker bestehen. Der Anspruch allerdings, damit in eine neue Etappe der Krisen-diskussion einzusteigen, die Krise also tendenziell auf diese Weise zu bewältigen, ist eine gefährliche Selbsttäuschung. Dies ließe auf eine konservative „Krisenbewältigung“ hinaus, wie sie bei den „ML-Parteien“ üblich ist (und den Klassikern übrigens bitter unrecht tut).

Ein Brief aus Amsterdam

Von einem Amsterdam Genossen erhalten wir diesen Tage einen Brief zur Krisen-debatte im KB. Zur Einordnung unserer Darlegungen ist wichtig zu wissen, daß dem Genossen zum Zeitpunkt der Abfassung seines Briefes (25.8.) der AK mit den Artikeln der „Zentrum“ Leitung noch nicht wenig und er naturge-mäß ein recht nicht über die damit zusammenhängenden Verhältnisse informiert war. Niederländische Kommunisten.

Die ganze bisherige Debatte ist meiner Meinung nach in zwei Teile zu zerlegen. Zuerst hatte die Debatte einen „neutralen“, „denkmal-neutralen“ Charakter, wobei allerdings nur ein Bruchteil der Organisation und vor allem die politisch rechte (h) gut gehalten (es ist ihnen sich von der Debatte betroffen. Meiner Meinung nach ist diese Phase der Debatte insofern auch gescheitert, als sich die meisten Genoss(innen) nicht unmittelbar angesprochen fühlten.

Mit dem Auftreten der „Kritik“-Fraktion und dem Abdruck der Göttinger Artikel hat sich dann eine sehr ernste, für mich in erster Linie sehr unsolidarische neue Debatte entwickelt, die erstmals die neuen Gegensätze innerhalb des KB anhand konkreter Beispiele aufzeigt hat.

Wie aus den Erfahrungen von E („Von einer die Auszug, das Fürchten zu lernen“) und den Göttinger Artikeln hervorgeht, haben sich mit der Resignation auch eine Anzahl von bürgerlichen Verhaltensweisen innerhalb der Organisation breit gemacht. Das Göttinger Genossen und anscheinend der Meinung, daß es hierbei um unpolitische, „persönliche“ Gegensätze geht, die dem Kampf gegen die Bourgeoisie unter-tun. Meinere Meinung nach geht es hier aber um reale Gegensätze, die in der Tat „gesellschaftliche Ursachen“ haben, auf die die Genossen aus Göttingen ja dauernd verweisen.

Gerade deshalb sollten solche Verhaltensweisen innerhalb kommunistischen Organisationen ständig bekämpft werden. Und zwar nicht in abstrakter, verbal-radikaler Weise, sondern gerade mit dem Mittel des öffentlichen ideologischen Kampfes, der gerade in den konkreten Fällen den konkreten Gegensätzen in der Organisation ansetzen muß.

Wird die Polemik gegen bürgerliche Verhaltensweisen innerhalb der Organisation auf abstrakte Weise geführt, so wird unvermeidlich die konkrete Bekämpfung solcher Verhaltensweisen unmöglich, weil die erreichten (abstrakten) „korrekten“ Schlussfolgerungen darüber hinweg-tun, daß eine wirkliche Lösung des Problems gar nicht erreicht worden ist.

Und so bin ich auch mit der Kritik der AG Frauen an den Positionen von Ha und Ka (im AK 159) sehr einverstanden.

IL-zuzufügen wäre noch, daß die Kritik der Göttinger Genossen im wesentlichen Aspekt auf sie selbst zurückschlägt. Im AK 159 werfen sie den „entpolitisierten Genoss(innen)“ vor, sie hätten eine „mangelnde Bereitschaft, sich mit den strategischen Fragen des Klassenkampfes zu be-

schäftigen“. Mir erscheint es aber so, daß mit der derzeitigen Ausrichtung gegen bürgerliche Verhaltensweisen im KB gerade die entscheidende Auseinandersetzung darüber geführt wird, ob die „Produktivkräfte“ der Organisation fragegestellt werden oder aber die internen Verhältnisse mit sich im Laufe der Zeit mehr und mehr den bürgerlichen Verhältnissen außerhalb der Organisation an-gleichen werden, und in der Folge auch die Zusammensetzung der Organi-sation und zwangsläufig seine politi-sche Linie sich in Richtung einer KAOml (niederländische ML-Sekte Ann. AK) oder eines KBW des herrschenden Verhältnisses, also dem Imperialismus, anpassen werden.

Wer die bürgerlichen Verhältnisse außerhalb seiner Organisation bekämpfen will, der muß diese auch innerhalb der Organisation in die Defensive drängen und sie schlagen. Daß in einer Organisation wie dem KB, der in der Vergangenheit in dieser Beziehung sehr bedeutende Fortschritte gemacht hat, solche Ansichten wieder entstehen, belegt für mich noch einmal sehr deutlich, daß sich die bürgerliche Ideologie auch innerhalb einer kommunistischen Organisation immer wieder neu entwickelt und reproduzieren kann. Daß also die Lösung der Nebenwider-sprüche (Beseitigung von bürgerlichen Verhaltensweisen) vor dem Haupt-widerspruch zwar möglich (und un-bedingt notwendig) ist, aber nicht endgültig sein kann ohne daß auch der Hauptwiderspruch revolutionär gelöst ist.

Für das ist wirklich eine „strategische Frage des Klassenkampfes“ und es sind m.E. nicht diejenigen, die heute schon an die Bekämpfung bürgerlicher Verhaltensweisen herangehen, die die Debatte entpolitisierten sondern vielmehr die die sich um diese strategische Frage ent-sprechend den überholten Methoden der ML-Bewegung herumzudruckten versuchen.

Es ist mir übrigens sehr unange-nehmen aufgefallen, daß nicht mehr Genossen rechtzeitig gegen Ha und Kl Partei ergriffen haben. Ich hoffe wirklich, daß die AK Veröffentlichungen in dieser Hinsicht den neuen Zustand der Organisation widerspiegeln.

Von E's Erlebnis habe ich mich sehr betroffen gefühlt. Ich habe ihr allerdings bulung noch nicht schreiben können, weil ich eigentlich tun wollte. Könnst du einen Brief an sie weiterleiten?

Zusammenfassend würde ich sagen, daß die Entwicklung der Debatte im AK sehr positiv erscheint. Die organisatorischen Rückschlüsse sollten ihr m.E. nicht zu schwer nehmen, im Vergleich mit allen anderen sich kommunistisch nennenden Organisationen, die ich kenne, existiert der KB seine Krise unglaublich gut, Rückschlüsse mit einbezogen.

Grüß E und die AG Frauen von mir, ich habe sie jedenfalls wirklich lieb.

Mit kommunistischem Gruß
W.S., Amsterdam

objektiven Faktoren „lösbar“ zu sein.

b) Demgegenüber hatten wir als ein wichtiges Krisenphänomen herausge-stellt. Man kann nicht (zumindest nicht pauschal) von einem Rückgang von z.B. Anti-AKW-Bewegung, alter nativen Inten, demokratischer Be-wegung u.a. sprechen, im Gegenteil, sieht es - was die spontanen Be-wegungen angeht - gar nicht mal so schlecht aus im Vergleich zu früher. Man muß aber von einem Rückgang des kommunistischen Einflusses in diesen Bewegungen sprechen. Dem Ausbleiben rascher Erfolge bei un-serer Arbeit könnte man also noch entgegenhalten, daß es durchaus nicht nur Schäften, sondern auch Licht-blicke gibt. Dasselbe gilt - trotz aller schweren Enttäuschungen (Chile, Portugal) - auch international, wo ja ebenfalls keineswegs z.B. Rückschläge zu verzeichnen sind (Angola, Nicaragua, Iran mag man ja kaum kennen, obwohl es eigentlich auch irgendwo dazugehört). Es geht aber nicht nur um enttäuschte Hoffnungen in Bezug auf den Kampf gegen Imperialismus und Faschismus, es geht eben auch um Enttäuschungen in Bezug auf den Sozialismus. SU und jetzt eben auch China. Dies hat die Glaubwürdigkeit des ML bis in die Reihen des KB hinein nachhaltig erschüttert. Könnte man es noch einigermaßen „verdauen“, daß der Sozialismus nicht kurzfristig zu erreichen ist, so kommt jetzt der Zweifel an den Zielen und Prinzipien selber hinzu. Dies hat zusammen zu den bekannten Erscheinungen ge-führt: Resignation, Verunsicherung, Rückzug, sogar Verzweiflung in un-terschiedlicher Ausprägung.

Bei denjenigen Genoss(innen), die trotz allem aktiv geblieben sind (und auch beim „Umfeld“ des KB), ist es nun so, daß sie sich viel intensiver als früher gerade mit Fragen der Demokratie im KB (im weitesten Sinn) befassen. Die Genossinnen (je der im wesentlichen nur sie!) fragen nach der Stellung der Frauen im KB, die Schwulen haben sich ent-sprechend „angebracht“, Fragen des Statuts, der Organisationsdisziplin usw. sind werden problematisiert. Man gibt sich nicht mehr allem mit der Formel (= Versprechen) zufrieden, daß der KB nicht nur „Zweck-bündnis“, sondern auch „Keimform“ ist, man will greifbare Ergebnisse sehen.

Offenbar wird die Glaubwürdig-keit einer kommunistischen Organi-sation heute weniger an der Richtigkeit ihrer Analyse und sozialistischen Strategie gemessen, sondern mehr an ihrem demokratischen Verhalten (nach innen und außen). Gerade die Behandlung der Frauenfrage (oder auch Schwulenfrage, Fragen der innerorganisatorischen Demokra-tie u.a.) gilt vielen Linken als wich-tiger Teil, wie ernsthaft die revo-lutionäre „Versprechen“ der Kom-munisten sind. Diese Problematik kann man nicht einfach als „Rück-zug von der Politik ins Private“ abtun (was es natürlich auch gibt als letzte Konsequenz!) Krisenlösun-gen „traditioneller Art“ haben wir ja

De und H H, Mitglieder des LG

Lieber „olle Kamellen“ als neue Philosophien

Eine Reihe von Gegnern unseres Artikels sehen durchaus auch richtige Aspekte darin. Seltener – zumindest bislang – sind sie jedoch bereit, über diese von ihnen als richtig zugestanden Aspekte auch zu diskutieren. Zumeist wird argumentiert, es handle sich dabei doch um „olle Kamellen“. Auch in ablehnenden Leserbriefen zu den Artikeln von Ha. und Kl. wurde teilweise gesagt, was die zur „Entpolitisierung in unserer Organisation“ schreiben, sei „wirklich Schnee von gestern“ (Leserbrief von Ul., Hamburg, AK 157, S. 49). In einigen Fällen werden solche „Bestätigungen“ gleich mit einem giftigen Unterton versehen, wie z.B. in einer innerorganisatorischen Stellungnahme der LG-Mehrheit: „Daß es im KB eine Grauzone der Feminismus“ gibt, ist weder eine Entdeckung von Ha./Kl., noch von den Genoss(inn)en der Zentrums-Leitung. Dazu war wesentlich früheres und Differenzierteres bereits im AK 155 (Bericht über die erste Frauenversammlung im KB) nachzulesen. Die Methode von Ha./Kl. und Zentrums-Leitung liegt darin, sich selbst sensationenmacherisch als Entdecker dieser „Grauzonen“ aufzuspielen und aus dieser Position heraus Lehren für die Frauen-Politik des KB erteilen zu wollen.“ Umso besser, wenn wir uns auch nach Meinung der LG-Mehrheit auf bereits erarbeitete Positionen stützen können als großartige „Entdecker“ haben wir uns eh nicht verdient. Doch ist bei derartigen Bemerkungen schon zu fragen, ob es vielleicht schon als Frevel angesehen wird, an „Schnee von gestern“ zu berufen und weitere Überlegungen daran zu knüpfen? Besonders in Diskussionen wird was die „ollen Kamellen“ in unseren Artikeln betrifft, gern mit dem Begriff „Soweit ist es mit uns gekommen!“ in der ersten „Krisenausgabe“ überflogen (siehe auch zu Knäpfler).

Besonders in Diskussionen wird was die „ollen Kamellen“ in unseren Artikeln betrifft, gern mit dem Begriff „Soweit ist es mit uns gekommen!“ in der ersten „Krisenausgabe“ überflogen (siehe auch zu Knäpfler).

Der Artikel „Soweit ist es mit uns gekommen!“ setzte sich damals vor allem mit der „sozialdemokratischen Aufnahmepolitik“ auseinander, die „tieflich“ im KB „eingetragene“ ist und knüpft daran die polemische Frage: „Sind wir überhaupt eine kommunistische Organisation?“ Es wurde festgehalten, daß die „Grundätze und Ziele“ unserer kommunistischen Politik vielen neuen Mitgliedern nicht vor und bei Eintritt bekannt waren und im weiteren Anstrengungen in dieser Richtung auch häufig gar nicht unternommen wurden – was u.a. daran liegt, daß einige Zellenleiter „selbst nur unvollständige und verzerrte Vorstellungen von der Politik des KB und vom Marxismus-Leninismus“ hätten. Es wurde auch in dem Artikel dann für „mehr Schulung“ auf allen Ebenen der Organisation und für eine Anknüpfung „kontroverser Diskussionen zu allen wesentlichen Problemen unserer Politik (Betriebsarbeit, Wahlen, Bündnispolitik etc.) in unserer zentralen Presse und/oder gegebenenfalls auch über interne Papiere“ ausgesprochen. Es wurden Methoden des „Psycho-Terrors“ (Einschüchterung, überzogene und dogmatische Forderungen an konstant meßbare Erfolge, Nichtbeachtung der konkreten Umstände, in denen Genoss(inn)en ihre politische Arbeit im Bündnisbereich machen, usw.) kritisiert, die streckenweise an die Stelle einer „wissenschaftlichen Anleitung“ gesetzt worden sind, die über eine „selbstverständliche konkrete Unterbauungsarbeit“ (und am besten auch eigene Erfahrung!) der anleitenden Kader voraussetzt. Illegales wurde dann darauf, daß viele Genoss(inn)en ihre Widersprüche häufig nicht anzusprechen wagen, daß eine „weit verbreitete Anpassung nach oben“ existiert, und eine „Tendenz, Dinge zu schematisieren, d.h. „klare“ (feinzelne dogmatische) Rezepte für bestimmte Verhaltensweisen festzulegen, statt die Dinge allseitig zu erfassen (mit ihren positiven und ihren negativen Aspekten) und eine flexible Taktik zu entwickeln.“

Als eine Erscheinungsform der „Anpassung nach oben“ und des Schematismus wurde z.B. beschrieben: „das häufig zu beobachtende totale Umkippen von Standpunkten. Da vertritt z.B. eine Einheit mehrheitlich eine bestimmte Position. Dann gibt es eine Diskussion mit einem leitenden Genossen. Und am Ende nehmen die Genossen der Einheit vielleicht mehrheitlich genau den entgegengesetzten Standpunkt ein wie vorher, d.h. übertreiben jetzt in die andere Richtung. Und

Man will es jetzt auf jeden Fall „richtig“ machen und zeigen, daß man seinen früheren Fehler begriffen und korrigiert hat.“ Als Ursachen für die „mangelnde Entfaltung der Diskussion im KB“ wurden des weiteren auch „Konsumverhalten und Trägheit bei vielen Genossen“ genannt. „Selbst im Bereich der „persönlichen Betroffenheit“, wo noch am ehesten Engagement zu finden ist, trifft man häufig noch auf mangelnde eigene Aktivität.“

Erst recht zeige sich dies aber in der politisch-theoretischen Arbeit. „Die politisch-theoretischen Arbeiten und längerfristigen Einschätzungen werden im KB immer noch fast ausschließlich von einer unvorstellbar kleinen Zahl von Genossen geleistet, auf diesem Gebiet wirkt sich die Enghaftigkeit von gut 95% unserer Organisation besonders scharf aus.“ In dieser Hinsicht, so hieß es weiter, seien wir „heute sogar ärmer dran“, als in den Anfängen unserer Organisation.“ Das ganze letzte Kapitel mit dieser Thematik trug die aufreißende Überschrift: „Ohne freimütige Diskussion können wir den Laden nicht machen!“ und es wurde dazu aufgerufen, daß „mit der sozialdemokratischen Aufnahme- bzw. Renschlepp-Methode Schluß gemacht wird, und kontinuierlich an der politisch-theoretischen Weiterbildung aller Genossen gearbeitet wird. Kaum zu knäpfen ist dieses Problem (das „ungelöste Niveau“ in der Organisation) hingegen, wenn die derzeitige Situation andauert, daß nämlich der AK nicht mehr verbindlich auf das Wesentliche hin durchgearbeitet wird. „Klassiker“ kaum noch gelesen werden.“

Wir können nur betonen, daß wir diese Gedanken und Forderungen nicht unterstützen – und sehen unsere Überlegungen tatsächlich

„... wenn die „Krisenliteratur“ (von der Kl. ebenfalls mit „Frauenbücher“ genannt hatte) schlicht verhasst war, als „Bettlerliteratur“ für Genossinnen, sowie dies für Genossen der Fußballer oder die ...“

„Die Arbeitsbelastung ist jedoch nicht der einzige Grund für die Vernachlässigung marxistisch-leninistischer Schulung und Weiterbildung. Beispielsweise haben ziemlich idiosynkratische Bücher wie das von Shulamit Firestone oder die Haltungen von Verena Stefan, oder auch der „Kleine Unterschied“ (auf das ich das Wort „idiosynkratisch“ nicht beziehe; von Alice Schwarzer im KB teilweise sehr engagierte Diskussionen ausgelöst) heißt also. Es gab Zeit, um diese Bücher zu lesen, und es gab sogar Zeit, um stundenlang und wiederholt über diese Bücher zu diskutieren, z.T. sogar auf Anleiter-Ebene. Es kann also nicht fehlende Zeit allein gewesen sein, die daran schuld ist, daß man sich nicht zur Lektüre und Erörterung beispielsweise des linken Radikalismus von Lenin oder „Über den Widerspruch“ von Mao gekommen ist.“

Der springende Punkt scheint mir eher, daß sich an Buchern und Themen wie den zuerst genannten „per-

sönliche Betroffenheit“ festmacht bzw. entwickelt, an den „Klassikern“ jedoch nicht. Mit der Konsequenz, daß man sich für Bücher und Themen der ersten Art halt die nötige Zeit nimmt, für die „Klassiker“ oder den AK jedoch nicht unbedingt. Anders gesagt: Für die Probleme, die uns am meisten „brennen“, suchen wir Antwort eher bei Firestone und Schwarzer, als bei den „Klassikern“. Oder nachmal anders ausgedrückt: Die Probleme, die uns am meisten „brennen“, sind die der persönlichen Beziehungen, nicht die des politischen Kampfes. ... Allgemeine Probleme des politischen Kampfes hiezu und gelten weiterhin als Pflicht – man behandelt sie, aber vielfach ohne große Begeisterung und inneres Engagement. Persönliche Probleme, „Frauenfrage“, „Schwulenfrage“ oder auch gelegentlich Probleme der ausländischen Politik hingegen bilden eher die „Kür“, haben vielleicht geradezu einen Lust- und Reizwert.“

(Wir versuchen ausdrücklich, daß diese Sätze nicht aus den Artikeln von Ha. und Kl. oder aus unserem eigenen Artikel im AK 160 stammen!)

Zu fragen ist, steht es in Übereinstimmung mit diesen Ausführungen, wenn Ha./Kl. wegen ihrer Kritik an der „Krisenliteratur“ (darunter oben genanntes Buch von Verena Stefan) „hässliche Bemerkungen über die Literaturverhältnisse von Genossinnen“ angelastet werden (siehe im AK 157 S. 48)? Wenn Ha./Kl. wegen ihres Hinweises auf die teilweise Zurückdrängung kommunistischer Frauenliteratur durch bezweifelte „Krisenliteratur“ demagogisch plump gekonkretisiert wird, dies sehen wir deren Meinung nicht

... wenn die „Krisenliteratur“ (von der Kl. ebenfalls mit „Frauenbücher“ genannt hatte) schlicht verhasst war, als „Bettlerliteratur“ für Genossinnen, sowie dies für Genossen der Fußballer oder die ...

... wenn die „Krisenliteratur“ (von der Kl. ebenfalls mit „Frauenbücher“ genannt hatte) schlicht verhasst war, als „Bettlerliteratur“ für Genossinnen, sowie dies für Genossen der Fußballer oder die ...

... wenn die „Krisenliteratur“ (von der Kl. ebenfalls mit „Frauenbücher“ genannt hatte) schlicht verhasst war, als „Bettlerliteratur“ für Genossinnen, sowie dies für Genossen der Fußballer oder die ...

... wenn die „Krisenliteratur“ (von der Kl. ebenfalls mit „Frauenbücher“ genannt hatte) schlicht verhasst war, als „Bettlerliteratur“ für Genossinnen, sowie dies für Genossen der Fußballer oder die ...

Zwei Mao-Zitate und ...

Der Artikel „Soweit ist es mit uns gekommen!“ im ersten „Krisen-UW“ (August 1978) wie auch der Artikel „Roll back“ (September 1979) endet mit einem Mao-Zitat:

Das Mao-Zitat vor einem Jahr in „Unser Weg“ lautete: „Ernsthaft Selbstkritik üben – das ist ein weiteres Merkmal, das uns von anderen Parteien unterscheidet. Man muß die Strube ständig austreten, sonst wird sich Staub ablagern, man muß das Gesicht regelmäßig waschen, sonst wird das Gesicht schmutzig. Auch

in den Köpfen unserer Genossen und in der Arbeit unserer Partei kann sich Staub ablagern, auch hier muß man fegen und waschen.“ Was uns betrifft, so besteht das einzige wirkliche Mittel, um die Köpfe unserer Genossen und den Leib unserer Partei gegen jegliche politische Verunreinigung und allerlei politische Mikroben zu immunisieren, darin, beständig unsere Arbeit zu überprüfen und dabei den demokratischen Arbeitsstil zu fördern, keine Angst vor Kritik und Selbstkritik zu haben, die nützlichen Maximen des chinesischen Volkes zu befolgen. Weißt du etwas, so sprich, sprichst du, so sage alles.“ Dem Sprecher nicht zum Tadel, dem Zuhörer zur Lehre.“ Hast du Fehler gemacht, korrigiere sie, hast du keine gemacht, sei noch mehr auf der Hut.“ (Über die Qualitätsregierung, 24.4.45, Werke Bd. 3)

Der „Roll back“-Artikel im vorletzten AK endete mit folgendem Mao-Zitat: „Soß man eine freie Meinungsäußerung blähen lassen oder sie drohen? Das ist eine Frage des politischen Kurses.“ Wir befrachten den Kurs des „Blumenlansens“, doch blüht gegenwärtig noch zu wenig und nicht zu viel. Man braucht vor freier Meinungsäußerung, vor Kritik und vor giftigem Unkraut keine Angst haben. Es wird keine Frage geregelt, wenn man mit bloßen administrativen Maßnahmen verbieten will, anormale und heftige Ercheinungen anzuhören, mit einer falschen Ideologie in Beherrschung zu kommen, schlechte Strüke anzusehen. Ich bin natürlich nicht der Meinung, daß allerlei Unrat verbreitet werden sollte, ich meine viel mehr, daß es etwas davon geben kann.“ (Rede auf der Landeskongress der KP Chinas über Propagandaarbeit März 1957)

... wenn die „Krisenliteratur“ (von der Kl. ebenfalls mit „Frauenbücher“ genannt hatte) schlicht verhasst war, als „Bettlerliteratur“ für Genossinnen, sowie dies für Genossen der Fußballer oder die ...

... wenn die „Krisenliteratur“ (von der Kl. ebenfalls mit „Frauenbücher“ genannt hatte) schlicht verhasst war, als „Bettlerliteratur“ für Genossinnen, sowie dies für Genossen der Fußballer oder die ...

... wenn die „Krisenliteratur“ (von der Kl. ebenfalls mit „Frauenbücher“ genannt hatte) schlicht verhasst war, als „Bettlerliteratur“ für Genossinnen, sowie dies für Genossen der Fußballer oder die ...

... wenn die „Krisenliteratur“ (von der Kl. ebenfalls mit „Frauenbücher“ genannt hatte) schlicht verhasst war, als „Bettlerliteratur“ für Genossinnen, sowie dies für Genossen der Fußballer oder die ...

... wenn die „Krisenliteratur“ (von der Kl. ebenfalls mit „Frauenbücher“ genannt hatte) schlicht verhasst war, als „Bettlerliteratur“ für Genossinnen, sowie dies für Genossen der Fußballer oder die ...

... wenn die „Krisenliteratur“ (von der Kl. ebenfalls mit „Frauenbücher“ genannt hatte) schlicht verhasst war, als „Bettlerliteratur“ für Genossinnen, sowie dies für Genossen der Fußballer oder die ...

erleichtert vielmehr den Menschen, es bekämpfen zu lernen.“ Und nachdem Mao in einigen weiteren Sätzen darauf hinweist, daß bezüglich des „Systems des Eigentums an den Produktionsmitteln“ bereits der „fundamentale Sieg davongetragen“ ist, jedoch „an der politischen und ideologischen Front ... der volle Sieg noch nicht errungen“ sei, fährt er fort: „Wir werden noch einen langwierigen Kampf gegen die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologien zu führen haben. Es wäre falsch, diese Sachlage nicht zur Kenntnis zu nehmen, auf den ideologischen Kampf zu verzichten. Alles, was es an falschen Gedanken, an giftigem Unkraut und sonstigen schlechten Dingen gibt, soll kritisiert werden, darf sich nicht beliebig verbreiten. Aber diese Kritik muß voller Argumente sein, muß Analysen enthalten, muß überzeugen, sie darf nicht grob und bürokratisch oder metaphysisch und dogmatisch geübt werden.“

Deutlich ist also, daß Mao die Notwendigkeit eines ideologischen Kampfes gegen „giftiges Unkraut“, „schlechte Stücke“ und „Unrat“ betont, und sich in diesem Zusammenhang gegen „administrative Maßnahmen“ abgrenzt und den Kurs des „Blumenlansens“ befruchtet. In Kl's (heutiger) verkürzter Zitation und eigener Kommentierung entfällt dagegen jeder Hinweis auf den ideologischen Kampf gegen das „Unkraut“ – und es folgt nur die Warnung vorm Lockmeisterei und vor der „Säuberung nach der die ZL in ...“

... sie übertreiben jetzt in die andere Richtung“ (UW-extra: „Soweit ist es mit uns gekommen!“)

... sie übertreiben jetzt in die andere Richtung“ (UW-extra: „Soweit ist es mit uns gekommen!“)

... sie übertreiben jetzt in die andere Richtung“ (UW-extra: „Soweit ist es mit uns gekommen!“)

... sie übertreiben jetzt in die andere Richtung“ (UW-extra: „Soweit ist es mit uns gekommen!“)

... sie übertreiben jetzt in die andere Richtung“ (UW-extra: „Soweit ist es mit uns gekommen!“)

... sie übertreiben jetzt in die andere Richtung“ (UW-extra: „Soweit ist es mit uns gekommen!“)



Antwort auf einige Leserbriefe

ine Reihe unserer Kritiker hat unsere Ausführungen über krisenbedingtes Anwachsen des Utopismus offensichtlich mißverstanden.

Die Genossinnen der Göttinger AG Frauen schreiben, unsere Utopismus-Beispiele wiesen nur „auf eine Fülle ungelöster Probleme“ hin. Die Krondiskussion sei im Gegenteil „über weite Teile vermischt“, weil „viel zu wenig Veränderungsforderungen in die Organisation getragen werden“ und „die eigenen Utopien viel zu wenig ernst genommen werden“. Gd. aus der Technik beschreibt – was sie selbst als Widerlegung unserer Ansichten zum Utopismus ansieht – wie vor allem die Genossinnen in der Technik bürgerliche Hierarchien, Chauvinismus und „widerliche“ Arbeitsklima zugunsten einer kollektiven und solidarisierenden Organisation der Arbeit bekämpft haben.

Ma., Gd. und HN aus Flensburg meinen, wir hätten die Tendenz zum Utopismus „aufgebauscht“, in ihrem eigenen Erfahrungsbereich beobachtet sie vielmehr Verweigerung und Resignation, „Rückzugstendenzen ohne den Versuch, Ansprüche an die Organisation anzumelden, Mißstände zu kritisieren“. Ähnlich bil., SSB: „Viele Genossinnen und Genossen haben nämlich aus dem Augen verloren, daß heute – trotz allem – noch etwas machbar und erreichbar ist. Und bei nicht wenigen hat das zu einem Rückzug und/oder Aufwertung der persönlichen Situation geführt. Ich glaube fest, ein bißchen mehr 'Utopismus' könnte uns gar nicht schaden!“

Dahinter steckt die Sorge, wir wollten bzw. würden durch das Aufzeigen utopistischer Tendenzen berechnete Kritiken zum Vertommen bringen. Daß dies keineswegs unsere Absicht war, geht u.E. allerdings aus AK 160 hervor. Wir schrieben dort u.E., daß der Utopismus vielfach die „sehr positive Wirkung“ hat, „Erscheinungen der Verkünderung in die 'sehr positive Wirkung' hat, „Erscheinungen der Verkünderung in der 'Alltagsarbeit' transparent zu machen, 'aufzuheben', an unsere gemeinsamen revolutionären Ideale zu erinnern“.

In diesem Sinne wurden wir zwar die Aussage von B. aus Harburg zu unseren Utopismusexemplaren („Aufhebung der Trennung von Kopf- und Handarbeit bei der Zeitungsstellung“, „youtenderes Ankersystem“ und „33% Frauen in Arbeitsgruppen“), diese zeigten L.E., „nicht im geringsten utopistische Tendenzen, sondern sind Anregungen zur Veränderung der Arbeit in etlichen Bereichen der KB, die durchaus heute schon ernst genommen werden sollten“, im ersten Teil (keine utopistischen Tendenzen) kritisieren, im zweiten Teil im Sinne ernst zu nehmender Anregungen zur Verbesserung unserer Arbeit für richtig halten: Z.B. Überlegungen zu treffen, daß mehr Genossinnen für Leitungsaufgaben qualifiziert werden, zu Leitungsaufgaben mehr Genoss(inen) heranzuziehen usw.

Ma., Gd. und HN aus Flensburg behaupten, daß es an unserer Beiträgen (und vorher Ha. und Kl.) liege, daß die zu Beginn der Krimdebatte häufiger eintreffenden Kritiken der Genoss(inen) inzwischen nicht mehr eintröfen, wir (bzw. schon vorher Ha./Kl.) eingeschüchert hätten. Eine Darstellung, nach der ab AK 156 eine vorher munter sprudelnde Krimdebatte verstiegt ist, entspricht wohl nicht der Wirklichkeit – eher im Gegenteil!

Diesen Lenin nicht vergessen!

Jd., KHB Göttingen, hat in seiner Stellungnahme zurecht deutlich gemacht, daß Vorstellungen von einer revolutionären Organisation, die ausreicht wie die Gesellschaft, die sie anstrebt, utopistisch sind und mit Lenins Plan einer revolutionären Organisation nicht übereinstimmen (1). Ba., Bi. la. aus Göttingen „halten es für einen wesentlichen Punkt der Entwicklung einer revolutionären Organisation, daß ihre Mitglieder in mehr auch für die Revolutionierung ihrer 'menschlichen' Beziehungen und Möglichkeiten streben“ – sowohl so gut, wenn dies im Zusammenhang der politischen Arbeit steht. Die Genoss(inen) fahren dann fort: „... und was besser kann ein Motor für diesen Kampf sein, als die sozialistische Utopie im eigenen Kopf, als das Wagnis, der Versuch, ein Stück dieser Utopie auf die heutigen Verhältnisse zu konkretisieren...“. Dies ist auch notwendig, um zu klären, wie wir unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen die Verwirklichung der Utopie herangehen wollen, ohne bei jeder strittigen Frage nach der Parteilichkeit zu schreiben. Ähnlich argumentiert bil., SSB: „Ich gebe

den Genoss(inen) recht, die sich fragen, wie wir wohl den Sozialismus aufbauen wollen, wenn wir es nie gelernt haben, uns mit bürgerlichen Verhaltensweisen auseinanderzusetzen. Genauso wenig, wie ein demokratisches Status allein die Demokratie in der Organisation sichern kann, wird die Vergesellschaftung der Produktionsmittel alleine eine menschlichere Gesellschaft garantieren. Es sind schließlich die Menschen, die diese äußeren Bedingungen mit Inhalten füllen“. Und B., Harburg, meint: „Nach dieser Theorie der Zentrumsgenossen wären die leistungsfähigsten Gesellschaftsveränderer diejenigen, die möglichst wenig Kraftaufwand in ihre persönliche Veränderung verschwenden. Da stellt sich bloß die Frage, wie die Gesellschaft dieser Gesellschaftsveränderer machen soll“.

Viele gegen uns gerichtete Kritiken gehen (bewußt?) an unserem eigentlichen Anliegen vorbei. Wir haben weder gegen die utopischen Ziele des revolutionären Sozialismus, noch gegen den Kampf für konkrete Veränderungen im KB polemisiert. Viele Elemente unserer Organisation, die ein Stück zukünftiger Gesellschaft vorwegnehmen, sind aus unserer Sicht nicht etwa der Schlagkraft unserer Organisation schädlich, sondern gerade auch der 'reinen' revolutionären 'Zweckmäßigkeit' dienlich. Ein hoher Prozentsatz von Genossinnen in leitenden Funktionen ist z.B. nicht nur insofern wertvoll, als dies ein Gradmesser der Überwindung der doppelten Unterdrückung der Frau im KB ist, sondern dies ist auch ein Zeichen dafür, daß uns die Befreiung vorher brachliegender (weil 'doppelt unterdrückter') politischer Potenz gelungen ist.

Auch die Einbeziehung 'privater' Probleme und bewußte Veränderung zwischenmenschlicher Beziehungen haben bei richtiger Behandlung positive Auswirkungen auf die politische Arbeit. Die Einbeziehung privater Probleme und bewußte Veränderung zwischenmenschlicher Beziehungen haben bei richtiger Behandlung positive Auswirkungen auf die politische Arbeit. Die Einbeziehung privater Probleme und bewußte Veränderung zwischenmenschlicher Beziehungen haben bei richtiger Behandlung positive Auswirkungen auf die politische Arbeit.

„Obriktedenken“ und „Kadavergehoram“ in der Organisation schwächt unmittelbar unsere politische Schlagkraft. Dies umfassen zu bekämpfen (u.a. mit der Parole 'den eigenen Kopf gebrauchen'), dient also nicht bloß der Schaffung des 'neuen Menschen' im KB – gewissermaßen als Orientierung auf die sozialistische Gesellschaft – sondern erhöht hier und heute die differenzierte Einmütigkeit unserer Kader, das selbständige Lösen bestimmter Fragen und Probleme etc.pp.

Zwischen antreibendem Zustand ('konkrete Utopie') und revolutionärer Zweckmäßigkeit hier und heute klafft offensichtlich ein prinzipieller Widerspruch, den aber eine Reihe unserer Kritiker(innen) verneinen (wollen). Eine sind wir mit ihnen, praktikable Anstrengungen zur Verringerung dieses Zwiespals zu unternehmen. Warum tun wir allerdings vor unerfüllbaren Erwartungshaltungen die erfahrungsgemäß allzuoft und auszuscheiden in Resignation (schrittweise Verweigerung, Herausziehen aus den Arbeitszusammenhängen des KB, Austritt, Zerfall ganzer Einheiten) führen können.

Abgegrenzt haben wir uns also von einer Tendenz, die die Verwirklichung utopischer (also durchaus revolutionärer) Ziele hier und heute u.a. b. h. a. n. g. i. g. von der politischen Aufgabenstellung des KB fordert, die also unserer Organisation den haupttätigen Charakter eines Zweckbündnisses absprechen will. Leider haben sich unsere Kritiker mit dieser Problematik kaum befäßt und es vorgezogen, über die politischen Aspekte des Utopismus im allgemeinen zu diskutieren.

Die Genossinnen der AG Frauen Göttingen schreiben, wir bräuchten viel mehr Genoss(inen), die ihre 'Utopien' für die „persönlich-politische Emanzipation“ in der Organisation „ernst nehmen, damit wieder Leben in die Bude kommt“, und zitieren dann Lenin, aus „Was tun?“, zum berechtigten Träumen. Sie vergessen dabei, daß Lenins Traum sich auf den Plan einer Zeitung als „kollektiver Propagandist, kollektiver Agitator und kollektiver Organisator“ bezog, da er mit einem „Gerüst“ um „ein im Bau befindliches Gebäude“

(Aufbau der SdAPR aus dem Zirkelwesen) verglich, Lenin also von den politischen Ergebnissen des geplanten und möglichen nächsten politischen Schritts träumte. Diesen Lenin sollten wir auch nicht vergessen, liebe Genossinnen der AGF Göttingen.

„Die alten utopischen Sozialisten hatten die Vorstellung, man könnte den Sozialismus mit anderen Menschen ausbauen, sie könnten zuerst netze, blitzsaubere und vortrefflich geschulte Menschen erziehen und dann mit ihnen den Sozialismus aufbauen. Wir haben uns darüber immer lustig gemacht und erklärt, daß das Spukerei, ein Zeitvertrieb für in Sozialismus machende gestörte Jungfrauen ist, aber keine ernste Politik.“

Wir wollen den Sozialismus mit den Menschen errichten, die der Kapitalismus erzogen, die er verdorben und demoralisiert, dafür aber auch zum Kampf gerüstet hat.“ („Erfolge und Schwierigkeiten der Sowjetmacht“, Bd. 29)

Waffenstillstand mit dem Feminismus?

Wir schrieben im AK 160, daß unter den „Rahmenbedingungen“ einer Nicht-Auseinandersetzung mit feministischen Strömungen im AK innerhalb unserer Organisation die „grauen Zonen des Feminismus“ wuchsen, was I.G.-Mehrsen und AG Frauen bestreuten: Unser Vorwurf des „Waffenstillstandes“ sei völlig aus der Luft gegriffen. Sehen wir uns an, wie die Genoss(inen), die die Mehrheitsposition teilen, des unermesslichen Geschmacks nach ehrlicher betrieblen.

„Die Kritik der Zentrumsgenossen, daß sich im AK zu wenig mit den verschiedenen Strömungen der Frauenbewegung auseinandergesetzt wird, kann ich durchaus unterstützen. Es gibt Themen, die in der Frauenbewegung bzw. Zeitschriften wie 'Emma' oder 'Courage' breit diskutiert werden.“

„... und zu denen nichts im AK steht. Hierfür sollte mehr Wert gelegt werden, zumal doch zumindest die Genossinnen der Frauenbewegung machen, diese Auseinandersetzung ständig führen. Aber warum werden der Mangel gleich auf eine 'offene Flanke zum Feminismus' hin?“ (B., aus Harburg).

Wir haben nicht gesagt, daß die Nicht-Auseinandersetzung im AK auf eine „offene Flanke“ hinweist, sondern „Rahmenbedingungen“ schafft, in denen „Grauzonen“ wachen können und diese anhand innerorganisatorischer Debatten nachgewiesen. B. stellt also fest, daß die einige Themen im AK vermisst. Sie schreibt dann weiter: „Gerade aus der Frauenbewegung (und auch vom feministischen Teil) habe ich bisher eine ganze Menge politisch und persönlich gelernt. Und ich betrachte es als eine gute Seite des KB, daß wir uns aus den meisten dieser Diskussionen nicht herausgehoben haben. Die blutblanken, saubere, proletarische Frauenbewegung läßt sich nun mal nicht aus dem Boden stampfen, auch wenn es einige Zentrumsmänner sich so wünschen. ... Und wenn uns das alles zu femininisch und unrevolutionär wäre, könnten wir gleich die Frauenbewegung aufgeben.“

B. macht hier folgenden Fehler: sie verwechselt unsere Kritik (fehlende Auseinandersetzungen im KB mit feministischen Strömungen) die sie z.T. wenn auch nicht in den Folgen teilt, mit unserer Bündnispolitik. Schlierer kommt dies noch in der Flensburg-Zeitung zum Ausdruck: „Die Analyse des 'Waffenstillstandes' halten wir für nicht sauber, zumindest unterschlägt ihr einige Artikel der AGF. Richtig ist sicherlich, daß hier nicht der Schwerpunkt der Auseinandersetzung lag – aber das ist auch gut so.“ Drei Absätze vorher heißt es: „Wenn im ersten Teil der Zentrumsmehrheiten Artikel sogar Hilftongkeit der Genossinnen konstatiert wird, daß subtile Formen von Frauenunterdrückung nach wie vor breit im KB existieren, 'Emanzipation', sollte dieses Problem auch gut in der Gedacht und in Sachen Feminismus mitgemacht werden.“

Denn diese Situation der Genossinnen ist das Problem und hat als Echo oder Reflex den Feminismus bedingt“ (hier von uns). B. setzt unserer Kritik den derzeitigen Charakter der „Frauenbewegung“ gegenüber. Denkt man/frau bei dieser Logik einen Schritt weiter: wir wollen dies B. nicht unterlassen – so landet man/frau bei der Aussage, daß eine schärfere ideologische Kontroverse mit den kleinbürgerlichen feministischen Strömungen unsere bundnspolitische Arbeit be-

hindert. Schärfere innerorganisatorische Debatte = sektiererische Bündnispolitik?

Auch Ma., Gd., HN akzeptieren weitgehend unsere Einschätzung bezüglich der AK-Auseinandersetzung. Sie halten allerdings nicht aus bundnspolitischen Gründen, sondern wegen des in der Organisation weit verbreiteten Chauvinismus die Nicht-Auseinandersetzung für vernünftig. In ihrer Polemik werfen sie uns einen „voluntaristischen und unmateriellistischen Gedankengang“ vor, weil wir geschrieben hätten, „unter diesen Rahmenbedingungen“ ist es u.E. gar nicht verwunderlich, wenn innerhalb unserer Organisation die grauen Zonen des Feminismus wuchsen, v.a. in solchen Organisationsstellen, die nur über ungenügend qualifizierte und geschulte Genossinnen verfügten. Wir schreiben nicht – und das konnte zurecht als unmateriellistisch bezeichnet werden, daß die fehlende Auseinandersetzung die Ursache für feministische Fehlströmungen ist, sondern „Rahmenbedingungen“ für ein Anwachsen dieser Fehlströmungen schafft und teilen durchaus die Meinung, daß der Chauvinismus in unseren Reihen „als Echo oder Reflex des Feminismus bedingt“ ist. Aber folgt daraus, daß wir „in Sachen Feminismus“ mitmachen sollten? Anleihen beim Feminismus – den unterschiedlichsten Ideologien der kleinbürgerlichen Frauenbewegung – sind eine spontane Antwort auf den Chauvinismus und die Entsolidarisierung, aber diese Anleihen sind auch falsche Antworten, kein natürliches Gegengewicht gegen Chauvinismus und Entsolidarisierung. Sie müssen kritisiert werden, damit unsere Genossinnen gegen Chauvinismus und Entsolidarisierung die richtigen Antworten und Waffen zu gebrauchen wissen.

Belege zusammengesucht?

Belege zusammengesucht?

In mehreren Zuschriften ist uns vorgeworfen worden, wir hätten zwar Ha./Kl. bezüglich der frauenfeindlichen Aspekte ihrer Zuschriften kritisiert, dann aber – indem wir uns hauptsächlich in unseren Artikeln mit Frauenpolitik beschäftigt hätten – dasselbe wie Ha./Kl. praktiziert. In einer Zuschrift aus der Eimobiler Kerngruppe werden wir „verteidigt“: Nach Ansicht des Autors hätten wir uns mit unserer Frauenpolitik deswegen beschäftigt, weil die Fehler und Mängel dort, „ihren direktesten Ausfluß auf unsere Massenspolitik“ hätten. Ähnlich Cl., KHB Göttingen: „Die Tatsache, daß die Frauenpolitik in den Mittelpunkt der Krimdiskussion gerückt ist, kann man/frau doch nicht den provokanten Fähigkeiten zweier Genossinnen zuschreiben, sondern ist doch vielmehr Ausdruck dieser Krise.“ Diese Positionen teilen wir so nicht. U.E. nach haben sich liberalistische und individualistische Fehlströmungen im Verlauf der Krise in unseren Reihen auf vielen Sektoren ausgebreitet, die Frauenpolitik stand für uns zum Beispiel deswegen im Mittelpunkt unserer Analyse, weil wir uns zu der Zeit AK 156 begonnene Debatte einschalten wollten und daher am Thema länger argumentieren mußten. Der Vorwurf der „Sündenbocktheorie“ ist in diesem Zusammenhang absurd.

Ebenso absurd ist der Vorwurf einiger Kritiker(innen), wir hätten bezüglich der grauen Zonen des Feminismus vorher die Einschätzung gehabt und dann die Belege zusammengesucht. Eine solche Argumentation, wie sie auch in den zentralen Mehrheitsartikeln gegen uns auftaucht, hat eigentlich nur dann einen Sinn, wenn diese grauen Zonen überhaupt geklärt werden sollen.

Was verstehen sich dann aber frühere Aussagen der AGF dazu, die diese Strömungen wie z.B. im AK 155 zu beschreiben versuchen. Wir verstehen sich dann vor allem die Zuschriften von I.G.-Mehrheitsseite auf Ha./Kl., die oben einen angeführten Beleg von (z.T. m.a.s.s.i.v.e.) Feminismus sprechen. Es sind z.T. die gleichen Genoss(inen), die noch vor zwei Wochen dies konstatierten, uns jetzt aber „vorgefaßte Meinung“ vorwerfen.

Die Genossin K aus Braunschweig schreibt dazu, sie lehne unsere Methode – sich aus innerorganisatorischen Protokollen ein Bild der wichtigsten konkreten Erscheinungsformen pro-feministischer Tendenzen im KB zu machen, wobei wir einschneidend gesagt hätten, man/frau möge uns nachsehen, wenn wir kein vollständiges Bild wiedergäben bzw. das eine oder andere Zitat nicht vollständig richtig interpretierten – ab

und begründet dies mit unserer „Behandlung“ eines Zitats aus dem Protokoll des niedersächsischen Frauenkommissionstreffens vom 24.6.79. Wir hätten a. durch Auslassungen das Zitat gefälscht und b. ein Protokoll vom 27.6.79, in dem die Position revidiert würden, bewußt weggelassen. Zu a.: Wir schrieben in AK 160: „Ein krasse Beispiel der Entsolidarisierung unter Frauen unter der speziellen Flagge des Feminismus im KB. Von einigen Frauen (es handelt sich um Braunschweiger KB-Genossinnen) wird generell eine Zusammenarbeit und auch ein Zusammenleben mit Männern abgelehnt bzw. feste Zweierbeziehungen kritisiert. Diese Position geht so weit, einer Genossin, die ein Kind erwartet, eine wie auch immer geartete Unterstützung zu verweigern, da sie mit einem Mann zusammenlebt, das auch noch als „Obermacker“ gilt.“ Meulenbelt darf sich freuen. „Die fettgedruckten Wörter zitierten wir nicht mit Unter-Einschluß dieser zehn Wörter, die angeblichen Belegfälschung, würde sich u.E. an der Bewertung – vorausgesetzt insgesamt, das Protokoll gibt die Positionen richtig wieder – absolut nichts ändern, eher im Gegenteil.“ Gerade wenn der Mann ein „Obermacker“ ist – also besonders frauenfeindlich auftritt – würde der Entzug der Solidarität unserem Geschmack nach noch schwerer wiegen, als es bei uns zum Ausdruck gekommen ist. Die Hinzunahme „bzw. feste Zweierbeziehungen kritisiert“ kann im ganzen Sinnzusammenhang u.E. nach nur bedeuten, daß einige Genossinnen in Braunschweig für sich selbst Zusammenarbeit/Zusammenleben mit Männern ablehnen und bei anderen Genossinnen „feste Zweierbeziehungen kritisieren“. Dementsprechend folgt ja im Protokolltext: „Diese Position“ – also die Ablehnung der eigenen Zusammenarbeit und des eigenen Zusammenlebens u.a. die Kritik an anderen Genoss(inen) die „inklusive“ Zitate u.E. den eigenen Zusammenlebens u.a. die Kritik an anderen Genoss(inen), die sich diesem Kodex nicht fügen, „geht so weit...“ usw.

Es mag ja sein, daß die Protokollierung falsch ist, nichts wäre unüber als das, aber dann müßte K d. l. s. stichwortweise doch wohl kritisieren und nicht uns „unredlichen“ Zitierten vorwerfen. Keineswegs geht jedoch aus der gesamten Protokollstille ihre Fassung hervor, daß „eine Frau zu dem Zeitpunkt eine Zusammenarbeit und Zusammenleben mit Männern abgelehnt hat (genauer: in Frage gestellt hat) und daß andere Frauen feste Zweierbeziehungen kritisiert haben“ und „eine Genossin sündet ihre Unterstützung in der Kinderfrage 'verweigert', weil sie mit dem dazugehörigen 'Obermacker' nicht klar kommt...“.

B. K. wirft uns weiter vor, wir hätten bewußt die Änderung dieser Standpunkte, die aus dem Protokoll vom Braunschweiger Genossinnentreff am 27.6.79 hervorgehe, weggelassen. Aus diesem Protokoll geht nach unseren Angaben 1. hervor, daß es „zu einfach bzw. falsch (?)“ ist, die Auseinandersetzung um die Unterstützung in der Kindererziehung auf die Mackerfrage zu reduzieren und daß 2. „die Diskussion nicht abgeschlossen ist, d.h. daß jede Genossin ein Interesse an der Weiterführung der Auseinandersetzung hat“. Ist das eine „deutlich ersichtliche“ Zurücknahme wie K behauptet?

Wir gehen davon aus, daß K. insoweit recht hat, als daß unpräzise Angaben in den Protokollen ein falsches Bild der Braunschweiger Situation wiedergeben und daß das, was wir mit „spezieller Flagge des Feminismus“ im Sinne der Meulenbelt'schen Entsolidarisierung gekennzeichnet haben, nicht auf einige Braunschweiger Genossinnen zutrifft, sondern „nur“ auf eine Genossin zu dem Zeitpunkt. Aber was ändert das? Eine Genossin kann für sich das gleiche Recht auf Kritik in Anspruch nehmen wie mehrere. Ideologische Fehlpositionen haben sich im Verlauf der Krise auf zahlreichen Sektoren unserer Politik eingeschlichen und dabei einzelne Genossinnen und Genossen, Ortsgruppen und Arbeitsfelder mehr oder weniger erfaßt. Im einzelnen haben diese Fehlströmungen kaum oder wenig Bedeutung, in ihrer Gesamtheit sind sie allerdings schwerwiegend. Falsch ist es daher, die einzelnen Fakten herunterzuspielen – etwa wie bezüglich der „grauen Zonen“: „Ist doch nur eine Genossin“, „sind inzwischen ausgetreten“, „Ortsgruppe faktisch aufgelöst“, „Sorgenkinder der KB“. Nach dieser Logik müßte mit dem ideologischen Kampf gewartet werden, bis es zu spät ist!

A., Mitglied der Zentrumsleitung

Schwierigkeiten beim Zählen?

In AK 160 hatten wir zum letzten Jahr AK-Frauenberichterstaltung bemerkt, daß sich „nur ganze vier Artikel mit Abgrenzungen von feministischen und Modeströmungen befassen“, bzw., daß eigentlich nur der Artikel zur Walpurgisnacht im AK 154 dem Kriterium einer Auseinandersetzung mit und Abgrenzung vom Feminismus standhält. Wenn jetzt die AG Frauen noch 21 (gemeint sind 20) weitere Artikel zum angeblich selben Themenkomplex aufzählt, so sind wir zugegebenermaßen daran nicht ganz unschuldig, da die beiden von uns selbst angegebenen Artikel zum Frankfurter Sekretärinnen-Kongress und der zum Hamburger Frauenzentrum sich auch nur als Nebenpunkt mit den Abgrenzungskriterien von autonomen Frauen gegenüber Kommunistinnen beschäftigen. Daß wir solche Artikel wie „Frauen zum Band“ oder „Zur Ladenabschlusskampagne von Emma“ nicht mit in unsere Auflistung aufgenommen haben, lag an einer von uns zu eng gefassten Interpretation des Begriffs „Modeströmung“, den wir mit dem Feminismus gleichsetzten, und wir gestehen hiermit der AG Frauen gerne zu, daß diese Artikel eine gute Auseinandersetzung mit benannten Strömungen beinhalten.

Im Vermögen unsererseits war auch, den Artikel „KB-Frauenpolitik. Wie rauskommen aus der Sackgasse?“ (AK 155, S. 17) nicht gesondert hervorgehoben haben. Dieser Artikel zeigt am Beispiel mehrerer Hamburger Bereiche und Bezirke auf, wie es – trotz anfänglichen Widerstandes – von Genossinnen – gelungen ist, der Frauenpolitik wieder größeren Stellenwert zu verleihen. Dennoch scheint uns die Behauptung der AG Frauen „In 21 weiteren Artikeln über die vier von der „Zentrumsleitung“ entdeckten hinaus befassen wir uns mit anderen Genossinnen aus durchaus mit diesen Abgrenzungen von feministischen und Modeströmungen“ (AK 155, S. 17) nicht ganz zureichend. Dieser Artikel zeigt am Beispiel mehrerer Hamburger Bereiche und Bezirke auf, wie es – trotz anfänglichen Widerstandes – von Genossinnen – gelungen ist, der Frauenpolitik wieder größeren Stellenwert zu verleihen. Dennoch scheint uns die Behauptung der AG Frauen „In 21 weiteren Artikeln über die vier von der „Zentrumsleitung“ entdeckten hinaus befassen wir uns mit anderen Genossinnen aus durchaus mit diesen Abgrenzungen von feministischen und Modeströmungen“ (AK 155, S. 17) nicht ganz zureichend. Dieser Artikel zeigt am Beispiel mehrerer Hamburger Bereiche und Bezirke auf, wie es – trotz anfänglichen Widerstandes – von Genossinnen – gelungen ist, der Frauenpolitik wieder größeren Stellenwert zu verleihen. Dennoch scheint uns die Behauptung der AG Frauen „In 21 weiteren Artikeln über die vier von der „Zentrumsleitung“ entdeckten hinaus befassen wir uns mit anderen Genossinnen aus durchaus mit diesen Abgrenzungen von feministischen und Modeströmungen“ (AK 155, S. 17) nicht ganz zureichend.

Mannes in Schutz zu nehmen. Angesichts dieser Diskussionsbeiträge (von Jürgen und anderen) befürchtet E., „daß sich in die Diskussion um Frauen und Beziehungen etwas Falsches eingeschlichen hat“. Der vierte Leserbrief von Hartmut/Hamburg (auch Kulturkommission) dreht sich v.a. um die Rangheissweise an Filmen. Er kritisiert die Leserbriefschreiberinnen aus AK 140, die ein „happy end“ in Form einer „emanzipatorischen Lösung“ sehen wollen: „... Warum eigentlich soll der Zuschauer/ide Zuschauerin immer die Antwort geliefert kriegen? ... Ich möchte nämlich an einem Film irgendwie beteiligt sein. D.h. ich möchte meine eigenen Schlüsse ziehen können. Darum will ich keine „positiven Wendungen“ und keine – zwangsläufig oft platten – „klassenmäßigen Bestimmungen““. Hier wird nicht mal mehr zur Kontroverse Stellung bezogen, sondern die ganz und gar persönlichen Wünsche in den Vordergrund geschoben.

Der fünfte Leserbrief schließlich (von Gerd/Emsbüttel) beschäftigt sich mit Kriterien für eine kommunistische Filmkritik am Beispiel der Dreiecksgeschichte „Warum nicht?“. Diese Debatte war sicher interessant und die Genossinnen mögen uns bitte verzeihen, wenn wir hier sehr sehr gerne ihre Gedanken dargestellt haben, aber – um zum Ausgangspunkt zurückzukommen – haben wir nicht herausgefunden, was das mit einer Auseinandersetzung mit dem Feminismus zu tun hat. Wir sind aber gern bereit, uns von der AG Frauen überzeugen zu lassen und warten auf eine Antwort.

Ebenfalls nicht gelten lassen würden wir Leserbriefe von Genossinnen, die gerade eine stärkere Auseinandersetzung mit feministischen Positionen fordern, bzw. kritisieren, daß diese zu knapp ausfällt, wie die Genossin in AK 136 (S. 22), die sich freut, daß ein Interview mit einer schwulen Frau im AK abgedruckt war und darüberhinaus feststellt: „Eine Frau, die Feminismus als Theorie und Leitbegriff als Praxis inhaltlich nicht richtig findet, steht in der Tat erstmalig alleine. Ich glaube wir müssen uns da auch ganz einfach die Frage stellen, ob wir bislang hier nicht die politische Auseinandersetzung haben unter den Tisch fallen lassen und somit auch radikal feministischen Standpunkt und Strömungen freien Lauf gelassen haben. Ich meine schon, daß schwule Frauen auch eine andere politische Alternative haben, als sich in feministische Lager abzuheben. Nur setzt das voraus, daß wir in die Diskussion einsteigen, und das will ich eigentlich mit diesem Leserbrief erreichen.“ Ähnlich argumentieren zwei Genossinnen in ihrem Leserbrief zum „Stern“-Prozess, in dem sie feststellen, daß „wir als KB der feministischen Politik teilweise sehr wenig an Analysen und vereinfachten kommunistischen Frauenstandpunkten entgegen setzen“. „Die Genossinnen fordern „intensive Auseinandersetzungen um feministische oder bürgerliche Frauenstandpunkte“, insbesondere hier gehört schon reichlich „Mut“ dazu, diese Kritiken über zu wenig antifeministischen Kampf im AK, jetzt gegen uns als eben das Gegenteil, nämlich als (geplante) Auseinandersetzung mit dem Feminismus umzuinterpretieren.

Dem kritischen, sich mit dem Feminismus auseinandersetzen, halten auch Artikel wie „Feministische Theorie und Praxis in sozialen und pädagogischen Berufsfeldern“ (AK 145, S. 33), „Hausfrauengewerkschaft gegründet“ (AK 148, S. 31) und „Frauenpartei – Gründung aufgeschoben“ (AK 155, S. 19) nicht statt. Im erstgenannten Artikel wird ein Kongress des Vereins „Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen“, an dem sich über 1.000 Frauen beteiligten, geschildert. Als Kongress werden bezeichnet: „... ein Erziehungsseminar für die Frauen, weil sie dadurch sehr an Haus Gefeset sind oder soll frau je ein Kongress sein? ...“ und in der AG „Mädchenarbeit“ gab es eine Auseinandersetzung um die Frage der besonderen Parteilichkeit für Mädchen, die ein Großteil der Frauen mit Hinweis auf die schlechten Bedingungen für alle Schüler ablehnte. Hier setzt auch die Kritik der Verfasserinnen ein, nämlich daß der „Kongress für viele

Frauen primär ein Berufskongress war, sie wurden offensichtlich über ihr berufliches Interesse und ihre eigene Rolle im Beruf und weniger über ein mehr globales Interesse an Frauenfragen angesprochen.“

Im Artikel „Hausfrauengewerkschaft gegründet“ werden einige Informationen zum Programm der von Frau Dr. Heuer gegründeten „Gewerkschaft“ gegeben. Ziel ist es, eine „tatsächliche Anerkennung der Hausfrauenstätigkeit als Beruf zu erreichen. Die Einführung einer Krankenversicherung für Hausfrauen und eine angemessene Altersversorgung durchzusetzen.“ Kritisiert wird, daß in dem Programm „eine kritische Auseinandersetzung mit der üblichen Rolle der Frau als Hausfrau und Mutter“ fehlt. Weiterer Kritikpunkt ist, daß Frau Heuer „teilweise völlig unsinnige und vor allem sehr radikal klingende Kampfmaßnahmen“ vorschlägt (Boykott der Kinderbekleidungsbranche, Schulstreik der Mütter u.a.). In dem Artikel wird abschließend die ganze Gewerkschaftsgründung als „totaler Alibiakt“ eingeschätzt. Die bestehenden Frauenorganisationen blieben von der „Gründung“ bewußt ausgegrenzt.

Zum Frauenpartei-Artikel haben die Autorinnen selbst eine kurze Stellungnahme verfaßt (s. Kasten). Wir meinen, daß die angegebenen Beispiele genügen, um aufzuzeigen, daß es tatsächlich keine Frage ist, wer besser zählen kann und wer den letzten Jahrgang AK-Frauenberichterstaltung fleißiger durchgelesen hat. Unsere Meinungsverschiedenheit liegt darin, ob ein Benennen feministischer Positionen in Artikeln bereits als Auseinandersetzung mit diesen zu werten ist.

Wir halten das für ungenügend und haben deshalb in unserem „Grauzonen“-Artikel versucht – auch in Abgrenzung zum Nur-Aufzählen der verschiedenen feministischen Strömungen im KB – wie es die AG Frauen in ihrem „Zwischenbilanz“-Artikel (AK 151) und dem Bericht über die erste Frauenversammlung im KB (AK 155) gemacht hat – uns mit verschiedenen Quellen pro-feministischer Tendenzen um KB auseinanderzusetzen.

Sehr bald, daß die AG Frauen auf die Auseinandersetzung nicht eingegangen.

Noch eine Bemerkung zum Schluss: Unseres Erachtens fällt gerade der Bericht der AG Frauen über die 1. Frauenversammlung im KB hinter die Diskussion auf dem Treffen selbst zurück. Dort wurde sehr engagiert über die verschiedenen Positionen diskutiert und einige Genossinnen setzten sich sehr kämpferisch mit pro-feministischen Tendenzen auseinander. Wieso sollte das im AK nicht auch möglich sein?

E Genossin der „Zentrumsleitung“

E Genossin der „Zentrumsleitung“

Ein antifeministischer Artikel von uns?

In ihrer Stellungnahme „Wir lassen uns unsere Arbeit nicht kaputt machen“ (AK 161) führt die AG Frauen eine Reihe von AK-Artikeln auf, mit denen die These der ZL vom „Waffenstillstand“ gegenüber dem Feminismus widerlegt werden sollen. Wir waren sehr erstaunt, darunter auch den Artikel über das erste Treffen zur Gründung einer Frauenpartei zu finden (AK 155). Dieser Artikel wurde von uns in Schleswig-Holstein geschrieben. Er ist lediglich ein freundlicher Bericht über das Treffen und gibt verschiedene Meinungen wieder zu Fragen wie, ob Männer mitmachen dürfen oder nicht. Keinesfalls ist dieser Artikel eine Auseinandersetzung mit den dort vertretenen Positionen oder gar mit dem Projekt „Frauenpartei“ insgesamt.

Genossinnen aus Schleswig-Holstein

Soll die Frauenpolitik der Auseinandersetzung entzogen werden?

– Stellungnahme einer Genossin der AGF –

Ich war und bin nicht einverstanden mit dem Artikel der AG Frauen Hamburg „Wir lassen uns unsere Frauenpolitik nicht kaputt machen“, der als Antwort auf die Artikel der Zentrumsleitung gedacht war.

Ich bin nicht damit einverstanden, daß leitende Genossen für die Arbeit in Hamburg und außerhalb prinzipiell als inkompetent hingestellt werden, sich mit der Frauenpolitik auseinanderzusetzen. Dabei wird völlig übersehen, daß es sich hierbei nicht um einzelne taktische Schritte in einem Bereich handelt, sondern um eine politisch-ideologische Auseinandersetzung mit Fehlströmungen im KB, zu der möglichst viele Genossinnen und Genossen Stellung beziehen sollten.

Der Antwort Artikel der AG Frauen knüpft an eine jüngere Erwähnung an. Bereits in einer Antwort zu den Göttinger Artikeln von Ha./A. schrieb eine Genossin der AG Frauen in Zusammenarbeit mit einer Genossin aus dem LG des KB („Oh tut mir der Busen weh, wenn ich diese Chauvisse sehe“, AK 157): „Nein, am besten ist, ihr (gemeint sind die Männer) seid ihr selbst ganz still, ihr laßt uns unseren Weg gehen! Wir wollen uns emanzipieren, wir wollen uns nicht vorzeichnen lassen, was wir diskutieren sollen! Wir werden Artikel schreiben, die uns gefallen, wir werden lesen, was uns gefällt und wollen uns eine eigene Meinung über diese Bücher bilden.“

Das widerspricht nicht nur der Parole „Macht die Frauenpolitik zur Politik der Gesamtorganisation“, sondern bedeutet die Ausgrenzung der männlichen Genossen aus einem wesentlichen Teil der Politik einer kommunistischen Organisation. Wichtiger hierbei scheint der Umstand, daß mit solchen Parolen (Jede Frau bestimmt allein) die Frauenarbeit der ideologischen Auseinandersetzung entzogen werden soll!

Ich bin auch nicht einverstanden mit der Methode, eine inhaltliche Kritik mit angeblicher Modigkeit, Langeweile und Desinteresse der Kritiker zu kontern. Einmal belegen die Artikel der ZL selbst ein Interesse, zum anderen sollten wir ein solches Angebot zur Auseinandersetzung aufgreifen und sehen, an welchen Punkten sie uns weiterbringen und nicht mit Argumenten unter der Ideologie befeuern.

Ich stelle mich auch dagegen, die Auswertung von Berichten aus Ortsgruppen und Frauengruppen als unwissenschaftlich zu bezeichnen. Es wäre falsch, auf eine solche Unterbrechung zu verzichten. Gerade wenn bestimmte Strömungen, die von einer kommunistischen Position abweichen, von fast allen Seiten bestätigt werden, ist es falsch darauf zu warten, bis sie sich selbst im AK artikulieren. Wir haben Fehlströmungen, wie der Feminismus oder artverwandte Ideen, können uns so besser warnen, wenn sie im Vorhinein bleiben (im Artikel von 15.12.78). Wir können uns so besser warnen, wenn sie im Vorhinein bleiben (im Artikel von 15.12.78). Wir können uns so besser warnen, wenn sie im Vorhinein bleiben (im Artikel von 15.12.78).

Im übrigen wird jede Genossin der AG Frauen bestätigen können, daß Reihenweise ähnliche Zitate aus vielen Ortsgruppen ebenfalls in unseren Protokollen zu finden sind, und zwar nicht nur von schon zerfallenen Ortsgruppen oder ehemaligen „Sorgenkindern“. Gerade diese Berichte machen doch deutlich, wie notwendig die Auseinandersetzung ist. Oder wollen wir warten, bis die Strömung so breit ist, daß die Arbeit als Kommunistin eine immer geringere Rolle spielt, um dann endlich sagen zu können: Jetzt lohnt sich die Auseinandersetzung wenigstens. Darauf würde ich nicht gerne warten wollen. Ich glaube auch nicht, daß den kritisierten Genossinnen damit gedient ist. Sie sollten ein Recht auf Kritik (und Anlehnung) haben.

Ich halte es für einen großen Fehler, daß im Artikel der AG Frauen die inhaltliche Auseinandersetzung, wie sie die ZL führt, als dingsustisches Fingertreiben bewertet wird. Das heißt nichts anderes, als daß wir eine offene Auseinandersetzung um unsere Politik ablehnen. Gerade davon sollten wir keine Angst haben. Wenn wir von vornherein politische Beiträge zum Zustand der Frauenpolitik als „Vorschreiben machen“ ablehnen, verzichten wir darauf, uns über diese Beiträge kritisch und selbstkritisch zu betra-

gen zu entwickeln. Hinweisen darauf, die machen uns Vorschriften, oder wollen unsere „4-jährige Aufbauarbeit kaputt machen“, schüren nur weiter die Angst. Das stärkt uns am allerwenigsten. Das ganze muß deshalb als unverständlich erscheinen, wenn von der AG Frauen im Artikel „Zwischenbilanz“ geschrieben wird: „Aus mehreren Protokollen wird ersichtlich, daß die Auseinandersetzung mit der Frauenpolitik zu vielen prinzipiellen Unklarheiten und Widersprüchen geführt hat.“ Diese Einschätzung wird bestätigt und vertieft in der Berichterstaltung über die Frauen-DK.

Die AG Frauen stellt in AK 155 fest, daß es zur bisherigen Frauenarbeit im KB grundsätzliche Widersprüche gibt, daß Unklarheiten darüber bestehen, was Feminismus ist, daß unser Verhältnis zur feministischen Frauenbewegung nicht eindeutig ist und daß unklar ist, wie wir sie einschätzen und wie wir ihr gegenüber unsere Aufgabe definieren. Dazu steht in einem unkommentierten abgedruckten Leserbrief im AK 137: „Außerdem haben wir als KB der feministischen Politik teilweise sehr wenig an Analysen und vereinfachten kommunistischen Frauenstandpunkten entgegenzusetzen. Und so werden Themen oft von uns aufgegriffen und kommen nicht von uns. Wir glauben, daß die Ursachen hauptsächlich in einer zu schwachen Frauenpolitik unsererseits liegen. Den Schuh stehen wir uns ebenso an, wie ihr ihn auch anziehen solltet. Weiterhin meinen wir, daß eine ähnliche Sache vorliegt wie sie z.B. bei der BI-Arbeit auftritt. Nämlich, daß Genossen, statt kommunistische Politik zu vertreten, immer radikal-demokratischer werden, nicht vorwärtsdringend, sondern nachträglich. Dies liegt auch an der mangelnden Diskussion und an der ideologischen Verwundung, die im Frauenbereich eben auch herrscht. Wir sollten in diesem Bereich weiter schulen und intensive Auseinandersetzungen um feministische oder bürgerliche Frauenstandpunkte führen.“ Soweit das Zitat. Kurioserweise greift die AG Frauen diesen Artikel als einen Beitrag in ihrer Auflistung heraus, in dem wir uns mit feministischen Standpunkten auseinandersetzen. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall. Eine Auseinandersetzung überhaupt erfolgt nicht und begründet, weshalb wir sie führen sollten. Aber dies nur nebenbei.

Das Wesen dieser Kritik ist, daß wir heute hauptsächlich von bürgerlich-demokratischen Bewegungen umgeben sind. Das bringt mit sich, daß wir im wesentlichen nur eine radikal-demokratische Massenpolitik machen können. Darin liegt aber die Gefahr, daß wir uns den Inhalten dieser Bewegungen anpassen. Wir haben deshalb naturgemäß eine offene Flanke zu kleinbürgerlichen Ideologien, die sich auch in der Organisation der Arbeiterbewegung zeigen. Wir müssen uns so besser warnen, wenn sie im Vorhinein bleiben (im Artikel von 15.12.78).

In diesem Zusammenhang ist meines Erachtens wichtig, ein Zitat im Artikel der AG Frauen genauer zu beleuchten.

Die AG Frauen (Mehrheit) schreibt: „es ist doch überdeutlich ein Witz, einerseits die objektiven Bedingungen der Krise anzuerkennen – und das tun ja bisher auch noch die Genossen der ZL – andererseits aber völlig losgelöst vom Auf und Ab der Frauen- und linken Bewegung unsere Frauenpolitik angriffen zu wollen.“ Ähnlich argt die Mehrheit des LG in ihrem Artikel: „Bänder Esfer schadet nur“, ein Zeichen schärferer Konturen könne katastrophale Folgen für unsere Bündnispolitik haben.

Ich möchte als Kommunistin in meinen Grundsatzpositionen nicht abhängig sein vom Auf und Ab einer spontanen, bürgerlich-demokratischen Bewegung. Ich befürchte, daß in diesen Beiträgen schon eine Anpassung an diese Bewegungen zum Ausdruck kommt, die uns langfristig werden läßt, wenn uns eine klare ideologische Abgrenzung begegnet.

PS: Teil II folgt im nächsten AK nach meinem Urlaub.

Cl. AG Frauen, Hamburg

Die Diskussion geht weiter

Mao kritisiert die Zentrumsleitung

Beim Durchlesen einiger Passagen von Mao Tse-tung hatte ich den Eindruck, daß er bei den Treffen der „Zentrums“ Leitung Mäuschen gespielt hat, um hinterher mal seine Meinung dazu aufzuschreiben.

Die Genossen sollten bei ihrem weiteren Vorgehen auf einen älteren Horren besser achten! „Es gibt einige Genossen, die große Angst davor haben, daß die Massen Diskussionen entfallen und andere Meinungen als die Führungsgenossen und Leiter äußern. In jeder Diskussion unterdrücken sie die Initiative der Massen und verbieten ihnen den Mund. Diese Haltung ist äußerst übel! Wie könnte man klären das Verhalten der ZL gegenüber dem „Zentrum“ und dem Rest der Organisation auf den Punkt bringen? Aus welchem anderen Grund wohl haben die Genossen 2 (!) Tage (!!) nachdem ihr Artikel vorlag, von einer Hetzkampagne gegen sie gesprochen, bei berechtigter Wut gerade von Genossen gegenüber den neochauvinistischen Leserbriefen von Ha/K) von einer „bestellten Leserbriefkampagne“ gesprochen? (.)

In den Köpfen der Genossen muß eine „eigentliche Metamorphose“ stattgefunden haben. Schrieben sie doch, sie seien ausgezogen, die Debatte fortzusetzen, der Verweigerungshaltung und der Entsolidarisierung entgegenzuwirken, schrieben sie doch in ihrem Rundbrief u.a. „Kampf gegen alle Formen der Entsolidarisierung bei strikter Einhaltung des Prinzipes der Überzeugungsarbeit und scharfer Ablehnung aller Formen der Drucks, des Bürokratismus, des Abschaltens.“ Und was machen sie in der Praxis? Sie schützen sich einen unwissenschaftlichen Artikel zusammen und versuchen die erwartende Kritik daran durch Diffamierung der Kritiker(innen) zu unterdrücken.

Diese Hämmer sind nicht einfach dadurch zurückzunehmen, indem man ohne jeden Hauch einer politischen Selbstkritik erklärt, daß man die Rücktrittsdrohung zurücknimmt, weil die Mehrheit das so fordert. Ein bißchen mehr ehrliche Selbstkritik muß da schon kommen, um ernst genommen zu werden. Man kann nicht die Organisation auf Spiel setzen und hinterher lapidar erklären „forget it“.

„Die Probleme müssen ganz offen dargestellt werden, und die Massen müssen sich äußern können. Ihr solltet den anderen erlauben, sich zu äußern, auch wenn sie euch beschimpfen. Schlimmstenfalls führen diese Beschimpfungen dazu, daß du gestürzt wirst, deinen Posten verlierst und degradiert oder versetzt wirst.“ (Mao)

Aber, man keine Bange vor dem frischen Wind, den ihr angefacht habt!..)

Man hat auch den Eindruck, als hätte Mao den „Frauenzonen“ Artikel der ZL gelesen und beurteilt „Wer eine Sache nicht studiert hat, hat kein Recht mitzureden. Hast du in irgendeiner Frage keine Untersuchung vorgenommen, dann verlierst du das Recht, darüber mitzureden. Ist das nicht barbarisch? Nein keineswegs! Hast du nämlich den augenblicklichen Stand der Frage und ihre Geschichte nicht geprüft, dann weißt du nicht, worum es sich handelt, wirst du folglich, wenn du dich zu dieser Frage äußert, unweigerlich in den Tag hineinschweizen. Warum sollte es denn ungerecht sein, wenn dir in diesem Fall das Mitspracherecht entzogen wird? Viele Genossen reden den ganzen Tag lang mit geschlossenen Augen ins Blaue hinein. Für einen Kommunisten ist das eine Schande. Wie kann denn ein Kommunist vor der Wirklichkeit die Augen verschließen, dafür aber den Mund voll nehmen? Unmöglich! Ausgeschlossen! Das Hauptgewicht auf die Untersuchungen legen! Schluß mit dem Geschwätz!“

Habt ihr nicht genauso gehandelt wie die Genossen, die Mao hier kritisiert, als ihr den hanebüchlichen Versuch unternommen habt, mit haben und verfälschten Zitaten der AG Frauen einen „Waffenstillstand“ gegenüber dem Feminismus zu unterstellen. Habt ihr nicht vor der Wirklichkeit reichlich die Augen verschlossen, um aus einem Wust von zusammengebastelten Zitaten eure vorgefälschte Einschätzung zu „belegen“, anstatt euch mit der Sache erst einmal gründlich zu befassen? „Frage unersuchen heißt sie lösen. Kannst du eine Frage nicht lösen? Nun gut,

dann untersuche doch ihren gegenwärtigen Stand und ihre Geschichte! Kennst du alle diese Umstände so gut wie deine eigene Tasche, dann findest du auch einen Weg zur Lösung der Frage. Jede Schlussfolgerung ergibt sich, wenn die Untersuchung einer Situation beendet ist, nicht wenn sie anfängt. Nur ein Tölpel zerbricht sich allein oder in Gemeinschaft mit anderen den Kopf, um ohne Untersuchung der Sachlage „eine Methode auszudenken“ oder „auf einen Einfall zu kommen“. Doch wohl gemerkt: Er wird sich überhaupt nichts rechtes ausdenken, nichts geschicktes einfallen lassen. Mit anderen Worten, er wird ganz gewiß auf eine falsche Methode verfallen und einen falschen Entschluß fassen.

Viele Inspektoren, viele Partienführer, viele Funktionäre, die ein neues Amt anstreben, sie alle lieben es, kaum daß sie an ihrem Bestimmungsort eingetroffen sind, ihre Meinung über die politischen Maßnahme zum besten zu geben, und nachdem sie etwas Äußerliches, etwas Belangloses wahrgenommen haben, reden sie schon, eifrig mit den Händen gestikulierend, daher und erklären, dies wäre unrichtig, jenes ein Fehler. Ein solches rein subjektivistisches „Dehrrreden“ ist doch wirklich abstoßend! Damit kann man der Sache nur schaden, wird man die Unterstützung seitens der Massen verlieren, vermag man keine Frage zu lösen.“ (Mao) (...)

Ähnlich fatal wie ihr zu der Unterstellung kommt, daß die AG Frauen gegenüber dem Feminismus einen Waffenstillstand praktiziere, unterstellt ihr, ohne es zu belegen, tendenziell nahezu allen Genossen, die ihre „privaten“ Probleme auch als einen Teil ihrer politischen Arbeit ansehen, sich überlegen, wie diese Probleme auch im Rahmen unserer organisierten politischen Arbeit angegangen werden können, sie wurden dem Utopismus der Zentrumsleitung nicht

politischen Arbeit angegangen werden können, sie würden dem Utopismus das Wort reden. Ihr geht unehrlich an das Problem heran. Verbal sagt ihr „Der Utopismus ist u.E. im allgemeinen eine ganz normale Begleiterscheinung bei der kommunistischen Arbeit, vielfach hat er sogar die ganz positive Wirkung Erscheinungen der Yarknoherung in der Alltagsarbeit transparent zu machen, aufzutreten, an unsere gemeinsamen revolutionären Ideale zu erinnern.“ Wie aber geht ihr denn in eurem Artikel mit dieser Aussage um? Zu allen Zitaten, die ihr als Beleg für utopistische Tendenzen anführt, kommen gleich die wohlbekannten Einschränkungen „Allerdings können dieserart Forderungen jetzt und sofort“, „hier und heute“ im Rahmen des KB nicht eingelegt werden, ohne daß wir unseren Charakter als revolutionäre Organisation aufgeben würden.“

Ist ja richtig, daß das nicht sehr einfach sein wird. Aber woher nehmt ihr die Arroganz, auch über diese Forderungen so einfach hinwegzusetzen, ohne erst abzuwägen, zu überprüfen, was an dieser Kritik dran ist, und was auch hier und heute schon zu verwirklichen wäre. Ihr müget euch um die fortwährende Beantwortung dieser Frage bemühen wie man es sonst von Sozialdemokraten gewohnt ist, die auch jede berechnete Forderung mit dem Hinweis auf die Realpolitik abwiegeln. Hätte es mit der Haltung, die ihr zu sogenannten utopischen Forderungen an den Tag legt, etwa in der VR China eine Kulturrevolution gegeben? Man hätte euch dort wahrscheinlich einen Hals aufgesetzt! (...)

Es ist in E. nicht ganz so einfach wie der Gen. Li im UW „Wie geht's weiter“ Nr. 2 schrieb „Nur der Kampf um die radikale Veränderung dieses dekadenten Systems ermöglicht es uns, menschlich zu sein, weil nur so die barbarischen Normen dieser Gesellschaft (z.B. Konkurrenz) überwunden werden können. Insofern ist die kommunistische Arbeit auch heute die befriedigendste, befriedendste und schönste Sache der Welt.“ So einfach spielt es sich doch nur in den proletarischen Heldenromanen von Brecht, Goldschmidt usw. ab. Ich glaube, wenn wir nur nach dieser Devise gehandelt hätten, wären wir wohl schon zu einer der traurig berühmten ML-Sekten zusammenge schrumpft.

Aus eurem Artikel zum Utopismus läßt sich die Einschätzung einer „perversen Paarung von Verweigerungshaltung und utopischen Forderungen“ nicht ableiten. Ihr bleibt den Beweis schuldig, der durch ein paar offensichtlich wahllos herausgegriffene Zitate nicht geliefert wird. Ihr haltet es nicht für nötig anzugeben, zu welchem Ausmaß sich diese Haltung breit gemacht hat. Eine statistische Untersuchung ersetzt ihr

aber für eine bloße Behauptung. Wie meißt es geradezu von Aussagen, die diese Tendenz bestritten, bezeugendes inwachsen des Utopismus.

Diese um sich greifende Verweigerungshaltung! Es wäre doch wohl voll gewesen, solche nebulösen Tendenzmeldungen durch klare Angaben über Ausmaß und Umfang zu ersetzen. Man muß sich ja wundern, daß es noch einen ganzen Haufen Genossen gibt, die noch nicht aufs Land gezogen sind! Zu dieser Art von Untersuchung hätte Mao auch einiges zu sagen und auch gleich die Konsequenz mitgeteilt: „Verzicht auf konkrete Untersuchungen führt zu idealistischer Einschätzung der Massen und idealistischer Anordnung der Arbeit, was entweder Opportunismus oder Putschismus zur Folge hat.“ Glaubt ihr nicht dieser Schlussfolgerung? Die Tatsachen werden euch zwingen, sie anzuerkennen.

P. KB Hamburg



So geht's nicht, Kt!

Die (arg von frauenfeindlichen Sprüchen, Einschätzungen, Herablassungen usw. überlitterten) Diskussionsätze, die mit den Leserbriefen von Ha. und Kt im AK 156 geliefert wurden, schienen mir durch ein Gültel sich ganz und gar überschlagender Leserbriefe (ich denke da z.B. an die glatte Leugnung des ideologischen Stellenwertes der Krisenliteratur, wenn man/frau sie als Beilichtkre klassifiziert) im AK 157 verdrängt zu sein.

Daß die Diskussion diesen Weg nicht nehmen mußte, verdanken wir uns dieser „Anleitung des Zentrums“. Nur kaum hat die Zentrumsanweisung ihre Zeichen zu Papier gebracht, geht die unernte Auseinandersetzung weiter. Damit meine ich, daß sich nicht gemäß der gerade in Krisenzeiten unbedingten Notwendigkeit einer aufeinander eingehenden ideologischen Diskussion verhalten wird, sondern reichlich oft „daneben gegriffen“ wird.

In dem Artikel „Roll back — Nein dankt!“ sind einige solcher Fehlgänge erhalten, die es ungemein erschweren, überhaupt über die Aussagen von „Krise, Utopismus und Entsolidarisierung“ zu reden.

Im einzelnen: Es wird behauptet, daß die Zentrumsanleitung Kt. und Ha. das allgemeine Verdienst zuspreche, auf „diese (topotunistischen) Ann. d. V. I. I. den denien unmerklich gemacht zu haben“. Tatsache dagegen ist, daß Ha. und Kt. von der Zentrumsanleitung gerade dafür kritisiert werden, daß sie „falsche Vorstellungen vom Utopismus“ verbreitet haben. Innerhalb des (theilen) Bildes von Kt. findet sich diese Kritik überhaupt nicht wieder: besser sie paßt in sich — darum falsch — Bild nicht leinen.

2. Angeblich übersieht die Zentrumsanleitung den relativen Charakter der von ihr verwendeten Begriffe Utopismus und „das Machbare“. Wenn die Zentrumsanleitung die Frage tatsächlich auf einer solchen allgemeinen Ebene behandelt hätte, wie Kt. in seinen folgenden Sätzen, dann könnte man/frau noch über diesen Vorwurf reden. Denn dann wäre dies eine Frage der jeweiligen Einschätzung, wozu von beiden Seiten konkrete Beispiele gebracht werden müßten, um überhaupt Kriterien zu erhalten, was denn nun ein jeder meint. Da die Zentrumsanleitung das Verhältnis von Utopie und Machbarem aber konkret behandelt — sie nennt dazu insgesamt sechs Beispiele für utopistische Forderungen, was von jedem, der den Zentrumsanleitungsartikel liest, ja nicht zu übersehen ist — bleibt die Frage, warum Kt. diesen Vorwurf erhebt?

Auffällig an dieser Art von Bewusstseinsführung ist, daß entgegen sonstiger Praxis von Kt. es hier nicht zuerst die konkreten Beispiele für den von der Zentrumsanleitung kritisierten Utopismus angeführt (diese Kritik folgt erst später), sondern zuerst durch die einfache Behauptung „die Relativität wird überschritten“, sich die Möglichkeiten, Überlegungen auf allgemeiner, abstrakter Ebene über das Verhältnis von Utopie und Machbarem anzustellen. So macht sich dann jeder seine eigenen Gedanken — über das Verhältnis von Utopie und Machbarem — schön allgemein, schön abstrakt, vielfach sich an eigenen Erfahrungen orientierend, zumindest wenig an den Beispielen orientiert. Und da man/frau ja auf keinen Fall Sekundärer, aber doch Realist sein möchte, dürfen sich die eigenen (allgemeinen, abstrakten) Vorstellungen von Utopie und Machbarem so in etwa in der Mitte dieses Begriffspaares einpendeln. Aber was bedeutet „in der Mitte“ z.B. im Falle des realen

Bestehens und der unbewußten Anhebung der Trennung von Kopf- und Handarbeit? Völlig diffuse Vorstellungen können nur die Antwort sein. Eine(r) glaubt, es liegt mehr drin, die (der) andere weniger. Vielleicht ist alles auch eine Frage des Kräfteverhältnisses, geben die Handarbeiter den Kopfarbeitern nur ordentlich Kontra, ja dann — ja wemal ist dann erreichbar? Solche Überlegungen laufen dann vor dem Hintergrund ab, daß Marx/Engel die Aufhebung der Trennung von Kopf- und Handarbeit erst im Kommunismus für möglich halten — im Sozialismus wird an der Aufhebung gearbeitet.

So „eingestimmt“ wird dann noch ein bißchen Geisterbahn gefahren, wo Ärzte mit Holzhämmern, Schiachtermessern und Pressluftbohrern einem einen gehörigen Schrecken einjagen sollen (Belege dafür, wo sind in dem Zentrumsanleitungsartikel Holzhämmer, Schiachtermesser und Pressluftbohrer?). Und erst so präpariert geht's dann zu den konkreten Beispielen.

3. Bei allen sechs Beispielen wird von Kt. der utopische Charakter der Forderungen bestritten. Gutes Recht, wenn man's belegen könnte. Dazu zu vier Kt. z.B. aus dem Austrittspapier der Bergedorfer Genossin nur das „hier und heute anfangen“. Aber womit will die Genossin „anfangen“? ... das zu ändern, was sich ändern läßt, und das sind im Moment nicht die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, sondern ihre Auswirkungen auf uns.“

Die Auswirkungen der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse lassen sich also ändern ohne Änderung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse. Zitiertliteratur nennt man das wohl, was Kt. hier gemacht hat. Auch aus den folgenden beiden Zitaten greift er beliebig nicht-utopische Teile und „übersieht“ in beiden Fällen, daß gekoppelt mit den dort entwickelten Vorstellungen ein starker Drang zum „übersieht“ in beiden Fällen, daß gekoppelt mit den dort entwickelten Vorstellungen ein starker Drang zum

Austritt aus der Organisation verbunden wird (wobei ein Genosse schon ausgetreten war). Auch die rotierende Entsendung von Genossen/innen aus einer neugegründeten Zelle in das „Zentrum“ hat „mit Utopismus nichts Erkennbares zu tun“. Na, dann bin ich sofort für rotierende Entsendung ins LQ, vielleicht komme ich ja auch mal dran. Ich möchte aber schon heute darauf aufmerksam machen, daß ich glaube, daß aller gesunden Selbst einschätzung, dort ein Ausfall zu sein. Auf das Beispiel von der geforderten „Lösung“ der Trennung von Kopf- und Handarbeit geht Kt. erst gar nicht mehr ein. Dabei hätte gerade in dieser Frage seine Meinung besonders interessiert, trifft ihn der Utopismus in dieser Frage als AK Redakteur doch besonders stark. Aber Schweigen ist ja auch eine Antwort.

4. Und weiter geht's mit dem Bange-machen Obwohl von der Zentrumsanleitung ausdrücklich ausgenommen, wird gefragt, ob das Schlagen der Freundschaft denn auch zu den abzulehnen Einmischungsversuchen gehört.

5. Obwohl von der Zentrumsanleitung urgends behauptet, wird auch ihr unterschooben, daß sie von einem einfachen „Häufen“ von Artikeln über das „Private“ (in dieser Weise von Ha. und Kt. gebraucht), sprechen würde „Häufen“ assoziiert natürlich ein „weniger“, d.h. bei der heutigen Anzahl ein „fast gar nicht mehr“. In Wirklichkeit ziehen die präzisen Aussagen auf das „was“ und „wie“ der Behandlung von Z.T. sehr unterschiedlichen Erscheinungen ab. (Ich spare mir hier die nochmalige konkrete Darstellung, wie sie ja nachzu lesen.) Persönliche Querelen, Gewalt in der Beziehung und Entsolidarisierung lassen sich doch höchstens als ein Themenkomplex verstehen, nicht aber als identische Erscheinungen des „Privaten“. Es geht der Zentrumsanleitung also gar nicht in erster Linie um den quantitativen Aspekt der Behandlung „privater“ Probleme, nach dem Motto mehr oder weniger „concern“ vielmehr um die qualitative Seite, wie man/frau die (verschiedenen) Probleme vom marxistischen Standpunkt aus angehen sollte. Damit ist gleichzeitig darauf hingewiesen worden, daß die Diskussion in persönlicher Probleme nicht, wie leichtfertig angenommen, sozusagen mit dem gesunden Menschenverstand zu führen ist, sondern ein hohes Maß an marxistischer Klarheit voraussetzt, um die Verbindung „persönlicher“ Probleme mit ihren gesellschaftlichen Ursachen und kollektiven Lösungsformen überhaupt herstellen zu können. Ein Gedanke, der für unsere bisherige Diskussion absolut unüblich war, eine Erkenntnis, die aber historisch schon erarbeitet worden ist. Denn Clara Zetkin läßt in ihren „Erinnerungen an Lenin“ Lenin

dazu mit folgenden Sätzen zu Wort kommen: „Können Sie (C.Z., Ann. d. V.) mir ernsthaft versichern, daß in den Les- und Diskussionsabenden die Sexual- und Ehefrage vom Standpunkt der reifen, lebendigen historischen Materialismus aus behandelt wird? Das hat ein vielseitiges, tiefes Wissen zur Voraussetzung, klare marxistische Bewältigung eines ungeheuren Materials. ... Worauf denn läuft die unzulängliche, unmarxistische Behandlung der Frage hinaus? Daß die Sexual- und Ehefrage nicht als ein Teil der großen sozialen Frage erfaßt wird. Umgekehrt, daß die große soziale Frage als ein Teil, als ein Anhängsel der Sexualprobleme erscheint. Die Hauptsache tritt als Nebensache zurück. Das schadet nicht bloß der Klarheit in dieser einen Frage, das trübt das Denken, das Klassenbewußtsein der Proletarierinnen überhaupt“ (S. 67/68).

Resümee: Der Artikel „Roll back — Nein dankt!“ versucht vermittels mehrerer unzulässiger Vergleiche, Bilder, den Artikel der Zentrumsanleitung zu entstellen und damit ein Klima der Angst (vor dem Roll back) zu erzeugen. In der Wahl seiner Mittel geht er dabei so weit, Auslassungen vorzunehmen, Zitate sinnentstellend zu verkürzen und wenn's gar nicht anders geht mit Schweigen über problematische Stellen hinwegzugehen. Dadurch wird erreicht, von der Hauptabrichtung des Artikels „Krise, Utopismus und Entsolidarisierung“ — nämlich die Entsolidarisierung — abzulenken, ja sie in ihr Gegenteil zu verkehren.

Im überhaupt zu einer Diskussion der Zentrumsanleitung zu kommen, muß diese Art der Auseinandersetzung aufhören — und zwar jetzt!

Alex, KB Hannover



Auch du, meine Schwester Brutus? (Zur Stellungnahme der AG Schwule zur Zentrumsfraktion)

Vorab: Wieso ist es so schwierig, die Schwulen zur Unterstützung von Lesben-Sachen zu bewegen (dann kommt nämlich: Ich bin keine Frau, wir können keine Stellvertreterpolitik machen, ich kann das nicht beurteilen), wenn es aber 1000 Frauen geht, sind sie plötzlich rasend kompetent?! Und auch, daß die allermeisten Frauen gegen die Zentrumsartikel sind, bringt für sie nicht den leisesten Zweifel?

Unter der Überschrift „Utopismus als Krisenerscheinung“ wird in einem der Zentrumsartikel zitiert: „Von der oben erwähnten Schulung erhoffen wir uns ein tiefgreifendes Verständnis zerstörter Zwischenmenschlichkeit und damit auch die Möglichkeit eines bewußteren Andersschädlicher Verhaltensweisen.“ Dazu meinen die Zentrumsleute: „Allerdings können dieserart Forderungen jetzt und sofort und hier und heute im Rahmen des KB nicht eingelegt werden, ohne daß wir unseren Charakter als revolutionäre kommunistische Organisation aufgeben würden.“ Habe ich richtig gelesen? Da fordern Genossen in Worten eine Schulung über zwischenmenschliche Probleme keineswegs n a s t i t, sondern zusätzlich und das soll geradezu zur Aufhebung des KB führen? Ist der KB so ein Sauhaufen, daß bei auch nur ein bißchen Sensibilität es die Leute dort nicht mehr aushalten?

Unsere Zentrumsvertreter von der AG Schwule sind offenbar ebenfalls der Meinung, daß z.B. die Probleme der Homosexualität auch begriffen werden können, wenn man/frau kein Verständnis zerstörter Zwischenmenschlichkeit hat. Und dachte ich mich bis dato mit der AG Schwule dann einig, daß wir von den Heterosexuellen ein Verändern ihrer schädlichen Verhaltensweisen uns gegenüber jetzt fordern (heißt nicht eine neuere Broschüre Schwule Rechte jetzt? Wird nicht in einem Artikel zum Coming-Out mehr Verständnis für die Situation von Schwulen gefordert und zwar heute und nicht erst in 100 Jahren?), muß ich mich wohl grob getäuscht haben. Vor dem Sozialismus ist da nichts zu machen!

Ein anderer Genosse der im Zentrumsartikel zitiert wird, meint: „Es ist mir einfach unbegreiflich, wie man diese Gesellschaft ändern will, wenn man den einzelnen Menschen dabei ausnimmt.“ Das würde ich aber auch sagen, denn was ist die Gesellschaft anderes als der Zusammen schluß vieler Menschen? Ich habe mich wieder geirrt, denn auch diese banale Feststellung ist ein Beispiel für

Utopismus und anderes Schlimmes. Das „Zentrum“ verfügt offenbar über ein Rezept, wie man die Gesellschaft verändern kann, ohne daß der einzelne was davon merkt. Vielleicht können die ja auch ins Wasser springen, ohne naß zu werden.

Im Artikel „Angst ist ein schlechter Ratgeber“ (AK 161) steht dazu, daß im Kampf gegen diese Gesellschaft auch die Entsolidarisierung zurückgeht und daß, wer das nicht glaubt, die Angst vor der leninistischen Organisation schürt. Liebe Leute, wir haben nicht mehr das Jahr 1968, wo man und Mann uns sowas erzählen konnte, sondern wir haben Erfahrungen mit dieser Art der leninistischen Organisation. Es gibt doch jetzt 10-jährige Erfahrungen mit dem toten „Zweckbündnis“ und mit unseren lieben Genossen, die im Betrieb die großen Revolutionäre, in der Bürgerinitiative die Aufopfernden, in der Gewerkschaft die unermüdbaren Kämpfer sind ... und im privaten Bereich der Beziehung in den heimischen vier Wänden (sowas als dann die Sau raus...).

Frauen sind sehr oft und zu oft die, auf deren Rücken das ausgegossen wird und hier beginnt wieder mein Anbellen. Hoffen die Schwulen, besser überleben zu können, wenn sie sich mit den anderen Männern gegen die Frauen zusam-

men aber gar keinen Frauenstaat, sondern zusammen mit Kurt Eisner und anderen die Münchner Räterepublik, wo es nämlich außer dem Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat auch einen Frauenrat gab. Es handelt sich um Lida Heymann und Anita Augspurg. (Die haben übrigens auch Memoiren geschrieben. Aber ihr trampelt ja lieber zum 35. Mal auf Rubinroter Dschungel herum.)

Weiter: daß die Frauenfrage vor der Eigentumsfrage oder aber unabhängig von ihr gelöst werden könne, behauptet (fast) niemand. Wohl aber, daß einzelne Elemente der Frauenunterdrückung unabhängig vom Kapitalismus existieren. „Dabei wird übersehen, daß das Eigentum an den Produktionsmitteln nur ein zentrales Medium der Macht in unserer Gesellschaft das entscheidende ist. Daß die Herrschaft über die Sexualität der Frau in klassenlosen Gesellschaften ohne Privateigentum und soziale Rangordnungen existiert, läßt sich am Beispiel der australischen Ureinwohner nachweisen, deren Frauen einer gewalttätigen männlichen Sexualpraxis unterworfen sind und ohne Mitspracherecht verheiratet werden. In der australischen Gesellschaft sind Frauen jedoch keiner ökonomischen Diskriminierung ausgeliefert.“ (M. Jansen-Jurreit „Sexismus“, S. 700)



mensschließen, indem sie zum guten alten Zweckbündnis Männerkumpel zurückkehren?

Zur Feminismuskritik. Ich bin natürlich nicht so kompetent wie die fünf Typen vom „Zentrum“ und die AG Schwule, ich habe aber mal ein halbes Jahr in einem Frauenbuchladen gearbeitet und ein weiteres halbes Jahr in einem gemischten linken Laden, außerdem habe ich eine Bibliografie über Frauenbücher gemacht (die mal positiv im AK besprochen wurde), und mich wundere schon die ganze Zeit die Darstellung im AK über die angeblich wichtigsten Bücher der Frauenbewegung, über das, was den Feministinnen angeblich als politische Richtschnur dient. Was mich besonders daran wundert ist, daß Berichte im AK aus anderen Bereichen (Ökologie, Gewerkschaften usw.) doch auch nicht von Falschmeldungen und Fehlschätzungen oder von Analysen, die den Diskussionsstand von vor drei Jahren wiedergeben, nur so strotzen.

„Unseres Frachtens ist allen feministischen Strömungen gemeinsam, daß sie die besondere Unterdrückung der Frauen durch die Männer und damit den Geschlechterkampf als das alles entscheidende darstellen“, meint das „Zentrum“. Einige Zeilen darunter heißt es: „Solcherart Artikel finden sich sogar kaum in der Emma und Courage“. Frau füge hinzu: In den Frauenjahrbüchern, in den Kalendern usw. (Viele Frauen, die noch vor einigen Jahren solche Positionen vertreten haben, sind inzwischen wieder auf den Boden der Realität zurückgekehrt). Ein Gegenbeispiel: Im Frauenkalender dieses Jahres ist die Rede von zwei Frauen (übrigens Leuten), die sich als „radikale Feministinnen“ bezeichneten. Sie gründe-

Auf wissenschaftliche Auseinandersetzung scheint ihr offensichtlich nicht zu stehen, sonst würden ihr solche Standardwerke des Feminismus kennen und auch die mit auseinanderzusetzen.

Eine weitere wichtige Grundsatzaussage aus der Frauenbewegung, von der der AK wohl noch nie was gehört hat, ist die Fragwürdigkeit der Unterscheidung in Produktions- und Reproduktionsbereich. „Die Familie unter dem Kapitalismus ist ein Zentrum der Disziplinierung, der Konsumption und der Arbeitskraftreserven, aber ihrem Wesen nach ist sie ein Zentrum gesellschaftlicher Produktion...“ Ich kann das hier nicht weiter ausführen, das Zitat ist aus Mariarosa Dalla Costa, „Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft“.

Wozu die ganze Argumentation? Ich behaupte, daß die Darstellung des Feminismus als einer antikomunistischen, total schwachsinrigen und total gefährlichen Theorie von Seiten des „Zentrums“ plus der AG Schwule, die daran auch gar nichts Frauenfeindliches entdecken kann, eine einzige Panikmache gegen Frauen ist. Angst davor, daß sie aus ihrer Weichenstellung ausbrechen, auch nicht mehr alles gefallen lassen (). Die Macht der Männer ist die Geduld der Frauen, aber unsere Geduld ist zu Ende.

Carla Spotti, Westberlin

Die andere Seite in Flensburg

Die aktuelle Auseinandersetzung um die „Zentrums-Artikel“ hat auch in

Flensburg zu einer Polarisierung der Meinungen geführt.

Wir versprechen uns von der jetzt begonnenen Auseinandersetzung einige erhellende Aspekte, was die bewußte Verarbeitung der Krise im KB anbelangt.

Wir versprechen uns von den ZL-Positionen nicht ein Lösungskonzept der Krise. Es kann bestenfalls darum gehen, die Organisation mit möglichst wenig Verlusten an (positiver) politisch-ideologischer und zahlenmäßiger Substanz durch die Krise zu bringen. Alle darüber hinausgehenden Erwartungen müßten natürlich die vorhandenen objektiven Ursachen der Krise und würden ihrerseits, als utopische Erwartungen, schnell in Resignation enden.

Es geht uns bei der jetzigen Debatte gewiß auch nicht darum, als Flensburger Aktivistin und Leninisten zu erscheinen, dazu sitzt uns die Krise und ihre Auswirkungen selbst viel zu sehr in den Gliedern.

Uns ist der zentrale Gedankengang des Genoss(inn)en von der ZL wichtig. Zunächst. Hauptmerkmal unserer Organisation sollte das Zweckbündnis seiner Mitglieder sein. Es ist erstaunlich, daß dieser Gedanke der ZL bei ihren Kritikern unseres Wissens bisher nirgendwo positiv herausgestrichen, bzw. überhaupt nur als richtig anerkannt wurde. Stattdessen führt diese selten getroffene, aber doch richtige Feststellung relativ geräulig zu der Einordnung als in der Tendenz sektiererisch (siehe KI's Antwort in AK 160).

Weiter wird von der ZL gesagt, daß diesem Hauptmerkmal (Zweckbündnis) gegenüber die Organisation als Keimzelle der neuen Gesellschaft ein Nebenprodukt sei. Warum muß diese ebenfalls richtige Feststellung denn automatisch eine Tendenz zur Hinausdrängung aller Privaten aus der Organisation beinhalten? Sicher, verschiedene Formulierungen im ZL-Artikel waren (und sind) interpretierbar. Andererseits steht im Artikel der ZL in AK 161 „Angichts der Krise des KB und der Tatsache, daß unsere politische Vergangenheit im Sektierertum (in diesem Fall der weitgehend generellen Ablehnung „Privates“ in die Politik einzubringen) lag, hatten wir eine stärkere Betonung des Privaten“ derzeit für ein richtiges Element beim Versuch, die Organisation durch die Krise zu führen.“ Es wäre schon wichtig an dieser Präzisierung gegenüber dem Artikel in AK 160 nicht vorbeizulaufen.

Wie gegen die Entsolidarisierung kämpfen?

Wie gegen die Entsolidarisierung kämpfen? Eine wichtige Aussage beinhaltet u. I. der nachfolgende Satz aus dem gleichen, oben zitierten Artikel: „Aber eine Kampagne gegen die Entsolidarisierung ohne Bezug zur Reorganisation unserer politischen Schlagkraft kann verheerende Folgen haben.“ Dazu ein, so meinen wir, passendes Beispiel: In Flensburg lag lange Zeit die Kinderarbeit des KB völlig am Boden bzw. wurde individuell getragen. Das Kinderhaus Flensburg, in dem einzelne Genoss(inn)en mitarbeiten, steckt seit mehreren Monaten in der Krise. In dieser Situation beschäftigt sich die Ortsgruppe auf zwei oder drei VV's wesentlich damit, über die „Haltung“ der Genoss(inn)en „im Allgemeinen“ zu diskutieren, während die Situation des Kinderhauses gar nicht zur Debatte stand. Auf der letzten dieser Art VV's wurde es schließlich von mehreren Abgeordneten beschlossen, zur Konzeption herbeizuführen, das hätte sowieso keinen Sinn, statt dessen sollte nach der Meinung einiger die Diskussion noch mehr auf andere Bereiche und persönliche Schwierigkeiten der Genoss(inn)en ausgeweitet werden. Scharflich nach Eingreifen der ZRA setzte sich eine Hilfsaktion für das Kinderhaus durch, was erstens einen gewissen Erfolg hatte und zweitens das bisher erdrückende Diskussionsklima zur Kinderpolitik weitgehend weggewaschen hat, d.h. das Klima hat sich erst mit dem konkreten Anpreken der Praxis tendenziell zum kollektiven Miteinander entwickelt.

Ideologischer Kampf ist nicht = Rundmachen!

Es ist nur logisch, wenn die ZL bei ihrem Versuch bestimmte, durch die Krise relativierte oder gar verschüttete Auffassungen über die kommunistische Organisation (Zweckbündnis etc.) wieder stärker zur Geltung zu bringen, davon ausgeht, daß dies nur in „scharfer“ ideologischer Auseinandersetzung mit bestimmten Fehlströmungen geschehen kann, die auf den KB einwirken. Auch an diesem Punkt setzen viele Kritiker so an, indem sie behaupten, mit ideologischer Auseinandersetzung sei bei der ZL „totkommentieren“, die „Sittenpo-

lizer“ u.ä. gemeint. Der von drei Flensburger Genoss(inn)en verfaßte Leserbrief („Verantwortung in der Chefetage“) in AK 161 gibt dafür ein Beispiel. „Prinzipiell meinen wir, daß solche Differenzen in Anleitungsmethoden wie „laßt hundert Blumen blühen“ oder des sofortigen scharfen ideologischen Kampfes im Moment eigentlich nicht in den AK gehören. Denn dadurch wird das Vorhaben der einen Seite (der ungehinderten freimütigen Offenlegung vorhandener Schwierigkeiten, Zweifel, Resignationstendenzen usw.) durch die andere Seite (scharfer ideologischer Kampf gegen alle Fehlströmungen, hier und jetzt ad absurdum geführt nach dem Motto „Friß Vogel oder stirb“.“

In diesem Zitat wird nicht nur der ZL unterstellt, sie wolle die „freimütige Offenlegung vorhandener Schwierigkeiten“ ersetzen durch ein „Rundmachen“ konträrer Ansichten. In dem Zitat erscheint darüber hinaus ganz allgemein der „scharfe ideologische Kampf gegen alle Fehlströmungen“ als unversöhnlicher Gegensatz zur „freimütigen Offenlegung vorhandener Schwierigkeiten, Zweifel, Resignationstendenzen“. Wenn dies auch nicht, wie wir vermuten, die Absicht der Verfasser war, so muß doch eine solche Passage ein durch und durch negatives Bild vom Mittel des ideologischen Kampfes fördern.

Dabei steckt in dieser Aussage tatsächlich ein richtiges Element, insofern als in der Vergangenheit (und in der Gegenwart!) in unserer Organisation unter dem Pseudonym ideologischer Kampf Genoss(inn)en „rundgemacht“ wurden, was statt mit Psychoterror umschrieben werden kann (Beispiel: Als einer der Verfasser dieses Artikels vor etlichen Jahren von der Schule abging und eine Lehre im Druckbereich machen wollte, wurde seine „ideologische Haltung“ kritisiert. Er wurde schließlich „überzeugt“, als Hilfsarbeiter bei der örtlichen Werft anzufangen). Diese Erfahrungen sollten wir zwar als „Schutzimpfung“ bewahren, sie sollten aber nicht automatisch assoziiert werden, wenn eine ideologische Auseinandersetzung ebenso gut eine positive klärende, solidarische Wirkung haben kann (das hängt von uns ab). Im übrigen ist es eine eigenartige Weise, erst zu sagen: „Laßt hundert Blumen blühen“, der hundertundersten („scharfer ideologischer Kampf“) aber den „MI Hut“ aufzusetzen und die Möglichkeit schnell das Wasser zu entziehen.

In der oben erwähnten Zuschrift aus Flensburg ist darüber hinaus

In der oben erwähnten Zuschrift aus Flensburg ist darüber hinaus eine Tendenz zu finden, die ZL-Position für alles und jedes verantwortlich zu machen. An einer Stelle steht: „Wenn wir solche konkreten Berichte und Darstellungen (wie sie zu Anfang der Krisenperiode noch häufiger vorlagen) heute nicht bekommen, dann stellt sich doch die Frage, was solche Darstellungen, Berichte usw. blockiert. Um es vorwegzunehmen: die Blockade wird errichtet durch solche Positionen wie ihr und H./KL sie vertreten.“

Das hat doch nicht hin, die ZL-Positionen werden nachträglichlich verantwortlich gemacht für das Ausbleiben bzw. Stagnieren der Krisendiskussion in den vergangenen Monaten. Ein wesentlicher Fehler, liebe Genoss(inn)en, dürfte doch, was etwa Flensburg betrifft, bei uns selber (örtl. Leitung) liegen. Wir werden uns selbst haben zu verzeihen, daß wir die Krise in der Praxis nicht hinreichend einzugehen, wegzuwachen etc. es dulten sich eine Reihe von Genoss(inn)en der Ortsgruppe berechtigt gefragt haben, wozu sie weitere Papiere verfassen sollten, wenn sich kaum mit den ersten befaßt wurde. Die Papiere sind bis heute nicht ausgewertet. Wir sehen hierzu noch eine lohnenswerte Aufgabe.

Im Unterschied zu den Genoss(inn)en Ms., Gd. und HN aus Flensburg sehen wir in der jetzt beginnenden Debatte die Chance, verschiedene Erwartungen an den KB und Wege zu ihrer Verwirklichung deutlicher zu erkennen und herauszudiskutieren, als dies bislang der Fall war. Die Positionen der ZL, die wir weitgehend teilen liegen in groben Zügen auf dem Tisch - mit allen Mängeln. Wir sind gespannt auf andere Positionen zum Thema „Wie geht's weiter mit dem KB.“

Noch ein Wort zum Schluß. Wir sind unbedingt der Meinung, daß die Diskussion über die Vorgehensweise der ZL (Austrittsdrohung) nicht die Diskussion über die hier angeschnittenen Fragen verdrängen darf, trotz unterschiedlicher Auffassungen darüber (über die Austrittsdrohung) auch unter uns.

„Blockbildung“ etc. betreiben. Bitte, Genoss(inn)en, macht das doch nicht alles so dramatisch und kriminalistisch. Über die Treffen in Hamburg liegt der LG-Mehrheit inzwischen eine Mitteilung vor, die Treffen in Flensburg (zwei) dienten zur Erarbeitung schriftlicher Positionen. Zu anderen, hier nicht angesprochenen Themen werden wir noch Stellung nehmen.

Mehrere Flensburger Genoss(inn)en



Leserbrief aus Westberlin

Der „Rote Faden“ der Zentrums-Argumentation ist mir wohl vor Augen. Utopismus - Entsolidarisierung - Grauzonen des Feminismus - da endet der Zirkelschluß ganz schön bedauerlich, daß der „rote Faden“ wie bei den Göttinger Artikeln - nur mit anderen „Methoden“ - in die gleiche Richtung läuft. Aus Zeitgründen kann ich jedoch nur einige Aspekte des „roten Fadens“ herausgreifen, die „Utopismus“-Analyse finde ich beispielsweise hankebühnen. Ich würde sogar die These aufstellen, im KB gibt es viel zu wenig Ansätze von Utopis, aus deren Versuch der Realisierung Solidarität und nicht Entsolidarisierung erwachsen müßte. Aber wahrscheinlich haben wir unterschiedliche Vorstellungen von dem, was Utopie eigentlich ist.

Das „Zentrum“ betont zwar, daß es notwendig sei, den Geschlechterkampf innerhalb des KB zu führen und daß auf dem Boden einer zunehmenden Entsolidarisierung der Chauvinismus wachsen und gedeihen kann. Nur die Haupttendenz der Göttinger Artikel zielt darauf ab, den Utopismus, die Entsolidarisierung an den „Grauzonen des Feminismus“ im KB aufzuheben und somit den Genoss(inn)en anhand ihrer „überhöhten Erwartungen“ die Schuld und letztendlich die Zerschlagung der Organisation in die Schuhe zu schieben. Die Haupttendenz ist meiner Ansicht nach die Polarisierung, die anhand der Göttinger Artikel an der Frauenfrage stattgefunden hat, und zwar in der Weise, daß alle schüchternen Ansätze einer öffentlichen Diskussion „privater“ Probleme zerschlagen werden, bevor sie jemals voll gedeihen könnten. Daß dabei auch ziemlich „unpolitische“ Artikel erscheinen ist ein Nebenprodukt einer eben erst begonnenen Diskussion.

Feministische Tendenzen sind im KB nicht wegzuleugnen, sie sollen auch nicht verwischt oder tot-

im KB nicht wegzuleugnen, sie sollen auch nicht verwischt oder tot diskutiert werden, wir sollten uns solidarisch damit auseinandersetzen. Insofern finde ich es falsch, daß das „Zentrum“ („Wir lassen uns nicht niederknüppeln“) in ihrer „General-Linie“ den Kampf gegen jede Form von Liberalismus, Ultra-Demokratismus, Chauvinismus, Feminismus etc. pp. in einer Reihe nennt. Chauvinismus ist für mich gleichbedeutend mit Rassismus und muß auf ganz andere Art bekämpft werden als der Feminismus, der eine kleinbürgerliche Strömung ist. Außerdem weichen Feminismus und Genoss(inn)en? Etwa auch den sog. „feministischen Sozialismus“?

Ich bin auch der Meinung, daß die öffentliche Auseinandersetzung mit feministischen Strömungen nachgelassen hat und bedauere, daß die letzten Analysen unterer Frauenorganisationen von vielen Genoss(inn)en als falsch und oder veraltet („dirt die Arbeit“) zurückgewiesen werden. Für mich kann es keinen Widerspruch geben zwischen Auseinandersetzung mit verschiedenen Strömungen innerhalb der Frauenbewegung, Zusammenarbeit mit jenen Strömungen, die keinen „Radikalerlaß“ praktizieren und gleichzeitiger scharfer Auseinandersetzung mit jeder Form von Chauvinismus innerhalb und außerhalb des KB. Für mich war der „Schwenk“, der vor etwa 1 1/2 Jahren stattgefunden hat, bei dem teilweise auf Auseinandersetzungen mit Positionen, die wir uns erarbeitet hatten, verzichtet wurde oder sie keine Gültigkeit mehr zu haben schienen, nur nachvollziehbar. Es hieß seinerzeit, es sei kein Schwenk in der Politik erfolgt, nur in der Bundespolitik. Zusammenarbeit hat es auch z.B. zu meiner Zeit mit Strömungen gegeben, von denen wir uns inhaltlich abgrenzen. Ausnahme waren natürlich Strömungen, die die Schwänze per Guillotine abschaffen wollten. Auch ist jeweils dabei zu unterscheiden, um welche feministischen Strömungen es sich dabei handelt. Die Feministinnen gibt es genauso wenig wie die Kommunisten. Genauso wenig ist die Feststellung des „Zentrums“ richtig, daß für alle feministischen Strömungen der Geschlechterkampf und „keine Zusammenarbeit mit Männern“ zum Dogma gehört. Es gibt durchaus feministische Strömungen, die die

Frauenbefreiung im Zusammenhang mit der Lösung der Eigentumsfrage sehen. Also, ein bisschen mehr Differenzierung wurde schon not tun! Was würde das „Zentrum“ sagen, wenn behauptet werden würde, „die K-Gruppen vertreten alle die Drei-Welten-Theorie“?

Ich sehe die Gefahr, daß unter dem Vorwand, sich mit feministischen Strömungen innerhalb des KB auseinanderzusetzen zu wollen, jetzt wild drauflosgedroschen wird auf jeden Ansatz von Äußerungen feministischer Positionen. Ich teile K's Meinung, daß es hervorragend wäre, im AK tatsächlich feministische Artikel bzw. Positionen der Genossinnen zu finden. Wenn diese Positionen vorhanden sind und sie sind es, sollen sie auch dargestellt und diskutiert werden können, ohne daß ein wilder Sturm der Empörung losbricht. Deshalb würden wir uns noch lange nicht zum Zentralorgan des Feminismus entwickeln. Also war hat Angst vor Virginia Woolf?

Die Auseinandersetzung mit feministischen Positionen, die wichtig ist, ist die eine Seite, die andere ist, ob ausgerechnet diese Diskussion in einem Klima, wo die Haupttendenz anhand der Göttinger Papiere eine Abrechnung mit den „Grauzonen des Feminismus“ ist und auf die Zerschlagung aller schüchternen Ansätze zielt, die Diskussion des „Zentrums“ ausgerechnet an der Frauenfrage aufgezogen werden muß.

Das „Zentrum“ verharmt in einer Art, die zurückgewiesen werden muß, die Hauptstoßrichtung der Göttinger Papiere und kehrt als Hauptseite „diskutierbare oder wertvolle Denkanstöße“ heraus. Die Hauptseite scheint mir eher heute in der Gefahr eines „Roll-back“ in chauvinistische und ML-er-hafte Einstellungen zu sein, die es unbedingt zu verhindern gilt. In diesem Klima die Diskussion ausgerechnet mit feministischen Positionen innerhalb des KB begreifen zu wollen und auf die Genossinnen loszupressen, heißt das Pferd von hinten aufzäumen. Dies kann in einem derart aufgeheizten Klima letztendlich nur zu Resignation bzw. totaler Anpassung an den jeweiligen Kurs führen. Wir sollten eher dazu beflügelt werden, unseren eigenen Kopf zu gebrauchen und nicht darauf zu warten, ob jemand für uns denkt. Wir sollten in unterschiedlichen Positionen eher „blöken“ lassen, um uns auf dieser Grundlage, die dann tatsächlich nachvollziehbar wäre, auseinanderzusetzen. Grundsätzlich sollte bei diesen Diskussionen die Methode berücksichtigt werden, also Skapell statt Holzhammer und Säge! Strikt zurückgewiesen werden muß die strikte „Nicht-Einmischungs-Taktik“ in den sog. „Privat-Bereich“. Hier soll rückgewiesen werden muß die strikte „Nicht-Einmischungs-Taktik“ in den sog. „Privat-Bereich“. Hier sollten wir uns eher an den Erfahrungen des „Roten Frauen Batallions“ orientieren anstatt an den Empfehlungen des Zentrums. Gegenüber der Welt gegen Genossinnen, in welcher Form auch immer, dürfen wir keinen Liberalismus zeigen. Und der wäre angelegt in der Forderung des „Zentrums“. Alles andere ist schlimmes Spießbürgertum und widerspricht unserer konkreten Utopie vom „neuen Menschen“. Da hilft auch nicht das Krupskaja Zitat!

S., eine Genossin aus Westberlin



Wer den Stein erhebt, dem fällt er auf die eigenen Füße

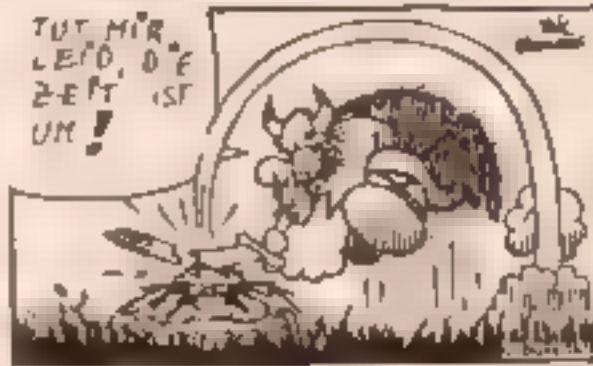
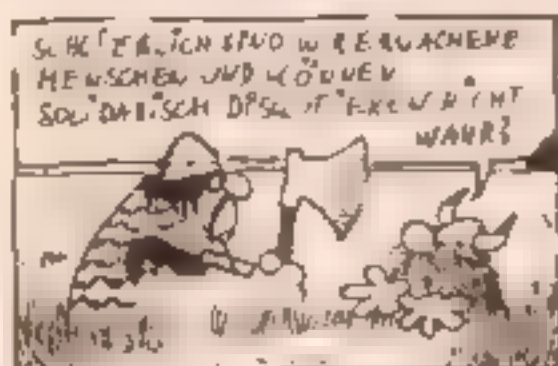
Der Grundgedanke in dem Artikel der ZL „Krise, Utopismus und Ensolidarierung“ ist die Gegenüberstellung der Aspekte „Keimform einer neuen Gesellschaft“ und „Zweckbündnis zur gesellschaftlichen Umwälzung“.

Diese Aspekte werden zum einen nicht in ihrer Dialektik gesehen und zum anderen wird versucht zu beweisen, daß der Aspekt der „Keimform“ im KB überbewertet wird und zwar so, daß der Aspekt des „Zweckbündnisses“ erheblich geschwächt wird.

Daß diese These nicht gerade mit treffenden Beweisen belegt wird, spricht nicht für einen sauberen Stil der Auseinandersetzung.

So behauptet die ZL, „im AK 153 ist ein Kritikbeitrag einer Gruppe von Technik-Genoss(inn)en abgedruckt, in dem sie die Aufhebung von Kopf- und Handarbeit bei unserer Zeitungs-erstellung fordern, und zwar hier und heute“. Als Beleg wird dann weiter unten folgendes Zitat gebracht: „Wir sind der Meinung, daß dem Schema der Trennung von Hand- und Kopf- arbeit, der damit verbundenen Herausbildung hierarchischer Strukturen entgegengetreten werden muß“.

Zum einen kann man selbst dieses Zitat nicht so auslegen, daß die Technik-Genossen, jetzt nicht mehr als



Lay-Outer oder am Computer arbeiten machen wollen, sondern selbst Redakteure werden wollen, sondern sie fordern nur, daß den damit verbundenen Hierarchien entgegengetreten werden muß!

Was daran utopisch sein soll, wissen wir nicht. Wir halten sogar diese Forderung hier und heute für notwendig und wir meinen auch, daß der Kampf hierzu notwendig ist und nicht auf die Phase nach der sozialistischen Revolution verschoben werden sollte.

Zum anderen wird dieses Zitat aus dem Zusammenhang gerissen, wird die Debatte in der Technik und ihre Entwicklung nicht wiedergegeben. Diese Debatte hat aber einen realen Hintergrund. Nämlich den, daß die Genossen in der AK-Technik neben der doch stupiden Computerarbeit, die nicht so stupiden Lay-Outs und der Fotoarbeit einfach mehr in die Planung, in die Diskussion einbezogen werden möchten. Gerade weil im Streik sehr oft Tendenzen wie im kapitalistischen Betrieb deutlich werden. Das war der Ausgangspunkt der Diskussion. Wenn dann die Genossen sagen sie wollen diesen Zustand ändern, dann zeigt das ein stärkeres Engagement und ist zu begrüßen, weil nämlich der Abbau des von ihnen benannten Schemas der Trennung von Hand und Kopfarbeit die Produktivität der Arbeit fördert. Vielleicht sollten doch einige Genossinnen der ZL mal wieder in der Technik arbeiten um realistisch zu werden.

Noch kommen wir zum nächsten Teil von „Utopismus“. „Wir möchten mit Delegierten im Zentrum vertreten sein, allerdings haben wir nicht den Anspruch, einen als Anleiter (in) dort hinzuschicken, sondern möchten durch jeweils von uns delegierte Genossen dort vertreten sein“, so etwa wird die Vorlagezelle von der ZL zitiert!

gibt Genossen dazu verstehen, daß so etwa wird die Vorlagezelle von der ZL zitiert!

Wir die Genossen von der Vorlagezelle, finden das schon eigenartig. Was ist denn hierbei utopisch? Das von uns gewählte Delegiertensystem? Es ist doch wünschenswert, wenn wir von dem an sich undemokratischen Modell der „Ernennung“ abkommen, da wo es heute möglich ist.

Die ZL scheint wohl der Meinung zu sein, daß allein das Prinzip der Ernennung von oben der realistische Weg ist. Wir können nicht abstreiten, daß dieses Prinzip im Aufbau unserer Organisation oftmals notwendig war, aber Ziel sollte sein, zur Wählbarkeit von Verantwortlichen zu kommen und das ist hier und heute nicht utopisch, sondern möglich und notwendig. Ein bisschen mehr Zutragen zu den Genossen im KB sollte man schon haben!

Bei uns klappt dieses Prinzip bestens und es stärkt den einzelnen in unserer Zelle, und das dient ja bekanntlich auch dem Zweckbündnis!

„Der Utopismus aber besteht gerade darin, daß er den Blick für's Machbare, Erreichbare zunehmend verliert“, schreibt die ZL.

Wenn damit die vorgenannten Beispiele gemeint sind, dann kann das doch nur heißen, daß uns Genossen im KB jede demokratische Entwicklung unmöglich ist, weil ne nach Meinung der ZL zwar „goldrichtig“ ist, aber mit uns eben nicht möglich. Wir haben aber mehr Selbstbewußtsein, als ihr uns zutraut. Und man sollte eigentlich fragen, ob nicht diejenigen utopisch sind, die die Verbindung zu den Massen verloren haben. Des weiteren werden die Erklärungen der beiden Bergedorfer Genossen als Beweis herbeigebracht. Wir wollen den wertvollen Raum des AK nicht strapazieren und ersparen uns diese Zitate nochmals wiederzugeben. Möge jeder Genosse sie nochmals genau durchlesen.

Aus den Zitaten wird deutlich, daß die Genoss(inn)en wünschen, fordern, daß der Kampf um die „Keimform“ einen anderen, neuen Stellenwert in unserer Organisation erhält.

Und diese Stellungnahmen sind zu einer Zeit geschrieben worden, als es

noch überhaupt nicht selbstverständlich war, daß dieser Aspekt auch seine Berechtigung in unserer Organisation hat. An dieser Frage sind damals viele resigniert und ausgestiegen. Und das kommt ja nicht von ungefähr. Unseres Erachtens ist der dem Aspekt „Keimform“ in den rückliegenden Jahren des KB kaum Beachtung geschenkt worden. Müde ausgedrückt! Dieser Aspekt wurde immer dem Aspekt des „Zweckbündnisses“ untergeordnet. So ist doch kein Wunder, daß dieser Aspekt jetzt umso gewaltiger ausbricht. Und dieses ist z.B. auch der Frauenbewegung zu verdanken, weil ja gerade die Genossinnen unter der Unterdrückung des Aspektes „Keimform“ besonders gelitten haben und leiden. Trotzdem war es bis weit in die Krise hinein nicht einfach, diesen Aspekt in der Arbeit in der Organisation durchzusetzen. Kein Wunder, daß deshalb auch Genossinnen ausgestiegen sind. Viele, die heute wieder Interesse für die Organisation gewinnen! Aber daß der Kampf aufgegeben wurde, liegt doch nicht daran, daß dem Aspekt der „Keimform“ zuviel Aufmerksamkeit geschenkt wurde, sondern daß mit dem Argument der Notwendigkeit des Zweckbündnisses oft jeder Ansatz in diese Richtung zurückgewiesen wurde. Und das hat ja wie bekannt nicht das „Zweckbündnis“ gestärkt, sondern uns u.a. in die verhängnisvolle Krise gebracht. Jetzt die Lösung nur um Aspekt Zweckbündnis zu sehen und darauf läuft die Argumentation der ZL hinaus ist schon makaber.

Des weiteren zeigen die Exkurse der Bergedorfer Genoss(inn)en auch überhaupt nicht, daß sie es fordern, „hier und heute“ die „Keimform“ zu verwirklichen, sondern „das bedeutet aber auch, hier und heute anzufangen“, das zu tun.

Wohlgemerkt: die bürgerliche Presse greift mit eigenen und sehr originellen Beiträgen in die KB-Krisen-debatte ein

Nirgendwo sind die Grauzonen beseitigt

Frankfurter Allgemeine Zeitung 28.8.79 Politik

Verwirrspiel um Grauzonen und Rechtspositionen im hohen Norden

der „Entsolidarierung“ und hier angegeben Beispiele der ZL ver schütten regelrecht die neu entwickelten Formen von Solidarität und treiben nur Angst und schlechtes Gewissen hervor.

Darum muß gegen die kritischen Verfallserscheinungen revolutionärer Moral und die Verwilderung guter Sitten der Hauptstoß geführt werden“, schreibt die ZL.

Ja Genossen, wir sind längst dabei, die Verwilderung der guten Sitten und das was uns damals alles für revolutionäre Moral verkauft wurde zu bekämpfen, im Interesse einer Solidarität, die auf der Grundlage der Überzeugung der Genossen aufbaut. Und die darüber begonnene Diskussion auch unter der Parole „Macht das Private Öffentlich“ lassen wir uns durch Furcht Demagogie nicht nehmen.

Verlagszelle (6 Unterschriften)

Ja, und dann zur Entsolidarisierung: „Früher war es z.B. normal, daß unsere gestandenen Kader(inn)en“ sich auch in ihrer Freizeit um neue, schwächere etc. Genoss(inn)en gekümmert haben, mit ihnen zusammen Wohngemeinschaften gebildet haben... Heute dagegen beherrschen Cliques-Bildung, Herausbildung von Sitz- und Hackordnung immer stärker das Bild“ (ZL im AK 160).

Hier wird in total unwissenschaftlicher Weise „Früher“ und „Heute“ gegeneinander ausgespielt. Dann sollte man schon mal eine genaue Analyse vorlegen, wie es früher mit Solidarität und „Entsolidarisierung“ ausgesehen hat und wie es heute darum steht. Ob dabei das Bild entsteht, das von der ZL suggeriert wird, ist doch höchst zweifelhaft. Wir würden uns gerne an einer solchen Untersuchung beteiligen.

„Cliques-Bildung“, wie HBV, Chemie, Metall-Cliques und doch auch gerade Ergebnis der früheren Politik. All das, was uns über „heute“ aufgezählt wird, sind auch Ergebnisse früherer Politik und haben früher genauso bestanden. Mit einem Unterschied heute werden diese Fälle mehr und mehr öffentlich gemacht. Und die als „früher“ propagierte Politik hat doch bewirkt, daß sich große Teile unserer Organisation von den Kollegen, von den nicht sooo politischen Freunden isoliert haben. Alles Ursachen der heutigen Krise (...)

Und anstatt darüber zu jammern, daß heute die Gehälter der Genossen nur noch individualistisch für sich verbraucht werden sollte man bedenken, daß die jetzige Spendenkampagne sehr gut anläuft und auch auch viele „Ehemalige“ daran beteiligen. Es ist aber die erste Kampagne für den KB, die mehr auf die Überzeugung setzt als auf die Anordnung und den moralischen Druck früherer Gehaltsabrechnungszettel. Ein Fortschritt der steigenden Solidarität. Der Begriff

nen) sich auch in ihrer Freizeit um neue, schwächere etc. Genoss(inn)en gekümmert haben, mit ihnen zusammen Wohngemeinschaften gebildet haben... Heute dagegen beherrschen Cliques-Bildung, Herausbildung von Sitz- und Hackordnung immer stärker das Bild“ (ZL im AK 160).

Hier wird in total unwissenschaftlicher Weise „Früher“ und „Heute“ gegeneinander ausgespielt. Dann sollte man schon mal eine genaue Analyse vorlegen, wie es früher mit Solidarität und „Entsolidarisierung“ ausgesehen hat und wie es heute darum steht. Ob dabei das Bild entsteht, das von der ZL suggeriert wird, ist doch höchst zweifelhaft. Wir würden uns gerne an einer solchen Untersuchung beteiligen.

„Cliques-Bildung“, wie HBV, Chemie, Metall-Cliques und doch auch gerade Ergebnis der früheren Politik. All das, was uns über „heute“ aufgezählt wird, sind auch Ergebnisse früherer Politik und haben früher genauso bestanden. Mit einem Unterschied heute werden diese Fälle mehr und mehr öffentlich gemacht. Und die als „früher“ propagierte Politik hat doch bewirkt, daß sich große Teile unserer Organisation von den Kollegen, von den nicht sooo politischen Freunden isoliert haben. Alles Ursachen der heutigen Krise (...)

Und anstatt darüber zu jammern, daß heute die Gehälter der Genossen nur noch individualistisch für sich verbraucht werden sollte man bedenken, daß die jetzige Spendenkampagne sehr gut anläuft und auch auch viele „Ehemalige“ daran beteiligen. Es ist aber die erste Kampagne für den KB, die mehr auf die Überzeugung setzt als auf die Anordnung und den moralischen Druck früherer Gehaltsabrechnungszettel. Ein Fortschritt der steigenden Solidarität. Der Begriff

Wohlgemerkt: die bürgerliche Presse greift mit eigenen und sehr originellen Beiträgen in die KB-Krisen-debatte ein

Nirgendwo sind die Grauzonen beseitigt

Frankfurter Allgemeine Zeitung 28.8.79 Politik

Verwirrspiel um Grauzonen und Rechtspositionen im hohen Norden

der „Entsolidarierung“ und hier angegeben Beispiele der ZL ver schütten regelrecht die neu entwickelten Formen von Solidarität und treiben nur Angst und schlechtes Gewissen hervor.

Darum muß gegen die kritischen Verfallserscheinungen revolutionärer Moral und die Verwilderung guter Sitten der Hauptstoß geführt werden“, schreibt die ZL.

Ja Genossen, wir sind längst dabei, die Verwilderung der guten Sitten und das was uns damals alles für revolutionäre Moral verkauft wurde zu bekämpfen, im Interesse einer Solidarität, die auf der Grundlage der Überzeugung der Genossen aufbaut. Und die darüber begonnene Diskussion auch unter der Parole „Macht das Private Öffentlich“ lassen wir uns durch Furcht Demagogie nicht nehmen.

Verlagszelle (6 Unterschriften)

Ja, und dann zur Entsolidarisierung: „Früher war es z.B. normal, daß unsere gestandenen Kader(inn)en“ sich auch in ihrer Freizeit um neue, schwächere etc. Genoss(inn)en gekümmert haben, mit ihnen zusammen Wohngemeinschaften gebildet haben... Heute dagegen beherrschen Cliques-Bildung, Herausbildung von Sitz- und Hackordnung immer stärker das Bild“ (ZL im AK 160).

Hier wird in total unwissenschaftlicher Weise „Früher“ und „Heute“ gegeneinander ausgespielt. Dann sollte man schon mal eine genaue Analyse vorlegen, wie es früher mit Solidarität und „Entsolidarisierung“ ausgesehen hat und wie es heute darum steht. Ob dabei das Bild entsteht, das von der ZL suggeriert wird, ist doch höchst zweifelhaft. Wir würden uns gerne an einer solchen Untersuchung beteiligen.

„Cliques-Bildung“, wie HBV, Chemie, Metall-Cliques und doch auch gerade Ergebnis der früheren Politik. All das, was uns über „heute“ aufgezählt wird, sind auch Ergebnisse früherer Politik und haben früher genauso bestanden. Mit einem Unterschied heute werden diese Fälle mehr und mehr öffentlich gemacht. Und die als „früher“ propagierte Politik hat doch bewirkt, daß sich große Teile unserer Organisation von den Kollegen, von den nicht sooo politischen Freunden isoliert haben. Alles Ursachen der heutigen Krise (...)

Und anstatt darüber zu jammern, daß heute die Gehälter der Genossen nur noch individualistisch für sich verbraucht werden sollte man bedenken, daß die jetzige Spendenkampagne sehr gut anläuft und auch auch viele „Ehemalige“ daran beteiligen. Es ist aber die erste Kampagne für den KB, die mehr auf die Überzeugung setzt als auf die Anordnung und den moralischen Druck früherer Gehaltsabrechnungszettel. Ein Fortschritt der steigenden Solidarität. Der Begriff

Dreht auch nicht um der Utopismus geht um ...

Die ZL schreibt im Artikel „Krise, Utopismus...“ im AK 160

„Dieser Utopismus ist allerdings u.E. keinesfalls Domäne unserer Frauenpolitik, wie Ha./Kl. nahelegen, sondern tritt in anderen Bereichen viel stärker und massiver zutage, was wir an einigen Beispielen aufzeigen wollen.“

Im AK 153 ist ein Kritikbeitrag einer Gruppe von Technik-Genoss(inn)en abgedruckt, in denen sie die Aufhebung von Kopf- und Handarbeit bei unserer Zeitungs-erstellung fordern, und zwar hier und heute.

Die Genoss(inn)en aus unserer Technik schreiben: „Wir sind der Meinung, daß dem Schema der Trennung von Hand- und Kopfarbeit, der damit verbundenen Herausbildung hierarchischer Strukturen entgegengetreten werden muß.“ Schön, aber wie? Vom Standpunkt einer Emanzipation sowohl der Kopf- als auch der Handarbeiter und vom Standpunkt einer möglichst allseitigen Ausbildung beider, wäre dies zweifellos eine ausgezeichnete Forderung. Aber wie sieht diese Forderung vom Standpunkt unserer Aufgaben vor der Bewegung aus?“

Der Artikel im AK 153 war ein Versuch einer Analyse der Situation in der Technik. Gedacht – und auch so gekennzeichnet – als erster Einstieg in eine Diskussion um die Technik

Die ZL geht auf die Inhalte dieser Analyse mit keinem Wort ein. So werden dann die Forderungen „vom Standpunkt unserer Aufgaben vor der Bewegung“ auch nur als inhaltliche Floskel hinterrangig hingelassen.

Wir fragen die ZL: - Was sind denn heute die „Aufgaben vor der Bewegung“?

- Was folgt daraus für die Technik? - Ist die Trennung von Hand und Kopf, so wie sie heute vorhanden ist, daraus zu rechtfertigen?

An solchen Punkten ließe es sich diskutieren, ob unsere Analyse utopistischen Charakter hat oder nicht.

Die ZL äußert sich dazu aber gar nicht. Einzig das Aufkommen der Forderung, daß dem Schema der Trennung von Hand und Kopf entgegenzutreten sei, reicht aus, diese als utopistisch hinzustellen und sich nicht weiter damit auseinanderzusetzen.

Der Artikel der ZL hat einen hohen wissenschaftlichen Anspruch. Die ZL beruft sich u.a. ausdrücklich auf den „revolutionären Marxismus“ und verursacht somit den Eindruck, als bediene sie sich dessen (wissenschaftlichen) Methoden.

Bei genauerem Hinsehen entpuppt sich der Artikel aber als billigste Schreibe. Am deutlichsten wird dies am Zitat der ZL. Die Forderung einer Technik-Genoss(inn)en wird als „hier und heute-Forderung“ hingestellt – entnommen wird dies, was nicht dazu gesagt wird, dem ausdrücklich als handschriftlichem Nachsatz gekennzeichnet Zusatz zu besagtem Technik-Artikel (s. AK 153 und UW 29). In diesem Zusatz wird ausdrücklich auf die verschiedenen Stellungnahmen hingewiesen, die sich in der Diskussion als Lösungsmöglichkeiten ergaben, was von der ZL ebenfalls nicht in ihrem Zitat zitiert angeführt wird.

Festzuhalten ist die einzige vereinbarte Forderung – hier und heute – war die nach Diskussion des Problems Technik. Das Zitat, auf das sich die ZL bezieht, lautet weiter: „In der Reproduktion gab es bisher unterschiedliche Stellungnahmen dazu, wie diese Trennung und die damit verbundene Situation der in der Technik arbeitenden Genossen aufgehoben werden kann. Eine Lösung des Problems scheint nur möglich, wenn eine breite Diskussion um diese Probleme geführt wird und das nicht nur auf die Technik bezogen, sondern auf alle Bereiche des KB's“.

Die „Analyse“ der ZL „Utopismus als Krisenerscheinung“ sieht auf sehr wackeligen Füßen, zumindest was das Technik-Beispiel anbelangt. Bei genauerem Hinsehen bleibt von der „Analyse“ kaum mehr übrig als die Warnung, daß Utopismus als solcher in Krisensituationen um sich greift.

Wir freuen uns (auch noch 4 Monate nach Erscheinen unseres Artikels im AK 153) auf den inhaltlichen Einstieg der ZL wie auch der LG-Mehrheit in die Diskussion um „Wie gehts weiter in der Technik“

bis dann ... He./Ju./Re Foto Technik

Thesen zur Krise

Es ist eine ideologische Krise im Prozeß der Herausbildung einer kommunistischen Alternative vor dem Hintergrund zunehmender demokratischer Kämpfe und kommender Kämpfe der Arbeiterklasse.

Es ist eine Orientierungs- und Führungskrise der bisherigen nicht-revolutionären Linken (der „kommunistischen Bewegung“) in der BRD (aber auch in ganz Westeuropa), die aus dem Stadium relativ spontaner Reaktionen auf vorübergehende Aktionen des Imperialismus zu einer langfristig geplanten und strategisch ausgerichteten Politik übergehen muß, wenn sie ihren Anspruch aufrechterhalten bzw. überhaupt erst entwickeln will, orientierend auf die gegenwärtigen und vor allem kommenden Kämpfe einwirken zu können.

Das bisherige Selbstverständnis der „kommunistischen Bewegung“

Die kommunistischen Zirkel haben bisher von sich das Selbstverständnis einer „kommunistischen Bewegung“, die sich in einer mehr oder weniger steten Aufwärtsentwicklung allmählich zur neuen Partei entwickelt. Diese Vorstellungen sind bei den einzelnen Zirkeln unterschiedlich ausgeprägt. Die Illusion der linearen Aufwärtsentwicklung dürfte allgemein (gewesen) sein. Beim KB äußerte sich das in der Vorstellung, über eine Sammlungsbewegung die überall entstehenden kommunistischen Gruppen zusammenführen zu können. Dieses Selbstverständnis wird in der gegenwärtigen Krisenentwicklung in Frage gestellt.

Tatsächlich ist die „kommunistische Bewegung“ zunächst aus einer radikal-demokratischen, bestenfalls sozialistischen Bewegung (APO/SDS) entstanden, als spontane Reaktion auf die Aktionen des Kapitals während/nach der imperialistischen Strukturkrise 1966/67.

Auch im Stadium des kommunistischen Zirkelwesens hat sich der Gesamt-Charakter der „kommunistischen Bewegung“ nur graduell verändert. Auch heute ist das Zirkelwesen zur bedingt „kommunistisch“ in dem Sinne: der Bewegung einen Schritt voraus zu sein, ihr alleinige, langfristige politische Orientierung und Führung in konkreten Kämpfen geben zu können. Vielmehr sind „kommunistische Bewegung“ und demokratische Bewegung in der BRD mehr oder weniger identisch gewesen. Oft in den letzten Jahren wurde der seiner Natur nach demokratische Protest vor allem von der „kommunistischen Bewegung“, der „linken Szene“ u.ä. getragen – stellvertretend für eine (noch) nicht entwickelte breitere demokratische Bewegung. Überdies sind heute in der „kommunistischen Bewegung“ noch die Grundfragen der zukünftigen Entwicklung nicht geklärt, z.T. sogar nicht einmal gestellt. „Kommunismus“ existiert in dieser „Bewegung“ in einer Reihe mehr oder weniger spontaneistischer Facetten, die z.T. nur deswegen nebeneinander Bestand haben können, weil der Grundcharakter der ganzen „Bewegung“ liberal und pluralistisch, keineswegs aber „kommunistisch“ ist.

Hierzu ein paar Überlegungen:

– Die APO war durch und durch spontaneistisch strukturiert; der SDS war darin zwar ein organisierendes Element, funktionierte aber nach elitären Mechanismen. Dieses „Organisations“-verständnis ist z.T. in der Linken bis heute nicht abgebaut, sondern hat sich unmittelbar im Zirkelwesen fortgesetzt.

– Die diversen „Programme“ verschiedener Zirkel und „Parteien“ haben sich durchweg als „prinzipienfeste“ Glaubensbekenntnisse des jeweiligen Zirkels erwiesen; als konkrete politische Orientierung taugten sie alle nicht viel; sie konnten auch – ohne von der Realität beschwert zu sein – ebenso schnell geändert werden, wie sie zusammengestoppelt worden waren. In ihrer Praxis wurde der Kurs der Zirkel von der spontanen Bewegung selbst bestimmt – bzw. von ideologischen Schwenks ihrer „Mutterparteien“ (China, Albanien).

– Obwohl der KB mit seiner These zur „schrittweisen Faschisierung“ von Staat und Gesellschaft im Gegensatz zu den meisten Zirkeln der BRD-Linken eine langfristige Einschätzung der zu erwartenden Entwicklung hatte, muß auch für den KB gesagt werden, daß seine Politik weitgehend der spontanen Bewegung folgte.

Trotz ihrer Unfähigkeit, eine langfristige Orientierung und konkrete Führung zu geben, konnten die Zirkel sich zur „Führung“ großer Teile der Nach-APO-Bewegungen aufschwingen.

Trotz der in unserer zentralen Presse immer wieder herausgestellten Mahnungen, daß die „Faschisierungsthese“ kein Programm ersetzt, sondern auf der Grundlage dieser ersten Annäherung ein Programm erst in der politischen Praxis erarbeitet werden muß, daß der KB keine „Partei“ ist, sondern die Voraussetzungen für eine KPD erst (mit)entwickeln will, daß der KB noch weit davon entfernt ist, eine kontinuierliche Massenpolitik („Massenlinie“) zu machen, sondern daß erst Ansätze dazu entwickelt werden usw. – hat sich die illusionistische Linie des schnellen Erfolges und des „Masseneinflusses“ auch in die KB-Praxis eingeschlichen:

– Die „Faschisierungsthese“ wurde nicht mehr als Hypothese behandelt, sondern erstarrte zum Bibel-spruch des KB – gewissermaßen als Programmersatz.

– Die anfängliche Vorstellung, den KB als Sammlung von kommunistischen Gruppen als einen Beitrag zum Partiaufbau zu verstehen, wurde nicht konsequent weiterverfolgt, auch nicht, nachdem die Praxis bereits eine Korrektur des Aufbaus von oben nach unten, von Hamburg in „die Region“ erzwungen hatte. Der Provisoriencharakter des KB wurde „vergessen“.

– In der Massenpolitik wurde im Zuge kampagnenmäßiger Anstrengungen das bisher erreichte Führungsqualitäts (politische Orientierung, Kader, materielle Möglichkeiten) in der Regel voll ausgefahren, keine Reserven gespart; unsere wenigen vorhandenen politischen Kräfte wurden ausgebrannt, solange die spontane Bewegung anhielt – dann wurde auf die nächste gesetzt. Die Verarbeitung der Erfahrungen, der Aufbau neuer Kräfte, die gründliche Offenlegung der zutage tretenden Schwächen wurden dabei vernachlässigt. Das gilt noch weit mehr für die „ML“-Organisationen. Grundlage dafür ist eine psychologisch festzunehmende Haltung, die in gewissem Sinne nur als „Endzeitstimmung“ beschrieben werden kann.

Auch hier kann der KB gegenüber den „ML“-Zirkeln als vergleichsweise realistisch und im Arbeitstil liberal angesehen werden.

Bedingungen des bisherigen Selbstverständnisses

Rund zehn Jahre lang ließ sich die „Bewegung“ in diesem Sinne führen bzw. führte sich gewissermaßen selbst. Die Aufrechterhaltung eines solchen kommunistischen „Führungsanspruchs“ gegenüber der „Bewegung“ war möglich:

+ auf Grund des Vorhandenseins eines politischen Vakuums im Krisen-Europa nach '66/'67, das eine spontane Abwendung von bürgerlicher Ideologie in Teilen der Arbeiterschaft (Septemberstreiks 1969) und vor allem in mittelständischen Bevölkerungskreisen brachte (APO-Protest), bei gleichzeitiger Suche nach einer Alternative zum Konfrontationskum und Mc Carthyismus der Restaurationsphase;

+ vor dem Hintergrund des ideologischen Angebots der VR China als einer scheinbaren, realen Alternative gegenüber der revisionistischen Diskreditierung des Sozialismus, sowie dem Angebot des Guevara-Modells („Zwei, drei, viele Vietnam“), was beides von den in Bewegung geratenen nicht-proletarischen Massen als Zeichen für die Verwundbarkeit des Imperialismus hoffnungsvoll, begeistert und auch gläubig aufgenommen wurde.

Die Arbeiterschaft stand dieser Begeisterung allerdings von Anfang an skeptisch gegenüber, was u.a. in der Konsequenz zu einer Isolation der APO-Linken und der späteren Bewegungen führte;

+ solange die spontane demokratische Bewegung selbst nicht bzw. eben erst im Rahmen der linken Szene entfaltet war und die konkreten Zusammenstöße mit der Bourgeoisie (im Vergleich zu den sich heute abzeichnenden Dimensionen in der AKW-Frage, Strauß, u.a.) im wesentlichen präventive Schutzmäße blieben;

+ solange die Arbeiterklasse selbst noch nicht Bestandteil der Kämpfe war, sondern nur einige aktivierte Arbeiter(innen) am Rande in die „Bewegung“ gezogen wurden, wo sie

meist nur ein vorübergehendes Zuhause fanden.

In diesem Rahmen allerdings haben „kommunistische“ Zirkel tatsächlich die Kämpfe anführen können, konnten sie punktuell konkrete Orientierung geben und konnte auch die Richtung angegeben werden, in die zu arbeiten sei. Das gilt z.B. in der Frage des antifaschistischen Kampfes, das gilt für die erste Phase der Anti-AKW-Auseinandersetzungen, das gilt für die erste Phase der alternativen Wahlpolitik, u.a.m.

Orientierungs- und Führungsschwäche „kommunistischer“ Zirkel

Inzwischen allerdings sind die „kommunistischen“ Zirkel den Dimensionen der sich entwickelnden Bewegungen nicht mehr gewachsen. In zunehmendem Maße wird die Rolle der Zirkel, speziell auch des KB, als „anerkannte“ Führer in radikal-demokratischen Aktionen, Kampagnen usw. durch Sozialdemokraten (einschließlich der „Alternativen“) und durch Revisionisten aller Schattierungen in Frage gestellt.

Als Gründe sehe ich:

1. Die Sozialdemokratie (+ DGB) konnte in der Folge der Krise bürgerliche Ideologie in der Arbeiterschaft und darüber hinaus z.T. wieder stabilisieren bzw. mögliche Alternativen neutralisieren und z.T. auch isolieren.

2. Mit der revisionistischen Entwicklung in der VR China, Kuba, Vietnam sind die spontanen Hoffnungen auf eine gültige und schnelle Alternative zur imperialistischen Krisen-Politik als übertragbares Rezept gescheitert; der Revisionismus verschiedenster Couleur (von DKP bis „KPD“) gewinnt an Boden. Zwar hat z.B. der KB ideologische Alternativen zum Revisionismus entwickeln können – theoretisch und praktisch-politisch aber stecken Alternativen zum Revisionismus (ebenso wie zum Sozialdemokratismus) bisher noch in den Kinderschuhen.

3. Während die Begeisterung für den „Kommunismus“ spontan nachläßt, wächst gleichzeitig ebenso spontan der Umfang und die Intensität der radikal-demokratischen Bewegung außerhalb der „Neuen Linken“. Es vollzieht sich eine Spaltung der bisherigen „kommunistischen Bewegung“ in eine eigenständige demokratische Bewegung einerseits (unter Vermischung mit neuen Kräften), und die Herausbildung einer ebenso eigenständigen kommunistischen Politik andererseits, die ihre Aufgaben in dieser demokratischen Bewegung und die Herausbildung einer ebenso eigenständigen kommunistischen Politik andererseits, die ihre Aufgaben in dieser demokratischen Bewegung erst noch definieren muß.

4. Die Bourgeoisie rüstet für eine neue Krise (Ol/Strauß/AKW ...), das läßt spontane Massenkämpfe in zunehmendem Maße auch in der Arbeiterschaft selbst erwarten. Für diese Kämpfe ist das gegenwärtige Zirkelwesen nicht gerüstet.

Krisenverständnis der „kommunistischen Bewegung“

Die „kommunistischen“ Zirkel erleben diesen objektiven Wachstumsprozeß zunächst offenbar alle als eigenen Zerfallsprozeß. Die Rückkehr von Demokraten und Radikal-Demokraten von ihrer zeitweiligen Begeisterung für den Kommunismus auf den Boden einer in der BRD nicht einmal voll entwickelten demokratischen Tradition erleben die „kommunistischen“ Zirkel als Abkehr.

Das Entstehen eigenständiger demokratischer Bewegungen gegenüber den „kommunistischen“ Zirkeln erlebt die „kommunistische Bewegung“ zunächst als ideologische Aufweichung, als Vordringen der bürgerlichen Ideologie in die eigenen Reihen. Die neuen Strömungen im demokratischen Spektrum erscheinen als „Fehlströmungen“, denen „entgegengetreten“ werden muß, und kaum auch als Bereicherung des eigenen Kampfes, auch als Erfolg der eigenen Bemühungen, eben diese Bewegung zustande zu bringen.

Die „kommunistischen“ Zirkel erleben ihre Lage zudem als „Machtlosigkeit“. Der Druck der Konkurrenz von Revisionisten und Sozialdemokraten trägt dazu bei, die Heftik-Mühle weiter anzutreiben, schneller, besser, öfter zu publizieren, zu agieren als die anderen – ein ausichtsloses Unterfangen! In voller Blindheit wird hiermit versucht, die Rolle der Zirkel als Stellvertreter der demokratischen Bewegung zu zementieren. Eine Zeitlang war diese Stellvertreter-Rolle der „kommunistischen“ Zirkel unvermeidlich und in dem Sinne auch förderlich – eben

solange keine eigenständige demokratische Bewegung entstanden war. Jetzt allerdings entwickelt sich diese Rolle zunehmend zur Fessel der weiteren Entwicklung – und zwar sowohl für die Eigenständigkeit der demokratischen Bewegung als auch der zu entwickelnden kommunistischen Politik. Die subjektiven Folgen aus der bisherigen Unfähigkeit der „kommunistischen Bewegung“, mit dieser „Krise“ fertig zu werden, sind Resignation (nach zehnjähriger „Rödelei“ sieht man/frau alles zerfallen), Abschlaffendenz, schließlich Verweigerung und Privatisierung – wenn auch im KB weniger als in anderen Zirkeln. Folgerichtig auch als Zerfallserscheinung eingestuft, aber im Grunde überhaupt kein Grund zum Erschrecken: die Austritte von Mitgliedern, die ihre Arbeit im demokratischen Umfeld fortsetzen. Es ist bezeichnend, daß viele „Ehemalige“ des KB nach wie vor ein gutes politisches und persönliches Verhältnis zu ihren Freund/innen im KB haben. Wir sollten unsere „Ehemaligen“ die Frage stellen, was sie in Zukunft vom KB erwarten – das wird die Diskussion sicher nicht schlecht beleben!

Lösungsversuche zur „Krisenbewältigung“

Vor dem Hintergrund von Zerfall, „Zerwertung“ usw. werden die bisher angebotenen „Krisenlösungen“ besser verständlich. Ich skizziere sie an dieser Stelle nur kurz:

Zum einen, wie schon erwähnt, die „Lösung“, den Kopf in den Sand zu stecken – um so als Fossil der seligen ML-Zeit am Rande der sich entwickelnden Bewegung mitzutrotten. Diese „Politik“ wird vor allem von der KPD/ML, von KABD, vom KfW und auch vom AB München betrieben. In ihrer sektenmäßigen Abgeschlossenheit aber entwickeln sie eine eigene Stabilisierungsdynamik, die sie noch längere Zeit überleben lassen könnte. Zum zweiten die Neigung, mit den jetzt offenbar werdenden „ML“-Kinderkrankheiten gleich das ganze Bad auszuschütten, wie es z.B. die „Kritik-Fraktion“ des KB vorschlägt. Der Kommunismus/Sozialismus wird als gesellschaftliche Entwicklungsmöglichkeit grundsätzlich „in Frage gestellt“ – mit Verweis auf seine Fehlentwicklungen in der UdSSR, in der VR China, mit Verweis auf Fehlentwicklungen der „ML“-Gruppierungen und innerhalb des KB selbst. Praktisch wird einer Auflösung des KB in die Bewegung das Wort geredet, was auf die Liquidierung der immerhin ja bestehenden Ansätze kommunistischer Politik hinarbeitet.

Die dritte Linie ist im KB jetzt in Gestalt der „Zentrums“-Fraktion aufgetreten, die die geschwundene kommunistische Führungskraft durch straffere Organisation und scharfe Abgrenzung von „bürgerlichen Fehlströmungen“ wiedergewinnen will – ohne allerdings für sich selbst und für die Bewegung, die sie führen will, den weiteren Weg angeben zu können. Dies könnte auf die Isolierung einer „Führungsgruppe“ von „Kadern“ neben/über den realen Bewegungen

hinauslaufen, anstelle der Entwicklung neuer Führungsqualitäten, eines kommunistischen Programms in Anknüpfung an die bisherigen Erfahrungen. Das Ganze riecht sehr nach „Rückkehr“ zu „bewährten“ Prinzipien der seligen, politisch überschaubaren Jahre, ohne der gewachsenen und weiter wachsenden Bewegung mit neuen Antworten für neue Probleme weiterzuhelfen.

Die beiden letztgenannten Linien sind nur zwei Seiten einer Medaille, nämlich einer aus Resignation über die verfließenden Illusionen resultierenden Neigung zum Liquidatorentum. In den beiden Linien spiegelt sich der objektive Prozeß der Spaltung der bisherigen „kommunistischen Bewegung“ in eine eigenständige demokratische Bewegung und eine eigenständige kommunistische Politik wider – auf der einen Seite mit dem Schlachtruf gegen das „ML“-Sektierertum, auf der anderen gegen „bürgerliche Fehlströmungen“.

Die kommunistische Linke muß begreifen, daß sie in eine neue Phase eingetreten ist. Die von ihr als „Zerfall“ erlebte Krise ist eine Wachstums-krise, für die „kommunistische Bewegung“ im Besonderen eine Bewußtseinskrise mit dem Inhalt, vom jahrelangen Trauntanz auf den Boden der gesellschaftlichen Realität zu kommen und „neue Antworten auf neue Fragen“ zu geben.

Führung der Kommunisten kann nicht – per Definition – aus Lenin oder Mao – postuliert werden, etwa: Kommunisten sind der Bewegung eben einen Schritt voraus, sondern Führung muß aufgrund tieferer theoretischer Einsicht in den Gang der gesellschaftlichen Entwicklung in konkreten Auseinandersetzungen aufgebaut werden, sich erweisen.

Hieraus folgt für den KB (und andere kommunistische Zirkel):

1. Die Anhebung des politisch-ideologischen und theoretischen Niveaus (analytische Aufarbeitungen/Auseinandersetzung/Schulung) mit der Erneuerung der wesentlichen Fragestellung: Wohin geht die Entwicklung, was kommt auf uns zu. Die Antworten von vor lieben Jahren reichen nicht aus.
2. Teilnahme an den sich entwickelnden demokratischen Kämpfen (z.B. Anti-Strauß), zum einen zur konkreten Stärkung ihrer eigenständigen Kraft, zum anderen als „Übungsfeld“ des Klassenkampfes, aus dem Lehren für die bevorstehenden Kämpfe der Arbeiterklasse gezogen und in der Arbeiterklasse propagiert werden müssen. Eine Einengung der revolutionären Propaganda auf „Jupenrein kommunistische“ geizt und in der Arbeiterklasse propagiert werden müssen. Eine Einengung der revolutionären Propaganda auf „Jupenrein kommunistische“ wäre unter den heutigen Verhältnissen tödlich. (Siehe als Anregung Lenin, Bd. 3, S. 345: „Politische Agitation und Klassenstandpunkt“).
3. Konzentration auf eine Untersuchung der Lage und Entwicklung der spontanen Arbeiterbewegung, um Anknüpfungspunkte für eine revolutionäre Propaganda in der Arbeiterklasse zu entwickeln.

F., Antifa-Kommission Hamburg

KB Unser Weg

KOMMUNISTISCHER BUND 28

Diskussionsbeiträge

ZUM

1. KB-Kongreß

- Antifaschistischer Kampf
- Realer Sozialismus und Stalin-Frage
- Statut- und Strukturfragen

Unser Weg Nr. 28
45 Seiten DM 3,-

KB Unser Weg

KOMMUNISTISCHER BUND 29

Wie geht's weiter im KB?

ALS ICH JÜNGER WAR, HATTE ICH ALLE ANTWORTEN...



NEUE Diskussionsbeiträge

Unser Weg Nr. 29
40 Seiten DM 4,-

Seit gut einem Jahr wird im KB die „Krise“ diskutiert. Dazu erschienen: UWE extra 1 und 2, sowie bisher UWE 25-29.



Abenteurer-Urlaub bei der KPD/ML

Über das Demokratieverständnis der KPD/ML beim „3. Internationalen Jugendlager“ in El Salvador/Spanien erfährt ich einiges als Nichtorganisierter, Lagerteilnehmer und AK-Leser.

Groß angekündigt vom „Roten Rebellen“, der Jugendzeitung der Roten Garde, war's zu lesen: Das 3. Internationale Jugendlager ist der Treffpunkt der sozialistischen, fortschrittlichen, antifaschistischen, antimperialistischen Jugend der Welt.

Mann las das zufällig und beschloß, dort hinzufahren. Ich stellte mir diese Art des Urlaubs gut vor. Mal 2 Wochen unter Linken, fortschrittlichen Leuten, bunt zusammengewürfelt aus allen Erdteilen, da muß doch das Zusammengehörigkeitsgefühl und die gemeinsame Interessenbasis ausgezeichnet sein. Zumal der Aufruf auch an Nichtorganisierter gerichtet war. Also, nichts wie hin. Ich kam am 1. August an, 2 Tage vor dem offiziellen Beginn. Erste Vermutung: Ich bin der einzige Langhaarige hier. Ich begann schon, mich selbst zu diskriminieren, weil man/frau es mir an den Haarspitzen ansahen, welche Gesinnung sich darunter verbirgt. Später traf ich noch einige wenige, die sich für den albanischen Kurzhaarschnitt auch nicht begeistern konnten (...).

Wesentlich ermunternder war der Tag der Eröffnung. Des Morgens saß ich an der schattigen Bar und las den AK der letzten Woche. Über die westdeutsche Linke, über den Bahro-Kongress. Ein ML-er kommt von hinten und schaut mir über die Schulter. Er fragt dann, woher ich komme, und ob der KB dort regelmäßig Treffen hat und für den Bahro würde er schon gar nicht auf die Straße gehen. Ich blättere weiter. Wenig später erschien gar nicht auf die Straße gehen. Ich blättere weiter. Wenig später erscheint ein anderer ML-er, bleibt hinter mir stehen, erkennt den AK als das, was er ist, und geht weiter. Mir wird leicht mulmig. Mit dem „Roten Morgen“ würde man/frau hier weniger auffallen. Es können nicht mehr als 3 Minuten später gewesen sein, da kommt derselbe Typ von hinten an mich ran und meint plötzlich, „laut eines Beschlusses des Organisationskomitees“ (OK) sei es verboten, den AK hier zu lesen. Ich solle ihn gefälligst im Zeit lesen oder woanders, jedenfalls da, wo es niemand sieht. Ich hätte 5 Minuten Zeit oder müßte mit den „Konsequenzen“ rechnen, nämlich das Lager zu verlassen.

Ich stellte die Bedingung, mit dem OK diskutieren zu können; ich fragte, wo es ist, aber es hieß nur, ich könne es nicht sprechen.

Jetzt mischte sich mein Freund ein, der gerade den „Kommunismus und Klassenkampf“ (KBW) las, und fragte, ob diese Zeitschrift auch verboten sei. „Die liest hier sowieso keiner“ war die aggressive Antwort. Zu diskutieren war also nicht. Ich fühlte mich wahnhaft in die Enge getrieben und wollte erstmal einer Ausweisung aus dem Lager entgegen. Ich packte den AK in meine Tasche. Der ML-er ging, aber mittlerweile hatten das andere ML-er mitbekommen. Die fanden das Verhalten dieses Einzelnen (oder des OK) nicht gerechtfertigt und kritisierten ihn. Der revidierte daraufhin im Laufe des Tages sämtliche Aussagen und unterstellte mir, das mit dem Rauschmiß aus dem Lager und dem AK-Leseverbot hätte ich in den falschen Hals bekommen. Nur nicht „offen rumliegen“ sollte er, der AK. Denn er vermutete bei mir, ich könnte damit agitieren und hätte womöglich noch einen KBW-Stand im Rucksack versteckt (...).

Das OK verpaßte aber auch noch anderen Antifaschisten und Antimperialisten handfeste Maulkörbe, die letztendlich mit einem Rauschmiß aus dem Lager endeten. Mit der Begründung, Genossen der KPD/ML (Türkei) hätten Mitglieder anderer revolutionärer Organisationen in der Türkei ermordet, wurde diese Organisation erst gar nicht ins Lager eingelassen. Lediglich als einzelne hätten die Genossen auftreten können. Eine gemeinsame Darstellung ihrer Ansichten wurde ihnen nicht erlaubt. Sie campen einen Tag vor dem Lagereingang und mußten sich dann unter Eingreifen der „Guardia Civil“ auf einen anderen Campingplatz begeben. Der Höhepunkt überhaupt kam dann, als das Lager schon fast dem Ende zuging. Es war die Ausweisung der Partido Comunista Revolucionario de Chile. Ich merkte erst gar nicht, daß die Chilenen überhaupt im Lager waren. Jede Organisation hatte einen Infostand; selbst die Schweizer Kommunistische Bewegung, die mit der Mao-Tse-tung-Diskussion noch nicht so weit war wie andere und das Bild

Mao noch in ihrem Emblem führte, konnte ungehindert ausstellen. Daß es im Lager Chilenen gab, stellte ich erst fest, als sie nach einer handgreiflichen Provokation seitens der „echten“ ML-er (weil sie ein Flugblatt verteilt hatten) aus dem Lager entfernt wurden. Sie hatten kein Recht auf freie Meinungsäußerung und nahmen es sich einfach mal raus. Ein Infostand ist ihnen nicht erlaubt worden. In dem daraufhin von ihnen verbreiteten Flugblatt hieß es u.a., daß die PCR Chile die „Drei-Wellen-Theorie“ und den chinesischen Revisionismus verurteilt, aber aus den Einschätzungen der Fehler Mao Tse-tungs nicht zum Schluß gekommen sei, er sei ein Sozialfaschist, Sozialchauvinist oder Reaktionär. Eine Resolution lateinamerikanischer ML-Parteien dürfte die PCR Chile nicht verbreiten mit der Begründung, eine der dort unterzeichneten Parteien hätte sich mittlerweile von Mao distanziert. Ausgerechnet die Partei, die unter schwierigsten Bedingungen gegen Faschismus und Imperialismus im Lande ankämpft, bekam dann in einer eulensässen zusammengewürfelten Lagerpflicht-Versammlung zu hören (oder auch nicht, denn sie war schon weg), sie seien „entartete Elemente“, wollten mit ihrem „Propagandaapparat“ (eine Vervielfältigungsmaschine) Ziele gewaltsam durchsetzen, hätten „aus dem Untergrund heraus Verleumdungen verbreitet“ und würden den „revolutionären Kampf spalten“. Diese Anklage-Rede fand einen ungeheuren Anklang unter den eingetragenen ML-ern und wurde am Ende mit Parolenrufen abgesegnet. Es

war erschreckend, mitanzusehen, wie zum Schluß die Hochrufe zur internationalen Solidarität ertönten. Auf den Inhalt des Flugblattes ist natürlich in keinem Satz eingegangen worden.

Wie ich schon eingangs bemerkte, ging ich mit der Vorstellung nach Valencia, daß zwischen Antifaschisten und Antifaschisten kein großer Unterschied sein kann. Jetzt habe ich dazu gelernt.

Es war kein Treffen der antifaschistischen und antimperialistischen Jugend, auch wenn darauf noch so viel Wert gelegt wurde. Wenn sich die internationale ML-Szene im nächsten Jahr in der BRD unter dem gleichen Motto zusammenfindet, soll sie doch bitte so lieb sein und vorher darauf hinweisen, daß das Lager eigentlich nur für ML-Antifaschisten/Antimperialisten gedacht ist (...).

Mit libertären Grüßen
Wulfried, Gießen

Anmerkung der Redaktion

Ein kerniger Bericht zu diesen Vorfällen findet sich auch im „Roten Morgen“ (Zentralorgan der KPD/ML) vom 7.9. Dort ist zu lesen, daß sich an den „Provokationen“ außer der TKP/ML und der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles auch die österreichische MLPÖ (alles „Bruderparteien“ der KPD/ML) beteiligt habe. Originalton ML: Diese „diversen Gruppen und Grüppchen von Agenten, Provokateuren und berufsmäßigen Spaltern“ seien „von langer



Hand vorbereitet“ in das Lager gekommen, um dort „ihre Spaltertätigkeit zu betreiben“.

Ihre Absicht sei es gewesen, „Zusammenstöße zu provozieren, um das Eingreifen der Polizei und Guardia Civil zu erreichen“. Sogar „provokative Zusammenarbeit mit der faschistischen Bewegung in Spanien“ wirft die KPD/ML jetzt ihren „Bruderparteien“ vor, mit denen sie erst kürzlich einen gemeinsamen Aufruf zum „Stalinjahr“ unterzeichnet hatte. „Mit völliger Standfestigkeit und Einheit“, so schreibt der „Rote Morgen“ weiter, seien „entsprechende Maß-

nahmen ergriffen“ worden: „Es wurden Verbote ausgesprochen, Provokateure festgenommen und schließlich all diese Provokateure aus dem Lager geworfen“. Und es soll nicht das letzte Mal gewesen sein, daß die KPD/ML mit Gewalt andere Meinungen mundtot zu machen versucht. Zukünftig sollen verstärkt „alle Spielarten der Kollaboration und Provokation bekämpft werden, auch solche, die unter dem Deckmantel der ‚Einheit‘, der ‚Demokratie‘ und des ‚Antimperialismus‘ auftreten“. Amokläufe der KPD/ML in nächster Zeit sind zu befürchten.

Ka Eff Deh U Ess – Ein Name, den man sich merken sollte

Die „Komitees für Demokratie und Sozialismus“ haben tatsächlich begonnen, selbstständig laufen zu lernen. Dem Vater Schmeißer (KBW) sind sie nun wirklich davongelaufen, geführt von Maier und Fücks, zwei ehemaligen Hausfreunden von Big Joscha. Großvater Marx darf mit umziehen, Onkel Lenin darf noch gelegentlich zum Kaffee kommen, aber Wladimir Stiefsohn Stalin wird nicht gern gesehen.

Die Cousins und Cousinen vom KB sollten sich über all das freuen. Ich möchte hier die wesentlichen Widersprüche des Mannheimer Kongresses der Komitees vom 8./9. September nachzeichnen, um ein Bild zu skizzieren, wo die Komitees jetzt etwa stehen und wo sie sich vielleicht hinentwickeln werden.

Dogmatismus und KBW-Ramsch

Von einigen jungen Genossen aus Tübingen, die es vielleicht bald schon besser wissen werden, bis zu ein paar älteren Vertretern von Mini-Gruppen, bei denen wohl vorläufig Hopfen und Malz verloren ist (Trotzistische Liga Deutschlands, „Vereinigte Linke“), reicht die Front der Dogmatiker:

Die „Diktatur des Proletariats“ komme in den Papieren nicht vor, „Imperialismus“ ebenso wenig usw. usf. Die interessanteste Variante lieferte bb, alter KBW-Kämpfer, mit einer Kritik vom KBW-Standpunkt aus: Erstens müsse die 3. Welt als Sturmzentrum der Weltrevolution betont werden – der Tätigkeitsplan stelle die Weiterentwicklung des Imperialismus nicht in den Mittelpunkt –, zweitens müßten die Tätigkeitsschwerpunkte auf Forderungen zugespielt werden (Man kennt den alten KBW noch, z.B. zur Fußball-WM: Weg mit den indirekten Freistößen! Für freie Wahl der Schiedsrichter durch das bewaffnete Spielervolk! Nieder mit der Arbeitslosigkeit!).

Alle diese Einwände, die noch vor wenigen Jahren auch bei mir ehrfürchtiges Zittern ausgelöst hätten, wurden schlicht und ergreifend abgelehnt: Ein Änderungsantrag von bb wurde mit der unerwartet deutlichen Mehrheit von 80:7 (bei 26 Enthaltungen) abgelehnt. Die ideologische Grundlage für diesen kritisch-dogmatischen Standpunkt liegt hatten schon vor dem Kongreß Maier mit einer Kritik seiner KBW-Zeit und Fücks mit seinen „Thesen zur Entwicklung der Sowjetunion“, meiner

Ansicht nach die beste neuere Arbeit zur Stalin-Katastrophe (bereits abgedruckt in den Dokumenten der ersten Konferenz von Ostern 1979).

Maier begründete das Weglassen der „Diktatur des Proletariats“ und des „Imperialismus“: Diese Worte seien zu Parasiten geworden, man müsse diese Inhalte neu entwickeln und mit eigenen Gedanken füllen.

Worüber theoretisieren?

Heiner Karuscheit, der ein lesenswertes Buch „Zur Geschichte der ML-Bewegung“ geschrieben hat (s. AK 151) vertritt mit seiner Gelsenkirchener Gruppe die These, Hauptaufgabe sei heute die Untersuchung der Fehler der ML-Bewegung (um in Zukunft alles richtig zu machen). Demgegenüber die Komitee-Führung: Es stimmt, die MarxistInnen haben heute ein Theorie-Defizit. Sie sind heute nicht mehr die fortschrittlichsten Theoretiker, weil die wichtigsten Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung heute zum großen Teil nicht von ihnen, sondern von anderen Theorien aufgeworfen werden, vor allem den „Ordnern“ (und auch den Feministinnen – Aum. d. Verf.). Wenn die „Revolutionäre“ daher jemals wieder ein Bein auf den Boden kriegen wollen, müssen sie diese Probleme theoretisch aufgreifen, basisarbeitsbezogen z.B. die Debatte über Probleme des Wirtschaftswachstums und der Ökologie führen. Die marxistische Ideologie muß anhand der aktuellen Fragen wieder in die Offensive kommen.

Genau das finde ich das Attraktive an den Komitees. Davon sollte sich der KB einige Scheiben abschneiden. Z.B. ist es ganz unfruchtbar, den Feminismus mittels dem Etikett aufkleben „feministisch“ zu bekämpfen oder ihn still zu dulden, in der Hoffnung, er würde sich totlaufen. Es kommt darauf an, aus marxistischer Sicht die besseren Ideen zu entwickeln; und solange die nicht da sind, kann man auch nicht gegen den Feminismus wettern; denn der ist dann nämlich noch immer die bestmögliche und fortschrittlichste Lösung bestehender Übel, mangels Alternative.

Aber das gilt auch für unsere eingeschlafene Polemik gegen einseitig ökologische Standpunkte. Es kommt wirklich darauf an, von marxistischer Sicht aus auf all diesen Gebieten neue Ideen zu entwickeln.

Theoretische Aufgaben – praktische Anleitung

Der Hauptwiderspruch auf dem Kongreß lag zwischen den Ansprüchen der Führung, Theoriebildung voranzubringen, und dem Wunsch der „einfachen“ Komiteemitglieder nach praktischer Anleitung ihrer Basisarbeit.

Die Mitglieder sind nur zum Teil alte ML-er und haben daher zum Teil gar kein Bedürfnis nach einer besseren Theorie, weil sie noch nicht so richtig mit dem alten ML-ismus auf die Schnauze geflogen sind. Es wurde vorläufig eine Lösung gefunden: Die Komitees setzen sich zwei Schwerpunkte – 35-Stunden-Woche und Anti-AKW-Bewegung – und führen zu beidem Fachkonferenzen durch, die einerseits anleiten sollen, andererseits zu erhöhtem Durchblick und stimmigen Theorien führen sollen.

Allerdings besteht der Widerspruch weiter. Das Übelste, was passieren könnte, wäre eine Wiederholung der KBW-Gründung, d.h.: damals wurde bis zur Gründung breit debattiert, gründlich untersucht (vor allem im „Neuen Roten Forum“), aber dann hatte der KBW sein Markenzeichen: Das Programm, die „Linke“ lag also fest, und die Klappe fiel. Nun könnte es im schlechtesten Fall wieder so laufen: Breite Debatte, Anstrengungen für einen Neuanfang, aber dann Tageskram, Organisationsarbeit, konkrete Probleme; die guten Vorschläge geraten ganz schnell in Vergessenheit, und schon macht man unkritisch wieder die himmelsstürmischen Sachen. Möglich wäre eine solche Entwicklung auf der Grundlage zweier Dinge, die noch zu wenig problematisiert wurden, nämlich den Illusionen über die Breitenwirkung der Komitees und den Illusionen über China.

„Rein in die linke Sozialdemokratie“

Die Komitees sollen offen sein für alle fortschrittlichen Leute, Kommunisten wie Sozialisten. Es wurde versucht, die Plattform möglichst breit zu halten. Man will viel mehr Leute als die alte ML-Szene erreichen. Man erhofft sich zur Bundestagswahl einen echten Einbruch in die fortschrittliche Arbeiterschaft. Hinter all diesen Wünschen steckt keine gründliche Analyse der vorhandenen Lage. Es ist ganz unklar, wie weit ein solcher Einbruch in die Sozialdemokratie möglich ist. Hier werden meiner Ansicht nach Illusionen geschürt. Zum Teil steckt wohl

die gleiche Denkweise dahinter wie bei der alten ML-Bewegung: „Rein in die Arbeitermassen“, und allein durch den bloßen Wunsch hat man sie. Denkste!

Möglich scheint ja noch, daß viel mehr Leute ansprechbar sind, als die traditionelle linke Szene, – aber organisieren werden sich solche Leute noch lange nicht in größerem Ausmaß. Wenn solche Illusionen nicht bekämpft werden, faselt man sich irgendwann die fehlenden „Massen“ dazu. Wie weiland der KBW. Es muß klar werden, was heute wirklich erreichbar ist und was nicht.

China?

Quelle Nr.2 für mögliche Fehlentwicklungen ist die Einschätzung Chinas und seiner bescheuerten 3-Wellen-Theorie. Wenn die Komitees clever sind, lassen sie diese Frage genauso unbehandelt, wie sie jetzt ist. Das heißt, außenpolitisch bekennen sie sich im Allgemeinen zur 3-Wellen-Theorie, womit sie sich die ge-schwächte „KPD“ verpflichten; innenpolitisch lehnen sie deren Anwendung ab, worüber der bröselnde KB sich freut. Resultat: Alle sind nett zu den Komitees, weil jeder meint, er könne sie auf seine Seite ziehen (vgl. dazu die herzlichen Komplimente in diesem Artikel!).

Auf der anderen Seite warf im Kern der Sache Maier seinen „KBW-Kritiker“ bb genau vor, er würde die 3-Wellen-Theorie unfruchtbar auf die Entwicklung der hiesigen Gesellschaft anwenden; ganz ähnlich meinte Fücks zur „KPD“. Deren intellektuelle Redlichkeit immerhin könnte also gegen die politische „Cleverness“ sprechen.

Zeitschrift

Schließlich wäre noch zu berichten, daß für die neue Zeitschrift der Komitees beachtliche Pläne bestehen. Irgendwann soll sie so attraktiv sein wie der „Stern“. Maier meinte realistisch, wenn überhaupt, dann ginge das doch nur in Zusammenarbeit beispielsweise mit dem „Arbeiterkampf“. Jaja.

Nun, man könnte ja mit Artikel-austausch be-gin-nen.

Über die Diskussion zu den Bundestagswahlen habe ich hier nicht berichtet, das geschieht sicherlich noch an anderer Stelle.

R., Mannheim

Appell für die gefangenen Revolutionäre und Demokraten in China

Im AK 154 veröffentlichten wir einen „Appell“ an die Regierung der VR China. Da sich diesem Appell inzwischen eine Reihe weiterer Unterzeichner und Unterstützer angeschlossen haben, veröffentlichen wir hier nochmals den Text.

Die Unterzeichner drücken ihre ernste Sorge um das Leben und die Gesundheit zahlreicher politischer Gefangener in China aus. Beispielsweise nennen wir Nieh Yün-tzu, die Verfasserin der „ersten Wandzeitung“ der Kulturrevolution 1966, sowie Kwei Ta-fu und Tan Hu-lan, zwei damals bekannte Leiter der „Roten Garde“ in Peking.

Wir mißbilligen die Praxis, heute – 12 Jahre nach den damaligen Ereignissen – mit den „Rebellen“ der Kulturrevolution vor Gericht abzurechnen. Wir mißbilligen ebenso die Praxis, Agitation zu Streiks, mit-uns, Besetzung von Behörden-Räumen als Zeichen politischen Protests, oder gar die „Verunglimpfung“ chinesischer Partei- und Staatsführer wie Hua Guofeng, Deng Hsiao-ping oder Tschu En-lan als kriminelle Delikte zu behandeln und abzuurteilen.

Wir mißbilligen besonders scharf die Praxis, solche Gerichtsverhandlungen ohne präzise öffentliche Anklageschrift und ohne Bekanntgabe der Urteile und ihrer Begründung durchzuführen.

Wir fordern daher die Freilassung aller inhaftierten Aktivisten der Kulturrevolution und aller anderen politischen Gefangenen der Arbeiterbewegung, die aufgrund ihrer Überzeugung inhaftiert worden sind.

Als Sofortmaßnahme fordern wir von der Regierung der VR China:

- Informationen über die Zahl der politischen Gefangenen
 - Informationen über erfolgte Urteile und über die Haftbedingungen
 - Zulassung von Vertretern internationaler Organisationen wie Amnesty International zu den Gefangenen
 - Zulassung internationaler Beobachter zu den politischen Prozessen
- Dieser Text wird bisher unterstützt von:
- Kommunistischer Bund;
 - Gruppe Internationaler Marxisten (GIM);
 - Vereinigtes Sekretariat der IV. Internationale;
 - MIR (Chile), Vertretung in der BRD;
 - Westdeutsches Irlandmilitärkomitee (WISK);
 - Komitee gegen die chinesische Aggression (Niederlande);
 - Marxistisch-Reichstische Initiative (MRI);
 - Kommunistik Forbund (Dänemark);
 - ASIA-Vorsitzender Frankfurt;
 - Mitarbeiter des Club Voltaire, Frankfurt;
 - Mitarbeiter des „Pflasterstrand“;
 - A. Schubert, Frankfurt;
 - A. Schmeissner;
 - Juso-Hochschulgruppe Göttingen;
 - ASIA der Uni Hannover.

DDR:

Aufruf für Franz Kobold

Der von uns im Folgenden dokumentierte Aufruf stammt aus dem Rundbrief 4/79 der AMNESTY INTERNATIONAL.

„Franz Kobold befindet sich seit 1975 wegen geplanter Republikflucht im Gefängnis. Obwohl die DDR-Regierung internationale Menschenrechtsvereinbarungen ratifiziert hat, die das Recht auf Auswanderung festschreiben, sind viele DDR-Bürger gerade deshalb inhaftiert, weil sie versucht haben, dieses Recht in die Tat umzusetzen.“

Franz Kobold, 39 Jahre alt, ist Experte für außereuropäische Pflanzenkulturen. Berichten zufolge ist er in seiner Arbeit derart eingeschränkt worden, daß er nicht einmal aus dienstlichen Gründen ins Ausland reisen durfte. 1975 entschloß er sich aufgrund dieser Beschränkungen, die DDR zu verlassen. Ein Arbeitskollege verriet die Fluchtpläne an die Polizei und kurz später ist Kobold verhaftet worden.

Nach über einem Jahr wurde von einem Berliner Militärgericht gemäß Artikel 97 des DDR-Strafgesetzbuches wegen Spionage zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Außerdem sollen ihm alle akademischen Titel aberkannt worden sein.

Der Spionagevorwurf wird oft gegen DDR-Bürger vorgebracht, die versucht haben, ihr Land zu verlassen, wenn sie aufgrund beruflichen Stellung Zugang zu wichtigen Informationen hatten. Die Spannbreite der Informationen, die von den DDR-Behörden für wichtig erachtet werden, ist ungewöhnlich groß.

Franz Kobold sitzt seine Strafe in Bautzen ab. Im Oktober 1978 soll er Berichten zufolge wegen Depressionen im Gefängnis-Krankenhaus gelegen haben.

Appellieren sie bitte in höflich formulierten Schreiben um die sofortige Freilassung Kobolds an:

Den Staatsratsvorsitzenden der DDR
Herrn Erich Honecker
DDR - 1110 Berlin-Niederschönhausen.“

KBW: Lügenbold und/oder Dukatenesel?

Schon lange stand die Frage im Raum, ob es mit den Angaben über die Auflagenhöhe der KVZ immer seine Richtigkeit hatte. In den letzten drei Jahren waren immer 32.000 Exemplare als Gesamtauflage angegeben worden, nämlich von Nr. 27/76 (vom 8.7.76) bis in den Sommer dieses Jahres. Sekretär Schmierer ließ nun durchblicken, was von dieser Zahl zu halten ist. In der Auseinandersetzung mit seinem alten KVZ-Chefredakteur Wilfried Maier (jetzt „Komitees für Demokratie und Sozialismus“) schreibt Schmierer: „Die Auflage der KVZ ist alles andere als großartig, aber mit über 18.000 vertriebener Auflage liegt sie trotz Auflagenrückgang um einiges höher als zu dem Zeitpunkt, als sie auf Montagsvertrieb umgestellt wurde.“ („KuK“, 7/79, S.25). Das muß man ein wenig erklären. Auf Montagsvertrieb wurde die KVZ im Mai 1977 umgestellt, damals angegebene Auflagenhöhe, wie gesagt, 32.000 Exemplare. D.h. die damals tatsächlich vertriebene Auflage lag um einiges niedriger als 18.000 Exemplare. Was wiederum

bedeutet, daß 14- bis, sagen wir, 20.000 Exemplare gedruckt aber nicht verkauft wurden oder aber daß die Angabe über die Auflagenhöhe ganz einfach nur gesponnen war. Dukatenesel oder Lügenbold, das ist hier die Frage.

Die bisherigen Angaben über das wechselvolle Leben der KVZ-Auflagenhöhe waren auch schon vielsagend, aber doch nicht so eindeutig, wie Schmierer selbst: Im Mai/Juni 1974 soll die Auflage 59.000 Exemplare betragen haben. Im Juni '75 sprang sie dann runter auf 45.000 (26/75, 3.7.75), um dann mit der Nummer 27/75 (10.7.75) plötzlich nur noch 40.000 zu haben. Einen solch rasanten Sprung gab's dann noch einmal im Juli 1976, als von Nr. 26/76 auf Nr. 27/76 die Auflage schlagartig auf 32.000 Exemplare sank. Aber das ist noch gar nichts. Wieder im Juli, nur diesmal 1979, gibts jetzt in der KVZ überhaupt keine Angabe mehr über die Auflagenhöhe.

KB-Hannover

Spenden für den Arbeiterkampf

Genom/innen und Sympathisant/innen aus Nürnberg	5.000,-
F.T., Nürnberg	100,-
KB-Gruppe Bamberg	200,-
AG Zivildienst, KB-Gruppe HH 110	110,-
Lehrergruppe d. BO Eimsbüttel	370,-
KB/Gruppe HH	370,-
SSB-Studenten HH, Sammlung	
Büchertisch Mensa	12,95
KB-Gruppe Nordstedt	20,-
Sammlung Vollversammlung	
BO HH-Bergedorf	112,20
Bergedorf I, KB-Gruppe HH	51,-
BO Wandsbek, KB-Gruppe	
Hamburg	10,-
KB-Gruppe Westberlin, Sammlung VV	225,-
KB Nordhessen-Treffen	50,-
ÖTV-Bereich	110,-
Anleiter-Versammlung HH	279,19
VV Chemiebereich HH	58,-
ÖTV-Bereich KB HH	30,-
„Zentrum“, KB-Gruppe HH	119,59
„Zentrum“, KB-Gruppe HH	232,13
KB-Gruppe Braunschweig	640,-
SI, BO Altona, KB HH	194,-
Sammlung Chemie-VV HH	157,-
BO Altona, KB HH	200,-
R. Ch., Hamburg	150,-
R. B., Sumen	10,-
W. und J., Göttingen	330,-
St. R., Göttingen	150,-
M. H., Hamburg	150,-
R.K., Lüneburg	50,-
NN., Bremen	100,-
H. St., Hamburg	50,-
A. M., Göttingen	100,-
R. L., Kaiserslautern	500,-
G. und K., Ahrensburg	100,-
W. D., Bremen	200,-
J. H., Tübingen	100,-
AK-Leser aus Borsen	50,-
K. H. L., Hamburg	100,-

HPK, Dortmund	40,-
G. S., Kettow	50,-
Th. H., Essen	500,-
A. und J., Freiburg	133,-
R. H., Berlin	60,-
AK-AG Bühlerstraße, Göttingen	35,-
K. H., Hamburg	20,-
C. W. v. d. L., Heidelberg	50,-
T. P., Hamburg	60,-
U. J., Aschen	10,-
F. R., Kassel	40,-
B. M., Darmstadt	10,-
KB-Gruppe Bremerhaven	228,-
H. Sch., Preetz	50,-
M. R., Meine	50,-
K. H. O., Oldenburg	1.000,-
St. H., Göttingen	40,-
KB-Gruppe Kassel	150,-
R. D., Frankfurt	50,-
M. L., Hamburg	150,-
St. K., Berlin	50,-
E. K., Landesbergen	50,-
M. L. und D. H., Hamburg	53,32
U. W., Brunsbüttel	50,-
U. C., Hamburg	100,-
P. Sch., Hamburg	50,-
M. Hamburg	20,-
G. S., Göttingen	100,-
M. I., Berlin	50,-
M. v. C., Hannover	100,-
Skastrunde Hamburger Genossen	70,-
KB-Gruppe Lübeck	600,-
Bl. und C. W., Lübeck	400,-
R. B., Baden-Baden	10,-
V. W., Münster	50,-
WG HH-Altona	100,-
Sammlung VV BO Harburg	
KB-Gruppe Hamburg	55,-
Ma.'s Geburtstagsfeier	151,-
BO Altona, KB HH	50,-
BO Altona, KB HH	20,-
2 AK-Leser aus Altona	100,-
Lehrlinge, KB-Gruppe HH	50,-
ÖTV-Bereich, KB HH	67,-

SUMME 16.023,38

Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenergebnis für den ARBEITERKAMPF auf insgesamt DM 37.240,88.

Trotz des bisherigen guten Ergebnisses der Spendenaktion sind wir allerdings noch weit davon entfernt, aus dem Schneider zu sein. Das dicke Mäus von DM 10.000,- pro AK-Ausgabe drückt uns weiterhin. Wir sind daher nach wie vor auf die Solidarität aller AK-Freunde angewiesen: Spenden in jeder Höhe sind willkommen. Einzahlungen bitte auf das Konto des Reents-Verlages, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50

Dresdner Bank Hamburg
BLZ 2008000
Kto. Nr. 4518378
Stichwort AK-Spende

Postcheckkto. Hamburg
BLZ 200 100 00
Kt. Nr. 240595-203
Stichwort AK-Spende

Rotbuch zum Rotwerden...

Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen

mit Gutachten zum Russell-Tribunal

Die Zeitschrift „DASDA“ zu diesem Buch: „...Die abgedruckten Dokumente beweisen: innerhalb der Gewerkschaftsbewegung rollt eine wahre Säuberungswelle. Und man muß nicht gleich einer K-Gruppe angehören, um davon erfaßt zu werden...“

650 Seiten, Paperback

22 DM

ISBN: 3-88305-011-3

In einer mehrjährigen wissenschaftlichen Arbeit hat eine Arbeitsgruppe des KB diesen bisher detailliertesten und umfangreichsten Bericht zur Ausschlußpraxis und zum Abbau demokratischer Strukturen im DGB erstellt. Es ist ein Handbuch von Gewerkschaftern für linke Gewerkschaftspolitik.



UNSER WEG NR. 4 enthält: Frauen klagen gegen den „Stern“

Rechts, gleich, links? Frauenbewegung und Auseinandersetzung Walpurgisnacht Polemik der „Courage“ gegen P.P. Zahl Der kleine Unterschied zwischen bürgerlicher und sozialistischer Frauenbewegung Buchbesprechungen

Bisher erschienen:

UNSER WEG Nr. 1 Revisionismus-Kritik 50 Seiten A 4 DM 4,- September 1978

enthält Texte speziell zur DKP, ihrer Programmatik und ihrer Praxis.

UNSER WEG Nr. 2 Zur Kritik des „realen Sozialismus“ 94 Seiten A 4 DM 7,50 Oktober 1978

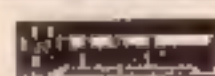
enthält Texte zur „Oktoberrevolution“, Diskussion um den „realen Sozialismus“, Biermann sowie Bahro.

UNSER WEG Nr. 3 Zur Kritik des „Eurokommunismus“ 38 Seiten A 4 DM 3,- Januar 1979

enthält Kritiken zu den einzelnen Parteien, sowie Texte über den Streit zwischen den „Eurokommunisten“ und „Realsozialisten“.

reents Verlag

LIEFERUNG NUR GEGEN VORAUSKAASS! Postkästen gehen zu Lasten des Empfängers. Postzeit und bei Einzelbestellungen 40 Pf. mit zu überweisen auf unser Konto. Dresdner Bank Hamburg - BLZ 200 800 00 - A/c. 451 83 78 oder Postcheckkonto Hamburg - BLZ 200 100 00 - Kto. 2405 95 203 J. reents-verlag, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50



Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir* den Verlag J. Reents, Hamburg, den von mir/uns* zu entrichtenden Abonnementpreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres* Girokontos

Kto. Nr.

Kto. Inh.

BLZ

mittels Lastschrift einzuziehen.

den..... Unterschrift

* Nichtzutreffendes bitte streichen

